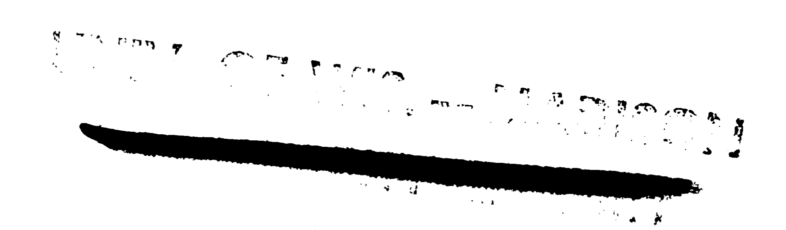
Gleiwitz

Monographien deutscher Städte



Monographien Deutscher Städte

Darstellung deutscher Städte und ihrer
Arbeit in Wirtschaft, Finanzwesen,
Hygiene, Sozialpolitik und Technik

Herausgegeben von

Erwin Stein
Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft
und Kommunalpolitik E. V.

Band XII

Gleiwitz

1925

Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau

Gleiwitz

eine oberschlesische Stadt

Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Geisler; Stadtbaurat Schabik; Stadtrat Dr. Warlo; Bürgermeister a. D. Salomon, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Erwin Stein, Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik E. V.

in Verbindung mit

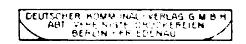
Stadtrat Axer; vereidigter Handelsmakler Paul Beier; Rektor Bienert; Prokurist Böhme; Bankdirektor Dr. Carthaser; Obermeister Franz, Beauftragter der O/S. Handwerkskammer; Museumsleiter Dr. Heinevetter; Oberzollinspektor Hellmann; Regierungsbaurat Heß; Bibliothekar Dr. Horstmann; Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt Kaffanke; Regierungsbaurat Kahle; Musikdirektor Kauf; Rechtsanwalt Dr. Kohn; Dr. Menzel; Regierungsbaurat Meth; Oberstudiendirektor Dipl.-Ing. Müller; Maler Max Odoy; Regierungsbaumeister Prignitz, Dr.-Ing. Repetzki; Gartendirektor Riedel; Direktor Sappok; Sanitätsrat Dr. Schäfer; Dr. Schaffrath; Regierungsbaurat Scheunemann; Lehrer Josef Schindler; Dipl.-Ing. Seiffert; Oberbergrat Weber

*

Mit zahlreichen Abbildungen im Text

1925

Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau



Geleitwort

Im Rahmen der von mir geleiteten „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft" erschienen vor etwa zwölf Jahren Sonderhefte über Düsseldorf, Chemnitz, Posen und Dresden, die später in anderer Form unter dem Gesamttitel „Monographien deutscher Städte" fortgesetzt worden sind. Diese Monographien berücksichtigen Städte wie Berlin, Berlin-Neukölln, Berlin-Wilmersdorf, Frankfurt a. M., Kassel, Magdeburg, Darmstadt, Danzig usw. Jede Monographie behandelt die wesentliche Grundlage der Entwicklung des kommunalen Lebens, die Finanz- und Steuerverhältnisse, Einwohnerzahl und soziale Struktur der Bevölkerung, Grundbesitz- und Bodenverhältnisse, soziale und hygienische Fragen, Armenwesen, öffentliche Fürsorge, die kommunale Technik, kurz alles, was für die Betätigung der Stadtverwaltungen überhaupt in Frage kommt. Besonders hervorzuheben sind dabei diejenigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die als neue Merksteine auf dem langen Wege der kommunalen Betätigung anzusehen sind, Maßnahmen, die besonders wertvolles und auch für andere Gemeinwesen beachtenswertes Erfahrungsmaterial bieten. Dabei sollen aber auch, natürlich kurz, Organisation und Ergebnisse älterer kommunaler Institute und Einrichtungen geschildert werden, damit sich ein vollständiges, abgerundetes Bild von Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik der betreffenden Stadt ergibt.

Nach einer Pause von etwa 8 Jahren wurde im Jahre 1923, mitten in der Inflationszeit, die Monographiearbeit fortgesetzt, da wertvolles Material zu erwarten war. Ist doch das kommunale Leben sowohl durch den Krieg als auch durch die ersten Nachkriegsjahre stark beeinflußt worden. Der alte Grundsatz, diese Darstellungen nur von durchaus erfahrenen, in der Praxis stehenden Männern schreiben zu lassen, blieb dabei erhalten. Es war zu hoffen, daß die Stadtverwaltungen, die vor dem Kriege ihre Förderung diesem Sammelwerk zuteil werden ließen, nunmehr der Fortsetzungsarbeit die gleiche Förderung nicht versagten.

So entstand die Monographie Essen, herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Luther (dem jetzigen Reichskanzler) und, um auch die kleineren Städte nicht zu vernachlässigen, die Monographie Grünberg, herausgegeben von Oberbürgermeister Finke. Unter den Einwirkungen der Inflation ist zwar die beste buchtechnische Ausgestaltung nicht durchweg gesichert gewesen. Die Verbreitung und Beachtung in den kommunalen Kreisen des In- und Auslandes war aber überaus lebhaft.

Mit der vorliegenden Monographie „Gleiwitz" beginnt ein Zyklus von schlesischen Stadtbildern zu erscheinen, dessen Fortsetzung durch die Monographien Görlitz, Waldenburg und Neiße erfolgen wird. Diese Arbeit geschieht im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle des Schlesischen Städtetages, um zu zeigen, daß Schlesien und auch Oberschlesien für das Deutschtum selten hohe Kulturwerte sich geschaffen hat.

Nach der Abtretung von Ost-Oberschlesien hat Gleiwitz die durch die Abtretung ihm zugewiesene neue zentrale Lage geschickt auszuwerten verstanden. Größere Industrieverwaltungen haben in Gleiwitz ihren Sitz genommen. Dadurch ist der Zuzug kaufkräftiger Beamtenfamilien veranlaßt und die Errichtung moderner Hotel- und Bankbauten angeregt worden. Die zweifellos mit einer Bevölkerungsvermehrung anwachsenden ungünstigen Momente werden durch großzügige Siedlungstätigkeit, Schaffung von Grün- und Sportanlagen usw. nach Möglichkeit ausgeglichen.



„Gleiwitz ist verkehrstechnisch, und zwar nicht nur für Gütertransporte, sondern auch für den Personenverkehr, der Schlüssel für das gesamte oberschlesische Industriegebiet. Wie die Äste eines Stammes verteilen sich von Gleiwitz aus die Transportlinien und durchziehen das ganze Gebiet. Diesem bedeutenden Eisenbahnknotenpunkte entsprechen auch die Bahnhofsanlagen von Gleiwitz, dessen Rangierbahnhof sich mit seiner Größe und Leistungsfähigkeit mit denjenigen des Ruhrgebietes messen kann und nunmehr ebenso wie der Personenbahnhof nach den modernsten Gesichtspunkten der Eisenbahntechnik bedeutend erweitert und umgebaut wird. Man beherrscht also verkehrstechnisch von Gleiwitz aus ganz Oberschlesien, und zwar nicht allein mit dem normalspurigen Schienennetz, sondern auch mit dem Schmalspurnetz, das von Gleiwitz ausgeht, dort Umschlaganlagen am Klodnitzkanal hat und für die gesamte Industrie Oberschlesiens von größter Bedeutung ist."

Diese Feststellung eines Verkehrstechnikers von Rang gibt ein Bild von den günstigen Voraussetzungen, die für eine weitere Entwicklung der Stadt Gleiwitz tatsächlich vorhanden sind.

Bedarf es noch einer Begründung dafür, warum Gleiwitz zu den Monographien zählt, mit denen dieser Zyklus Schlesischer Monographien begonnen wird? Man könnte noch die verschiedensten Gründe anführen: seine mehr als 80 000 zählenden Einwohner ohne die Vororte, seine Bedeutung als Sitz der großen Industrieverwaltungen und Syndikate, seine Bedeutung für die Geschichte der oberschlesischen Schwerindustrie usw. Da aber in den Abhandlungen des Werkes alle Einzelheiten durch die hervorragenden Kenner der Fachgebiete ihre Darstellung gefunden haben, bedarf es an dieser Stelle keiner Zusammentragung von Einzelheiten.

Eine ungeheure Arbeit steckt, wie schon in den früheren Bänden dieser Sammlung, auch in der Monographie Gleiwitz, eine Arbeit, die der Ausgestaltung der kommunalen Literatur und der Förderung des ganzen deutschen Städtewesens zugute kommt. Ich kann deshalb nicht schließen, ohne herzlich den zahlreichen Mitarbeitern zu danken, die ihre Zeit und Arbeitskraft zur Verfügung stellten, an ihrer Spitze den Mitherausgebern, Herrn Oberbürgermeister Dr. Geisler und Herrn Stadtbaurat Schabik. Möge ihnen die Anerkennung der Fachleute der Dank für ihre Arbeit sein.

Erwin Stein.

Inhaltsverzeichnis

IV. Verkehr

V. Handel und Handwerk

VI. Bergbau und Industrie



Gleiwitzer Stadtwappen

Geschichtlicher Rückblick

Von Stadtrat Dr. Warlo, Gleiwitz.

Die Städte des oberschlesischen Industriebezirkes tragen ihr besonderes Merkmal in ihrem raschen Aufblühen in den letzten fünf Jahrzehnten. Zwar reichen die Anfänge ihrer industriellen Entwicklung bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts zurück. Der rasche Aufschwung setzte aber auch in Oberschlesien, wie in ganz Deutschland, erst nach der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 ein. Er zeigt sich besonders deutlich in dem schnellen Anwachsen der Einwohnerzahl. Im Jahre 1880, als Petersdorf und Trynek noch nicht eingemeindet waren, zählte die Stadt Gleiwitz nur 15 000 Einwohner. Am Ende des Weltkrieges war die Einwohnerzahl auf rund 67 000 gestiegen und ist in den letzten fünf Jahren um mehr als 20% bis auf fast 83 000 angewachsen. Wenn die geplanten Eingemeindungen durchgeführt sein werden, so wird in wenigen Jahren die Zahl 100 000 überschritten und Gleiwitz in die Reihe der Großstädte eingerückt sein.

Vor diesem Zeitraum der Entwicklung zum bevölkerten Industrieort liegt die lange Zeitspanne, in der Gleiwitz ein kleines Landstädtchen von fast rein örtlicher Bedeutung war. Es sind keine Urkunden darüber vorhanden, wann der Ort Gleiwitz überhaupt entstanden ist. Fraglich ist es, ob schon zur Zeit, als der germanische Stamm der Vandalen in Oberschlesien seßhaft war, eine Siedlung bestand an der Stelle, an der sich Gleiwitz jetzt befindet. Jedenfalls muß aber bald danach, als in die Sitze der nach Westen wandernden Vandalen in der Zeit der Völkerwanderung ein slavischer Stamm einrückte, diese Siedlung entstanden sein. Ebensowenig wie das Jahr bekannt ist, in dem Gleiwitz überhaupt entstanden ist, fehlt jede Urkunde darüber, in welchem Jahre Gleiwitz Stadt wurde. Es läßt sich nur durch eine Urkunde aus dem Jahre 1276 nachweisen, daß damals schon Gleiwitz eine Stadt nach deutschem Recht (Magdeburger Recht) war. Gleiwitz wird also wohl gleich im Anfang des 13. Jahrhunderts zur Stadt erhoben worden sein. Es lag damals inmitten dichter Buchen-, Eichen- und Kiefernwaldungen. Diese bedeckten zu jener Zeit ganz Oberschlesien und wurden nur von den einzelnen Ansiedlungen, Dörfern und Städtchen mit den sie umgebenden fruchtbaren Ackergürteln, meist in den Tälern von kleineren Flüssen unterbrochen. Es lag an dem Gabelpunkt zweier alter Handelsstraßen, die von Ratibor und von Krakau heraufkamen und nach ihrer Vereinigung über Ujest nach Oppeln und Breslau führten. Äußerlich mag damals Gleiwitz sich kaum von den Dörfern der Umgegend unterschieden haben. Häuser von Holz oder Lehm, mit Schilf oder Stroh bedeckt, meist wohl nur einen Raum umschließend, in dem Familie, Gesinde und Vieh zusammenwohnten, standen, regellos durch Garten- und Hofflächen getrennt, nebeneinander und waren noch nicht an regelmäßigen Straßen aufgereiht. Die Einwohner trieben Ackerbau und Viehzucht. Sie beschäftigten sich insbesondere auch mit Hopfenbau. In der Folgezeit entwickelten sich Hopfenbau und Hopfenhandel zu einer großen Blüte und verliehen Gleiwitz eine gewisse Berühmtheit. Mit der Zunahme der Bevölkerung entstand ein lebhafter Marktverkehr, der auch das Handwerk befruchtete, das schon am Ende des 13. Jahrhunderts hier Boden gewonnen hatte. So war die Stadt am Anfang des 15. Jahrhunderts ein blühendes Gemeinwesen geworden, als der Hussitenkrieg auch über Gleiwitz hereinbrach und den Wohlstand vernichtete. Gleiwitz wurde im Jahre 1430 von dem hussitisch gesinnten polnischen Prinzen Siegesmund Korybut erobert und während vieler Jahre zum Mittelpunkt seiner kriegerischen Unternehmungen gemacht. Mit diesen verfolgte er vergeblich den ehrgeizigen Plan, ein mächtiges slavisches Reich zu gründen, in dem Gleiwitz zweifellos die Rolle der Hauptstadt zugefallen wäre. Ein Zeichen dafür, daß es schon damals stark befestigt war. Wenn auch die breite Stadtmauer, von der noch kleine Reste an der Mauerstraße und im Pfarrgarten erhalten sind, wohl erst später entstanden sein mag, so befanden sich jedenfalls schon vor dem Hussitenkriege an derselben Stelle, also dort, wo jetzt Ober- und Niederwallstraße den alten Stadtkern umschließen, starke Befestigungen.

Nach dieser schweren Kriegszeit erholte sich wieder das oberschlesische Land und mit ihm die Stadt Gleiwitz. Das Handwerk nahm erneut einen großen Aufschwung. Nach einem alten Grundbuch zählte die Stadt im Jahre 1596 über 100 Handwerker der verschiedensten Art. Fördernd für das Handwerk war namentlich der Zusammenschluß in Zünfte und Innungen. 1609 ist der Bäckerinnung, 1610 der Schuhmacherinnung und 1632 der Töpferinnung das Zunftprivilegium verliehen worden. Mit besonderem Geschick wandten sich die Gleiwitzer Bürger der Tuchmacherei zu. Diese neue Erwerbsquelle brachte der Bürgerschaft großen Wohlstand. Aber auch dieses Mal setzten einer weiteren blühenden Entwicklung Unglücksfälle und Kriegs-

ereignisse ein Ziel. 1601 brannte die Stadt völlig nieder. Dann kam der dreißigjährige Krieg, der auch Oberschlesien nicht verschonte. Verwüstend und plündernd zogen verschiedene Heere durch das Land, so auch Truppen des in der Schlacht an der Dessauer Brücke geschlagenen Grafen Mansfeld, von Wallenstein verfolgt. Sie stürmten im Jahre 1626 mehrere Tage vergeblich gegen die befestigte Stadt an. Die Sage hat dieses Ereignis mannigfach ausgeschmückt. Sie führt die Rettung der Stadt auf das wunderbare Eingreifen der Gottesmutter zurück, die mit ihrem Mantel die Verteidiger schützte und vor dem Feind unsichtbar machte, und auf das tapfere Verhalten der Gleiwitzer Frauen, die mit kochendem Hirsebrei die angreifenden Feinde abwehrten. Die Folge all dieser Bedrängnisse war eine starke Verschuldung der Stadt, die jeden Fortschritt hemmte. Sie wurde durch weitere Unglücksfälle, große Feuersbrünste in den Jahren 1711, 1730 und 1735 noch gesteigert. Die Stadt, der ein großer Teil der um sie gelagerten Vorwerke und Dörfer zu Eigentum gehörte, war gezwungen, all diese Besitztümer, ein Dorf nach dem anderen, zu verkaufen.

Ein neuer Aufschwung begann erst wieder, als Gleiwitz mit der ganzen Provinz Schlesien im Jahre 1742 an Preußen kam. Seit 1532, dem Jahre, in dem der letzte Piast, der Herzog Johann von Oppeln, gestorben war, hatte Oberschlesien und mit ihm Gleiwitz zur Habsburger Krone gehört. Vorher wurde Oberschlesien von eigenen Herzögen der Piasten regiert. Es bildete damals kein einheitliches Herzogtum, sondern zerfiel in mehrere Fürstentümer, so daß auch Gleiwitz mit seiner Umgebung zeitweise ein eigenes Fürstentum bildete. Als Gleiwitz im Jahre 1742 an Preußen kam, hatte es etwa 1210 Einwohner. Man zählte 146 bewohnte Häuser und 100 Scheunen. Es gab mehrere Mühlen und Brauereien. Von öffentlichen Gebäuden waren vorhanden: das Rathaus auf dem Ringe, in dessen Erdgeschoß sich das Stadtgericht befand, die alte 1504 vollendete Pfarrkirche, das Pfarrhaus und die Schule gegenüber der Pfarrkirche. Die Bevölkerung trieb noch vorwiegend Ackerbau, Viehzucht, auch jetzt noch Hopfenbau. Der Handel war ziemlich lebhaft. Auf den Jahrmärkten, die regelmäßig stattfanden, wurden namentlich Spezereien, Leder, Leinwand und Wein umgesetzt. Der allmähliche Aufschwung, den die Stadt nach den Schlesischen Kriegen dank der Fürsorge des preußischen Staates nahm, wurde mit der Entwicklung der Eisenindustrie und des Kohlenbergbaues in Oberschlesien immer rascher und gewaltiger. Es kam für ganz Oberschlesien die Zeit einer ungeahnten wirtschaftlichen Entwicklung.

Es würde zu weit führen, die Ursachen, die zu dem Aufschwung des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie in Oberschlesien führten, hier näher darzulegen. Ausschlaggebend war die Entwicklung der Technik, die Erfindung der Dampfmaschine, die es z. B. ermöglichte, im Bergbau die Hindernisse des Grundwassers zu beseitigen. Die gesteigerte Kohlenförderung bedingte dann wieder einen Ausbau der Eisenindustrie. Es ist im Rahmen dieser kurzen Übersicht auch nicht möglich, die Entwicklung der Industrie in der Stadt selbst näher zu schildern und die Phasen dieser Entwicklung, die Hindernisse und Schwierigkeiten eingehender darzulegen, die nicht ausblieben und die trotzdem die Entwicklung nicht aufhalten konnten. Es können hier ganz kurz nur einige Einzelheiten gegeben werden.

Als erstes industrielles Unternehmen entstand in Gleiwitz die Eisengießerei der Königlichen Hütte, gegründet im Jahre 1793 mit dem im Jahre 1796 angeblasenen Hochofen, dem ersten auf dem europäischen Festland. Die Entwicklung und Bedeutung der Staatlichen Hütte zu schildern, ist einer besonderen Abhandlung vorbehalten. Trotz ihrer großen Entwicklung ist die Staatliche Hütte im Laufe der Zeit weit zurückgeblieben hinter privaten Großbetrieben, die später in Gleiwitz

entstanden. Es sind dies in erster Linie die Huldschinsky-Werke, 1867 als erstes Rohrwalzwerk Oberschlesiens gegründet, 1905 aufgegangen in der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft, und die Gleiwitzer Drahtwerke, die zum Teil im Jahre 1882 von Wilhelm Hegenscheidt gegründet, zum Teil von der Firma Heinrich Kern und Caro erbaut, 1887 zu der Oberschlesischen Drahtindustrie-Aktiengesellschaft vereinigt wurden und 1889 in der Oberschlesischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb aufgingen. Es sind Unternehmen von größtem Umfange, die mehrere Tausend Arbeiter beschäftigen. Zu diesen drei großen Eisenwerken sind im Laufe der Zeit eine große Anzahl kleinerer industrieller Betriebe gekommen. Dazu als staatliche Unternehmen größeren Umfanges, die auch mehrere Tausend Arbeiter beschäftigen, die Eisenbahnwagenwerkstätte und die Eisenbahnlokomotivwerkstätte. Alle diese Werke haben während des Weltkrieges als Rüstungsindustrie Gewaltiges geleistet. In der letzten Zeit vor dem Kriege ist auch der Bergbau näher an Gleiwitz herangerückt. Im Osten der Staatlichen Hütte, in Ellgurth-Zabrze, wurden die Oswald-Schächte der Oehringengrube abgetäuft. Etwas südöstlich davon, noch auf städtischem Gebiet, ist die Gleiwitzer konsolidierte Steinkohlengrube in Betrieb, zu der auch eine große Kokereianlage gehört.

Obwohl diese großen industriellen Unternehmen sich in Gleiwitz befinden, war doch bis vor zwei Jahren die Stadt nicht eigentlich der Mittelpunkt der oberschlesischen Schwerindustrie. Sie lag vielmehr am Westrande des oberschlesischen Industriekreises, in dem sich Grube an Grube, Hüttenwerk an Hüttenwerk reiht. Es war das Eingangstor für all die Waren, Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel, die das reichbevölkerte Industriegebiet benötigte und die naturgemäß dort nicht selbst erzeugt werden konnten, und auch für die Rohstoffe, namentlich Eisenerze, die schon lange nicht mehr in ausreichendem Maße im Industriebezirk selbst gewonnen werden konnten, sondern aus anderen Gegenden, namentlich aus Schweden, herbeigeholt werden mußten, und das Ausgangstor, durch das alle in der Industrie und im Bergbau gewonnenen Erzeugnisse Oberschlesiens ihren Weg nach Deutschland und dem Ausland nahmen. Dies bezeugt ganz klar die Eisenbahnlinie, die 1845 erbaut, von Gleiwitz viergleisig nach Westen führt, der gewaltige Rangierbahnhof, der größte Deutschlands, der 1792—1822 angelegte Klodnitzkanal, dessen Ausbau zur Tragfähigkeit von 1000 Tonnen-Kähnen bereits projektiert ist. Durch die Abtrennung eines großen Teiles des Industriegebietes hat die Stellung der Stadt Gleiwitz unter den Städten Oberschlesiens an Bedeutung noch gewonnen.

Als nach dem Versailler Friedensvertrag eine Volksabstimmung über das Verbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reich entscheiden sollte und zur Durchführung dieser Abstimmung das in Frage kommende Gebiet der Verwaltung einer interalliierten Regierungskommission unterstellt wurde, brach für Oberschlesien eine harte Prüfungszeit herein. Diese mußte um so härter empfunden werden, als immer noch nicht überwunden waren die schweren Jahre des Weltkrieges, bei dessen Beginn die Gefahr einer russischen Invasion monatelang über der Stadt geschwebt, in dessen Verlauf die Not, namentlich die Knappheit an Lebensmitteln, die in der Rüstungsindustrie hart arbeitende Bevölkerung der Stadt besonders schwer gedrückt hatte, und die Zeit der Revolution, die auch nicht ohne blutige Opfer geblieben war. Zu dem Druck der fremden Regierungsgewalt und der fremden, zum Teil feindlich gesinnten Truppen kamen in dieser Zeit der zweieinhalbjährigen Besetzung die wiederholten Polenaufstände, namentlich der dritte, der Gleiwitz in den Monaten Mai und Juni 1921 vollständig abschloß, so daß es einer belagerten Festung glich, welche in schweren, aber siegreichen Kämpfen von dem aus der Einwohnerschaft gebildeten Selbstschutz zäh

verteidigt wurde. So schmerzlich und verlustreich die Abtretung der wertvollsten Teile Oberschlesiens auf Grund des Genfer Diktats trotz der überwiegenden Mehrheit der für Deutschland abgegebenen Stimmen für Oberschlesien und das ganze deutsche Vaterland ist, für die Stadt Gleiwitz bedeutete sie die Entwicklung zum industriellen und kommerziellen Mittelpunkt des deutsch gebliebenen oberschlesischen Industriebezirkes. Alle großen Unternehmungen haben hierher ihre Hauptverwaltung gelegt. Gleiwitz ist jetzt der Sitz der industriellen Verbände Oberschlesiens, des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, des Arbeitgeberverbandes der weiterverarbeitenden Metallindustrie, des Arbeitgeberverbandes des westoberschlesischen Baugewerbes, der Sitz des Reichsknappschaftsvereins Bezirk Oberschlesien und der Sitz der oberschlesischen Bezirksverbände der Gewerkschaften. In Gleiwitz haben sämtliche Großbanken und die Reichsbank ihre Filialen errichtet. Gleiwitz ist auch Sitz der oberschlesischen Produktenbörse. Auch rein geographisch wird die Stadt der Mittelpunkt des deutsch gebliebenen Industriegebietes werden, denn die Entwicklung geht dahin, daß auch im Westen, Norden und Süden der Stadt neue Gruben und Hüttenwerke entstehen werden. Die Stadt Gleiwitz ist auch ein behördlicher Mittelpunkt. Zwar haben weder Regierung noch Provinzialverwaltung ihren Sitz hierher verlegt. In Gleiwitz befindet sich aber eine große Anzahl anderer Behörden: ein Amts- und Landgericht, ein Finanzamt und Hauptzollamt, ein Wasserbauamt, ein Katasteramt, ein Kulturamt, ein Eichamt, zwei Bergrevierbehörden, eine Gewerbeaufsichtsbehörde und das im Juli 1923 geschaffene Polizeipräsidium für den gesamten Industriebezirk. Die Stadt entwickelte sich in den letzten Jahren schließlich auch zu einem kulturellen Mittelpunkt. Das werden noch im einzelnen die folgenden Abhandlungen näher darlegen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß sich außer 12 Volksschulen und einer sehr stark besuchten Mittelschule in Gleiwitz mehrere höhere Schulen befinden: das staatliche Gymnasium, 1816 errichtet und zunächst untergebracht in dem 1810 säkularisierten Franziskanerkloster, das im Jahre 1612 an der Kreuzung der Straßen nach Rauden und Cosel außerhalb der Stadt gegründet worden war, ferner die halb städtische, halb staatliche Oberrealschule, im Jahre 1869 als Gewerbeschule gegründet, die im Jahre 1896 ins Leben gerufene Maschinenbau- und Hüttenschule und schließlich zwei Mädchenlyzeen, ein privates der Armen Schulschwestern und ein städtisches mit einer im Ausbau begriffenen Studienanstalt, das hervorging aus einer vor mehreren Jahrzehnten gegründeten Privatmädchenschule.

Die Verringerung des Heeres auf Grund des Versailler Vertrages hat es mit sich gebracht, daß Gleiwitz seitdem kein Militär mehr hat, obwohl es seit dem ersten schlesischen Kriege ständig Garnisonstadt war. Zuletzt waren 4 Schwadronen des 2. Ulanenregiments, 2 Bataillone und die Maschinengewehrkompagnie des 22. Infanterie-Regiments und eine Abteilung des 57. Artillerie-Regiments hier in Garnison, ferner der Divisionsstab und das Kriegsgericht.

Im Jahre 1897 ist Gleiwitz, nachdem im Jahre vorher die Vororte Petersdorf und Trynek im Nordwesten und Südosten der Stadt eingemeindet worden waren, aus dem Landkreise Tost-Gleiwitz, der 1808 bei der Reorganisation der Verwaltung gebildet war, ausgeschieden und selbständiger Stadtkreis geworden. Weitere Eingemeindungen stehen, wie schon erwähnt, unmittelbar bevor.

Gleiwitz als Mittelpunkt des deutsch-oberschlesischen Industriebezirks

Von Dr. Schaffrath, Gleiwitz.

Die gewaltsame Zerreißung Oberschlesiens hat zwangsläufig zu den Folgen geführt, die alle wirklichen Kenner der Verhältnisse vorausgesagt haben. Eine Entwicklung hat sich angebahnt, die zwar noch im Fluß ist, aber unbeirrt weiter ihren Lauf nimmt, als ob es sich um gesetzmäßige Naturnotwendigkeiten handelte. Obwohl nur ein kleiner Teil der oberschlesischen Bodenschätze bei Deutschland verblieben ist, hat die Grenzlinie zwar das geopolitisch an sich einheitliche Gebiet wohl zerreißen, aber nicht den Lebensodem des deutsch gebliebenen Teiles abwürgen können.

Während die industrielle Entwicklung in dem an Naturschätzen weit reicheren polnisch gewordenen Ost-Oberschlesien stagniert, ja zum Teil einen rückläufigen Charakter annimmt, bahnt sich in West-Oberschlesien ein allgemeiner wirtschaftlicher und kultureller Aufschwung an, der geradezu als historischer und sozial-psychologischer Anschauungsunterricht bezeichnet werden darf. Hier sieht man am klarsten, daß es nicht die Naturschätze an sich sind, die einem Lande die Entwicklung zum Reichtum garantieren, sondern der Menschenschlag, die Volkspsyche, das Vorhandensein von Führernaturen und Pionieren der Volkswirtschaft ausschlaggebend sind. Erst diese können mit den von der Natur gegebenen Vorbedingungen auch wirklich schöpferisch etwas Großes bilden. Das ist es ja auch in allererster Linie, was Deutschlands Besitzrecht auf das ganze und ungeteilte Oberschlesien begründet hat und immer begründen wird. Der Menschenschlag, der im 19. Jahrhundert gerade in Oberschlesien aufgewachsen ist, ist stark und fest geworden in dem Ringen um die Nutzbarmachung dieser Erdschätze. Und da dieser Menschenschlag sich immerfort aus dem ganzen deutschen Volke ergänzte, die besten Köpfe und stärksten Arme hinzufügte, so wissen wir, daß die deutsche Arbeit auf diesem Strich deutscher Erde nicht verloren sein wird und nicht verloren gehen kann. Trotz der Trennung!

Durch nichts wird dies mehr erhärtet und bewiesen, als durch die Entwicklung des deutsch gebliebenen Oberschlesiens in den drei Jahren nach der vollzogenen Trennung. Schon hat sich in Gleiwitz ein neuer organisatorischer Kern des deutschen Industriegebietes gebildet. Dieses Zentrum war ehemals Kattowitz, die Stadt, die aus bescheidenen Anfängen in wenigen Jahrzehnten sich zu einer ansehnlichen Bedeutung entwickelte. Hier war das Zentralnervensystem des Industriegebietes. Hier waren Kopf und Herz, hier wurden die Pläne für den Ausbau des ganzen Gebietes ersonnen und vorbereitet, und auch die Ausführungen wurden hier überwacht. All das wirkte zusammen, um Kattowitz zu einem industriellen Zentrum vornehmsten Ranges zu machen. Die Trennung hat diese Entwicklung jäh unterbrochen. Gewiß, die breiten Straßenzüge sind noch immer da, aber sie wirken wie ein anderes Sinnbild der „polnischen Wirtschaft", denn hinter der glänzenden Außenseite birgt sich nicht mehr wirkliches Leben, sondern das Herz arbeitet nur noch mühsam und wird noch wachgehalten von denen, die ausharrten und ausharren mußten, um ihr Werk nicht dem zerstörenden Einfluß der neuen Herren vorzeitig zu überlassen.

Wer in diesen Jahren mitten im Industriegebiet gelebt hat, hat die Kraft des deutschen Genius erfahren, die sich elementar wie eine Woge über die unselige „Grenze" wälzte in das deutsche Oberschlesien hinein. Dazu war keine Übergangszeit notwendig, denn der Wille, vorwärts zu kommen, war lebendiger als je. Zunächst führte das naturnotwendig zur Bildung eines neuen industriellen Zentralknotenpunktes. Die reiche Erfahrung einer erfolgreichen Vergangenheit, die im deutschen Teil noch ungebrochene Gegenwart ist und zwingende Zukunft sein wird, wird dieser neuen Schöpfung zustatten kommen. Es fehlt ihr nicht die Ursprünglichkeit, die Dauer verbürgt, auch nicht die Liebe zum Werk und vor allem nicht zur ererbten Heimat, die jede Arbeit unvergänglich adelt. Das ist es, was das neue industrielle Zentrum G l e i w i t z auszeichnet. Gewiß war die Stadt Gleiwitz im ungeteilten Lande schon nicht unbedeutend, da ihr die geschichtliche Patina des Werdens und Wachsens des ganzen Industriegebietes mit anhaftete. Seit es eine Industriegeschichte Oberschlesiens gibt, gehört Gleiwitz mit zu den Städten, aus denen sich die organisatorischen Ansätze entwickelten. In Gleiwitz wurde am 21. September 1796 der erste Kokshochofen auf Veranlassung des damaligen Direktors des Oberbergamts in Breslau, des Freiherrn von Reden, in Betrieb gesetzt. Dieser Ofen war zugleich der erste Kokshochofen des europäischen Festlandes, der Roheisen für Gießereizwecke herstellte. Auf der Gleiwitzer Hütte wurden in den napoleonischen Kriegen Geschütze und Geschosse erzeugt, ohne welche die preußische Armee 1813 fast ohne schwere Waffen gewesen wäre. Die Gründung des Deutschen Zollvereins brachte für die oberschlesische Industrie zunächst schwere Rückschläge, die sich durch die Anpassung an die veränderten Marktverhältnisse indessen bald wieder ausglichen. Wieder ging die Gleiwitzer Hütte mit technischen Fortschritten voran. Sie führte 1835 die Erhitzung der Gebläseluft ein, so daß sie den Wettbewerb mit dem schottischen Roheisen, das in dieser Zeit Deutschland überschwemmte, aufnehmen konnte. Von besonderer Bedeutung wurde für die Entwicklung von Gleiwitz die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches. Sie gab überhaupt der oberschlesischen Industrie einen verhältnismäßig großen und gesicherten Markt. So wurde im Gleiwitzer Gebiet 1871 die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-A.-G. gegründet, die später das Werk Huldschinsky & Söhne in sich aufnahm. Ihr folgte die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. (Caro-Hegenscheidt) und in ihrer weiteren Umgebung die Donnersmarckhütte. Die Königliche Hütte zu Gleiwitz selbst widmete sich nach Kriegsschluß dem Kunstguß, in dem sie es ebenfalls zu bedeutsamen und überragenden Leistungen brachte. Bildhauer von Rang und Ruf, wie Kiß, der Schöpfer der Amazonengruppe vor dem Berliner Museum und des Reiterstandbildes Friedrichs des Großen in Breslau, und Kalide, der Schöpfer des Redendenkmals in Königshütte, waren in Gleiwitz tätig.

Etwa zwischen Gleiwitz im Westen und Kattowitz und Königshütte im Osten als Endpunkte hat sich dann im Ablauf des 19. Jahrhunderts die oberschlesische Eisenindustrie entwickelt. Sie lagert sich dicht um die Förderstätten des Hindenburger (Zabrzer)-Beuthen-Myslowitzer Flözzuges, auf einem verhältnismäßig schmalen Gebiet, in dem dicht gedrängt Werk an Werk entstand. Das alles war ein einziger Organismus, der von Weltbedeutung geworden war. Der ungeheuerliche Wahnsinn der Trennung ist es, daß ein solcher in sich geschlossener Organismus in zwei Teile zerrissen wurde, ein Wahnsinn, der achtlos daran vorbeiging, daß es nicht die Naturschätze an sich waren, die den Reichtum Oberschlesiens verbürgten, sondern erst der organisatorische Geist, der diese Naturschätze zu heben und ein lebendiges Wirtschaftsgebilde zu schaffen verstand.

Wenn nun auch die Grenzlinie so gezogen worden ist, daß die ergiebigsten Kohlenlager von Deutschland getrennt wurden, so ist Westoberschlesien doch energisch an die Ausbeutung der ihm ver-



bliebenen Kohlenschätze gegangen, und zwar mit dem Erfolg, daß die Förderung im westoberschlesischen Bezirk immer intensiver fortschritt und im Dezember 1924 schon die monatliche Durchschnittsförderung der Vorkriegszeit überstieg. Bleiben Westoberschlesien die derzeitigen Arbeitsbedingungen erhalten und Streiks und Unruhen erspart, so wird sich diese Entwicklung weiter fortsetzen. Das muß unmittelbar dazu führen, daß der erhebliche Eisenbahnverkehr, den ehemals Kattowitz zu bewältigen hatte, nach Gleiwitz abgedrängt wird. Von Kattowitz aus liefen täglich hunderte von Kohlenzügen nach allen Himmelsrichtungen ab, da Kattowitz der Knotenpunkt des gesamten oberschlesischen Verkehrs war. In logischer Folge dieser Entwicklung hat jetzt der Verkehr auf dem Gleiwitzer Bahnhof erheblich zugenommen. Dem entspricht auch, daß die Bahnhofsanlagen unter Ausnutzung aller technischen Errungenschaften so erweitert werden müssen, daß sie in der Lage sind, den gesamten oberschlesischen Verkehr aufzunehmen. Die aus Ostoberschlesien nach Deutschland und darüber hinaus gehenden Erzeugnisse müssen zum großen Teil künftig den Weg über Gleiwitz nehmen, das verkehrsgeographisch auch verhältnismäßig günstiger gelagert ist als Kattowitz. Von Gleiwitz aus ist der Oderhafen Cosel auf dem Wasserwege zu erreichen, ein Umstand, der nach der Stromregulierung der ganzen Oder Gleiwitz ein Ausfalltor sichert, wie es für Kattowitz nicht zu errichten und auch aus technischen Gründen nicht zu schaffen war. Vor dem Kriege war Oberschlesien verkehrstechnisch und verkehrspolitisch mehr als benachteiligt, da ihm erstklassige Wasserwege nicht zur Verfügung standen und auch nicht im Bereich zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten lagen. Heute sind wenigstens diese Möglichkeiten gegeben durch den Ausbau der Wasserstraßen. Im eigensten Interesse der Industrie liegt es, den Wasserverkehr bis an den Rand des Reviers, also bis Gleiwitz, vorzutragen, um den Wasserweg sowohl für die Anfuhr der Rohstoffe und Erze als auch für die Abfuhr der Halb- und Fertigerzeugnisse nutzbar zu machen. Ein anderer Weg, als die zum Großschiffahrtsweg ausgebaute Oder, ist nicht gegeben.

Gewiß bleibt der Gegenwart noch viel zu tun übrig. Was aber die Gegenwart tun kann, geschieht in Gleiwitz selbst, in dessen Weichbild sich die oberschlesische Industrie ein neues Zentrum geschaffen hat. Hier ist der Sitz der großen wirtschaftlichen Verbände, des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e. V., des Arbeitgeberverbandes der Oberschlesischen Montanindustrie, des Oberschlesischen Steinkohlen-Syndikats G. m. b. H., der Östlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Oberschlesischen Überwachungsvereins, der Oberschlesischen Knappschaft usw. In Gleiwitz haben sich bedeutende Werksleitungen niedergelassen und drücken der ganzen Stadt ihr Gepräge auf: Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G., die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G., die Gräfl. Schaffgot'schen Werke, die Gräfl. von Ballestrem'sche Güterdirektion usw. Hier haben sich die verschiedenen technischen und gewerblichen Organisationen angesiedelt und machen Gleiwitz zum Schwerpunkt der gesamten oberschlesischen Wirtschaft.

Natürlich kann diese erfreuliche Entwicklung der letzten drei Jahre nur weiter vorwärts gehen, wenn auch Staat und Reich sie verständnisvoll unterstützen. Schon seit der Zeit Friedrichs des Großen ist die Entwicklung der oberschlesischen Industrie von der aufmerksamsten Pflege des Staates in hohem Maße abhängig gewesen. Es ist dringend erforderlich, daß Staat und Reich sich dieser ihrer Pflichten auch für den bei Deutschland verbliebenen Teil der oberschlesischen Industrie in Zukunft bewußt bleiben. Bedauerlicherweise hat es allzu oft den Anschein, als ob man diese Aufgabe bei den Zentralbehörden in dem absolut erforderlichen Maße nicht erkennt. So ist den andauernden dringlichen Vorstellungen bei sämtlichen zentralen Stellen nach Beseitigung

des stark überhöhten Frachtenstandes, der sich bei der geographischen Lage unseres Reviers mit besonderer Deutlichkeit auswirken muß, immer noch nicht stattgegeben worden. Die unabweisbare Folge einer solchen Frachtenpolitik der Reichsbahngesellschaft ist, daß grundlegende Lebensbedingungen unserer Wirtschaft in Frage gestellt sind und Standortsverschiebungen erwogen werden müssen, die für die allgemeine deutsche Volkswirtschaft keineswegs wünschenswert, für die bezirklichen Verhältnisse aber geradezu verhängnisvoll sind. Dieses eine Beispiel sei nur angeführt, um zu zeigen, wie gefährdet eine solche Entwicklung sein kann, wenn es an Verständnis und sorgfältiger Pflege seitens der Behörden mangelt. Gerade jetzt, wo Deutsch-Oberschlesien den Beweis erbringt, daß es aus eigener Kraft den schweren Verlust, der durch die Abtrennung Ostoberschlesiens eingetreten ist, wett zu machen in der Lage ist, muß doppelt gefordert werden, daß es in diesen Bestrebungen von allen behördlichen Stellen aufs kräftigste unterstützt wird. Denn die Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, sind größer, als der Außenstehende vermuten kann. So liegen z. B. noch erhebliche Zinkschätze in dem Boden Deutsch-Oberschlesiens, so daß mit der Errichtung neuer Zinkerzgruben und dem Ausbau neuer Zinkhütten in der Zukunft zu rechnen ist. Auf dem Gebiet der Steinkohle lassen zwar die neuesten Bohrversuche in nordwestlicher und westlicher Richtung von Gleiwitz die Entstehung neuer Schachtanlagen als ausgeschlossen erscheinen, doch sind südlich und östlich von Gleiwitz noch beträchtliche Ausbeutungsmöglichkeiten für die Kohlengewinnung gegeben. Die vorhandenen Bergwerke können außerdem in einem Umfange ausgebaut werden, daß an Kohle wie an Zink ein Vielfaches der bisherigen Mengen gefördert werden kann. Die Eisenindustrie hat bei ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage bisher nur in geringem Maße an den Ausbau ihrer Anlagen herangehen können, um für die an Polen verlorengegangenen Stahl-, Walzwerke und Eisenhütten einen Ersatz zu schaffen. Immerhin regt und rührt sich überall die schaffende Kraft des deutschen organisatorischen Geistes, die Gleiwitz als Zentrum der sich anbahnenden Entwicklung vor immer größere Aufgaben stellt.

Gleiwitz als Handelsplatz des deutschen Ostens

Von Dr. Ernst Kohn, Rechtsanwalt in Gleiwitz.

Der gewaltige Handelsverkehr, der in der Vorkriegszeit den Umlauf wirtschaftlicher Güter über die Ostgrenze Deutschlands regelte, ist durch die Umwälzungen des letzten Jahrzehnts fast völlig zerstört worden. Sein Wiederaufbau geht nicht nur Ostdeutschland an, sondern ist eine Lebensnotwendigkeit für die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

Ob dieser Notwendigkeit Rechnung getragen werden kann, wird endgültig erst die Zukunft ergeben; insbesondere bleibt abzuwarten, ob Deutschland zum Abschlusse gedeihlicher Handelsverträge mit den Ost- und Südstaaten gelangen wird. Erst seit dem 10. Januar 1925, d. h. seit dem Fortfalle des im Versailler Vertrage uns auferlegten Meistbegünstigungszwanges, besteht ja für Deutschland überhaupt die Möglichkeit, mit den früher feindlichen Staaten wieder wirkliche Handelsverträge abzuschließen. Wenn es aber, wie zu hoffen ist, zur Schaffung befriedigender Handelsbeziehungen, insbesondere mit Polen und Rußland, kommt, dann wird unter den wenigen Handelsplätzen, die Deutschland an seiner gegenwärtigen Ostgrenze behalten hat, Gleiwitz einer der bedeutendsten werden.

Schon jetzt hat diese Stadt, volkswirtschaftlich betrachtet, einen unverkennbaren Vorrang inne. Von jeher war sie der Sitz großer Industrie- und Handelsunternehmungen aller Zweige. Sie beherbergte die Zentralverwaltungen des überwiegenden Teiles derjenigen Produktions- und Handelsgesellschaften, denen die über ganz Oberschlesien verteilten Gruben, Hüttenwerke und Fabrikbetriebe unterstanden oder durch alte vertragliche Bindungen verpflichtet waren. Hier liefen im wesentlichen die Fäden des kunstreichen Gewebes zusammen, durch das nicht nur Schlesien und das innere Deutschland, sondern auch nahezu alle Staaten Mittel- und Westeuropas mit Erzeugnissen der oberschlesischen Industrie versorgt wurden; und hier befand sich auch eine der wichtigsten Aufnahme- und Verteilungsstellen für Einfuhrwaren jeglicher Art, deren Herkunftsgebiete hauptsächlich Rußland, Galizien, Rumänien und die Balkanländer waren, aber auch das nördliche Ausland, z. B. Schweden mit seiner starken Erzeinfuhr. Abgesehen von den Bodenschätzen und den hoch entwickelten Gewinnungs- und Verarbeitungsanlagen ganz Oberschlesiens, verdankte Gleiwitz diesen Aufschwung innerhalb der Vorkriegszeit seiner wirtschaftsgeographischen Lage und der ausgezeichneten Organisation aller Gewerbezweige.

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921, durch die bekanntlich die Zerreißung Oberschlesiens ausgesprochen wurde, hat, so verhängnisvoll sie sich auch im übrigen auswirkte, nur einen — freilich sehr wesentlichen — Teil jener Wirtschaftsfaktoren geschwächt oder sogar vernichtet; doch stehen dieser Beeinträchtigung andere Momente gegenüber, die für Gleiwitz die Voraussetzungen einer günstigen Weiterentwicklung geschaffen haben.

Zwar waren es gerade die produktiv zukunftsreichsten Gebiete, die der Abtrennung verfielen. Etwa vier Fünftel des Kohlenvorkommens und des Grubenbesitzes, die gesamte Eisenerz- und nahezu die ganze Zink- und Bleierzförderung Oberschlesiens ist Deutschland verloren gegangen, ebenso der überwiegende Teil der Hochofenwerke, der Stahl- und Walzwerke, der Zinkhütten und

der sonstigen Erzeugungsstätten. Die neue Grenze, mitten durch das Herz des in seiner Einheitlichkeit so reich gegliederten Wirtschaftskörpers gelegt, hat das rationelle Zusammenwirken der Betriebe außerordentlich erschwert, und der Versuch, durch das deutsch-polnische Abkommen vom 15. Mai 1922 die wirtschaftliche Verbindung der beiden Zonen für eine gewisse Übergangszeit aufrechtzuerhalten, hat, wie unschwer vorauszusehen war, die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Wenngleich aber hiernach der deutsch gebliebenene Teil Oberschlesiens nicht mehr in dem früheren Umfange bei der Urerzeugung industrieller Güter mitwirken kann, so braucht doch von einem Erlöschen seiner Sonderart und seiner Sonderaufgaben keine Rede zu sein. Die Industrie wird im Rahmen des Erreichbaren neue Produktionsquellen zu erschließen und die noch vorhandenen weiter zu vervollkommnen suchen; sie wird sich in noch größerem Ausmaße als vor der Trennung auch auf die Weiterverarbeitung und Veredelung, hinsichtlich deren sie von jeher Mustergültiges leistete, einstellen und die Wiedergewinnung der Auslandsmärkte durch die Hochwertigkeit ihrer Erzeugnisse erstreben. Neben dieser Wirksamkeit wird aber eine besondere und, wenn möglich, noch gesteigerte Pflege dem reinen Warenumlauf, also dem Handel im weitesten Sinne, gewidmet werden müssen. Die Erkenntnis, daß auch dieser Zweig gewerblicher Betätigung volkswirtschaftlich unentbehrlich ist und nicht hinter derjenigen Arbeit zurücksteht, die auf die unmittelbare oder mittelbare Hervorbringung von Gütern gerichtet ist, hat nach den mannigfachen Erschütterungen der Kriegs- und Nachkriegszeit wieder festen Fuß gefaßt; und gerade hier liegen für Gleiwitz Aufstiegsmöglichkeiten, deren Verwertung noch lange nicht erschöpft ist.

Von dem Wesen und der Bedeutung der am Gleiwitzer Wirtschaftsleben beteiligten Gewerbegruppen (Industrie, Kaufmannschaft und Handwerk) wird an anderen Stellen dieses Buches ausführlich gesprochen werden. Die vorliegende Skizze darf sich auf die Feststellung beschränken, daß sich die praktische Leistungsfähigkeit dieser Gruppen, soweit Handelsfragen in Betracht kommen, durch die innerhalb Oberschlesiens eingetretenen Veränderungen eher vermehrt als verringert hat. Der Zuzug gewerblicher Unternehmungen aller Gattungen nach Gleiwitz — eine Folge der an sich beklagenswerten politischen Ereignisse — hat zu einer nutzbringenden Konzentrierung geführt, die andererseits die Grundlage für eine Wiederausdehnung der hier ihren Schwerpunkt findenden Wirtschaftskräfte bildet. Ähnlich wie die von der Industrie für den Absatz ihrer Erzeugnisse und den Einkauf der Rohstoffe geschaffenen Handelsbetriebe, haben sich auch zahlreiche Kaufmannsfirmen anderer Art, z. B. im Holz- und Textilhandel, so gegliedert, daß die Oberleitung sich in Gleiwitz befindet, während diesseits und auch jenseits der Grenze Kartellunternehmungen, Zweigniederlassungen oder dergleichen vorhanden sind. Besonders die Stadt Kattowitz und deren Umgebung weisen solche Abzweigungen auf. Mehrfach liegen die Dinge auch so, daß die in Gleiwitz ansässigen Handelsunternehmungen wiederum mit gleichartigen Organisationen anderer Wirtschaftsbezirke zu Interessengemeinschaften verknüpft sind und nach dem System der neuzeitlichen Konzernbildungen unter einer auswärtigen Zentrale zusammenarbeiten. Die ganze Entwicklung ist noch im Flusse. Aber auch soweit der oberschlesische Handel von auswärtigen Stellen mitbeeinflußt wird, sind alle in Betracht kommenden Organisationen mit Gleiwitz organisch verknüpft, und vielfach kann eine Verlegung der Schwerpunkte nach Gleiwitz festgestellt werden.

So hat z. B. im Sommer 1923 die Oberschlesische Stahlwerks-Gesellschaft m. b. H., die ihren Sitz in Berlin, ihre oberschlesische Geschäftsstelle in Gleiwitz hatte und die Verkaufsvereinigung der vier wichtigsten oberschlesischen Hüttenwerke war, infolge der Zerreißung Oberschlesiens aufgelöst werden müssen; aber die beiden west-oberschlesischen Mitgliedswerke (Ober-

schlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft und Oberschlesische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft, beide in Gleiwitz) haben sich inzwischen zu einer neuen Gemeinschaft (Verkaufsvereinigung Oberschlesischer Walzwerke G. m. b. H. in Gleiwitz) zusammengeschlossen, die einen bedeutsamen Teil der Handelsfunktionen jener aufgelösten Gesellschaft übernommen hat. Als eine der wichtigsten Neubildungen auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft darf das Oberschlesische Steinkohlen-Syndikat G. m. b. H. in Gleiwitz erwähnt werden, das für Deutsch-Oberschlesien an die Stelle der ehemaligen Kattowitzer Kohlen-Konvention getreten ist und mit dem alten Kohlen-Großhandel Oberschlesiens in enger Verbindung steht. Für den Verkehr mit der ost-oberschlesischen Industrie- und Handelswelt sind zahlreiche neue Gesellschaften errichtet worden, die gleichfalls in Gleiwitz entweder ihren Sitz oder wenigstens maßgebliche Niederlassungen haben. Ebenso beteiligt sich die im Verein selbständiger Kaufleute e. V. in Gleiwitz straff zusammengeschlossene Kaufmannschaft an den unter der Führung der Oppelner Industrie- und Handelskammer schon seit Jahren zur Wiederanknüpfung der zerrissenen Handelsverbindungen mit Ost-Oberschlesien geleisteten Arbeiten.

Alle diese hier nur in den Grundzügen und an Beispielen angedeuteten Gestaltungen setzen naturgemäß für ihre Auswertung das Vorhandensein der zu einer zeitgemäßen Abwicklung des räumlichen Warenverkehrs erforderlichen Einrichtungen voraus; und auch diese Vorbedingung ist für Gleiwitz in der Gestalt eines wunderbar entwickelten und ständig weiter zur technischen Verbesserung kommenden Netzes von Verkehrsstraßen gegeben.

Drei Hauptverkehrsadern verbinden (wenn man von dem noch am Beginne der Erschließung stehenden Luftverkehr absieht) Oberschlesien über Breslau mit dem inneren Deutschland: Landstraße, Wasserweg und Eisenbahn; und hinsichtlich aller nimmt Gleiwitz eine beherrschende Stellung schon insofern ein, als es, von Breslau her gesehen, den Endpunkt des Nebeneinanderlaufens dieser Hauptadern und den Ausgangspunkt für die in das engere Industriegebiet und über die Grenze führenden Gabelungen bezeichnet.

Die uralte Heeres- und Völkerstraße Breslau—Krakau, von der in Gleiwitz Chausseen in der Richtung auf Tarnowitz, Hindenburg O.-S. und Rybnik abzweigen, hat im Zeitalter der Kraftwagen einen erheblichen Teil ihrer früheren Verkehrsbedeutung zurückgewonnen. Dies wird noch deutlicher zu Tage treten, wenn die gegenwärtig noch im Bau befindliche geradlinige Straße nach Sosnitza, dem dicht bei Gleiwitz gelegenen und seit der Grenzziehung in rascher Entwicklung begriffenen Übergangsorte, vollendet sein wird. Immerhin liegt die Hauptbedeutung der Landwege in der Versorgung der näheren Umgebung von Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien.

Für den Fernverkehr kommt zunächst die Wasserstraße der Oder in Betracht. Mit dem großen Oderhafen bei Cosel ist Gleiwitz, außer durch den Klodnitzkanal, auch durch die Zubringerstrecke der Eisenbahn über Kandrzin verbunden; das Umschlagsverfahren ermöglicht die Ausnützung des Wassers für die Beförderung derjenigen Güter, bei denen es nicht so sehr auf die Schnelligkeit als auf die Billigkeit der Fortbewegung ankommt. Die gegenwärtig noch vorwiegende Anwendung des Wasserweges ist die Kombinierung mit der Eisenbahn. Denn wenngleich der Klodnitzkanalhafen in Gleiwitz, der einzige im ganzen Industriebezirk, zugleich auch Anfangs- und Endpunkt der die Gruben und Hütten verbindenden oberschlesischen staatlichen Schmalspurbahn ist, so machen doch die längst nicht mehr zeitentsprechenden Ausmaße des weit über 100 Jahre alten Kanals seine Befahrung nur mit kleinen Kähnen (bis etwa 130 Tonnen) möglich, und im allgemeinen muß daher auch zwischen Klodnitz- und Oderschiff eine Umladung stattfinden. Der zweimalige Umschlag ist verhältnismäßig kostspielig und zeitraubend, ganz abgesehen davon, daß er für das wichtigste

Frachtgut Oberschlesiens, die Kohle, die mindestens fünf Sechstel des gesamten Talverkehrs des Coseler Oberhafens bestreitet, einen nicht unerheblichen Substanzverlust bedingt. Gerade für den Versand von Kohle wird daher der Gleiwitzer Hafen zurzeit nur in geringem Umfange in Anspruch genommen. Aus ähnlichen Gründen wird er auch durch den Empfang der auf der Oder ankommenden, zur Verhüttung bestimmten Erze wenig berührt. Für den Kanalverkehr im engeren Sinne kommen hauptsächlich in Betracht: talabwärts Bleiplatten und Rohzink, meist aus ostoberschlesischen Hütten herrührend, in der umgekehrten Richtung Kies und Baumaterialien, neuerdings auch Kaufmannsgüter wie Öle und Fette, Heringe und dergl., letztere hauptsächlich von den Ostseehäfen, zum Teil auch von Übersee. Zu den Versandgütern des Talweges wird sich voraussichtlich in Kürze Schnitt- und Floßholz ausländischer, vor allem galizischer Herkunft gesellen, das in Gleiwitz von der Eisenbahn auf den Wasserweg übergehen soll. Die übrigen für den Wasserstraßenverkehr in Gleiwitz beförderungstechnisch und kaufmännisch behandelten Güter (deren noch im Zusammenhange mit dem Eisenbahnverkehr zu gedenken sein wird) werden erst von bezw. nur bis Cosel zu Schiff verfrachtet.

Eine gewaltige Veränderung würde mit der Verwirklichung der schon vor dem Kriege ausgearbeiteten, durch die unglückliche politische Lage bisher vereitelten Pläne eintreten, die unter dem Namen des „Oberschlesischen Großschiffahrtsweges" bekannt geworden sind. Die Einzelheiten zu erörtern, ist hier nicht der Raum. Der moderne Ausbau des Klodnitzkanals, die damit eng zusammenhängende weitere Regulierung der Oder und ihres jetzt noch während eines beträchtlichen Jahresbruchteils unzureichenden Wasserstandes — dies sind für Oberschlesiens Handel Lebensfragen, deren Wesen sich aus dem oben Gesagten wohl von selbst ergibt. Das praktische Verständnis für diese Fragen hat gerade in der jüngsten Vergangenheit erfreulich zugenommen; und wenn es gelingen sollte, auch die anderen innerdeutschen Kanalprojekte (Mittelland- und Main-Donaukanal) in absehbarer Zeit mit Erfolg durchzuführen, dann würden nicht nur, wie jetzt, die Ufer der Oder, der Spree und der Elbe, sondern auch die Lieferungs- und Absatzgebiete Süddeutschlands, deren Verbindung mit dem Handel Deutsch-Oberschlesiens die neuere Eisenbahnstatistik aufzeigt, für den Schiffsverkehr erreichbar sein. Die hierdurch im Verhältnis zu der Bahnfracht eintretende Verringerung der Transportkosten würde bei dem Wettbewerbskampfe mit dem auf Unterbietung abzielenden Auslande von entscheidender Bedeutung sein.

In diesem Zusammenhange dürfen noch zwei oberschlesische Stellen erwähnt werden, von denen ebenfalls eine wirkungsvolle Mitarbeit an der Belebung des deutschen Außenhandels mit Sicherheit zu erwarten ist: die seit Jahrzehnten in Gleiwitz bestehende Produktenbörse (die in einem Einzelbeitrage noch eingehend gewürdigt werden wird) und der im Januar 1924 zur besonderen Pflege des Handels mit den auf die Dauer nicht zu entbehrenden Ein- und Ausfuhrgebieten Rußlands errichtete, der Oppelner Industrie- und Handelskammer angegliederte „Oberschlesisch-russische Wirtschaftsverband". Während der letztere sich in Anbetracht der schwankenden Wirtschaftslage naturgemäß seine Arbeitsgebiete erst künftig und nur in langsamer Arbeit wird erschließen können, besitzt die Gleiwitzer Börse reiche Erfahrungen und Überlieferungen aus der Vorkriegszeit, in der sie der Treffpunkt maßgeblicher Firmen des Produkten-Großhandels von diesseits und jenseits der Grenze und innerhalb ihres Sonderbereichs ein wichtiges Band für den Handel mit Osteuropa war. Daß sie nach dem Wiedereintritt normaler Handels- und Zollverhältnisse, insbesondere nach einer zweckmäßigen Regelung des Handels mit und durch Polen, diese wirtschaftliche Bedeutung zurückzugewinnen und weiter auszubauen imstande sein wird, läßt sich mit Sicherheit vorhersagen.



Von den angedeuteten Zukunftshoffnungen muß nunmehr noch in Kürze zu dem wesentlichsten Gegenwartsfaktor des Güter-Fernverkehrs, der Eisenbahn, übergegangen werden.

Daß Gleiwitz einen der größten und leistungsfähigsten Güter- und Verschiebebahnhöfe Deutschlands hat, ist schon vor dem Kriege weiteren Kreisen bekannt geworden. Die natürliche Verwertbarkeit dieser Anlage als Sammelbecken, Empfangs- und Abfertigungsstelle für Güter jeglicher Art ist durch die geänderte Grenzführung in zweifacher Hinsicht beeinflußt worden. Zunächst ist Gleiwitz nicht mehr, wie früher, ausschließlich Binnenstation, sondern es reicht mit seinem Vororte Sosnitza unmittelbar an die neue Grenze heran und hat insoweit alle handelspolitischen Eigentümlichkeiten eines Grenzplatzes erlangt, zumal da sich die Bahnstrecke bei Sosnitza in der Richtung nach Ost-Oberschlesien mehrfach gabelt und an die polnisch-oberschlesische Hauptlinie Kattowitz — Rybnik heranführt. Andererseits aber bringt es die besondere Lage des alten Gleiwitzer Güterbahnhofs mit sich, daß von ihm aus auch die anderen Hauptübergangsstellen der Eisenbahn in Hindenburg O.-S. und Beuthen O.-S. geradlinig erreicht und die für diese Übergänge bestimmten oder von ihnen hereinkommenden Waren in Gleiwitz aufgenommen, zweckdienlich gruppiert und weitergeleitet werden können. Insofern ist Gleiwitz, wenn man von dem hier beginnenden oder endigenden Güterverkehr und von dem reinen Durchgangsverkehr absieht, einer optischen Linse vergleichbar, die die von der einen Seite (von der Grenze) zuströmenden Strahlen auffängt und ihnen die erforderliche einheitliche Richtung nach Nordwesten (d. h. nach Breslau) gibt, umgekehrt aber die von dort ankommenden Strahlen zerlegt und planmäßig verteilt.

In welchem Umfange Gleiwitz schon jetzt, trotz der ungünstigen allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage, diese Funktionen ausübt, dürfte aus einigen Angaben über Art, Herkunft und Ziel der wichtigsten hier zum Empfang und zur Versendung kommenden Güterarten wenigstens annäherungsweise ersichtlich werden.

Das Hauptkontingent an Gütern, die von Gleiwitz und Sosnitza auf dem Eisenbahnwege (bezw. zum Teil von Cosel an auf dem Wasserwege) versendet werden, stellen Kohle und Koks. Ihre Hauptbestimmungsgebiete sind (abgesehen von Deutsch-Oberschlesien und dem Regierungsbezirk Breslau): Groß-Berlin, die Provinzen Brandenburg, Ostpreußen, Pommern mit den Ostseehäfen, ferner Sachsen (Provinz und Freistaat), Mecklenburg, Lübeck, Danzig und Deutsch-Österreich, für kleinere Mengen auch Schleswig-Holstein, Hamburg, der Regierungsbezirk Hannover und die Grenzmark Posen-Westpreußen, im Durchgangsverkehr besonders die Tschechoslowakei. Eisen und Stahlwaren (Roheisen, Schienen, Schwellen, Dampfkessel, Röhren, Achsen, Draht und sonstige Erzeugnisse der oberschlesischen Industrie) haben etwa die gleichen Absatzgebiete, gehen aber auch in das östliche Ausland, z. B. nach Westpolen, Galizien und Rumänien. Holz und Mineralöle, hauptsächlich aus Galizien, werden von hier nach Süd- und Westdeutschland einschließlich des Ruhr- und des besetzten Gebietes, nach Holland und der Schweiz, zum Teil auch nach Frankreich, Belgien und Dänemark befördert, Glas und Glaswaren nach Groß-Berlin, Hamburg, Hessen-Nassau, Ostpreußen und nach den Ostseehäfen, Zink nach Westdeutschland, Württemberg, Hamburg und Ost-Oberschlesien. Weitere Versandartikel, die zu einem großen Teile nach Polen gehen, sind Porzellanerde, Papier und Pappe, Steinblöcke, Mauersteine und sonstige Baumaterialien, Dachpappe (auch nach der Tschechoslowakei) und Chemikalien mannigfacher Art. Zum Empfange gehören u. a. die für den Industriebezirk aus Mittel- und Niederschlesien, aber auch aus dem westlichen Deutschland und zum Teil aus dem Auslande eingeführten Nahrungsmittel, wie Kartoffeln, Getreide, Hülsenfrüchte, Heringe (aus Pommern), Gemüse, Obst, Fette usw., ferner die für den landwirtschaft-

lichen Teil West-Oberschlesiens benötigten Düngemittel, schließlich Genußmittel wie Wein, Bier, Tabak und Spirituosen.

Wie mustergültig auch dieser gesamte Apparat in technischer Hinsicht arbeitet, so ist doch handelspolitisch ein wichtiger und dringender Wunsch der beteiligten Wirtschaftskreise auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens bisher nicht ausreichend erfüllt worden: Oberschlesiens geographische Lage bringt es mit sich, daß die Versand- und Empfangsgüter ganz ungewöhnlich lange Strecken auf dem innerdeutschen Schienenwege zurücklegen müssen. Daher ist das durch alle oberschlesischen Wirtschaftsberichte sich hindurchziehende Verlangen nach weitestgehender Senkung der Beförderungstarife ebenso begreiflich wie das Streben nach einer möglichst günstigen Gestaltung der Zölle und der anderen Außenhandelsfragen. Nur wenn hier, ebenso wie für die Verbesserung der Wasserstraßen, alles Notwendige geschieht, wird Deutsch-Oberschlesien im allgemeinen und Gleiwitz im besonderen seine Aufgaben im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft zu erfüllen vermögen.



Siedelung der „Heimstättengenossenschaft" an der Rybniker Chaussee

Gleiwitz als Garten- und Wohnstadt

Von Stadtbaurat Schabik, Gleiwitz.

Die Großstadt-Mietskaserne hatte um die Wende des 19. Jahrhunderts in unserer Wohnungskultur einen Tiefstand gebracht, der an Trostlosigkeit kaum zu übertreffen war. Als dann dieser Tiefstand der Wohnungskultur seinen verderblichen Einfluß immer mehr und mehr auf unser gesamtes Kulturleben ausdehnte und seine verheerenden Folgen in der Untergrabung unserer sittlichen und körperlichen Volksgesundheit immer deutlicher sichtbar wurden, hat erwachende Erkenntnis alle Kreise auf den Plan gerufen, die für eine Besserung oder Beseitigung des Übels in Frage kommen, nicht zuletzt den Baufachmann und in ihm wieder besonders den Städtebauer. Den Baufachmann an sich für die Gestaltung der einzelnen Wohnungen, den Städtebauer aber für die Anlage der gesamten Wohnflächen, ihre Einstellung in den Stadtbebauungsplan und ihre städtebauliche Durchbildung. Zwei Hauptforderungen leiten dabei sein Schaffen: reine, gesunde Luft für die Wohnlage und Sonnenlicht für alle Räume des Hauses. Die erste Forderung nach reiner, gesunder Luft für die Wohnviertel gebietet von vornherein, ihre Lage im Stadtplan so anzuordnen, daß sie in der Hauptwindrichtung vor allen Anlagen liegen, die durch Rauch- und Rußerzeugung eine starke Verunreinigung der Luft herbeiführen, in Industriestädten also vor den Industrievierteln. Wird aber unverdorbene reine Luft auf solche Weise in das Wohngebiet hineingetragen, dann müssen auch in diesen Gebieten selbst dem Luftstrom breite Gassen gebahnt und deshalb die Häuser in einem Abstande von einander errichtet werden, die der Luft und auch der Sonne ungehindert Zutritt zu den Wohnungen lassen. Die Freiflächen zwischen den Häusern aber allein würden die aufgestellte Forderung schlecht erfüllen, wenn sie schmutzige Höfe oder staubige Straßenflächen wären. Die Freiflächen werden die Forderung erst dann voll erfüllen, wenn sie als Gartenflächen ausgebildet solche Nachteile vermeiden und durch die ozonspendenden Pflanzen zur weiteren Verbesserung der Luft beitragen. So gelangt man zu den in Gärten eingebetteten Wohnhäusern, für die, in größerer Zahl vereint, der Name „Gartenstadt" geprägt wurde. Dabei ist in größeren Städten der Begriff „Stadt" gleich „Stadtteil" zu setzen.

Stößt die Bildung solcher Gartenstädte oder Gartenstadtteile bei mittleren und größeren Städten allgemein schon auf Schwierigkeiten, die sich aus der möglichst wirtschaftlichen Ausbeutung des Bodens als Baugrundstück ergeben, so sind die Schwierigkeiten noch vermehrt in einer Industriestadt. Hier zeigen sich die größten Schwierigkeiten darin, die Wohnviertel so zu legen, daß sie den schädlichen Einflüssen und Auswirkungen der Industrieanlagen möglichst entzogen

werden. Sind doch alle Industrien in ihrer Lage nicht unabhängig und in das Belieben des planenden Städtebauers gestellt, sondern vielmehr gebunden, allgemein vor allem durch den Anschluß an die Hauptverkehrswege. Für manche Industrien ergeben sich aber noch weitere und wichtigere Bindungen. So binden beispielsweise den Kohlenbergbau in seiner Lage neben der Notwendigkeit des Anschlusses an die Verkehrswege die geologischen Verhältnisse.

Eine Betrachtung unseres Stadtplans zeigt, daß die Hauptverkehrswege der Eisenbahn und der Wasserstraße des Klodnitzkanals den Stadtplan von Südosten nach Nordwesten hin mitten durchschneiden. Die Industrie, die sich längs dieser Verkehrswege angesiedelt hat, sucht und findet ihre Erweiterung hauptsächlich in der durch Eisenbahn und Klodnitzkanal abgetrennten nordöstlichen Hälfte des Stadtkreises, eine Entwicklung, wie sie dem Städtebauer für die Schaffung von gesunden Wohnvierteln durchaus gelegen kommt. Ist doch die Hauptwindrichtung für unsere Stadt von Westen nach Osten oder mehr noch von Südwesten nach Nordosten eingestellt und ist doch der ganze Westen noch frei von jeder Industrie bis weit über die Stadtkreisgrenzen hinaus, bis hinauf an die großen Waldflächen von Kieferstädtel und Rachowitz. Daraus folgert ohne weiteres das Gebot, das Wohngebiet im Westteil des Stadtkreises anzulegen, es zu schützen gegen jeden gesundheitsschädlichen Einfluß und es bebauungsplanmäßig so zu gestalten, daß in ihm die Wohnbedürfnisse aller Bevölkerungsschichten ihre Befriedigung finden.

Seit Beendigung des Krieges spielt in der städtischen Wohnungsfürsorge die Hauptrolle die ländliche Siedelung. Sie findet in Gleiwitz ihr Gebiet in dem Gelände zwischen Rybniker und Kieferstädtler Chaussee und darüber hinaus bis zur Landstraße nach Alt-Gleiwitz—Cosel. Kräftige Ansätze zeigen sich bereits heute in der Siedlung an der Rybniker Chaussee, wo die Heimstätten-Genossenschaft den Anfang machte und der Flüchtlingsbauverein fortsetzte, und an der Kieferstädtler Chaussee, wo die „Gagfah"-Siedlung sich erhebt und unmittelbar anschließend die Siedlung des Knappschafts-Bauvereins und eine Kleinsiedlung der Schutzpolizei. Hier haben die Siedlungen bald das kurz vor der Eingemeindung stehende Richtersdorf erreicht, mit seiner — bis auf wenige Ausnahmen unschöner Stockwerkhäuser — fast völlig unberührten ländlichen Eigenart. Unmittelbar im Zusammenhange mit den Siedlungen an der Kieferstädtler Chaussee stehen weite unbebaute Flächen und Baulücken an der Friedrichstraße und stoßen von hier in nördlicher und nordöstlicher Richtung hinein bis an die Grenzen der Altstadt. In diesen unbebauten Flächen, wohin städtische Bebauung bereits vorgedrungen ist mit breiten ausgebauten Straßen, soll sie auch ihre Fortsetzung finden, sei es, daß Geschoßhäuser in wohnlich einwandfreier Form errichtet werden, dort, wo Verkehrsstraßen oder begonnene geschlossene Bauweise es erforderlich macht, sei es, daß Einfamilienhäuser in offener Bauweise mit mehr städtischem Gepräge — im Gegensatz zur ländlichen Siedlung — inmitten größerer Gärten errichtet werden.

Trotz aller Vorzüge aber hat das Wohngelände am westlichen Rande des heute ausgebauten Stadtgebietes für eine Industrie- und Geschäftsstadt gewisse Nachteile, nämlich dann, wenn mit den Wohnungen unmittelbar Geschäftsräume kleineren Umfangs zu verbinden sind, wie es Vertretungen auswärtiger größerer Handels- oder Industrieunternehmungen verlangen. Geschäftsräume dieser Art aber dürfen nicht weit ab von dem Hauptgeschäftsviertel der Stadt liegen, das ja seinerseits die Nähe des Bahnhofes sucht. Solchen Bedürfnissen Rechnung tragend, sind im Anschluß an die städtische Promenade und die Parkflächen zwischen Altstadt und Bahnhof, Wohnflächen im Bebauungsplan vorgesehen, die für die gewünschten Niederlassungen Möglichkeit und



Annehmlichkeit bieten. So ist der Wohnpark zwischen alter Promenade und Klodnitzfluß entstanden und der Wohnpark am Eingange zum Wilhelmspark. Und die großen Gartenflächen, die durch Bauordnung für dieses Gebiet festgelegt sind, verbürgen nicht nur den Insassen der Häuser im Wohnpark eine behagliche Wohnung, sondern stellen auch für die Allgemeinheit der Bevölkerung eine wesentliche Bereicherung unserer öffentlichen Grünanlagen als Erholungsstätten dar, zumal sie auch von Spazierwegen durchzogen sind, die, nur für den Fußgänger bestimmt, ihn unbelästigt lassen von Staub und Lärm der Fahrstraße.

Daß die Stadtverwaltung bestrebt ist, in der gesamten Stadt, auch außerhalb der Wohngebiete, Grünflächen und Grünschmuck zu fördern und zu pflegen und so das Stadtbild anziehend und einladend zu gestalten, ist an anderer Stelle ausgeführt.

Zähem, folgerichtigem Schaffen muß es gelingen, auch eine Industriestadt in ihrem Äußeren so zu bilden, daß das Vorurteil, eine Industriestadt könne nimmermehr eine behagliche Wohnstadt sein, verschwindet. Eine Industriestadt kann auch eine Wohnstadt sein, wenn zur richtigen Zeit und an richtiger Stelle vorgesorgt wird. Sie kann dem Bürger, der in ihr groß und wohlhabend geworden, der mit ihr, als der Stadt seines Schaffens, eng verwachsen ist, auch eine bleibende ruhige Wohnstätte bieten. Darum sei es unsere Sorge, durch weiteren Ausbau der hier in ersten Ansätzen sich zeigenden Bestrebungen dahin zu wirken, daß die Bürger der Industriestadt, die hier schaffen und arbeiten, festgehalten werden an der Stätte ihrer Arbeit und nicht abgestoßen werden, um an landschaftlich reizvolleren Orten unseres Vaterlandes die ersehnte Wohnstätte zu finden, wo ihnen nach getaner Arbeit Ruhe und Behaglichkeit winkt.

Mag auch unsere Stadt noch am Anfange ihrer Industrieentwicklung stehen, und mag diese Entwicklung noch manche Forderung erheben, welche der Forderung der Freihaltung des Westgebietes von Industrie zuwiderläuft, zielbewußtem Willen und geschickter Planung wird es immer gelingen, im Wechselkampfe der Forderungen und Bedürfnisse der werdenden Großstadt das Verlangen nach gesunden und behaglichen Wohnungen nicht unterliegen zu lassen.



Wohnhaussiedelung des Bauvereins „Nord" (an der Tarnowitzer Chaussee)

Allgemeine Richtlinien der Kommunalpolitik

Von Oberbürgermeister Dr. Geisler, Gleiwitz.

Auf dem Leben des Einzelnen baut sich das Leben der Gesamtheit auf. Der Mittelpunkt des Privatlebens ist die Familie (Blutsgemeinschaft), der Hauptträger des öffentlichen Lebens ist der Staat (Volksgemeinschaft). Zwischen die Familie und den Staat schieben sich Zwischenglieder ein für solche dem Privatleben entwachsenen Aufgaben, die der Staat wegen der Natur der Sache (örtliche Angelegenheiten) oder aus Zweckmäßigkeitsgründen kleineren Gemeinwesen zur eigenen oder auftragsweisen Erledigung überläßt. Unter diesen kleineren Gemeinwesen stehen die Gemeinden (Bürger-, jetzt Wohnsitzgemeinschaften) an erster Stelle. Es ist das unvergängliche Verdienst eines Ministers des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III., des Freiherrn von Stein, in der Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens durch Napoleon I. das Eigenleben der Gemeinden (Kommunen) richtig erkannt und die darin lebenden Selbsterhaltungstriebe und produktiven Volkskräfte durch Einführung der Selbstverwaltung, nämlich der Selbstgesetzgebung (Autonomie) und der Selbstverwaltung im engeren Sinne für das Wohl der Gemeinden und letzten Endes des Staates selbst fruchtbar gemacht zu haben. (Die Steinsche Städteordnung vom 19. November 1908.) Durch diese Reform ist die Kommunalverwaltung aus der Staatsverwaltung, in der sie bisher mitenthalten war, herausgehoben und zur Selbstverwaltung gemacht worden, so daß man heute, wenn man ganz allgemein von Selbstverwaltung spricht, die Kommunal-Verwaltung damit meint. Entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte wird die Kommunalverwaltung ihrem eigensten Wesen als soziale Produktivgesellschaft öffentlichen Rechts nur gerecht, wenn sie neue Gemeingüter schafft und vorhandene ausbaut. Hierin unterscheidet sie sich von denjenigen Behörden, deren wesentliche Aufgabe in einer ausführenden oder feststellenden Tätigkeit liegt. Dieser Unterschied drückt sich auch in der äußeren Betätigungsform aus. Während die feststellenden oder ausführenden Behörden sich in der Hauptsache darauf beschränken, einen ordnungsmäßigen Beamten- und Büroapparat zu unterhalten und zu betreiben und hieraus die Abwicklung der Dienstgeschäfte sich von selbst ergibt, würde die Kommunalverwaltung damit allein das ihr anvertraute Selbstverwaltungsgebiet nicht erschöpfen, wenn es ihren leitenden Persönlichkeiten an energischer Initiative und gesunden Ideen für produktives Schaffen, an straffen Planungen und der Kraft und Fähigkeit, die Durchführung der Pläne zu organisieren und zu betreiben, fehlen würde. Daraus erklärt sich, daß, wo letztere Voraussetzungen nicht gegeben sind, ein kommunaler Fortschritt sogar in den Gemeinden ausbleibt, die eine geradezu mustergiltige Beamten- und Büro-Organisation aufzuweisen haben.

Seitdem die Gemeinden (Kommunen) nun durch die Verleihung des Selbstverwaltungsrechts die politische Selbständigkeit für eigene Angelegenheiten erlangt haben, gibt es eine eigene Kommunalpolitik. Darunter versteht man diejenige menschliche Tätigkeit, welche darauf gerichtet ist, das öffentliche Leben in der Gemeinde zu beeinflussen. Zur Kommunalpolitik gehört aber auch das Verstehen der Dinge, auf die eingewirkt werden soll, und so muß der Verstand vorgearbeitet haben,

ehe der Wille einsetzt. Das gilt zwar für die Politik überhaupt, muß aber hier besonders betont werden, weil gerade auf dem Gebiete der Kommunalpolitik jeder glaubt mitmachen zu können, gleichviel ob er von der Sache etwas versteht oder nicht. Ein wesentliches Merkmal des kommunalpolitischen Lebens ist die Unmittelbarkeit der Einzelpersonen zur Gemeinschaft. Hierdurch wird die Gemeinde besonders befähigt, gewisse mehr individuell zu behandelnde Aufgaben besser zu lösen, wie der Staat, andererseits ist die Gefahr größer, daß Einzelinteressen mit Gesamtinteressen vermischt werden. Richtunggebend für die jeweilige Kommunalpolitik sind die in Betracht kommenden Verhältnisse des öffentlichen Lebens, die zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten nicht immer die gleichen sind. Es sei nur an das durch die Not der Zeit bedingte stärkere Hervortreten der sozialen Seite der heutigen Kommunalpolitik gegenüber der rein wirtschaftlich eingestellten Kommunalpolitik vor dem Kriege erinnert, ferner an die Verschiedenheit zwischen Stadt und Land, zwischen Klein-, Mittel- und Großstädten und endlich ganz besonders zwischen Städten mit fortschreitender und abgeschlossener Entwicklung.

Zu den Aufgaben der Kommunalpolitik zählen nur solche, welche der Selbstverwaltung der Gemeinde unterfallen. Reichs- und Staatsaufgaben scheiden also aus. In diesen Fällen ist regelmäßig jede kommunale Zuständigkeit ausgeschlossen. Ausnahmen kommen hier nur insoweit in Frage, als sie von Reich oder Staat zugelassen sind, z. B. zur Ergänzung oder Ausführung von Gesetzen. Abgesehen von der Zuständigkeit von Reich und Staat ist der Kreis der Kommunalaufgaben weder durch das Gesetz noch sonstwie umgrenzt, insbesondere auch nicht durch den § 11 der gegenwärtig gültigen Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen der preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853, worin nur ganz allgemein Gegenstände der kommunalen Selbstgesetzgebung (sogenannter Ortsstatute) gekennzeichnet sind. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die kommunale Selbstverwaltung sich auf alle Belange des öffentlichen Lebens erstreckt, welche zum Bereich des örtlichen Gesamtinteresses gehören. Bei dieser Begriffsbestimmung entsteht naturgemäß ein weiter Spielraum, innerhalb dessen die Gemeinde vorbehaltlich entgegenstehender Gesetzesbestimmung ihre Aufgaben bis zu einem kommunalen Existenzminimum einschränken oder andererseits unter Beachtung der Zuständigkeit von Reich und Staat nach freiem Ermessen erweitern kann. Jedenfalls ergibt sich der Kern der eigenen Gemeindeaufgaben aus dem Wesen des Eigenlebens der Gemeinde selbst. Dieses Eigenleben ist deswegen eigenartig entwickelt, weil die Bande der Wohnsitzgemeinschaft nächst der Blutsgemeinschaft die innigste ist. Zur Veranschaulichung dessen dient am besten der Vergleich einer Wohnsitzgemeinschaft mit einer großen Hausgemeinschaft. In diesem Vergleich tritt an die Stelle des Hauses die äußere Dorf- oder Stadtanlage. Diese Anlage ist instandzuhalten (z. B. Instandhaltung von Straßen), zu verbessern (z. B. Neupflasterung von Straßen) und wenn nötig zu erweitern (z. B. Neuanlage von Straßen). Zur Sorge um die äußere Gemeindeanlage tritt aber die Sorge um die Gemeindeangehörigen als solche. In der einen wie in der anderen Richtung handelt es sich um Dinge überwiegend gesellschaftlich-wirtschaftlicher Natur. Weist die Gemeindewirtschaft eine aufsteigende Linie auf, so hat den Nutzen davon die Gesamtheit der Gemeindeangehörigen, welcher das Vermögen und die Einnahmequellen der Gemeinde zustehen, wie sie umgekehrt mit ihrer Steuerkraft für die Schulden und Ausgaben der Gemeinde haftet. Der wirtschaftliche Fortschritt fördert aber auch die Lösung der nichtwirtschaftlichen Aufgaben einer Gemeinde, namentlich auf dem Gebiete der körperlichen, geistigen und sittlichen Ertüchtigung der Bevölkerung, Aufgaben, welche ohne die finanziellen Voraussetzungen nicht gelöst werden können.



Bürgermeister Dr. Coldiz
Steuerverwaltung



Stadtbaurat Schabik
Bauwesen einschl. Baupolizei



Stadtrat Dr. Warlo
Vermögens- und Kassenverwaltung



Oberbürgermeister Dr. Geisler
Leitung und Schulverwaltung



Techn. Stadtrat Arer
Betriebswesen
einschl. Betriebswerke



Stadtrat Dr. Jeglinski
Wohnungswesen
Personaliendezernat



Stadtrat Bartels
Wohlfahrtsamt. Städtische Polizei

Die hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats der Stadt Gleiwitz

Damit ist der sachliche Inhalt der Gemeindeaufgaben gekennzeichnet. Der örtliche Geltungsbereich des Gemeinderechts ist durch die politischen Gemeindegrenzen gegeben. Nicht selten tobt um die politischen Gemeindegrenzen ein heftiger Streit zwischen den beteiligten Stadt- und Landkreisen. Die Entscheidung darf nicht vom Standpunkte kommunalpolitischen Sonderinteresses getroffen werden, sondern von übergeordneten Gesichtspunkten, die sich namentlich aus wirtschaftlichen, verkehrstechnischen, kulturellen Zusammenhängen ergeben, indem solche Einheiten grundsätzlich nicht durch kommunalpolitische Grenzen künstlich auseinandergerissen werden sollen. Für die persönliche Geltung des Gemeinderechts gilt der Grundsatz, daß jeder Bürger gleichberechtigt ist, an den Gemeindeveranstaltungen teilzunehmen, wie er auch gleich verpflichtet ist, zu den Gemeindelasten beizutragen. Darüber hinaus muß aber von der Gemeinde für die sozial-hilfsbedürftigen Personen besonders gesorgt werden. Es genügt nicht, der kommunalen Arbeit einen sozialen Stempel aufzudrücken, sondern es müssen besondere soziale Einrichtungen geschaffen werden, die den sozial-hilfsbedürftigen Bürgern ausschließlich zugute kommen, wie z. B. die kommunale Armen- und Wohlfahrtspflege, die Erwerbslosenfürsorge und dergleichen.

Damit ist eine Seite der Kommunalpolitik berührt, welche heute infolge der schweren Not der Zeit mehr denn je in den Vordergrund getreten ist, nämlich die Sozialpolitik. Zwar ist die Lösung des sozialen Problems grundsätzlich Sache des Staates, und die Gemeinde hat nur ausführende oder ergänzende Sozialpolitik zu betreiben. Aber in der Wahl der Mittel eröffnen sich der Gemeinde Wege, die dem Staat in Rücksicht auf seine weite räumliche Ausdehnung im wesentlichen verschlossen sind. Der Staat wird nach dem System des Rentenverfahrens schematisieren müssen. Die Gemeinde dagegen kann auch individualisieren und vor allem die Hilfsbedürftigen dahin unterstützen, daß diese aus ihrer hilfsbedürftigen Lage heraus und wieder auf eigene Füße zu stehen kommen. Es sei nur an den Fall gedacht, daß eine Familie durch längere Wohnungslosigkeit von der Bahn eines ordentlichen Familien- und geregelten Berufslebens abgekommen ist. Hier kann die Wohnungsbeschaffung ihren vollen Zweck nur erfüllen, wenn wieder Ordnung ins Familien- und Berufsleben einkehrt. Aber gleichzeitig muß auch die volle Verbindung zur gesellschaftlichen Ordnung hergestellt werden durch Erfüllung der Verpflichtungen gegen dritte, seien es öffentlich- oder privatrechtliche Verpflichtungen, seien es solche gegen Einzelpersonen oder gegen die Allgemeinheit. So würde z. B. in diesem Falle einer Wohnungsbeschaffung bei gegebener Zahlungsfähigkeit die pünktliche Entrichtung der Wohnungsmiete wie gewöhnlich eine Selbstverständlichkeit sein. Was für den Wohnungslosen gilt, trifft auch für den Erwerbslosen und die anderen Hilfsbedürftigen zu, bei denen — die Leistungsfähigkeit vorausgesetzt — die Wiedererlangung der sozialen Freiheit auch zur Wiederaufnahme der vollen Pflichterfüllung, die während der hilfsbedürftigen Lage zum Teil ruhen mußte, wieder zu führen hat. Die Hauptsache einer idealen Sozialpolitik ist eben, diejenigen Hilfsbedürftigen, die leistungsfähig sind, nicht dauernd zu Unterstützungsempfängern zu machen, sondern von der Sozialunterstützung zu befreien und ihnen so durch die Verschaffung der sozialen Freiheit Antrieb zu weiterem Fortschritt und Freude am eigenen Dasein zu geben. In dieser Beziehung ist die Gemeinde mehr wie der Staat in der Lage, Erfolge zu erzielen.

Die Organisation der Kommunalverwaltung, namentlich ihre Abgrenzung gegen die Staatsverwaltung, hat sich im Laufe der Zeit sehr verwickelt gestaltet. Am besten dürfte für unsere Verhältnisse nachstehende Übersicht den heutigen Stand der Organisation kennzeichnen, wobei aller-



dings bemerkt werden muß, daß im Hinblick auf die bevorstehende Verwaltungsreform und das Inkrafttreten einer neuen Städteordnung die gegenwärtige Lage zum Teil nur als ein Provisorium anzusehen ist.

Organisation der Staatsverwaltung (Allgemeinen Landesverwaltung) und der Selbstverwaltung.

I. Staatsverwaltung (Allgemeine Landesverwaltung).

1. Provinz, Oberpräsident, Provinzialrat (O.-P., ein vom Minister des Innern ernannter höherer Verwaltungsbeamter, 5 vom Provinzialausschuß gewählte Mitglieder);
2. Regierungsbezirk, Regierungspräsident, Bez.-Ausschuß (R.-P., 2 ernannte, davon einer zum höheren Verwaltungsamt und einer zum Richteramt befähigt, und 4 vom Provinzialausschuß gewählte Mitglieder);
3. Kreis, Landrat, Kreisausschuß (Landrat, 6 vom Kreistag bis zur jeweiligen Neuwahl des Kreistages gewählte Mitglieder, beschlußfähig bei Anwesenheit von 3 Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden).

II. Selbstverwaltung.

1. Provinzialverband, Landeshauptmann, Provinziallandtag, gewählt nach Verhältniswahl gemäß Gesetz vom 3. XII. 1920 ein Abgeordneter auf je 25 000 Einwohner von 1 bis 2 Millionen, auf je 35 000 innerhalb der 3. Million, auf je 50 000 innerhalb der 4. Million, auf je 75 000 innerhalb der 5. Million, auf je 100 000 innerhalb der weiteren Millionen. Wahlkreise sind Land- und Stadtkreise. Provinzialausschuß (Vorsitzender und 7 bis 13 vom Provinziallandtage gewählte Mitglieder. Ferner ist der Landeshauptmann geborenes Mitglied des Provinzialausschusses).
2. Landkreise, Landrat, Kreisausschuß, Kreistag (Vorsitzender Landrat, ferner auf 4 Jahre gewählte Mitglieder, und zwar 20 in Kreisen bis 30 000 Einwohner; bei mehr als 30 000 bis zu 50 000 Einwohnern tritt für jede Vollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern für jede über die letztere Zahl überschießende Vollzahl von 10 000 Einwohnern ein Mitglied hinzu. Die Kreistage werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Der Kreis bildet einen Wahlbezirk, der sich in Stimmbezirke gliedert. Wahlvorschläge müssen von 10 im Kreise wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein).
3. Selbständige Stadtkreise, Magistrats- oder Bürgermeistereiverfassung, im ersteren Falle zwei Kammern: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung; im zweiten Falle eine Kammer: Stadtverordnetenversammlung.

   Die Zahl der Stadtverordneten, welche von der Bürgerschaft gewählt werden, ist durch § 4 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 geregelt. Die Zahl muß mindestens 11 betragen, kann aber durch Ortsstatut erhöht werden, und zwar je ein Stadtverordneter mehr für je 1000 angefangene Einwohner bis 15 000, für je 2000 angefangene Einwohner von 15 000 – 30 000, für je 3000 angefangene Einwohner von 30 bis 60 000, für je 10 000 angefangene Einwohner von 60 bis 300 000, für je 15 000 angefangene Einwohner von über 300 000 insgesamt nicht mehr als 100.



4. Kleinste Selbstverwaltungskörper innerhalb der Landkreise:
   a) Stadtgemeinden (kreisangehörige Städte),
   b) Landgemeinden (Dorfgemeinden) oder Gutsbezirke.

III. Verwaltungsgerichtsbarkeit:

entweder Beschlußverfahren (Kreis- oder Stadtausschuß, Bezirksausschuß und Provinzialrat) oder Verwaltungsstreitverfahren (Kreis- oder Stadtausschuß, Bezirksausschuß und Oberverwaltungsgericht).

Die Organisation einer Verwaltung, so vollkommen sie auch sein mag, bedeutet aber noch nicht ihr Leben. Vielmehr kann gerade eine Kommunalverwaltung ihre eigenartigen und unerschöpflichen Kräfte erst entfalten, wenn sie ihre Aufgaben aus sich heraus zu finanzieren vermag. Die Erzbergersche Steuerreform hat nun im wesentlichen die kommunale Steuerhoheit dadurch gebrochen, daß sie an Stelle der kommunalen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer die Überweisung von Anteilen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer an die Kommunen gesetzt hat. Wie nachteilig sich diese Reform auch im Ergebnis gerade in den oberschlesischen Industriestädten ausgewirkt hat, mag der Hinweis andeuten, daß die Stadt Gleiwitz im Jahre 1914 jährlich 23 Mark für den Kopf der Bevölkerung aus den kommunalen Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer erzielt hat und jetzt nur 9 Mark für den Kopf der Bevölkerung aus den Anteilen an den bezeichneten Reichssteuern überwiesen erhält, wogegen ihre Lasten allein für die Wohlfahrtspflege um das Fünffache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind, woraus klar erhellt, daß die Besserung der Reichs- und Staatsfinanzlage auf Kosten der Kommunen geht und nicht eine Besserung der Gesamtfinanzlage bedeutet. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß der Grundgedanke der Erzbergerschen Steuerreform verfehlt war. Im Gegenteil. Der Grundgedanke war durchaus gesund. Gegenüber den unerfüllbaren Forderungen des Friedensvertrages von Versailles sollten die Grenzen zwischen möglicher und unmöglicher Leistung bei vollem Erfüllungswillen des deutschen Volkes gezeigt werden. Dazu bedurfte es einer Zusammenfassung der gesamten Steuerkraft des Volkes. Dies war auch im Interesse der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit der Verteilung der Kriegslasten, und zwar nicht bloß der Reparationslasten, sondern auch aller übrigen aus dem Kriege uns überkommener Lasten erforderlich, die ja sämtlich von allen deutschen Volksgenossen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit aufgebracht werden müssen ohne Rücksicht, zu welchem Einzelstaate sie gehören und ob sie in der Stadt oder auf dem Lande wohnen. Der zur Erreichung dieses Zieles gegebene einzige Weg war die Schaffung einer Reichseinheitssteuer. Die Lage war also eine wesentlich andere, als zur Zeit Stein-Hardenbergs. Damals lag zwar gleichfalls ein Zusammenbruch des preußisch-deutschen Volkes vor, aber doch nicht mit dem Ergebnis einer uns durch die ganze Welt auferlegten Schuldknechtschaft. Damals war es richtig, unter Hintansetzung der staatlichen Interessen die Gemeinden als Pioniere des inneren Wiederaufbaues vorzuschicken. Demgegenüber rechtfertigt sich die Erzbergersche Steuerreform einmal aus Rücksichten auf das Ausland und sodann aus Gründen eines möglichst festen Zusammenschlusses aller Länder und Gemeinden im Verband des Deutschen Reiches. Trotzdessen darf nicht verkannt werden, daß die Reform über ihr Ziel hinausgeschossen ist, hauptsächlich deshalb, weil der technische Auf- und Ausbau des Reformwerkes zu wünschen übrig ließ. Durch diesen Mangel haben die Kommunen praktisch ihr Selbstverwaltungsrecht verloren, und das wäre nicht nötig gewesen. Nunmehr besteht die Absicht, die Erzbergersche Steuerreform im Hinblick auf das Kommunalsteuerrecht wieder abzubauen. Hoffentlich geschieht dies aber nur insoweit, als es nötig ist, um den Kom-

munen grundsätzlich zu ihrer Steuerhoheit zu verhelfen. Denn abgesehen hiervon würde es bedauerlich sein, wenn mit dem beabsichtigten Abbau auch der Grundgedanke abgebaut würde, daß für die Kriegsfolgen das gesamte deutsche Volk als eine Schicksalsgemeinschaft in der Weise zu behandeln ist, daß alle Volksgenossen, jeder an seinem Teil, gleichmäßig zur Beseitigung der Kriegsfolgen auch in steuerlicher Beziehung beizutragen haben. Soll jetzt wieder die richtige Abgrenzung zwischen staatlicher und kommunaler Steuerzuständigkeit gefunden werden, so muß nachstehender Grundsatz beachtet werden:

Für Staatsaufgaben kann grundsätzlich nur eine Staatssteuer in Betracht kommen, andererseits für kommunale Aufgaben nur eine kommunale Steuer. Viele aber der größten und kostspieligsten Aufgaben liegen auf dem Grenzgebiet. So sind z. B. die Wohnungsfrage, die Erwerbslosen- und Kleinrentnerfürsorge wenigstens nach Lage der heutigen Verhältnisse Probleme teils staats- teils kommunalpolitischer Art. Es würde also nicht angehen, solche Aufgaben den Gemeinden in vollem Umfange zu überweisen, auch wenn diese ihr selbständiges Steuerzuschlagsrecht erhielten. Vielmehr muß daneben ein staatssteuerliches Ausgleichsverfahren einhergehen, um unter den durch diese Schwierigkeiten verschieden betroffenen und andererseits verschieden leistungsfähigen Gemeinden einen Finanzausgleich für die zum größten Teil als allgemeine Kriegsfolgen anzusehenden Lasten zu schaffen.

Die kommunale Steuerpolitik ist nur ein Teil der kommunalen Finanzpolitik. Diese stützt sich analog dem privatgesellschaftlichen Wirtschaftsleben auf das Anlagekapital (Kämmereivermögen) und die Betriebsmittel. Zum Anlagekapital eignet sich in ganz besonderem Maße der Grundbesitz, was in meinem weiteren Aufsatz über Boden- und Wohnungspolitik des näheren noch ausgeführt wird. Dem Vermögen der Kommune stehen die Schulden gegenüber. Die Auffassung, daß die Kommunen im allgemeinen als besonders große Inflationsgewinner anzusprechen seien, trifft nicht zu. Denn wenn sie auch einen Teil ihrer Schulden durch die Entwertung infolge der Inflation losgeworden sind, so haben sie doch aus derselben Ursache auch einen großen Teil ihrer Fonds eingebüßt. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, welche Aufwertung unter Umständen den städtischen Sparkassen durch die künftige Gesetzgebung auferlegt werden könnte. Denn selbst wenn sich diese Aufwertung nur in den niedrigsten Grenzen halten würde, würden die Gemeinden hiervon hart betroffen werden, weil die Hypotheken, in denen die Spargelder angelegt waren, meistens zurückgezahlt und die in mündelsicheren Wertpapieren, insbesondere in Kriegsanleihen angelegten Gegenwerte durch die Inflation den Sparkassen fast völlig verloren gegangen sind. Was die Frage der Aufnahme neuer Anleihen betrifft, so ist sie für die Kommunen eine Lebensfrage. Allerdings kann sie zurzeit wegen der hohen Zinssätze nicht gelöst werden, selbst wenn die Aufnahme der Anleihen nur für produktive Zwecke erfolgen würde. Denn gerade die langfristigen Anleihen würden im Laufe der Zeit die produktiven Betriebe der Kommunen unproduktiv machen. Es bleibt also gegenwärtig nur übrig, aushilfsweise mit kurzfristigen Krediten zu arbeiten, jedoch sind hierfür die Zinssätze noch höher, und dieser Zustand kann bei längerer Dauer weder von der Kommunalwirtschaft noch überhaupt von der deutschen Volkswirtschaft ertragen werden. Bei dieser Lage drängt sich im Interesse der Ersparnis von hochverzinslichen Anleihen die Frage nach Rücklagen um so stärker auf. Es ist bedauerlich, daß dieser Weg einer Sanierung der Finanzen vielfach völlig verkannt wird. So wurde z. B. in unserer Stadt zur Aufbringung eines Baukapitals von 1½ Millionen Mark für einen Krankenhausneubau magistratsseitig vorgeschlagen, zunächst fünf Jahre lang jährlich 100 000 Mark zurückzustellen und

erst beim Vorhandensein eines Grundkapitals von 500 000 Mark mit dem Bau zu beginnen, in welchem Falle dann nur noch eine Anleihe von 1 Million Mark aufzunehmen wäre. Demgegenüber wurde von anderer Seite unter Ablehnung der Rücklagenbildung die Aufnahme einer Anleihe von 1½ Millionen Mark befürwortet. In letzterem Falle aber würden zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe bei Zugrundelegung eines Zins- und Tilgungssatzes von zusammen 10% jährlich 150 000 Mark aufzubringen sein, dagegen im Falle der Rücklagen nur jährlich 100 000 Mark, nämlich zunächst je 100 000 Mark Rücklage und später je 100 000 Mark Zinsen und Tilgung für die Anleihe.

Was die Betriebsmittel einer Kommune betrifft, so werden sie neben dem Steueraufkommen hauptsächlich aus Einnahmen aus werbenden Kommunalbetrieben gebildet. Nachdem über die Steuern das im Rahmen dieses Aufsatzes Erforderliche bereits gesagt ist, bleibt für die kommunalen Betriebe noch hervorzuheben, daß die gegenwärtige Kreditnot es unmöglich macht, die Betriebe auf der notwendigen kaufmännischen und technischen Höhe zu halten und darum in späteren Zeiten sich Rückschläge nicht werden vermeiden lassen, zumal auch hier die Unterlassung der Bildung von Erneuerungs- und Rücklagenfonds sich später einmal bitter rächen wird.

Zum Schluß sei aus den obigen Ausführungen für die Kommunalpraxis folgendes Ergebnis zusammengefaßt. Es kommt nicht darauf an, die Kommunalverwaltung lediglich auf dem Laufenden zu halten und im übrigen alles beim Alten zu lassen, etwa in der Art, daß im wesentlichen auf der einen Seite Steuern eingezogen und auf der anderen Seite Unterstützungen an Hilfsbedürftige verteilt werden, denn bei dieser Auffassung könnte man mit Recht die Frage stellen, weshalb nicht der Einfachheit halber die Kommunalaufgaben den Staatsbehörden überlassen worden sind, also z. B. das Steuereinziehen den Reichsfinanzämtern und die Verteilung der Unterstützung den Reichsversorgungsämtern. Auch der Parlamentarismus kann nicht als Grund für die Existenzberechtigung der kommunalen Selbstverwaltung angeführt werden, denn er soll ja nur ein Mittel zum Zwecke des Volkswohls sein. Allein entscheidend ist vielmehr der kommunale Fortschritt produktiver Art. Hierüber können wir auch damit nicht hinwegtäuschen, daß wir auf später von selbst kommende bessere Zeiten vertrösten. Es ist zwar selbstverständlich, daß einmal — natürlich durch unsere Arbeit — bessere Zeiten kommen werden und kommen müssen, denn es ist undenkbar, daß das deutsche Volk für immer der interalliierten Schuldknechtschaft und dem schreienden Unrecht widerrechtlich und widernatürlich gezogener territorialer Grenzen verfallen sein könnte. Aber wie sehr wir uns nach besseren Zeiten sehnen und danach streben, so wenig kennen wir den Zeitpunkt, wann diese Zeiten kommen werden. Darum können wir nicht bis zu dem uns ungewissen Zeitpunkt alle positiv fortschreitende Arbeit im Dienste an Volk und Vaterland vertagen und inzwischen uns auf die Kümmerlichkeit eines notleidenden Daseins beschränken, denn sonst könnte es nicht ausbleiben, daß die besseren Zeiten zwar kommen, aber ein Volk vorfinden, das trotz der dann gegebenen günstigeren Lebensbedingungen reif wäre, zu Grabe getragen zu werden. So geht es also nicht. Allein richtig ist der Weg der unablässigen, stets vorwärts drängenden Arbeit an der Erziehung und Ertüchtigung des Volkes und an der Hebung der Wirtschaft. Für diese Arbeit dürfen wir keine Sekunde verlieren, selbst wenn wir reichlich Grund haben, mit diesen oder jenen außen- oder innenpolitischen Zuständen, deren Änderung wir erstreben, zum Beispiel auf dem Gebiete des Wohnungs- und Steuerwesens, unzufrieden zu sein. Demgemäß muß auch die praktische Kommunalarbeit als ein äußerst wichtiger

Teil jener großen Volksarbeit dahin eingestellt sein, unaufhaltsam die Kräfte von Volk und Wirtschaft, welche der Menschheit dienen und der Nation nützen, zu beleben und zu heben. Nur so wird der Stein-Hardenbergsche Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung — in schwerster Zeit Preußens geboren — eine Wiedergeburt in schwerster Zeit Deutschlands erleben und aus dem Jungborn der Eigenkräfte der Kommunen gestärkt den Weg zu einer neuen Blüte unseres Vaterlandes bereiten helfen.

Die Boden- und Wohnungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Verhältnisse

Von Oberbürgermeister Dr. Geisler, Gleiwitz.

Die Boden- und Wohnungspolitik bildet einen gerade in heutiger Zeit besonders wichtigen Teil der Kommunalpolitik. Unter Bodenpolitik im weiteren Sinne versteht man auch die Aufstellung von Bebauungsplänen, den Erlaß von Bauordnungen, sowie die Eingemeindungs- und Verkehrspolitik. Die wichtigste Aufgabe aber, welche die kommunale Bodenpolitik zu erfüllen hat, besteht darin, zum Wohle der Allgemeinheit den Grundbesitz einer Kommune zu mehren und zu verwerten. Andererseits soll der private Grundbesitz nicht ausgeschaltet werden. Wohl aber kommt dem Kommunalbesitz gegenüber dem Privatbesitz die Aufgabe zu, die vom Standpunkt der öffentlichen Interessen schädlichen Auswirkungen des letzteren, die sich in einer ungesunden Spekulation, namentlich in einer unsinnigen Zurückhaltung baureifer Plätze zeigen, niederzuhalten und zu bekämpfen. Im übrigen kann von einer Beseitigung des Privatbesitzes durch den Kommunalbesitz nicht die Rede sein. Gegen eine solche Kommunalisierung sprechen schon die steuerlichen Leistungen des Privatbesitzes. Ferner vermag der Privatbesitzer nicht selten in der Grundstücksverwertung eine eigenartige Initiative aufzubringen, die auch dem öffentlichen Interesse durchaus nützlich sein kann, jedoch der Kommune nicht liegt, und endlich ist die Ausnutzung des Grund und Bodens beim Privatbesitz regelmäßig intensiver, wie beim Kommunalbesitz, so daß auch die Kommunen ihren Besitz an Private zu verpachten pflegen, die naturgemäß nicht dasselbe Interesse haben, wie sie es an eigenem Besitz hätten. Im allgemeinen ist das Verhältnis zwischen Kommunal- und Privatbesitz so zu gestalten, daß sich beide als ebenbürtige Konkurrenten die Wage halten, denn gerade diese Konkurrenz wird am besten den kommunalen Fortschritt gewährleisten. Eine Bodenpolitik in vorbezeichnetem Sinne kann dauernde und durchschlagende Erfolge nur haben, wenn sie mit zähester Energie nicht bloß durch Jahre, sondern durch Jahrzehnte betrieben wird. Das beste Beispiel gibt uns die seit altersgrauer Zeit geübte Bodenpolitik von Kirchen und Klöstern, die diesen vielfach zu einer ungeahnten Machtfülle nicht bloß auf wirtschaftlichem Gebiet verholfen hat. Zu der Beständigkeit der Bodenpolitik muß aber auch die Planmäßigkeit hinzutreten. Ein systemloses Aufkaufen von Grundstücken wird zu finanziellen Schwierigkeiten der Kommune führen, ohne sie ihren bodenpolitischen Zielen näher zu bringen. Als planmäßig kann nur der Grundstücksankauf angesehen werden, der irgendwelchen Plänen der Gemeinde, die mit dem Grundbesitz zusammenhängen, dienlich ist. Der Ankauf selbst wird vorgenommen werden müssen, wann hierzu die Gelegenheit am günstigsten ist, und diese Politik der günstigen Gelegenheiten wird am ehesten dann durchführbar sein, wenn die Verwirklichung der betreffenden Pläne noch in verhältnismäßig weiter Ferne liegt und darum der Spekulation noch keine Nahrung gibt. Der Grundstücksankauf ist nur die eine Seite der Bodenpolitik, deren andere Seite darin besteht, den Kommunalbesitz in öffentlichem Interesse bestmöglichst zu verwerten. Letzteres wird häufig ohne die Veräußerung an Private nicht möglich sein. Hierbei kommt es darauf an, die Gemeindeinteressen zu sichern und zu

fördern. Im allgemeinen wird ein Verkauf als bloßes Gewinngeschäft nicht zu rechtfertigen sein. Es müssen noch andere Ziele erreicht werden, z. B. der Bau von Wohnhäusern, die Herstellung gewerblicher Anlagen, die Errichtung von Erholungsstätten und Ausflugsorten und dergleichen, in welchen Fällen die Gemeinde auf einen Geldgewinn aus dem Verkauf sogar ganz oder teilweise verzichten kann. Die juristische Form der Sicherstellung der bei einer Grundstücksveräußerung verfolgten kommunalen Ziele geschieht am zweckmäßigsten durch Vorenthaltung der Auflassung bis zur Inangriffnahme des projektierten Werks oder durch Eintragung einer Vormerkung auf Rückauflassung für den Fall der Nichterfüllung der in dieser Beziehung gestellten Bedingungen. Die Form des gebundenen Besitzes (Erbbaurecht, Wiederkaufs- oder Vorkaufsrecht) hat sich in der Praxis nicht eingeführt. Die Finanzierung der Bodenpolitik ist endlich eine ihrer wesentlichsten Vorbedingungen. Der in der Vorkriegszeit beliebte Weg, nämlich die Bildung eines Grunderwerbsfonds durch Aufnahme einer Anleihe, kommt gegenwärtig wegen der hohen Zinssätze nicht in Frage, ganz abgesehen davon, daß die Genehmigung der Aufsichtsbehörde für eine solche Anleihe nicht zu erlangen sein würde. Wohl aber empfiehlt es sich, Kapitalien, die aus dem laufenden Betriebe einer Kommune sich für längere Zeit herausziehen lassen, in Grundbesitz anzulegen. Das war schon in der Vorkriegszeit durchaus angebracht, und unsere Stadt hat einen Teil ihrer Fonds durch eine solche Kapitalsanlage vor der Entwertung durch die Inflation gerettet. Selbstverständlich ist, daß veräußerter Grundbesitz möglichst bald durch neuen Erwerb ersetzt werden muß. Insbesondere darf der durch die Veräußerung erzielte Kaufpreis wiederum nur zum Ankauf von Grundbesitz seitens der Kommune verwendet werden. Diese Verwendung des Kaufgeldes wurde früher, solange der Bezirksausschuß die Veräußerung kommunalen Grundbesitzes gemäß § 16 Absatz 3 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 und § 50 Ziffer 1 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 zu genehmigen hatte, durch die genannte Behörde der Kommune zur direkten Auflage bei der Genehmigung gemacht. Heute ist das im § 50 Ziffer 1 der Städteordnung vorgesehene Erfordernis der Genehmigung gemäß dem Kriegsgesetz zur Vereinfachung der Verwaltung vom 13. Mai 1918, dessen Geltungsdauer durch Gesetz vom 26. 10. 1924 (G.-S. S. 669) um ein Jahr verlängert worden ist, fortgefallen, mithin kann auch die Auflage bezgl. der Kaufgelderverwendung aufsichtsbehördlich nicht mehr ausgesprochen werden, und es besteht die Gefahr, daß manche Gemeinden aus Geldnöten ihren Grundbesitz verschleudern, was der Anfang vom Ende einer gesunden Bodenpolitik wäre.

Die Bodenpolitik hat auch von jeher einen wesentlichen Teil der Wohnungspolitik gebildet. Früher pflegte man sogar die Wohnungsfrage ganz allgemein als eine Bodenfrage zu bezeichnen. Auch heute noch hat die Bodenpolitik, namentlich die kommunale, ihre ausschlaggebende Bedeutung für das Wohnungswesen behalten. Es sei nur darauf verwiesen, daß in Gleiwitz vielleicht auf 100 Wohnungen, die auf kommunalem Besitz erbaut sind, im letzten Jahre noch nicht eine Wohnung entfällt, die auf privatem Besitz erstanden ist. Die Privatwirtschaft gibt eben nur ungern Grundbesitz heraus, weil sie ihn als Kapitalsanlage festzuhalten versucht, und zwar um so mehr, als die Lehren der Inflationszeit tatsächlich die Kapitalsanlage in beweglichen Werten als zu unsicher haben scheinen lassen. Mit der Enteignung kommt man auch nicht viel weiter, denn dieses Verfahren ist viel zu umständlich und langwierig und die bei den Schätzungen herauskommenden Entschädigungen können vielfach von den Baulustigen nicht aufgebracht werden.

So wenig also die Bodenfrage an Schwierigkeiten verloren hat, so sehr haben andere Teile des Wohnungsproblems an Schwierigkeit zugenommen und sind in dieser Beziehung über die



Bodenfrage hinausgewachsen. Zur Veranschaulichung dessen sei die Lage von einst und jetzt mit einander verglichen. Früher war das Wohnungsangebot nicht geringer, wie die Wohnungsnachfrage. Selbst in den größten Städten stand oft ein kleiner Prozentsatz an Wohnungen leer. Allerdings wurde insbesondere von bodenreformerischer Seite dieser Prozentsatz als zu niedrig bezeichnet, weil er mindestens nicht ausreichte, um eine genügende Reserve für den Ausgleich der verschiedenen Wohnungskategorien untereinander (2-, 3-, 4-Zimmerwohnungen) darzustellen, und so konstruierte man auch damals trotz leerstehender Wohnungen einen Wohnungsmangel. Heute aber besteht neben der allgemeinen Wohnungsfrage, die es immer geben wird, eine durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit ungewöhnlich gesteigerte Wohnungsnachfrage, der gegenüber es so gut wie gar kein Wohnungsangebot gibt, ein Zustand, der als akute Erscheinung behandelt werden muß und kurz als Kriegswohnungsnot sich bezeichnen läßt. Schon in einer mittleren Stadt wie Gleiwitz fehlen rund 9000 Wohnungen und hierunter mindestens 3000 Wohnungen für solche Haushaltungen, die überhaupt keine Wohnungen haben. Im ganzen Staate steigt die Zahl der fehlenden Wohnungen auf mehrere Hundertausende an. Das ist hauptsächlich auf den Stillstand der Bautätigkeit während der Kriegs- und Nachkriegszeit, auf die Nachholung der wegen des Krieges hinausgeschobenen Haushaltungsgründungen, auf die wegen der Aufhebung der allgemeinen Militärdienstpflicht viel früheren Eheschließungen, auf die mit der widernatürlichen Verschiebung der Territorialgrenzen zusammenhängende Einwanderung, auf die Vertreibung von Deutschen aus dem Ausland und ähnliches mehr zurückzuführen.

Aus dieser verschiedenartigen Lage von einst und jetzt erklärt sich, daß es bei der Lösung der Wohnungsfrage früher in der Hauptsache um etwas anderes ging, als heute. Früher waren im großen und ganzen die erforderlichen Wohnungen vorhanden. Dafür war man aber mit der Art und Weise des Wohnens nicht zufrieden. Die Schuld legte man hauptsächlich der auf eine rücksichtslose Grundstücksausnutzung eingestellten Bodenspekulation bei und diese machte man verantwortlich für die ungesunde Mietskaserne, die starke Wohndichtigkeit und die im Verhältnis zu den Gestehungskosten zu hohen Mieten. Solche Sorgen bestehen zwar auch heute noch, aber sie bilden wenigstens nicht in unseren Tagen den Kern der Wohnungsfrage. Heute hat sich das deutsche Volk unter dem Druck des Friedensvertrages von Versailles mit vielem abfinden müssen, was es früher für unerträglich hielt. Dazu kommt, daß in alten Häusern die Wohnungsvergebung und Mietzinsbildung noch unter Zwangswirtschaft stehen und neue Mietshäuser fast nur durch gemeinnützige Bautätigkeit erstellt werden. Immerhin darf schon jetzt nicht verkannt werden, daß, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben werden sollte, bevor sich Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot einigermaßen die Wage halten, Schwierigkeiten der früheren Zeit, die lediglich durch die Zwangswirtschaft niedergehalten wurden, in verstärktem Maße zu den Schwierigkeiten der neuen Zeit hinzutreten werden. Für diesen Fall läßt sich auch bereits voraussehen, daß die höheren Mieten der neuen Häuser die niedrigen Mieten der alten Häuser zu sich heraufziehen würden, während umgekehrt die niedrigen Mieten die hohen Mieten zu sich herunterziehen würden, wenn die Aufhebung der Zwangswirtschaft erst zu einer Zeit erfolgen würde, wo wenigstens ein kleiner Überschuß an leerstehenden Wohnungen schon vorhanden wäre. Beurteilt man nun die Wohnungsfrage unter den gegenwärtigen Verhältnissen der bestehenden Zwangswirtschaft und des gemeinnützigen Wohnungsbaues, so kann man sagen, daß es heute hauptsächlich darum geht, neuen Wohnraum zu erstellen, also vor allem neue Wohnhäuser zu bauen, um wenigstens denen, die auf der Straße liegen, ein Dach über dem Kopf zu schaffen.

Mangels einer nennenswerten privaten Bautätigkeit muß, wie gesagt, die gemeinnützige Bautätigkeit einspringen. Das Baugelände stellt im wesentlichen die Kommune. Dagegen ist für die Beschaffung des Baukapitals oder mindestens die Beschaffungsmöglichkeit der Staat zuständig, der sich seiner Zuständigkeit für die Kriegswohnungsnot nicht entziehen kann. Gerade aber die staatliche Wohnungspolitik hat nicht ohne Schuld der Reichsfinanzpolitik eine fast ununterbrochene Kette von Fehlgriffen und verpaßten Gelegenheiten aufzuweisen. Deswegen ist die Wohnungsfrage von heute immer mehr und mehr eine Frage der Kapitalsbeschaffung, also eine Finanzfrage geworden, wogegen die Wohnungsfrage von einst eine mit der Ausnutzung des Bodens zusammenhängende Frage der Wohnform, also eine Bodenfrage war.

Im einzelnen ist zur finanzpolitischen Seite der heutigen Wohnungsfrage was folgt zu bemerken.

Nach vielfachen Irrungen und Wirrungen ist man dahin gekommen, den Wohnungsbau durch Erträge aus der Hauszinssteuer zu finanzieren. Damit ist zweifellos ein Schritt in der Lösung der Wohnungsfrage getan, aber in seiner Gesamtheit bleibt das Finanzproblem ungelöst. Denn einmal kann nur ein geringer Prozentsatz des Gesamtwohnungsbedarfs in der bezeichneten Weise finanziert werden, dann aber auch innerhalb des beschränkten Rahmens der Einzelfall nur teilweise, nämlich in der Regel mit etwa 4000 Mark, bei einem Baukostenaufwand von rund 10 000 Mark, so daß der Rest der Baukosten bei dem heutigen Geldmarkt unerschwinglich hohe Zinsen erfordert und damit auch die Miete für den Neubau untragbar wird. Wenn man nun aber davon ausgeht, was einmal da ist, mag es auch noch so unzulänglich sein, bloß um nicht durch Beseitigung bereits vorhandener Vorbedingungen neue erhebliche Verzögerungen eintreten zu lassen, so kann man im allgemeinen sagen, daß man sich mit dem Verfahren der Hauszinssteuerbeleihung, wenn auch in abgeänderter, vor allem vereinfachter Form, als einer brauchbaren Finanzierungsmethode einverstanden erklären kann. Aber unter keinen Umständen darf dies die einzige Möglichkeit der Finanzierung des Wohnungsbaues aus öffentlicher Hand bleiben. Selbst wenn die Hauszinssteuer zugunsten des Wohnungsbaues wesentlich erhöht werden sollte, wird immer noch zu wenig Geld im Verhältnis zu dem außerordentlich großen Bedarf an sozialem Baukapital einkommen und außerdem noch in einer Weise, die angesichts der Dringlichkeit der Wohnungsnot viel zu langsam in Wirksamkeit tritt. Mindestens wohnungslose Flüchtlinge, Verdrängte, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in bedürftiger Lage dürften nicht dieser einzigen Art der Baufinanzierung überantwortet bleiben. Unstreitig ist der gegenwärtige Mißstand mit seinen furchtbaren Begleiterscheinungen unerträglich und hat dem deutschen Volke bereits bis jetzt mehr Opfer gekostet, wie eine verlorene Schlacht. Eine Besserung der Lage kann nur eintreten, wenn zum Zwecke der Finanzierung von Neubauten neben der Hauszinssteuer eine einmalige, wenn auch in Raten zahlbare Abgabe eingeführt wird. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, auf schnellstem Wege ein möglichst großes Baukapital zusammen zu bringen. Eine laufende Abgabe kommt auch deswegen nicht in Betracht, weil es sich ja um keine steuerliche Dauerbelastung handeln soll, vielmehr die Beseitigung der Kriegswohnungsnot als die Abstellung eines akuten Übelstandes zu behandeln ist. Als Gegengewicht gegen die als unsozial empfundene Hauszinssteuer müßte auf die soziale Seite der neuen Abgabe ein besonderer Nachdruck gelegt werden. Kurz und gut, es käme nur eine einmalige Abgabe von größerem Besitz und höherem Einkommen in Frage. Dabei ist nicht entscheidend, welche Form der Besteuerung gewählt wird. Es könnte sehr wohl ein Zuschlag zur Reparationsabgabe sein, denn es würde ja nur ein verhältnismäßig

geringer Zuschlag sein, und schließlich ist nicht einzusehen, weshalb die äußerst schwerwiegende Verpflichtung gegen das eigene Volk bezüglich der Kriegswohnungsnot geringer veranschlagt werden sollte, wie irgend eine Reparationsverpflichtung. Es kann aber auch jede andere Art der Einkommen- und Besitzsteuer gewählt werden, vorausgesetzt, daß kleiner Besitz und niedriges Einkommen verschont bleiben. Hier gilt der Grundsatz: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg." Daß es zur Bekämpfung einer solchen Notlage an dem Gelde nicht fehlen dürfte, mag der Hinweis andeuten, daß, wenn Eisenbahn oder Post eine bevorstehende Tarifermäßigung erst ein viertel oder ein halbes Jahr später als beabsichtigt, in Kraft treten ließen, zweifellos auch das Geld zu einer längeren Zahlung der höheren Gebühren aufgebracht würde, ohne daß darum die Wirtschaft zusammenbrechen würde. Selbstverständlich ist, daß diese Form der verschleierten Besteuerung nicht gegangen werden kann, aber für den Erfolg kommt es auf den Nachweis an, daß die Kapitalsbeschaffung für diesen begrenzten Rahmen der Baufinanzierung durchaus nicht unmöglich ist. In jedem Falle muß es aber befremden, wenn Reich und Staat ihre zu einem großen Teil aus früheren Kommunalsteuern herrührenden Steuern und sonstigen Abgaben abbauen, während auf der anderen Seite Tausende von Opfern der Kriegs- und Nachkriegszeit auf der Straße liegen und gegenüber ihrem Notschrei der Einwand erhoben wird, daß mehr Baukapital wie im Wege der Hauszinssteuer durch öffentliche Hand sich nicht beschaffen ließe.

Was die Art der Verwendung der oben vorgeschlagenen Sonderabgabe betrifft, so müßte das Aufkommen für den Teil der Beleihung, der trotz der Hauszinssteuerhypotheken und sonstiger Hilfsquellen noch offen steht, herangezogen werden, sowie ferner, um die Zahl der aus öffentlicher Hand zu bedenkenden Bauvorhaben wesentlich zu vergrößern. Zur Vermeidung einer mißbräuchlichen Ausnutzung der Situation würde hierbei grundsätzlich nur ein ganz bestimmter Personenkreis Berücksichtigung finden dürfen, nämlich sozialhilfsbedürftige Flüchtlinge, Verdrängte, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Außerdem wird die Form verlorener Bauzuschüsse zu vermeiden sein, weil doch die Möglichkeit späterer Spekulationsgeschäfte niemals ausgeschlossen ist und so Sozialgewinnler entstehen könnten. Es bleibt also wiederum nur die Form des Darlehns übrig. Dieses wird unverzinslich sein, wenn sich das betreffende Kriegsopfer damit begnügt, lediglich zur Miete zu wohnen. In diesem Falle verfolgt die Darlehnsgewährung neben der Kapitalsbeschaffung den besonderen Zweck, den Sozialmieter nicht teurer wohnen zu lassen, wie in einem alten Hause. Will aber das Kriegsopfer über den Rahmen der Wohnungsfürsorge hinaus sich den Vorteil des Eigentums an einem Kleinwohnhause verschaffen, dann müßte es auch diesen Teil des hier in Rede stehenden öffentlichen Baukapitals verzinsen. In diesem Falle hätte die öffentliche Finanzierung den Zweck, die dem Kriegsopfer fehlenden Mittel eines Eigenkapitals zu ersetzen, zumal der früher vielfach beliebte Weg einer Kapitalisierung der Kriegsrente vom sozialen Standpunkt durchaus zu verwerfen ist.

Als wesentlich ist zu beachten, daß die Baufinanzierung aus öffentlicher Hand im Grunde nichts anderes ist, als eine öffentliche Sozialunterstützung, umsomehr, als die Mittel hierfür durch Steuern aufgebracht werden. Demgemäß müßte diese Art der Finanzierung auf solche Fälle beschränkt bleiben, wo die Anwendung sozialer Hilfe angebracht ist. Die Praxis hat aber bisher in der Beleihung aus öffentlicher Hand ein ganz anderes Ergebnis gezeitigt. Eine Hauszinssteuerhypothek erhält jetzt nämlich im allgemeinen nur derjenige, welcher in der Lage ist, auch den Rest des Baugeldes sich zu verschaffen oder mindestens die sehr erhebliche Verzinsung

und Tilgung des entsprechenden Kapitals zu gewährleisten. Das sind aber sicherlich nicht diejenigen Wohnungslosen oder Wohnungssuchenden, welche am meisten und dringendsten der sozialen Hilfe bedürfen, denn diese werden sich weder mit einem eigenen Kapital an dem Bau beteiligen, noch eine Miete aufbringen können, die zwei- bis dreimal höher ist, wie die Miete der Vorkriegszeit. Danach hat also die große Masse der sozialhilfsbedürftigen Wohnungssuchenden von diesem Verfahren keinen Nutzen. Offenbar erfüllt hier die Sozialunterstützung unter starker Vernachlässigung ihres eigentlichen Aufgabengebietes eine Funktion, die ihr garnicht zukommt. Sie regt das Bauen an und ermöglicht es, indem sie den fehlenden Privatkredit teilweise ersetzt. Zweifellos ist es von größtem Wert, den Baumarkt auch durch Reich, Staat und Kommunen in einer Weise zu beleben, daß dabei möglichst viel eigenes Baukapital von Privatpersonen herausgeholt wird. Aber, wie bereits gesagt, sollte in den Fällen, wo es sich im wesentlichen um die Linderung der Kreditnot handelt, grundsätzlich das Gebiet der engeren Sozialpolitik garnicht herangezogen werden. Allerdings wird man nicht alle Fälle, wo der Baulustige Eigenkapital zuschießen kann, von der Finanzierung aus öffentlicher Hand ausschalten dürfen, weil es zahlreiche Grenzfälle gibt, in denen mindestens eine teilweise Sozialunterstützung angebracht erscheint. Aber der Regelfall der öffentlichen Finanzierung muß der bleiben, wo der Wohnungssuchende im wesentlichen nur die normale Miete leisten kann und damit am Ende seiner Leistungsfähigkeit für seinen und seiner Familie Wohnungsbedarf angelangt ist. Im übrigen aber handelt es sich um die durch die unhaltbaren Kreditverhältnisse dringend gebotene Sanierung des Baukreditwesens, eine Aufgabe, die zwar nach Lage der heutigen Verhältnisse auch von sozialen Gesichtspunkten beurteilt werden muß, aber doch nicht als eine eigentliche Aufgabe der engeren Sozialpolitik, für welche eine Sozialunterstützung in der einen oder anderen Form in Frage käme, behandelt werden kann. Danach bleibt für die Lösung der heutigen Wohnungsfrage die rein wirtschaftliche Seite der Finanzfrage, d. h. die Sanierung des Kreditwesens, ein ebenso wichtiger Teil des Problems, wie die soziale Seite, die sich in der Finanzierung aus öffentlicher Hand ausdrückt. Die erstere hat dort einzugreifen, wo die öffentliche Finanzierung entweder überhaupt nicht oder nur teilweise angewendet werden kann. Aber auch sie bedarf der Unterstützung von Reich, Staat und Kommune. Denn gerade diese Art des öffentlich geförderten Kreditwesens hätte ja die Aufgabe, die heutige Unzulänglichkeit des reinen Privatkredits für Bauzwecke wett zu machen. Über diese Unzulänglichkeit muß man sich aber umsomehr klar sein, als schon die bloße Kapitalsbeschaffung so gut wie unmöglich ist. Darum wird auch die Forderung, daß die private Bautätigkeit belebt werden muß, jetzt und in absehbarer Zukunft ein bloßes Schlagwort bleiben, wenn hierfür lediglich gewöhnlicher Privatkredit in Frage käme. Denn daß heute kein Mensch mit seinem Gelde Wohnungen für andere bauen wird, ist selbstverständlich, und eine Wohnung für sich selbst wird man nur dann bauen, wenn man das Baukapital zu erträglichen Bedingungen erhält. Letzteres ist zurzeit im Wege des Privatkredits nicht möglich. Greifen aber die öffentlichen Körperschaften ein, so müssen sie zugleich darauf bedacht sein, die Zinssätze des durch sie vermittelten Kredits so zu gestalten, daß kein allzugroßer Unterschied zwischen Mieten in alten und neuen Wohnungen eintritt und zwar auch abgesehen von den Erfordernissen einer auf die Lebenshaltungskosten Rücksicht nehmenden Mietzinspolitik schon deswegen, damit nicht später einmal bei einem Sinken der Mietssätze der entsprechende Teil des ausgeliehenen Baukapitals als unrentabel verloren geht.

Im einzelnen kommen für die Unterstützung und Förderung des öffentlichen Baukreditwesens

durch Reich und Staat zwei Wege in Betracht. Entweder wird von diesen Stellen ein Teil des eigenen Kredits (z. B. Auslandsanleihen) dem Baumarkte unmittelbar zur Verfügung gestellt, oder öffentliche Kreditinstitute erhalten die Weisung oder Auflage, nach näher festzusetzenden Bedingungen Baugelder herzugeben. Der gesamte Baukredit würde selbstverständlich nur an die Kommunen geleitet werden können, die ihrerseits die Verantwortung für die Verwendung und Sicherheit der ausgeliehenen Baugelder zu tragen hätten. Gegenwärtig steht es um das Baukreditwesen sehr schlimm. Reich und Staat geben von ihrem Kredit für diesen Zweck nichts her. Die Reichsbank teilte dem Magistrat der Stadt Gleiwitz unter dem 18. November 1924 was folgt mit:

„Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 14. d. Mts. O III 1514/24 bedaure ich lebhaft, Ihnen mitteilen zu müssen, daß es der Reichsbank im § 25 des neuen Bankgesetzes vom 30. August d. J. Absatz 6 untersagt ist, dem Reiche, den Ländern oder Gemeinden mittelbar oder unmittelbar Kredite einzuräumen. Von den in die Kassen der Reichsbank fließenden Auslandsgeldern dürften hauptsächlich Industrie und Handel profitieren, deren Kreditbedarf von der Reichsbank bisher noch immer nicht voll befriedigt werden konnte.

Für den Bedarf der Stadt Gleiwitz dürfte die Preußische Staatsbank zuständig sein, wenigstens dürfte es deren Pflicht sein, den preußischen Kommunen bei der Aufnahme von Krediten zu gedachten Zwecken mit Rat und Tat zur Seite zu stehen."

Die Preußische Staatsbank gibt aber keine Baugelder, sondern im günstigsten Falle nur kurzfristige Bankgelder nach den allgemeinen Grundsätzen der D.-Banken, womit eine Verwendung solchen Geldes für Bauzwecke von selbst sich verbietet. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zieht zwar aus Oberschlesien sehr große Kapitalien heraus, — allein aus Gleiwitz jährlich 360 000 Goldmark — beleiht aber damit grundsätzlich nur Rittergüter und Waldungen, die die oberschlesischen Angestellten als Sicherheiten nicht bieten können. Daß durch diese sozialfeindliche Finanzpolitik die Reichsversicherungsanstalt letzten Endes sich selbst am meisten schädigt, ist klar, denn gerade durch die Wohnungsnot leidet im besonderen Maße die Volksgesundheit, und mit dem Sinken des Gesundheitszustandes der Angestellten und ihrer Angehörigen steigen die Verpflichtungen der Anstalt aus dem Versicherungsverhältnis. Auch die preußische Landespfandbriefanstalt kann zurzeit nicht helfen, denn ihre derzeitigen Bedingungen (10 % Zinsen bei 87 % Auszahlung) sind unannehmbar. So bleibt nur das oben vorgeschlagene Einspringen von Reich und Staat teils mit eigenem Kredit, teils durch eventuell gesetzliche Einwirkung auf öffentliche Kreditinstitute übrig, wobei die Kommunen die Rolle der Mittler mit den Verwendungsstellen zu übernehmen hätten. Alles in allem zusammengefaßt, können wir über die finanzpolitische Seite der heutigen Wohnungsfrage was folgt sagen:

In der schweren Notlage, in welcher sich das deutsche Volk noch immer befindet, können wir eine praktische Lösung der jederzeit vorhanden gewesenen Wohnungsfrage im allgemeinen nicht erwarten. Dafür müssen umsomehr alle Kräfte für eine radikale Bekämpfung der Kriegswohnungsnot, insbesondere im Hinblick auf Flüchtlinge, Verdrängte, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene eingesetzt werden. Das gilt in erster Reihe für Oberschlesien, namentlich für den zum ehemaligen Abstimmungsgebiet gehörigen Teil. Denn hier hat die Bautätigkeit mehr wie in irgend einem anderen deutschen Landesteil gelitten. Als die ursprünglichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles bekannt wurden, wonach Oberschlesien ohne Abstimmung an die neue Republik Polen abgetreten werden sollte, hat selbstverständlich niemand daran gedacht, in diesem

gefährdeten Gebiet auch nur einen Ziegelstein auf den anderen zu setzen. Daran hat sich auch dann noch nichts geändert, als es schließlich gelang, die politische Zukunft Oberschlesiens von einer Abstimmung der Bevölkerung abhängig zu machen. Denn wie zuversichtlich Deutschland einer solchen Abstimmung hätte entgegensehen können, wenn es sich um eine freie und unbeeinflußte Abstimmung gehandelt hätte, so sehr war es durch die von der Entente herausgegebenen Abstimmungsvorschriften und deren Anwendungsmethode klar, daß eine ganz einseitige, lediglich in französisch-polnischem Sinne aufgezogene Abstimmung vorgesehen war, und mehrfach ist auch von französisch-polnischer Seite erklärt worden, daß die Abstimmung nur die Bedeutung eines Formalaktes haben würde, durch den die bereits beschlossene Abtretung Oberschlesiens an Polen einen Schein von Rechtmäßigkeit erhalten solle. Daß unter solchen Umständen in Oberschlesien nicht bloß die schwerste seelische, sondern auch wirtschaftliche Depression herrschte, die auch jede Bautätigkeit verhinderte, war klar. Wie sehr die deutschen Befürchtungen durch die spätere Entwicklung der Dinge gerechtfertigt wurden, weiß jeder, dem die einseitige Stellungnahme der französischen amtlichen Stellen zu Gunsten der kongreßpolnischen Abtrennungsbewegung und der Terror der von den französischen Besatzungstruppen geschützten und unterstützten polnischen Invasionisten und Insurgenten bekannt ist. Diese unglückseligen Verhältnisse ließen auch während der Besatzungszeit ein gesundes wirtschaftliches Leben und also auch eine Bautätigkeit nicht aufkommen. Endlich, als nach der Abstimmung das Genfer Diktat die neue Grenze allerdings entgegen dem für Deutschland sprechenden Abstimmungsergebnis brachte, hätte man wenigstens in dem deutschgebliebenen Teil Oberschlesiens eine Besserung der wirtschaftlichen Lage und eine Belebung des Baumarktes erwarten dürfen. Da aber machte sich die deutscherseits bereits vorausgesagte Folge der Teilung Oberschlesiens bemerkbar, daß nämlich durch die Zerreißung der oberschlesischen Wirtschaftseinheit die oberschlesische Wirtschaft selbst aus tausend Wunden blutete und dem Zusammenbruch nahe war. Inzwischen nun strömten in den deutschgebliebenen Teil Oberschlesiens zahllose Flüchtlinge und Auswanderer aus dem polnischgewordenen Teil Oberschlesiens herein, und die Zukunft könnte vielleicht noch eine unerwartete Zuwanderung sogenannter deutscher Optanten bringen. Es war selbstverständlich ausgeschlossen, diesen außergewöhnlichen Bevölkerungszuwachs in Wohnungen unterzubringen. Denn selbst die einheimische Bevölkerung war zum Teil infolge der allgemeinen Kriegswohnungsnot wohnungslos. Darum brachte man die Flüchtlinge in Baracken und Volksschulgebäuden unter. Über Jahr und Tag mußte der Volksschulunterricht in ganzen Schulbezirken ausfallen und noch heute sind in Oberschlesien zahlreiche Schulräume mit Flüchtlingen belegt. Sogar die in Gleiwitz vom „Roten Kreuz" vor Jahren aufgestellten Pappbaracken, die nur für eine ganz provisorische und kurzfristige Unterbringung vorgesehen waren, konnten wegen Wohnungsmangels trotz dringendster Gesundheitsgefahren bis heute noch nicht von den Flüchtlingen geräumt werden. Leider ist Oberschlesien in dieser seiner schweren Not von Reich und Staat nicht so unterstützt worden, wie es nötig gewesen wäre. Es ist hier weder Ort noch Zeit, das lange und tieftraurige Klagelied über dieses Kapitel anzustimmen. Aber unverständlich ist es z. B., wenn die Stadt Gleiwitz für die schweren Schäden, die ihr die französische Besatzung an dem Rathaus zugefügt hat, von dem Reich durch Feststellungsbescheid vom 3. November 1924 – F. B. I 95 – eine Entschädigung von nur 30 Pfg. zugesprochen erhält, und wenn ferner das Preußische Unterrichtsministerium der Stadt Gleiwitz auf der einen Seite einen staatlichen Bauzuschuß für das Lyzeum versagt, auf der anderen Seite mit der Schließung des für die deutsche Kultur dringend notwen-

digen Oberlyzeums wegen mangelnder Schulräume droht, obwohl bekannt ist, daß es nicht Schuld der Stadt ist, wenn noch heute oberschlesische Flüchtlinge in Schulräumen hausen müssen*). Vergegenwärtigt man sich dieses unbeschreibliche Wohnungselend in Oberschlesien, so wird man erst recht verstehen, daß der Verfasser dieses Aufsatzes weder den Einwand unzulänglicher Hilfsmittel noch den Vorwand der Vertagung gelten lassen will. Das Schwergewicht des Problems liegt in der die Kapitalsbeschaffung und den Zinsendienst regelnden Finanzierung der Neubauten. Zuständig hierfür sind in erster Reihe Reich und Staat und nur aushilfsweise die Kommunen. Die Hauszinssteuer kann und darf die einzige Lösung nicht bleiben, wenn sie auch in vereinfachter Form als eine brauchbare Finanzierungsmethode beizubehalten ist. Größerer Besitz und höhere Einkommen sind heranzuziehen, womit gleichzeitig ein sozialer Ausgleich gegenüber der als unsozial empfundenen Hauszinssteuer geschaffen würde. Mindestens ist aber jeder Steuerabbau solange zu unterlassen, als nicht die Geldmittel zur Behebung der Kriegswohnungsnot, insbesondere des oberschlesischen Wohnungselends aufgebracht sind. Neben der als soziale Hilfeleistung gedachten unmittelbaren Finanzierung aus öffentlicher Hand haben Reich und Staat im Wege wirtschaftlicher Maßnahmen an der Belebung und Hebung eines gesunden Baukreditwesens, insbesondere durch Erschließung billiger Baukredite an die Kommunen mitzuwirken. Als Beleihungsgrundsätze würden im allgemeinen diejenigen zugrunde zu legen sein, die öffentliche Sparkassen in der Vorkriegszeit angewendet haben. Vor allem würde auf die Tragbarkeit der Zinssätze Gewicht zu legen sein. Dies wäre zugleich die Voraussetzung einer gesunden Mietszinspolitik, die auch in neuen Häusern auf die Lebenshaltungskosten der Mieter und die Rentabilitätsdauer des Baukapitals Rücksicht zu nehmen hätte. Es ist zweifellos, daß der Erfolg solcher von Reich, Staat und Kommunen geförderten Maßnahmen auch dem allgemeinen Geldmarkt im Sinne einer Entspannung und einer Herabsetzung der Zinssätze zu Gute käme. Obige Zusammenstellung möge genügen, um darzulegen, wie viel und wie aussichtsreiche Hilfsmittel zur Abstellung der heutigen, ganz außergewöhnlichen Wohnungsnot, insbesondere des oberschlesischen Wohnungselends sich durchführen ließen und auch alsbald durchgeführt werden müßten, wenn nicht der gegenwärtige Notstand zu einer völligen Katastrophe für das deutsche Volk sich auswachsen soll.

*) Kurz vor Erscheinen dieses Buches haben die Verhandlungen mit dem Preußischen Unterrichts-Ministerium zu Ergebnissen geführt, die eine wesentliche Entspannung der oberschlesischen Schulnot erhoffen lassen. Der Verfasser.

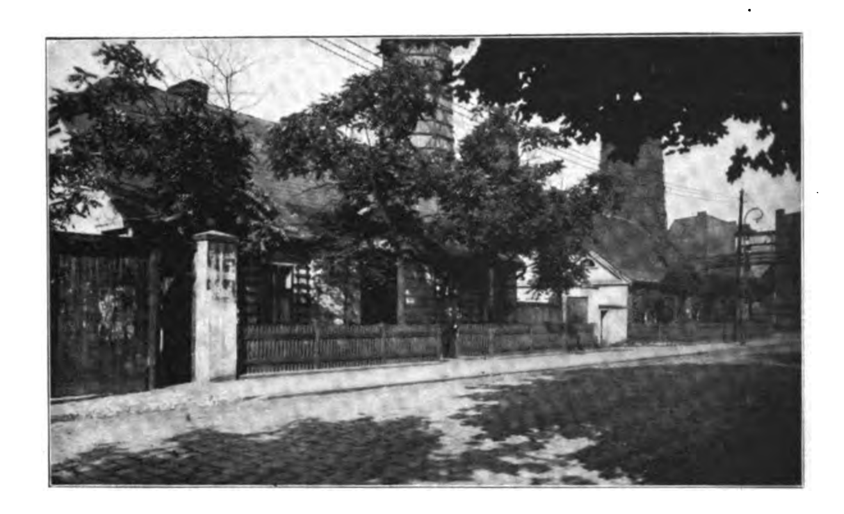


Abb. 1. Alte Wohnhäuser der Huldschinski-Werke an der Kronprinzenstraße

Der Wohnungsbau

Von Regierungsbaumeister Priegnitz, Gleiwitz.

Allgemeines.

Wie überall, so ist auch in unserer Stadt das alle Gemüter bewegende Wohnungs- und damit Wohnungsbauproblem in ein Stadium getreten, dessen ins Ungemessene gewachsene Schwierigkeiten schier unüberwindlich erscheinen. Ist es doch trotz aller Anstrengungen nach dem Weltkriege bis vor kurzem nicht einmal gelungen, den laufenden Bedarf an Wohnungen durch Neubauten zu decken, geschweige denn das in die Tausende gehende Defizit an Wohnungen auszugleichen. Zumal in Gleiwitz, wo die Jahre vor dem Kriege zwar kein Wohnungsmangel bestand, aber doch der Prozentsatz (ca. 3%) der freistehenden Wohnungen verhältnismäßig gering war, ist die Lage besonders verschärft worden bekanntlich dadurch, daß zahlreiche Flüchtlinge und Verwaltungen nach der Abtretung Ostoberschlesiens sich hier niederließen und das Heer der Wohnungslosen vermehrten, wenn auch die Verwaltungen zum größten Teil bemüht waren, für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter selbst Wohnungen zu bauen.

Im Folgenden soll nun versucht werden, z. T. an Hand von Lichtbildern, die Entwicklung des Wohnungsbaues bei uns im Laufe der Jahre und Jahrzehnte zu zeigen, und zwar in einem „Rückblick", welcher kurz die Zeit von etwa 1800 bis zu den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts streift, und in einem Abschnitt „Neuzeit", welcher sich eingehender mit der Zeit von den achtziger Jahren bis zum Ausbruch des Weltkrieges und von da ab bis jetzt befaßt. Ein „Ausblick" möge kurz in die Zukunft weisen.

Rückblick.

Es kann hier nicht Aufgabe sein, den Wohnungsbau in Gleiwitz von seinen Anfängen an in all seinen Einzelheiten wissenschaftlich zu erforschen, sondern lediglich, ein Gesamtbild zu geben, wie es sich auf den ersten Blick zeigt. Da erscheint die Zeit kurz vor 1800 als der gegebene Ausgang. Denn dem ersten Blick fallen als die scheinbar ältesten Wohnbauten die zahlreichen Häuser aus



Abb. 2. Gasthaus „Stadt Troppau" (alter Zustand)

jener Zeit auf. Das erklärt sich daraus, daß kurz vor 1800 in unserer Stadt, welche bis dahin ein ruhiges, Ackerbau und Handel treibendes Landstädtchen gewesen war, durch die Begründung der preußischen Eisenhütte — es entstand hier 1796 der erste Hochofen auf dem europäischen Kontinent — und damit in Verbindung wohl auch anderer Industrie- und Handelszweige eine Entwicklung einsetzte, welche auch auf den Wohnungsbau einen großen Einfluß ausgeübt haben muß. In unmittelbarem östlichen Anschluß an die Eisenhütte entstand schon damals eine geschlossene Wohnhaussiedlung, von der heute leider nur noch Reste an der Kronprinzen- und Kanalstraße vorhanden sind. Daneben aber entfaltet sich auch in der Stadt selbst und vor ihren Toren eine rege Bautätigkeit. Um im Stadtkern selbst eine größere Anzahl von Wohnungen unterbringen zu können, beseitigte man die alten niedrigen Häuschen und ersetzte sie durch neue; oder die alten, welche meistens nach schlesischer Art mit einer Giebelfront an der Straße standen, wurden umgebaut und durch ein Obergeschoß, später wohl durch ein weiteres, aufgestockt, indem der First parallel zur Straße angeordnet und so in den oberen Geschossen mehr Wohnraum gewonnen wurde. Aber der Platz in dem engen Stadtinnern reichte nicht aus, so daß auch an den Straßen, welche auf den eingeebneten Stadtwällen entstanden (Oberwall-, Niederwallstraße), Wohnhäuser errichtet wurden.

Abb. 1 u. 2 zeigen das Antlitz derartiger Siedlungshäuschen aus der ersten Zeit der Entwicklung. Solche Familienhäuser berühren in ihrer Schlichtheit und Sachlichkeit überaus wohltuend. Auf jeder Seite des meist in der Haus-

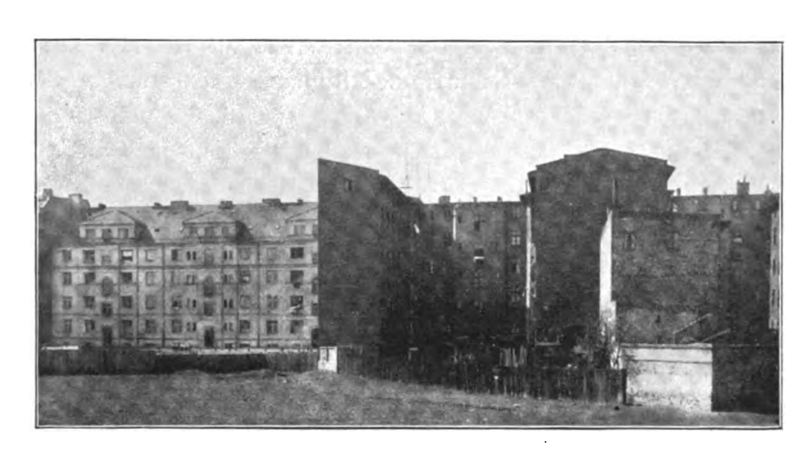


Abb. 3. Links städtische Wohnhäuser an der Löschstraße (Hofansicht), rechts daneben Mietskasernen der Vorkriegszeit

mitte liegenden Eingangs- und Treppenflures befanden sich zwei Haupträume, so daß im Erdgeschoß im ganzen deren vier vorhanden waren, von denen einer als Küche diente. Das Dachgeschoß bot an den Giebelseiten noch für Zimmer und Kammern Raum. Unter dem hohen Dach, bei freistehenden Häusern meist mit einem Krüppelwalm versehen, war über den Kehlbalken Platz für Abstellräume. Aborte und Stallräume befanden sich in Nebengebäuden auf dem Hofe. In einzelnen Fällen standen in der Hüttensiedlung die Häuser auch mit der Giebelseite an der Straße. Von anderen Gegenden, in denen noch solche Siedelungen in geschlossener Form erhalten sind, kennen wir das anziehende Bild, welches ihre Gesamterscheinung uns darbietet.

Die weitere Entwicklung des Wohnungsbaues zeigen die älteren und größeren an der Oberwallstraße stehenden Häuser.

Abgesehen davon, daß in der Folgezeit die Anzahl der Geschosse bis zu zwei Obergeschossen dauernd zunahm, hat sich im Stadtinnern bis zu den achtziger Jahren das äußere Bild wenig geändert. Bis dahin befand sich die Stadt in stetiger und langsamer Entwicklung. Seit 1872, für welches Jahr die Chronik 13 000 Einwohner verzeichnet, nimmt die Einwohnerzahl etwas schneller, aber noch stetig zu, und zwar auf 15 000 im Jahre 1884, also in den zwölf Jahren um nur 2000 Seelen.

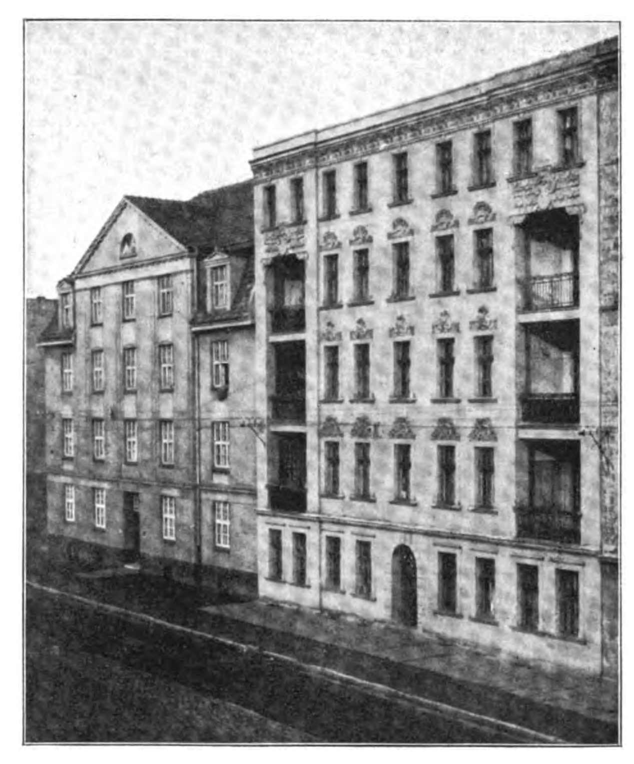


Abb. 4. Wohnhäuser in der Friedrichstraße

Neuzeit.

a) Die Zeit bis zum Weltkriege.

In den achtziger Jahren setzt auch in Gleiwitz, wie überall im Reiche, ein neuer gewaltiger Aufschwung der Industrie ein, so daß die Einwohnerzahl von 15 000 im Jahre 1884 auf 18 000 im folgenden Jahre 1885, also in einem Jahre um 3000 Köpfe zunimmt. Die Folge war eine große Wohnungsnot, welche durch hierher verlegtes Militär noch weiter verstärkt wurde. Mußten doch die Soldaten bis zur Erbauung von ausreichenden Kasernen in Bürgerquartieren untergebracht werden.

Massen von neuen Wohnungen werden erforderlich: Die Mietskaserne übelster Sorte entsteht! Daß der alte Stadtkern im allgemeinen mehr als in anderen Städten von ihr verschont blieb, ist der Bauordnung zu danken, welche jedoch noch nicht straff genug gefaßt war, als daß sie zahlreiche andere Auswüchse hätte verhindern können.

Die Spekulation bemächtigt sich des Wohnungbaues und sucht soviel wie möglich Kapital

daraus zu schlagen, was zur Folge hat, daß jeder Quadratzentimeter Boden, wenn nicht anders mit Seiten- und Hinterhäusern bebaut und damit eine unerwünschte Zunahme der Wohndichte verursacht wird. Die engen, dunklen Höfe verhindern eine ausreichende Belüftung und Besonnung der an ihnen gelegenen Wohnräume. Trockenklosetts werden in die Häuser hinein, meist an die Treppenpodeste, gelegt und sind an Gruben im Hofe angeschlossen, was nicht zur Verbesserung der Luft in den engen Höfen beiträgt. Um den Wohnungsuchenden die Wohnungen in solchen Häusern schmackhaft zu machen und um ein „vornehmes" Haus vorzutäuschen, geht man daran, die Straßenfassaden mit billigem, fabrikmäßig hergestelltem Gipsstuck zu bekleben, dafür aber die Hoffassaden um so trauriger und öder zu belassen.



Abb. 5. Wohnhaussiedelung der Huldschinski-Werke an der Bergwerkstraße

Abb. 3 rechts und 4 rechts zeigen solche Mietskasernenblüten.

Ein Lichtblick in der Folgezeit, vielleicht auch ein Zeichen für die gewaltige Entwicklung und das Gedeihen der Industrie, ist das Entstehen der Huldschinski-Siedlung an der Bergwerksstraße in den Jahren 1892/94, welche in 52 Doppelhäusern 104 Wohnungen — jede mit 2 Stuben und Küche nebst Beigelaß — enthält und durch eine Kapelle, ein Schlafhaus und ein Konsumhaus vervollständigt wird. Zu jeder Wohnung gehört ein Garten von 240 qm. Die Siedlung mag als Beweis dafür gelten, daß schon damals dieser Wohnungsweise weitgehendstes Interesse entgegengebracht wurde. Wenngleich man in städtebaulicher Hinsicht heute wohl eine andere Lösung gesucht und gefunden, auch das Äußere der Häuschen ansprechender gestaltet haben würde, so tut das doch dem Werte der Siedlung als solcher keinen Abbruch, zumal sie in der warmen Jahreszeit mit dem umgebenden Grün der Straßen und Gärten einen recht freundlichen Eindruck macht und zweifellos gesundes Wohnen ermöglicht. (Abb. 5.)

Zu beklagen bleibt, daß damals andere Industrieunternehmungen diesem Beispiele nicht gefolgt sind und in ähnlicher Weise gesunde Wohnungen für ihre Arbeitnehmer geschaffen haben. Man kann nicht umhin, als trauriges Gegenstück zu der genannten Siedlung die zahlreichen Wohnungen in Mietskasernen zu erwähnen, welche damals und in den folgenden Jahren von der Eisenbahnverwaltung und anderen Industrieverwaltungen geschaffen wurden und welche, im Backsteinrohbau übelster Sorte errichtet, neben ihrem Mißerfolge als Wohnungen geradezu beleidigend auf das menschliche Auge wirken.

Um der Wohnungsnot mit zu steuern und bessernd auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zu wirken, wurde um 1900 der Beamten-Wohnungsbauverein ins Leben gerufen, welcher z. T. bessere Mietshäuser ankaufte und selbst Wohnungen in mehrgeschossigen Mietshäusern errichtete. Die Bestrebungen und Arbeiten des Bauvereins fanden durch die staatlichen und kommunalen Behörden lebhafte Unterstützung. Unter Fortlassen der Hinterhäuser baute man weiträumiger, so daß eine bessere Belüftung der an dem Hofe liegenden Räume gewährleistet wurde. Die Ansichten der Häuser, wenn auch dem Geschmack der damaligen Zeit Rechnung tragend, zeigen mehr Sachlichkeit und ein gefälligeres Aussehen. (Abb. 6.)



Abb. 6. Häuser des Beamten-Wohnungs-Vereins an der Franzstraße

Es wurden Wohnungen in Größen von 1 bis 5 Zimmern und Küche nebst Beigelaß erbaut. Die anfangs meist noch an den Treppenpodesten untergebrachten Aborte werden mit Wasserspülung versehen, was eine entsprechende Vergrößerung der Grube notwendig macht; auch sonst wird der Anlage der Nebenräume mehr Sorgfalt zugewandt. Die größeren Wohnungen erhalten Badezimmer. Als später die Herstellung der städtischen Kanalisation in Aussicht steht, wird der Abort in die Wohnung verlegt und die Beigabe eines Bades immer mehr die Regel. Im Jahre 1913 besitzt der Bauverein insgesamt 352 Wohnungen, unter denen ca. 60 Kleinwohnungen von 2 Zimmern, Küche und Kammer, 71 von 2 Zimmern und Küche, 57 von 1 Zimmer, Kammer und Küche und 49 von 1 Zimmer und Küche vorhanden sind; 25% sämtlicher Wohnungen sind mit einer Badeeinrichtung versehen.

In den Jahren 1906 bis 1914 wurden insgesamt an Wohnungen fertiggestellt:

1906: 306	1908: 198	1910: 362	1912: 171	1914: 144
1907: 154	1909: 288	1911: 201	1913: 178	



Abb. 7. Siedelung der „Heimstättengenossenschaft" an der Rybniker Chaussee

Während sich unter den 306 Wohnungen des Jahres 1906 noch 266 Kleinwohnungen von 2 Zimmern und Küche sowie 1 Zimmer und Küche befinden, sind es unter den 144 des Jahres 1914 nur 99. Es zeigt sich im Laufe der Jahre eine dauernde prozentuale Abnahme der Kleinwohnungen und Zunahme der größeren Wohnungen. Auch die Kleinstwohnung (1 Zimmer und Küche) ist gegenüber der Zweizimmerwohnung prozentual in der Abnahme begriffen.

Durch die Ausführung der Kanalisation in den Jahren 1908/10 wurde die Wohnungshygiene erheblich verbessert und damit das Wohnungswesen überhaupt. So wurde beim Wohnungsbau die erforderliche weitere Verbesserung der Grundrißgestaltung durch Zusammenfassen der Nebenräume möglich. Immerhin war bei Kriegsausbruch noch dieses und jenes im Wohnungsbau zu bessern. Anfänge eines vorbildlichen Siedlungs- und Kleinwohnungsbaues wie in anderen Gegenden sind noch nicht vorhanden.

b) Die Zeit seit dem Ausbruch des Weltkrieges.

Der Weltkrieg setzte dann der Entwicklung ein Ende, der Wohnungsbau ruhte während desselben gänzlich.

Nach dem Kriege sind Ansätze für eine starke Wohnungsbautätigkeit vorhanden, welche sich jedoch hauptsächlich, wie überall, auf den Kleinwohnungs- und Siedlungsbau beschränken, da er gesetzlich durch Reichs-, staatliche und kommunale Zuschüsse ge-



Abb. 8. Einzelhaus aus der Siedelung des Bauvereins „Nord"

fördert und nur auf diese Weise ermöglicht wird.

Das freie Baugewerbe ist infolge der immer unsicherer werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr in der Lage, wie vor dem Kriege Wohnungen zu bauen.

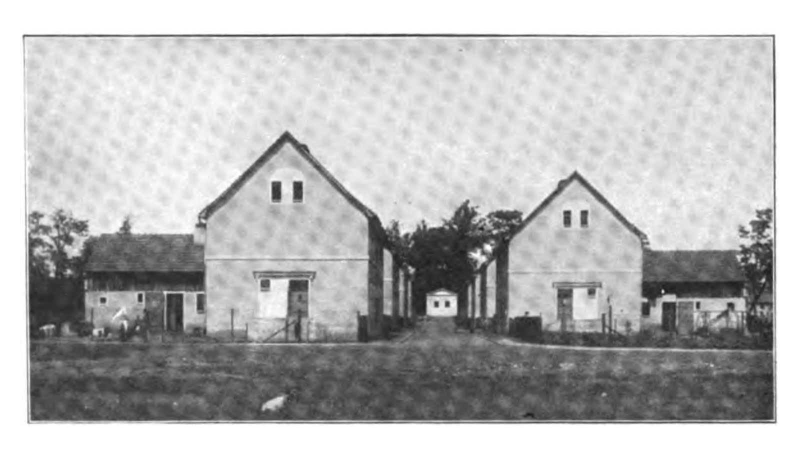


Abb. 9. Wohnhaussiedelung der staatlichen Hütte am Hüttenfriedhof (im Hintergrunde die Friedhofskapelle)

In den Jahren 1919 bis 1924 werden neue Wohnungen erstellt:
1919: 43, 1920: 191,
1921: 18, 1922: 100,
1923: 520, 1924: 419.

Diese Zahlen zeigen, daß in den Jahren 1919—1922 die durchschnittliche Anzahl der jährlich erstellten Neuwohnungen die der Vorkriegsjahre bei weitem nicht erreicht.

Daneben werden Wohnungen durch Aus- und Umbauten geschaffen.

In den ersten Jahren nach dem Kriege liegt der Kleinwohnungsbau hauptsächlich in Händen der neu gegründeten Bauvereine, deren Haupttätigkeit sich erst entfaltet, als im Jahre 1920 in Verfolg der Abstimmung über das Schicksal der Stadt entschieden worden ist. So werden in Form von Doppelhäusern erstellt von dem Bauverein „Süd" 1920/21 an der Rybniker Chaussee insgesamt (Abb. 7) 124, und von dem Bauverein „Nord" an der Tarnowitzer Chaussee in denselben Jahren (Abb. 8) 104 Wohnungen.



Abb. 10. Siedelung der „Heimbela" an der Paul-Kellerstraße

Während die einzelnen Häuser der ersteren Siedlung im Villenstil gehalten sind, zeichnen sich die der letzteren durch große Sachlichkeit aus, so daß die Siedlung einen ruhigen und ansprechenden Eindruck macht, was hauptsächlich infolge der Verwendung weniger Haustypen erreicht wird. Bei beiden Siedlungen hat man die Häuser mit farbigen Außenanstrichen versehen, um das freundliche Aussehen noch zu steigern.



Abb. 11. Wohnhaussiedelung der „Gagfah" an der Kieferstädter Chaussee

Als weitere Bauvereine reihen sich an „Wagenwerkstatt", welcher im Jahre 1921/23 an der Barbarastraße in Doppelhäusern insgesamt 56, „Lokomotiv-Werkstatt", der in demselben Jahre an der Bergwerkstraße unter Verwendung desselben Haustyps insgesamt 48 Wohnungen erstellt.

Der Bauverein „Staatliche Hütte" baut 1922/23 am Hüttenfriedhof in 8 Doppelhäusern 16 Wohnungen (Abb. 9) und die „Heimbela" in denselben Jahren an der Paul-Keller-Straße in 2 Doppel- und 2 Gruppenhäusern insgesamt 12 Wohnungen. (Abb. 10.)

Für diese Bauvereine war die Stadt Trägerin des Verfahrens und somit mit sämtlichen Arbeiten befaßt, welche die technische Prüfung und die Beschaffung und Verteilung der Reichs-, staatlichen und kommunalen Zuschüsse sowie der Arbeitgeberbeiträge betrafen. Außerdem baute die „Gagfah" unter Trägerschaft der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 1922/23 an der Kieferstädter Chaussee 70 Wohnungen in Doppel- und Reihenhäusern (Abb. 11). Alle diese Siedlungsbauten litten unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, so daß sie zeitweise nur langsam vorwärts kamen und die Fertigstellung der einzelnen Siedlungen in dem beabsichtigten Umfange leider nicht erfolgen konnte.



Abb. 12. Wohnhäuser der Gräfl. Ballestremschen Verwaltung an der Ecke Moltke- und Bitterstraße

Zweifellos hätten die verfügbaren Mittel besser ausgenutzt werden können, wenn die gesetzlichen Bestimmungen eine größere, straffere Zusammenfassung des durch die vielen Bauvereine zersplitterten gemeinnützigen Wohnungsbaues hätten im Zwangswege durchführen lassen.

Auch in städtebaulicher Hinsicht wäre es zweckmäßiger gewesen, durch Zusammenfassen der einzelnen Siedlungen nur einige wenige, aber großzügige Anlagen zu schaffen, während so das Bild der halbfertigen Siedlungsanlagen noch weniger erfreulich und ihre Vollendung auf irgend eine Weise dringend erwünscht ist.



Abb. 13. Hausgruppe der Siedelung der Reichsbahnverwaltung (zwischen Gneisenau- und Stadtwaldstraße)

Die Größe der Wohnungen in den einzelnen Siedlungen beträgt 50 bis 80 Quadratmeter Wohnfläche, welche also über die Durchschnittsgröße der entsprechenden, vor dem Kriege erstellten Mietswohnungen erheblich hinausgeht. Das hat seinen Grund hauptsächlich in den gesetzlich niedrig gehaltenen Mieten, welche die Ansprüche an die Wohnungsgröße heraufschraubten. Es hätten daher mit denselben Mitteln noch mehr Wohnungen erstellt werden können. Nachdem über die Teilung Oberschlesiens endgültig entschieden und die fremde Besatzung abgezogen war, setzte durch Zuzug von Flüchtlingen und Industrieverwaltungen eine neue gewaltige Entwicklung in unserer Stadt ein. Mit Riesenschritten nimmt sie nun den Weg zur Großstadt.

Die Bauvereine allein konnten den Wohnungsbedarf nicht befriedigen. Es wurden Massen von Wohnungen nötig. Da für das freie Baugewerbe die wirtschaftlichen Verhältnisse immer noch so ungünstig sind, um den Wohnungsbau wieder betreiben zu können, sahen sich einzelne Verwaltungen, wie die Ballestremsche Güterdirektion (Abb. 12) und die Reichsbahn, vor allen genötigt, selbst für ihre Beamten und Angestellten Wohnungen zu erbauen.



Abb. 14. Hausgruppe der Siedelung der Reichsbahnverwaltung (zwischen Gneisenau- und Stadtwaldstraße)

Neben einer kleinen Siedlung aus Gruppenhäusern an der Schalschaerstraße und einzelnen mehrgeschossigen Mietswohnhausgruppen in ver-

schiedenen Gegenden, welche bereits fertiggestellt sind, ist die Reichsbahn im Begriff, eine großzügige Siedlung zwischen Gneisenaustraße und Waldschule zu vollenden, welche mehrere hundert Wohnungen enthalten wird. (Abb. 13 und 14.)

Gleichzeitig hat die Stadt selbst auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, nachdem die gesetzlichen Bestimmungen über die Gewährung von Bauhilfsgeldern gelockert waren, die Initiative ergriffen, um durch Erstellung von Klein- und Kleinstwohnungen, welche später zu größeren zusammengelegt werden können, dem Wohnungselend nach Möglichkeit mit allen verfügbaren Mitteln zu steuern 1922 wurden in einem mehrgeschossigen Mietshaus 27 Ein- und Zweizimmerwohnungen erbaut. Besonderer Wert wurde auf gute Belichtung und Belüftung gelegt und auf die Zuteilung der Nebenräume. Fast jede Wohnung erhielt nach dem Hofe eine Küchenloggia, welche von den Bewohnern als besonders wertvoll und angenehm aufgenommen worden ist. Hinter dieser liegen Klosett und Speisekammer, für welche nur geringe Raumtiefe erforderlich ist. (Abb. 15.)



Abb. 15. Städtische Wohnhäuser an der Löschstraße

Abb. 3 zeigt die Hoffront des Hauses und deutlich den Unterschied zwischen einem gesunden Mietshause und einer der vielen vor dem Kriege entstandenen Mietskasernen mit Seitenflügeln an dem von ihnen eingeschlossenen dunklen Hofe. Die zulässige Bebauung des Grundstücks wurde bei weitem nicht erreicht, so daß jeder Wohnung etwas Gartenfläche für Gemüsebau beigegeben werden konnte. 1923 wurden von der Stadt an der Niederwallstraße-Gr. Mühlstraße insgesamt 29 Mittelwohnungen von 3 Zimmern oder 4 Zimmern und Küche, Bad und Nebengelaß fertiggestellt, außerdem in dem Erdgeschoß 10 Läden mit Nebenräumen, da eine große Nachfrage nach solchen besteht und diese dazu dienen, die Finanzierung des Wohnungsbaues zu er-

leichtern. (Abb. 16.) Daneben wurden kleinere Wohnbauvorhaben durchgeführt und durch Umbau der alten Ulanenkaserne 52 Kleinwohnungen geschaffen. Abb. 17—18 zeigen das Ergebnis, welches als recht erfreulich zu bezeichnen ist.



Abb. 16. Städtische Wohnhäuser an der Niederwallstraße

Auch die „Siwo" zu Oppeln war bemüht, durch Übernahme der Trägerschaft und Bauausführung für Bauvereine, wie „Schupokameradschaft" und Flüchtlingsbauvereine und später andere Bauvereine sowie einzelne Private, der Wohnungsnot durch Errichtung von Typenhäusern zu steuern.

Ferner erstellte die „Zephil" zu Breslau (Flüchtlingswohnungsbau des Oberpräsidenten z. D. Philipp) an der Flugplatzstraße in Gruppenhäusern für Flüchtlinge 220 Wohnungen von zwei Zimmern und Küche. (Abb. 19.)

Obgleich die Zahl der 1923 erstellten Wohnungen 520 beträgt, d. h. etwa das doppelte des jährlichen Vorkriegsdurchschnittes, so wird dadurch doch noch nicht der laufende Bedarf gedeckt, da dieser ganz gewaltig gegen früher gewachsen ist.

Mit dem Eintreten stabiler Wirtschaftsverhältnisse Ende 1923 entschließen sich mehr als vorher auch einzelne Private, für sich Wohnungen zu erbauen. Auch das Bauunternehmertum beginnt sich wieder für den Wohnungsbau von sich aus zu interessieren; aber leider läßt die eingetretene und immer noch andauernde Geldknappheit und Schwierigkeit der Kreditbeschaffung bisher nicht zu, daß etwas Durchgreifendes geschehen kann, zumal die Neuregelung der staatlichen und kommunalen Zuschüsse in Form von Hauszinssteuer-Hypo-



Abb. 17. Umbau der Ställe der alten Ulanenkaserne zu Flüchtlingswohnungen (Straßenansicht)



Abb. 18. Umbau der Ställe der alten Ulanenkaserne zu Flüchtlingswohnungen (Hofansicht)

theken im Frühjahr 1923 leider zu spät erfolgt ist, als daß dieselben für das Baujahr 1923 voll ausgewertet werden konnten, zumal noch die Mittel aus der Steuer nur nach und nach eingingen.

Etwas günstiger hat sich das Verhältnis des laufenden Wohnungsbedarfs zu der Zahl der neu erstellten Wohnungen im Jahre 1924 gestaltet, wo auf der einen Seite die Mittel aus der Hauszinssteuer, rechtzeitiger straff zusammengefaßt, nach Eintritt der festen Währung eine bessere Verwertung gestatteten, und auf der anderen Seite der laufende Bedarf an Wohnungen infolge des Rückganges der Eheschließungen wegen der weiter andauernden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse abnahm. Immerhin hatten letztere zur Folge, daß die Zahl der erstellten Neuwohnungen geringer war als im Jahre 1923, weil der private Wohnungsbau und besonders der seitens der Industrieverwaltungen aus Mangel an verfügbaren Mitteln zurückging.

Etwa die Hälfte aller im Jahre 1924 erstellten Neuwohnungen entfällt auf die „Siwo", welche in mehreren Bezirken der Stadt, vor allem im Anschluß an die Siedlung „Süd", für Bauvereine und vereinzelt auch für Private Siedlungshäuser baute. Im Laufe des Jahres ist sie dazu übergegangen, auch mehrgeschossige Miethäuser an ausgebauten Straßen zu errichten, z. T. für Rechnung der staatlich geförderten Land- und Baugesellschaft, z. T. für eigene Rechnung, von denen die ersten Häuser demnächst fertiggestellt werden. Neben einzelnen Verwaltungen, Bauunternehmern und Privaten war auch die Stadt weiter an der Erstellung von Neuwohnungen beteiligt. Unter anderem wurden in dem mehrgeschossigem Block an der Löschstraße, Ecke Roßmarktstraße, 36 Wohnungen fertiggestellt, von denen etwa die Hälfte 2 Zimmer, ein Viertel 3 Zimmer und ein Viertel 3 Zimmer und Kammer, sämtliche außerdem Küche und Nebengelaß sowie



Abb. 19. Flüchtlings-Siedelung („Zephil") an der Flugplatzstraße



Abb. 20. Wohnhaus der O./S. Eisenindustrie An der Promenade

fast alle Loggia und Bad enthalten. Je zwei Wohnungen können später zu einer größeren zusammengefaßt werden. Erwähnt mag noch sein, daß die Stadt sich zur Aufgabe gemacht hat, die bestehenden häßlichen Baulücken, besonders an den Straßenecken, zu bebauen, und dabei Schwierigkeiten bei der Grundrißgestaltung der einzelnen Wohnungen in Kauf nehmen muß, da das freie Bauunternehmertum es meidet, die wirtschaftlich schlecht auszunutzenden Eckgrundstücke zu bebauen, es aber aus städtebaulichen und bodenwirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich ist, die Baulücken zu schließen.

Ausblick.

Vorderhand werden Behörden, Siedelungs- und Baugesellschaften und Stadt auch weiter um die Erstellung von Wohnungen bemüht bleiben müssen, solange dem Bauunternehmertum nicht ausreichendes Kapital mit tragbarem Zinssatz als Kredit für den Wohnungsbau zur Verfügung steht. Die Stadt ist im Begriff, noch im Frühjahr 1925 47 Wohnungen in verschiedenen Größen bezugsfertig zu machen und weitere Wohnungsbauten in Angriff zu nehmen. Die Frage, welche Wohnung bevorzugt zu errichten ist, ob die in einem Mietshause oder die in einer weiträumigen Siedlung, kann nach langem Streiten dahin beantwortet gelten, daß beide ihre innere Berechtigung haben. Nur kommt es darauf an, möglichst schnell Massen von gesunden Wohnungen zu erstellen, und zwar Klein- und Kleinstwohnungen, welche, wenn die Wohnungsnot einmal behoben ist, sich ohne Schwierigkeit zu größeren Wohnungen zusammenlegen lassen. Dies ist sowohl im Siedlungshaus wie auch im mehrgeschossigen Mietshaus möglich. Besondere Sorgfalt sollte man aber der Wohnungshygiene zuwenden und jede kleinste Wohnung mit einem abgeschlossenen Flur und Klosett versehen, jede Wohnung von 2 Zimmern und aufwärts möglichst auch mit einem Baderaum, der mit dem Klosett zusammengelegt werden kann.

Gerade diese Dinge lassen sich aber im mehrgeschossigen Mietshause leichter und wirtschaftlicher unterbringen als im Kleinhause, da die weiträumige Bebauung jegliches Leitungsnetz erheblich verteuert. Ähnlich ist es mit den Straßenbaukosten, welche bei der Flachsiedlung ins Ungemessene wachsen können. Hinzukommt, daß man heute kaum in der Lage sein wird, baureifes Gelände für

Flachsiedlungen in ausreichender Menge schnell genug zur Verfügung zu stellen. Darum kann es sich bis zur Beseitigung des Wohnungsmangels nicht um die Frage handeln: Mietswohnung im Geschoßhause oder Kleinwohnung im Eigenhause? sondern: Wie kommen wir auf kürzestem Wege zum Ziel, nämlich Massen von einwandfreien Wohnungen möglichst schnell zu schaffen?



Abb. 21. Städtisches Wohnhaus an der Ecke Lösch- und Roßmarktstraße



Siedelung des Flüchtlingsbauvereins an der Rybniker Chaussee

Die Flüchtlingsfürsorge

Von Stadtrat Dr. Warlo, Gleiwitz.

Unter den vielen Nöten, die das Versailler Friedensdiktat dem deutschen Volke brachte, hat das Flüchtlingselend seine besondere Bedeutung. Zu den Gegenden, die unter der Flüchtlingsnot außergewöhnlich zu leiden haben, gehört Oberschlesien. Flüchtlinge aus den im Westen abgetretenen oder besetzten Gebieten, namentlich aus Elsaß-Lothringen, sind, abgesehen von der Zeit des Ruhrkampfes, so gut wie garnicht nach Oberschlesien gekommen. Nur einige wenige Familien waren es, die hierherzogen, und deren Unterbringung in ein Arbeitsverhältnis und Versorgung mit einer Wohnung keine besonderen Schwierigkeiten machte. Um so gewaltiger ist die Zahl der Personen und Familien, die aus den abgetretenen Gemeinden Oberschlesiens in den deutsch gebliebenen Teil flüchteten. Aus dem polnisch gewordenen Gebiet sollen fast 30 000 Familien in einer Stärke von über 100 000 Personen und aus dem tschechisch gewordenen Hultschiner Ländchen fast 4000 Personen abgewandert sein.

Der Zuzug der Flüchtlinge begann nicht erst mit der Abtretung der durch das Genfer Diktat dem preußischen Staate entrissenen Teile Oberschlesiens. Der Terror, der von polnischer Seite in dem Abstimmungskampfe ausgeübt wurde, und namentlich die polnischen Aufstände zwangen schon vorher eine große Anzahl deutschgesinnter Bürger und Familien, ihren Wohnort aufzugeben, Hab und Gut zurückzulassen und zu fliehen, um das nackte Leben zu retten. Für die Stadt Gleiwitz waren die beiden ersten Aufstände, der erste im August 1919, der lediglich die südlichen Teile des Kreises Pleß und Rybnik erfaßte, und der zweite im August und September 1920, der schon eine weitere Ausdehnung erfuhr, den ganzen Landkreis Kattowitz heimsuchte und nördlich bis zum Kreise Groß-Strehlitz vordrang, weniger fühlbar, da die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Gleiwitz kamen, verhältnismäßig gering blieb. Ein großer Flüchtlingszustrom setzte aber gleich am ersten Tage nach der Abstimmung, am 21. März 1921, ein, der während des dritten großen polnischen Aufstandes in den Monaten Mai und Juni 1921

gewaltig anschwoll. Damals gelang es den Insurgenten fast bis zur Oder vorzudringen. Nur die größeren Städte des Industriebezirkes konnten sich der Besetzung erwehren. Damals flüchteten weit über 2000 Personen nach Gleiwitz, hauptsächlich Männer, die vor dem Terror Haus und Hof verlassen mußten, deutsche Arbeiter, die westlich der Oder wohnten, im Industriebezirk aber arbeiteten. Auch eine größere Anzahl von Bürgern aus den äußeren Stadtteilen, in die Insurgentengruppen zeitweise eindringen konnten, mußten in das Innere der Stadt fliehen. Alle diese Flüchtlinge konnten in den Sälen und Gasträumen der Stadt untergebracht und verpflegt werden. Die Fürsorge für die Flüchtlinge wurde von dem Deutschen Ausschuß wahrgenommen, der hierfür eine besondere Abteilung, die Oberschlesische Flüchtlingsfürsorge mit dem Sitz in Oppeln schuf und in allen Kreisen Kreisgruppen einrichtete. Dabei hat auch die Stadt helfend eingreifen müssen und auch einen erheblichen Teil der Kosten getragen. Nach der Liquidierung des Aufstandes versuchte man, die Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Das sollte bis zum 31. Dezember 1921 geschehen sein. Soweit dies nicht möglich war, wurden die Flüchtlinge im Innern Deutschlands untergebracht.

Als im Spätherbst 1921 das Genfer Diktat gesprochen war und im Sommer 1922 in Ausführung dieses Machtspruches die Übergabe des zu Polen geschlagenen Teiles erfolgen sollte, war für alle diejenigen Einwohner des polnisch gewordenen Gebietes, die auf deutscher Seite gestanden hatten, der Zeitpunkt gekommen, ihre lieb gewordene Heimat endgültig zu verlassen. In den Tagen vom 9. bis 22. Juni kamen täglich hunderte von Flüchtlingen mit ihrer Habe nach Gleiwitz. Der Zustrom nahm immer mehr zu. Auf den Chausseen im Industriebezirk folgten Wagen auf Wagen, die die Flüchtlinge mit ihrer Habe nach den deutsch gebliebenen Städten brachten. Die Zahl der Familien, die nach Gleiwitz strömten und hier blieben, betrug über 3000, alle die nicht gerechnet, die nur durch Gleiwitz durchkamen und weiter wanderten. Solange eine Aufnahme und eine Unterbringung möglich war, blieben sie in Gleiwitz. Alle Schulen und Turnhallen wurden von ihnen belegt und die Steinbaracken am Flugplatz. In ein Schulzimmer oder einen Barackenraum mußten sich stets mehrere Familien teilen; der Raum wurde durch Schränke abgegrenzt. Wer hier nicht unterkam, mußte auf Böden oder in Kellern Unterkunft suchen. Die Schulböden wurden mit den Möbeln der Flüchtlinge vollgestellt. Alle die Flüchtlinge, die auf diese Weise weder in der Stadt noch in den Gemeinden des Landkreises unterkommen konnten, mußten weitergeleitet werden in die Heimkehrlager, Familien nach den Lagern in Sagan, Havelberg an der Spree und Lamsdorf, Ledige insbesondere nach Münster in Westfalen. Von den 3000 Flüchtlingsfamilien, die nach Gleiwitz kamen, ist etwa ein Drittel in die Lager weitergeleitet worden, während zwei Drittel in Gleiwitz in Notquartieren untergebracht wurden.

Die Fürsorge für die Flüchtlinge wurde zunächst, wie bereits erwähnt, von einer besonderen Abteilung des Deutschen Ausschusses ausgeübt. Sie ging mit dem 1. Januar 1922 auf das Deutsche Rote Kreuz über. Dieses setzte in jeder Kreisstadt den Übernahmekommissar und den Kommissar für die Dauerfürsorge ein. Der erstere hatte die Aufgabe, die nach Gleiwitz kommenden Flüchtlinge in Empfang zu nehmen und sie weiter in die Heimkehrlager zu leiten. Der Dauerfürsorge wurden alle diejenigen Flüchtlinge unterstellt, die in Gleiwitz ein Notunterkommen oder eine Arbeitsstelle gefunden hatten. Diese lokale Fürsorge wurde vom 1. Oktober 1923 ab den Gemeinden übertragen. In Gleiwitz wurde sie mit diesem Zeitpunkt als besondere Stelle dem städtischen Wohlfahrtsamt angegliedert.

Die erste Aufgabe der Flüchtlingsfürsorge bestand in der Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen oder Notquartieren. Bei der schon damals in Gleiwitz herrschenden Wohnungsnot war eine Unterbringung in Dauerwohnungen so gut wie ausgeschlossen. Es kamen nur die Wohnungen in Betracht, die durch den Verzug von Familien nach Polen frei wurden. Die Anzahl dieser Wohnungen war gering. Im übrigen konnte die Unterbringung nur in Notquartieren erfolgen. In erster Linie wurden, wie schon erwähnt, die Schulen und Turnhallen belegt. Dann brachte man 65 Familien in 23 Pappbaracken auf dem Krakauer Platz unter. Diese Seuchebaracken hatte das Rote Kreuz auf Veranlassung der Reichsregierung im August 1922 nach Gleiwitz gesandt, als die Flüchtlingsnot aufs äußerste gestiegen war. Man hatte nur an die Unterbringung für einen Winter gedacht. Nun stehen die Baracken breits den dritten Winter. Sie sind durch die lange Zeit sehr stark mitgenommen, ja dem Verfall nahe. Die Unterbringung der Flüchtlingsfamilien in diesen Baracken ist nicht nur unzulänglich, sondern völlig ungenügend und ungesund. Abhilfe ist dringend erforderlich*). Gegenüber der Artillerie-Kaserne wurden vier halbmassive Baracken errichtet, in denen 32 Flüchtlingsfamilien Unterkunft finden konnten. Im übrigen war die Staatsregierung bemüht, so rasch wie möglich für die Flüchtlinge neue Dauerwohnungen zu schaffen. In allen staatlichen Gebäuden, die nicht für Zwecke des Reiches oder Staates dringend benötigt wurden, schuf man Wohnungen für Flüchtlinge. So wurden in der ehemaligen Infanterie-Kaserne 49, im ehemaligen Bezirkskommando 18 und in den Steinbaracken am Flugplatz 66 Wohnungen ausgebaut. Die Stadt erwarb die alte Ulanen-Kaserne in der Teuchertstraße und baute die Stallungen auf eigene Kosten zu 52 Wohnungen aus, die ebenfalls den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt wurden. Ferner wurde eine große Anzahl Neubauten ausgeführt. Die ganze Flugplatzstraße wurde mit Reihenhäusern bebaut, in denen 220 Wohnungen gewonnen wurden. Im Anschluß an die bereits bestehenden Siedelungen an der Rybniker, Tarnowitzer und Kieferstädtler Chaussee wurden in den beiden letzten Jahren Siedlungshäuser für Flüchtlinge errichtet. Etwa 150 Wohnungen sind bereits fertiggestellt und bezogen. 110 Häuser befinden sich noch im Bau. Trotz dieser nicht geringen Zahl von Neubauten konnte bisher nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge in menschenwürdigen Wohnungen untergebracht werden. Viele hunderte von Flüchtlingsfamilien hausen heute noch in Gleiwitz und in der nächsten Umgegend in den denkbar schlechtesten Notwohnungen. Die ungenügende Unterbringung in den Seuchebaracken ist schon erwähnt. In den Schulen hausen heute noch 80 Familien in 30 Schulräumen. Die übrigen wohnen in Bodenkammern, in Kellern, in Räumen, die nicht den genügenden Schutz vor der Witterung bieten, in Räumen, die völlig ungesund sind und Erkrankungen der Bewohner hervorrufen müssen. Alle diese Notwohnungen sind außerdem noch übermäßig stark belegt. In den meisten Fällen hausen in einer Wohnung mehrere Familien. Es häufen sich die Fälle, daß in einzelnen Räumen über 10 Personen zusammenwohnen.

Die zweite Aufgabe der Flüchtlingsfürsorge bestand darin, die Flüchtlinge wieder in das Wirtschaftsleben einzugliedern, ihnen eine Arbeitsstelle zu beschaffen. Das ist allgemein in großem Umfang geglückt. Die Arbeitsvermittlung erfolgte, soweit die Flüchtlinge nicht selbst eine Arbeit oder einen Erwerb fanden, durch die Fürsorgestellen im engsten Zusammenarbeiten mit den kommunalen Arbeitsnachweisen. Zur besseren Durchführung dieser Aufgabe hatte der

*) Während diese Zeilen noch gedruckt werden, hat erfreulicherweise die Räumung dieser Baracken bereits begonnen.



Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung für längere Zeit einen eigenen Reichsarbeitsnachweis in Oberschlesien mit dem Sitz in Gleiwitz eingerichtet, der lediglich die Unterbringung der Flüchtlinge in Arbeitsstellen zu besorgen hatte und nach Erledigung dieser Aufgabe wieder aufgelöst wurde. Bis die Flüchtlinge einen Erwerb oder eine Arbeitsstelle gefunden hatten und den ersten Lohn erhielten, wurden sie durch die Fürsorgestelle mit Geld unterstützt. Die Höhe der Unterstützung richtete sich nach der Erwerbslosenunterstützung. Je nach der Größe der Familie und der Bedürftigkeit wurde zu der Erwerbslosenunterstützung ein Zuschuß bis zu 100 Prozent gewährt. Zu den Umzugskosten für den Hausrat wurden von der Fürsorgestelle Vorschüsse geleistet. Die Schäden an Hab und Gut, ebenso Gesundheitsschädigungen, die sogenannten Verdrängungsschäden wurden vom Reich ersetzt. Zur Erstattung dieser Verdrängungsschäden wurde, mit dem Sitz in Oppeln, ein besonderer Reichskommissar eingesetzt, dem in den einzelnen Orten Vorprüfungsbehörden unterstellt waren. Infolge der großen Finanznot hat das Reich seine Versprechungen auf volle Entschädigungen den Flüchtlingen nicht erfüllen können. Die Entschädigung wurde vielfach in entwertetem Gelde gezahlt, oder nach der Stabilisierung der Währung wurde in den meisten Fällen nur ein geringer Prozentsatz des wirklichen Schadens erstattet. All diese Aufwendungen, die für diese umfangreiche Fürsorge erforderlich waren, wurden durch das Reich getragen, zum Teil durch Vermittlung des Roten Kreuzes, das ja formell der Träger der Fürsorge bis zum Oktober 1923 blieb. Daß daneben die Gemeinden und so auch die Stadt Gleiwitz sehr erhebliche Kosten für die Flüchtlinge hatten, ergibt sich schon daraus, daß die Stadt für die Aufwendungen zur Beseitigung der Schäden in den Schulgebäuden, in denen die Flüchtlinge untergebracht waren, und für die Beheizung der Schulräume so gut wie gar keinen Ersatz erhielt. Die soziale Fürsorge wurde dann im Oktober 1923 überhaupt auf die Gemeinden abgewälzt. Die Flüchtlinge wurden in die anderen Fürsorgekreise übernommen, also als Erwerbslose behandelt, wenn ihnen noch keine Arbeit vermittelt werden konnte, oder wenn sie für eine Arbeit überhaupt nicht mehr in Frage kamen, als Kriegsopfer, Sozial- oder Kleinrentner. Damit ist mit Ende des Jahres 1923 die besondere Flüchtlingsfürsorge aufgehoben worden, wenn auch die Gemeinden in ihren Wohlfahrtsämtern ihre besondere Abteilung für Flüchtlinge noch behalten haben. Man darf aber aus dieser Tatsache nicht schließen, daß das Flüchtlingselend etwa schon beseitigt ist. Man muß heute, zweieinhalb Jahre nach dem Zustrom der Flüchtlinge, immer noch und in demselben Maße von dem Flüchtlingselend sprechen, wie zu Beginn dieser Not. Es ist schon dargestellt worden, daß erst der kleinere Teil der Flüchtlinge wohnlich untergebracht ist, daß noch viele hunderte von Familien in den unwürdigsten Notquartieren hausen. Die Wohnungsnot, wie sie deshalb in Oberschlesien noch besteht, ist unbeschreiblich groß. Es sind keine leeren Redewendungen, es ist Tatsache, daß in allen größeren Städten Oberschlesiens mehrere Tausend Wohnungen fehlen. Nirgendwo mehr in ganz Deutschland, auch nicht im besetzten Rheinland, herrscht eine solche Wohnungsnot, wie sie Oberschlesien beklagen muß. Wenn man dieses Wohnungselend der Flüchtlinge in Oberschlesien sieht, wie es nun schon jahrelang besteht, so muß man mit Bitternis eingestehen, daß die Reichs- und Staatsregierungen ihre Versprechungen, die sie vor der Abstimmung in feierlichster Form dem oberschlesischen Volke gegeben und nach der Abstimmung durch den Mund vieler Minister wiederholt haben, bis jetzt noch nicht erfüllt haben. Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß die Verhältnisse stärker waren als der gute Wille der Regierung, dem bedrängten Oberschlesien zu helfen. Die schwere Zeit der Inflation hat ja die Ausführung so vieler Pläne durchkreuzt.

Mögen nun aber nach Besserung der Verhältnisse die Regierungsstellen bemüht sein, in letzter Stunde ihre feierlich übernommenen Verpflichtungen gegen unser Oberschlesien zu erfüllen. Es gilt, die Gemeinden Oberschlesiens in ihrer Bekämpfung der Wohnungsnot auf das tatkräftigste zu unterstützen. In kürzester Zeit müssen die fehlenden Wohnungen für die Flüchtlinge gebaut werden.

Die Wohnungsnot ist jedoch nicht die einzige Sorge um die Flüchtlinge. Wenn es zwar anfangs möglich war, so gut wie vollständig die Flüchtlinge in das Wirtschaftsleben einzugliedern, so hat sich leider im letzten Jahre die Lage außerordentlich verschlechtert. Wir haben in Oberschlesien auf Grund des Flüchtlingszustroms eine ungemein große Arbeitslosigkeit. Der Industrie wird es nicht möglich sein, diese vielen Erwerbslosen aufzunehmen. Die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten, welche die Kommunalverwaltungen ausführen, ist auch nur beschränkt möglich, obwohl in dieser Hinsicht die Städte über ihre Leistungsfähigkeit hinaus die Ausführung von Notstandsarbeiten vorgenommen haben. Eine Abhilfe kann nur die Ausführung von großen Staatsarbeiten bringen, die Ausführung der im Interesse des Verkehrs so wichtigen Eisenbahnbauten, der Ausbau der einzigen Wasserstraße Oberschlesiens, des Klodnitzkanals. Die Durchführung dieser Arbeiten würde nicht nur die brennenden Verkehrswünsche erfüllen, würde nicht nur der großen Anzahl der Arbeitslosen Brot und Erwerb bringen, sondern auch die oberschlesische Industrie und Wirtschaft so fördern, daß die vielen Flüchtlinge restlos in den neuen oder erweiterten Industrieunternehmungen Unterkunft finden könnten.

Kommunale Wohlfahrtspflege

Von Stadtrat Dr. Warlo, Gleiwitz.

Die Armen- und Wohlfahrtspflege ist nicht nur eine der wichtigsten Aufgaben einer Stadtverwaltung, sondern auch eine ihrer ursprünglichsten, da sie ihrem Wesen nach sich als Tätigkeitsfeld örtlicher Selbstverwaltung eignet. Von jeher, schon seit dem frühen Mittelalter haben daher die deutschen Städte für ihre hilfsbedürftigen Mitbürger gesorgt. Und in fast allen Städten zeugen jahrhundertalte Wohlfahrtseinrichtungen noch heute von der damaligen Tätigkeit der Stadtverwaltung auf diesem Gebiete und von dem großen Opfersinn ihrer Bürgerschaft. Auch in Gleiwitz haben wir in der Nikolaistraße das Hospital ad sanctam trinitatem, das im Jahre 1909 auf eine 500jährige Vergangenheit zurückblicken konnte. Am 4. Mai 1409 errichtete der damalige Stadthauptmann Johannes Pilcator diese Stiftung eines Altersheimes, das ständig 12 alte Bürger aufnehmen sollte. Er widmete ihr sein ganzes Vermögen einschließlich seines großen Grundbesitzes und übertrug die Verwaltung der Stiftung dem Magistrat.

Die Bedeutung der Wohlfahrtspflege innerhalb der städtischen Verwaltung ergibt sich nicht allein aus der Höhe der Ausgaben auf diesem Gebiete. Für die Inflationszeit Zahlen anzugeben, wäre zwecklos, da sie wegen der Geldentwertung keine Übersicht geben können. Nach dem Haushaltsplane für das Rechnungsjahr 1924 sind die gesamten Ausgaben für Armen- und Wohlfahrtspflege einschließlich der gesamten Jugendfürsorge auf rund 1 000 000 Goldmark beziffert und erfordern einen Zuschuß von annähernd 800 000 Goldmark. Das bedeutet, daß fast ein Viertel des Steueraufkommens für Wohlfahrtszwecke Verwendung finden muß. Und das ist ja durchaus verständlich, wenn man die große Not berücksichtigt, die durch den Krieg und die Folgen des Krieges über Deutschland und ganz besonders über unsere oberschlesische Heimat hereingebrochen ist. Man muß auf die Zeiten des 30jährigen Krieges zurückgehen, um wieder das Elend zu finden, wie es augenblicklich im deutschen Volke herrscht. Während im Jahre 1913 bei einer Einwohnerzahl von rund 67 000 etwa 750 Personen eine laufende Armenunterstützung erhielten, ist zurzeit der Kreis derjenigen, die von der öffentlichen Fürsorge erfaßt werden, auf das Vielfache gestiegen. Es werden jetzt von der Stadt betreut nicht weniger als 870 Sozialrentner, Personen, die auf Grund der Sozialversicherung eine Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente erhalten, und 482 Kleinrentner, Personen, die früher von den Zinsen ihres ersparten Kapitals leben konnten und die durch die Geldentwertung ihr Vermögen vollkommen verloren haben. Fast 3500 Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte wohnen in Gleiwitz, von denen ein großer Teil, 321 Kriegerwitwen, 1513 Kriegerwaisen, 230 Kriegseltern und 200 Kriegsbeschädigte in dauernder Fürsorge des Wohlfahrtsamtes stehen. Zu diesen Personen kommen dann noch fast 700 Armenunterstützungsempfänger, ferner 200 Waisenkinder, die auf Kosten der Stadt in Waisenhäusern untergebracht sind, und nicht zuletzt die Erwerbslosen. Die Stabilisierung der Mark hat Deutschland zunächst eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit gebracht. Zeitweise war ein Viertel aller Arbeitnehmer in Deutschland arbeitslos. Auch im oberschlesischen Industriebezirk hat die Erwerbslosigkeit, die

hier vor dem Kriege und auch während der Inflationszeit so gut wie unbekannt war, einen großen Umfang angenommen. So ist in Gleiwitz die Zahl der Erwerbslosen und ihrer Familienangehörigen in den Monaten Januar und Februar 1924 bis über 2200 hinaufgeschnellt und seitdem nur vorübergehend in den Sommermonaten unter diese Zahl gesunken. Nimmt man alle diese Zahlen zusammen, und berücksichtigt man die vielen, die wenigstens zeitweise unterstützt werden mußten, so kann man sagen, daß mindestens jeder zwölfte Einwohner der Stadt auf öffentliche Fürsorge angewiesen war. Wem diese trockenen Zahlen das Übermaß der Not nicht genügend schildern, der möge an die drei hauptsächlichsten Erscheinungsformen denken, in denen das Elend hervortritt: Unterernährung, Mangel an Bekleidung und Wohnungsnot. Daß in der Inflationszeit nicht nur die Unterstützungsempfänger, sondern auch ein sehr großer Teil der werktätigen Bevölkerung nicht genügend Einkommen hatte, um sich ausreichend zu ernähren, ist ja bekannt. Aber auch nachher sind gerade in Oberschlesien die Löhne der Arbeiter und ebenso die Gehälter der Angestellten und Beamten gegen den Frieden so zurückgeblieben, nicht nur nominell, sondern vor allem auch unter Berücksichtigung der Teuerung, daß sie vielfach, namentlich bei zahlreicher Familie, nicht einmal das Existenzminimum sichern. Das führt zu einer mangelhaften Ernährung der Bevölkerung. Das zeigt sich in dem geringen Konsum an Fleisch und vor allem in dem Rückgang in dem Verbrauch von Milch, der fast 50% beträgt und für das Wachstum der Kinder von verhängnisvoller Wirkung sein muß. Die Folge ist Zunahme der Krankheiten, nicht zuletzt der Tuberkulose. Den Mangel an Bekleidungsstücken zeigt ganz kraß die vielfach beobachtete Tatsache, daß viele Kinder nicht zur Schule gehen konnten, weil sie keine Schuhe, kein Kleid oder keinen Anzug hatten. Daß die Wohnungsnot in den oberschlesischen Grenzstädten besonders groß ist, braucht nicht näher bewiesen zu werden. Der Umstand, daß sich in Gleiwitz die Bevölkerung in den fünf Jahren seit Kriegsende bis jetzt von 67 000 auf 82 000, also um über 20% vermehrt hat, daß nach Gleiwitz weit über 2000 Flüchtlingsfamilien zugezogen sind, genügt, um darzutun, daß trotz der nicht geringen Bautätigkeit in den letzten Jahren immer noch mehrere Tausend Wohnungen fehlen, und zu begreifen, welches Elend dadurch hervorgerufen wird.

Die Stadtverwaltung ist nun durch ihr Wohlfahrtsamt stets bemüht gewesen, diese Not, soweit es möglich war, zu lindern. Alles, was getan worden ist und noch geschieht, hier zu schildern, würde zu weit führen. Die Maßnahmen sollen nur kurz erwähnt werden.

In den meisten Fällen wird den Hilfsbedürftigen durch geldliche Unterstützungen geholfen, die entweder laufend oder einmalig gewährt werden. Mit Rücksicht auf die Geldentwertung mußte das Wohlfahrtsamt dazu übergehen, an Stelle von Geldunterstützungen Lebensmittel zu verteilen. Das geschah bisher im größten Umfange. Es wurden Mehl, Hülsenfrüchte und Fett verteilt, und vor allem vor Ausbruch des Winters Kartoffeln. Im Herbst 1923, in der Zeit der größten Inflation, machte die Beschaffung von 8400 Zentnern Winterkartoffeln die größten Schwierigkeiten. Die Stadthauptkasse konnte meist nicht die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stellen; man bekam überhaupt nur Kartoffeln gegen Tausch von Kohle oder künstlichen Düngemitteln geliefert. Außerdem wurde im Februar 1923 in dem Mannschaftsspeiseraum der Infanteriekaserne an der Teuchertstraße eine Notstandsküche eingerichtet, in der Sozial- und Kleinrentner, Kriegshinterbliebene und Ortsarme, sowie Erwerbslose unentgeltlich gespeist wurden. Die Anzahl der Essenempfänger betrug bald 300 täglich. Als zu Anfang dieses Jahres die große Erwerbslosigkeit einsetzte, mußte auch die Speisung aller dieser Erwerbslosen übernommen werden. Es wurde Mittag- und Abendessen gegeben. Die Anzahl der Gespeisten stieg auf über 1600 Personen

täglich, so daß zeitweise eine zweite Küche im katholischen Waisenhause eingerichtet werden mußte. Die Verabfolgung von Abendessen mußte wegen der großen finanziellen Belastung der Stadt bald wieder fallen gelassen werden. Aber heute noch werden täglich mehr als 1000 Personen unentgeltlich gespeist. Vor Ausbruch des Winters werden ferner viele Tausende Zentner Kohle angeschafft und verteilt, desgleichen werden in großem Umfange Bekleidungsstücke ausgegeben.

Die Gesundheitsfürsorge wird in der Weise ausgeübt, daß unentgeltlich ärztliche Behandlung durch die sechs Kommunalärzte gewährt wird. Soweit spezialärztliche Behandlung oder Aufnahme in ein Krankenhaus notwendig ist, erfolgt sie auf Kosten des Wohlfahrtsamtes. Die Ausgaben hierfür waren stets sehr groß. Zeitweise betrug die Anzahl der Kranken, die auf Kosten des Wohlfahrtsamtes in den Krankenhäusern untergebracht waren, ein Viertel aller Patienten. Namentlich der Behandlung der Tuberkulosekranken, deren Zahl infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse bedeutend zugenommen hat, wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Man schätzt, daß die Ausbreitung der Tuberkulose gegenüber der Friedenszeit um mindestens 100 Prozent stärker geworden ist.

Von besonderer Bedeutung ist natürlich die Fürsorge für die Jugend. Fast alle in Frage kommenden Gebiete werden von der Stadtverwaltung bearbeitet, die Fürsorge für Säuglinge und Kleinkinder, die Berufsvormundschaft, die Vermittlung und Beaufsichtigung von Pflegestellen. Die offene Säuglingsfürsorge wird durch die vier Fürsorgeschwestern ausgeübt und in den Mütterberatungsstunden, die der Säuglingsfürsorgearzt allwöchentlich abhält, und die durchschnittlich von 38 Müttern mit ihren Säuglingen besucht werden. Für die Behandlung kranker Säuglinge besteht seit dem Jahre 1915 das städtische Säuglingsheim. In diesem fanden im letzten Jahre 139 kranke Säuglinge Aufnahme. Das Heim war, im Durchschnitt genommen, mit 26 Kindern täglich belegt. Mit Rücksicht auf den Mangel an Pflegestellen nimmt auch seit etwa 4 Jahren das katholische Waisenhaus in einer besonderen Abteilung – Säuglingskrippe – Säuglinge auf. Zu erwähnen wäre dann noch die Milchküche, die im Säuglingsheim untergebracht ist, und einwandfreie Milch, sowohl Vollmilch als auch besonders zubereitete Mischungsmilch an Säuglinge abgibt. Die Milch wird zum größten Teil von dem städtischen Gut Gardel geliefert. An bedürftige Säuglinge wird die Milch unentgeltlich abgegeben. Die Anzahl der auf diese Weise bedachten Kinder war Anfang 1924 auf rund 200 gestiegen.

Da mangelhafte Ernährung für Kinder besonders schlimme Folgen hat, so mußte durch öffentliche Speisungen für eine ausreichende Ernährung der Kinder gesorgt werden. Die Schulärzte, die im Oktober 1922 angestellt wurden und die Schulkinder ständig ärztlich zu beaufsichtigen und dafür zu sorgen haben, daß in Krankheitsfällen sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wird, haben bei einem großen Prozentsatz der Schulkinder Unterernährung feststellen müssen. Zur Behebung dieser Not dient die Kinderspeisung, die von der amerikanischen Kinderhilfskommission im September 1919 ins Leben gerufen wurde. Seitdem wird die sogenannte amerikanische Kinderspeisung, deren Kosten zum Teil auch durch das Deutsche Reich und die Zuschüsse der Gemeinde gedeckt werden, fortgeführt. Es ist in jeder Schule eine Kochstelle eingerichtet. Die Belieferung der Kochstelle mit Lebensmitteln erfolgt durch ein Sammellager im städtischen Schlachthof. Die Zahl der gespeisten Kinder war Anfang 1924 auf über 3500 gestiegen. Außerdem werden an Wöchnerinnen Lebensmittelpakete verteilt. Während der letzten Sommerferien wurden auch in 3 Kochstellen über 600 Schulkinder gespeist, die in örtlicher Erholungsfürsorge standen. Während der Wintermonate November bis März erhalten alle Kinder, die ohne Frühstück zur Schule

kommen, in der Schule ein warmes Frühstück, bestehend aus Suppe und Brötchen. Es sind dies gegen 1200 Schulkinder. Diese Frühstücksspeisung, die für das körperliche Wohl zweifellos sehr notwendig ist, ist im letzten Jahre auch während der Sommermonate fortgesetzt worden. Der Grund, daß die Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen, liegt in erster Linie an der Notlage der Eltern, doch sind auch die Fälle nicht selten, in denen die Nachlässigkeit der Mutter das Kind ohne Frühstück zur Schule gehen läßt. Die Auswahl der bei der Kinderspeisung berücksichtigten Kinder erfolgt durch die Schulärzte. Von besonderer Bedeutung auf dem Gebiete der Kinderfürsorge ist dann auch die Verschickung von Kindern auf das Land und in Erholungsheime. Die Stadt hat für diese Zwecke sehr erhebliche Beträge aufgewandt. Sie hat also die Kindererholungsfürsorge finanziert, die Durchführung selbst aber dem Ausschuß für Jugendfürsorge und Kinderschutz übertragen. Es konnten auf diese Art mehrere Hundert Kinder verschickt werden, teils aufs Land, teils in Erholungsheime, teils ins Ausland.

Wie schon erwähnt, ist es nicht möglich, alle die zahlreichen wohlfahrtspflegerischen Aufgaben der Stadt eingehend zu schildern. Es konnte nur einiges herausgegriffen werden. Notwendig ist es aber, die in den letzten Jahren durchgeführte Organisation der Wohlfahrtspflege noch kurz zu beschreiben.

Vor dem Kriege gab es eigentlich nur die Armenfürsorge, die durch die Armenverwaltung ausgeübt wurde. Ihr wurde im Jahre 1911 die Berufsvormundschaft angegliedert. Im Kriege kamen neue Wohlfahrtsaufgaben hinzu. Es galt insbesondere, außerhalb des Rahmens der Armenfürsorge, die Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen zu unterstützen. Dann galt es für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für die Kriegsbeschädigten zu sorgen. Außerdem wurde im Jahre 1915 das Säuglingsheim mit der Milchküche errichtet und gleichzeitig auch die offene Säuglingsfürsorge übernommen. Diese Aufgaben wurden in besonderen Abteilungen im Anschluß an die Armenverwaltung bearbeitet. Um aber zum Ausdruck zu bringen, daß diese Fürsorgezweige nicht zur Armenpflege gehören, die ja immer etwas Entehrendes hatte, wurde im April 1919 das Wohlfahrtsamt als selbständige Abteilung gebildet, das die Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten übernahm und später auch die Fürsorge für die Sozial- und Kleinrentner. Die Bearbeitung der Aufgaben auf dem Gebiete der Fürsorge für die Jugend wurde dann im April 1921 im Jugendamt zusammengefaßt. Schließlich wurde durch die Gesetzgebung der Armenfürsorge der entehrende Charakter genommen. Die Armenpflege selbst wurde auf Grund der Erfahrungen und der Verhältnisse in der Kriegs- und Nachkriegszeit immer humaner und individueller ausgestaltet, sie nahm immer mehr den Charakter der Wohlfahrtspflege an. Und so war der selbstverständliche Abschluß der Entwicklung in dem Ausbau der kommunalen Wohlfahrtspflege die Zusammenfassung aller dieser Verwaltungsabteilungen, die sich mit Wohlfahrtspflege befassen, einschließlich der Armenfürsorge und der Jugendfürsorge unter der Bezeichnung Wohlfahrtsamt, einer Entwicklung, die auch die Reichsgesetzgebung, das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und die Fürsorgepflichtverordnung gefördert wurde. Diese Zusammenfassung aller Wohlfahrtsangelegenheiten im städtischen Wohlfahrtsamt ist durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften im November 1923 erfolgt. Aus § 1 der Satzung für das städtische Wohlfahrtsamt, das eine selbständige Abteilung innerhalb der städtischen Verwaltung ist, ergibt sich der Zweck der Einrichtung. Dort heißt es:

„Dem städtischen Wohlfahrtsamt obliegt die gesamte einheitliche Verwaltung aller Zweige der sozialen Fürsorge, sowohl der den Gemeinden durch Reichs- oder Landesgesetze übertragenen.



als auch derjenigen sozialen Aufgaben, die die Stadt durch Gemeindebeschluß übernommen hat. Es hat ferner die Aufgabe, um eine einheitliche Durchführung sozialer Fürsorgemaßnahmen zu erreichen, planmäßig mit der privaten Wohlfahrtspflege zusammen zu arbeiten und diese anzuregen und zu fördern."

Das Wohlfahrtsamt wird von einem Magistratsmitglied als Dezernenten geleitet. Zur sachverständigen Beratung steht ihm ein Beirat zur Seite, der sogenannte Wohlfahrtsausschuß, dem Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung angehören und Bürger und Bürgerinnen der Stadt Gleiwitz, die auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege besondere Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Für die einzelnen Teilgebiete sind Unterausschüsse gebildet, so insbesondere der Beirat des Jugendamtes.

Das Wohlfahrtsamt ist in 5 Abteilungen gegliedert. Die allgemeine Abteilung hat die Generalsachen zu bearbeiten, wie sie jeder büromäßige Betrieb mit sich bringt, ferner die Personalangelegenheiten der ehrenamtlichen Beamten, das Etat- und Rechnungswesen, die Statistik. Ihr obliegt die Verwaltung der Stiftungen und die Zusammenarbeit mit der privaten Wohlfahrtspflege. Das Fürsorgeamt bearbeitet die soziale Fürsorge für die Kriegsopfer, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, soweit nicht Reichsbehörden, die Versorgungsämter und Hauptversorgungsämter zuständig sind, ferner die Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner und schließlich die Flüchtlingsfürsorge. Das Jugendamt hat alle Angelegenheiten zu bearbeiten, die sich mit der Jugendfürsorge und Jugendpflege befassen. Es hat dabei die Jugend von der Geburt bis zur Volljährigkeit zu betreuen. Die einzelnen Gebiete sind zum größten Teil schon genannt. Zu erwähnen wäre noch die Fürsorge für die gefährdete Jugend, die Jugendgerichtshilfe und schließlich die Jugendpflege, bei der es sich aber hauptsächlich nur um Anregungen handeln kann, während die Jugendpflege selbst der privaten Tätigkeit oder der Jugend selbst überlassen bleiben muß. Die Abteilung Gesundheitsamt hat für die öffentliche Gesundheitsfürsorge zu sorgen. Zu dieser Abteilung gehört daher die Verwaltung der Krankenhäuser und der Altersheime. Ferner obliegt ihr die Bekämpfung der Volksseuchen, die Tuberkulosenfürsorge, die Geschlechtskrankenfürsorge und die Bekämpfung des Alkoholismus. Das Armenamt hat schließlich die Armenpflege auszuüben, also alle diejenigen zu betreuen, die nicht einer besonderen Fürsorge unterstehen. Hier wird auch die Krüppelfürsorge und die Fürsorge für Geisteskranke bearbeitet.

Die wohlfahrtspflegerische Tätigkeit zerfällt in eine verwaltungsmäßige, büromäßige, die durch die eben erwähnten Abteilungen ausgeübt wird, und in die fürsorgerische. Die letztere soll die Verbindung zwischen dem Amt und den Hilfsbedürftigen herstellen. Sie soll die Hilfe von Mensch zu Mensch bringen, die Bedürftigen in persönlicher Fühlungnahme beraten, betreuen und versorgen. Ihr Ziel ist möglichst individuelle Behandlung des Einzelfalles. Die fürsorgerische Tätigkeit wird zum größten Teil durch Ehrenbeamte ausgeübt, durch die Bezirksvorsteher und Bezirkspflegerinnen. Die Stadt ist zu diesem Zwecke in 50 Bezirke eingeteilt. Jedem Bezirksvorsteher ist ein Bezirk zugewiesen. Ihm zur Seite steht die Bezirkspflegerin. Außerdem sind in der Fürsorge noch besoldete Wohlfahrtsbeamtinnen tätig, vier Fürsorgeschwestern und eine Tuberkulose-Fürsorgerin, die aufs engste mit den ehrenamtlichen Kräften zusammenarbeiten sollen.

Freie Wohlfahrtspflege

Von Stadtrat Dr. Warlo, Gleiwitz.

Wenn auch im Gegensatz zu anderen Staaten im deutschen Volke schon seit jeher eine ausgedehnte behördliche oder, wie der technische Ausdruck lautet, öffentliche Armenfürsorge bestanden hat, so gab es doch auch immer neben der öffentlichen Fürsorge die freie Wohlfahrtspflege, die von privaten Personen, Vereinen und Organisationen ausgeübt wird. Man kann auch nicht sagen, daß gegenüber der öffentlichen Fürsorge die freie Wohlfahrtspflege nur eine untergeordnete Rolle spielt. Es wird sich wohl nicht feststellen lassen, ob die Mittel, die der Staat und die Gemeinden für Wohlfahrtszwecke ausgeben, größer sind als die Summen, die durch die freie Wohlfahrtspflege aufgebracht werden, denn was von Mensch zu Mensch gespendet wird, nach dem christlichen Grundsatze, die linke Hand soll nicht wissen, was die rechte tut, läßt sich eben nicht statistisch erfassen. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, daß rein zahlenmäßig die öffentliche Fürsorge höhere Beträge aufgewendet hätte, so widerspricht dies nicht der Notwendigkeit und der großen Bedeutung der freien Wohlfahrtspflege. Denn bei der freien Wohlfahrtspflege handelt es sich nicht bloß um eine finanzielle Ergänzung der staatlichen und kommunalen Fürsorge. Es kommt vor allem in Betracht, daß es immer die freie Wohlfahrtspflege war, die bahnbrechend zuerst neue Wege der Fürsorge beschritt, die zuerst neue Formen der Fürsorge finden mußte, bis der Staat und die Gemeinden dann die bewährten Fortschritte übernehmen konnten. Und dann ist gerade die freie Wohlfahrtspflege viel besser geeignet als die behördliche, durch persönliche Anteilnahme, persönliche tätige Mithilfe, durch erzieherische Einwirkung zu helfen und zu unterstützen. So hat auch in der Stadt Gleiwitz die freie Wohlfahrtspflege stets die ihr zugewiesenen Aufgaben erfüllt und hat auch heute noch ihre besondere Bedeutung in der sozialen Fürsorge.

Man unterscheidet innerhalb der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege die Verbände, die auf religiöser Grundlage aufgebaut sind, ferner die Verbände, die auf beruflicher Grundlage entstanden sind, namentlich die Wohlfahrtsorganisationen der Arbeiterschaft, und die sogenannten neutralen Wohlfahrtsvereine. Alle drei Arten sind auch in der Stadt Gleiwitz vertreten.

Die auf religiöser Grundlage aufgebauten Wohlfahrtsorganisationen sind im allgemeinen die ältesten Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Die Kirchen haben es sich mit Recht niemals nehmen lassen, auch auf diesem Gebiete, ebenso wie auf dem der Volksbildung tätig zu sein, in dem Gedanken, daß die religiöse Einstellung den Menschen in seiner ganzen Tätigkeit und in seinem ganzen Leben erfassen muß. Die religiösen Wohlfahrtsvereine sind daher dadurch charakterisiert, daß nicht nur der Beweggrund zur Wohlfahrtspflege die Religion ist, die aus der Gottesliebe sich folgerichtig ergebende Nächstenliebe, sondern daß ihre Wohlfahrtspflege auch den Zweck hat, die Hilfsbedürftigen, die betreut werden, der Religion zurückzugewinnen.

Da die Katholiken in der Bevölkerung der Stadt Gleiwitz bei weitem überwiegen, so sind die katholischen Organisationen der Wohlfahrtspflege die zahlreichsten. Es ist hier in erster Linie die Ordensniederlassung der Borromäerinnen zu erwähnen, die ein Waisenhaus mit Säuglings-

krippe unterhalten und ein Altersheim, und die sich der Krankenpflege widmen. Das Waisenhaus ist auf Grund einer 1861 gemachten Stiftung des damaligen Stadtpfarrers, Erzpriesters Kühn, im Jahre 1862 eröffnet worden. Es kann 160 Waisenkindern Unterkunft gewähren und außerdem 20 Säuglinge in der angegliederten Säuglingsabteilung, die vor vier Jahren unter Mitwirkung der städtischen Verwaltung eingerichtet wurde, aufnehmen. In dem Altersheim der Borromäerinnen sind 39 alte Bürger und Bürgerinnen untergebracht. Die Krankenpflege wird von 10 Schwestern ausgeübt, die jährlich viele Tausend Nachtwachen, Krankenbesuche und Tagespflegen übernehmen. Die Borromäerinnen haben außerdem vor einiger Zeit auch die Verwaltung des städtischen Altersheimes und des Hospitals übertragen erhalten und die Pflege der im städtischen Armenhaus untergebrachten alten und gebrechlichen Leute.

Der allgemeinen Armenpflege dienen die Vinzenzvereine. Es besteht für jede der drei Pfarreien „Allerheiligen", „Peter-Paul" und „St. Bartholomäus" ein Vinzenzverein. Der Vinzenzverein „Allerheiligen" wurde 1880, der Vinzenzverein „Peter-Paul" 1909 und der Vinzenzverein „St. Bartholomäus" 1923 gegründet. Die Vinzenzvereine haben tätige und zahlende Mitglieder. Während die letzteren den Verein lediglich durch die Zahlung von Beiträgen unterstützen, üben die ersteren die Armenpflege selbst aus, prüfen die Bedürftigkeitsfälle und verteilen die Mittel des Vereins. Die Unterstützungen werden aus den Beiträgen der Mitglieder und aus regelmäßig stattfindenden Sammlungen bestritten. Es werden einmalige und laufende Unterstützungen an alte Leute und Kinder verteilt. Insbesondere zur Weihnachtszeit und anläßlich der ersten Kommunion werden die Bedürftigen bedacht. Die Vinzenzvereine sind dem Breslauer Diözesanenverband der Vinzenzvereine angeschlossen.

Der hiesige Caritasverband, der dem Diözesanenverband in Breslau und dem allgemeinen deutschen Caritasverband mit dem Sitz in Freiburg im Breisgau angeschlossen ist, wurde im Kriegsjahr 1915 gegründet. Er will eine Zusammenfassung aller katholischen Wohlfahrtsbestrebungen erreichen, will insbesondere den Sinn und das Verständnis für Caritas, für Nächstenliebe in allen Volkskreisen wecken und zahlreiche Helfer und Helferinnen für die christliche Wohlfahrtspflege gewinnen. Er ist auch in der Wohlfahrtspflege selbst tätig, besonders in der Jugendfürsorge und der Fürsorge für gefährdete Mädchen. Der Verband unterhält ein eigenes Sekretariat, das täglich nachmittags für jedermann in allen caritativen Angelegenheiten geöffnet ist. Seine Tätigkeit ist in letzter Zeit außerordentlich gewachsen. Die erforderlichen Mittel werden durch Beiträge, Spenden, Sammlungen und durch Unterstützung seitens der Kirchengemeinden aufgebracht. In letzter Zeit wurde die Gefangenenfürsorge neu organisiert, und zwar zunächst für die weiblichen Gefangenen. Sie besteht in erzieherischer Einwirkung auf die Gefangenen und in der Arbeitsvermittlung nach der Strafentlassung. Eine eigens eingerichtete Bibliothek im Gefängnis dient dem ersteren Zweck. Der Caritasverband übt auch die Bahnhofsmission aus. Zur Schulung der zahlreichen Helfer und Helferinnen fanden Vorträge und Kurse statt; im Herbst 1923 ein mehrtägiger, von mehreren hundert Teilnehmern besuchter Kursus über die einzelnen Gebiete der Caritas und über das neue Reichsjugend-Wohlfahrtsgesetz, Anfang 1924 ein 14tägiger Einführungs- und Lehrkursus für 50 Helfer und Helferinnen über die verschiedenen Gebiete der Caritasbetätigung.

Der evangelische Frauenverein besteht seit 1898. Er zählt zurzeit etwa 1200 Mitglieder. Ihm liegt die organisierte Armenpflege der evangelischen Kirchengemeinde ob. Er kann jährlich mehrere Tausend Goldmark an Unterstützungen verteilen. Zum Weihnachtsfeste werden alle

Bedürftigen der Gemeinde beschenkt und Ostern werden bedürftige Konfirmanden eingekleidet. Für den Gemeindedienst sind vier Diakonissinnen angestellt. Der Verein unterhält auch ein Altersheim (Augusta-Viktoria-Haus) mit 10 Insassen, ferner ein Waisenhaus, das auf Grund einer 1863 gemachten Stiftung des Hütteninspektors Schultze in Höhe von 10 000 Talern im Jahre 1870 eröffnet wurde und 12 Waisenkinder aufnehmen kann.

Der Frauenverein der Synagogengemeinde Gleiwitz ist im Jahre 1840 gegründet worden. Er bezweckt die Unterstützung armer Personen weiblichen Geschlechts, übernimmt in Erkrankungsfällen die Fürsorge für deren Pflege und leistet armen Bräuten Beihilfe zur Ausstattung bei ihrer Verheiratung. Der Verein gewährt einmalige und monatliche Unterstützungen, sorgt für die Pflege der zu Unterstützenden, besoldet Krankenwärterinnen und läßt auch solche heranbilden. Er sorgt auch für die Ausbildung von Frauen und Mädchen, um deren Erwerbsfähigkeit zu erhöhen. Auch in den letzten Jahren war es dem Verein trotz der schwierigen Geldverhältnisse, dank der Spenden zahlreicher Bürger und der Beiträge der Mitglieder, möglich, in vielen Fällen einzugreifen durch Barunterstützungen oder Gewährung von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken. Es konnten auch in den letzten Jahren eine Anzahl Kinder in das Ferienheim in Bad Charlottenbrunn, nach Töplitz und Schonau in der Dohlauer Heide verschickt werden. Im letzten Jahre hat die Synagogengemeinde ein großes Altersheim mit einem Kostenaufwand von 150 000 Goldmark errichtet, zu dem die Stadt eine Beihilfe von 30 000 Mark gewährte. Das Heim soll diesen Sommer eröffnet werden. Es kann 50 Gemeindemitglieder aufnehmen.

Neben diesen eigentlichen Wohlfahrtsvereinen üben die Kirchengemeinden selbst oder andere kirchliche Vereine in weitem Umfange Wohlfahrtspflege aus. Die Geistlichkeit selbst unterstützt mit erheblichen Mitteln aus Kirchenkollekten und Sammlungen in vielen Fällen bedürftige Personen. Religiöse Vereine, wie die katholischen Kongregationen, die Jugendgruppe des katholischen Frauenbundes und sonstige Jugendvereine verschaffen sich durch verschiedene Veranstaltungen Mittel, um Bedürftigen zu helfen, namentlich bedürftigen Kindern. Es bestehen ferner eine Anzahl Kleinkinderschulen. Der evangelische Frauenverein unterhält zwei Kleinkinderschulen, ferner je eine die Ordensniederlassung der Borromäerinnen und die Ordensniederlassung der Armenschulschwestern.

Auf beruflicher Grundlage aufgebaut ist der hiesige Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt, 1920 gegründet und dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt in Berlin angeschlossen. Er bezweckt die Linderung von wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Not durch Unterstützung jeglicher Art. Außerdem sucht er durch Kurse und Vorträge aufklärend zu wirken und Männer und Frauen zu praktischer Wohlfahrtsarbeit zu schulen. Er hat auch im verflossenen Jahre reichliche Arbeit geleistet und viel Not gelindert.

Die christlichen Gewerkschaften haben hier noch keine eigene Wohlfahrtsorganisation geschaffen.

Auf neutraler Grundlage aufgebaut sind drei Wohlfahrtsvereine: der Verein zur Unterstützung armer Wöchnerinnen, der Vaterländische Frauenverein und der Ausschuß für Jugendfürsorge und Kinderschutz.

Der Wöchnerinnenverein ist wohl der älteste Wohlfahrtsverein der Stadt Gleiwitz. Er wurde 1828 gegründet mit dem Zwecke, arme Wöchnerinnen durch Gewährung von Lebensmitteln und Wäsche für Mutter und Säugling und durch freie ärztliche Behandlung zu unterstützen. Als damaliger einziger Wohltätigkeitsverein in Gleiwitz trat er auch in anderen Fällen hilfsbereit ein,



wo Not vorhanden war, und unterstützte auch namentlich kranke und alte Leute durch Geldspenden. Als der Vaterländische Frauenverein gegründet war, konnte sich der Verein auf die Fürsorge für arme Wöchnerinnen beschränken. Auf Befürwortung des Vereins hat der Magistrat vor einigen Jahren fünf Wochenbettpflegerinnen ausbilden lassen, die die Pflege der bedürftigen Wöchnerinnen und Besorgung ihres Haushaltes während der Zeit des Wochenbettes übernehmen. Die Mittel werden durch Beiträge der Mitglieder und durch freiwillige Spenden aufgebracht. Im letzten Jahre wurden auch vier Wanderkörbe angeschafft, die die notwendigsten Gegenstände und Wäschestücke enthalten und den Wöchnerinnen leihweise zur Verfügung gestellt werden.

Der Vaterländische Frauenverein wurde im Januar 1870 gegründet. Er gehört dem Hauptverbande der Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz mit dem Sitz in Berlin an. Im Kriege galt seine Fürsorge der Einrichtung von Reservelazaretten, der Pflege der Verwundeten, der Ausbildung von Hilfsschwestern und Helferinnen, der Versendung von Liebesgaben ins Feld. Seine jetzige Tätigkeit besteht in der Mitarbeit bei allen Notständen des Vaterlandes. Ganz besonders läßt er sich die Mitarbeit beim amtlichen Sanitätsdienst, wie in der Abhaltung von hygienischen Lehrgängen angelegen sein. So hat er im letzten Jahre eine gut besuchte hygienische Ausstellung veranstaltet und in einem mehrtägigen Kursus eine Reihe von Vorträgen über die Volksseuchen und deren Bekämpfung von bekannten Berliner Professoren halten lassen. Der Verein unterstützt arme Leute mit Geld und Lebensmitteln, veranstaltet Weihnachtsbescherungen, beschafft Freitische für Bedürftige. Im Landkreise unterhält er sechs Gemeindepflegestationen, denen auch Kindergärten angeschlossen sind. Vor kurzem ist für den Landkreis ein eigener Kreisverein gegründet worden. In den letzten Jahren nahm sich der Verein ganz besonders der Kleinrentner an. Er konnte in der Inflationszeit durch Beziehungen der Vorstandsmitglieder mit dem valutastarken Ausland Geschäftsverbindungen anknüpfen und gut bezahlte Handarbeiten verkaufen. Die erforderlichen Mittel bringt der Verein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden auf.

Der Ausschuß für Jugendfürsorge und Kinderschutz wurde im Jahre 1915 gegründet, und zwar eigens zu dem Zwecke der Jugendgerichtshilfe und der Fürsorge für die gefährdete Jugend. Dementsprechend betätigt er sich hauptsächlich mit der Betreuung der straffällig gewordenen Jugend, kann aber auch anderen Hilfsbedürftigen mit Rat und Tat beistehen. Er hat in seiner Haupttätigkeit die häuslichen Verhältnisse der jugendlichen Angeklagten zu prüfen und dem Gericht hierüber Bericht zu erstatten, dem Jugendamt Meldung über das Ergebnis der Strafverhandlung zu machen und über die häuslichen Verhältnisse, mitzuwirken bei der Unterbringung von straffälligen und gefährdeten Jugendlichen in Anstalten oder Familien und die Schutzaufsicht über diese Jugendlichen auszuüben. Seit dem Jahre 1915 übernahm der Ausschuß auch die Verschickung erholungsbedürftiger Kinder aufs Land und in Heime. Er ist seit dieser Zeit vom Magistrat mit dieser Aufgabe betraut und erhält von ihm die erforderlichen Mittel hierfür, soweit er nicht eigene Einnahmen hierzu verwenden kann. Er hat alljährlich viele hundert Kinder zur Erholung geschickt in die Heime nach Rokittnitz, Ziegenhals, Hausdorf, Derschau, Karlsruhe, in den Harz und an die See, in Einzelpflegestellen auf das Land, in Einzelpflegestellen ins Ausland nach Schweden, Dänemark, Schweiz und Holland. In der Kindererholungsfürsorge betätigten sich auch andere Vereine, namentlich der Caritasverband; ferner während und nach der Abstimmung der Verband heimattreuer Oberschlesier und der Verband heimattreuer Ost- und Westpreußen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der caritativen Frauenvereine Oberschlesiens hatte in den letzten Jahren mehrere hundert Kinder in Erholungsheimen untergebracht.

Als durch die immer größer werdende Inflation die Notlage des deutschen Volkes von Monat zu Monat stieg, wurde im Oktober 1922 in Berlin die Deutsche Notgemeinschaft gegründet, die die Zusammenfassung der ganzen freien Wohlfahrtspflege sein sollte und den Zweck hatte, durch großzügige Sammlungen und durch Heranziehung aller Kreise und Berufe in einer Art Selbstbesteuerung die Mittel zur Linderung der großen Not aufzubringen. Allenthalben wurden zur Durchführung dieses Programms Ortsausschüsse gebildet. In der Stadt Gleiwitz erfolgte die Gründung in einer Sitzung am 24. Januar 1923. Der Ausschuß wurde aus Vertretern der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, der Beamtenorganisationen, der Arbeitgeberverbände, der Kaufmannschaft, des Handwerks, der Landwirtschaft, der freien Berufe und der hiesigen caritativen Frauenvereine sowie der Stadtverwaltung gebildet. Es gelang, erhebliche Mittel flüssig zu machen. Namentlich die Angestellten und Beamten erklärten sich damals bereit, einen Prozentsatz ihres Einkommens laufend zu opfern. In gleicher Weise beteiligten sich die Arbeitgeber und die Kaufmannschaft. Gleichzeitig setzten die Sammlungen des deutschen Volksopfers für das bedrängte Ruhrgebiet ein. Der hiesige Ortsausschuß der Deutschen Notgemeinschaft nahm sich auch dieser Sammlung an und konnte erhebliche Beträge an die Zentralstelle abführen. Infolge der immer rascher einsetzenden Inflation kamen aber die Geldspenden entwertet an, die erforderlichen Mittel konnten im Sommer 1923 nicht mehr aufgebracht werden. Die Notgemeinschaft geriet teilweise in Vergessenheit. Der Gedanke der Volksgemeinschaft, daß das ganze Volk zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sei und ein jeder mitwirken müsse, damit alle Volksgenossen die schwere Zeit überstehen könnten, durfte aber nicht wieder fallen gelassen werden. Er brach sich von neuem Bahn in der deutschen Nothilfe, der Fortsetzung der Deutschen Notgemeinschaft, die alle diese Bestrebungen einschließlich des Volksopfers für die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr zusammenfaßte. Auch der hiesige Ausschuß der Deutschen Notgemeinschaft begann als Stadtausschuß der Deutschen Nothilfe von neuem seine Tätigkeit im Herbst 1923. Ein Blumentag im September brachte über 500 Goldmark, die sofort in Lebensmitteln angelegt wurden, um sie vor der Entwertung zu schützen. Bald darauf begann eine Sammlung von alten Kleidungsstücken, die vollen Erfolg hatte. Daneben liefen die Sammlungen der Kaufmannschaft und der Gastwirte. Zahlreich waren die Geldmittel, die sofort wertbeständig angelegt wurden. Alles, was gesammelt war, konnte noch vor Weihnachten an die Bedürftigen verteilt werden. Man kann wohl behaupten, daß die Opferwilligkeit allgemein und groß war und sich in reichen Spenden zeigte. Auch nach Weihnachten wurden die Sammlungen der Deutschen Nothilfe fortgesetzt. Zwar konnten nicht alle Anregungen zur Ausführung gebracht werden; so scheiterte z. B. das Kohlennotopfer durch Überstunden der Arbeiter mit Rücksicht auf die verlängerte Arbeitszeit im Bergbau und in den Eisenhütten. Doch war es möglich, durch eine Reihe Wohlfahrtsveranstaltungen erhebliche Mittel aufzubringen, durch Konzerte, Theateraufführungen, Sonder-Kinovorstellungen, Sommerfeste, ferner durch Verkauf von Postkarten, Aufschläge auf die Theaterkarten. Wenn auch im letzten Jahre die Gebefreudigkeit unter der allgemeinen Geldknappheit zu leiden hatte und es namentlich noch nicht möglich war, zahlreiche Bürger zu laufenden monatlichen Beihilfen zu gewinnen, so sind doch durch die Sammlungen und die erwähnten Veranstaltungen mehrere Tausend Goldmark gesammelt worden, die Spenden an Lebensmitteln und Bekleidungsstücken nicht mitgerechnet. Großen Erfolg hatte vor allem die gut organisierte, in einer Woche im Monat Oktober durchgeführte Kleiderwoche. Sie brachte so viel brauchbare Kleidungsstücke, daß in großem Umfange der Not gesteuert

werden konnte. Die eingegangenen baren Mittel wurden zur Gewährung von Unterstützungen verwendet, zur Anschaffung von Kohlen und Kartoffeln, zur Speisung in der städtischen Notstandsküche, zur Beschaffung von Bekleidung und zur Gewährung von Barunterstützungen. In großem Umfange wurde auch notleidenden Studenten aus Gleiwitz geholfen. Für die Verwendung der eingegangenen Spenden ist ein besonderer Unterausschuß gebildet, dem hauptsächlich Vertreter der caritativen Frauenvereine angehören. Im Februar 1924 wurde auch mit der Ausgabe von Gutscheinen begonnen, die von der Bürgerschaft anstelle von Geld an Bettler gegeben werden sollen. Die Gutscheine wurden im Werte von 2, 3 und 5 Pfennigen ausgegeben. Auf die Gutscheine wurde Essen in der Notstandsküche verabfolgt. Die Gutscheine konnten auch zum Ankauf von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken bei bestimmten mit der Durchführung dieser Einrichtung beauftragten Kaufleuten benutzt werden. Die Einrichtung hat sich recht gut bewährt.

Die vorstehenden Darlegungen dürften zur Genüge erweisen, daß in Gleiwitz die Bürgerschaft, wie wohl überall in Deutschland, durch Selbsthilfe alles getan hat, was in ihren Kräften stand, um die Notlage des bedürftigen Teiles der Bevölkerung zu lindern. Der Vorwurf, daß Deutschland sich auf die Hilfe des Auslandes verlassen hätte, ist durchaus unberechtigt. Andererseits darf natürlich nicht verkannt werden, daß das Ausland seit dem Kriegsende in großzügiger Weise zur Linderung der Not beigetragen hat. Die amerikanische Kinderspeisung, die im Herbst 1919 begonnen hat, wird immer noch fortgesetzt. Noch heute nimmt das Ausland, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, Holland, Österreich-Ungarn und Deutsch-Böhmen, erholungsbedürftige Kinder auf, die nicht nur wochenlang gut verpflegt werden, sondern auch reich beschenkt zurückkommen. In der Inflationszeit sind reiche Liebesgaben aus dem Ausland durch die Zentralstelle für Auslandshilfe in Berlin nach Gleiwitz überwiesen worden, zum großen Teil für die hiesigen Wohlfahrtsanstalten, zum Teil auch an das Wohlfahrtsamt, das die Gaben an Bedürftige verteilt hat.

Die freie Wohlfahrtspflege wird auch in Zukunft in der Stadt Gleiwitz nach besten Kräften bemüht sein, den bedürftigen Mitbürgern zu helfen, im edlen Wetteifer mit dem städtischen Wohlfahrtsamt. Die Not ist immer noch überaus groß und drückend, wenn auch die Stabilisierung der Währung eine Besserung aller wirtschaftlichen Verhältnisse gebracht hat. Mögen auch diese Zeilen dazu beitragen, die Gebefreudigkeit in der Bürgerschaft aufs neue zu wecken und zu stärken, damit die vielen Helfer und Helferinnen in den zahlreichen Wohlfahrtsanstalten und Wohlfahrtsvereinen die erforderliche reiche finanzielle Unterstützung in ihrer mühevollen, von warmer Nächstenliebe getragenen Arbeit erfahren.

Die städtische Krankenpflege

Von Sanitätsrat Dr. Schaefer, Gleiwitz.

Bereits im Jahre 1835 hatte die Stadt Gleiwitz ein städtisches Krankenhaus. Es befand sich damals auf dem Grundstück des Hospitals an der Nikolaistraße. Es war dies nur ein Notbehelf. Das Gebäude wurde im Jahre 1858 dem Hospital, dem es gehörte, wieder zur Verfügung gestellt und das Krankenhaus in das im Vorjahre am Roßmarkt erbaute neue Gebäude verlegt. Noch heute dient dieses Gebäude, das jetzt an der Schröterstraße liegt, als Krankenhaus. Es wurde 1882 dem Militärfiskus als Garnisonlazarett verkauft und Ende 1922, da es nach Fortgang der interalliierten Besatzung für Militärzwecke nicht mehr benötigt wurde, von der Stadt zur Einrichtung einer inneren Abteilung auf 30 Jahre gemietet und im Februar 1923 von der inneren Abteilung bezogen. An Stelle des im Jahre 1882 an den Militärfiskus verkauften Gebäudes erbaute die Stadt in diesem Jahre ein Krankenhaus auf einer Anhöhe östlich der Kieferstödtler-Chaussee, das jetzige städtische Krankenhaus an der Friedrichstraße. Bis zur Fertigstellung dieses Baues wurde das an der Klosterstraße belegene Garnisonlazarett als städtisches Krankenhaus benutzt.

Zurzeit bestehen also zwei städtische Krankenhäuser, die Chirurgische Abteilung in stadteigenen Gebäuden an der Friedrichstraße und die innere Abteilung mit einem Tuberkulose-Ambulatorium in dem gemieteten ehemaligen Garnisonlazarett an der Schröterstraße.

Das im Jahre 1882 erbaute und im Jahre 1884 in Benutzung genommene Krankenhaus mit seiner massiven Baracke, in dem heute außer den Wirtschaftsräumen Krankenzimmer mit 72 Betten untergebracht sind, hat den gesteigerten, durch das Wachstum der Bevölkerung hervorgerufenen Bedürfnissen nicht mehr genügt, so daß es im Jahre 1912 durch den Anbau eines Flügels vergrößert werden mußte, indem eine größere Anzahl kleinerer Krankenzimmer mit 60 Betten eingerichtet wurden. Zwei Jahre darauf mußte dann die bisherige Wirtschaftsbaracke als Cholerabaracke mit 30 Betten eingerichtet werden und im Jahre 1921 wurde eine vom Militärlazarett in Slawentzitz gekaufte Baracke mit 30 Betten aufgestellt. Es sind dann abgesehen von den Wirtschaftsgebäuden noch zwei kleinere Infektionsbaracken mit je 10 Betten vorhanden. Dieses Krankenhaus verfügt also insgesamt über 212 Betten, die im Notfall durch Aufstellung von Reservebetten auf 250 gebracht werden können. Außer den Krankenzimmern sind in dem alten Gebäude und in dem Seitenflügel, der durch eine Brücke im ersten Stock mit diesem in Verbindung steht, die erforderlichen Wirtschaftsräume, sowie die für die ärztliche Behandlung notwendigen Räume untergebracht, insbesondere der große, mit modernen Einrichtungen versehene aseptische Operationssaal, und der kleine septische und das Röntgenzimmer. Ferner befinden sich darin die Wohnungen des Krankenhausoberinspektors, des Oberwärters und des Hauswarts. Die chirurgische Abteilung unter der Leitung des Herrn Sanitätsrats Dr. Huffschmid, der nun schon über 25 Jahre als Chefarzt des Krankenhauses tätig ist, und dem zwei Hilfsärzte zur Seite stehen, ist in Oberschlesien bekannt

und berühmt. In vielen hunderten von Fällen ist es dem Chefarzt geglückt, durch Operationen das Leben der Menschen zu retten und ihnen ihre Gesundheit wiederzugeben.

Bei der chirurgischen Abteilung mußte notgedrungen auch die Geschlechtskrankenstation verbleiben mit ihren beiden Abteilungen für Männer und Frauen. Es ist beabsichtigt, die Leitung dieser Abteilung einem Facharzte zu übertragen. Schon jetzt ist hier eine Fürsorgesprechstunde für Geschlechtskranke eingerichtet, die zweimal wöchentlich von einem Facharzte abgehalten wird.

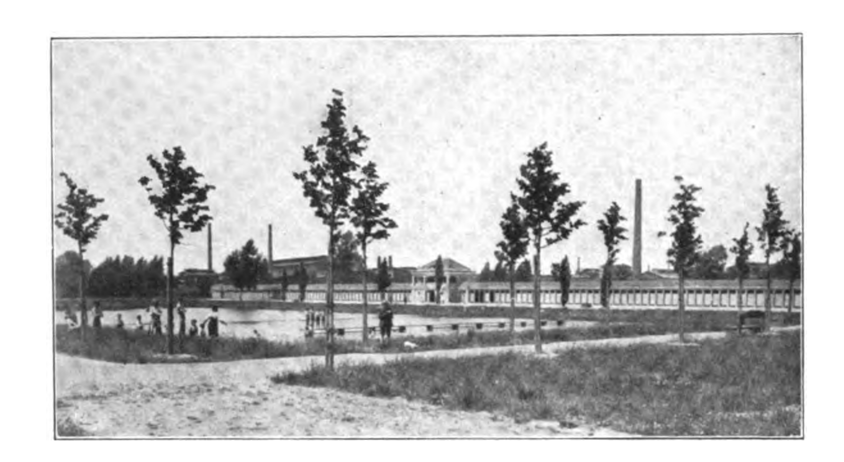
Nachdem es im Jahre 1922 der Stadtverwaltung gelungen war, in mühsamen Verhandlungen das ehemalige Garnisonlazarett vom Militärfiskus zu mieten, konnte im Februar 1923 ein langgehegter Wunsch der Bürgerschaft erfüllt werden, eine Trennung des Krankenhauses in eine chirurgische und eine innere Abteilung durchzuführen und die innere Station einem Facharzt dieses Gebietes zu übertragen. Das Garnisonlazarett wurde also als innere Abteilung eingerichtet und die Leitung Herrn Facharzt Dr. Patrzek übertragen, dem ein Assistenzarzt zur Seite steht. In dem Hauptgebäude und in den beiden gemauerten Baracken stehen 95 Betten zur Verfügung, die meist belegt sind, oft nicht einmal ausreichen, so daß auch das Krankenhaus Friedrichstraße für innerlich Kranke benutzt werden muß. Vor kurzem ist deshalb eine anders genutzte hölzerne Baracke wieder für die Krankenpflege hergestellt worden. Sie hat 12 Betten, so daß jetzt 107 Betten in der inneren Station zur Verfügung stehen. Die Bewirtschaftung dieses Krankenhauses und die Krankenpflege ist katholischen Ordensschwestern übertragen, während im Krankenhaus an der Friedrichstraße das gesamte Pflege- und Dienstpersonal weltlich ist. Der inneren Station ist ein Tuberkulose-Ambulatorium angegliedert, das unter der Leitung des bekannten Facharztes und früheren Chefarztes der Lungenheilanstalt Loslau Dr. Haeger steht. In dem Tuberkulose-Ambulatorium stehen die modernsten Untersuchungseinrichtungen, insbesondere ein erstklassiger Röntgenapparat, und die modernsten Behandlungsapparate zur Verfügung. Das Tuberkulose-Ambulatorium verfolgt den Zweck, in eingehenden und durch besondere Methoden durchgeführten Untersuchungen nicht nur die Tuberkuloseerkrankung festzustellen, sondern vor allem auch den Fortschritt der Krankheit zu ermitteln und zu prüfen, ob die Krankheit noch heilbar ist. Es soll daher insbesondere erreicht werden, daß auch nur noch heilbare oder doch noch zu bessernde Kranke den Heilstätten zugeführt werden. In diesem Tuberkulose-Ambulatorium ist ferner die Möglichkeit ambulanter Behandlung durch besondere Verfahren, wie Anwendung des Pneumothorax, gegeben, die bis zum Beginn der Heilstättenkur oder nachher durchgeführt werden kann. In dem Tuberkulose-Ambulatorium soll auch die Fürsorgesprechstunde für Lungenkranke abgehalten werden. Das Tuberkulose-Ambulatorium ist gleichzeitig die Meldestelle auf Grund des Tuberkulose-Gesetzes.

Als drittes städtisches Krankenhaus kommt dann noch das Säuglingsheim in Betracht, vorläufig in einem Wohngebäude untergebracht, das für die Mannschaft der Berufsfeuerwehr vorgesehen war. Das Säuglingsheim ist im Jahre 1915 eröffnet worden und steht unter der Leitung des Kinderarztes Sanitätsrat Dr. Weißenberg.

Die Trennung der einzelnen Stationen hat auch gewisse Nachteile, so daß ein dringender Wunsch besteht, sämtliche städtische Krankenhäuser zusammenzulegen. Dieser Wunsch bedarf um so mehr der Verwirklichung, als auch durch das Wachsen der Stadt in den letzten Jahren die Anzahl der vorgesehenen Betten in einzelnen Abteilungen bald nicht mehr ausreichen wird, so daß eine Erweiterung einzelner Stationen vorgenommen werden muß, zumal einige Gebäude doch nur provisorisch sind, z. B. die Holzbaracken, die nicht gern belegt werden, nur in Fällen dringendster Not. Die Erweiterung des städtischen Krankenhauses wird daher auch bereits projektiert. Es ist

beabsichtigt, von dem jetzigen chirurgischen Krankenhaus, den im Jahre 1912 erbauten Seitenflügel zum Kinderkrankenhaus umzugestalten und das alte, 1882 erbaute Gebäude für den Unterhaltungsbetrieb einzurichten. Für die innere und Tuberkulose-Abteilung, sowie für die gynäkologische und chirurgische Abteilung soll ein neues, gemeinsames großes Gebäude errichtet werden, ferner kleinere Gebäude für Infektionskrankheiten, für die Haut- und Geschlechtskrankheiten und für ein pathologisches Institut. In diesem neuen Hauptgebäude soll dann noch ein Saal eingerichtet werden, in dem Vorträge fachwissenschaftlicher Art abgehalten werden können, der auch zu besonderen Feiern benutzt werden kann. Die zur Durchführung dieses Projekts erforderlichen Grundstücksflächen sind vorhanden und für diese Erweiterung bereits vorgesehen. Sobald die Kreditbeschaffung möglich sein wird, soll auch dieses Projekt zur Ausführung gelangen.

Im Anschluß an diese städtischen Krankenhäuser muß noch die Augen- und Ohrenheilanstalt für Oberschlesien erwähnt werden, die zwar keine kommunale Einrichtung ist, von der Stadt aber sehr gefördert wird. Träger dieser Heilanstalt ist ein besonderer Verein, der im Jahre 1880 gegründet wurde. Im gleichen Jahre wurde auch die Heilanstalt in einem Hause an der Niederwallstraße von Dr. Struwe eröffnet. Die Augen- und Ohrenheilanstalt bezog dann zwei Gebäude in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs, die jetzt wegen der Erweiterung des Bahnhofs abgebrochen werden. Im Kriege ist die Heilanstalt in ein besonderes Gebäude an der Kreidelstraße überführt worden, wo sie sich heute noch befindet. Sie wird von dem Chefarzt Sanitätsrat Dr. Schwartz und dem Augenarzt Dr. Jendralski geleitet und hat ihren guten Ruf und ihre Bedeutung für ganz Oberschlesien behalten.



Die städtische Freibadeanstalt

Von Stadtbaurat Schabik, Gleiwitz.

Von allen Industriegebieten unseres deutschen Vaterlandes ist keines von der Mutter Natur mit landschaftlichen Reizen so ärmlich ausgestattet worden, wie unser Oberschlesien. Berge und Wasserflächen, die Hauptreize landschaftlicher Schönheit, suchen wir in unserer Heimat vergeblich. Kein Bergwald lockt zu fröhlicher, Körper und Geist stärkender Bergwanderung, kein Wasserspiegel eines Stromes oder eines Sees ladet ein zu frischem Ruder- und Schwimmsport. Die Volksgesundheit entbehrt ihrer natürlichen Förderungsmittel. Und bei der immer mehr wachsenden Erkenntnis, daß gerade der Schwimmsport in seiner Art der Volksgesundheit die besten Dienste leisten kann, mußte der Mangel einer Gelegenheit dafür immer schmerzlicher empfunden werden und immer heftiger dazu drängen, das Fehlen einer natürlichen Wasserfläche durch die Schaffung einer künstlichen auszugleichen.

Die örtlichen Verhältnisse gaben keine Möglichkeit, ein Badebecken mit fließendem Wasser zu schaffen, ein Umstand, der es mit sich brachte, daß in der Bürgerschaft kaum einige Freunde für den Plan gefunden werden konnten. Dank der Zähigkeit des damaligen Dezernenten des Badewesens, Stadtrat Burzinski, gelang es aber nach Vorlage der Ergebnisse einer eingehenden Studienreise alle Bedenken, welche gegen ein Becken mit einfacher Grundwasserspeisung bestanden, zu beseitigen. Konnte doch auch die technische Möglichkeit geschaffen werden, das Becken durch eine Rohrleitung mit Auslaßbauwerk fast vollständig nach der Klodnitz zu entwässern und neben den Quellen des Grundwassers auch die städtische Wasserleitung zur Speisung des Beckens bei niedrigem Grundwasserstande heranzuziehen. Und immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß Sonne und Luft die besten „Regeneratoren" und „Desinfektoren" stehender Gewässer seien, wenn es an sich — und dieses Ergebnis hatte die Untersuchung des hygienischen Instituts in Beuthen O.-Schl. — für Badezwecke einwandfrei ist.

Als Gelände für die Anlage des Freibades wurde schließlich das Wiesenland östlich des Kaiser-Wilhelm-Parkes gewählt, einmal weil es an die Grünflächen des Parkes sich anlehnend nicht all zu weit vom Stadtkern entfernt liegt, in der Hauptsache aber des hohen Grundwasserstandes wegen. Entwurf und Ausführung der Anlage lag in den Händen des Stadtbauamtes.

Eine Betrachtung der Gesamtanlage läßt folgende drei Hauptteile erkennen:

Das Badebecken, die Freifläche für das Luftbad (im Winter zugleich Eisbahn) und die Hochbauten.

Die Wasserfläche des Badebeckens hat eine Länge von 125 m und eine Breite von 56 m, Ausmaße, welche den sportlichen Bedürfnissen des 100 m-Schwimmens in der Längsrichtung und des 50 m-Schwimmens in der Breitenrichtung Rechnung tragen. Die größte Wassertiefe beträgt 3,20 m, die geringste — im Nichtschwimmerteil — 0,60 m. Als Abgrenzung der durch Schwimmer und Nichtschwimmer zu benutzenden Wasserfläche dienen mehrere zusammengekoppelte und an beiden Ufern verankerte Schwimmbalken. Die westliche Seite des Schwimmerteiles wird überragt von einem 3 m hohen Sprungturm, der mit zwei Sprungbrettern in verschiedenen Höhenlagen ausgerüstet ist.

Als Sonnen- und Luftbad stehen einschließlich der Flächen, welche im Winter nach Bewässerung als Eisbahn benutzt werden können, rund 40 000 qm zur Verfügung.

Unter den Hochbauten nehmen die Gebäulichkeiten für Aus- und Ankleidegelegenheit und Aufbewahrung der Kleider den ersten Platz ein. Im Bauentwurf vorgesehen sind dafür drei Möglichkeiten, die sich von der bequemsten bis zur einfachsten abstufen in: Einzelauskleide- und Kleideraufbewahrungszellen, Einzelkleiderschränke mit gemeinsamem Auskleideraum und Massen-Kleideraufbewahrung, ebenfalls mit gemeinsamem Auskleideraum. Zu der zuletzt genannten Möglichkeit bleibt vielleicht zu erläutern, daß der Badegast an einem Schalter im Auskleideraum einen nummerierten Kleiderbügel empfängt und eine Blechmarke, welche dieselbe Nummer trägt. Der Badegast hängt seine Kleider selbst auf den Kleiderbügel, macht sie daran nach Möglichkeit fest und gibt sie alsdann an einem zweiten Schalter zur Aufbewahrung ab; die Blechmarke aber bindet er mit einer Schnur oder einem Riemchen um das Handgelenk. Beim Verlassen des Bades erhält er schließlich gegen Abgabe der Blechmarke seine Kleider wieder zurück.

Von den Gebäuden für Aus- und Ankleidegelegenheit und Aufbewahrung der Kleider konnten bisher bei der Ungunst der Verhältnisse nur ausgeführt werden die Massen-Kleideraufbewahrung und die Einzelzellen, erstere als Provisorium in Barackenform, letztere in endgültiger Gestalt mit massiver Bauweise. Die langgestreckte Reihe der 134 Einzelzellen wird in der Mitte unterbrochen durch einen kleinen Hallenbau, der im Erdgeschoß den Duschraum als Gelegenheit zur Reinigung vor Betreten des Badebeckens, im Obergeschoß eine offene Halle für Ehrengäste bei sportlichen Veranstaltungen oder für ähnliche Zwecke und im Dachraum den Wasserbehälter für die Brausen des Duschraumes aufnimmt.

An noch auszuführenden Hochbauten sind geplant neben den bereits oben erwähnten Räumen für die Einzelkleiderschränke zwei größere Gebäude, von denen das eine die Dienstwohnungen für das Wärterpersonal, die notwendigen Verwaltungsräume und eine hygienisch einwandfreie Abortanlage, das andere eine kleine Gastwirtschaft und die Massen-Kleideraufbewahrung in ihrer endgültigen Form umfassen soll.

Die baukünstlerische Ordnung der Einzelteile zu einer harmonischen Gesamtanlage ist an zwei Achsen durchgeführt, die sich im Mittelpunkt des Badebeckens rechtwinklig kreuzen. Im Hintergrund der Hauptachse steht parallel zur Längsseite des Beckens das langgestreckte Gebäude der Einzelzellen, in dessen Mitte, dem kleinen Hallenbau, die Achse anknüpft. Sie führt dann über das Becken in seiner Breitenausdehnung und endet in der großen Toranlage an der Haupt-

verkehrsstraße Gleiwitz – Sosnitza – Hindenburg. Flankiert wird die Toranlage unmittelbar von den Gebäuden für die Kleideraufbewahrung in Einzelschränken, an die sich dann die beiden Hauptgebäude für Dienstwohnung und Verwaltungsräume einerseits und für Massenkleideraufbewahrung und Gastwirtschaft andererseits anschließen. Über die Straße hinaus bleibt die Hauptachse noch beherrschend für die auf dem jenseitigen Gelände geplante große Anlage eines Stadions.

Die zweite Achse des Freibades knüpft an den Sprungturm auf der westlichen Schmalseite des Beckens an, führt über die Wasserfläche des Beckens in seiner Längsrichtung, erhält dann eine weitere Betonung durch eine kleine Musikhalle und reiht schließlich an ihr die große Freifläche auf, welche im Sommer als Luft- und Sonnenbad, im Winter als Eisbahn dient.

Daß die gesamte Anlage auch gärtnerisch straff gefaßt ist durch rhythmisch geordnete Baumalleen, bedarf wohl keiner längeren Darlegung.

Wenn auch das, was bisher mit bescheidenen Mitteln geschaffen ist, sich bereits als eine Anlage bewährt, die im Sommer Tausenden die erwünschte Erholung und Erfrischung bringt und dem Schwimmsport die heiß ersehnte Gelegenheit, sich auf größerer Kampfbahn erproben zu können, so muß doch immer wieder festgestellt werden, daß die Badeanlage in den bisher ausgeführten Ausmaßen nur ein Bruchstück des Gesamtplanes darstellt und in der bestehenden Anlage auch technisch noch erheblich verbessert werden kann.

Möge darum eine nicht allzuferne Zeit den gesamten Plan ausgeführt sehen zum Segen unserer Volksgesundheit und als hoher Markstein auf dem Wege, den deutscher Aufbauwille im fernen Osten unseres Vaterlandes geht.

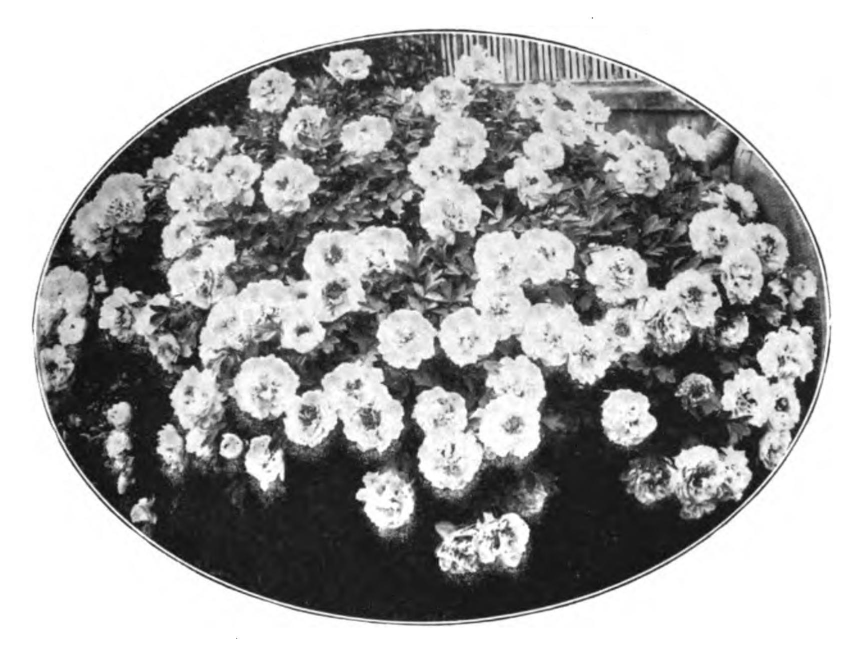


Abb. 1. Blühende Baum-Päonie im Stadtpark

Die Grünanlagen der Stadt Gleiwitz

Von städt. Gartendirektor R. Riedel, Gleiwitz

Mit 10 Abbildungen nach vom Verfasser gefertigten Aufnahmen

Unser Oberschlesien, das mächtigste Kohlengebiet der Erde, war, ehe sich der Bergbau und die Industrie ausbreiteten, eines der waldreichsten Gebiete unseres Vaterlandes. Noch vor knapp 1000 Jahren finden wir große Flächen mit undurchdringlichstem Urwald bestanden, so das Gebiet von Kreuzburg bis Rosenberg über Oppeln, Falkenberg bis Neisse usw... Das Gebiet unserer Stadt und der gesamte heutige Industriebezirk konnte, wie aus den früheren Berichten und dem Kartenmaterial zu entnehmen ist, einen Waldbestand von 75 und mehr Prozent seiner Gesamtfläche zu dieser Zeit aufweisen. — Werfen wir einen Blick in das graueste Altertum unserer heutigen Heimat zurück, so können wir feststellen, daß sich hier eine der üppigsten Vegetationen ausgebreitet haben muß, wie wir sie uns gar nicht ausmalen und ausdenken können. Sind doch alle die mächtigen und ausgebreiteten Kohlenflötze, wie ja allgemein bekannt sein dürfte, aus den damaligen Baum- und Pflanzenvertretern entstanden. — Verfolgen wir nun die Entwicklung vom Jahre 1000 bis in das 14. Jahrhundert, so können wir feststellen, daß die Umgebung von Beuthen und Hindenburg nur mit einem Waldbestand von 25 % der Gesamtfläche bedeckt war, während die Umgebung von Gleiwitz noch 25 bis 50 % der Fläche an Wald- und Baumbestand aufwies. Immer mehr und mehr lichteten sich die Wälder, wurde die Axt zu ihrer Vernichtung angesetzt, und schon um das Jahr 1830 herum deuten nur noch die Namen auf den früheren Wald- und Baumbestand hin. Schönwald hat bestimmt nur seinen Namen von dem schönen Wald bekommen, in dem es gelegen war. Schon um die angeführte Zeit finden wir keinen Rest mehr von dem in dem Namen festgelegten und angezogenen Waldbestand. Die nun ständig zunehmende Bevölkerung, die 1830 nur 730 000 betrug, während sie z. Zt. des Genfer Machtspruches über $2^1/_4$



Abb. 2. Partie aus dem Stadtpark im Winter

Millionen in Oberschlesien zählte, und die sich von Jahr zu Jahr mehr ausbreitende Industrie vernichteten mit Riesenschritten den Wald- und Grünbestand im Industriebezirk und damit auch das Grün um und in unserer Stadt. Was Menschenhände nicht vermochten, zerstörten Säuren und Gasdämpfe, die aus den Werken und Schloten der Industrieanlagen ausströmten und die Luft von Jahr zu Jahr mehr vergifteten. Der Nadelholzbestand verschwand immer mehr und mehr aus dem Herzen des Industriebezirkes, und heute sind wir auch hier bereits so weit, daß wir um und in Gleiwitz die meisten Nadelhölzer und eine ganze Menge von Laubholzarten nicht mehr anpflanzen können, weil sie völlig absterben oder sich nur sehr kümmerlich entwickeln, trotzdem wir noch in der glücklichen Lage sind, am westlichen Rande des Industriebezirks zu liegen. Wie lange noch?

Es darf als bekannt vorausgeschickt werden, daß das Grün desto notwendiger ist, je dichter zusammengedrängt die Menschen wohnen, je mehr Wälder von Schloten und Schornsteinen zum Himmel ragen und durch die Ausströmungen von Gasen, Dämpfen, Säuren und sonstige gesundheitsschädliche Ausströmungen die Luft verunreinigen und so den Menschen das Leben mehr oder weniger unerträglich gestalten. Wir und die gesamten Lebewesen, vom höchstentwickelten Geschöpf bis zur niedrigsten Bakterie, sind vom Grün, vom Baum und Strauch, von den Pflanzen, ja selbst vom winzigsten Gräslein mehr abhängig als von allem andern. Nur mit



Abb. 3. Stadtpark (Blick nach dem Springbrunnen)

Hilfe der grünen Pflanzenteile kann erst die tote Substanz zur Lebenssubstanz umgebildet werden, nur das grüne Blatt ist in der Lage, den Stickstoff und die Kohlensäure der Luft zu Lebensstoff zu verarbeiten und uns den Sauerstoff, den alle Geschöpfe zu ihrem Leben so unbedingt notwendig brauchen, frei zu machen. Leider haben wir diese alltäglichen Vorgänge in unserem Hasten und Treiben zu viel übersehen. Sie sind uns nicht oft genug ganz zum Bewußtsein gekommen, denn sonst stände es besser um unsere engere Heimat. Berücksichtigt man das oben Gesagte, so kann man annehmen, daß nur Unwissenheit unsere Vorfahren veranlassen konnte, fast unseren ganzen Industriebezirk wald- und baumlos zu machen.



Abb. 4. Gärtnerhaus im Stadtpark

Allenthalben regt man sich deshalb, heute zu retten, was zu retten ist, um die früheren Fehler und Unterlassungssünden wieder gut zu machen. Ein Gesetz zum Schutz des Baum- und Grünbestandes, das erst in den letzten Jahren herausgekommen ist, bietet hierzu hilfreiche Hand. Durch dieses Gesetz ist es möglich geworden, den Guidowald in der Nähe von Hindenburg zu erhalten, über den zum Teil auch schon das Todesurteil gesprochen worden war. Leider kam das Gesetz zu spät, um den Wald zwischen Laband und Gleiwitz hinter dem großen Exerzierplatz zu schützen. Heute bereits breitet sich dort eine Wüste aus.

Nachdem nun im allgemeinen die Grünverhältnisse in unserem Industriebezirk besprochen worden sind, soll nun im folgenden auf die Grünpolitik unserer Stadt näher eingegangen werden.

Es soll kurz besprochen werden, welche Anlagen bereits bestehen und welche im Laufe der

nächsten Jahre noch geschaffen werden müssen, um in unserer Stadt gesunde Wohnverhältnisse, für die ja bekanntlich genügende Grünanlagen erste Bedingung sind, zu schaffen. Die vorhandenen Grünanlagen gliedern sich in öffentliche, nichtöffentliche und in private.

Die Stadt Gleiwitz richtete im Jahre 1900 als erste der oberschlesischen Städte ein Amt zur Pflege und Herstellung ihrer Grünanlagen ein. Der vorhandene Stadtpark wurde entsprechend

umgeändert und vergrößert und bedeckt eine Fläche von	512	a 95	qm
die Anlagen der Wilden Klodnitz und der inneren Stadt haben eine Größe von	406	„ 67	„
1913 bis 1915 wurde der Kaiser-Wilhelm-Park angelegt in einer Größe von	1247	„ 78	„
die alten Friedhöfe bedecken eine Fläche von	1226	„ 26	„
der Hauptfriedhof nach dem vollendeten Ausbau	2031	„ 23	„
im Ausbau begriffen sind die Anlagen der Wilden Klodnitz in einer Größe von	262	„ 30	„
die Badeanstalt und Eisbahn in einer Größe von	447	„ 00	„
An öffentlichen Anlagen stehen also der Bürgerschaft insgesamt zur Verfügung	6 134	a 19	qm

Die nichtöffentlichen Anlagen: Krankenhausgärten, Schulgärten und der Säuglingsheimgarten haben eine Größe von 366 a 38 qm.

Die umfangreichen Klein- und Schrebergärten, die eine Fläche von 1 898 a 66 qm bedecken, liegen durchweg im Bebauungsgelände, müssen deshalb in absehbarer Zeit der Bebauung weichen und können in ihrem heutigen Zustande deshalb als bleibende luftverbessernde Anlagen nicht in Ansatz gebracht werden.

Eine unserer wichtigsten Grünanlagen, unser Stadtwald, in einer Größe von 20 611 a 06 qm und der 17 304 a 49 qm große Zerniker Wald liegen leider im Osten der Stadt und kommen als luftverbessernde Anlagen für das eigentliche Wohngebiet weniger in Frage. Unsere ganze Industrie, die entlang der Eisenbahn gelegen ist, trennt die eigentliche Wohnstadt vom Walde und schickt ihren überaus schädigenden Rauch, die Säuren und Gase in der Hauptsache nach dem Stadtwaldgebiet, weil westliche Winde fast das ganze Jahr hier vorherrschen, die Industrie aber westlich vom Walde liegt. Namentlich der Stadtwald weist, weil hier noch die ungünstigsten Bodenverhältnisse, Sandboden mit darunter liegenden undurchdringlichen Eisensinterschichten, hinzukommen, eine kümmerliche Entwicklung auf. Selbstverständlich leistet der Wald als Ausflugserholungsstätte und besonders der Stadt Hindenburg als Bollwerk für die schädigenden Einflüsse der westlichen Industrie unschätzbare Dienste. Ihn zu erhalten, ist nicht nur im Interesse unserer Stadt, sondern auch der angrenzenden Nachbargemeinden von größter Wichtigkeit. Daß unsere größte Anlage mehr eine Hindenburger Anlage ist als eine Gleiwitzer, geht auch aus der Besucherzahl hervor, die, wie durch statistische Überprüfung festgestellt wurde, sich aus über 2/3 Hindenburger Bürgern zusammensetzt.

Wie schon eingangs erwähnt, liegt unsere Stadt an der westlichen Grenze des Industriezentrums. Wir sind hier immer noch in der glücklichen Lage, etwas erträglichere Zustände, soweit sie die Luftverhältnisse betreffen, zu haben, wie die anderen Industriegemeinden östlich von uns. Die vorherrschenden westlichen Winde bringen uns bis jetzt aus der industrielosen Zone noch reine, gesunde Luftströme herbei. Werden wir diese Luftströme auch für alle Zukunft von Verunreinigung bewahren können? Der Genfer Machtspruch, der uns die wichtigsten Kohlengruben geraubt hat

und uns damit zwingt, wo immer Gelegenheit sich findet, für Ersatz zu sorgen, läßt die Befürchtung aufkeimen, daß auch der Westen von Gleiwitz von der Anlage von Kohlengruben und ihren Nebenindustrien nicht ganz verschont wird bleiben können, wenn auch der Abbau der Kohlenschätze sich hier schwieriger gestaltet, als im Osten unserer Stadt. Hier muß vorgesorgt werden zum Schutze des heute bereits im Westen der Stadt, in ihrem gesündesten Teil, angelegten und sich stark entwickelnden Hauptwohnviertels. Die Schaffung eines Schutzwalles für dieses Wohngebiet und damit für den ganzen Stadtkern durch die Anlage eines breiten Grüngürtels ist mit eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre.

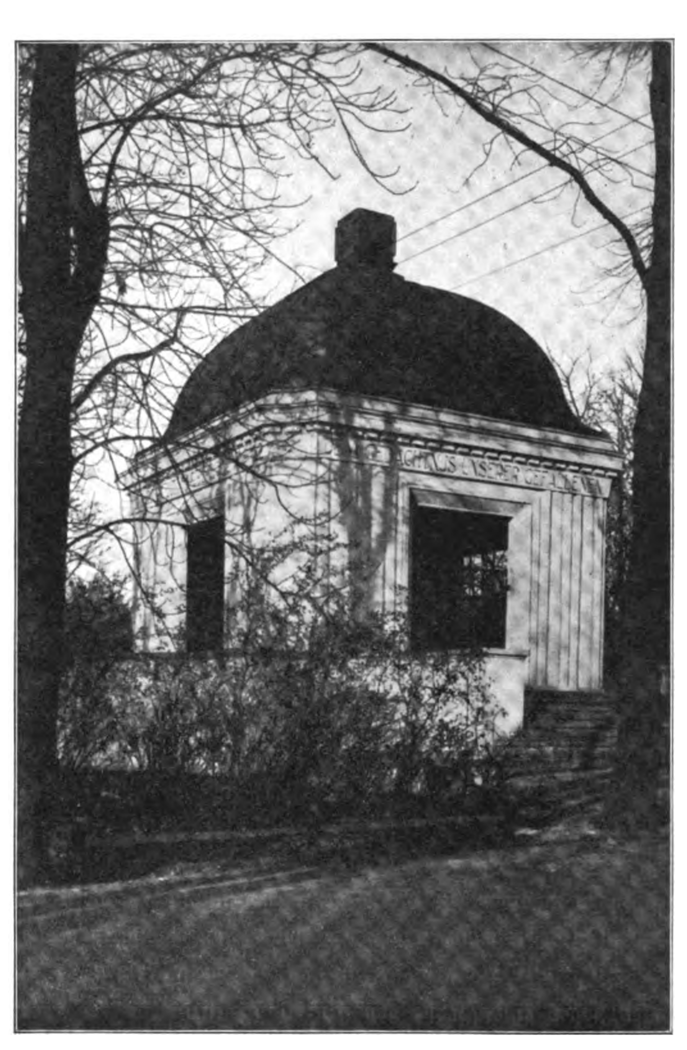


Abb. 5. Denkmal der Gefallenen des Inf.-Regts. „Keith" im Stadtpark

Auch der Straßenbaum spielt als luftverbessernder Faktor eine große und wichtige Rolle. Soweit als möglich sind unsere Straßen als Baumstraßen ausgebaut worden. Hierbei haben über 8000 Bäume Verwendung gefunden.

Wenn der Gleiwitzer Stadtwald, der mehr Hindenburger wie Gleiwitzer Grünanlage ist, nicht mit in Ansatz kommt, entfallen auf den Kopf der Bevölkerung bei uns in Gleiwitz zurzeit knapp 3 qm öffentliche Grünfläche. Es ist dies verschwindend wenig im Verhältnis zu den anderen deutschen Städten. In Kassel entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 17,7 qm, in Magdeburg 12,4 qm, in Breslau 5,1 qm, in Düsseldorf 5,2 qm Grünfläche usw.

Hand in Hand mit der Errichtung von Grünanlagen muß auch die Aufklärung über ihre Wichtigkeit bei unseren Bewohnern fortschreiten. Die Liebe der Bewohner zum Grün, zum Baum und Strauch, zur Blume und Pflanze muß geweckt und gefördert werden. Mit Recht ist ja in den letzten Jahren der Satz geprägt worden: „Das Volk muß wieder bodenständig gemacht werden, es muß in ihm die Liebe zur Scholle, zur Heimat wieder vertieft werden." Wie könnte man dies besser tun, als das Volk,



Abb. 6. Denkmal für die Gefallenen von 1813 im Stadtpark

die Bewohner unserer Städte, in Grünanlagen und Gärten zu führen, wo sie Mutter Natur mit ihren wunderbaren Einrichtungen schätzen und lieben lernen.

Obwohl wir hier eine große Volksgemeinschaft von über eine halbe Million darstellen, wenn wir nur den engeren Industriebezirk berücksichtigen, so fehlen uns doch alle die Einrichtungen, die sonst großen Städten schon seit Jahrzehnten zur Verfügung stehen. Botanische und zoologische Gärten, Sammlungen und alle anderen Einrichtungen, die die naturwissenschaftlichen Gebiete besonders bearbeiten, entbehren wir ganz. Hier müssen deshalb die Gartenämter der betreffenden Städte diese Einrichtungen ersetzen helfen. Versuchsgärten, Schüler- und Schulgärten, Dauerkleingartenanlagen, Ausstellungen usw. müssen unseren Bewohnern Gelegenheit geben, sich auf diesen für die Volksgesundheit so überaus wichtigen Gebieten zu betätigen und zu vervollkommnen. Von unserer Stadtverwaltung ist auch hier schon recht viel ersprießliches geleistet worden. Es sei nur an die verschiedenen Ausstellungen: Große landwirtschaftliche Ausstellung, Kleingartenbauausstellung, Kleingartenbaukurse und nicht zuletzt die Mustereinrichtungen in unserer neuen Stadtgärtnerei, die diesem Zwecke mit dienen, erinnert.

Wie dankbar unsere oberschlesischen Bürger solche Veranstaltungen begrüßen, wenn sie Gelegenheit haben, wieder etwas Interessantes von Mutter Natur zu erblicken und zu studieren, bezeugte im vergangenen Sommer die hier veranstaltete kleine Sonderausstellung der „Victoria regia“ (siehe Abb. 7). In wenigen Tagen zählten die Besucher bereits nach Tausenden. — Unsere städtischen Behörden, insbesondere Parkverwaltung und Stadtbauamt, sind bestrebt, auf dem Gebiete des Grünwesens das irgend mögliche zu erreichen. Nur dadurch



Abb. 7. Blühende Viktoria-Regia in den Gewächshäusern im Stadtpark

gelang es, eine neun Morgen große Stadtgärtnerei mit neuzeitlich eingerichteten Kulturhäusern (siehe Abbildung 8—10) 1920 anzulegen, die nicht nur der Aufzucht des erforderlichen Pflanzen- und Blumenmaterials für die Anlagen und für die Friedhöfe dient, sondern die auch den botanischen Garten mit ersetzen helfen muß. Versuchsrabatten und Pflanzensammlungen sind angelegt und werden weiter ausgebaut. Neuerdings wurde ein 20 Morgen großes Gelände der Parkverwaltung überwiesen, um auf diesem im kommenden Jahre eine Baumschule einzurichten, damit wir hier nunmehr auch bodenständiges Baum- und Gehölzmaterial heranziehen können. Beide Einrichtungen, sowohl die Stadtgärtnerei als auch die Baumschule, befinden sich noch im Anfangsstadium und müssen weiter ausgebaut werden. Die umfangreichen Schätze und Sammlungen, die die städtische Parkverwaltung besitzt, sind zum Teil noch so schlecht und ungenügend untergebracht, daß sie, wenn nicht für Abhilfe gesorgt wird, großen Schaden nehmen, wodurch der Bürgerschaft wiederum wichtiges Anschauungsmaterial verloren geht. Vieles bleibt deshalb der Zukunft noch überlassen.



Abb. 8. Neue Stadtgärtnerei. Gärtner-Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude

Mit Vorurteilen, Anlagen und Gärten sind Luxus, muß endgültig gebrochen werden. Die Tuberkulose ist nirgends so zu Hause, wie in den Industrie- und den Großstädten. Von je 100 Geborenen starben im ersten Lebensjahr in Berlin 19, Breslau 25, Stettin 26, in der Industriestadt Chemnitz 28uff., während in den Gartenstädten von England nur 5,4 bis 6,6 % Todesfälle nachzuweisen sind. Allein gesunde Licht- und Luftverhältnisse können hier hemmend und beseitigend eingreifen, nur Anlagen

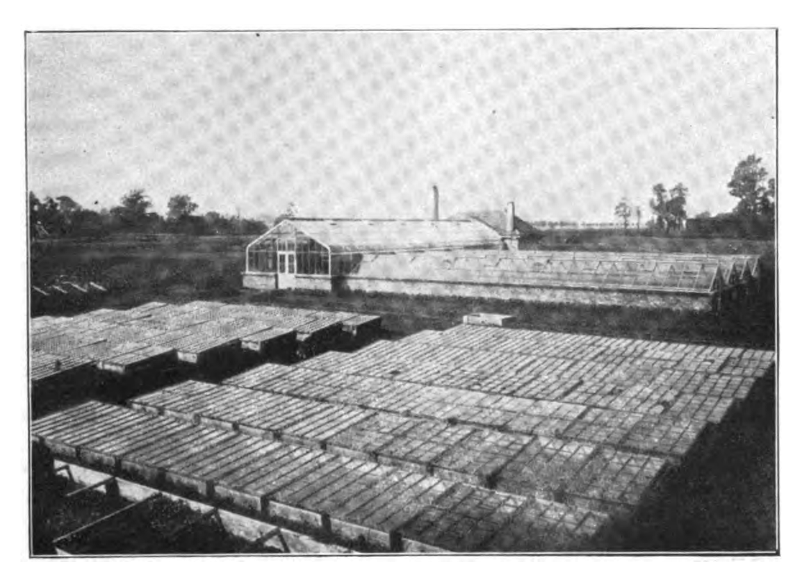


Abb. 9. Neue Stadtgärtnerei. Gewächshaus und Frühbeetanlage

und Gärten, Bäume und Pflanzen die Übelstände beseitigen, zum mindesten aber verringern helfen. Gärten und Anlagen dienen der Allgemeinheit, dem Volke. Nicht jeder ist in der glücklichen Lage, nach schwerer körperlicher oder geistiger Anstrengung im Gebirge oder an der See seine mitgenommene Gesundheit wiederherzustellen. Mindestens 90% der gesamten Bevölkerung müssen ihre einzige Erholung in der Nähe ihres Heimes, ihrer Wohnstätte suchen. Die Umgebung ihrer Wohnung gesundheitlich einwandfrei und schön zu gestalten, ist deshalb heiligste Pflicht jeder Stadtverwaltung.



Abb. 10. Neue Stadtgärtnerei (Blick in ein Kulturhaus der neuen Gewächshausanlage)

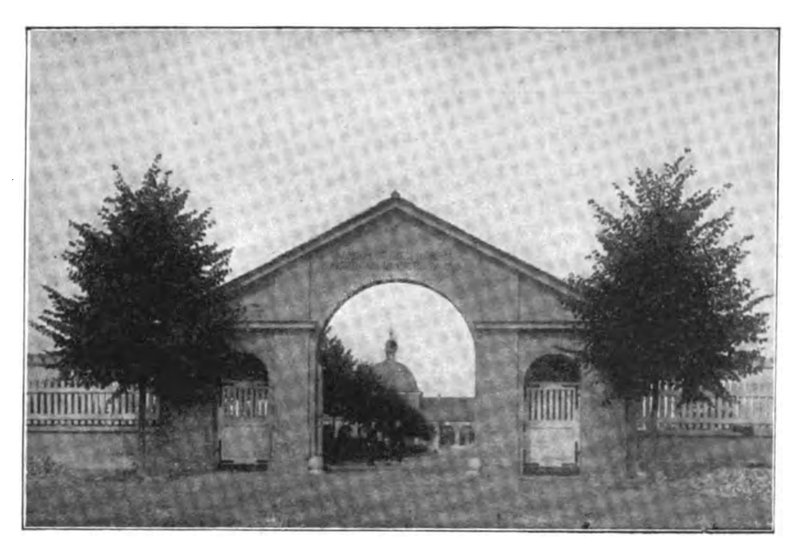


Abb. 1. Rechtes Portal des Hauptfriedhofes

Die kommunalen Friedhofsanlagen der Stadt Gleiwitz

Von Gartendirektor R. Riedel, Gleiwitz

(Hierzu 8 Aufnahmen, und zwar 4 nach vom Verfasser gefertigten Entwürfen und Modellen des zurzeit in der Ausführung begriffenen Hauptfriedhofes, während die anderen 4 bereits ausgeführte Teile der neuen Friedhofsanlage und Bauten vorstellen.)

Das gesamte Friedhofswesen lag im allgemeinen in ganz Oberschlesien, insbesondere in unserem Industriebezirk, bis vor wenigen Jahren noch sehr darnieder. Man hatte scheinbar in dem Hasten und Drängen der Zeit, im Jagen nach materiellen Werten keine Zeit, um den Totenstätten die genügende Sorgfalt entgegenzubringen, die sie ja erst zu Stätten der Ruhe und des Friedens machen, wie sie der Name Friedhof andeutet. Während man schon in dem übrigen Deutschland vor Jahrzehnten die Friedhöfe zu wahren Kunst- und Erholungsstätten ausbaute, war hier bei uns auch nicht der geringste bessernde Fortschritt zu verzeichnen. Die in ganz kurzer Zeit sich allzu rasch entwickelten Industriestädte verfügten meistens nicht über entsprechend großes Gelände, um einheitliche mustergiltige Anlagen zu schaffen. In den einzelnen Orten selbst lag und liegt noch das Beerdigungswesen meistens in den Händen der einzelnen Kirchengemeinden, und so hatten die Stadt- und Gemeindeverwaltungen auf die Friedhöfe und deren Gestaltung selbst zu wenig Einfluß. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Friedhofsanlagen einen wichtigen Teil der öffentlichen Grünanlagen in unserem Industriebezirk mit darstellen. Man stelle sich weiter vor, daß auch in den bestehenden unschönen Friedhofsanlagen unzählige Volkswerte, sei es in Denkmälern, Gruftanlagen, Bepflanzungen usw. hineingesteckt worden sind, die damit der Allgemeinheit verloren gehen, weil planlos und unschön angelegte und schlecht unterhaltene Friedhöfe keinen Anziehungspunkt für die Bevölkerung bieten, sondern gern gemiedene Orte sind. Aus den angeführten Gründen ist man auch hier jetzt überall bestrebt, Wandel auf diesem Gebiete zu schaffen.

Unsere Stadt kann sich das Verdienst zuschreiben, im Friedhofswesen besonders bahnbrechend in den letzten Jahren vorgegangen zu sein. Sie ist in der glücklichen Lage, fast das gesamte Fried-



Abb. 2. Ehrenfriedhof. Blick über ein Gräberfeld

hofswesen in eigenen Händen zu haben, mit Ausnahme des Stadtteiles Petersdorf. Einem glücklichen Zufall ist es weiter zu danken, daß die drei bestehenden alten Friedhöfe, so der Friedhof am Stadtwald, an der Trynneker Straße und an der Coseler Straße, fast zu gleicher Zeit wegen Vollbelegung geschlossen werden mußten. An eine Erweiterung dieser drei Anlagen konnte, weil die Bebauung bereits bis an diese Friedhöfe heranreichte, und auch aus anderen Gründen nicht gegangen werden. Somit bot sich der Stadt Gelegenheit, auf einem günstig gelegenen Gelände vor dem Stadtgut Gardel eine mustergiltige, großzügig angelegte, den heutigen Anforderungen entsprechende Friedhofsanlage nach dem beendeten Kriege zu schaffen. Diese Anlage, die den Namen Hauptfriedhof führt, wird nach dem fertigen Ausbau eine Fläche von über 22 Hektar bedecken. Sie liegt in dem äußerst günstigen Luft- und Bodengebiete, im Westen der Stadt, wo die beste Gewähr für die Entwicklung der Bäume, Pflanzen und Blumen gegeben ist, weil ja, wie bereits an anderer Stelle genügend erörtert, sich im Osten der Stadt unsere Industrie breit macht.

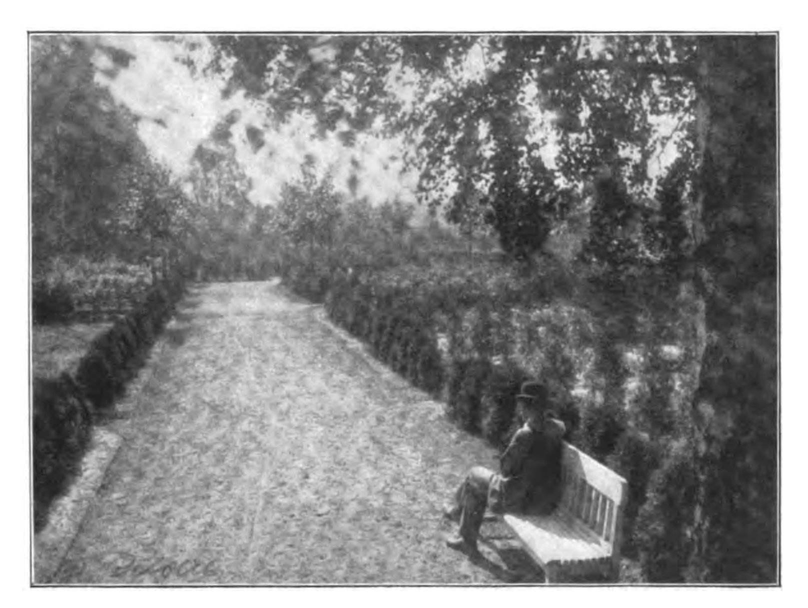


Abb. 3. Ehrenfriedhof. Seiteneingang, Blick nach dem Denkmalsplatz

Unsere Stadtverwaltung war aber auch vor dieser Zeit nicht untätig und hat auf den alten Friedhöfen mustergültige Sonderanlagen geschaffen, so den Ehrenfriedhof am Stadtwalde, auf dem 500 gefallene

Krieger ruhen. Diese Anlage ist von berufenen Sachverständigen wiederholt als eine der mustergiltigsten bezeichnet worden. Die beigefügten Abbildungen geben Teilabschnitte kurz nach der Herstellung der Anlage wieder. Die Pflege und Unterhaltung der Gräber ist Sache des Reiches. Da aber das Reich diese seine Pflicht nicht erfüllt, hat die Stadt auf ihre Kosten die notwendigsten Maßnahmen getroffen, um eine Verwahrlosung der Gräber zu verhüten.

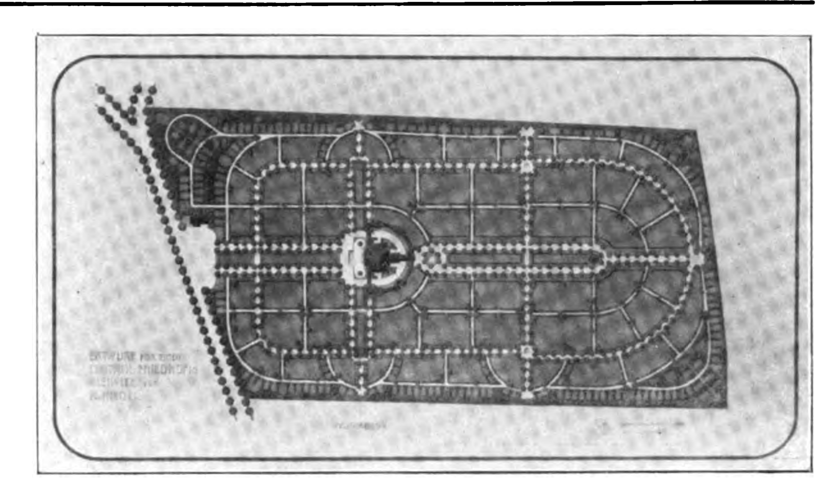


Abb. 4. Plan des Hauptfriedhofes

Zurückkommend auf unseren Hauptfriedhof, der, wie schon erwähnt, nach dem beendeten Kriege in Angriff genommen wurde und heute zur Hälfte ausgebaut ist, sei noch folgendes angeführt: Vor allen Dingen war auf größtmögliche Ausnutzung des Geländes für Beerdigungszwecke Rücksicht zu nehmen. Denn bei uns, im Lande der schwarzen Diamanten, ist Grund und Boden besonders kostbar, so daß die Gartenverwaltungen, wenn es gilt, große zusammenhängende Flächen für Grün- und Beerdigungszwecke zu erwerben, sehr oft auf große Schwierigkeiten stoßen. Auf der anderen Seite mußte aber, wenn die Gesamtanlage eine Lunge für Gleiwitz werden sollte, das Grün zu seinem Recht kommen. Beides scheint in glücklicher Weise gelöst zu sein. Das vorgesehene Gelände war für eine Friedhofsanlage wie geschaffen. Ein gleichmäßiger Hang von Westen nach Osten gibt der Anlage einen gewissen Schutz. Größere Erdarbeiten brauchen nicht vorgenommen werden. Trotzdem konnten die vorgesehenen Hochbauten, weil das Gelände einen Höhenunterschied von 17 m aufweist, so gelegt werden, daß sie die Anlage selbst beherrschen.

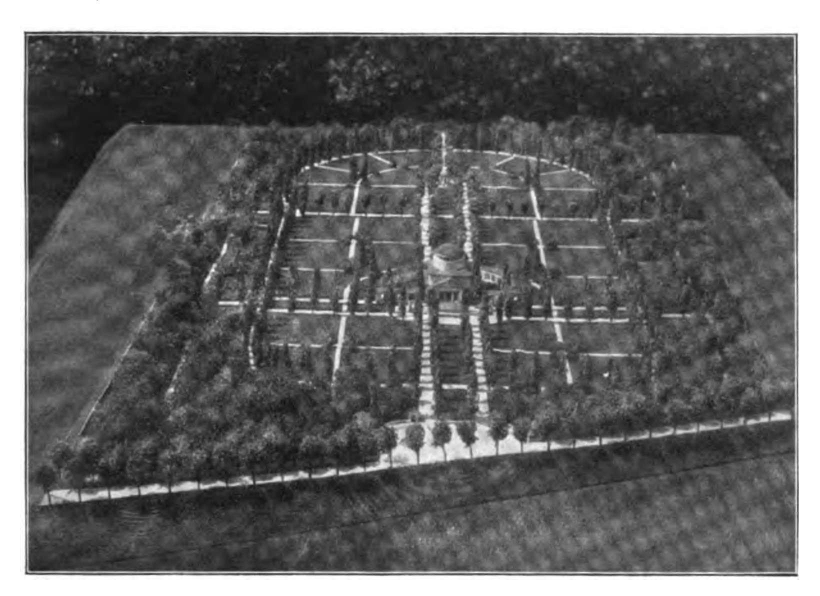


Abb. 5. Hauptfriedhof. Gesamtansicht des Modells

Der Haupteingang ist an der Koseler Straße

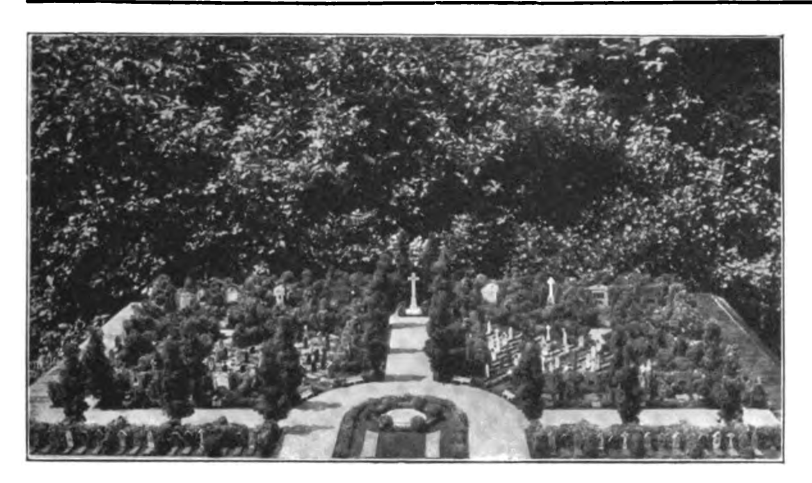


Abb. 6. Hauptfriedhof. Teilansicht des Modells

gelegen. An einem entsprechend großen Wagenplatz liegt das Verwaltungsgebäude mit den Büros, die Abortanlagen und die Erfrischungshalle. Zwei 8 m breite Wege führen nach der 108 m zurückliegenden Einsegnungs- und Aufbahrungshalle. Die Halle kommt somit in das erste Drittel des Friedhofes zu liegen, so daß von ihr aus alle Friedhofsteile bequem zu erreichen sind. (Vergleiche den Plan und die Hauptansicht.) Die Haupthalle nimmt die große Einsegnungshalle, Sakristeien, Leichenzellen usw. auf, beherrscht den ganzen Friedhof und bildet so den Drehpunkt für die ganze Anlage. Wie aus dem Lageplan ersichtlich ist, gliedern sich an die Haupt- und Querachse die übrigen Friedhofsteile entsprechend an. Die Wegeführung ist in übersichtlicher Weise erfolgt. Die Hauptwege übernehmen die Führung, die Nebenwege erschließen die einzelnen Friedhofsteile untereinander. Erbbegräbnisse, Laufbrunnen, Hochkreuze, Sitzplätze und Schmuckanlagen haben eine gemeinsame Anordnung erfahren. Besondere Aufmerksamkeit soll dem Reihengräberfelde zugewendet werden. Eine Verdeckung der Reihengräberfelder und damit eine Vernachlässigung dieser soll nicht erfolgen. Wie die Reihengräberfelder aufgeteilt und gedacht sind, zeigen die beigefügten Schaubilder.

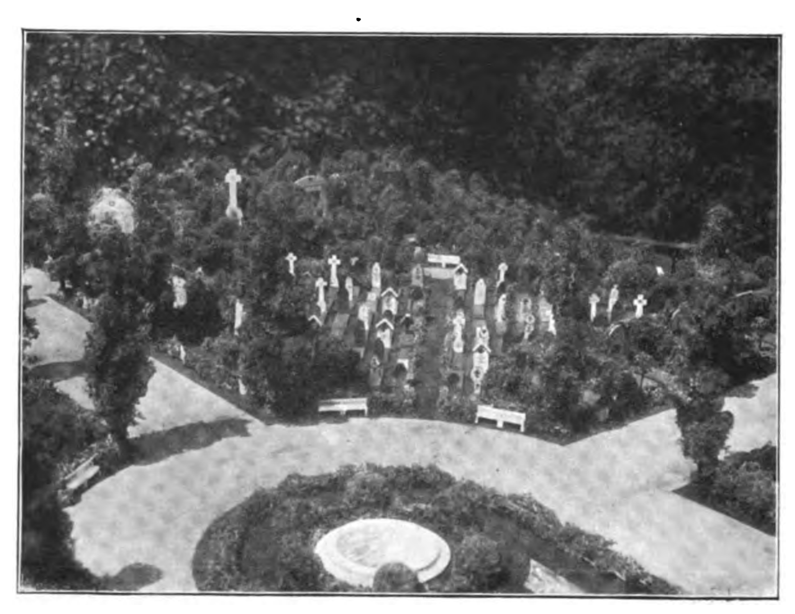


Abb. 7. Hauptfriedhof. Teilansicht des Modells

Den ganzen Friedhof umschließt eine immergrüne Waldpflanzung, die schützend die gesamte Anlage umgibt und in der die Wahlgrabstellen, Familiengrabstellen ihre Anordnung gefunden haben.

Eine abwechslungsreiche Bepflanzung der einzelnen Friedhofsteile und charakteristische Baumarten in den einzelnen Hauptwegen geben dem Friedhof ein besonderes Gepräge. Eine strenge Denkmals- und Bepflanzungsordnung sorgt

dafür, daß diese Musteranlage durch häßliche Denkmäler und unangebrachte Bepflanzung nicht verschandelt wird. Alle Kräfte, insbesondere Parkverwaltung und Stadtbauamt, sind eifrigst bestrebt, ihr möglichstes zu leisten, damit auch auf diesem Gebiete unsere Stadt den anderen Städten im Reiche nicht zurückstehe.



Abb. 8. Leichenhalle mit Einsegnungsraum auf dem Hauptfriedhofe



Städtisches Wasserwerk in Laband (Blick von der Bahn aus)

Die Betriebswerke der Stadt Gleiwitz

Von Stadtrat Arer, Gleiwitz

A. Städtische Gasanstalt.

Wie die meisten der bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts entstandenen Gasanstalten, verdankt auch das städtische Gaswerk Gleiwitz privatem Unternehmungsgeist seine Entstehung. Aber erst verhältnismäßig spät, nämlich im Jahre 1854, nahm die Einführung der Gasbeleuchtung in Gleiwitz feste Gestalt an. Unter Hinweis auf die günstige Kohlenversorgung trat der damalige Magistrat mit einem gewissen Dr. Moré in Glogau in Fühlung, ob er geneigt sei, die Errichtung eines Gaswerkes in Gleiwitz auf seine Kosten zu übernehmen. Moré erklärte sich hierzu zwar bereit, jedoch führten die Verhandlungen mit ihm zu keinem greifbaren Ziel. Auch mit einem spätereren Bewerber, einem gewissen Albert Neumann aus Breslau, der im Jahre 1857 auftrat, wurde ein Ergebnis nicht erzielt. Zwar war der Beleuchtungsvertrag geschlossen und sogar eine Sicherheitsleistung von 1000 Talern gestellt, jedoch kam es nicht zur Errichtung der Gasanstalt und die gestellte Kaution fiel der Stadt zu. Indessen war der mit Neumann geschlossene Vertrag insofern von großer Wichtigkeit, als derselbe als Unterlage für den Vertrag mit den späteren Erbauern der Gasanstalt gedient hat. Zum Bau des Gaswerks kam es erst im Frühjahr 1861, nachdem ein Vertrag zwischen der Stadt und dem Hüttenamtsdirektor a. D. Brandt zu Osnabrück, dem Maschineninspektor Chuchul zu Aplerbeck und dem Maschineninspektor Franke zu Dortmund mit 50 jähriger Gültigkeit, und zwar beginnend mit dem 1. 11. 1862, abgeschlossen war. Die Betriebseröffnung geschah pünktlich und es wurde auch gleich die Straßenbeleuchtung durch das Werk übernommen, wobei anstatt der bisherigen 39 Öllampen 150 Gaslaternen mit einem Kostenaufwand von 1500 Talern aufgestellt wurden. An Private wurde nach heutiger Rechnung das Kubikmeter Gas mit 29 Pfg. abgegeben. Die Brennstunde einer Straßenlaterne wurde mit 4 Pfg. berechnet, jedoch bekam der Magistrat bald für den Verbrauch der Straßenbeleuchtung einen Rabatt von 12½% zugebilligt. Im Jahre 1873 ging der Vertragsanteil des Herrn Chuchul an die Herren Hesse und Kommerzienrat Hegenscheidt über. Mit Beginn des Jahres 1887 trat eine Ermäßigung des Gaspreises auf 20 bzw. 14 Pfg. ein. Als 1896 die Stadt mit der A. E. G. Berlin einen Elektrizitätslieferungsvertrag abgeschlossen hatte, kam infolge der Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung ein großer Teil der Gaslaternen wieder in Fortfall.

Bei dem Bau der Kanalisation von Gleiwitz (1906—1909) ergab sich wegen der dadurch bedingten Neupflasterung der Straßen die Gelegenheit, bei evtl. Gasrohrverlegungen große Ersparnisse machen zu können, und so beschloß der Magistrat, zu untersuchen, ob nicht der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, den im Vertrage mit der Gasanstalt vorgesehenen Ankauf des Werkes durch die Stadt vorzunehmen oder ein eigenes Gaswerk zu errichten. Von letzterem Vorhaben nahm man aber Abstand, weil gerade in den Städten Bernburg und Marienburg (Westpreußen) Konkurrenzkämpfe zwischen einem privaten und dem städtischen Gaswerk zum großen Nachteil beider Teile durchgefochten worden waren. So wurde schließlich das Gaswerk für den Preis von 850 000 Mk. gekauft. Die Übernahme des Werks durch die Stadt geschah rückwirkend vom 1. 4. 1907. Es wurden nun sofort die notwendigsten Erweiterungsbauten in Angriff genommen und durch Auswechseln der Hauptzuführungsleitungen zur Stadt eine Verbesserung der Gasversorgung der Stadt angestrebt. Die Gaserzeugung betrug im Etatsjahre 1907: 1 202 000 Kubikmeter. Gleich im ersten Jahre des städtischen Betriebes wurde ein Bruttogewinn von 84 800 Mk. erzielt. Bis zum Jahre 1914 stieg die Gaserzeugung auf etwa 1 500 000 Kubikmeter, blieb während der Kriegsjahre auf gleicher Höhe, nahm aber nach dem Kriege im Gegensatz zu anderen Gasanstalten einen gewaltigen Aufschwung, so daß heute ca. 2 550 000 Kubikmeter abgegeben werden. Die vorhandenen Ofenanlagen genügen für eine tägliche Produktion von ca. 12 000 Kubikmeter, die bei der immer noch anhaltenden Steigerung der Gasabgabe bald erreicht sein wird. Es ist daher schon für die nächsten Jahre ein durchgreifender Umbau des Werkes vorgesehen, der es in die Lage setzen wird, den Ansprüchen der werdenden Großstadt voll nachkommen zu können.

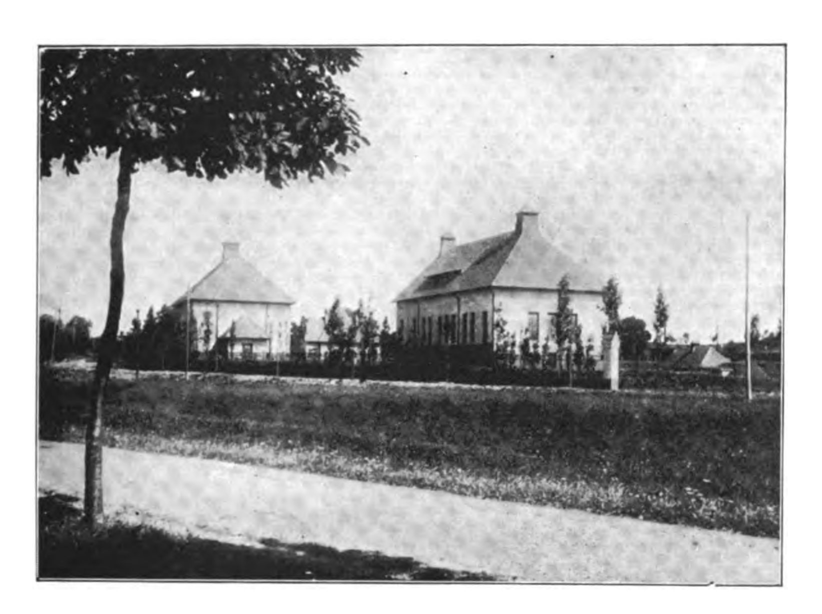
B. Städtisches Wasserwerk.

Hand in Hand mit der großzügigen Entwicklung Oberschlesiens und seinem bedeutenden Bevölkerungszuwachs ging die kulturelle Hebung der Bevölkerung. Es ist daher nicht zu verwundern, daß auf dem Gebiete der Hygiene bald die größten Forderungen gestellt werden mußten. Die wichtigste Frage der Besiedelung eines Landes ist seine Be- und Entwässerung, in erster Linie also die Wasserversorgung, die von jeher für Oberschlesien eine schwierige Aufgabe war. Besonders nach dem Kriege 1870/71 war die Wasserversorgung ohne Frage nicht ausreichend. Die in den Jahren 1873/74 vorgenommenen Erhebungen führten zu der traurigen Feststellung, daß mehr als die Hälfte des untersuchten Trinkwassers als gesundheitsschädlich bezeichnet werden mußte. In der Hauptsache war es der Staat, der Bergfiskus, der die Wasserversorgungsfrage aufnahm und mit vielen Opfern große Anlagen in Oberschlesien schuf. In erster Linie ist ihm die Entstehung des Wasserwerks in Zawada bei Peiskretscham zu verdanken, das für die Stadt Gleiwitz von besonderem Interesse ist.

Gleiwitz bezog bis zum Jahre 1901 das Wasser aus gegrabenen Brunnen im Innern der Stadt, außerdem aber auch aus der sogenannten Röhrteichleitung, welche aus dem im Süden der Stadt liegenden Röhrteiche bis zu dem Neptunbrunnen am Rathause führt. Im Jahre 1901 kam ein Vertrag mit dem Bergfiskus zustande, nach welchem aus dem staatlichen Wasserwerk Zawada etwa 5000 Kubikmeter Wasser täglich nach Gleiwitz zu liefern waren. Im gleichen Jahre wurde die städtische Wasserleitung mit Wasserturm erbaut und die alten Trinkwasserbrunnen geschlossen. Der Wasserverbrauch im ersten Betriebsjahre betrug 1 266 111 Kubikmeter und stieg bis zum Jahre 1914 auf 2 244 111 Kubikmeter. Der Tagesdurchschnitt war im Jahre 1901 3 471 und in 1914 6 148 Kubikmeter. Die inzwischen eingeführte Kanalisation und die angeschlossenen



Werksbetriebe haben aber den Wasserverbrauch noch bedeutend gesteigert, so daß z. B. am 22. 7. 14 schon 8 693 Kubikmeter abgegeben wurden. Es war demgemäß eine dringende Notwendigkeit, die Wasserversorgung der Stadt zu vergrößern. Es lag nahe, die Gegend um die bisherige Wasserversorgungsanlage von Zawada zu untersuchen und es geschah dies auch, indem versucht wurde, die Nutzbarmachung einer in einer alten Sägemühle befindlichen Quelle vorzunehmen. Jedoch war früher schon seitens des Oberbergamtes abgelehnt worden, das Bohrloch tiefer als 10 Meter aufwältigen zu lassen. Auch wurde durch einen Pumpversuch festgestellt, daß bei einer Aufwältigung bis zu 10 Meter Tiefe höchstens 0,5 Kubikmeter Wasser pro Minute zu erwarten waren. Es wurden daher auf diesem Gebiete keine Vorarbeiten mehr aufgenommen. Dann wurde das Quellgebiet um den Stadtteil Petersdorf untersucht. Hier zeigte es sich aber, daß das in Frage kommende Gebiet meistenteils im Besitze der Gleiwitzer Steinkohlengrube war und daß schon in früheren Jahren Beratungen über die Entnahme von Wasser mit den Vertretern dieser Gesellschaft gepflogen worden waren, die aber wegen zu hoher Forderungen der Gesellschaft als aussichtslos aufgegeben wurden. Hierauf wurde in der Gegend von Schalscha nach Wasser gesucht und zwar in dem Bohrloch Prinz Max an der Chaussee Gleiwitz-Tarnowitz. Die Pumpversuche ergaben etwa 11 Kubikmeter pro Minute; auch die chemischen Eigenschaften des Wassers waren nicht ungünstig. Schließlich hatten auch diese Arbeiten keinen Erfolg, weil der Besitzer des Bohrloches Prinz Max in Schalscha ganz ungeheuere Forderungen an die Stadt Gleiwitz stellte, die nicht im geringsten mit den Vorteilen, die durch den Bau eines Wasserhebewerkes in Schalscha zu erzielen gewesen wären, in Einklang zu bringen waren. Des weiteren wurde dann in der Nähe von Kieferstädtel bei dem Dorfe Pohlsdorf nach Wasser gesucht und auch mit einigen dortigen Besitzern verhandelt, jedoch ohne jeden Erfolg. Schließlich wurden Bohrungen in Laband angestellt, die so günstig ausfielen, daß hier das neue Wasserwerk der Stadt Gleiwitz errichtet wurde. Nachdem zunächst 2 Untersuchungsbohrlöcher von je 195 Mtr. Tiefe hergestellt worden waren, die eine befriedigende Ergiebigkeit gezeigt hatten, wurden dann 3 Bohrlöcher für den Wasserwerksbetrieb geschlagen. Das Bohrloch I befindet sich unmittelbar auf dem Grundstück der Maschinenstation, das Bohrloch II liegt am Dominium Laband und das Bohrloch III in dem Feldwege von Laband nach Retzitz, letzteres in einer Entfernung von 3 Kilometern von der Pumpstation. Nach Inbetriebnahme der Bohrlöcher, welche



Das städtische Wasserwerk in Laband (Blick über den Klodnitzkanal)

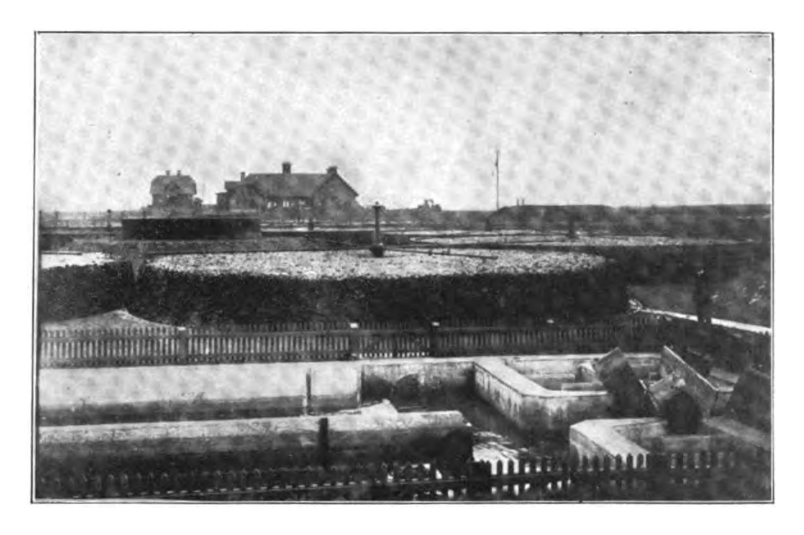
elektrisch angetriebene Tiefbrunnenpumpen haben, zeigte es sich, daß das Bohrloch II kein Wasser brachte, während Bohrloch I eine ständige Ergiebigkeit von ca. 100 und Bohrloch III von 420 Kubikmetern pro Stunde hat. Das Wasser ist schwach eisenhaltig und muß daher enteisnet werden. Gleichzeitig sind auch Spuren von freier Kohlensäure zu beseitigen. Dies geschieht durch eine Enteisenungsanlage, System Reisert, in Verbindung mit Marmor-Kiesfiltern. Das Wasser sammelt sich in einem 500 Kubikmeter fassenden Reinwasserbehälter und wird von hier durch Hochdruckzentrifugalpumpen angesaugt und nach Gleiwitz gedrückt. Der Betrieb des Wasserwerks wird durchweg mit elektrischer Kraft bewältigt. Die Motoren der Hochdruckpumpen laufen mit Hochspannung von 6000 Volt, während die Motoren der Bohrlochpumpen mit heruntergesetzter Spannung arbeiten (220 Volt). Die ganze Anlage ist im Durchschnitt mit etwa 450 elektrischen P.S. belastet. Die Wasserförderung beträgt gewöhnlich etwa 12 000 Kubikmeter in 24 Stunden. Die Stadt Gleiwitz hat also mit den 5000 Kubikmetern, die aus Zawada kommen, täglich 17 000 Kubikmeter zur Verfügung. Es besteht jedoch noch eine Erweiterungsmöglichkeit, indem in einer Entfernung von etwa 2 Kilometern vom Bohrloch III noch ein weiteres größeres Bohrloch hergestellt werden kann. Für absehbare Zeit ist daher der Wasserverbrauch der Einwohnerschaft und der Industrie der Stadt Gleiwitz gesichert.

C. Städtische Kanalisation und Kläranlage.

Mit der Aufstellung eines Bauplanes für die städtische Kanalisation zu Gleiwitz wurde im Jahre 1906 begonnen, nachdem allerdings vorher schon verschiedene Projekte aufgetaucht waren, die aber alle nicht die Zustimmung der städtischen Körperschaften gefunden hatten. Als Hauptgrundsätze für die Ausführung der Kanalisation wurden folgende aufgestellt:

1. Die minder dicht bebauten Stadtteile sollten nach dem Trennsystem entwässert werden, indem die Regenwässer dieser Stadtteile unter Beobachtung gehöriger Vorsicht in offene Wasserläufe geführt werden sollten. Die Wirtschaftswässer und die Fäkalien dagegen sollten zur Kläranlage geleitet werden.

2. Die innere Stadt sollte möglichst ganz durch die Schwemmkanalisation entwässert werden.



Die städtische Kläranlage (Tropfkörper mit Sprengler. Im Vordergrunde das Nachklärbecken)

Am 25. 6. 1906 fand dann, nachdem die Projekte zur landespolizeilichen Genehmigung eingereicht worden waren, seitens der Staatlichen Regierung eine Ortsbesichtigung statt, bei der die im Entwurf gewählte Anordnung des Schwemm- und des

Trennsystems gutgeheißen wurde und bei der auch der Vorschlag für eine mechanisch-biologische Abwässerreinigungsanlage als die beste Lösung der Abwasserfrage anerkannt wurde.

Im Jahre 1907 wurde zunächst mit der Herstellung kleinerer Kanäle begonnen, aber erst in den Jahren 1908/10 wurden die Arbeiten in größerem Maßstabe durchgeführt. Zur Entlastung für das Kanalnetz bei plötzlichen und starken Regenfällen wurden eine Anzahl Regenwasserauslässe in die einzelnen Kanalstrecken eingebaut. Die Lüftung des Netzes erfolgt durch die Fallstränge und die Dachabfallrohre der an die Kanalisationsanlage angeschlossenen Grundstücke. Vor jeder Regenwasserleitung, die in offene Wasserläufe einmündet, wurden entsprechende Sandfänge eingebaut. Der Entwurf der Kläranlage wurde unter besonderer Berücksichtigung weitestgehender Erweiterungsmöglichkeit hergestellt. Es wurde angenommen, daß die Stadt sich auf 250 000 Einwohner in absehbarer Zeit vermehren könnte und der Grunderwerb hiernach geregelt. An der westlichen Stadtkreisgrenze hatte die Stadt schon einen größeren Grundstücksbesitz, und da das natürliche Gefälle auch nach dieser Richtung ging, entschloß man sich zum Bau der Kläranlage in dieser Gegend, die weit ab von der eigentlichen Bebauungszone lag. Die Anwendung des reinen Rieselverfahrens verbot sich durch die ungeheuren Kosten, welche zum Erwerbe eines dafür genügend großen Geländes erforderlich waren, ganz davon abgesehen, daß der lettehaltige Boden sich nicht ohne weiteres für Rieselanlagen eignet. Es wurde daher das biologische Klärverfahren unter Anwendung von Tropfsprenglern gewählt. Die Abwässerreinigungsanlage besteht demnach aus folgenden Teilen:

1. einer beweglichen Rechenanlage, die die Abwässer von den groben Sink- und Schwebestoffen reinigt;
2. einer mechanischen Sedimentierungsanlage, in welcher auch die feineren Schmutzstoffe aus den Abwässern beseitigt werden;
3. aus einer Schlammentfernungsanlage, die notwendig ist, um den zur Ausscheidung kommenden Schlamm aus der Vorreinigung und der Sedimentierungsanlage zu beseitigen;
4. aus einer Oxydationsfilteranlage, welche die vorgereinigten Abwässer durch Filter weiter behandelt;
5. aus einer Nachkläranlage, in welcher die beim Filtern mitgerissenen leichten Schlackenteilchen abgesetzt werden können. Hierzu gehört auch eine Desinfektionsanlage für die gereinigten Abwässer, die beim Auftreten von Epidemien in Betrieb gesetzt werden kann;
6. aus den Pumpen- und sonstigen Maschinenanlagen;
7. aus den zu einer Kläranlage gehörigen Nebenanlagen.

Wenn seit dem Jahre 1923 sowohl das städtische Gut Gardel als auch die Gutsherrschaft Laband die städtischen Abwässer auf ihren Wiesen und Feldern benutzen, so bedeuten diese Rieselanlagen keineswegs ein grundsätzliches Verlassen des einmal gewählten biologischen Klärverfahrens, da aus landwirtschaftlichen Gründen die Beschickung der Rieselwiesen und -Felder nur mit großen Unterbrechungen erfolgen kann und für die Zeit dieser Unterbrechungen die biologische Kläranlage in vollem Ausmaße in Anspruch genommen wird.

Die Herstellung der Kläranlage kostete einschließlich der Befestigung der dahin führenden Straße 704 400 Mark. Die gesamten Ausgaben für die Kanalisation der Stadt betragen 4 500 000 Mark.

Das Gleiwitzer Stadttheater

Von A. Hellmann, Gleiwitz

Kunst, Wissenschaft, Religion ... das sind die Repräsentanten jeder Kultur. Eine so stark auf Individualität aufgewachsene Dreieinheit muß Lieblinge und Stiefkinder haben. Zu den Stiefkindern gehört das deutsche Nationaltheater. Seit jeher. Wer einige theatergeschichtliche Kenntnisse besitzt, kennt die Tragödie.

Der Krieg ließ den Gedanken an ein Nationaltheater völlig verfallen. Verwunderlich und doch so klar: Sind doch gerade Krieg und gute Theaterkonjunktur zwei unzertrennliche Begriffe und Erfahrungsmomente!

Es kam die Nachkriegszeit. Mit ihr zunächst das bekannte Chaos auf politischem und geistigem Gebiet. Dann allmählich dämmerndes Bewußtsein von der Notwendigkeit einer nationalen Kultureinheit und einer die ganze Volksgemeinschaft durchdringenden Volksbildung. Brachte sie die Nationalisierung (im Sinne eines allgemeinen Erlebens) des Theaters? O nein! Der 9. November 1918 verlangte Revolutionierung alles Bisherigen. Er erstrebte und erreichte sie teilweise in der Form einer Kommunalisierung. Das war ein Sprung von tausend Kilometern abseits des Nationaltheatergedankens. Weit weg von dem ewigen deutschen Streben, dem Theater seine wahre Bestimmung als Kultstätte der Nation wiederzugeben, das Volk von der großen Vereinsamung im Ich zu befreien und in ihm durch allgemeinsames Miterleben großer gewaltiger Schicksale und dichterischer Schönheiten das schlummernde Bewußtsein der Weltzusammengehörigkeit zu wecken.

Die Idee der Kommunalisierung der Theater stammt bereits aus der Vorkriegszeit. Die Stadttheater, Eigentum der Städte und von Pächtern betrieben, schaukelten schon vor dem Jahre 1914 infolge der anwachsenden sozialen und wirtschaftlichen Lasten auf der glitschigen Bahn zum Bankerott. Die Kommunalisierung sollte helfen.

Nach dem Kriege wurde die Frage brennendstes Problem. Was verlangt die Verstadtlichung? Zweifaches: Verantwortlichkeit und Geld. Zwei gespensterhafte Riesenklötze stemmten sich diesen zwei Faktoren entgegen: Der wachsende politische Wirrwar mit der vielfach zerhackten Auffassung von der Mission des Theaters und die wachsende Pleite in den Kommunalkassen. Dem privaten Bankerott der Pächter sollte der offizielle Bankerott der Städte helfen.

Was wurde? ... die Pächter blieben, schlüpften in eine aalglatte Schlangenhaut und wanden sich mehr oder weniger geschickt durch Not, Schiebertum, Geschmack und Bedürfnis hindurch.

So war denn auch der Werdegang des Gleiwitzer Stadttheaters nach dem Kriege.

* * *

Der Fremde, der das Gleiwitzer Theatergebäude sucht, wird bestimmt einige Male an ihm suchend vorüberlaufen. Eingekeilt ins Straßenbild, zum Theater nach außen gestempelt lediglich durch eine nüchterne, geschäftliche Miniaturtafel an der Straße, entbehrt es völlig den Charakter des Festlichen, Besonderen, Offiziellen. Architektonisch hat sein Äußeres Bild seit dem Vorjahre

durch den vom Stadtbaurat Schabik stilvoll durchgeführten Bau einer Freitreppe und einer Treppenhalle wesentlich gewonnen.

Dem Inneren — Theatersaal und Umräumen — fehlte bisher Intimität, feine Abgetöntheit und schwingende Akustik. Zur bestmöglichen Übermittlung eines Bühnenwerkes gehören ja außer Darstellung und Regiekunst auch der Zuschauerraum und das Publikum; zur frommen, hingegebenen Aufnahme einer Dichtung eine weihevolle Stimmung, die auch der Umwelt des Theaterraumes entströmen muß. Intimität des Saales ermöglicht den Schauspielern, auf starke, vergröbernde Ausdrucksmittel zu verzichten; ermöglicht den Ausdruck der halben Töne hingehauchter Kammerspiele.

Das hat die Gleiwitzer Kommune erkannt. So ist diesem Mangel im letzten Jahre durch den Bau eines erhöhten Gestühls im Parkett und eines geräumigen Wandelganges teilweise abgeholfen worden. Zu schaffen bleibt noch viel, insbesondere im Bühnenhause. Überlassen wir es ruhig dem ungemein scharfen Zweck- und Stilsinn unseres Stadtbaurats.

Wir folgern anerkennend: Die Stabilisierung unserer Währung und die damit verknüpfte Stärkung des Stadtsäckels ist an dem Gleiwitzer Theaterbau nicht spurlos vorübergegangen.

* * *

Blicken wir zurück auf die künstlerischen Leistungen des Gleiwitzer Theaters!

Aller Bühnenkunst Wiege ist der religiöse Kult. Festlichkeit, Nichtalltäglichkeit, Anhieb zur geistigen und seelischen Sammlung, das sind ihre ursprünglichen Charakterzüge. Wo gibt es heute noch eine Bühne dieser Prägung? Wo ist jener Festcharakter des Theaters geblieben? ....

Aus der feierlichen, sonntäglichen Angelegenheit ist eine alltägliche, handwerkliche geworden. Das bedeutet Sturz vom Göttlichen ins Profane. Der Spielplan offenbart das alles. Er gibt dem Theater das Gepräge.

Wie war's bisher bei uns? ...

Die Theaterdirektion Heide-Matzdorff, die im Jahre 1919 zu regieren begann, gab zunächst in ernsthafter Absicht — Tradition. Dieses Wort hat im Theaterleben keinen schönen Beiklang. Es riecht nach — Schlendrian. Wer eine feine Nase hatte, roch ihn auch bei uns heraus. Selbst aus den ehrbarsten, anerkennenswerten Versuchen, sich individuell zu geben.

Hinzu kam die Nachkriegszeitpsychose des Publikums, dessen erschlaffte Nerven nur noch nach Paprika! ... schrien. Das Gleiwitzer Theater paßte sich an und verlegte allmählich seinen Schwerpunkt auf die Oper und Operette.

Immerhin blieb ein gewisses künstlerisches Gesicht gewahrt. Besonders in den Opernaufführungen, die, teilweise mit berühmten Gästen geboten, populär wurden, das Volksganze erfaßten. Ich denke da besonders an die Opern „Troubadour", „Tannhäuser", „Tiefland".

Trotzdem war der starke Ruck zum Geschäftstheater unter dem drohenden Einfluß der wirtschaftlichen Krisis auf allen Gebieten des Geistes spürbar. Man spielte immer härter auf — Kassenüberschüsse zu.

Bis plötzlich im Winter 1922/23 die Direktion Fisch-Winter wie eine Bombe hereingeplatzt kam.

Fisch kam mit der ehrlichen Überzeugung, daß die Theaterkunst in unserer Gegenwart zu sehr Objekt der Unterhaltung ist, und wollte beweisen, daß sie vielmehr berufen sei, dem Leben einen

großen Inhalt zu geben. So mußte seine Sendung eine zweifache sein: Eine künstlerische und eine kulturpolitische.

Fisch zeigte das Bild der neuen (heute schon verglimmenden) Bühnenausdruckskunst in allen ihren guten und schlechten Farben. Er gestaltete alles: Gefühl — Ausdruck — Bewegung ... vom Ich aus. Seine Trabanten waren der Dekorationsmaler, der Elektrotechniker und der neue Schauspieler mit der barocken Gestikulation und dem großen lyrischen Pathos. Klassiker und Moderne — alle erschienen zugestutzt auf diese neue Form. Das gab manche nur äußerliche Gebärde, manch' großes Erlebnis. Ich nenne die Aufführungen „Was ihr wollt", „Torquato Tasso", „Weh' dem, der lügt", „Rausch", „Die Nächte des Bruders Vitalis", „Peer Gynt", „Liebe" (Wildgans), „Von Morgens bis Mitternachts" (Kaiser), „Die Büchse der Pandora".

Die Operette sollte bei gleichzeitiger Befriedigung der Indianerbegeisterung des Publikums für die geistlose Tagesmode die Wirtschaftsgestaltung begünstigen. Daß dieses Experiment nicht gelang, spricht für den Künstler Fisch.

In dem Kontakt zwischen dem Theater und der eigenen Zeit zeigte sich die kulturpolitische Sendung dieser Spielzeit. Und doch fehlte den völlig auf das rein Künstlerische, rein Geistige des Theaters eingestellten Taten die Resonnanz im weiteren Fruchtboden der Bevölkerung. Warum? ... Vor allem deshalb, weil Fisch die kulturelle Besonderheit unserer Provinz, den Charakter der Stadt und besonders die soziale Schichtung des Publikums unberücksichtigt gelassen hat.

Kam wieder die Direktion Heide-Matzdorff. Schon das Anfangsergebnis war: Nun haben wir in unserem Theater das Muster einer gewerblichen Einrichtung (der wirtschaftliche Bankerott der künstlerischen Spielzeit Fisch's hatte ja dieses Ergebnis vorbereitet). Dem entsprach dann auch der Aufbau der ideellen und materiellen Existenz des Gleiwitzer Theaters auf der Nachfrage der Theaterkonsumenten.

Den breiten Volksschichten bereitwilligstes und weitestes Entgegenkommen zu bezeigen, war Lebensinteresse geworden. Als Entschuldigungsgrund tauchte der ungemein wirksame und viel Wahrheit bergende Satz auf: Dem Theaterleiter erwächst gerade in heutiger Zeit die heiligste Pflicht, seine Darsteller aus einem rein proletarischen Dasein zu befreien.

Und so spielte man heute — Jean Gilbert, morgen Jean Gilbert, übermorgen — Jean Gilbert ... Man hatte volle Häuser und volle Kassen und sah im Theater kaum ein unzufriedenes Gesicht, höchstens das eines zwangsweise anwesenden Rezensenten.

Das Stadtsäckel trug zufriedene Falten. Das ernsthafte Publikum ging leer aus.

So standen wir mißmutig auf einem toten Punkt.

Von keiner Seite kam Leben. Auch nicht von den zu „höheren Zielen" geborenen Besucherorganisationen. Was wollten die wohl?

* * *

Hie Geschäftstheater — da Kulturtheater! Hie Kunstpublikum — da Amüsierpublikum! So schrie es schon vor Jahren in Deutschland auf. Ein scharfer Strich brannte dazwischen.

An diesen Strich klammerten sich zwei Besucherorganisationen. Wuchtig und energisch, um ihn einzudrücken: Der „Bühnenvolksbund" und die „Freie Volksbühne".

Zwischen beide klemmte sich alsbald wieder ein Strich ein! Darin liegt der Kern ihres Anfangsmißerfolges. Beide wollten eine geistige Gemeinschaft aller Kunstschaffenden und Kunst-

genießenden auf dem Zusammengehörigkeitsgefühl des Volkes gründen. Ihr erstes Wirken schon ging scharf auseinander. Der Bühnenvolksbund steuerte zur Theaterpflege in „Christlich-deutschem Volksgeiste"; die Freie Volksbühne verwarf dieses individuelle Prinzip, zielte nach einem überpersönlichen und schuf eine „Kampfbühne zur Erzielung einer rein proletarischen Kultur".

In Gleiwitz bestehen beide Organisationen. Beide in zahlenmäßiger Stärke. Sie stehen nach außen hin einander nicht gegenüber, gehen vielmehr friedlich nebeneinander, leider nicht zusammenwirkend miteinander.

Der Strich zwischen beiden ist verblaßt. Aber man ahnt ihn. Daß es beiden Organisationen nicht gelingen konnte, die Spielzeit 1923/24 von der geschäftlichen auf eine künstlerische Basis zu treiben, war kein Zeichen innerer Stärke und zum größten Teil auf Gegensätze in der Stellung zur Theaterleitung zurückzuführen.

* * *

Da endlich schlossen sich die beiden Publikumorgane der drei Städte Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg im Frühjahr 1924 zusammen, verbanden sich wirtschaftlich mit den drei Kommunen und gründeten am 2. Mai desselben Jahres das „oberschlesische Dreistädtetheater".

Das schien Morgenröte zu sein. Man wollte aufjauchzen und kniff den Magen ein. Der hatte schon zuviel an Theaterenttäuschungen verdauen müssen.

Dem neuen oberschlesischen Theatergebilde, das nach seinem zuerst geheimnis-, allmählich verheißungsvollen Programm in vieler Beziehung als glückliche Lösung der oberschlesischen Theaterfrage zu begrüßen war, erwuchs Zyklopenarbeit. Künstlerischer Leiter des Ganzen wurde Intendant Hubert Reusch mit dem Sitz in Gleiwitz. Seine Arbeit war und ist die am wenigsten beneidenswerte. Es will etwas heißen, seinen eigenen Kunstwillen durch das grausige Labyrinth von drei Kommunen, sechs Organisationsvertretungen, durch die tausendköpfige Geschmacks-Hydra des Publikums und die Subjektivität der öffentlichen Meinung hindurchzubalancieren und so nebenbei noch den Spielplan „der Diktatur der Kasse zu entziehen".

Die Spielzeit begann am 26. September mit Aufführungen von „Fidelio" und „Don Carlos". So kunstreif, wie in Gleiwitz seit Jahren ein Theaterbeginn nicht zu erleben war. Auf diesem hohen Niveau hält sich weiter das neue Theater, aber es krankt am — Publikum.

Welches Theater leidet wohl heute nicht an dieser Krankheit? — —

* * *

Es gab eine Zeit (sie haucht noch in unsere Tage hinein ....), da man das Wort „Kultur" am liebsten ganz tief in dem am Volke verzweifelnden Busen versteckte. Jetzt ist die Zeit gekommen, da wir es wie den Namen Gottes aussprechen müssen. Dafür muß es auch von einem neuen heiligen Sinn erfüllt werden. Das „Dreistädtetheater" ist sich dieser hohen Mission bewußt.

In diesem Sinne hier im gefährdeten Winkel der Ostmark weiter zu wirken, bleibt ernsthafteste und ehrenvollste Pflicht des oberschlesischen Theaters.

Das Gleiwitzer Musikleben

Von Musikdirektor Franz Kauf, Gleiwitz.

In musikalischer Beziehung hat Gleiwitz in den letzten Konzertwintern einen unstreitigen Aufschwung genommen, wohlverstanden unter der bestehenden Voraussetzung, daß es noch immer an dem idealen Konzertsaal fehlt, wie ihn etwa Beuthen für große Konzerte im Schützenhaussaal, für Kammermusik im Konzerthaussaal besitzt. Zwar hat Gleiwitz einen Saal, der den stolzen Namen „Kammermusiksaal" führt; wenn in letzter Saison aber daselbst keine Konzerte stattfanden, so hat das seine guten Gründe. Einen zweiten Saal hat die evangelische Gemeinde ihrem Vereinshause angegliedert, der aber, da erst in letzter Zeit fertiggestellt, seine Brauchbarkeit für Konzerte noch nicht beweisen konnte. Welche einschneidende Bedeutung aber die Saalfrage für eine Stadt hat, weiß der Musiker und Konzertleiter am besten; man könnte mir entgegenhalten, daß wir in unserem geräumigen Stadttheater einen prächtigen Konzertraum besäßen: er ist es nicht. Denn technisch ist der Auf- und Abbau des Podiums (Überbau des Orchesterraumes), der bei größeren Konzerten erforderlich ist, zeit- und geldraubend; akustisch aber nehmen Bühne (Kulissen und Sofitten) soviel Ton weg, daß der Eindruck selbst bei bester Leistung ein matter bleiben wird. Dazu kommt noch praktisch der Umstand, daß das Theater nur an bestimmten Tagen frei ist, die Konzerte also immer an solche gebunden sind, was wieder Schwierigkeiten beim Abschluß mit den Solisten verursacht.

Dies alles muß ich vorausschicken, weil es für das Konzertleben in Gleiwitz eben ausschlaggebend ist und seine Richtlinien beeinflußt. Diese Richtlinien werden zunächst von den Vereinen vorgezeichnet, die sich künstlerische Musikpflege angelegen sein lassen; es sind: der Musikverein (gem. Chor), der Lehrergesangverein und die Liedertafel (beides Männerchöre). Dazu kommen die beiden Cäcilienvereine und der evangelische Kirchenchor. Daß außerdem eine Reihe von Männergesangvereinen besteht, die sich gesellige Ziele gesetzt haben, ist für die Musikliebe der Gleiwitzer ein gutes Zeichen, kommt aber hier weniger in Frage.

Der Musikverein hat sich — wie in vergangenen Jahren — so auch in den letzten Konzertwintern nicht nur mit Aufführung von Chorwerken befaßt, sondern hat (zumeist in Verbindung mit der „Oberschlesischen Konzert- und Vortragsgesellschaft") namhafte Künstler und Künstlervereinigungen nach Gleiwitz gebracht. Der Verein, der unter musikalischer Leitung des Verfassers steht, brachte im Dezember 1923 „Judas Makkabäus" von Händel zur Aufführung, künstlerisch unterstützt von den Berliner Solisten: Frau Ebel-Wilde und den Herren Roland Hell und Hermann Schey und unserm leistungsfähigen Genossenschaftsorchester, über das an anderer Stelle noch zu sprechen sein wird. Im Dezember 1924 wurde Bachs „Johannespassion" aufgeführt, und zwar bei Hintenansetzung aller finanziellen Bedenken mit einem allerersten Solistenensemble: Emy von Stetten (Sopran), Helga Weeke (Alt), dem gefeierten Evangelisten des Stuttgarter Bachfestes, Alfred Wilde (Tenor) und Hans Herrmann Nissen (Jesus), während unser schlesischer Künstler Kurt Becker die Arien und die kleineren Baßpartien sang. Um dem Werke nach jeder Richtung hin seine künstlerische Weihe zu geben, war das Schlesische Landesorchester zur Mit-

wirkung herangezogen. Es versteht sich von selbst, daß ich mich jeder kritischen Würdigung dieser Konzerte enthalte, da ich selbst als Ausführender tätigst im Gleiwitzer Musikleben stehe und diese Zeilen ja auch nur einen Überblick über das Gebotene geben sollen. Das aber darf gesagt werden, daß durch den musikalischen Konkurrenzkampf oberschlesischer Städte befedert auf der ganzen Linie nur künstlerisch recht beachtenswerte Leistungen geboten werden, wie denn das Musikleben Oberschlesiens überhaupt auf einer Höhe steht, die den aus dem Reich kommenden, spöttelnden Fremden bald zur Anerkennung zwingt. Eine besondere Tat vollbrachte der Musikverein im Mai 1924 durch Aufführung von Sepp Roseggers „Weltliches Requiem" (nach Leipzig die zweite Aufführung in Deutschland) ein modernes, doch wundervoll sangbares und ergreifendes Werk.

Der Lehrergesangverein, dessen musikalische Leitung ebenfalls der Unterzeichnete in Händen hat, trat in der Saison 23/24 mit drei Konzerten vor die Öffentlichkeit. Im November brachte er „In vitam aeternam" von Franz Kauf – eine Kantate für Baritonsolo, Männer- und Kinderchor und großes Orchester – heraus, bei der Hans Hielscher-Breslau das Solo sang; im Januar veranstaltete er, um zu zeigen, daß er nicht nur der tragischen Muße huldige, ein a capella Chor-Konzert mit dem Untertitel „Der Humor im deutschen Liede", wozu Kurt Becker-Reinerz entsprechende Lieder sang, und im März stand er schon wieder gerüstet, diesmal mit Nicodés schwierigem Werk „Das Meer", auf dem Podium, unterstützt von dem Breslauer Landesorchester und Frau Irmingard Mott als Solistin. In dieser Saison hörten wir bereits ein a capella Konzert mit auserlesenen Chorballaden.

Die „Liedertafel", der älteste Männergesangverein von Gleiwitz, hat sich unter der rührigen Leitung seines Liedermeisters Leo Kluge (Gesanglehrer am Gymnasium) mehr und mehr der Oeffentlichkeit zugewandt. In einem schönen Chorkonzert, zum Teil vereint mit dem Gymnasial-Knabenchor, erfreute er durch das Gebotene. Im April gab er eine prächtige Aufführung von Bruchs „Fritjof".

Bis auf eine Weihnachtskantate, die der Cäcilienverein „Peter-Paul" unter Leitung von Herrn Chorrektor Matzker aufführte, sind die beiden Cäcilienvereine in den letzten Wintern ungünstiger Verhältnisse wegen nicht an die Öffentlichkeit getreten; doch darf man darum ihre Arbeit, die sie allsonntäglich durch gute, meist instrumental begleitete Kirchenmusik leisten, nicht hoch genug anschlagen. Den Verein „Allerheiligen" leitet Herr Chorrektor Gebauer. Den evangelischen Kirchenmusikverein hat der Orgelvirtuos (Straubeschüler) Max Schweichert auf nennenswerte Höhe gebracht, so daß mit ihm immer mehr als vollwertiger Faktor im Gleiwitzer Musikleben zu rechnen ist. Unterstützt von einer vorzüglichen Orgel, sind seine Orgel- und Chorkonzerte eine wertvolle Ergänzung weltlicher Musik. Im ganzen waren im Winter 23/24 es drei Konzerte, zu denen der Chor einlud, von denen das „Deutsche Requiem" (Brahms) mit den trefflichen Solisten Rosa Lind und Fritz Neumeier (beide aus Leipzig) das Wertvollste war. Im Oktober trat der Chor ganz hervorragend während der evangelischen Kirchenmusikwoche hervor, bei der er neben Werken alter Meister auch eine Motette von Arnold Mendelssohn sang, die künstlerisch hoch zu bewerten war. Im Dezember folgte als Weihnachtsaufführung Herzogenbergs „Geburt Christi", wobei als Solisten Gertrud Sengstack-Laaß (Sopran), Hanna Schweichert (Alt), Carlos Sengstack (Tenor) und Ernst Miczek (Baß) mit bestem Erfolge wirkten.

Von Künstler-Vereinigungen sahen wir in den letzten Wintern das Klingler-Quartett, das Dresdener Streich-Quartett, das Gewandhaus-Quartett und das Amar-Hinde-

mith-Quartett bei uns, deren Veranstaltungen sämtlich, so verschiedenen Stilrichtungen sie auch angehörten, auf volles Verständnis stießen, was wiederum den vorbereitenden Aus- und Aufführungen unseres hiesigen Blumenfeld-Quartetts zu danken ist, das wahrhaft volkserzieherisch wirkt. Solisten erschienen spärlicher: Rostal, der junge, hinreißende Geiger, und Hennig, unser geschätzter schlesischer Violinvirtuos; ferner die Wiener Pianistin Margarete Wit, die im Rahmen der Sinfoniekonzerte des Genossenschaftsorchesters bzw. des Musikvereins konzertierte und besonders durch die bravuröse Leistung des Lißt Es-dur-Konzertes erstaunen machte. Von Sängern konnten wir den prächtigen Bariton Rehkempers bewundern, der einen Liederabend im Rahmen des Musikvereins gab.

Von einheimischen Kräften veranstalteten Liederabende: die beiden Sopranistinnen Frau Käthe Hofbauer-Ahrens, die nach manchen gesanglichen Erfolgen dauernd in Gleiwitz verbleiben will, und die Gleiwitzerin Fräulein Angela Schymiczek, die bei Lulu Miscz Gmeiner gründliche Schule durchgemacht hat; ferner der Schüler Professor Fischers: Willy Fleischer, der in eigenem Konzert und einem Duett-Abend mit Frau Ferry-Haupt seine hohe Gesangskultur bewies. Das bereits mehrmals erwähnte Genossenschaftsorchester veranstaltete unter der Firma des Musikvereins in der Saison 23/24 zwei Sinfoniekonzerte, die vorzugsweise klassische Musik boten und die sich regsten Zuspruches erfreuten. Auf eigene Regie fand unter Leitung des Kapellmeisters Altschüler vom Stadttheater ein Abend statt, der vorzugsweise moderner Musik gewidmet war und durch den Breslauer Baritonisten Rudow künstlerisch gewann.

Ein besonderes Kapitel müßte das Stadttheater beanspruchen, über dessen Wert oder Unwert in der Saison 23/24 die Meinungen sehr auseinandergingen. Es war im Rahmen der musikalischen Ereignisse der genannten Saison ein bedeutendes Plus an einigen wirklich guten Opernaufführungen zu buchen; es waren: „Boheme“, „Der fliegende Holländer“, „Rigoletto“ und „Der Barbier von Sevilla“ (ein Deutscher, drei Italiener!), bei denen die hiesigen Kräfte durch auswärtige Gäste ergänzt wurden und das Genossenschaftsorchester das Menschenmöglichste leistete. Heute liegt die Sache künstlerisch bedeutend günstiger, da Gleiwitz an das Dreistädte-Theater mit Beuthen und Hindenburg angeschlossen ist, und Opern und Schauspiele in vollendeter Aufmachung geboten werden, während die Operette bereits etwas zurückgedrückt wird, um das Kulturniveau des armen, schon von Goethe arg verkannten Oberschlesiens unbedingt zu heben.

Nicht vergessen soll zum Schluß ein Sinfoniekonzert des Dresdener Philharmonischen Orchesters werden, das uns von dem Bühnenvolksbund im vergangenen Winter vermittelt wurde und das unter Leitung des Professors Mraczek stand.

Für einen guten, musikalisch gebildeten Nachwuchs sorgt außer einer Reihe guter konservatorisch gebildeter und geprüfter Musiklehrer und Musiklehrerinnen die Gleiwitzer Musikschule (Leitung: Direktoren Kauf und Schweichert), die auch mit Schülervorspielen und einem Konzert der Meisterklasse an die Öffentlichkeit trat, bei welchem klassische Klavierkonzerte mit Orchester geboten wurden.

Soll ich schließen, ohne die Entwicklungsmöglichkeiten für kommende Zeit ins Auge zu fassen? — Gleiwitz bewegt sich allerwärts auf enorm ansteigender Linie; schon ist ein Hotelbau in Angriff genommen, der uns hoffentlich auch einen wenigstens für Kammermusik günstigen Konzertsaal bringen wird. Ob sich derartige Hoffnungen bei dem neu erbauten Kino in der Markgrafenstraße erfüllen werden, wird die Zukunft lehren. Haben wir erst diesen



Boden gewonnen, wird sich zu außergewöhnlichen Aufführungen auch einmal ein Zusammenarbeiten der Vereine ermöglichen lassen, wie das in Großstädten selbstverständlich erscheint, wenn es gilt, eine Matthäus-Passion oder eine achte Sinfonie von Mahler aufzuführen. Sollten sich in dieser Beziehung die Dinge nicht ändern, so wäre freilich der musikalischen Entwicklung unserer Stadt ein Stein in den Weg gelegt. Sie würde von Nachbarstädten überflügelt werden. Aber es scheint, daß auch gute Ansätze zur gegenseitigen Verständigung vorhanden sind, wir also auch in dieser Richtung von der Zukunft Gutes erhoffen können. Was nützen freilich Konzertsäle und Konzerte großen Stils, wenn das Publikum nicht aufnahmefähig und begeisterungsfreudig wäre? Es zu erziehen, hat sich auch im verflossenen Winter der Volksbildungsverein durch die sogenannten „Kauf-Abende" bemüht, bei denen der Vortragende versuchte, durch Erläuterungen am Klavier und Unterstützung hiesiger Kräfte Verständnis für die Werke unserer großen Meister zu erwecken.

Möchten auch diese Zeilen beitragen, neben einer objektiven Übersicht zugleich das Interesse für unsere Gleiwitzer Musik anzubahnen. Nicht der Einzelne vermag dies, sondern nur die Allgemeinheit, wenn sie künstlerische Intentionen stützt und fördert und so beiträgt zu einem der wichtigsten Kulturfaktoren eines Volkes.



Kunstausstellung des Oberschlesischen Bundes für bildende Kunst in der Ausstellungshalle in Gleiwitz

Der Bund für bildende Kunst in Oberschlesien und seine Ausstellungen in Gleiwitz

Von Maler Max Odoy.

Wohl in keiner deutschen Provinz des Ostens ist es um die bildende Kunst so traurig bestellt wie in unserer Heimatprovinz Oberschlesien. Keine Überlieferung vergangener großer Kunstzeiten ragt in den hastenden Alltag. Das mit amerikanischer Schnelle in wenigen Jahrzehnten sich ausbauende Berg- und Hüttenwesen, seine Pflicht, dem Reich wirtschaftlich zu dienen, ließen keine Zeit zu geruhsamem Denken, raste an aller diesseitigen Schönheit der Künste, wie aller jenseitigen des sittlichen Denkens vorbei. Einzig die Tonkunst hat sich auf schwer zu bestellendem Boden karg behaupten können. Die Baukunst macht erst in letzter Zeit krampfhafte Versuche, den widerlichen Geschmacklosigkeiten, denen kein scharfes Baugesetz steuert, Einhalt zu tun und die verwüsteten Stadtbilder notdürftig zu verschönen. Bildhauer und Maler aber haben immer noch gegen reichliche Verständnislosigkeit zu kämpfen. Falls sich irgend ein Begabter dieser Art regt und das oberschlesische Kunstelend erkennt, schüttelt er den Staub von den Füßen, um im kulturgesegneten Westen mit junger Kraft eine befruchtende Tätigkeit zu entfalten. Die Rückkehr der abgewanderten Kräfte wird zur Unmöglichkeit durch den fast völligen Mangel an Ausstellungsräumen oder Kunstwerkstätten. Keine Kunstschule wirkt mittebildend und anziehend auf die Schaffenden. Werk- und Hüttenwesen sind nur auf Zweckmäßigkeit, nicht auf künstlerische Form eingestellt. Das Absterben der einst wundervollen oberschlesischen Eisenkunstgußarbeit ist ein trauriges Zeichen dieser Versandung in öder Geldwirtschaft.

Auch die Anteilnahme an etwaigen Kunstausstellungen ist gering und meist mit falschen Vorstellungen der Besucher verknüpft. Die Meinung war und ist noch verbreitet, eine Kunstausstellung sei eine Art Gewerbeschau, zu der jeder Handwerker ein tüchtig gearbeitetes Stück hinsenden könne. Während sich eine klavierspielende höhere Tochter im allgemeinen auch in Oberschlesien nicht gleich für eine große Musikkünstlerin hält, glaubt jeder Laie, der in stillen Stunden Pinsel und Farbe

rührt, sich der Öffentlichkeit vorstellen zu dürfen. Die Ausstellungsbesucher gehen oft durch die Räume, belustigen sich über Dinge, die ihnen fern liegen, sehen höchstens die „Natürlichkeit" der Darstellung und nicht das Wesen der Werke, nicht, daß in den vorgeführten Arbeiten künstlerische Aufgaben irgendwie neu bewältigt wurden. Den Ankauf eines Bildes, einer Statue gar in den Kreis des Denkens zu ziehen, ist geradezu bestürzend. Es ist betrüblich, daß in einem Landstrich, in dem das Geld rollt und in dem nur mit großen Zahlen gerechnet wird, sich noch keine mit wahrem Kunstverständnis geleitete Sammlung einheimischer Kunstwerke befindet. Mit Bitterkeit können darum oberschlesische Künstler im Reich nur ihrer Heimat gedenken, die ihnen bei allem Reichtum kaum eine Daseinsmöglichkeit schafft. Für sie ist Oberschlesien das Land der Ausbeutung, das Reich ohne Seele. Schwer ist es darum, die oberschlesischen Künstler wieder ihrer Heimat zu befreunden. Möglich war das nur, wenn eine Vereinigung von Künstlern und Kunstfreunden und vor allem ein günstiger Ausstellungsraum geschaffen wurde. Dank der zähen Arbeit einiger zielbewußter Männer wurde diese Aufgabe, soweit es die heutigen Verhältnisse erlaubten, gelöst. Es entstand in Gleiwitz der „Bund für bildende Kunst" mit seinen zwei Gruppen der Künstler und der Kunstfreunde und es wurde die ehemalige Ulanenreitbahn vom Staat der Stadt Gleiwitz käuflich überlassen und zur Ausstellungshalle umgewandelt. Zwar entspricht die Halle noch nicht völlig ihrem hohen Zweck, doch ist es möglich geworden, daß eine kleine Gruppe junger oberschlesischer Künstler, die sich über ihre Ziele völlig klar sind, den Verlauf ihrer künstlerischen Entwicklung der Öffentlichkeit vorführen kann. Die Ausstellungsbesucher, die beobachtend die Halle durchschreiten, können die langsamen, aber sicheren Fortschritte der Künstler verfolgen. Dadurch wird es dem Kunstfreund ermöglicht, sein Kunstverständnis zu schulen und den Unterschied von Kunst und Natur klar nachzufühlen. Er wird beim Anblick der verschiedenen Möglichkeiten, die Natur im Kunstwerk zu verarbeiten, freier denken lernen, den einzelnen Künstlern gerecht werden und selbst eine außerordentliche Bereicherung des Genießens erfahren.

Diese Erziehung der Öffentlichkeit zur Kunst wurde leider bis in die letzte Zeit von einem Teil der Presse noch verkannt. Anstatt die Laien über die einfachsten Vorbedingungen des Kunstgenusses aufzuklären, sachlich auf die verschiedenen Kunstwege hinzuweisen, wurden die Ausstellungsbesprechungen nur dazu benutzt, das Licht des Berichterstatters leuchten zu lassen, seine eigene mehr oder weniger richtige Meinung mit aller Schärfe zu betonen. Andere Kunstmöglichkeiten wurden als Unkunst hart abgetan. Mit dieser Art Kunstbeurteilung war der Aufgabe des Bundes, der Kunsterziehung, keineswegs gedient. Es wurde dadurch sofort eine Zersplitterung des Kunstdenkens, ein Aufkeimen der Kunstverachtung hervorgerufen und die Aufbauarbeit untergraben. Erst in letzter Zeit scheint sich darin eine Wandlung vollzogen zu haben.

Trotz aller offenen und verhüllten Gegnerschaft hat der Bund für bildende Kunst und haben vor allem die Künstler selbst sich für die Aufgabe eingesetzt, und die letzte Frühjahrsausstellung zeigte in ihrer ruhigen Wirkung, wie die von allen Seiten auf ein Ziel hinarbeitenden Künstler sich diesem Ziele nähern, ohne an Eigenwilligkeit zu verlieren. Dieses Ziel aber heißt: Deutsche Kunst. Ohne Rücksicht auf die Zeitkrankheiten der verschiedenen „ismen" wissen die Schaffenden sich darin einig, daß eine Gesundung der deutschen Kunst nur möglich ist, wenn die Künstler sich mit großer Liebe wieder der Natur hingeben, ihr Handwerk peinlich schulen und mit dieser Liebe zu den Dingen und gediegenster Arbeitsart den Menschen erzählen, was sie bewegt. Die Steigerung oder Vereinfachung der dargestellten Gegenstände, die dabei nötig ist, um das Wesentliche möglichst deutlich zu sagen und die der Anlage des Künstlers entspricht, ist die Ausdruckskunst, die für den oberschlesischen

Künstler einzig möglich ist. Kurzum: Nicht daß die Natur abgeschrieben wird, ist Ziel, sondern wie sie dargestellt wird. Daß die Welt durch das Prisma einer starken oder reichen Eigenart gesehen wird, das erst macht eine Arbeit zum Kunstwerk.

Zu zeigen, wie unendlich verschieden die Dinge der Umwelt empfunden werden können, war daher Aufgabe der ersten Ausstellung des Bundes im Vorjahre, während von jetzt die Entfaltung der einzelnen Künstler, ihr Hinsteuern auf ein durch ihr inneres Gesetz gebotenes Ziel, das Bild der Ausstellung bestimmen wird, sofern nicht Sonderausstellungen anderen Möglichkeiten dienen. Dabei werden neue Kräfte, soweit sie schon über die Grundlagen des Handwerklichen gediehen sind, nach Möglichkeit herangezogen und so ein Stamm von Künstlern einheitlichen Willens geschaffen, die dem Kunstleben Oberschlesiens das Gesicht zu geben geeignet sind. Dieser Wille zur Entfaltung darf jedoch nicht durch die Verschlossenheit der Ausstellungsbesucher zerbrochen werden. Pflichten ergeben sich für den Nichtkünstler. Er hat tätig Anteil zu nehmen an diesen vom geldsüchtigen Alltag entfernten Kunstströmen und soll mit gutem Willen kommen, sich in das Ringen der einzelnen Künstler einfühlen, die Gründe zu erfahren suchen, aus denen heraus ein Kunstwerk in dieser oder jener Weise entstand. Nichts ist einfacher als über etwas zu lächeln, es abzulehnen. Das ist in fast allen Fällen nur ein Verdecken einer anmaßenden Überheblichkeit und eines bedauerlichen Unverstandes. Der Laie wisse, daß einem guten Kunstwerke oft eine monate- bis jahrelange Denkarbeit vorausging, die vom Ausstellungsbesucher nachgearbeitet werden muß, um ein wirkliches Erleben des Kunstwerkes zu haben. Auch dann bleibt für den Laien noch ein Rest des Unbegreiflichen, das einerseits im Handwerk, andererseits in der Eigenwilligkeit jedes Menschen enthalten liegt. Schließlich ist jedes gute Kunstwerk eine richtig gerechnete mehr oder weniger schwere Aufgabe.

Das Bemühen des Kunstfreundes um ein Kunstwerk sollte gekrönt werden durch den Willen, das Werk zu besitzen. Erst mit dem Besitz des Kunstwerkes ist es möglich, sich völlig in dasselbe hineinzuleben und aus den vielfachen Wirkungen, die es ausstrahlt, Genuß und erhöhtes Lebensgefühl zu gewinnen. Das Kunstwerk muß zum vertrauten Freunde werden, ein Ding sein, das in irgend einer Weise einen unserer geheimen Wünsche nach erhöhtem Sein erfüllt. So wird der Kauf eines Werkes bestimmt sein müssen, wird er gefühlsmäßig meist vor sich gehen. Wenn nur auch gekauft würde! Der scheinbar hohe Preis (es gibt keinen hohen Preis für eine gute Arbeit) sollte nicht nur Schrecken und Bedauern auslösen. Damit ist weder dem Käufer, noch dem Künstler, noch der Kunst gedient. Es ist schließlich doch gleichgültig, ob man im Jahre einige Gelage mehr mitmacht. Nicht gleichgütig aber ist es, ob man an einem Kunstwerk täglich seine Freude hat; noch weniger gleichgültig ist es, ob man sich der Unkultur im eigenen Heim schuldig macht und statt einer wertvollen Arbeit ein Dutzend billiger Drucke oder belanglose Schmierereien als Vorbilder für die erwachsende Jugend hinhängt. Auch die Furcht, aus ungenügendem Verstehen auf Schund hereinzufallen, soll verbannt werden. Der Rat eines führenden Künstlers wird nicht ausbleiben, so man sich an ihn wendet. Förderung der Künste aber sei jedem Bürger die ehrenvollste Aufgabe, da sie Erfüllung seiner Sehnsüchte bedeutet.

Wenn in unserem Oberschlesien an der Erfüllung obig angedeuteter Aufgaben und Ziele des Bundes für bildende Kunst bzw. seiner Künstlergruppe weiterhin ehrlich mitgearbeitet wird, wenn sich alle Kräfte, Künstler wie Kunstfreunde, in geschlossener Arbeit zusammenfinden, dann wird auch in Oberschlesien das entstehen, was auf geistigem Gebiet nottut: Das eigene oberschlesische Antlitz, der oberschlesische Stil, der eine Mischung von gesunder, bodenwüchsiger Kraft und reger maschinenhaft sicher denkender Geistigkeit ist.





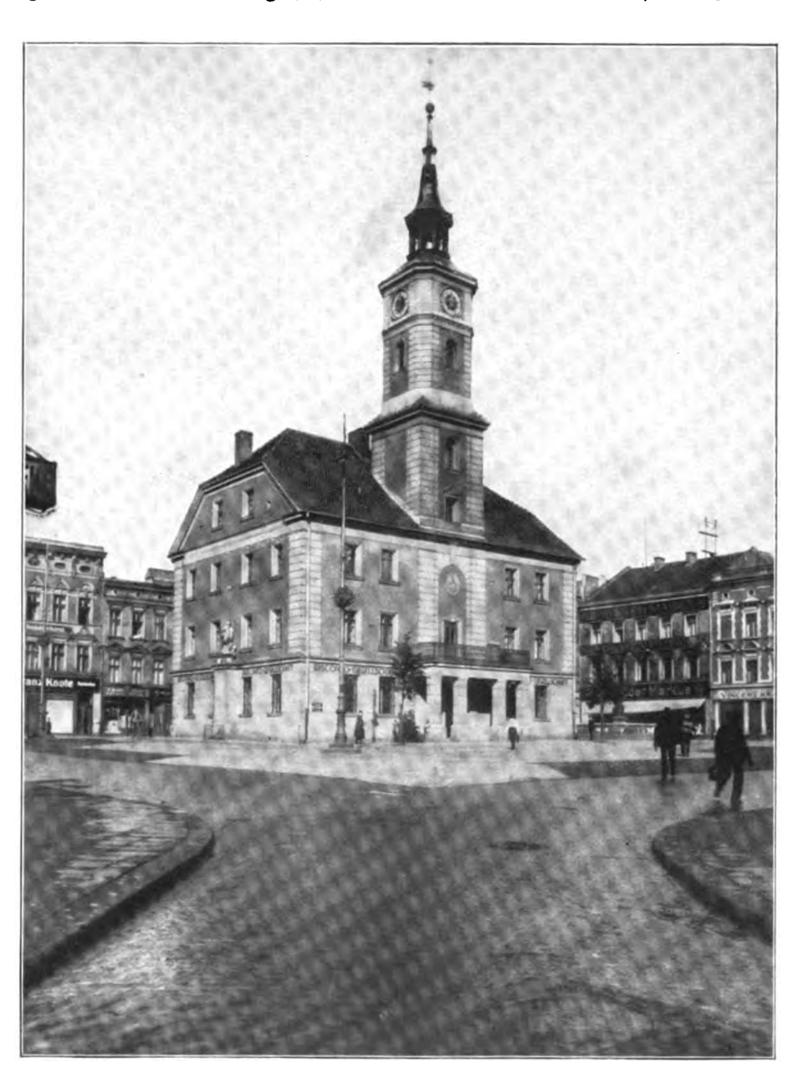
Pfarrkirche „Allerheiligen"

Die künstlerische Gestaltung des Stadtbildes in Vergangenheit und Gegenwart

Von Stadtbaurat Schabik, Gleiwitz.

In den Städten Oberschlesiens von einer künstlerischen Gestaltung des Stadtbildes zu sprechen, ist ein Unternehmen, das von vornherein nur bei ganz wenigen Städten Erfolg zu versprechen scheint, bei Städten, die auf eine große geschichtliche Vergangenheit ihres Gemeinwesens zurückblicken, die vielleicht schon im Mittelalter oder noch früher als Sitz eines weltlichen oder geistlichen Fürsten eine gewisse Bedeutung erlangt haben. Steht doch der Südosten unseres Vaterlandes in besonders hartem Gegensatz zu den übrigen deutschen Gauen, wo frühe Kulturpflege auch im kleinsten Städtchen künstlerische Werte geschaffen hat, die im Vergleich dazu gerade unser Oberschlesien fast als Einöde erscheinen lassen, und das um so mehr, je näher die Städte an seine Ostgrenze heranrücken. Winkte vielleicht in der frühen geschichtlichen Vergangenheit unserer Stadt einmal das Los, Fürstensitz zu werden, das Schicksal hatte es anders bestimmt. Und zu dieser geschichtlichen Bedeutungslosigkeit tritt der Umstand, weit an der Ostgrenze Deutschlands, „am Ende des Reiches" zu liegen. Haben diese beiden Schicksalslose der Stadt in der Vergangenheit kaum ein Stadtbild verliehen, das künstlerisch von einigem Reiz sein konnte, so tritt noch ein drittes hinzu, welches das wenige, was alte Kultur der Stadt an künstlerischem Gepräge verliehen hat, fast völlig wieder vernichtete.

Gleiwitz ist in der Zeit des industriellen Aufschwunges unseres Vaterlandes zur Industriestadt geworden, zu einer Industriestadt, die als Teil eines reichen Industriebezirks eine besonders rasche Entwickelung am Ende des 19. Jahrhunderts erlebte. Wir wissen, daß gerade diese Zeit industriellen Aufschwunges wenig oder gar keinen Sinn hatte für die künstlerische Erscheinung des Stadtbildes, wie für künstlerische Werte überhaupt, die man wohl mit den billigen Worten „unnütze Romantik" abtat. Und so schritt die industrielle Entwicklung schonungslos über alle alten Kulturwerte hinweg, die sich ihr hindernd in den Weg stellten. So wurde manches Kulturdenkmal rücksichtslos vernichtet, manches Stadtbild durch unschöne und falsch hineingestellte Gebäude und Anlagen zerstört.



Ring mit altem Rathaus

Erst die Gegenwart besinnt sich wieder darauf, daß eine Stadt nicht nur ein regelloser Haufen von steinernen Kästen ist, sondern daß auch der Stadtkörper als solcher Gestaltung nach künstlerischen Grundsätzen verlangt. Aber auch die frühe Vergangenheit noch vor dem Zeitalter der Technik hat es wohl gewußt. Und so finden wir auch in Gleiwitz trotz des Fehlens einer großen geschichtlichen Vergangenheit und trotz aller Zerstörung der letzten Jahrzehnte doch noch mancherlei Reste künstlerischen Gestaltens des Stadtaufbaues.

Als anmutiges Bild alten deutschen Kleinstadtlebens tritt uns zuerst — und das besonders an Markttagen — der alte Ring entgegen, ganz regelmäßig in quadratischer Form angelegt, mit dem turmgeschmückten Rathaus in seiner Mitte. Der Platz ergab sich aus dem Zusammenschnitt

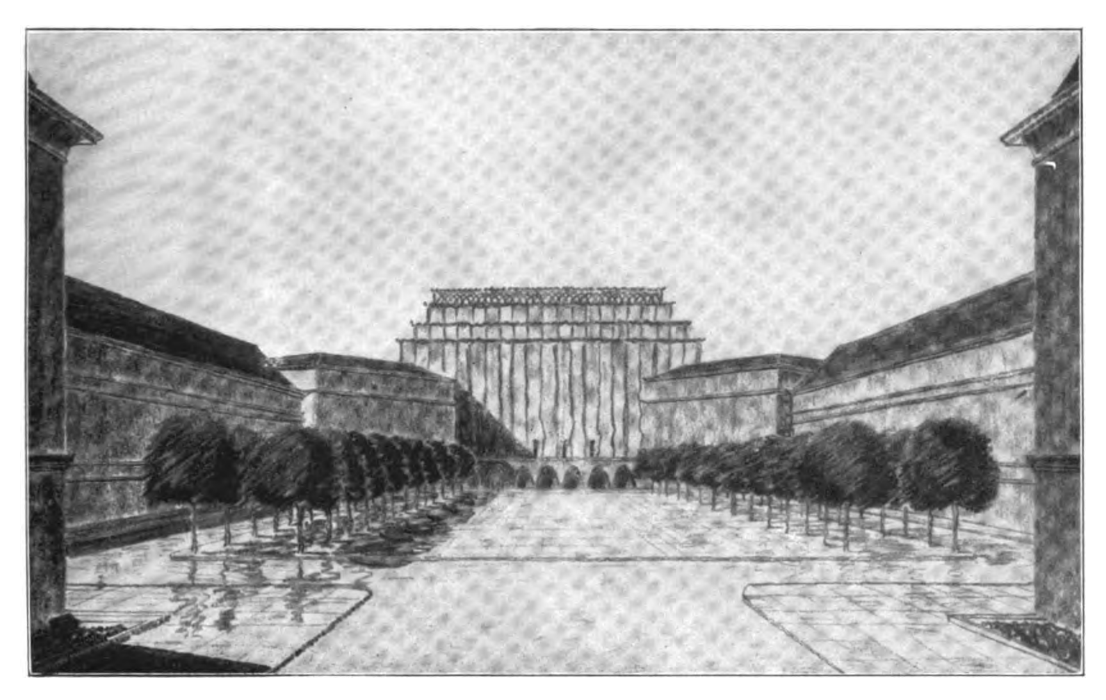
von vier sich kreuzenden Straßen, von denen je zwei parallel laufen. Als Hauptstraßen der alten Stadt verbanden sie die Tore der Stadtmauer miteinander. Bemerkenswert ist die Einführung der Straßen in den Platzraum des Ringes. Sie münden nicht geradeswegs in den Platz hinein, sondern vereinigen sich zu je zweien vor der Einmündung in den Platz zu gemeinsamer Mündung, die auf ein Mindestmaß von Breite verengt ist. Dadurch erhält der Platz eine ruhige geschlossene Raumwirkung. Sie zu erhalten und dabei doch den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen, ist eine Forderung, an der die Städtebaukunst der Gegenwart nicht achtlos wird vorübergehen können. – Mitten im Platz steht das alte Rathaus, zu klein, um den Anforderungen des wachsenden Verwaltungsbetriebes zu genügen, groß genug aber, um den Platz zu beherrschen und sich noch zu behaupten, auch nachdem die kleinen Häuser der Platzwände manchem großen Geschäftsgebäude weichen mußten. Selbst dem massigen Bau des Geschäftshauses der Schaffgotsch-Verwaltung bietet es noch siegreich Trotz. Sein Mauerkern stammt wohl aus gotischer Zeit, wie die bei der letzten Erneuerung des Außenputzes aufgefundenen Reste einer gotischen Blendbogenarchitektur uns melden. Der Gebäudekörper aber, wie er uns heute entgegentritt, ist ein Werk der späten Barockzeit. Eine unverstandene Romantik behaftete den Baukörper um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit romanischen und gotischen Putzformen. Die Erneuerung des Putzes in der letzten Zeit hat versucht, dem Baukörper wieder das Gewand anzulegen, das mit dem Stilgefühl seiner plastischen Form übereinstimmt.



Kirche zum heiligen Kreuz (altes Franziskanerkloster)

Nächst dem Ringe und seinem alten Rathause ragt als Baudenkmal alter Zeit in unsere neue Zeit hinein mit ungebeugter Kraft die alte katholische Pfarrkirche „Allerheiligen“. Auch heute noch krönt sie mit ihrer malerischen Umrißlinie, die sich im massigen Turm zu gewaltiger Dominante steigert, das Stadtbild. Die wachsende Industriestadt hat es noch nicht vermocht, mit den Massen ihrer Häuser der alten Kirche die beherrschende Wirkung streitig zu machen und sie zu erdrücken, mögen auch die letzten Jahrzehnte durch Vernachlässigung mancher Forderung künstlerischen Städtebaues ihre Wirkung keineswegs unterstützt und unserem heutigen Mühen, das Vernachlässigte wieder gut zu machen, wenig Raum gelassen haben. Wenngleich die schlesische Renaissance- oder Barockhaube, die dem massigen Turmkörper ehemals in schlanker Spitze endigen ließ, einem Brande zum Opfer gefallen ist, das Notdach des Turmes schließt seine Umrißlinie in so glücklicher Form, daß kein Bedauern Raum gewinnt über das Nichtzustandekommen der ehemals geplanten Wiederherstellung der Turmspitze. Dort, wo die alten Straßen geblieben sind, in denen die Kirche den Blickpunkt bildet, wird sie es auch in aller Zukunft tun. Mit besonderer

Schönheit aber schmückt sie das Stadtbild für den, der sich ihr in der Klosterstraße nähert, zumal am frühen Morgen, wenn sonnendurchtränkter Nebel ihrem Baukörper einen duftigen Schleier umgetan hat. Hier wird es Aufgabe des neuen städtebaulichen Gestaltens sein, den unschönen Dachaufbau des „Stadtgartens" bei seinem dringend gewordenen Umbau zu beseitigen, damit der Machtstellung der Kirche im Bilde der Klosterstraße wieder zu vollem Siege zu verhelfen und der Gewalt ihrer Baumasse nicht den Maßstab zu nehmen dadurch, daß die Häuser am Ostrande des Fleischmarktes beseitigt, oder über ihre heutige Größe hinaus gesteigert werden.



Modellskizze II des Stadtbauamtes für die Gestaltung des Königsplatzes

Und geht man, das alte Wahrzeichen der Stadt im Rücken, dieselbe Klosterstraße stadtauswärts, dann erfreut ein anderes Bild aus alter Zeit das Auge als Straßenabschluß: das alte Franziskanerkloster mit seinem Kirchlein an der Gabelung der Klosterstraße in die Raudenerstraße und die Koselerstraße. Mag man dann das Bild nehmen, von welcher Seite man will, immer wird die Baugruppe mit ihrem alten Baumbestande mit gleicher Schönheit den Blick fesseln. Dieses Bild bei der eben vollendeten Erweiterung des Kirchleins der Stadt zu erhalten, war größte Sorge des mit dem Erweiterungsbau beauftragten Architekten. Dabei war eine andere Forderung zu erfüllen, die zweifellos bereits Absicht des ursprünglich gefaßten Bauplanes der Klosteranlage war: die vollendete Kirche — sie war zunächst nur etwa zur Hälfte ausgebaut und mit einem Notgiebel nach Süden abgeschlossen — mit ihrem Südgiebel das Straßenbild der Raudenerstraße von der Höhe der Kieferstädtler Chaussee her in gefälliger Baugruppe schließen zu lassen.

Als Zeugen alten künstlerischen Baugestaltens darf schließlich nicht übergangen werden das, was an alten Bauten der staatlichen Hütte als der ältesten Industrieanlage der Stadt erhalten

geblieben ist. Es ist wenig, aber doch genug, um mit eindringlicher Stimme zu mahnen, daß auch beim Bau von Industrieanlagen künstlerisches Sinnen und Trachten nicht außer acht gelassen werden darf. Leider aber ist in unserer Zeit diese Mahnung kaum gehört worden, bis auf wenige Ausnahmen, unter denen die Bauanlagen der „Gleiwitzer Steinkohlengrube" die erste Stelle einnehmen dürften.

Das, was die Gegenwart an künstlerischer Gestaltung des Stadtbildes zu erstreben hat, auseinanderzusetzen, heißt die neuzeitlichen Grundsätze künstlerischen Städtebaues entwickeln. Dazu aber ist hier weder der rechte Platz noch Raum genug. Daß jedem einzelnen Baukörper, jedem einzelnen Hause eine Form zu geben ist, die, wenn sie das Haus auch nicht zu einem vollendeten Kunstwerk gestaltet, doch wenigstens eine gewisse Ehrlichkeit und Anständigkeit in der Bauform ausdrücken muß, ist selbstverständlich. Aber mit vielen an sich einwandfreien Einzelheiten, die zusammen ein Ganzes bilden sollen, erreicht man nie eine künstlerische Wirkung, wenn diese Einzelheiten zu einem Ganzen nicht wieder planvoll, harmonisch und rhythmisch, geordnet sind. Nicht schöne Töne an sich erzeugen das, was wir Musik nennen, sondern ihre harmonische und rhythmische Ordnung. Und immer noch nicht so recht zum Bewußtsein der Allgemeinheit gebracht ist die Anschauung, daß unsere Straßen und Plätze auch Raumgebilde sind, wie die inneren Räume unserer Häuser. Raumgefühl für Straßen und Plätze muß zusammen wirken mit plastischem Fühlen für die Gebäudekörper, welche diese Räume umschließen. Und wie die Räume unserer Häuser anheimelnd wirken, wenn ein Blumenstrauß auf dem Tische und blühende Blumen am Fenster uns willkommen heißen, so muß auch im Stadtbilde an rechter Stelle die Kunst des Gärtners mithelfen, das Bild für uns noch anziehender zu gestalten.



Städtische Wohnhäuser an der Niederwallstraße (Ansicht vom Fleischmarkt her)

Die Forderung solchen künstlerischen Gestaltens zu erfüllen, ist versucht worden, als es galt, neben dem Marktplatz der alten Stadt, dem Ringe, in der neuen Stadt einen neuen Platz zu bilden als Hauptplatz der werdenden Großstadt. Als geschlossener Platzraum soll sich diese neue Anlage mit dem großen Tor der verbreiterten Markgrafenstraße nach der Hauptstraße der Stadt zu, der Wilhelmstraße, öffnen. Beherrschen soll den Platz das neue Rathaus, das in der Achse der Markgrafenstraße die abschließende Schmalwand des Platzes bilden wird. Den Blick aber soll auf festlichem Wege eine vierreihige Baumallee zum Rathaus hinführen.

Dasselbe Bestreben hat dazu geführt, bei Ausfüllung der Baulücke am Fleischmarkt zwei Wohnhäuser zu einer großen Gebäudegruppe zusammenzufassen, um auch diesem Platz damit eine Dominante zu geben und das Platzbild räumlich zu schließen, wenn man von der Allerheiligenkirche her den Platz betritt.



Neubau des Hotels „Gleiwitzer Hof"

Das Hotel umfaßt ein großes Café, Restaurations- und Festsäle, sowie 100 Fremdenzimmer

Bauherr:
„Hubag" Hotel- u. Bürohaus-A.-G.
Breslau

Entwurf der Pläne:
Architekten B.D.A. Gaze & Böttcher
Breslau—Gleiwitz
und Oberleitung:
Architekt Reimann, Gleiwitz

Und wie den Platzbildern gilt es auch den Straßenbildern die Langeweile öder Häuserzeilen zu nehmen, das Auge zu einem Ziele zu führen, auf dem es ausruhen kann. So ist versucht worden, in der gekrümmten Niederwallstraße, an der Ecke der Mühlstraße, den Blick durch Form und Farbe des neuen Eckgebäudes aufzufangen und ihn abzulenken von mancher Unzulänglichkeit der architektonischen Behandlung der Straßenwandungen. In der langen Breslauer Straße, dort, wo sie sich in Löschstraße und Roßmarktstraße gabelt, hat das Bestreben gewaltet, den spitzen Bauplatz durch einen neuen Baukörper so auszunützen, daß eine ruhige



Städtische Wohnhäuser an der Ecke Niederwall- und Große Mühlstraße

und gleichmäßig abgewogene Baugruppe die Straße schließt und dem Auge einen willkommenen Ruhepunkt bietet.

Ein Gewirr buntester Bauformen springt uns aus den Häuserfronten der Hauptgeschäftsstraße unserer Stadt, der Wilhelmstraße, entgegen. Und doch entbehrt die lange, gerade Straßenperspektive, die den Bahnhof mit dem Geschäftsviertel des alten Stadtkernes verbindet, nicht künstlerischen Reizes, besonders dann, wenn der Verkehr der Industriestadt vor Beginn oder nach Schluß der Geschäftszeit stärker auflebt. Dort, wo die Hauptgeschäftsstraße — fast in ihrer Mitte — von einer zweiten großen Verkehrsader geschnitten wird, von der Markgrafenstraße, als Teil des großen Verkehrszuges Hindenburg—Sosnitza—Gleiwitz—Kieferstädtel—Ratibor (mit einer Abzweigung nach Kosel), erhebt sich der gewaltige Bau der Hotel- und Bürohaus-A.-G. (Hubag), den Mittelpunkt des Verkehrs durch ein sechsgeschossiges Mittelrisalit betonend, und läßt vor sich einen kleinen Schmuckplatz, in den sich die Terasse des Erd-

geschoß-Cafés hineinschiebt. Hier wird der flutende Verkehr der Hauptstraße auch seinen geselligen Mittelpunkt finden und das Straßenbild mit einem neuen Reize ausstatten, der an lauen Sommerabenden mit dem bunten Lampenschein der Terasse und herübertönender Musik seine höchste Steigerung erfahren dürfte.

Und noch ein letztes Beispiel städtebaulichen Bildgestaltens: Hoch oben an der Stadtwaldstraße steht die Volksschule VIII, ein Gebäude, das nicht nur infolge seiner Lage, sondern auch durch seine gewaltige Baumasse selbst die Umgegend weithin beherrscht. Der neue Bebauungsplan lenkt eine Wohnhausanlage auf sie zu, welche in ihrer Gesamtheit die Reichsbahnverwaltung für ihre Beamten errichtet. Schon jetzt kann man erkennen, wie die in ihrer Umrißlinie eckig und hart wirkende Schule durch den Rahmen der Wohnhausanlage in ihrer Bildwirkung gewinnt. Die Vollendung der Aufgabe aber mit dem Grün der planmäßig zu einer großen Fläche vereinigten Hausgärten und der sie durchschneidenden Baumallee als Fußgängerweg dürfte hier ein Stadtbild schaffen, das zu den glücklichsten der Stadterweiterung zählen wird.



Hochkreuz im Vorhof der Kirche zum heiligen Kreuz

Von den Beispielen neuen städtebaulichen Gestaltens, das in dem neuen Stadtbebauungsplan seinen Niederschlag findet, sind hier nur die wenigen angeführt, die durch vollendete oder wenigstens begonnene Ausführung bereits eine greifbare Gestalt gewonnen haben. Sie dürften aber immerhin Zeugnis ablegen von dem Streben, in welchem die neuen Bebauungspläne entworfen und für die Ausführung vorbereitet werden. Möge die Erkenntnis, daß solches Bestreben die Erfüllung eine der vornehmsten Kulturaufgaben bedeutet, der Stadtverwaltung immer erhalten bleiben und immer mehr ausreifen. Viel zu wenig ist noch erkannt, wie sehr die Umgebung des Menschen auf sein Fühlen und Denken, seine ganze Gesinnung einwirkt. „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist", dieses Sprichwort gilt nicht nur für den Umgang mit den Menschen selbst, sondern auch für den Umgang mit alledem, was Menschengeist und Menschenhand schafft.



Alte Bauernstube im oberschlesischen Museum (aus „Oberschlesien im Bild“, Verlag des „Oberschlesischen Wanderers“)

Das Oberschlesische Museum in Gleiwitz

Von Museumsleiter Dr. Heinevetter, Gleiwitz.

Das Oberschlesische Museum in Gleiwitz, heute das größte Museum des Industriebezirkes, hat eine merkwürdige Gründungsgeschichte. Der Geh. Justizrat Schiller hatte im Herbst 1904 in einer Sitzung des Kriegervereins den Einfall, eine Sammlung von Erinnerungen an den Krieg von 1870 zusammen zu bringen, ein Gedanke, der von seinen Kameraden begeistert aufgenommen wurde. Bald zeigte es sich, daß infolge der unermüdlichen Sammeltätigkeit und Beliebtheit des Gründers auch andere Altertümer in großer Zahl herbeigebracht wurden, so daß sich eine Abteilung an die andere fügte. Schließlich wurde ein Verein gegründet, der sich die Unterhaltung und Erweiterung des Museums zur Aufgabe machte.

Die größte Schwierigkeit lag in der Beschaffung geeigneter Museumsräume. Man mußte sich zunächst mit Schulräumen begnügen, die der Magistrat entgegenkommend zur Verfügung stellte. In solchen beengten Verhältnissen blieb das Museum bis zum Jahre 1923. Zwar waren schon im Jahre 1915 Baugelder für ein geeignetes Gebäude gesammelt und die Bauzeichnungen fertiggestellt, doch ließ der Krieg den Plan nicht zur Ausführung kommen. Der Baufonds wurde in Kriegsanleihe angelegt und ging auf diese Weise völlig verloren.

Einen schweren Verlust erlitt das Museum ferner dadurch, daß Geheimrat Schiller von Gleiwitz nach Bunzlau verzog. Im Jahre 1922 faßte darum der Verein unter dem Vorsitz des Direktors Dr. Malcher den Entschluß, eine hauptamtliche Leitung zu bestellen und berief Dr. Heinevetter vom Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer zum ersten Leiter, an dessen Seite als 2. Leiter der in Oberschlesien als Geologe bekannte Oberlandmesser Grundey trat.



Kunstgewerbliche Sammlung

Die Hauptsorge war nunmehr die Beschaffung einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit. Der Verein bewarb sich um das freigewordene Offizierskasino der Infanteriekaserne (Ecke Keith-Friedrichstr.). Dank der Unterstützung des Magistrats Gleiwitz und aller kulturell interessierten Kreise gelang es nach schweren Kämpfen, das Gebäude mietweise zu erhalten. Reichten auch die so gewonnenen Räume nicht aus, um alle Bestände unterzubringen, so bot doch das Grundstück die Möglichkeit, das Beste in einer würdigen Weise aufzustellen.

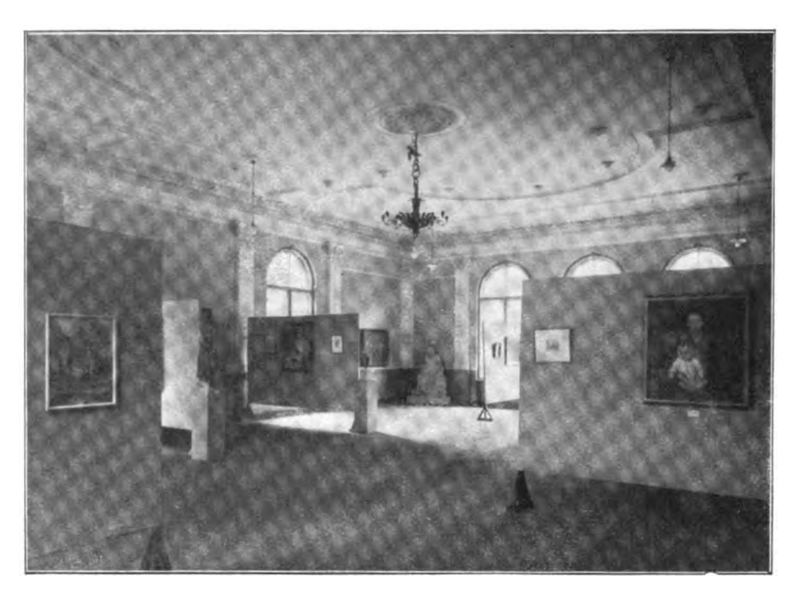
Der Hauptteil der Räume liegt im Hocherdgeschoß. Im ersten Saal, der dem Kunstgewerbe dient, nehmen den Hauptplatz die Oberschlesischen Fayencen ein. In der Mitte des 18. Jahrhunderts, als in ganz Deutschland die Fayencefabrikation aufblühte, wurden auch in Oberschlesien unter dem Einfluß Friedrich des Großen solche Fabriken gegründet. Die bedeutendste war die Proskauer Fabrik. Sie erzeugte von 1763 an in drei scharf von einander geschiedenen Perioden technisch und künstlerisch hervorragende Fayence, stellte sich der allgemeinen Fabrikationslage entsprechend gegen 1795 auf die Herstellung von Steingut um und erlag um 1850 der Konkurrenz des Porzellans.

Die anderen oberschlesischen Fabriken, von denen zahlreiche Erzeugnisse ausgestellt sind, wie Glinitz, Ratibor, Tillowitz, Wirsbie, reichen in der Produktivität an Proskau nicht heran. Auffallend sind die geschmackvollen schwarzen Erzeugnisse der Tillowitzer Fabrik mit ihrem Silberdekor.

Einen Ehrenplatz im ersten Saal nehmen die künstlerischen Eisengüsse der Kgl. Hütte in

Gleiwitz ein, Arbeiten, die infolge ihrer Form und sauberen Ausführung von Sammlern noch über die Berliner Güsse gestellt werden. Eine Sammlung von meist oberschlesischem Zinn, von rheinischem Steinzeug und Bunzlauer Tonwaren vervollständigen das Bild. Als Musterproben und Vergleichsmaterial befindet sich hier noch eine Sammlung ostasiatischen Kunstgewerbes, sowie eine Abteilung „Porzellan und Glas", die Stücke der wichtigsten deutschen Porzellanmanufakturen und Gläser der verschiedenen Epochen und Techniken enthält. Aus einer Zusammenstellung kleiner kirchlicher Kunstwerke ist ganz besonders hervorzuheben eine aus Holz geschnitzte und bemalte Barbarastatue von köstlichem Liebreiz aus spätgotischer Zeit.

Der zweite Saal beherbergt die Industrie und das Handwerk, freilich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Neben alten Modellen von Hochöfen, Zink-, Schweiß- und Puddelöfen, sowie den Werdegängen verschiedener Industrieerzeugnisse vom Rohmaterial bis zum Fertigfabrikat sind hier alte Proben des ehrsamen oberschlesischen Handwerks aufgestellt. Die Schlosser und Uhrmacher, Kupferschmiede und Gürtler sind mit vorbildlichen Arbeiten vertreten. Einen Einblick in die primitiven Anfänge des Bergbaues bietet eine Sammlung alter Grubenlampen, Keilhauen und anderer Werkzeuge des Bergmanns, während ein Modell des Sandversatzverfahrens uns über modernen Grubenabbau belehrt.



Saal für bildende Kunst

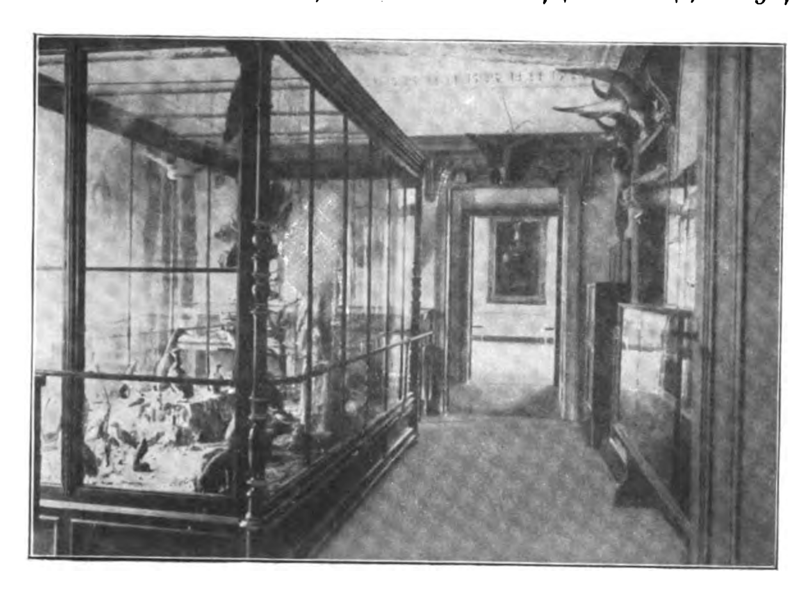
Der dritte Saal ist für wechselnde Ausstellungen vorbehalten. Den Mittelpunkt dieses Raumes nimmt der Sarkophag Herzog Heinrichs IV. von Schlesien, des Minnesängers, ein († 1290), ein Gipsabguß, der nach dem Original in der Kreuzkirche in Breslau farbig behandelt ist. Hier ist auch die Verkaufsstelle der Schönwälder Stickstube untergebracht, einer unvergleichlich hochstehenden Volkskunst, die in dem nahe gelegenen Dorfe Schönwald von über 100 Stickerinnen geübt wird.

Der anstoßende Saal birgt eine Gemäldegalerie, die alte Meister neben noch lebenden oberschlesischen Künstlern zeigt. Hervorragend sind darunter die Hl. Familie von Michael Willmann, dem „schlesischen Raffael", ein vorzügliches Porträt des Generals Woyrsch von Bauer und das Selbstporträt von Eugen Spiro. Die Gemälde sind zum Teil Museumsbesitz, zum Teil Leihgaben der Nationalgalerie in Berlin.

In einem kleinen Zimmer ist ein Mineralienkabinett eingerichtet, das neben schlesischen Mineralien auch außereuropäische Stücke zeigt. Besonderes Interesse verdienen die reichen Mineralien von Deutsch-Südwestafrika, die uns vor Augen führen, welche Schätze uns mit unseren Kolonien geraubt sind.

Ein naturwissenschaftlicher Saal birgt, zwar eng gedrängt, aber doch übersichtlich, die Fauna des Meeres: Fische, Muscheln und Korallen. In einer großen Vitrine wiegen sich die heimischen Singvögel auf den Ästen eines Baumes, die Wasservögel bevölkern einen Felsen am Rande des Spiegels einer Wasserfläche, während im Schilf sich die Sumpfvögel aufhalten. Die Raubvögel, die Feinde der Sängerschar, bilden eine Gruppe für sich.

Weiter vermitteln Schädel von Raubtieren, fremdländische Vögel, Reptilien und Säugetiere die Kenntnis der lebenden Natur. Für Imker interessant ist eine hier aufgestellte „Bienenwirtschaftliche Abteilung". Einen prächtigen Anblick gewähren ferner die langen Reihen der fremdländischen Schmetterlinge, ein wahres Farbenwunder.



Naturwissenschaftliche Sammlung

Die nächsten Räume bergen die Waffensammlung. Hier sind neben alten Hieb- und Schußwaffen auch moderne Kriegswaffen aufgestellt. Darunter fällt ein blankes Torpedo vor allem in die Augen. Bei den Kriegserinnerungen befindet sich der „Eimer von Gleiwitz", ein trauriges Andenken an die Besatzungszeit Oberschlesiens von 1920 – 1922, der von den Franzosen gelegentlich einer Durchsuchung des Lyzeums aus reiner Zerstörungswut mit Bajonettstichen durchlöchert wurde.

Ein sehr interessantes, echt oberschlesisches Stück ist eine aus Steinkohle geschnitzte Büste Kaiser Wilhelms I.

Eine Treppe, deren Umfassungswände mit den Wappen der oberschlesischen Städte geschmückt sind, führt zu den Räumen im unteren Geschoß. Hier sind zunächst (im Flure) die Fahrzeuge vergangener Zeiten untergebracht, darunter Einbäume aus dem 1. Jahrtausend und die Vorläufer des modernen Fahrrades.

Trachtenpuppen und Hauben geben ein Bild echten oberschlesischen Volkslebens. Marterwerkzeuge erzählen von Justizmethoden früherer Jahrhunderte. Handarbeiten des 18. und 19. Jahrhunderts entzücken das Frauenauge. Ein Stübchen ist mit den Originalmöbeln einer oberschlesischen Bauernstube traulich eingerichtet. Hier läßt allstündlich eine Wanduhr mit Glasglockenspiel alte Weisen ertönen.

Ein Raum ist angefüllt mit Petrefakten oberschlesischen Fundortes, denen zum Vergleich Versteinerungen aus anderen Gegenden beigegeben sind. Diese Sammlung führt uns das Tier- und Pflanzenleben Oberschlesiens vor ungezählten Jahrtausenden aufs anschaulichste vor. Darunter befinden sich Saurierfunde, wie sie kein anderes Museum aufweisen kann. Die vielen Mammutreste beweisen, daß diese Dickhäuter einst in Oberschlesien ziemlich häufig vorkamen.

Ein völkerkundlicher Raum enthält prähistorische Funde aus Oberschlesien von der jüngeren Steinzeit angefangen bis zum Mittelalter. Daneben sind römische Altertümer sowie Waffen und Geräte der Bevölkerung unserer ehemaligen Kolonien aufgestellt, die Aufschluß geben über die kunstgewerbliche Begabung primitiver Völker.

Ein Raum mit Kopien von Wandgemälden aus ägyptischen Grabkammern birgt die 5000 Jahre alte Mumie einer Frau namens Tet-ament-aus-anch, der Tochter eines Würdenträgers in Theben in Ägypten. Dazu die drei Särge, von denen der innerste, aus Leinen gefertigte, prächtige Bemalung zeigt, während der mittlere auf dem Boden mit dem Lebendporträt der Toten geschmückt ist.

Wenn auch bei der Vielseitigkeit der Sammlungen eine Vollständigkeit der einzelnen Abteilungen nicht erreicht werden kann, so erfüllt doch das Museum vollauf seinen Zweck: Es soll oberschlesische Heimatkultur pflegen, das Wissen der Bevölkerung vertiefen, helfen, der Jugend die Augen zu öffnen über alle Lebenserscheinungen, sie zur Liebe zur Natur erziehen und dem Besucher reine Freude nach des Tages Arbeit und Last vermitteln.

Die städtische Bücherei

Von Dr. Heinrich Horstmann, Gleiwitz, Leiter der Stadtbücherei.

Bis zum Jahre 1923 gab es in Oberschlesien, das durch die verdienstvolle Arbeit des Verbandes oberschlesischer Volksbüchereien so reich wie keine andere Provinz mit Volksbüchereien ausgestattet war, keine einzige öffentliche, umfassende und von einem Gemeinwesen getragene Bibliothek. Abgesehen von ihren Universitäts-, Hof- und Staatsbibliotheken besitzen andere Landesteile zumeist mehrere Großstadtbibliotheken, die neben der Bereitstellung einschlägiger Literatur für alle wissenschaftlichen und beruflichen Arbeiten auch durch besonders entwickelte oder unabhängig von ihnen entstandene und ihnen später angeschlossene volkstümliche Büchereiabteilungen den Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnissen aller Bevölkerungskreise Rechnung tragen. Diesem offenbaren Mangel wenigstens für einen dichtbevölkerten Teil der Provinz Oberschlesien abzuhelfen, ist durch die im Frühjahr 1923 erfolgte Gründung der Stadtbücherei Gleiwitz beabsichtigt. Daß aber gerade in Gleiwitz dieses Institut zur Wirklichkeit geworden ist, muß im Hinblick auf die hier gegebenen lebenswichtigen Voraussetzungen für eine fruchtbare und somit die eingesetzten Mittel rechtfertigende Arbeit als besonders günstig bezeichnet werden. Nicht allein fallen dieser Stadt alle Vorzüge zu, die sich aus ihrer Lage in einem allseitig leicht und schnell erreichbaren verkehrsgeographischen Knotenpunkt ergeben, sondern ihre innere und äußere Entwicklung schreitet in einem schnellen Tempo vorwärts, woraus wohl die Hoffnung geschöpft werden darf, daß Gleiwitz mehr und mehr die wirtschaftliche und kulturelle Führung unter den oberschlesischen Städten gewinnen wird, trotzdem es nicht zum Sitz provinzieller und staatlicher Zentralbehörden ausersehen ist. Als einen wichtigen Schritt auf diesem Wege zur oberschlesischen Metropole muß man daher auf kulturellem Gebiete die Errichtung einer in ihren Zielen großangelegten Stadtbibliothek ansprechen, deren Auswirkung über die Stadtgrenzen hinaus schon jetzt sich bemerkbar macht und mit ihrem weiteren Ausbau ständig zunehmen wird.

Wie es bei den Gründungen neuzeitlicher Großstadtbüchereien anderwärts auch der Fall zu sein pflegte, baut sich auch die Stadtbücherei Gleiwitz in ihren Grundlagen auf Büchersammlungen auf, die durch Übergabe seitens ihrer Besitzer an das städtische Gemeinwesen neue und sichere Entwicklungsmöglichkeiten gefunden haben. Diese Sammlungen waren die verschiedenen Zwecken dienenden Büchereien des Gleiwitzer Volksbibliotheksvereins, des Verbandes oberschlesischer Volksbüchereien und des oberschlesischen Museumsvereins, welche als Geschenk in den Besitz der Stadt übergehen sollten, wenn letztere dafür ihre Sicherstellung und weitere Unterhaltung übernahm. Die Angebote eröffneten der Stadt die Möglichkeit, in der Vereinigung der drei Büchereien den Grundstock zu einer umfassenden Großbücherei zu legen. In weitausschauender Kulturpolitik ergriffen daher die städtischen Körperschaften diese wohl nie wiederkehrende günstige Gelegenheit. Im Frühjahr des Jahres 1923 beschlossen sie die Gründung einer Stadtbücherei.

Die der Stadt von den genannten Privatorganisationen zugeflossenen Bücherbestände, denen der Magistrat aus der Ratsbibliothek seinerseits eine Anzahl Bücher hinzufügte, sind nun nicht zu einer unterschiedslosen Büchermasse verschmolzen worden, sondern nach dem Vorbild groß-

städtischer Büchereiformen, wie z. B. in Stettin und Lübeck, organisch zusammengefaßt zum Typ einer zweigeteilten Einheitsbücherei, d. h. die Stadtbücherei gliedert sich in eine wissenschaftliche und in eine volkstümliche Abteilung, welche in demselben Gebäude nur räumlich-betrieblich von einander getrennt, aber unter einheitlicher Verwaltung und fachwissenschaftlicher Leitung zu einem Ganzen verbunden sind, um eine organische Zusammenarbeit beider Büchereihälften zu erzielen. Beide Abteilungen sind nach verschiedenen büchereitechnischen Grundsätzen und Arbeitsmethoden aufgebaut, damit eine jede die ihr zufallenden Aufgaben am zweckmäßigsten zu lösen vermag. Die volkstümliche Abteilung (Volksbücherei genannt, die sich in eine Zentrale mit Zweigstelle gliedert,) hat in erster Linie die allgemeinen Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnisse aller Bevölkerungsschichten durch Darbietung volkstümlich abgefaßter, belehrender Bücher und guter Unterhaltungsliteratur (Schöne Literatur) zu befriedigen; die wissenschaftliche Abteilung (Studienbücherei genannt), die ebenfalls weitesten Kreisen, selbst aus der Umgebung, zugänglich ist, stellt sich in den Dienst weiteren und vertieften Bildungsstrebens, der Förderung der wissenschaftlichen und beruflichen Weiterbildung, insbesondere aller Arbeiten zur Erforschung der Heimat. Nach dieser letzten Richtung hin will sie die Aufgaben einer Landesbibliothek übernehmen, die alles Schrifttum sammelt, das sich irgendwie auf Oberschlesien bezieht. Grundverschieden ist die Studienbücherei darin von der Volksbücherei, daß nur in letzterer die sogenannte „Schöne Literatur" zur Ausleihe gelangt, wobei zu bedenken ist, daß für viele Menschen der Zugang und Aufstieg zur Belehrung überhaupt nur durch die „Schöne Literatur" sich vollzieht, wie z. B. durch den biographischen, historischen, technischen und sozialen Roman. Deswegen stellt die Volksbücherei aber keineswegs eine minderwertige Büchereiform dar, wie vielfach leider in vorurteilsvoller Weise angenommen wird, sondern lediglich eine Büchereiform bildungspfleglicher Art, welche auf die literarischen und vor allem seelischen Bedürfnisse aller Leser eingestellt ist, also des gesamten Volkes in wahrem Sinne. In der Studienbücherei muß die „Schöne Literatur", deren Auswahl sich hier auch nach anderen Gesichtspunkten vollzieht, für Studienzwecke vorbehalten werden.

Die Stadtbücherei hat ein Heim gefunden in einem städtischen Gebäude Ecke Karl- und Mauerstraße, das von außen nicht gerade sehr stattlich anzusehen ist, aber jeden sicherlich angenehm überraschen wird, wenn er die würdig ausgestatteten Räume der Bücherei betritt. Aus bautechnischen Gründen mußte leider die Volksbücherei (Zentrale) in das Obergeschoß verlegt werden, während die Zweigstelle in dem Stadtteil Petersdorf in ihrem ehemaligen Raum in der Schule VI bleiben konnte. Die Studienbücherei hat die Räume im Erdgeschoß bezogen (Eingang Mauerstraße), weil sich ihr hier bessere Möglichkeiten für die Unterbringung ihrer schon jetzt beträchtlichen Bücherbestände bieten. Mit der Studienbücherei ist ein von dem Gleiwitzer Kunstmaler Erich Gottschlich mit Fresken ausgemalter Lesesaal mit 20 Sitz- und Arbeitsplätzen verbunden, in welchem über 300 Handbücher und Nachschlagewerke zu jedermanns unentgeltlicher Benutzung an Ort und Stelle aufgestellt sind. Ferner liegen hier über 50 Zeitschriften aus, deren reichhaltige Zusammenstellung ein Bild von den Strömungen, Arbeiten und Fortschritten auf allen Gebieten deutscher Kultur und Wirtschaft vermittelt. Die führenden westoberschlesischen Zeitungen hängen im Ausleiheraum der Volksbücherei zur Einsicht aus.

Der jetzige Gesamtbücherbestand der Stadtbücherei läßt sich zahlenmäßig noch nicht genau festlegen, da die sachgemäße Katalogisierung noch nicht ganz beendet ist. Zu dem ursprünglichen Bestand sind noch zahlreiche Bücherschenkungen hinzugekommen. Es seien an dieser Stelle besonders genannt die größeren Schenkungen der Stadtbibliotheken Stettin, Lübeck, Königsberg, der



Landesbibliotheken Weimar und Stuttgart, sowie der Senkenbergischen Bibliothek in Frankfurt am Main. Einen außerordentlichen Zuwachs erhielt die Studienbücherei außerdem seitens der Preußischen Staats- und Universitätsbibliotheken, die ihr durch Abgabe von Doppelstücken über 2400 Bände zuführten. An diesen Schenkungen beteiligten sich die Universitätsbibliotheken in Breslau, Königsberg und Münster, die Preußische Staatsbibliothek in Berlin allein mit 1400 Bänden. Von privater Seite wurde die Studienbücherei ebenfalls reich beschenkt, insbesondere von den Herren Stadtrat Dr. Warlo und Kaufmann Völkel, der sein wertvolles Schriftarchiv überwies. Ferner wurden durch Sammlungen seitens der Herren Pastor K. Schmidt, Oberkaplan Borek und Kaufmann Salo Kohn viele Bücher gestiftet. Auch die „Gesellschaft zur Förderung der Stadtbücherei Gleiwitz" konnte bereits hervorragende monumentale Werke als Geschenk darbringen. So wird der Gesamtbücherbestand der Stadtbücherei jetzt etwa 20 000 Bände betragen, wovon annähernd 12 000 Bände auf die Studienbücherei und 8000 Bände auf die Volksbücherei (Zentrale mit Zweigstelle) entfallen. Infolge der Zufälligkeit ihrer historischen Zusammensetzung weisen natürlich auch die einzelnen Stoffgebiete große Lücken auf, deren systematische Ausfüllung zu den Aufgaben der nächsten Jahre gehört. Durch den vom Preußischen Kultusministerium genehmigten Anschluß der Stadtbücherei an den deutschen Leihverkehr ist die Studienbücherei auch in der Lage, jedes Buch, das sie selbst nicht besitzt, durch Entleihung aus Staats- und Universitäts-Bibliotheken ihren Lesern zugänglich zu machen. Ebenso steht auch die Breslauer Stadtbibliothek mit ihrer reichen schlesischen Landesliteratur der Studienbücherei hilfreich zur Seite.

Das erste Verwaltungsjahr der Stadtbücherei stand vornehmlich für die Studienbücherei unter dem Zeichen der räumlichen Einrichtung und groben Sortierung der Büchermassen, der sich sodann die planmäßige Katalogisierung anschloß. Die Volksbücherei konnte nach ihrer Übernahme auf die Stadt ohne wesentliche Unterbrechung ihre Ausleihetätigkeit fortsetzen, während dagegen die Studienbücherei erst Mitte Januar 1924 dem Publikum zugänglich gemacht werden konnte. Ihr Bücherbestand ist bis jetzt in 20 handschriftlichen Sachkatalogen der Benutzung erschlossen. Allwöchentlich gelangen im Lesesaal etwa 20 Bände, die aus den Neuerwerbungen der Studien- und Volksbücherei ausgewählt werden, zur Ausstellung, und an mehreren Sonntagen vor Weihnachten werden als „Bücherjahresschau der Stadtbücherei" größere Gesamtübersichten über die Neuanschaffungen geboten. Durch diese Ausstellungen, auf die auch ständig durch Veröffentlichung in der Presse hingewiesen wird, soll das Interesse weiter Kreise für die Stadtbücherei erweckt und wachgehalten werden. Denselben Zweck verfolgt eine künstlerische Lichtbildreklame in den Städt. Lichtspielen. Trotzdem wird die Zahl derjenigen, welche eine wissenschaftliche Bücherei zur Vertiefung ihrer allgemeinen und beruflichen Bildung, sowie für wissenschaftliche Studien benutzen wollen, überall stets einen kleinen Bruchteil der Leserschaft ausmachen, woraus aber nirgendwo ein Recht, die Existenzberechtigung und kulturelle Bedeutung einer wissenschaftlichen Bücherei anzuzweifeln, abgeleitet wird und abgeleitet werden darf. Dagegen ist, wie auch sonst überall, die Inanspruchnahme der Gleiwitzer Volksbücherei außerordentlich rege, womit wiederum nicht gesagt sein soll, daß der bildungspflegliche Wert bibliothekarischer Arbeit in der Erzielung einer möglichst hohen Ausleiheziffer zum Ausdruck zu kommen hat.

Zu den allernächsten Aufgaben der Stadtbücherei gehört für die Studienbücherei die Fertigstellung der alphabetischen und systematischen Kataloge für alle noch unbearbeiteten Sachgebiete, ferner die Anlage eines alphabetischen Zentralkataloges, der alle bei Behörden und Instituten usw.

örtlich vorhandenen Bücherbestände erfaßt, um das Vorhandensein eines bestimmten Buches in Gleiwitz sofort feststellen zu können. Schließlich ist die Herstellung eines alphabetischen Schlagwortkataloges für das gesamte oberschlesische Schrifttum ins Auge gefaßt, wofür Vorarbeiten bereits eingeleitet sind. Auch an den Ausbau einer Musikalienbücherei, die wohl allgemeinen Bedürfnissen entgegenkommen würde, ist gedacht. Die Volksbücherei wird ihrerseits nach der gründlichen Auffrischung und büchereitechnischen Durcharbeit ihrer Bestände ständige Verfeinerung ihrer Arbeitsmethoden anzustreben haben, um jedem Leser in richtiger Einfühlung das rechte Buch in die Hand geben zu können.

Es liegt im Wesen jeder Stadtbücherei, daß besonders ihre wissenschaftlichen Bücherbestände rasch anwachsen, während diejenigen der Volksbücherei, wenn sie zahlenmäßig erst einmal ins richtige Verhältnis zur Inanspruchnahme gebracht sind, mehr konstant bleiben. Die jetzigen Räume der Stadtbücherei erweisen sich jetzt schon als unzureichend; in der Volksbücherei ist besonders der Ausleiheraum für das Publikum sehr beengt, in der Studienbücherei sind die Magazinräume für die Bücher fast schon überfüllt. Es wird daher in nicht allzu ferner Zeit die aufwärts drängende junge Stadtbücherei eine neue und ihren Zwecken angepaßte Unterkunft, möglichst in zentraler Ortslage finden müssen, wobei gleichzeitig auch auf die Angliederung von Vortragssälen Bedacht zu nehmen ist, deren Mangel sich in Gleiwitz immer mehr fühlbar macht. Im Hinblick auf die Fürsorge, welche die Stadtbücherei bisher seitens der Stadt in großzügiger Weise stets erfahren hat, werden sicherlich auch diese bautechnischen Forderungen zu gegebener Zeit zum kulturellen Gewinn unserer aufblühenden Stadt ihre beste Lösung finden.



Volksschule VIII an der Stadtwaldstraße

Das Schulwesen

Von Rektor A. Bienert, Gleiwitz.

Um den Angaben und Zahlen über das heutige Schulwesen eine gewisse Unterlage zu geben, muß der Berichterstatter etwas weit ausholen. Gehen wir einige Jahrhunderte zurück! Es führen uns dabei Unterlagen, die zumeist der als zuverlässig anerkannten Gleiwitzer „Chronik" von Nietsche entstammen.

Erstmalig wird eine Gleiwitzer Schule erwähnt in einem Stiftungsdekret des Collegiat-Stiftes Ober-Glogau vom Jahre 1379. Da die Schulen im Mittelalter fast ausnahmslos Gründungen der Kirche waren, nimmt es nicht Wunder, daß die Lehrer an den Schulen jener Jahrhunderte fast immer Geistliche sind. So war es auch in Gleiwitz. Eine Urkunde aus dem Jahre 1552 bestätigt dies ausdrücklich. Daß die Gleiwitzer Bürger von damals auf tüchtige geistige Ausbildung ihrer Kinder hielten und daß auch die Schule unserer Heimatstadt einiges leisten mußte, erweisen Hörerverzeichnisse von Universitäten aus dem 16. Jahrhundert, in denen nicht wenige Namen von Studenten verzeichnet sind, die aus Gleiwitz stammen. Im 17. Jahrhundert werden auch schon weltliche Lehrer an der hiesigen Schule mit Namen aufgeführt. Die Lage des Schulhauses war auch damals noch ganz in der Nähe der Kirche: „an der Mauer des Friedhofes". In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war die Schule in Gleiwitz immer schlechter geworden. Da wehte ein neuer, erfrischender Wind auf dem Gebiete der Jugenderziehung und Jugendbildung durch unser schlesisches Land. Abt Felbiger von Sagan brachte starkes, förderndes Leben in Schlesiens Schulen. Mehrere Klöster wurden zu Bildungsstätten für die Lehrer. Kloster Rauden war es, wo unsere Gleiwitzer Lehrer neue, für die hiesige Schule segensreiche Lehrer- und Erzieherweisheit sich holten, und bald ging es mit den Gleiwitzer Schulen wieder aufwärts.

Nun einige Zahlen:

1687 besuchten 35 Kinder die Schule,

1802 sind 220 Kinder schulpflichtig in Gleiwitz, 177 davon kommen zum Unterricht,

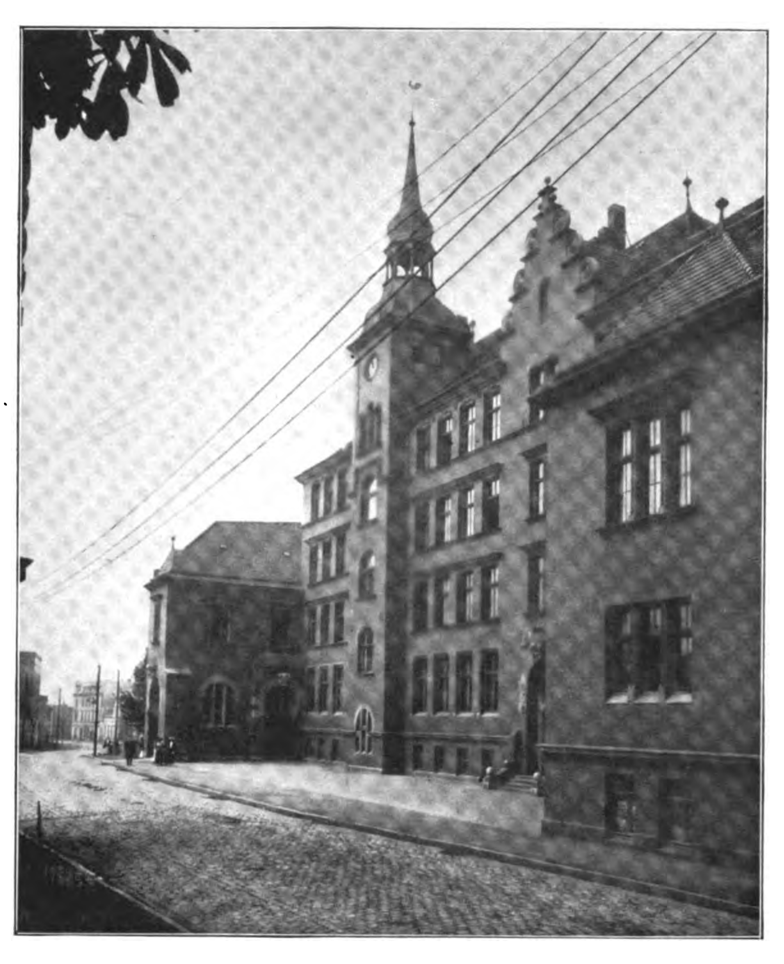
1835 unterrichten 5 Lehrer am Orte,

1854: 11 katholische Lehrer unterrichten 889 Kinder, 2 evangelische 175 und 3 jüdische 224.

Die Schulen sind nach Konfessionen getrennt bis 1878. 1765 wird eine protestantische Schule zuerst erwähnt. 1812 findet sich die erste Spur einer jüdischen Schule.

1878 werden die Gleiwitzer Schulen simultanisiert. 2269 Kinder erhalten in 33 Klassen Unterricht; die Schulen haben 6 aufsteigende Klassen.

Durch die Eingemeindung von Trynek und Petersdorf im Jahre 1897 erwuchsen der Gleiwitzer Stadtverwaltung gewaltige Aufgaben auf dem Gebiete des Volksschulwesens, die mit Energie und Opfermut von den städtischen Behörden in Angriff genommen und in wenig Jahren erfüllt wurden. 1902 werden die Gleiwitzer Volksschulen aus sechsstufigen zu siebenstufigen (mit 7 aufsteigenden Klassen) umgestaltet.



Volksschule X an der Hegenscheidtstraße

Das schnelle, fast amerikanische Wachstum unserer Stadt mögen die Zahlen von April 1914 erweisen. (Vergleichen wir sie mit 1878!) Es zählen die Gleiwitzer Volkschulen 1914 11433 Schüler; davon sind katholisch 10241, evangelisch 1137, jüdisch 42, andersgläubig 13. Diese Kinder werden in 209 Klassen unterrichtet.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß durch die Einflüsse des Weltkrieges 1914—18 die Zahl der Geburten gewaltig zurückgegangen ist; das zeigt sich jetzt in den schwachen Aufnahmeziffern der Schulrekruten in den letzten Jahren. Trotz des weiteren Wachsens der Stadt nach dem Kriege gehen die Schülerzahlen der Volksschulen seit 3 Jahren langsam zurück. Diese Erscheinung ist natürlich vorübergehend; von 1928 an dürfte wieder das Aufsteigen beginnen.

Das Schuljahr 1923/24 zeigt folgende Zahlen: Die städtischen Volksschulen sind besucht am 15. 4. 1923 von 9198 Schülern (8270 kath., 887 evang., 39 jüd., 2 andersgläubig),

am 15. 10. 1923 von 9009 Schülern (8090 kath., 876 evang., 40 jüd., 3 andersgläubig). Die Abnahme im Oktober ist durch die Herbstentlassung zu erklären.

Es bestehen im Schuljahr in der Stadt 11 siebenstufige Volksschulen und 1 einklassige. Die 6 größten der Schulen sind Doppelsysteme.

Hier seien kurz genannt: Bezeichnung und Lage der Schulen und Namen der Leiter im Schuljahr 1923/24.

Simult.-Volksschule I: Pfarrstraße — Rektor Thiel
" " II: Kaltbadstraße — Rektor Neugebauer
" " III: Hüttenstraße — Rektor Kirschner
" " IV: (Doppelsystem), Schröterstraße — Rektor Kranz und Rektor Brzezinka
" " V: (Doppelsystem) Preiswitzerstraße — Rektor Schwingel und Rektor Galinski
Katholische " VI: (Doppelsystem) Tosterstraße — Rektor Nieburny und Rektor Burgund
Simult.- " VII: Tarnowitzer Chaussee — Rektor Ostewacz
" " VIII: (Doppelsystem) Stadtwaldstraße — Rektor Homolla und Rektor Heisig
" " IX: (Doppelsystem) Freundstraße — Rektor Urbanek und Rektor Sperber
" " X: (Doppelsystem) Hegenscheidtstraße — Rektor Bienert und Rektor Glatter
" " XI: Kaltbadstraße — Rektor Seiler
Evangel. einklassige Schule, Tosterstraße — Lehrer Schindler.

Die Gleiwitzer Volksschulen gehören zur Kreisschulinspektion Gleiwitz I; Schulaufsichtsbeamter ist Schulrat Dr. Thierse.

Besondere Schwierigkeiten und harte Störungen hatten die Gleiwitzer Schulen, ganz besonders die Volksschulen, während des Krieges zu ertragen; weit schlimmer noch wurde es in der Besatzungszeit durch die Fremdlinge und durch den Zustrom der Flüchtlinge aus dem an Polen verschacherten Ost-Oberschlesien. Die städtische Schulverwaltung ist in dankenswerter Weise immer bemüht gewesen, die Schwierigkeiten im Schulwesen möglichst rasch zu lösen und Schädigungen von den Schulen und den Kindern fernzuhalten; doch gegen die zynische Böswilligkeit der Franzmänner in der Besatzungszeit (1920—22) und gegen die furchtbare Wohnungsnot der Flüchtlingszeit (ab Frühjahr 1922) konnte auch der beste Wille und das eifrigste Bemühen oft wenig erreichen und nicht allen Schaden von den Schulen abwenden. Fast sämtliche Volksschulen haben monatelang den Unterricht aussetzen müssen; bei einigen dauerte die unterrichtslose Zeit 1 Jahr. Noch am Ende des Schuljahres 1923/24 dienen in mehreren Schulen eine Anzahl von Klassenzimmern als Notwohnungen für Flüchtlingsfamilien: so ist das eine Gebäude der Schule an der Hüttenstraße beinahe noch voll belegt und in Schule X wohnen noch 21 Familien in Schulräumen. Hoffentlich bringt die allernächste Zeit mit einer regen Bautätigkeit volle Befreiung der Schulen.

Besondere Sorgfalt wendet der Magistrat den Armen und Schwachen unter den Kindern zu. In den Wintermonaten erhielten auch diesmal wieder bis zu 20 % der Schulkinder aus öffent-

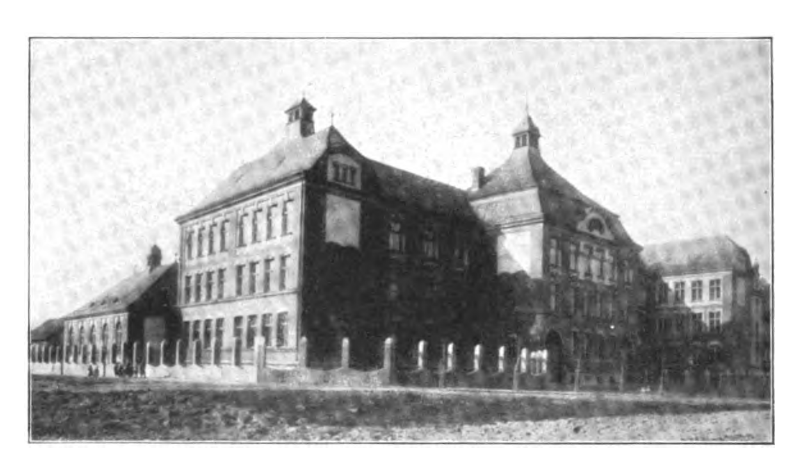


lichen Mitteln warmes Frühstück. 12—15 % der Schüler bekamen ihre Lernmittel von der Stadt geliefert.

Durch die sogenannte „Amerikahilfe" werden fast während des ganzen Schuljahres bis zu 30 % der Kinder täglich gespeist. Auch hierbei opfert die Stadt erhebliche Mittel für ihren „Nachwuchs".

Daß auch für die körperliche Stählung und Erziehung der Schuljugend von der Stadt gut gesorgt wird, beweisen eine Anzahl öffentlicher Spielplätze, 5 städtische Turnhallen, die Badeanstalt u. a.

Ein großer Umbau der Volksschule in unserer Stadt geschah mit dem Beginn des neuen Schuljahres. Im Laufe des Jahres 1923 wurde von der Stadtverordneten-Versammlung die Umbildung der Gleiwitzer simultanen in konfessionelle Schulen beschlossen. Nachdem die Bestätigung durch das Unterrichtsministerium eingegangen war, begannen die Gleiwitzer Konfessionsschulen am 30. April 1924 ihr Wirken. Möge ihre Arbeit von dem erhofften Erfolge begleitet sein zum Besten unserer Jugend, unserer aufstrebenden Stadt, unseres Volkes und unseres Vaterlandes!



Volksschule IX an der Freundstraße

Nun einige Blicke auf das mittlere und höhere Schulwesen in Gleiwitz! Die von diesen Schulen hier gegebenen Zahlen, Schüler und Klassen betreffend, beziehen sich sämtlich auf das Schuljahr 1923/24. Im Gegensatz zu den Volksschulfrequenzen, die im Verlaufe der letzten Jahre infolge der oben angeführten Ursache gesunken sind, nahmen die Besuchsziffern aller anderen Schulen dauernd zu. Dies erklärt sich zum Teil aus der schweren Gleiwitzer Volksschulnot der letzten Jahre, zum guten Teil aber auch aus dem Streben der Eltern, ihren Kindern in der Zeit, da fast allen jegliches irdisches Geld und Gut in nichts zerfloß, wenigstens geistiges Rüstzeug mit ins Leben zu geben, soweit es in ihren Kräften steht.

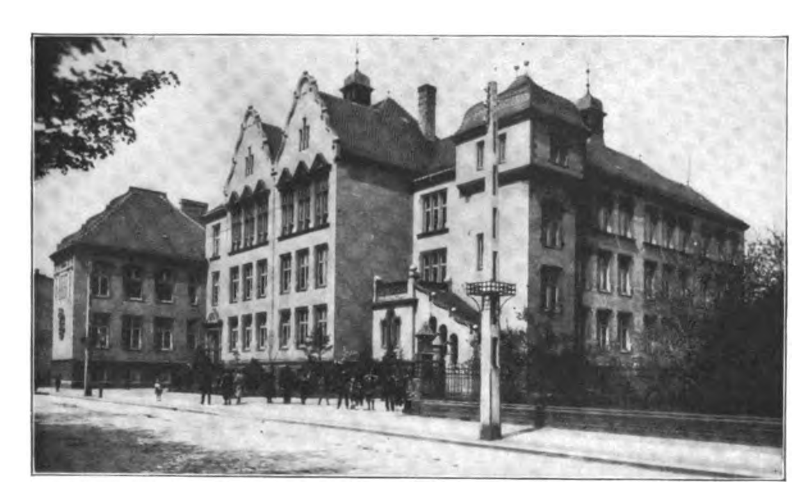
Im Jahre 1911 wurde eine städt. Knaben- und Mädchenmittelschule eröffnet. Diese ist in den 13 Jahren ihres Bestehens gewaltig gewachsen. Am 1. 3. 1924 war sie besucht von 1396 Schülern, 887 Knaben und 509 Mädchen. Auf die Konfessionen verteilen sich die Kinder wie folgt: 973 kath., 378 evangel., 45 jüd. Die Schüler werden in 35 Klassen unterrichtet. Die Schule liegt an der Bielitzer Straße; Leiter ist Mittelschulleiter Günther.

Bildungs- und Erziehungsstätten nur für Mädchen sind die beiden hiesigen Lyzeen. Das Lyzeum der Armen Schulschwestern u. l. F. an der Oberwallstraße wurde 1919 gegründet an Stelle der Anstalt von Frl. Niepel, deren Schülerinnen es auch zum größten Teil übernahm. Die Anstalt der Armen Schulschwestern umfaßt eine ganze Reihe verschiedener Bildungsstätten:

Das Lyzeum mit 660 Schülerinnen in 13 Klassen;
eine Frauenschule mit 40 Schülerinnen;
eine höhere Mädchenschule mit 600 Schülerinnen in 13 Klassen;
eine Hauswirtschaftsschule mit 60 Teilnehmerinnen in zwei Kursen;
eine Handarbeitsschule mit 80 Teilnehmerinnen;

Ein Handarbeitsseminar mit 30 Schülerinnen wurde ab Ostern 1924 eröffnet. Die Anstalt unterhält außerdem ein Internat für 40 Schülerinnen, die meist Ost-Oberschlesier sind.

Das Städtische Lyzeum ist wie die vorige Anstalt 1919 gegründet. Es übernahm Schülerinnen aus den damals aufgelösten Mädchenschulen von Frau Dr. Leitzmann und Fräulein Niepel. Im Schuljahre 1923/24 war die Anstalt besucht von 467 Schülerinnen, davon sind 262 evangel., 137 kath., 3 Dissidenten, 65 jüdisch. Mit den Vorklassen sind 15 Klassen vorhanden. Ostern 1924 wurde das Oberlyzeum mit der Obersekunda eröffnet. Der volle Name der Schule ist: „Eichendorff-Schule, Städtisches Lyzeum und Oberlyzeum". Leiter der Anstalt: Oberstudiendirektor Grosser.



Mittelschule an der Bielitzer Straße

Vorzugsweise der Bildung der männlichen Jugend dienen die Oberrealschule und das Gymnasium.

Die Oberrealschule führt ihren Ursprung zurück auf die Königl. Gewerbeschule, die 1869 mit 3 Klassen gegründet wurde. 1879 entwickelte sie sich zu einer lateinlosen Realschule, 1882 wird sie Oberrealschule. 1906 löst sie aus ihrem Schoß die Maschinenbau- und Hüttenschule und erhält bald ein eigenes schönes Heim. — Die Oberrealschule war im Schuljahr 1923/24 besucht von 508 Schülern in 15 Klassen; 315 sind kath., 174 evangel., 19 jüdisch. 373 stammen aus Gleiwitz, 135 sind Auswärtige.

Der Oberrealschule angeschlossen ist eine Knabenvorschule mit über 150 Schülern in 3 Klassen. Leiter der Oberrealschule ist Oberstudiendirektor Vogt, nachdem Studiendirektor Hoffmann mit Schuljahresschluß 1923/24 in den Ruhestand getreten war.

Das staatliche Gymnasium ist 1816 gegründet und hat sein Heim an der Koseler Straße im ehemaligen Franziskanerkloster. 1916 bekam die Anstalt den Namen „Staatliches katholisches Friedrich-Wilhelm-Gymnasium". — Am 1. 2. 1924 zählte die Schule 653 Schüler in 19 Klassen. Der Konfession nach sind 544 kath., 64 evang., 45 jüdisch. 616 Schüler sind Preußen, 36 Ost-Oberschlesier, 1 Ausländer. Aus Gleiwitz stammen 404, von auswärts 249. Leiter der Anstalt ist Oberstudiendirektor Hanisch.

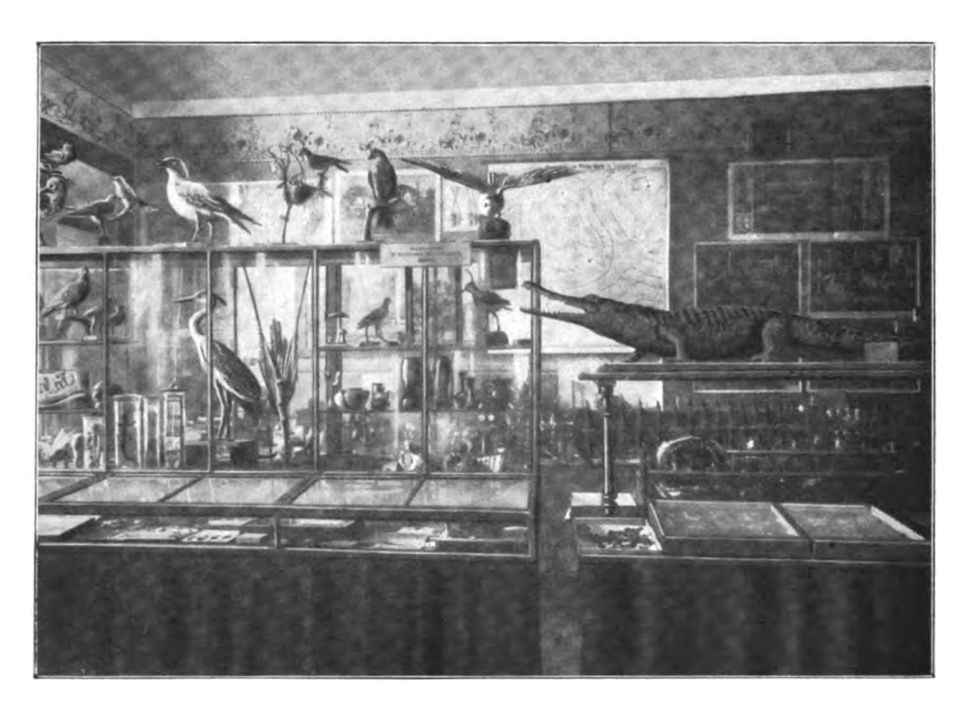
Möge all das ehrliche Streben und fleißige Arbeiten in den Gleiwitzer Schulen nur den guten Geist der Jugend erhellen und fördern, damit die heutige Jugend einst in Jahren unserem Volke und dem Vaterlande beim Wiederaufstieg diene mit ehrlichem Willen und aus voller Kraft! Die Arbeiter am Werke der Jugendbildung und Jugenderziehung sollen nie vergessen, daß tiefe Wahrheit enthält der oft zitierte Satz:

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!"

Das Städtische Schulmuseum

Von Lehrer Josef Schindler, Gleiwitz.

Gleiwitz ist die einzige Stadt in Oberschlesien, welche ein Schulmuseum ihr eigen nennt. Als Fachmuseum dient es zunächst der Schule und den Lehrenden, doch auch der Nichtfachmann findet in den reichhaltigen Sammlungen viel Interessantes und Beachtenswertes.



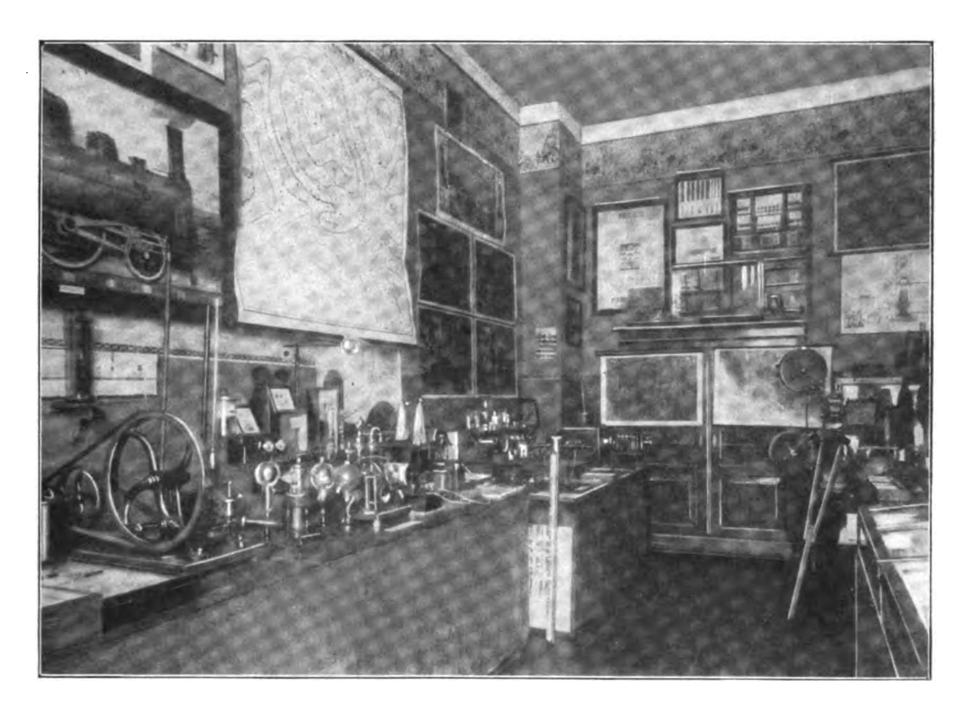
Abteilung für Naturkunde

Seine Gründung und erste Ausgestaltung verdankt das Schulmuseum dem paritätischen Lehrerverein in Gleiwitz. Den hohen Wert einer solchen Einrichtung erkennend, übernahm der hiesige Magistrat im Jahre 1905 das Museum in den Kreis seiner städtischen Fürsorge. In den 20 Jahren seines Bestehens hat sich das Schulmuseum trotz der Hemmungen der Kriegs- und besonders der Nachkriegszeit langsam, doch stetig entwickelt, so daß es heute eine Sehenswürdigkeit der Stadt Gleiwitz geworden ist.

Die Schularbeit durch Ausstellung der besten Lehr- und Lernmittel zu fördern, die Fortbildung der Lehrerschaft durch Vorträge und eine Bibliothek zu unterstützen, mit allen Mitteln die so wichtige Heimatkunde zu pflegen und für Verbreitung guter Jugendschriften Sorge zu tragen: das sind die Aufgaben, die sich das Schulmuseum gestellt hat.

In drei großen Räumen der Schule IV auf der Schröterstraße ist das Schulmuseum untergebracht. Von den verschiedenen schultechnischen Abteilungen der inneren Einrichtung interessieren besonders die Lehr- und Lernmittelausstellung, die Bücherei und die Jugendschriftensammlung.

In der Lehrmittelsammlung sind vornehmlich die Anschauungsmittel für die einzelnen Unterrichtsgebiete zusammengestellt, zum Teil in historischen Entwicklungsreihen. Die einzelnen Gruppen fügen sich zu einem geschlossenen Bild zusammen, dem der Arbeitsschulgedanke und die Heimatkunde das Gepräge geben. Der Besucher vom Fach wird die Lehrmittelausstellung mit pädagogischer Einstellung besichtigen und in ihr eine Sammelstelle der neuesten Lehr- und Lernmittel zur Prüfung und Beratung bei vorkommenden Anschaffungen erkennen. Aber auch jeder andere Besucher wird viel Sehenswertes vorfinden. Neben den neuen und neuesten Erwerbungen auf allen Gebieten



Physikalische Abteilung

des Unterrichts sieht er auch alte Bekannte aus goldener Kinderzeit wieder. Da steht resigniert neben neuen, besseren (!?) Apparaten die alte Rechenmaschine, an der er einst zählend Kugel an Kugel reihte; da hängen an der Wand jene Bilder, an denen er seine ersten sprachlichen Kräfte übte, Bilder, die die Gegenwart durch bessere ersetzt hat und die nur noch als Zeugen einer überholten Technik und Methode geschichtlichen Wert besitzen. An anderer Stelle reden Bilder, Ausstellungsgegenstände, geologische Sammlungen und dergl. eindringlich von Heimatliebe und Treue. Und weiter fesselt den Besucher die Reichhaltigkeit der naturkundlichen Abteilung mit ihren künstlerischen Bildwerken, Präparaten, Sammlungen und physikalischen Apparaten.

In der Lehrmittelberatungsstelle besitzt das Schulmuseum eine Einrichtung, die sich in ihrer Tätigkeit in ganz Oberschlesien auswirkt.

Die Schulmuseumsbibliothek mit über 5000 Bänden ist eine Fachbücherei. Sie enthält Werke über alle Gebiete der Pädagogik, ihre Hilfswissenschaften und methodische Unterrichtsliteratur für alle Unterrichtszweige. Die Literatur über die Arbeitsschule ist fast lückenlos vorhanden, soweit sie für die Volksschule in Betracht kommt.

Die Jugendbücherei ist den pädagogischen Strömungen der Gegenwart entsprechend neu eingerichtet worden und wird im Museum sowie auf Wanderausstellungen, wie früher, Eltern und Jugendfreunde bei der Auswahl und Beschaffung von guten Jugendschriften beraten.

Als besondere Veranstaltungen des Schulmuseums sind Sonderausstellungen von Lehrmitteln und Büchern, besonders von Jugendschriften, und die während der Winterhalbjahre allmonatlich gehaltenen Vorträge zu nennen, die stets eine große Zahl von Zuhörern aus dem Kreise der Lehrerschaft von Gleiwitz und Umgegend vereinigen. Durch einen Lichtbild- und einen Schulkinoapparat wird bei diesen Veranstaltungen die Vorführung von Steh- und Laufbildern ermöglicht.

Die Entwicklung des Schulmuseums zu seiner jetzigen Größe und Bedeutung ist nur möglich gewesen durch weitest gehende Unterstützung seitens der Stadt Gleiwitz, deren Magistrat und Stadtverordnete alljährlich die Mittel zur Unterhaltung des Museums bereitwilligst zur Verfügung stellten. Dank dieser Hilfe und gefördert durch rastlose Arbeit, entwickelt sich das Schulmuseum fort und fort und dient seit seiner Neueinrichtung im Herbst 1923 voll und ganz seinen Zielen. Im Rahmen der verfügbaren Mittel wird nach besten Kräften gearbeitet. Die von Jahr zu Jahr steigende Besuchsziffer und die zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen sind der beste Beweis dafür, daß man das Schulmuseum als eine Stätte schätzt, an der reiche Anregung und Belehrung geboten wird. Dies gilt nicht nur für das Schulwesen der Stadt Gleiwitz und ihrer Umgebung, sondern das Schulmuseum ist heute ein beachtenswerter und nicht mehr auszuschaltender Bildungsfaktor für ganz Oberschlesien geworden.



Die Maschinenbau- und Hüttenschule an der Ecke Bielitzer und Breslauer Straße

Die staatliche Maschinenbau- und Hüttenschule

Von Oberstudiendirektor Dipl.-Ing. Müller, Gleiwitz.

Die Geschichte des gewerblichen Schulwesens in der Stadt Gleiwitz geht auf das Jahr 1828 zurück. Damals eröffnete der Gymnasialprofessor Brettner im alten Rathause mit 60 Schülern eine „Gewerbeschule", die unentgeltlichen Abend- und Sonntagsunterricht erteilte. Nachdem Brettner im Jahre 1837 nach Breslau versetzt worden war, ging die Bedeutung der Schule schnell zurück. Sie mußte 1842 aus Mangel an Mitteln eingestellt werden. Als dünner Faden spinnt sich nun das gewerbliche Schulwesen unserer Stadt in Gestalt von Wiederholungskursen für Handwerkerlehrlinge weiter. Erst 1861 gewann diese Schule wieder eine etwas

9a

festere Form in einer Handwerker-Fortbildungsschule. Der rührige Bürgermeister Teuchert, der die Bedeutung des technischen Schulwesens klar erkannt hatte, bemühte sich nun aber kräftig, die Einrichtung einer Provinzialgewerbeschule in Gleiwitz durchzusetzen. 1864 gelang es ihm, die Stadtverordneten zu einem entsprechenden Beschluß zu bringen. Noch 5 Jahre aber mußte er weiter kämpfen, bis dem Entschluß die Tat folgen konnte. Am 5. April 1869 endlich wurde die Provinzialgewerbeschule Gleiwitz mit 54 Schülern im Hüttengasthaus eröffnet. Sie umfaßte 3, bald 4 Vorschulklassen und 3 Klassen der eigentlichen Gewerbeschule, deren oberste in 4 Abteilungen zerfiel. Die Abteilung A diente lediglich der Vorbereitung zur Gewerbeakademie, B bildete Bauhandwerker, C Maschinenbauer und D Chemiker aus. Ein neu errichtetes Schulgebäude, das der heutigen Oberrealschule, wurde Oktober 1870 bezogen.

Im Oktober 1879 wurde die Provinzialgewerbeschule in eine 9klassige höhere und eine 2klassige niedere Gewerbeschule umgewandelt. Letztere baute sich auf die Untersekunda auf. 1880 wurde sie zunächst als Fachschule für Mechaniker eröffnet. Die Abteilung B für Bauhandwerker war bei dieser Umwandlung ganz eingegangen. Die Abteilung D für Chemiker kam als Fachschule für Hüttenleute erst 1883 wieder in Betrieb. Die höhere Gewerbeschule war inzwischen 1882 zur Oberrealschule geworden und damit als Staatsanstalt allen Sorgen wegen ihres Weiterbestandes enthoben. Die beiden Fachschulen waren nicht so glücklich daran. Sie litten besonders großen Schaden durch die unsicheren und unzureichenden Einkommensverhältnisse der Lehrer. Um das Interesse der Stadtverordneten und der Industrie, mit deren Zuschüssen die Schule betrieben wurde, zu erhalten und zu wecken, wurden mehrfach öffentliche Prüfungen veranstaltet. In jedem Jahresbericht der Oberrealschule mußte der Direktor Wernicke der mit Sorge gemischten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Stadtverwaltung von Gleiwitz und die Industrie Einsicht genug haben möchten, den Fachklassen ein ferneres Leben zu gönnen. Die ungewisse Lage dieser Schule kommt auch in einer Festschrift zum Ausdruck, die Wernicke aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Schule herausgab und die ein interessantes Bild von der Lebensarbeit dieses bedeutenden Mannes gibt.

Mittlerweile war die preußische Regierung auf die guten Leistungen und die Bedeutung der Schule aufmerksam geworden. Sie entschloß sich nach kurzen Verhandlungen, die Schule von April 1896 an zu übernehmen und als Kgl. Maschinenbau- und Hüttenschule mit Staatsmitteln weiter zu betreiben. Die Schule wurde am 15. April 1896 mit 24 Schülern der untersten Klassen eröffnet. Die Sorge um das Weiterbestehen war nun aus dem Wege geräumt.

Die Handels- und Gewerbeverwaltung war von Anfang an darauf bedacht, die Stadt zur Erstellung eines eigenen Schulhauses für die Maschinenbau- und Hüttenschule zu veranlassen. Man konnte sich dabei auf andere preußische Städte berufen, die um die Jahrhundertwende stattliche Gebäude für die Schwesteranstalten errichtet hatten, z. B. Dortmund, Köln, Stettin, Duisburg und andere mehr. Die Stadt Gleiwitz hatte inzwischen auch die Bedeutung der Schule erkannt und fand sich bereit, den Wünschen der Regierung entsprechend das Haus zu bauen, das zu den stattlichsten Gebäuden der Stadt gehört. Es wurde um die Jahreswende 1906/07 bezogen. Im Jahre darauf wurde auch das Maschinenlaboratorium fertiggestellt. Auf die 7½ Jahre der Schulgeschichte, vom Einzug in das neue Haus bis zum Ausbruch des Krieges, kann die Schule mit besonderem Stolze zurückblicken. Der Zudrang wurde gegen Ende dieser Zeit so stark, daß der Ausbau zu einer doppelklassigen Maschinenbauschule in die Wege geleitet wurde und dazu Ostern 1914 drei neue Lehrkräfte berufen wurden.

Diese schöne Entwicklung der Schule wurde nun durch den Krieg jäh unterbrochen. Eine eiserne Gedenktafel bezeugt, wie die Schüler damals ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland erfüllt haben. Die Schulstuben entließen ihre fleißigen Besucher und wurden leer. Sie füllten sich erst wieder ein wenig, als die Kriegsbeschädigten, denen weiter mitzukämpfen durch das Schicksal versagt war, zurückzukehren begannen. In dieser Zeit wurde die Schule auch die Heimstätte der Fürsorgestelle für kriegsverletzte Industriearbeiter und der Prüfstelle für Ersatzglieder, die vor allem in den Anlernwerkstätten bald eine rege, segensreiche Tätigkeit entfaltete. Inzwischen sind die Wohlfahrtsanstalten in die „Amtliche Bezirksstelle für die Schwerbeschädigtenfürsorge in Oberschlesien" umgestaltet worden, die ihren Sitz auch heute noch in den Räumen der Schule hat. Wenn der Name der Maschinenbauschule unter den Kriegsbeschädigten ganz Oberschlesiens einen guten Klang hat, so ist es der opferreichen Fürsorgearbeit zu verdanken, die nicht zum kleinsten Teil von den Lehrern und Leitern der Schule geschaffen und durchgeführt wurde. Diese Wohlfahrtsarbeit darf auch in der Geschichte der Schule einen Ehrenplatz beanspruchen.

Nach dem schlimmen Ende des Krieges herrschte zwei Jahre lang die Hochflut der aus dem Kriege zurückkehrenden Schüler. Seit Ostern 1921 beträgt die Besucherzahl wieder durchschnittlich 125 in der Maschinenbauabteilung und 20 in der Hüttenabteilung. Vom Bestehen der Schule (Ostern 1896) an bis Ostern 1924 wurden insgesamt 1786 Schüler in die Schule aufgenommen. 1101 Schüler, also etwa ⅔ der Aufgenommenen, bestanden die Abschlußprüfung. Gute Beziehungen zu den früheren Schülern setzen die Schule instand, sich ihres Erfolges, der von den Absolventen zumeist erreichten ansehnlichen Lebensstellungen mit zu erfreuen. Auch die Anerkennung, die der Schule aus den Kreisen der Industrie zuteil wird, zeigt, daß diese Staatslehranstalt ihre Aufgabe bisher erfüllt hat. (Über Aufnahmebedingungen, Dauer und Kosten des Schulbesuches usw. erteilt der Direktor auf Anfrage Auskunft.)

Die ursprünglich planmäßig mit der Schule verbundenen Abend- und Sonntagskurse gingen Ostern 1920 wegen Mangels an Lehrkräften ein. Sie wurden im Herbst 1921 als Veranstaltung des Oberschlesischen Ausschusses für technische Vorlesungen, also auf privater Grundlage, jedoch mit den Einrichtungen der Schule, wieder eröffnet und fanden guten Zuspruch. (Höchste Besucherzahl im Winter 22/23: 335.) Seit Ostern 1923 wurden versuchsweise auch kunstgewerbliche Lehrgänge eingeführt, von deren ersten Erfolgen eine kleine Ausstellung von Schülerarbeiten im Sommer 23 Zeugnis ablegte. Manche Einflüsse der neuesten Zeit, vor allem die unsicheren Geldwertverhältnisse und die Wiedereinführung des Zehnstundentages in der Industrie, haben das Lehrunternehmen, das ohne Zuschüsse, also ausschließlich aus den Teilnehmergebühren unterhalten werden muß, in eine schwierige Lage gebracht. Der kunstgewerbliche Unterricht insbesondere wird sich fernerhin kaum aufrecht erhalten lassen.

Die Bedeutung der Schule für Oberschlesien ist aber mit ihren Lehraufgaben nicht erschöpft. Vielmehr steht sie dem technisch-wissenschaftlichen Leben in unserem Industriebezirk auch in mancher anderen Beziehung nahe. Seit 1922 befindet sich die Patentschriftenstelle und ein Lesezimmer des Oberschlesischen Bezirksvereins des Vereins deutscher Ingenieure im Schulgebäude. Dortselbst finden auch zumeist die fachwissenschaftlichen Vorträge dieses Vereins statt. In neuester Zeit ist die Schule der Sitz der Oberschlesischen Funktechnischen Gesellschaft geworden, wofür ihr eine Lehr- und Versuchsanlage für drahtlose Telephonie



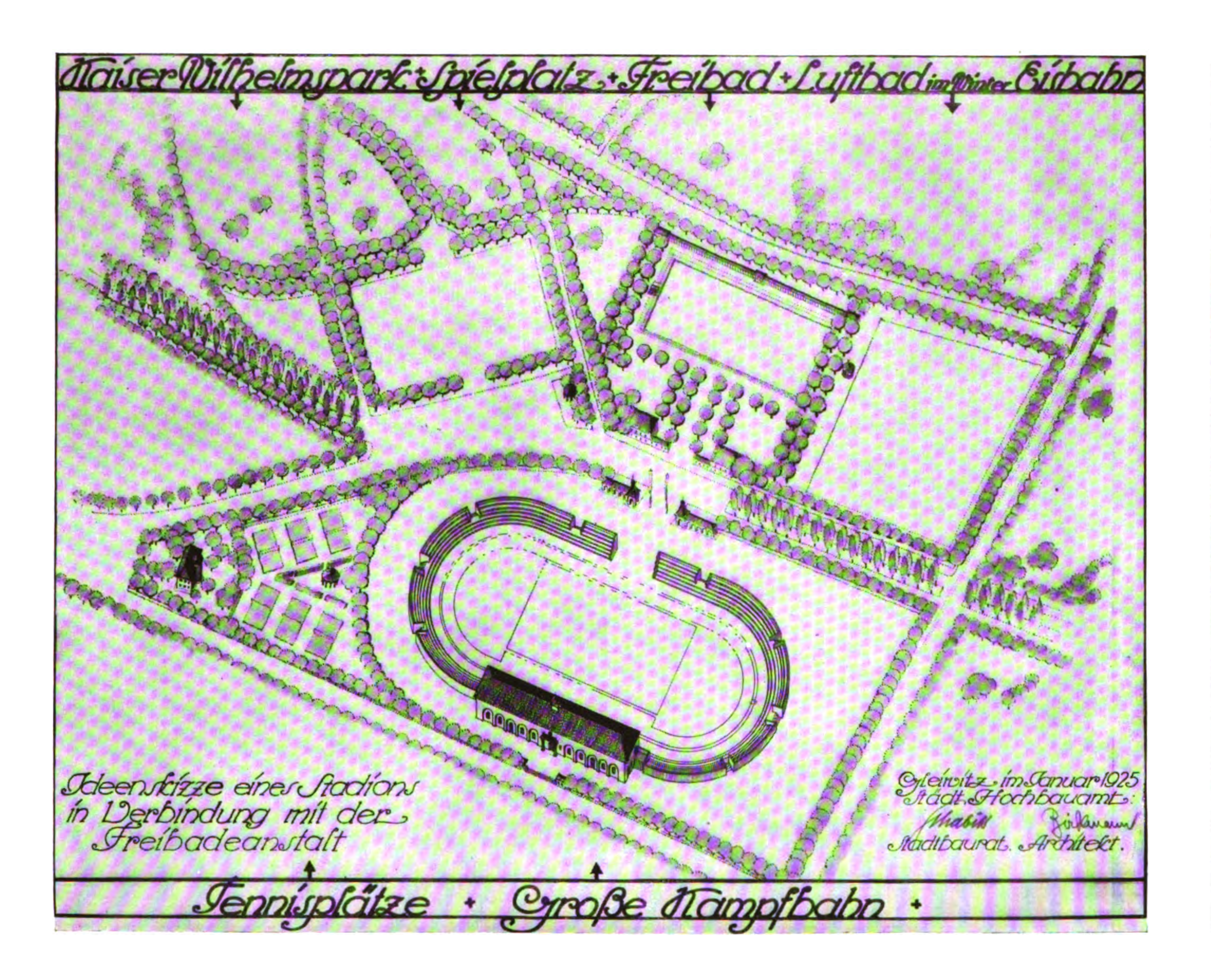
zur Verfügung steht. In der ersten Hälfte des Monats Juli v. J. hat eine betriebstechnische Wanderausstellung des Vereins deutscher Ingenieure in den Räumen und Laboratorien der Schule stattgefunden. Aus allem geht hervor, daß der staatlichen Maschinenbau- und Hüttenschule in Gleiwitz ein schönes Arbeitsfeld im oberschlesischen Industriebezirk beschieden ist. Möge sich ihr ferneres Geschick so gestalten, daß sie ihren Aufgaben immerdar gerecht zu werden vermag!

Das Gleiwitzer Turn- und Sportleben

Von Prokurist Walther Böhme, Gleiwitz, Gaupressewart des Oberschlesischen Turngaues.

Jahrzehntelang konnte sich der Gedanke der Turn- und Sportbewegung bei den Massen nur zögernd durchsetzen. Ihre Vorkämpfer, selbstlose, von idealem Geiste und ausgesprochenem Schaffensdrang geleitete Männer, vermochten nur Schritt für Schritt ihre aufbauende Tätigkeit zu verrichten, weil sie in weiten Kreisen der Bevölkerung ebensowenig Verständnis fanden wie bei staatlichen und kommunalen Behörden, bei Schulen nicht mehr als bei der Jugend selbst, auf deren Erfassung sie hinzuarbeiten suchten. Aber schon in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch eröffneten sich ihrem Streben unverkennbare Lichtblicke, fanden sich auf allen Gebieten der Leibesübungen mehr und mehr Anhänger, so daß die zahlenmäßig immer mehr angewachsenen Vereine und Verbände bei Kriegsbeginn nicht unvorbereitet angetroffen wurden, sondern ihrem Vaterlande unübersehbare Scharen körperlich gut durchgebildeter, abgehärteter Jünglinge und Männer zur Verfügung stellen konnten. Wer aber auch die Nebenerscheinungen der Kriegsjahre mit offenen Augen verfolgt, wer sich über die Vorgänge, die sich draußen bei unseren Frontsoldaten abspielten, ein klares Urteil bewahrt hatte, durfte schon damals nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß bei Beendigung des großen Völkerringens in den Anschauungen gegenüber der Körpererziehung ein Umschwung, für alle darauf hinzielenden Bestrebungen ein vorher ungeahnter Aufstieg eintreten würde. Diese in den ganzen Verhältnissen begründeten Erwartungen mußten mit Naturnotwendigkeit in Erfüllung gehen, weil die während der Kriegszeit über alle Maßen beanspruchten und infolgedessen stark zerrütteten physischen Kräfte einer systematisch betriebenen Auffrischung bedurften, und weil andererseits die harte Schulung der Militärzeit, die früher unsere heranwachsende Jugend mit Kraft und Selbstbeherrschung befruchtet hatte, durch den uns aufgezwungenen fluchwürdigen Friedensvertrag von Versailles erdrosselt worden war. Freilich brauchte dieser Wiederaufbau auf allen Gebieten der Körperertüchtigung Zeit; waren doch die begeisternden Führer, die gewandtesten und erprobtesten technischen Leiter zum weitaus größten Teil durch den Tod entrissen oder durch schwere körperliche Leiden ausgeschaltet worden, und wurde doch eine gesunde Entwicklung durch immer neue politische und wirtschaftliche Erschütterungen, durch Bedrückung seitens der sogenannten Siegerstaaten, durch feindliche Besatzung gehemmt und Aufgebautes immer von neuem zertrümmert. In unserer oberschlesischen Heimat lasteten die Geschehnisse besonders schwer und drückend, wurde jedes ernste Wollen während der Abstimmungs- und Leidenszeit im Keim erstickt und jede der Ausbreitung von Turnen und Sport dienende Maßnahme vereitelt.

So rückte das Jahr 1923 und mit ihm die Zeit der Vorbedingung für eine günstigere, in die Massen tiefer eindringende Entwicklung der Leibesübungen heran. Der Zustrom, den die Vereine fanden, die Anhänger, die sich besonders den auf dem grünen Rasen ausübbaren Sportarten und vor allem der Fußballbewegung anschlossen, waren ungeheuer! Aus diesen natürlichen Vorgängen heraus bildeten sich überall neue Vereine und in Verbindung damit war auch mehr und mehr einer Spezialisierung der einzelnen Sportgruppen in getrennten Vereinen und Ver-


Kaiser Wilhelmspark + Spielplatz + Freibad + Luftbad im Winter Eisbahn
Ideenskizze eines Stadions in Verbindung mit der Freibadeanstalt
Gleiwitz, im Januar 1925
Städt. Hochbauamt:
Stadtbaurat. Architekt.
Tennisplätze + Große Kampfbahn +

bänden, die sich mit einer individuelleren Behandlung des ihnen zustehenden Arbeitsstoffes befassen konnten, der Boden geebnet. Aber auch hier schaffte man sich ein ausgedehnteres Betätigungsfeld, indem man sich in verstärktem Maße zunächst der schulentlassenen Jugend, zum Teil auch der schulpflichtigen Jugend bemächtigte und schließlich das weibliche Geschlecht, gegen dessen körpererziehliche Betätigung stets eine große Voreingenommenheit bestand und vielfach auch heute noch besteht, mehr als bisher für die Turn- und Sportvereine anzuwerben sich bemühte.

Durch friedliche Wettkämpfe, durch Austragung von Meisterschaften, durch Heranziehung auswärtiger namhafter Gegner, die in reicher Auswahl herbeiströmten, suchte man das sportliche und turnerische Leben anregend zu beeinflussen.

Dieser Drang zu gedeihlicher Entfaltung erstreckte sich nicht allein auf Turnen und die gewöhnlich unter dem landläufig begrenzten Begriff verstandenen Sportarten, wie Leicht- und Schwerathletik, Boxen, Ringen, Schwimmen, Fußball, Radfahren, sondern machte auch nicht Halt vor den breiten Massen weniger zugänglichen Gebieten, wie Rudern, Tennis, Hockey, Motorrad, Auto, Reiten, die aus verschiedenartigen Gründen, im wesentlichen wohl in Rücksicht auf die Kostenfrage, nur aus gewissen eng umrissenen Kreisen ihren Zulauf fanden.

Es darf bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß die mit der Führung dieser Bewegung betrauten Männer durch allmähliche Beseitigung aller bei einem so stürmischen Aufwärtsdrängen nie zu vermeidenden Auswüchse, durch eine sachgemäße und überzeugende Propaganda es verstanden haben, die breiten Volksschichten, dann aber auch die berufenen behördlichen Stellen für ihre Aufgabe zu erwärmen und zu gewinnen, und es muß ebenso rückhaltlos anerkannt werden, daß diese Stellen und insbesondere der Magistrat und die Stadtverordneten der Stadt Gleiwitz durch Mitarbeit und Bereitstellung von Mitteln, durch im allgemeinen verständnisvolles Eingehen auf die Anregungen, die Wünsche der Turn- und Sportvereine deren gewiß nicht leichtes und doch uneigennütziges Wirken zu erleichtern und zu fördern bestrebt waren. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß alles das, was bisher getan wurde, nur Stückwerk bedeutet, daß noch Ungeheures zu leisten und zu schaffen ist, wenn Turnen und Sport die ihnen in der Förderung der Volksgesundung zukommende Stellung erreichen und Gemeingut unseres ganzen Volkes werden sollen, gegen dessen Pflege es keine Widerstände mehr geben darf. Hierzu gehört vor allen Dingen, daß die Turn- und Sportbewegung durch geeignete und zahlreichere Vertreter größeren Einfluß in dem neu geschaffenen Jugendamt erlangt, in dem ihr Rat und ihre Erfahrung schlechterdings nicht mehr zu entbehren sind. Hierzu gehört ferner die Errichtung neuer Turnhallen und die Schaffung weit zahlreicherer und nach erprobten Grundsätzen angelegter Spiel- und Sportplätze, die allen Anforderungen der weit verzweigten Leibesübungen gerecht werden, die Erbauung einer Rennbahn für Radfahrer, die heute ihre Leistungen ausschließlich in Form von Straßenrennen messen müssen, die Bereitstellung erheblicher geldlicher Zuwendungen aus staatlichen und kommunalen Mitteln, die Befreiung von drückenden Steuerlasten, die die auf einen idealen Aufgabenkreis eingestellten Vereine noch immer in ungerechtfertigter und unverständlicher Weise belasten. Dazu gehört schließlich auch, daß die veraltete Voreingenommenheit, der die Leibesübungen vielfach noch in manchen Bevölkerungsschichten begegnen, endlich der uneingeschränkten Überzeugung von der heilsamen Wirkung aller in richtigen Grenzen betriebenen Körperübungen Platz macht. Ein dankenswerter Schritt in vorstehendem Sinne ist im Vorjahre durch Eröffnung des dringend erforderlichen Freibades im Wilhelmspark getan worden, dem sich in allernächster Zeit ein groß-



angelegtes Stadion anschließen soll. *) Möge man auf diesem Wege in Erkenntnis der Bedeutung derartiger Anlagen fortschreiten.

„Bei der Jugend liegt die Zukunft" und „Deutschlands Kraft ist Deutschlands Macht" müssen die Richtlinien unseres Handelns sein, das unser Vaterland wieder zu alter Höhe und einstigem Ansehen emporführen soll.

*) Vgl. „Die städtische Freibadeanstalt". Seite 78.



Abb. 1. Schönwälder Braut

Der Vorort Schönwald, eine Stätte alter deutscher Kultur

Von Rechtsanwalt und Notar Kaffanke, Stadtverordnetenvorsteher in Gleiwitz.

Seitdem wir eine im Versailler Vertrag vorgesehene oberschlesische Abstimmung gehabt haben, ist mein ehemals stilles Heimatdörfchen mehr und mehr in den Bereich des Interesses weiterer Kreise und nicht zuletzt der Staatsbehörden getreten. Es mögen nicht viele außerhalb des Kreises Tost-Gleiwitz gewesen sein, die vor etwa 25 Jahren die Eigenart meiner Heimatgenossen kannten. Als ich damals das Gleiwitzer Gymnasium besuchte, habe ich recht häufig die Wahrnehmung machen müssen, daß man, besuchte der Schönwälder die Stadt, an ihm nicht achtlos vorüberging. Er fiel auf durch seine Sprache, man achtete auf seine Kleidung.

Ja, damals war's auch noch anders als heute. Immer noch liegt Schönwald wie einst 4 Kilometer südlich des Weichbildes der Stadt Gleiwitz, doch wenn man südlicher über die Fluren der Schönwälder streift, dann ruft einem in kurzer Frist der polnische Grenzwachtmann ein „Halt" entgegen. Ehedem war's anders. Und wäre es nicht noch schlimmer geworden, wenn die Schönwälder nicht die deutschen Pioniere südlich der Stadt seit Jahrhunderten geworden und nicht bis heute geblieben wären!

Schönwald verdankt seine Entstehung der Zeit, in der deutsche Ansiedler nach Schlesien und auch nach dem heutigen Oberschlesien herbeigeholt wurden, um das bis zur Völkerwanderung germanische Land mit Pflug, Axt und Spaten zurückzuerobern. Einer der Herzöge von Oppeln, Wladislaus, gründete 1252 das Kloster Rauden, das, mit reichem Grundbesitz ausgestattet, sich gedrängt fühlte, deutsche Bauern heranzuziehen. Die umwohnende polnische Bevölkerung war für die Erschließung des Landes ungeeignet. Nach Konrad Gusinde, der unter dem Titel „Schönwald, Beiträge zur Volkskunde und Geschichte eines deutschen Dorfes" eine Fülle von



Material über meinen Heimatsort zusammengetragen hat, ist Schönwald im Jahre 1269 gegründet worden. Wenige Kilometer westlich war ebenfalls unter der Herrschaft des Klosters Rauden der noch heute diesen Namen führende Ort Deutsch-Zernitz angelegt worden. Beide Ortschaften hatten freie erbliche Bewohner zu ihren Insassen. Doch welcher Unterschied besteht zwischen diesen beiden Dörfern heutigen Tages. Noch kündet mancher deutsche Name in Deutsch-Zernitz von einer völlig deutschen Bewohnerschaft. Der rein deutsche Charakter dieses Dorfes ist jedoch im Laufe der Jahrhunderte verloren gegangen. Mit stolzer Zähigkeit ist aber das Deutschtum in Schönwald bewahrt worden. Deutsch ist die Mundart, eigen und abweichend von der Nachbarschaft ist die Kleidung, verschieden von der Umgebung sind die Sitten und Gebräuche.



Abb. 2



Abb. 3

Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, auf diese Dinge im einzelnen einzugehen. Die dieser kurzen Abhandlung beigefügten Bilder Nr. 1, 2, 3 und 5, die einer Zusammenstellung der Schönwälder Tracht in einem Bändchen des Heimatverlags „Oberschlesien" entnommen sind, geben ein anschaulicheres Bild, als wenn ich Einzelheiten hierüber erzählen wollte. Die Männer haben heute ihre Tracht völlig der städtischen Mode angepaßt. Man sieht heute kaum noch einen älteren männlichen Dorfbewohner von Schönwald, der wenigstens Teile der ehemaligen Kleidung trägt. Aber aufbewahrt werden die Erbstücke mit großem Stolz, besonders seitdem Gusinde mit seinen Forschungen bei den Schönwäldern die Überzeugung festigte, daß man solche Eigenart schätze und achte. Hatten doch die Schönwälder, wie ich selbst wiederholt erlebt habe, in früheren Jahrzehnten bei den Gleiwitzern nicht immer das Verständnis für ihre Eigenart gefunden, und mancher alte Gleiwitzer wird sich noch der Zeit erinnern, in der die Jugend den Schönwäldern,

die in die Stadt kamen, nachlief und sie ob ihrer Sprache und Kleidung verspottete. Das mangelnde Verständnis der damaligen kleinen Stadt Gleiwitz mag mit dazu beigetragen haben, daß sich die Schönwälder der städtischen Mode in der Kleidung allmählich anpaßten. Zäher waren die Frauen und sind es noch heute. Es ist bedauerlich, daß auch sie manches schöne Stück ihres Kopfschmuckes, so das schöne weiße, steif geplättete, mit Kreuzstickerei versehene blütenweiße Kopftuch dem schwarzen Tuch, ferner den schwarzen Faltenrock mit breitem rotem Besatz und eine lange schwarze Faltenjacke mit rotem Besatz meist eintönig wirkenden schwarzen Sachen geopfert haben. Am Kopftuch ist von den Schönwälder Frauen eine wundervolle Stickkunst geübt und durchgebildet worden. Die in Bild Nr. 4 und 6 wiedergegebenen Stickborten stellen im Original eine wundervolle Zusammenstellung von Seidenfäden dar. Die Muster werden von

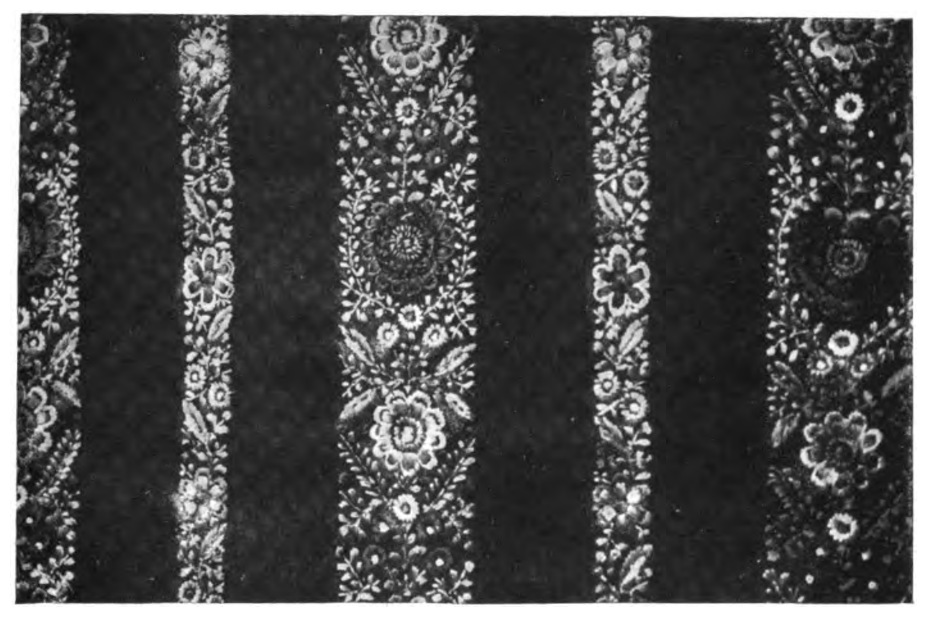


Abb. 4. (Aus der Schönwälder Stickstube. Leitung Frau Fr. Kaisig)
Kissenbezug. Schwarzes Tuch mit Seidenstickerei, Farben: rot, blau, grün, gelb, weiß, lila, rosa.
Stickerin: Barbara Miske. Handstickerei ohne Mustervorzeichnung.

den Schönwälder Stickerinnen ohne jede Vorlage frei aus dem Gedächtnis gestickt. Unter der Leitung der Frau Bibliothekar K a i s i g in Gleiwitz, die sich mit großer Liebe dieser Heimatkunst angenommen hat, ist jetzt ein blühender Gewerbezweig auf diesem Gebiete entwickelt worden. Früher hatten wir es lediglich mit einer Hauskunst, nur für den Gebrauch der Schönwälderinnen selbst bestimmt, zu tun. Heute gehen die Erzeugnisse dieser Kunst in alle Teile Deutschlands und selbst nach dem Auslande.

Frau Kaisig ist der Ansicht, daß die ausgezeichnete Anlage der Schönwälder Stickerinnen Erbgut einer alten Kultur gerade auf diesem Gebiete sein müßte. Ich vermag ihr insoweit nicht beizupflichten, als sie annimmt, daß gerade die heutige Art der Stickerei schon in früheren Jahrhunderten entwickelt gewesen sein müsse. Ich kann mich aus meiner Kindheit an irgend welche Erbstücke dieser Art, die doch in den Familien sicherlich vorhanden gewesen wären, nicht erinnern, und auch meine Eltern wußten von dieser Kunst nichts. Die Fertigkeit ist ganz offenbar auf dem

Gebiete des Kreuzstichs auf den oben erwähnten weißen Kopftüchern herausgebildet worden. Hiervon sind noch prächtige alte Stücke in der Bevölkerung vorhanden. Leider wird, wie schon oben erwähnt, das weiße Kopftuch nicht mehr bei feierlichen Gelegenheiten, wofür es bestimmt war, getragen. Als im Jahre 1900 die alte Kirche zum Teil abgerissen und ein Erweiterungsbau aufgeführt wurde, mußte der Gottesdienst meist im Neubau unter dem Gerüst abgehalten werden. Gab es regnerisches Wetter, dann waren die steif geplätteten weißen Tücher nicht zu verwenden. Der viele Jahre anhaltende Mißstand veranlaßte die Schönwälder Frauen, nur das sonst lediglich des Werktags getragene schwarze Kopftuch umzubinden. Möchten doch die Schönwälder Frauen ihre alte Mode als „neu" und durchaus „modern" aus ihren Truhen holen. Heute wird man sich über sie nicht mehr lustig machen. Die Bevölkerung von Gleiwitz hat längst erkannt, welche Schätze in dem Schönwälder Volkstum vorhanden sind. Die Gebildeten gewinnen an dem Volklichen Interesse, doch vielleicht schon zu spät.



Abb. 5

Als ich vor etwa 30 Jahren auf das Gleiwitzer Gymnasium pilgerte, war Schönwald nur Bauerndorf, dessen Landwirtschaft sich vorteilhaft von der der umliegenden Dörfer mit polnisch sprechender Bevölkerung abhob. Die schönen und vielen Pferde des Ortes waren in Gleiwitz wohl bekannt. Unermüdlich waren die Schönwälder in der Ackerwirtschaft tätig. Der Bevölkerungszuwachs wurde altem Brauch gemäß in der Landwirtschaft untergebracht. Die Gemarkung Schönwald reichte aber nicht aus. Man kaufte große Flächen der südlich gelegenen Güter Gieraltowitz und Knurow, man erwarb einen Teil der Gemarkung der Dörfer Deutsch-Zernitz und Nieborowitz, drang an die Tore der Stadt, indem man Trynek teilweise aufkaufte. Teile der Feldmark Ellguth-Zabrze wurden erworben, so daß schließlich die Schönwälder über ein landwirtschaftliches Areal von etwa 9200 Morgen verfügten. Ein nicht unerheblicher Teil ist ihnen leider seitens der Stadtgemeinde Gleiwitz durch Enteignung für die Zwecke der Anlage des ehemaligen Militärflugplatzes entzogen worden. Der Schönwälder, der seine heimatliche Scholle liebt, sie hegt und pflegt, kann dies auch heute noch nicht verwinden.

Zum Bruderkrieg ist es zwischen Schönwald und Gleiwitz aus diesem Anlaß nicht gekommen, obwohl die beiden Orte im 17. Jahrhundert miteinander in Fehde lagen. Die Gleiwitzer, die damals die Obergerichtsbarkeit über Schönwald ausübten, beanspruchten, daß die Schönwälder ihr Bier tranken, während sie selbst ganz gern ebenso wie die Schönwälder das Breslauer Schöpsbier bevorzugten.

Die Vorliebe und Eignung des Schönwälders für die Landwirtschaft haben schließlich dazu geführt, daß in den letzten Jahrzehnten Schönwälder zahlreiche Bauernwirtschaften in Richtersdorf, einem Ort, der mit Gleiwitz eng zusammenhängt, sodann in Trynek, das inzwischen nach Gleiwitz eingemeindet ist, in Ostroppa, in Peiskretscham und vereinzelt auch noch in einigen anderen Dörfern des Landkreises Tost-Gleiwitz aufkauften. Fast durchweg haben sie den übernommenen Boden mit

Erfolg kultiviert und ihre Umgebung angespornt, es ihnen nachzumachen. Was aber das wichtigste ist, sie haben auch, von ihrem Stammort Schönwald entfernt, zwar meistens die Tracht, nicht aber die Sprache und ihre sonstigen Gewohnheiten aufgegeben. Heute ist es an der Zeit, diese Teile des Schönwälder Volkstums aufzumuntern, auch in den Dörfern mit Bewohnern polnischer Zunge zu der Tracht ihres Heimatortes zurückzukehren. Anderenfalls besteht die Gefahr, daß in nicht allzuferner Zeit das Schönwälder Volkstum, weil es zahlenmäßig der Umgebung unterliegt, untergeht.

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die Bevölkerung außerordentlich stark vermehrt. Schönwald wird jetzt etwa 5000 Einwohner zählen. Seit längerer Zeit, insbesondere seit Beginn des Krieges, haben sich die Schönwälder landwirtschaftlich nicht mehr ausdehnen können. Das hat dazu geführt, daß die Wirtschaften geteilt wurden und noch geteilt werden, trotz aller Hinweise auf die Verderblichkeit solcher Maßnahmen. Der überschießende Teil der Bevölkerung kommt jetzt in der Industrie von Gleiwitz, teilweise auch im Kohlenbergbau unter. Eines darf ich aber hier feststellen: Sonderlich wohl fühlt sich der Schönwälder in Industrie und Bergbau nicht. Es wird Aufgabe des Staates sein, sich die wertvollen völkischen Eigenschaften der Schönwälder für die Besiedelung Oberschlesiens mit deutschen Bauern nutzbar zu machen. Bisher ist nach dieser Richtung trotz der Hinweise, die auch an amtlicher Stelle gemacht wurden, nichts geschehen. Man hat zwar den Schönwäldern Siedlungsland angeboten, jedoch unter Umständen, unter denen der vorsichtig rechnende Schönwälder, der an alle Dinge mit einem gewissen Argwohn herangeht, den Wurf nicht wagen konnte. Der Staat wird sich zu der Erkenntnis durchringen müssen, daß Oberschlesien einen deutschen Grenzwall mit einem Volkstum von solcher Zuverlässigkeit und Zähigkeit, wie sie die Schönwälder besitzen, notwendig hat. Solches Volkstum an der Grenze ist wertvoller, als die Erhaltung staatlicher Domänen. Bietet man dem Schönwälder die Gewähr dafür, daß er mit seiner Hände Fleiß vorwärts kommt, dann ergreift er gern die ihm entgegengestreckte Hand.

Diese Zeilen mögen zeigen, daß Gleiwitz im Süden einen wertvollen Mitstreiter im Abstimmungskampfe um Oberschlesien hatte. An diesem Deutschtum konnte auch der Feindbund nicht achtlos vorübergehen. Dieses Deutschtum war die Veranlassung, daß die Grenze um Gleiwitz nicht dicht an seinen Toren gezogen wurde, und daß jetzt Schönwald südlich die Wacht an der Grenze hält als starkes, in sich gefestigtes Gemeinwesen mit starkem völkisch einheitlichem kommunalen Eigenleben.



Abb. 6. Schönwälder Kopftuch. Schwarzes Wolltuch mit echter Seidenstickerei. Farben: rot, grün, gelb. Stickerin: Franziska Niesporke. Handstickerei ohne Mustervorzeichnung.
(Aus der Schönwälder Stickstube. Leitung Frau Fr. Kaisig.)

Die Verkehrslage der Stadt Gleiwitz

Von Regierungsbaurat Scheunemann, Gleiwitz.

Es gibt auf der Welt bevorzugte Stellen, die eine besondere Anziehungskraft auf die Menschen ausüben und damit Veranlassung zur Bildung großer Städte geben. Dieser Vorzug hat seine Ursache vor allem in geographischen, geologischen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen.

Berlin ist als Hauptstadt Preußens groß geworden, das Wachstum der rheinisch-westfälischen Städte ist vom Bergbau beeinflußt worden, am bedeutungsvollsten für die Entwickelung großer Städte ist jedoch fast immer ihre verkehrsgeographische Lage. Die Gründung großer Orte ist daher dort erfolgt, wo für den Verkehr günstige Bedingungen vorlagen, an Flußübergangsstellen, an Hafenplätzen, an Zugängen zu Gebirgspässen. Und nur verkehrsgünstig liegende Orte haben für die Dauer eine aufwärtsstrebende Entwickelung gezeigt.

Die Verkehrslage der Stadt Gleiwitz muß als gut bezeichnet werden. Die günstige Lage am Fuße der Berge, im Klodnitztal, im Zuge der alten Völkerdurchgangsstraße vom Osten nach dem Westen, hat schon in der Frühzeit die Menschen zur Niederlassung an diesem Ort veranlaßt. Im Anfang des 13. Jahrhunderts ist dann, wie geschichtlich nachweisbar, aus dieser Siedlung eine deutsche Stadt geworden, die Kolonisten aus Mitteldeutschland nach einem vorbedachten Plan aufbauten. Die weitere Entwickelung von Gleiwitz zur bedeutenden Industriestadt beginnt dann mit Friedrich dem Großen, der bei dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau seines Staates der neu gewonnenen Provinz Schlesien seine besondere Fürsorge widmete. Auf seine Pläne wird der Bau des Klodnitzkanals zurückgeführt, der Gleiwitz an die Hauptwasserstraße Schlesiens — an die Oder — heranbrachte. Zum Landverkehr gesellte sich damit der Wasserverkehr. Die reichen Bodenschätze Oberschlesiens forderten aber noch bessere Verkehrswege, die jedoch erst durch die Eisenbahnen geschaffen wurden. Mit der im Jahre 1846 eröffneten ersten Eisenbahn beginnt daher erst der eigentliche Aufschwung von Oberschlesien und damit auch der Aufschwung der Stadt Gleiwitz. Wirtschaftliche und geologische Ursachen haben also in erster Linie den Aufschwung hervorgerufen, der durch die gute geographische Lage aufs günstigste beeinflußt wurde. Welche Lage ist nun als günstig für die Entwickelung zu bezeichnen?

Die bevorzugten Erdstellen liegen zumeist auf der nördlichen Halbkugel in dem Streifen zwischen dem 40. und 70. Grad nördlicher Breite, d. h. in dem Streifen, der das einzige erdumspannende Gebiet darstellt, in welchem die Landmasse größer ist als die Wassermasse. Dieser Streifen ist zudem begünstigt durch seine Lage in der gemäßigten Zone. Er enthält daher die wichtigsten Gebiete des wirtschaftlichen Lebens und den überwiegenden Teil der Gesamtmenschheit. Oberschlesien hat den Vorzug der zentralen Lage in diesem Streifen; es liegt in der Mitte großer Landmassen, inmitten von Ländern mit gesundem Klima, mit guter Wegsamkeit und mit einer in der Kultur hochstehenden Bevölkerung. Die Wege von Oberschlesien zum Meer sind allerdings weit, ein für die Entwickelung als ungünstig zu bezeichnender Umstand. Der Weg nach Hamburg ist jedoch nicht weiter als der Weg nach Triest.

Oberschlesien liegt auch im Zuge der Weltverkehrslinie. Die Hauptrichtung des Weltverkehrs verläuft in der Richtung von Osten nach Westen und umgekehrt, wie dieses aus den Wegen der Hauptschiffahrtslinien zu ersehen ist. Innerhalb Europas zeigt sich diese Verkehrsrichtung in den Verkehrsströmen über die nördliche Hafenstadt Hamburg durch Deutschland hindurch nach dem Osten und über die südliche Hafenstadt Marseille im Rhonetal durch die burgundische Pforte über Frankfurt a. M., Leipzig, Breslau nach Odessa.

Für beide Verkehrsströme ist Oberschlesien die Brücke zwischen dem Westen und Osten.

Oberschlesien liegt am Südrand des norddeutschen und damit auch des nordeuropäischen Tieflandes und hat hier geradlinige und ebene Verbindungen nach den Hafenstädten der Nord- und Ostsee sowie den Hauptstädten von Deutschland, Polen und Rußland. Es liegt am Fuße des großen Gebirgszuges, welcher Europa in den Alpen mit dem vorgelagerten deutschen Mittelgebirge und den Karpathen durchzieht und welcher den Verkehr nach Deutschland in die Linie Frankfurt am Main, Leipzig, Breslau hineinpreßt. Es hat weiter durch die Senkungen und Pässe in den Sudeten und Beskiden eine gute Verbindung mit dem Süden, und zwar durch die mährische Pforte nach Böhmen und Wien, die March entlang zur Donau und über den niedrigen Jablunkapaß nach Ungarn hinein. Es beherrscht den bei Krakau vorbeiführenden großen Verkehrsweg nach Galizien und Südrußland. Wenn sich trotzdem bisher in Oberschlesien noch keine Stadt zu einer wirtschaftlich bedeutungsvollen Weltstadt entwickeln konnte, so hat dieses wohl vor allem darin seine Ursache, daß Oberschlesien politisch Grenzland ist. Die Entwickelung der Städte im Grenzgebiet ist nämlich von politischen Einflüssen allzu stark abhängig.

Die politische Teilung Oberschlesiens infolge des Genfer Schiedsspruches hat jetzt die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf Gleiwitz gelenkt, das sich in raschem Aufschwung zur Zentrale des deutsch-oberschlesischen Industriebezirks entwickelt. Die günstige Verkehrslage der Stadt findet jetzt immer größere Beachtung. Vor der Teilung Oberschlesiens war wohl Kattowitz die wirtschaftlich bedeutendste Stadt. Sie galt als Mittelpunkt des Industriegebiets und war auch Sitz der Eisenbahndirektion. Wir sehen in Oberschlesien, wie fast in allen Industriegebieten, eine Anhäufung von vielen Ortschaften, die in engem Zusammenhang mit den Bergwerken und Hütten entstanden sind. Bis auf Kattowitz, das durch die Bildung der Eisenbahndirektion im Jahre 1895 sich rasch und gewaltig entwickeln konnte, haben die anderen oberschlesischen Orte einen durchweg gleichmäßigen Aufstieg genommen. Vielleicht ist diese Entwickelung als gut zu bezeichnen, denn es ist nicht vorteilhaft, wenn künstlich eine zu große Ansammlung von Menschen nur an e i n e m Ort stattfindet und damit zu einer ungesunden Stadtbildung Veranlassung gibt. Mit den in den hinter uns liegenden Jahren gesammelten reichen Erfahrungen wird der Mensch der kommenden Entwickelung als besserer Meister als in den vergangenen 50 Jahren entgegentreten und der Erkenntnis zum Siege verhelfen, daß nur diejenige Form der Besiedelung gewählt werden darf, die den Menschen körperlich und sittlich fördert. Die weite Ausdehnungsmöglichkeit gibt der Stadt Gleiwitz die Sicherheit für eine solche gute und gesunde Entwickelung. Es kann nicht genug hervorgehoben werden, daß die Möglichkeit einer solchen gesunden baulichen Entwickelung gerade in der Stadt Gleiwitz gegeben ist, die nach der politischen Teilung Oberschlesiens dazu berufen ist, für den deutsch gebliebenen Teil des Industriegebietes die Stellung von Kattowitz zu übernehmen und sein bedeutsamer Mittelpunkt zu werden. Diese jetzige Stellung der Stadt beruht, wie schon erwähnt, nicht zuletzt auf ihrer überaus günstigen Verkehrslage, die im folgenden noch des näheren dargelegt werden soll.



Gleiwitz ist Mittelpunkt eines guten Chausseenetzes. Strahlenförmig führen gute Straßen aus der Stadt in das Land hinein und weiter fort zu den Nachbarstädten, sie schaffen gute Verbindung zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Für Gleiwitz liegt gerade ein großer Vorteil darin, daß hier Landwirtschaft und Industrie zusammentreffen. Dem weiteren Ausbau der Straßen muß daher immer größere Bedeutung beigemessen werden. Vor allem muß der Bau des noch fehlenden Straßenzuges von Gleiwitz nach Sosnitza beschleunigt zu Ende geführt werden. Die Bedeutung der Landstraßen ist durch den wachsenden Automobilverkehr wieder außerordentlich gestiegen; es ist hier mit einer noch weiteren Verkehrsentwickelung zu rechnen. In Gleiwitz ist der Anfang und der Hafen einer schiffbaren Wasserstraße. Durch den Klodnitzkanal ist die Stadt mit der Oder verbunden. Diese Wasserstraße läuft nach dem Westen, dem Hauptabsatzgebiet der oberschlesischen Erzeugnisse.

Noch fehlt der Ausbau dieses Wasserweges für große Lasten; er ist geplant, um für die Erzeugnisse Oberschlesiens das notwendige Absatzgebiet zu erschließen. Nur billige Frachten ermöglichen einen Wettbewerb auf große Entfernungen. Durch den Klodnitzkanal würde Gleiwitz auch mit der geplanten Oder-Donau-Verbindung zusammenhängen. Diese Wasserstraße wird in erster Linie der böhmischen Industrie zugute kommen; es kann jedoch wegen der großen Aufnahmefähigkeit der Donauländer damit gerechnet werden, daß auch Oberschlesien Vorteile von diesem Verkehrswege haben wird. Gleiwitz wird dann Hafenstadt sowohl für den Wasserverkehr auf der Oder als auch auf der Donau werden. Die Ausbaumöglichkeiten für den Klodnitzkanal und für einen ausreichenden Hafen in Gleiwitz sind vorhanden.

Der von anderer Seite vorgesehene Ausbau einer Wasserstraße über die Przemsa zur Weichsel wird Gleiwitz nicht berühren. Abgesehen von der Zeit- und Kostenfrage ist es auch noch nicht erwiesen, ob diese Wasserstraße einen wirtschaftlichen Vorteil für Oberschlesien bringen wird. Die winterlichen Unterbrechungen für die Schiffahrt sind im Osten länger als im Westen und der ausgebaute Weichselstrom wird nicht das oberschlesische Absatzgebiet, sondern das Gebiet des Danziger Handels mit englischen Waren vergrößern.

Gleiwitz ist eine der bedeutendsten Eisenbahnstationen, sowohl für den Durchgangsverkehr als auch für den Nahverkehr. Es laufen über Gleiwitz durchgehende Wagen von Bukarest über Berlin nach Hock von Holland, und von Beuthen nach Frankfurt a. M.; es hat gute Schnellzugsverbindungen mit Schlaf- und Speisewagen über Breslau nach Berlin und Dresden und auch beschleunigte Zugverbindung ins Glatzer und Riesengebirge. Es fehlt die D-Zugverbindung nach den Bevölkerungsdichtegebieten Schlesiens und Sachsens in dem Streifen von Oberschlesien über Neiße – Waldenburg – Görlitz. Die Fernverbindungen nach dem Norden, Osten und Süden sind für Gleiwitz durch die neue Grenzführung nicht mehr ganz zufriedenstellend. Der direkte Schienenweg Gleiwitz – Ratibor – Oderberg und die Schaffung einer Bahnverbindung nach Tworog-Brynek mit Anschluß an die Tarnowitz-Breslauer Strecke sind geplant.

Für den Nahverkehr hat Gleiwitz nach dem Westen die Strecken Gleiwitz – Kandrzin – Neiße, Gleiwitz – Kandrzin – Oppeln, Gleiwitz – Peiskretscham – Oppeln, nach dem Osten die Strecken nach Beuthen, nach Hindenburg – Kattowitz, nach Poremba, nach Makoschau, Idaweiche und nach Gieraltowitz – Rybnik. Die Aufteilung Oberschlesiens hat durch die unglückliche Zerschneidung einiger dieser Verkehrslinien die Verkehrsentwickelung sehr ungünstig beeinflußt. Die Einstellung auf die neue Grenze ist wegen der Kürze der Zeit noch nicht ganz möglich gewesen. Das Fehlen

eines direkten Schienenweges von Gleiwitz über Hindenburg nach Beuthen nur auf deutschem Gebiet macht sich immer störender bemerkbar.

Die starke Entwickelung der westoberschlesischen Ortschaften längs der neuen Grenze infolge Abwanderns aus Ostoberschlesien macht die Aufstellung eines neuen Verkehrsplanes notwendig. Außer dem vollwertigen Ausbau einer Strecke von Gleiwitz über Hindenburg nach Beuthen werden die Fortsetzung der jetzt im Bau stehenden Strecke Gleiwitz—Ludwigsglück nach Mikultschütz, der bessere Ausbau der Strecke nach Poremba sowie die Heranlegung des Bahnhofs Sosnitza an die Hauptstrecken gewünscht. Wenn auch der Nahverkehr hauptsächlich durch örtliche Verkehrsunternehmungen, wie Straßenbahnen und Autolinien zu regeln ist, so wird sich doch gerade hier in dem volksdichten Industriegebiet die Hauptbahn nicht der Aufgabe der Förderung des Arbeiterverkehrs entziehen können, um so mehr als das Industriegebiet selbst nicht genügend Raum für die Unterbringung der in der Industrie beschäftigten Menschenmassen in gesunden Wohnstätten bietet.

Gleiwitz ist die gegebene Hauptstation für den Personenverkehr. Der neue Personenbahnhof, der 1925 dem Verkehr übergeben werden wird, kann den erhöhten Anforderungen des Personenverkehrs gerecht werden.

Für den Güterverkehr ist Gleiwitz durch seinen Rangierbahnhof der größte Güterbahnhof des Ostens. Er sammelt die Erzeugnisse des oberschlesischen Bergbaues und der Industrie, ordnet die Frachten und läßt sie in langen Zügen den Empfängern zurollen. Andererseits nimmt er die aus dem Westen einlaufenden Güter und die Leerwagen auf, um diese den oberschlesischen Abnehmern und den Verladestellen zu den passendsten Zeiten und in der besten Art zuzuführen.

Die Bahnhofsanlage selbst liegt im Stadtgebiet an guter Stelle. Die Gleise laufen parallel zum Flußlauf in der West-Ostrichtung durch die Stadt, der Personenbahnhof liegt sehr günstig zur Straßenanlage und zum Geschäftsviertel. Die großen Anlagen des Rangierbahnhofs und der Werkstätten wirken auch nicht störend, sie liegen in der Verkehrsrichtung, der Verkehr kann an ihnen auf den aus Gleiwitz herausführenden Straßenzügen reibungslos entlang laufen. Nur die Höhenlage der Gleise innerhalb des engeren Stadtgebietes muß als ungünstig für den Stadtverkehr bezeichnet werden. Verkehrsstraßen dürfen nicht auf Stelzen oder in gewundenen Rampen über die Gleise oder in unübersichtlichen Durchlässen unter ihnen hindurchgeführt werden. Der durch Gleiwitz laufende Schienenstrang teilt die Stadt gewissermaßen in eine nördliche und südliche Hälfte, was sich aus der geschichtlichen Entwicklung erklären läßt: der nördliche Stadtteil Petersdorf war bei Anlage der Bahnverbindung noch ein selbständiges Gemeinwesen. Die beiden Hauptverbindungen zwischen diesem Stadtteil und der Altstadt, die Tosterstraße und die Rohrstraße, sind leider zu krummlinig und unübersichtlich, um dem städtischen Verkehr in vollem Umfange zu genügen. Es bleibt daher eine dringende Zukunftsaufgabe der städtischen Verwaltung, in dieser Hinsicht auf Verbesserung hinzuwirken. Die für Industrie und Gewerbe wichtigen Gleisanschlüsse eisenbahntechnisch folgerichtig in das Gesamtschienennetz der Stadt einzuführen, um die einfachsten und billigsten Zustellungen und Abholungen zu erhalten, verlangt verständnisvolles Zusammenarbeiten von Industrie, Gewerbe, Eisenbahn und Stadt. Gleiwitz hat reichliche Gleisanschlüsse. Die vorhandenen Anschlußanlagen genügen leider nicht den Bedürfnissen. Die Möglichkeit guter Anschlüsse und zweckmäßiger Neuanlagen ist aber vorhanden. Der Ausbau solcher Anlagen ist in das Zukunftsprogramm der Stadtverwaltung bereits aufgenommen. Der Gleiwitzer Bahnhof liegt auch günstig vor den neuen Grenzübergangsstellen Sosnitza, Poremba und Hindenburg; er liegt auch günstig zu den Grenzstellen an der Beuthener Strecke.



Alle diese Vorzüge der Eisenbahnanlagen und Verbindungen sind für die Stadt Gleiwitz von großer Bedeutung und fördern ungemein ihre Weiterentwickelung. Einige Zahlen sollen das Bild der Eisenbahnverkehrslage noch vervollständigen: Es betragen die Eisenbahnentfernungen von Gleiwitz bis Breslau 162 km, bis Berlin 502 km, bis Dresden 428 km, bis Prag 461 km, bis Wien 371 km, bis Preßburg 400 km, bis Bukarest 534 km, bis Krakau 108 km, bis Lemberg 450 km, bis Warschau und Posen je 350 km. Die Meereshöhe von Gleiwitz liegt auf Ordn. + 218, Krakau auf + 205, Wien auf + 170, Breslau auf + 170, der Jablunkapaß auf + 550.

Gleiwitz ist auch Ausgangsort mehrerer Schmalspurbahnen, so der Kleinbahn über Rauden nach Ratibor, welche für den Aufschluß der im Süden der Stadt gelegenen Gebiete von großer Bedeutung ist, der staatlichen Schmalspurbahn für den Güterverkehr im Industriegebiet, welche in der Stadt am Klodnitzkanal ihre Ladestelle hat, und der elektrischen Straßen- und Überlandbahnen für den Personenverkehr. Es wird Aufgabe der Gemeinden des Industriegebietes sein, für eine bessere Ausgestaltung gerade dieser Verkehrsanlagen zu sorgen und sie durch Schaffung von Autolinien zu ergänzen. Eine solche Autoverbindung ist von der Reichsbahn bereits geschaffen, die Gleiwitz mit Kieferstädtel, dem südlichen Teil des Landkreises Tost-Gleiwitz, verbindet.

Der guten Verkehrslage entsprechend hätte Gleiwitz Sitz der neuen Reichsbahndirektion für Deutsch-Oberschlesien werden müssen. Die Wahl ist aus anderen Erwägungen auf Oppeln gefallen. Oppeln hat durch seine Lage an der Oder einen großen Vorzug, es liegt jedoch zu weit vom Industriegebiet entfernt und zu nahe bei Breslau.

Eine Darstellung der Verkehrslage einer Stadt darf jetzt an dem Luftverkehr nicht vorübergehen. Wenn auch das Luftmeer frei von Hindernissen ist und den Flugzeugen nach allen Seiten freie Bahn gibt, so wird sich der Luftverkehr doch den Welthandelsstraßen anpassen. Es werden bereits eine Anzahl Straßen in regelmäßigen Plänen von Flugzeugen durchflogen. Gleiwitz war während der letzten Kriegsjahre Fliegerstation, es war Flughafen für den Luftverkehr zwischen Berlin und Kiew. Die harten Bedingungen des Versailler Diktats haben zum Abbruch der Station gezwungen. In den großen Verkehrsplänen der Luftverkehrsgesellschaften ist jedoch Gleiwitz wieder als Flughafen in Erwägung gezogen.*) Die Verkehrslage von Gleiwitz wird auch für den Luftverkehr als günstig betrachtet. Maßgebend für die Verwirklichung der Pläne ist jedoch die Anlage eines ausreichenden Lufthafens. Nur das Vorhandensein einer sicheren Landestelle, welche die für den Luftverkehr notwendigen Hallen, Werkstätten und sonstigen Gebäude aufweist, welche durch einen Gleisanschluß das Umsteigen zwischen Eisenbahnwagen und Flugzeug gestattet, wird Gleiwitz zu einer Station des Luftverkehrs machen. Die internationalen Luftverkehrspläne sehen bei Gleiwitz einen großen Flughafen, der „Dreiländerecke" genannt wird, vor. Der internationale Flughafen „Dreiländerecke" soll Station der Luftverkehrslinie vom Westen über Berlin nach Odessa und vom Süden über Marseille, Triest-Wien nach Warschau, Danzig-Moskau werden

*) Noch während diese Zeilen gedruckt wurden, ist unter Beteiligung der Provinz, der Industrie, der Stadt Gleiwitz und der Junkers-Flugverkehrs A.-G. Berlin die „Oberschlesische Flugverkehrs A.-G. Gleiwitz" gegründet worden. Bereits am 1. März d. J. wird sie die Flugverkehrsverbindung Oberschlesiens mit der Leipziger Messe aufnehmen. Der regelmäßige Flugverkehr soll am 1. April d. J. aufgenommen werden und zwar mit einer direkten Linie Oberschlesien-Berlin. Eine Zwischenlandung in Breslau soll dabei Gelegenheit geben, in Breslau Fahrgäste aufzunehmen und den unmittelbaren Anschluß zu vermitteln an die Flugverkehrslinie Breslau-Görlitz-Dresden-Leipzig-Frankfurt a. Main. Vergleiche auch die Anzeige im Anhang.

und auf der Fluglinie London—Indien liegen. Kommt der Hafen auf Gleiwitzer Gebiet, dann wird dies für die weitere Entwickelung der Stadt von großer Bedeutung sein. Die technischen Möglichkeiten für die Anlage eines großen Flughafens mit Gleisanschluß sind gegeben.

Wie eingangs dargelegt, ist die Verkehrsanlage einer Stadt für ihre Entwickelung von ausschlaggebender Bedeutung. Die günstige Verkehrslage der Stadt Gleiwitz hat ihre blühende Entwickelung in den letzten Jahrzehnten zweifellos gefördert. Entsprechend dieser Entwickelung sind aber auch bisher die durch die Verkehrsanlage möglichen Verkehrsverbindungen geschaffen worden. Der neue Aufschwung, den die Stadt Gleiwitz in den letzten Jahren begonnen hat, erfordert die weitere Ausgestaltung dieser Verkehrsverbindungen, wie diese einzeln dargelegt wurden. Hoffentlich werden alle Zukunftsaufgaben, die in dieser Hinsicht sowohl an die Stadtverwaltung als auch an die Reichs- und Staatsbehörden herantreten, im Interesse der Stadt und des ganzen oberschlesischen Landes restlos erfüllt und damit die vielen großen Schäden beseitigt, die die ungerechte Teilung des oberschlesischen Industriegebietes hervorgerufen hat. Zurzeit und auch für die nächsten Jahre sind die Verkehrswege nach dem Westen die wichtigsten, denn im Westen liegen zurzeit die Märkte und Absatzgebiete für die oberschlesische Industrie. Die Kohle wird auch weiterhin auf dem Wasser der Oder nach dem Westen fließen. Dieses ist ihr natürlicher Weg. Die Aufnahmefähigkeit der östlichen Völker und der Völker auf dem Balkan ist zurzeit noch sehr beschränkt, so daß diese Staaten als Absatzmärkte für die oberschlesische Industrie noch wenig in Betracht kommen. Hoffentlich bringt eine friedliche wirtschaftliche Entwickelung in ganz Europa in Zukunft es mit sich, daß oberschlesische Produkte, wie auch schon früher, ihren Weg auch nach dem Süden und Osten nehmen.

Die Bahnhof- und Werkstätten-Anlagen der Reichsbahn in Gleiwitz

Von Regierungsbaurat A. Meth, Gleiwitz.

Fährt man im Eisenbahnwagen von Gleiwitz nach Sosnitza, so fällt auf der Nordseite der Strecke der Blick auf eine Unmenge von Gleisen, die mit den mannigfaltigsten Wagen besetzt sind. Wir fahren an dem Bahnhof Gleiwitz vorbei, dessen ungewöhnlich große Ausdehnung uns ein Bild von seiner Bedeutung gibt.

Sehen wir uns zunächst die dem eigentlichen Personenverkehr dienenden Anlagen, den Personenbahnhof Gleiwitz an, so finden wir, daß hier ein Verkehr zu bewältigen ist, der aus 5 Richtungen zum Bahnhof hinströmt. Auf der Westseite münden die zweigleisigen Strecken von Kandrzin und Groß-Strehlitz in den Bahnhof, von Osten her kommt die von Ludwigsglück ab eingleisige Beuthener Strecke, die zweigleisige Strecke von Hindenburg und die eingleisige von Sosnitza, die sich in diesem Bahnhof in 3 Richtungen nach Poremba, Makoschau und Gieraltowitz verzweigt. Wenn auch diese Strecke von Sosnitza durch die Grenzziehung viel von ihrer Bedeutung verloren hat, so ist der Personenverkehr, den die übrigen Strecken zum Bahnhof bringen, doch noch ein recht erheblicher. Abgesehen von dem reinen Ortsverkehr, der bei einer Stadt von 84 000 Einwohnern ohnehin schon erheblich ist, spielt sich auf den Bahnsteigen ein lebhafter Wechselverkehr ab zwischen der Beuthener und Hindenburger Strecke einerseits und der Groß-Strehlitzer und Kandrziner andererseits. Namentlich am Ende und am Anfang der Woche, wenn die im oberschlesischen Industriegebiet tätigen, jedoch nicht ansässigen Arbeiter in ihre Heimat fahren oder von dort her wieder zur Schicht, zeigt der Verkehr ganz ungewöhnlich lebhafte Formen, die sich im Rahmen der augenblicklichen Bahnhofsverhältnisse nur schwer bewältigen lassen. Vor Jahren hat die Eisenbahnverwaltung deshalb bereits den Plan zu einer weitgehenden Vergrößerung der Anlagen ausgearbeitet, und zurzeit ist man mit der Ausführung dieses Vorhabens beschäftigt. Hiervon soll an anderer Stelle die Rede sein.

Will man eine ungefähre Trennungslinie zwischen dem Personenbahnhof, zu dem auch die Anlagen für den Ortsgüterverkehr — insbesondere die bereits im Rahmen des Neubauplanes ausgeführte Freiladestraße mit dem neuen Güterschuppen — gehören, und dem Verschiebebahnhof Gleiwitz ziehen, so wäre sie etwa in der Gegend der Hindenburger Straßenbrücke zu legen. Zwischen der Überführung der Neudorfer Straße und der Überführung der Straße nach Hindenburg liegt der Personenbahnhof, östlich daran — bis nach Sosnitza gehend — schließt sich der Verschiebebahnhof Gleiwitz in einer Länge von rund 3 km an. Schon aus diesem Längenverhältnis ist zu erkennen, daß dem Verschiebebahnhof Gleiwitz verhältnismäßig eine weit größere Bedeutung zukommt, als dem Personenbahnhof.

Bevor wir uns diesen Verschiebebahnhof etwas näher ansehen, seien zunächst ein paar allgemeine Worte gesagt über die Aufgabe, die ein Verschiebebahnhof zu erledigen hat. Sein Zweck ist es, die ihm zulaufenden Züge aufzulösen, die Wagen nach neuen Zielen und Gesichtspunkten

zusammenzustellen und aus ihnen neue Züge zu bilden, die alsdann den Bahnhof wieder verlassen. So ergibt sich dann als Schema eines Normalbahnhofes folgendes Bild:

Zunächst haben wir eine Gruppe von Einfahrgleisen, in denen der angekommene Zug auf seine Zerlegung wartet. Hieran schließen sich die sogenannten Richtungsgleise, von denen jedes einzelne bestimmt ist, Wagen einer bestimmten Strecke aufzunehmen. Zwischen Einfahrgleisen und Richtungsgleisen liegt der sogenannte Ablaufberg, eine hügelartige Erhöhung im Gleise, über die die Wagen langsam herübergedrückt werden und von dem sie, nachdem ihre Kuppelungen gelöst sind, in die entsprechenden Richtungsgleise lediglich infolge der Schwerkraft abrollen. An die Richtungsgruppe schließt sich die Stationsgruppe, in der die Wagen, die in den Richtungsgleisen noch bunt durcheinander stehen, nunmehr der Reihenfolge, in der sie auf den einzelnen Stationen abgesetzt werden sollen, zusammengestellt werden. Aus der Stationsgruppe kommen die Wagen in die Ausfahrgleisgruppe, aus denen sie dann nach Fertigstellung des Zuges abfahren. Für die andere Verkehrsrichtung ergibt sich das gleiche Schema in der Anordnung der Gleisgruppen, so daß also neben der Ausfahrgruppe der einen Richtung die Einfahrgruppe der anderen Richtung liegt. Diese Gliederung ist auch im Verschiebebahnhof Gleiwitz deutlich zu erkennen, nur mit dem Unterschied, daß die beiden Hälften nicht gleichmäßig ausgebildet sind. Der Grund hierfür ist leicht einzusehen.

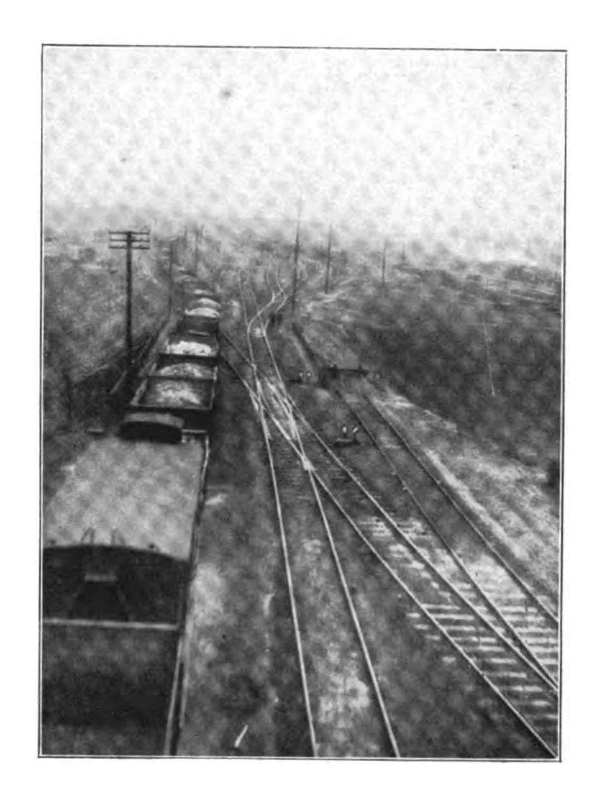


Abb. 1. Blick vom Stellwerk
Ein Zug wird über den Ablaufberg gedrückt (im Hintergrunde die Gruppe der Einfahrgleise)

Die beiden Verkehrsrichtungen im Bahnhofe Gleiwitz haben eine ganz verschiedene Bedeutung. Die Richtung von Westen nach Osten — die sog. Leerrichtung — bringt neben den gewöhnlichen Frachten die aus dem Reiche in großer Zahl zurückströmenden leeren Güterwagen her. Diese letzteren werden zum Teil in ganzen Zügen, zum mindesten aber in größeren Gruppen gleich wieder in das Industriegebiet weiter befördert, so daß sie den Bahnhof nur verhältnismäßig kurze Zeit belasten. Anders dagegen verhält es sich in der Lastrichtung. Die aus dem Industriegebiet kommenden Züge bringen die Wagen im bunten Durcheinander an, und bei der Zerlegung eines solchen Zuges will sozusagen jeder einzelne Wagen besonders behandelt sein. Alle diese Wagen müssen über den Ablaufberg gehen, und somit beansprucht ein derartiger Zug einen größeren Aufwand an Gleisanlagen und Zeit, als ein aus der entgegengesetzten Richtung gekommener. In den Größenverhältnissen der Bahnhofsteile äußert sich das in der Weise, daß die Gleisanlagen in der Lastrichtung umfangreicher sind als die der Leerrichtung.

Es ist ohne weiteres klar, daß es im Interesse der Wirtschaftlichkeit zweckmäßig ist, Züge zu bilden, die auf möglichst große Entfernungen durchgehen, ohne daß sie auf den Zwischenstationen noch irgend welche Bearbeitung erfahren. Im Bahnhof Gleiwitz werden beispielsweise ganze Züge, die in der Hauptsache die oberschlesische Kohle enthalten, bis nach Ober-Kotzau in Bayern, Nieder-Schönweide bei Berlin und Horka in Brandenburg abgefertigt. Diese Züge laufen also, ohne daß ihr Bestand unterwegs geändert wird, glatt bis zu den angegebenen Zielen durch. Daneben gibt es die sogenannten Nahgüterzüge, die die Aufgabe haben, das für die Nachbarstation bestimmte Gut auf den einzelnen Bahnhöfen abzusetzen. Ihr Lauf geht nicht über Oppeln und Peiskretscham hinaus.



Abb. 2. Das über dem Scheitelpunkt des Ablaufberges stehende Stellwerk
3 losgekuppelte Wagen rollen eben vom Berge ab

Was die Gesamtzahl der täglich im Gleiwitzer Bahnhof bearbeiteten Wagen angeht, so gehen zu Zeiten starken Betriebs bis zu 8000 Achsen aus der Lastrichtung ein, die alle den Weg über den Ablaufberg nehmen müssen. Zu stilleren Zeiten, insbesondere auch wenn infolge des ungünstigen Oderwasserstandes der Umschlag der Kohle im Cosel-Hafen aufhört und hierdurch etwa täglich 16 Züge zwischen Gleiwitz und Cosel ausfallen müssen, geht die Zahl der Achsen bis auf etwa 6000 zurück, hat aber andererseits auch schon im Jahre 1923 die Höhe von 13 000 erreicht. In Zügen ausgedrückt heißt das, daß täglich etwa 40 Züge in der Westrichtung vom Bahnhof Gleiwitz abfahren, während 50 Züge den Bahnhof in der Richtung nach dem weiteren Industriegebiet verlassen. Der Zulauf aus beiden Richtungen weist etwa die gleiche Zahl auf.

In der Gruppe der Richtungsgleise finden wir neben den Gleisen, die der Aufnahme von Wagen einer bestimmten Richtung dienen – also beispielsweise neben den Gleisen für die Richtung Beuthen, für Richtung Hindenburg oder Sosnitza – auch diejenigen Schienenstränge, welche die für die Stadt Gleiwitz selbst bestimmten Frachten, das sogenannte Ortsgut, aufzunehmen haben, das dann von dort in besonderen Überführungszügen nach den Ortsgutanlagen, also dem „Kohlenstrang" und dem Güterschuppen gebracht wird.

Ein besonderes Gleis ist zur Aufnahme der beschädigten Wagen bestimmt. Die Unbilden, denen die Wagen auf ihrem langen Lauf ausgesetzt sind, bringen naturgemäß Beschädigungen und Verletzungen mit sich, die behoben werden müssen, ehe der Wagen erneut zur Beladung gestellt wird. So ist denn in Gleiwitz ein großes Krankenhaus für ausbesserungsbedürftige Wagen herangewachsen, das unmittelbar neben dem Bahnhof liegende Ausbesserungswerk I, dem die

Wiederherstellung der beschädigten Wagen obliegt. Und deren Zahl ist nicht gering. Nicht weniger als 40—50 000 Wagen werden jährlich in diesem Werk wieder hergestellt. Es ist das größte Wagenausbesserungswerk der Deutschen Reichsbahn-Verwaltung, und die 54 000 qm große gedeckte Halle, in der die Ausbesserungen unter Zuhilfenahme modernster Maschinen und Arbeitseinrichtungen vorgenommen werden, dürfte in Europa so leicht ihresgleichen nicht finden.

Auf der anderen Seite — zwischen Bahnhof und der Straße nach Hindenburg gelegen — finden wir das Ausbesserungswerk II, das die gleiche Aufgabe an den beschädigten Lokomotiven vorzunehmen hat. Auch hier wird nach den modernsten Grundsätzen gearbeitet, wodurch die Leistungsfähigkeit des Werks erheblich gewachsen ist. Während noch im Jahre 1919 die rein handwerksmäßige Arbeit vorherrschte, indem jeder gebrochene oder beschädigte Teil einzeln wieder hergestellt und dann in die Lokomotive wieder eingebaut wurde, ist jetzt die sogenannte wirtschaftliche Betriebsführung durchgeführt. Der Erfolg ist der, daß eine größere Lokomotivreparatur, die vor dem Kriege 100—150 Tage erforderte, heute in 30—40 Tagen erledigt wird, woran die durch Serien-Herstellung der einzelnen Teile gewonnene Zeitersparnis einen nicht unerheblichen Anteil hat. Der Erfolg dieser Maßnahme ist der, daß eine beschädigte Maschine viel schneller als früher dem Betrieb zurückgegeben werden kann, weiter, daß überhaupt eine geringere Anzahl von Maschinen erforderlich ist, und nicht zuletzt auch, daß eine Reihe von Ausbesserungswerken überflüssig werden. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige beschleunigte und verbilligte Arbeitsleistung, wie sie den Gleiwitzer Ausbesserungswerken durch die Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung möglich wurde, namentlich auch im Hinblick auf die derzeitige Lage der Reichsbahnverwaltung von großer wirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung ist.

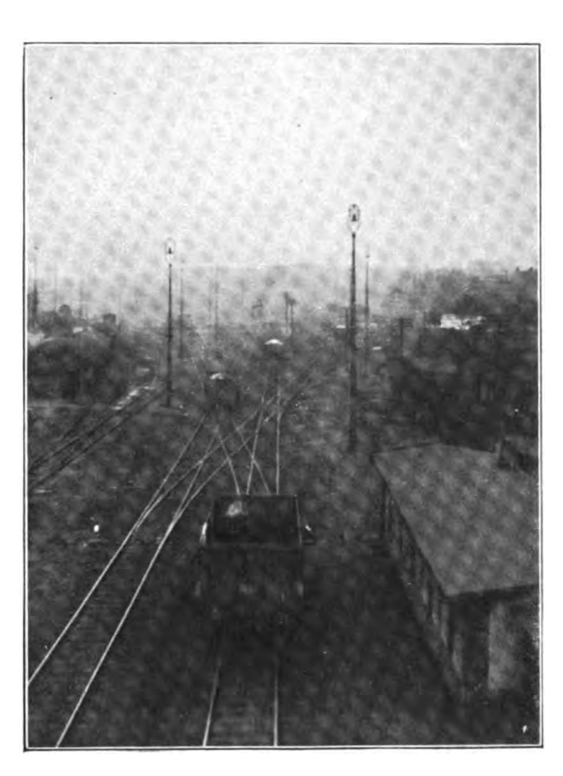


Abb. 3. Blick vom Stellwerk
Die Wagen rollen vom Ablaufberg in die Richtungsgleise. (Die jenseitig erforderliche Umstellung der Weichen erfolgt durch kleine Motoren, die an der Weiche angebracht sind und vom Stellwerk aus durch Einschalten des Stromes bedient werden)

Zum Schluß noch ein Wort über den Personenbestand, wie er sich jetzt nach dem Abbau darstellt. In den gesamten Bahnanlagen von Gleiwitz sind rund 5800 Mann beschäftigt, die sich aus 1500 Beamten und 4300 Arbeitern zusammensetzen und zum weitaus überwiegenden Teil in Gleiwitz ansässig sind. Rechnet man hierzu die Angehörigen, so ergibt sich eine recht stattliche Anzahl von Menschen, die bei der Eisenbahnverwaltung ihr Brot finden.

Die einschneidenden Veränderungen, die der Bahnhof zurzeit durch den Umbau erfährt und durch die nicht nur der Personenbahnhof erweitert, sondern auch die Einführung der von Osten

kommenden Linie erheblich verbessert wird, können im Rahmen dieses Aufsatzes nur gestreift werden. Es sei nur kurz erwähnt, daß neben dem Neubau des Bahnhofsempfangsgebäudes (vergl. die Ausführungen des Herrn Regierungsbaurat Heß in dem folgenden Aufsatz) auch die sonstigen dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Anlagen, insbesondere die Bahnsteige mit den Zugängen vom Empfangsgebäude aus, völlig neu hergestellt werden und zwar in einem Ausmaße, das allen Anforderungen genügen dürfte.

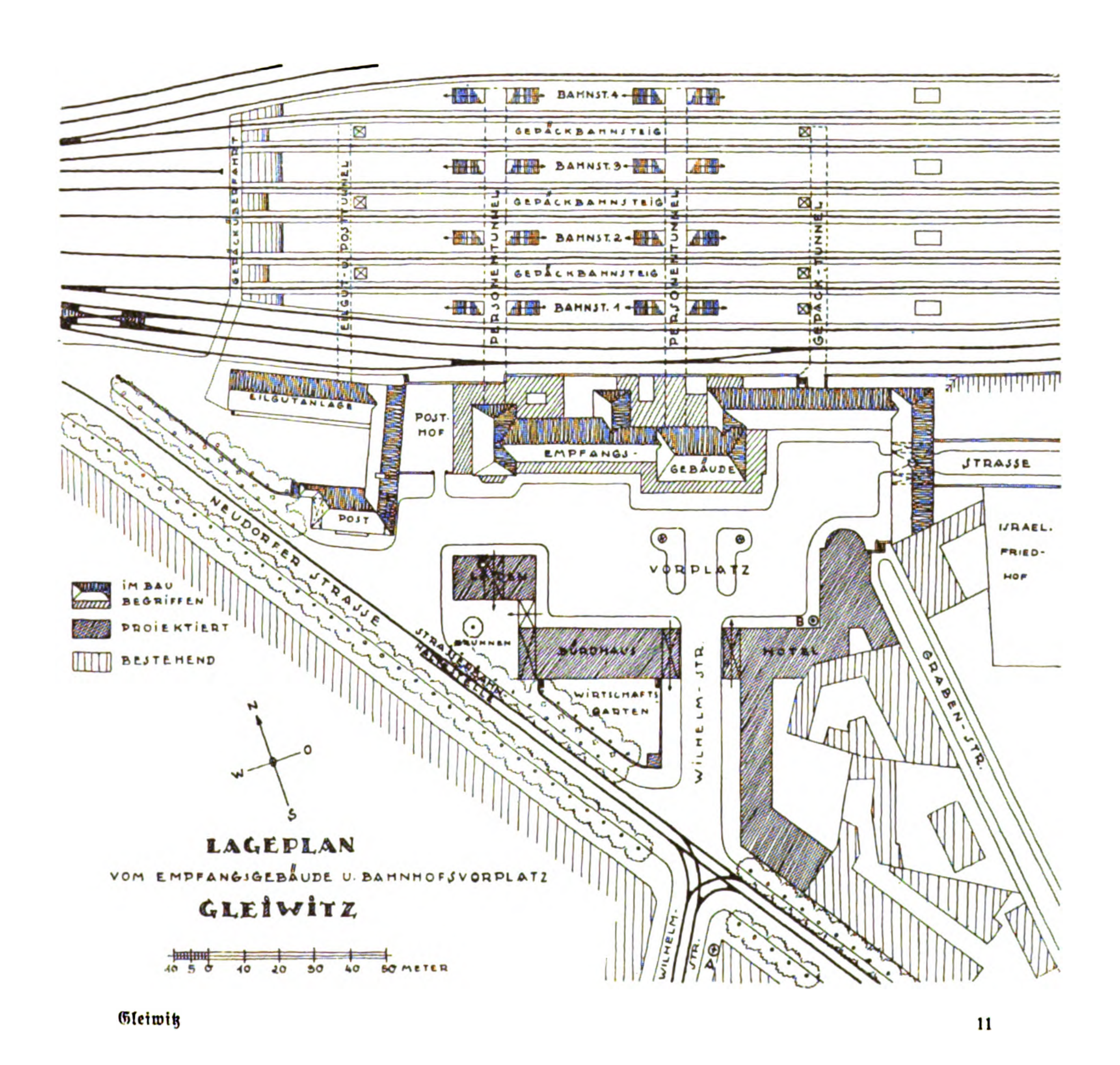
Der zweite Hauptzweck des Umbaues ist, der Beuthener Strecke eine andere Linienführung zu geben. Die bestehende Linienführung ist insofern äußerst ungünstig, als die Personenzüge von den auf der Südseite des Bahnhofes gelegenen Bahnsteiganlagen nach der nördlich vom Bahnhof entlang führenden Beuthener Strecke geleitet werden müssen. Auf diesem Wege durchschneiden sie die beiden Güterzuggleise von und nach Oberschlesien, d. h. die beiden Lebensadern, auf denen sich Tag und Nacht ein ununterbrochen lebhafter Verkehr bewegt, der jetzt durch die Beuthener Personenzüge ganz erheblich gestört wird. Um dem Übel abzuhelfen, hat man zwischen Ludwigsglück und Matthesdorf einen neuen Damm geschüttet, der die Beuthener Linie unter Vermeidung einer Durchschneidung des Bahnhofes am Ostende in den Bahnhof einführt. Besonders abzweigende Gütergleise bringen die ein- und ausfahrenden Güterzüge der Beuthener Strecke ohne Störung anderer Linien in den Bahnhof oder auf die Strecke, während die beiden Personenzuggleise zusammen mit den beiden Hindenburger Gleisen und den Gleisen von Sosnitza in der ganzen Länge des Bahnhofs an dessen Südseite vorbeigeführt und ebenfalls ohne Störung anderer Linien an die Bahnsteige herangebracht werden.

Das neue Bahnhofempfangsgebäude in Gleiwitz

Von Regierungsbaurat Heß, Gleiwitz.

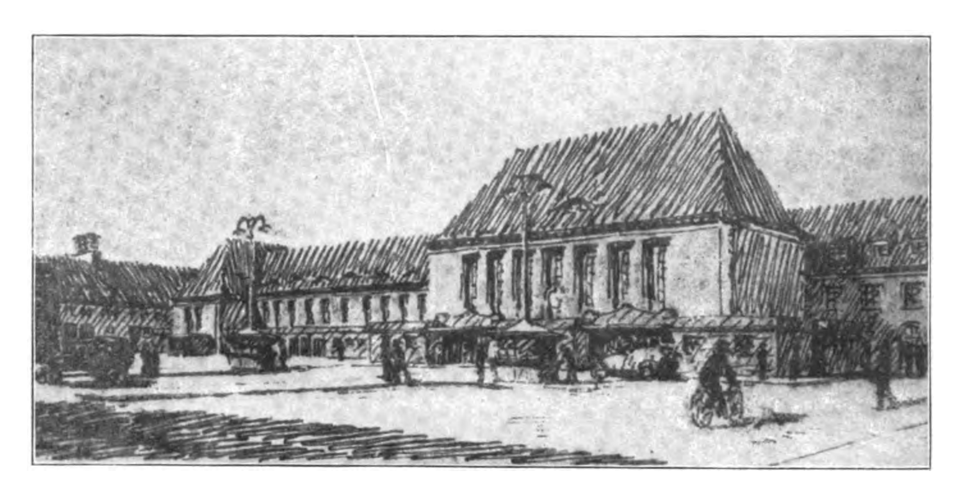
Der Umbau des gesamten Personenbahnhofes Gleiwitz war schon geraume Zeit vor dem Kriege geplant, während des Krieges zurückgestellt, nach dem Kriege aber infolge der neuen Grenzverhältnisse und der daraus sich ergebenden veränderten Verkehrslage unaufschiebbar geworden.

Der Bau eines neuen Bahnhofsgebäudes, als Teil des Personenbahnhofes, ergab sich aus der mit dem Umbau des Personenbahnhofes verbundenen Erweiterung der Bahnsteiganlagen, welche



nur nach Süden zu möglich war und der daher das alte, übrigens an und für sich schon seit vielen Jahren durchaus unzulängliche Bahnhofsgebäude weichen mußte.

Bei der Aufstellung des Entwurfs für das neue Bahnhofsgebäude wurde unter Berücksichtigung der raschen Entwicklung der Stadt Gleiwitz von vornherein der Forderung Rechnung getragen, die öffentlichen Räume in ihrer Ausdehnung und Beziehung zueinander so anzulegen, daß sicherste und schnellste Abwicklung des Personenverkehrs gewährleistet war. Es ließ sich daher auch hier, wie bei den meisten Bahnhofsgebäuden des oberschlesischen Industriegebiets, kaum umgehen, den ungewöhnlich starken Arbeiterverkehr vom übrigen Personenverkehr zu trennen, d. h. also zwei Schalterhallen anzulegen. Da zu jeder der beiden Schalterhallen und zur Abfertigung des Reisegepäcks je eine Tunnelanlage zu den Bahnsteigen geschaffen werden mußte, ferner die zu den Schalterhallen gehörigen Warteräume gemeinsamen Wirtschaftsbetrieb erhalten sollten und weiter nach Osten hin durch den israelitischen Friedhof, nach Westen durch den neuen Eilgüterschuppen und



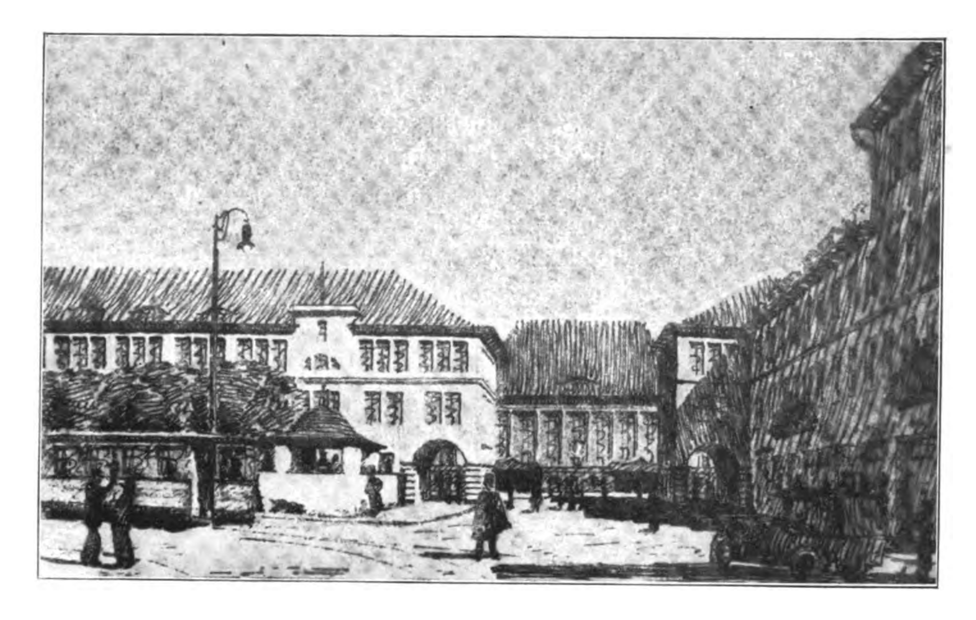
Blick auf das Bahnhofsempfangsgebäude aus der Ecke des Bahnhofsvorplatzes
(Punkt B des Lageplanes)

das neue Postgebäude eine Grenze gezogen war, so war die Lage und äußerste Ausdehnung in westöstlicher Richtung für das Bahnhofsgebäude im großen Ganzen gegeben. In städtebaulicher Hinsicht wurde angestrebt, den Schwerpunkt des Gebäudes, die Schalterhalle 1.—3. Klasse in möglichst unmittelbare Beziehung zur Wilhelmstraße, der Hauptgeschäftsstraße von Gleiwitz, zu bringen. Die Schalterhalle liegt so, daß die Verlängerung ihrer Querachse durch den Schnittpunkt der Achsen der Wilhelm- und Neudorfer Straße geht.

Für die schnelle und bequeme Abwicklung des Personenverkehrs ist weiterhin nicht unwesentlich, daß beim neuen Bahnhofsgebäude die Schalterhallen und die Tunnels in Höhe des Bahnhofsvorplatzes angelegt sind, die Bahnsteige dagegen ungefähr 3½ m höher liegen, so daß also im Gegensatz zum alten Bahnhofsgebäude dieser Höhenunterschied nur einmal zu überwinden ist, um zu jedem der jetzt geplanten vier Bahnsteige zu gelangen.

Bei der Gestaltung des äußeren Aufbaues, von der die beistehenden Skizzen ein ungefähres Bild geben, war das Bestreben ausschlaggebend gewesen, den Zweck, dem das Gebäude dienen soll, zum Ausdruck zu bringen. Es ist versucht worden, mit den einfachsten Mitteln die größtmögliche

Wirkung zu erzielen, wie denn überhaupt die in den letzten Jahren von der Reichsbahn errichteten Bahnhofsgebäude zeigen, daß vom Aufwand zu immer größerer Einfachheit, vom Malerischen zum rein Sachlichen geschritten worden ist. Den ganzen Bahnhofvorplatz beherrschend steht der massige Körper der großen Schalterhalle, nur durchbrochen von einer Reihe hoher Fenster, bekrönt von einem wuchtigen Dach, das weit bis in die Wilhelmstraße hinein dem Blick des Beschauers das wichtigste Ein- und Ausfalltor der Stadt Gleiwitz zeigt. An die große Schalterhalle lehnen sich nach Osten und Westen die beiden in ihren Massen gleichwertigen Flügelbauten an. Der in der Hauptsache die Warteräume enthaltende westliche Flügel wird durch die Schalterhalle 4. Klasse, die im Gegensatz zur großen Halle quer zur Bahnsteigrichtung liegt, abgeschlossen. Die östliche Abschlußwand des Bahnhofsvorplatzes bildet der dreigeschossige Baukörper des Dienst- und Woh-



Blick auf das Bahnhofsempfangsgebäude von der Wilhelmstraße. (Punkt A des Lageplanes)

gebäudes. Für die spätere Durchführung einer den Bahnhof mit der Rohrstraße verbindenden Straße ist in diesem Gebäude jetzt schon eine Durchfahrt vorgesehen worden. Niedrige, in blauroten Eisenklinkern ausgeführte Vorbauten umkränzen die in rotbraunem Edelputz gehaltenen Hauptbauteile und bilden den Maßstab für das ganze Gebäude.

Was von der Gestaltung des äußeren Aufbaues zuerst gesagt ist, gilt in demselben Maße für die Ausgestaltung der Innenräume. Einfachheit und Zweckmäßigkeit sind die Richtlinien. Da hier nicht der Platz ist, auf die Beschreibung jedes einzelnen Raumes einzugehen, so sollen nur die beiden Schalterhallen herausgegriffen werden. Der Fußboden der eine Fläche von rund 370 qm einnehmenden und 11 m hohen Schalterhalle 1.—3. Klasse besteht aus Eisenklinkerplatten von braunroter Färbung. Bis zu einer Höhe von etwa 2,70 m erhalten die in einer hellen Tönung einfarbig behandelten Wände eine Verkleidung in handgeformter, schwarzer, mattglasierter Keramik. Den Maßstab für die Halle selbst gibt aber die kräftig gegliederte und in ihren Farben zu den übrigen Raumfarben abgestimmte Holzbalkendecke. Es ist hierdurch erreicht worden, die nach oben

scheinbar auseinandergehenden, hohen hellen Wände wieder zusammenzubringen und damit dem ganzen Raum die beabsichtigte monumentale Wirkung zu geben; kann doch gerade dieser Raum gleichsam die Empfangshalle der Stadt Gleiwitz genannt werden. Die Schalterhalle 4. Klasse mit einer Grundfläche von 200 qm und einer Höhe von 7,70 m ist ihrem Zweck entsprechend zwar einfacher gehalten, jedoch ist jede Nüchternheit vermieden, da die Raumverhältnisse der Halle sehr günstige sind. Als Fußbodenbelag ist Granitkleinpflaster gewählt worden, während die vollständig weiß gehaltenen Wände eine 2,50 m hohe Wandverkleidung aus Eisenklinkern erhalten und die Decke als einfache Holzbalkendecke mit sichtbarem dunklem Gebälk und weißen Zwischenfeldern ausgeführt ist.

Der Platz vom Bahnhofsgebäude bis zur Neudorfer Straße war in dem ursprünglichen Entwurf als Grünanlage ausgebildet gedacht. Aus städtebaulichen, verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Gründen ist man jetzt dazu übergegangen, eine Bebauung des Bahnhofsvorplatzes vorzusehen. Die zwischen dem Bahnhofsgebäude und der Neudorfer Straße geplanten Bauwerke bringen das Bahnhofsgebäude in einen organischen Zusammenhang mit der Stadt selbst. Die Wilhelmstraße wird dann die eigentliche Bahnhofsstraße. Da der Personen- wie der Fahrverkehr durch die Art der Bebauung und die Anlage von Verkehrsinseln auf dem Bahnhofsvorplatz in zwangläufige Bahnen gelenkt wird, ist auch die Regelung dieses Verkehrs erheblich einfacher, als dies bei einer großen mehr oder weniger übersichtlichen Platzanlage der Fall wäre. Im übrigen zeigt die beistehende Lageplanskizze alles wesentliche über die geplante zukünftige Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes.

Es wäre nur erwünscht, daß die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes in absehbarer Zeit zur Ausführung kommt, damit dem Bahnhofsgebäude, um es voll und ganz zur Wirkung zu bringen, der dringend erforderliche äußere Rahmen gegeben wird und damit auch die Stadt Gleiwitz, welche bei den Verhandlungen über die Aufstellung des Bebauungsplanes stets das größte Entgegenkommen gezeigt hat, eine ihrer Bedeutung würdige Anlage erhält; umsomehr, als beim Austritt aus dem Bahnhof der erste und nachhaltigste Eindruck von einer Stadt gewonnen wird.



Der Klodnitzkanal (Blickrichtung auf die Stadt von Schleuse 17 aus)

Der Klodnitzkanal

und die Aussichten auf einen Großschiffahrtsweg mit Großhafen in Gleiwitz.

Von Regierungsbaurat Kahle, Gleiwitz.

Anregung, Ausführung.

Im Volksmund wird die Erbauung des Klodnitzkanals Friedrich dem Großen zugeschrieben. Tatsächlich stammt die erste nachweisbare Anregung zum Kanalbau 1788 von dem dirigierenden Minister von Schlesien, Grafen von Hoym. Man wollte die oberschlesischen Berg- und Hüttenprodukte dem Verkehr erschließen, Industrie und Handel heben, vor allem aber die Mark, insbesondere die Residenzstädte Berlin und Potsdam mit billigem Feuerungsmaterial versehen. Dazu sollte ein Kanal von der Oder bis hart an das Industriegebiet herangeführt werden.

Der Kanal ist gebaut in den Jahren 1792—1822. Die Arbeiten wurden verzögert durch drohende Kriegsgefahren, Krieg, Mangel an Geldmitteln und Hochwasser.

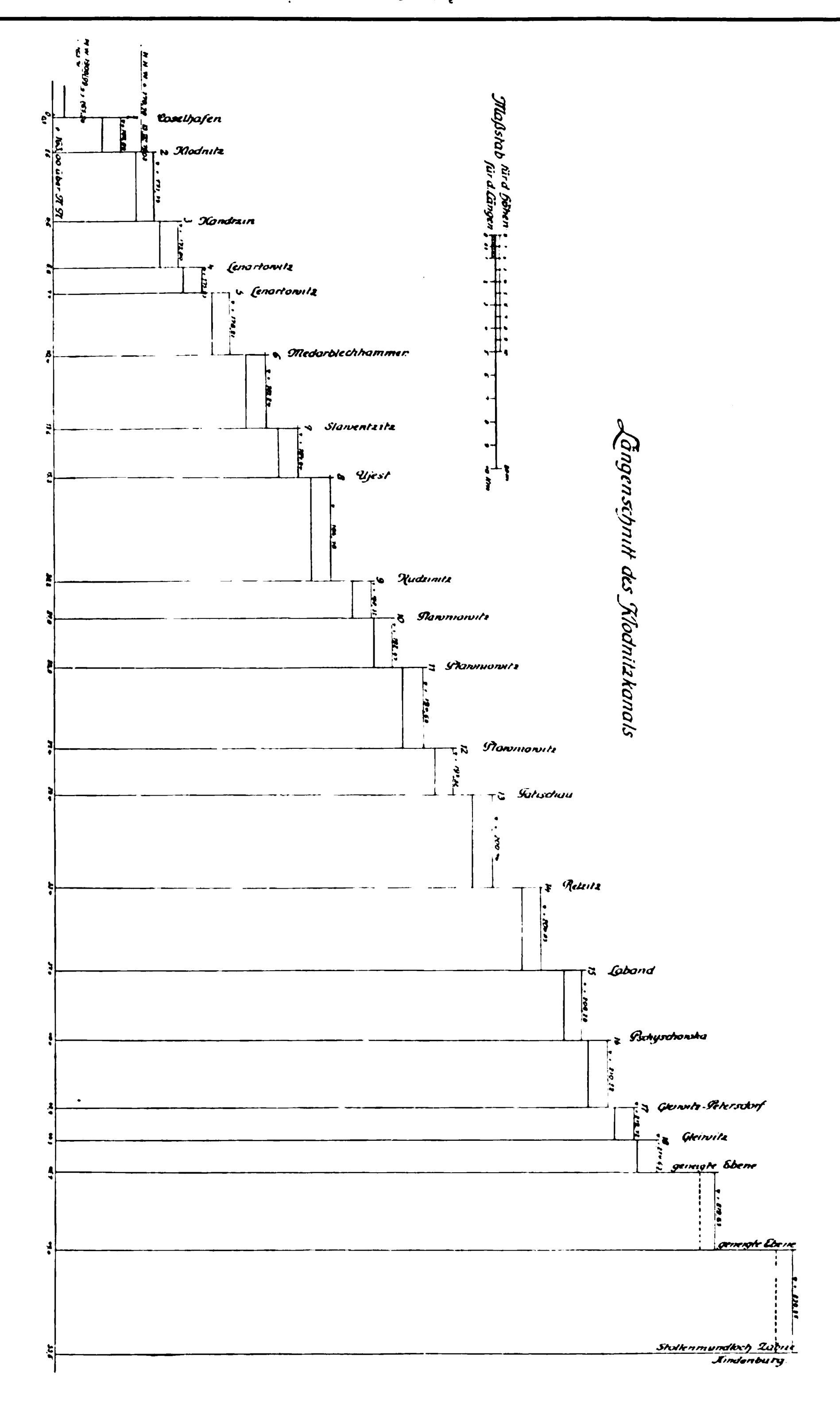
Die Kosten der Herstellung des Kanals haben insgesamt 800 000 Reichstaler betragen.

Maße, Gefälle, allgemeine Anordnung.

Die größten Kähne, die 1792 auf der oberen Oder bis Cosel verkehrten, waren 31,63 m lang, 3,45 m breit und hatten bei der größten Ladung von 28 t : 0,90 m Tiefgang. Die Schleusen des Kanals erhielten eine nutzbare Länge von 35,20 m, eine Breite von 4,08 m, also nicht unerheblich größere Abmessungen, als die größten Oderkähne erfordert hätten, so daß die neuerdings unter weitgehender Ausnutzung der Schleusenabmessungen gebauten Kähne bei einem auf dem Klodnitzkanal jetzt zulässigen größten Tiefgang von 1,40 m : 140 t laden können, d. h. fünfmal soviel, wie die größte Ladung des beim Beginn des Kanalbaues auf der Oder verkehrenden größten Oberoderkahnes betrug.

Das Gefälle von 49 m auf der 45 km langen Strecke Gleiwitz—Cosel wird durch 18 Schleusen überwunden.

Der Klodnitzkanal ist als Seitenkanal am Rande des Hochwasserüberschwemmungsgebietes der Klodnitz geführt. An zwei Stellen, in Kandrzin und in Czerwionka bei Laband, kreuzt er


Längenschnitt des Klodnitzkanals
Maßstab für d. Höhen
für d. Längen
Coselhafen
Klodnitz
Kandrzin
Lenartowitz
Lenartowitz
Medarblechhammer
Slawentzitz
Ujest
Rudzinitz
Laband
Gleiwitz
geneigte Ebene
geneigte Ebene
Stollenmundloch Zabrze
Hindenburg

in Wasserspiegelhöhe die Klodnitz, außerdem wird der Kanal an vier Stellen auf mehr oder minder langen Strecken als Werkgraben genutzt.

Stollenkanal nach Zabrze.

Der ursprüngliche Plan, den Kanal über Gleiwitz hinaus zunächst im Zuge der Klodnitz, dann der Gostine bis zur Weichsel durchzuführen, wurde bereits 1800 fallen gelassen. Dagegen wurde auf Anregung des Berghauptmanns v. Reden 1801 mit dem Bau eines Zweigkanals von Gleiwitz nach Zabrze begonnen, um die Kohle aus den 1790 aufgeschlossenen Zabrzer Steinkohlenflözen (seit 1810 „Königin Luise") der Oder, besonders aber der Staatlichen Hütte zuzuführen.

Der Kanal Gleiwitz – Zabrze, für Boote von 8,6 m Länge, 2,04 m Breite mit 4 t größter Ladung, wurde 1806 beendet, der Höhenunterschied bis zur obersten Haltung des Klodnitzkanals von 16,62 m wurde an zwei Stellen durch geneigte Ebenen mit Rollbrücken überwunden.

Dieser Kanal, der sog. Stollenkanal, hat ausschließlich örtliche Bedeutung gehabt, er diente der Zufuhr der Kohle aus der Königin-Luise-Grube zur Staatlichen Hütte. Seitdem 1839 die letzte Rollbrücke eingegangen, dient der Stollenkanal nur noch der Vorflut, außerdem im unteren Ende bis 1916 als Werkgraben der Staatlichen Hütte. Neuerdings ist die Abwerfung des Stollenkanals auf der ganzen Linie in die Wege geleitet.

Güterverkehr im Klodnitzkanal. 1822 – 1855.

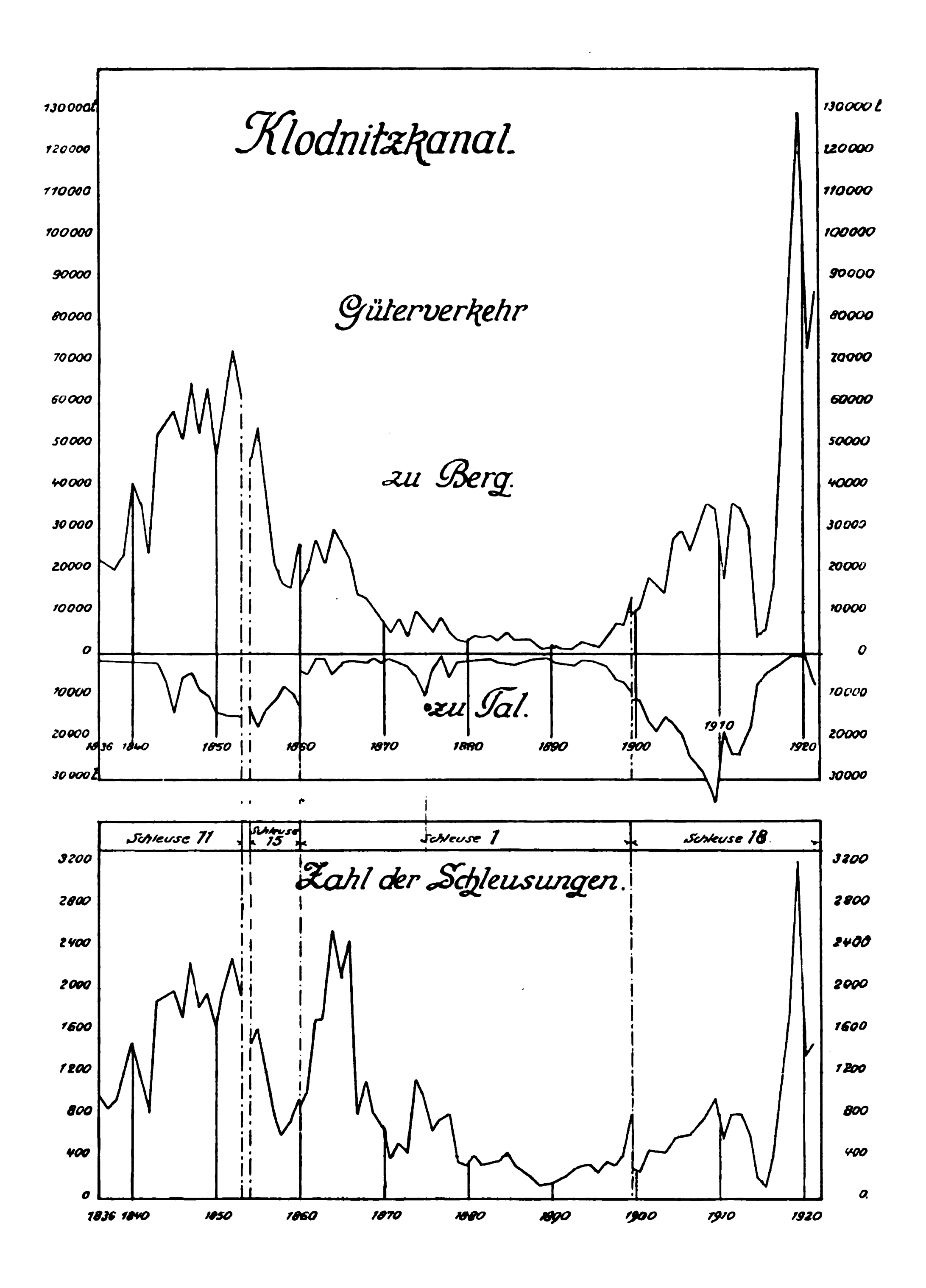
Zuverlässige dauernde Angaben über den Güterverkehr auf dem Klodnitzkanal liegen erst seit dem Jahre 1836 vor, und zwar zunächst für die Schleuse 11, später für die Schleusen 1, 15 und 18. Danach hatte der Kanal bereits im Jahre 1836 mit 22 000 t zu Tal die von dem Staatsminister von Hoym in ihn gesetzten Erwartungen übertroffen. Nach den Aufzeichnungen bei den Schleusen 11 und 15 wurden während der Blütezeit von 1843 – 1855 jährlich mehr als 50 000 t auf dem Kanal zu Tal verfrachtet. Seinen Höhepunkt erreichte der Verkehr damals im Jahre 1852 mit 73 500 t zu Tal und 14 600 t zu Berg, bei 2355 Schleusungen. Damals muß ein äußerst lebhafter Ladebetrieb im Hafen Gleiwitz zwischen der Bahnhofsstraße und der jetzigen Wilhelmstraße geherrscht haben, wurden doch täglich 6 Kähne etwa zu Tal abgefertigt, also gleichzeitig mehr als 12 Fahrzeuge an den beschränkten Umschlagstellen beladen.

Die Talfracht ab Gleiwitz bestand in der Blütezeit zu mehr als 80% aus Produkten der oberschlesischen Industrie, und zwar Kohle (mehr als 50%) Eisen und Zink. So wurde damals ein erheblicher Bruchteil der Gesamtausfuhr an Industrieprodukten Oberschlesiens im Hafen Gleiwitz auf dem Klodnitzkanal verfrachtet.

1856 – 1897.

Wenige Jahre nachdem die Oberschlesische Eisenbahn nach Gleiwitz mit einigen Anschlußstrecken an Gruben und Hüttenwerke hergestellt war (1845 – 1855), nahm der Verkehr auf dem Klodnitzkanal stark ab, da der Kanal mit seinen vielen Schleusen und der beschränkten Tragfähigkeit der Kähne den Wettbewerb mit der Bahn im allgemeinen nicht aushalten konnte. Infolge lebhafter Flößerei stieg allerdings in den Jahren 1862 – 1866 der Talverkehr bei Schleuse 1 vorübergehend über 20 000 t im Jahr. Von 1870 – 1899 fiel er aber unter 10 000 t. Allerdings wird der Talverkehr ab Gleiwitz im allgemeinen 5 – 10 000 t im Jahre größer gewesen sein, da in den Aufzeichnungen von Schleuse 1 der Binnenverkehr des Kanals nicht mitenthalten ist.




Klodnitzkanal.
Güterverkehr
zu Berg.
zu Tal.
130000 t
120000
110000
100000
90000
80000
70000
60000
50000
40000
30000
20000
10000
0
10000
20000
30000 t
1836
1840
1850
1860
1870
1880
1890
1900
1910
1920
Schleuse 11
Schleuse 15
Schleuse 1
Schleuse 18
Zahl der Schleusungen.
3200
2800
2400
2000
1600
1200
800
400
0

1897 – 1915.

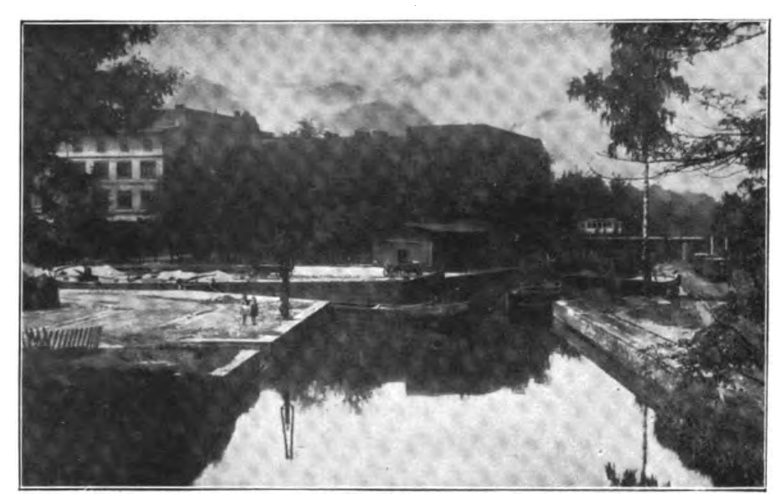
Nachdem die Oberschlesische Schmalspurbahn 1897 an den Kanal in Gleiwitz herangeführt war, wurde wieder in steigendem Maße Blei, Zink und Kohle (über 90 %) auf dem Kanal zu Tal verfrachtet, auch nahm die Bergfracht (Kies und Kaufmannsgüter) einen starken Aufschwung. So hat die Gesamtfracht (Tal und Berg zusammen) von 1906 – 1914, abgesehen von dem besonders trockenen Jahr 1911, in Gleiwitz über 50 000 t jährlich betragen.

1915 – 1923.

Nach einem kurzen Abfall in den Jahren 1915 – 1917 erlebte der Kanal einen starken Aufschwung des Talverkehrs mit einer Höchstleistung von 130 000 t im Jahre 1920 (fast ausschl. Kohle), die in Gleiwitz umgeschlagen wurde.

Der große Umschlag war nur durch die neuen Umschlagstellen möglich, insbesondere durch die 1919/20 erbaute Umschlagstelle Werner.

Der größte Monatstalverkehr im Jahre 1920 mit 20000 t stellte nahezu die Grenze der Leistungsfähigkeit des Klodnitzkanals überhaupt dar.



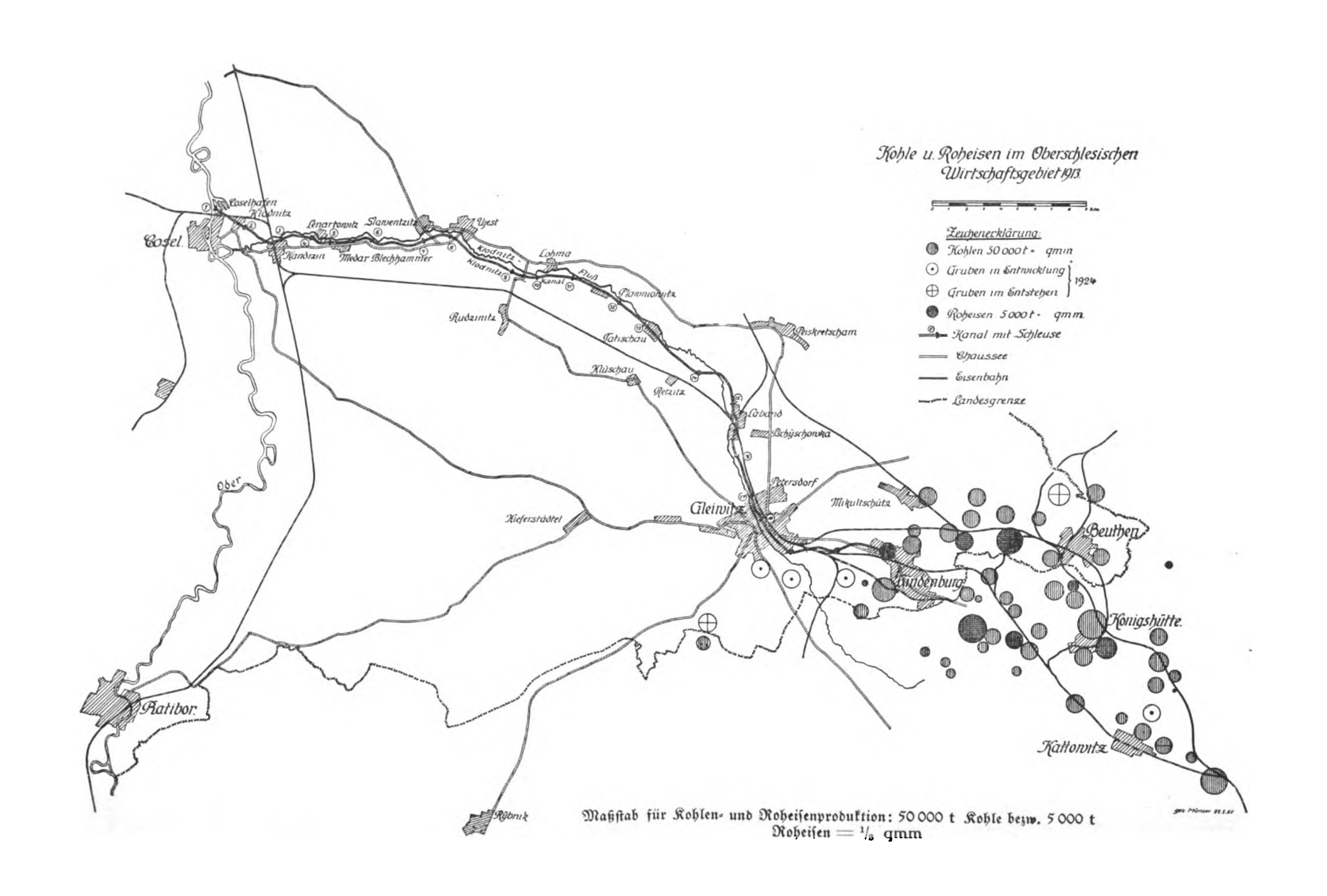
Der Hafen des Klodnitzkanals (Blickrichtung Wilhelmstraße)

Fahrzeuge.

Nach Fertigstellung des Kanals im Jahre 1822 verkehrten auf dem Kanal die Fahrzeuge der oberen Oder, deren größte damals 3,95 m breit und 34,0 m lang waren und bei 0,90 m größtem Tiefgang 60 t laden konnten. Mit diesen Kähnen wurde auch die Schiffahrt auf dem Klodnitzkanal während der Blütezeit 1843 – 1855 betrieben.

Bei der Aufnahme der Schiffahrt auf dem Klodnitzkanal durch die Firma Cäsar Wollheim im Jahre 1897 baute diese 27 Fahrzeuge, die unter weitgehender Ausnutzung der Schleusenmaße 3,95 m breit und 35,2 m lang waren und bei 1,40 m Tiefgang rund 140 t laden konnten. Außer diesen Kähnen haben in den Jahren vor dem Kriege nur noch 6 – 10 Kleinschiffern gehörige hölzerne Fahrzeuge den Kanal befahren; diese dienten vorzugsweise dem Ortsverkehr.

Als im Jahre 1917 die Nachfrage nach Kahnraum größer wurde, da wurden aus allen erreichbaren Wasserstraßen für den Klodnitzkanal geeigneter Kahnraum zusammengezogen, so daß im Jahre 1920 mehr als 90 Fahrzeuge auf dem Kanal verkehrten mit einer Tragfähigkeit bei 1,25 m Tauchtiefe von rund 10 000 t. Die Schlepparbeit wurde 1920 von etwa 20 Dampfern geleistet, die nahezu ausschließlich auf dem Kanal verkehrten.



Maßstab für Kohlen- und Roheisenproduktion: 50 000 t Kohle bezw. 5 000 t Roheisen = 1/3 qmm

Schiffszug.

Die Fahrzeuge wurden in den ersten Jahrzehnten ausschließlich mit Hand gezogen. In der Blütezeit des Kanals um 1850 wurde vereinzelt mit Pferden getreidelt. Bei dem Aufschwung des Verkehrs nach 1900 wurde dann die Pferdetreidelei die Regel.

Im Jahre 1917 bei dem Mangel an Pferden und Menschen ist zum ersten Male der Schleppbetrieb auf dem Kanal eingeführt, der bald (1919/22) die Regel wurde. Für den Schleppbetrieb ist der Kanal wenig geeignet. Während bei einer Treidelei mit Pferden die Strecke Gleiwitz — Cosel in 1½ bis 1¾ Tagen in der Regel zurückgelegt wird, verzögert sich bei dem Schleppbetrieb (3 — 4 Kähne im Anhang) die Fahrt durch den vermehrten Aufenthalt an den Schleusen um 1 — 2 Tage.

Im übrigen wird durch den Schleppbetrieb die Unterhaltungslast des Kanals stark vermehrt; werden doch bei dem engen Kanalprofil die Ufer, insbesondere unmittelbar am Unterhaupt der Schleusen, stark angegriffen.

Landschaftsbild.

Der Kanal belebt das Stadtbild in Gleiwitz. Von der Wilhelmstraßenbrücke aus wird der Umschlag im Hafen wie auch die Durchfahrt von Schleppzügen stets mit reger Anteilnahme von einer großen Menschenmenge beobachtet. Der Kanal mit seinen alten Bäumen am Ufer bietet auf seiner ganzen Strecke viele landschaftliche Reize. Der Treidelpfad und die Wirtschaftswege am Kanal werden daher von Spaziergängern, auch aus den weiter entlegenen Teilen des Industriegebietes, gern aufgesucht. Vor allem ist der als Promenadenweg ausgebaute Kanaldamm zwischen Gleiwitz und Laband im Frühling und Sommer oft von vielen tausend Fußgängern belebt.



Promenadenweg am Klodnitzkanal (Blickrichtung nach Schleuse 16, Pschyschowka)

Der geplante Großschiffahrtsweg nach Gleiwitz. — Wirtschaftliche Notwendigkeit.

Der Klodnitzkanal mit seinen beschränkten Abmessungen und den vielen Schleusen ist dem Wettbewerb mit der Eisenbahn nicht gewachsen. Unter dem Zwange dieses Wettbewerbs wurden die Hauptwasserstraßen Deutschlands in den letzten Jahrzehnten nach und nach auf den Verkehr mit Fahrzeugen eingerichtet, die ein mehrfaches des Klodnitzkanalkahnes leisten. So ist auch die Oder bis Cosel durch die 1917 zum Abschluß gekommenen Maßnahmen ausgebaut für Fahrzeuge von 65 m Länge und 8 m Breite, die bei 1,40 m Tiefgang 500 t laden, also rund das 3½fache des Klodnitzkanalkahnes. Für die nächste Zukunft ist für die Hauptwasserstraßen Deutschlands, auch

für die Oder bis Cosel, die Einführung des sog. 1000 t Kahnes vorgesehen, d. h. eines Kahnes, der bei 2,00 m Tiefgang 1000 t laden kann, bei 1,40 m Tiefgang 620 t.

Für das oberschlesische Industriegebiet, das zweitgrößte Ausfuhrgebiet des europäischen Kontinents, ist Cosel der nächste erreichbare Hafen. Cosel liegt aber von Gleiwitz 45 km entfernt, von Königshütte, dem Mittelpunkt des oberschlesischen Wirtschaftsgebietes, 70 km. Durch die Anschlußfracht mit der Eisenbahn auf dieser langen Strecke wird der Wasserweg stark verteuert.

Planungen.

Es ist daher seit langem geplant, den Großschiffahrtsweg näher an das Industriegebiet heranzuführen. Daß die Pläne bisher nicht zur Ausführung kamen, lag im wesentlichen daran, daß für einen reinen Schleusenkanal nicht genügend Speisewasser zur Verfügung stand. Für die Linienführung kommt nur der Teil der Klodnitz in Betracht mit dem Endhafen in Gleiwitz. Nach dem Entwurf vom Jahre 1918 war der Kanal nach Gleiwitz vorgesehen als Anschlußkanal zu einem Seitenkanal auf dem rechten Oderufer von Cosel bis Oderberg (Oder-Donau-Kanal). Der Aufstieg zur Scheitelhaltung nach Gleiwitz sollte erfolgen durch ein Hebewerk mit 29 m Höhenunterschied. Die untere Haltung bei Rudzinitz lag auf gleicher Höhe wie die Haltung des Oderseitenkanals, die oberhalb Ratibor aus der Oder das Speisewasser bezog.

Der Abstieg von dieser Haltung zum Hafen Cosel sollte mit 3 Schleusen erfolgen.

Die Kosten für einen solchen Großschiffahrtsweg Cosel – Gleiwitz mit dem Hafen Gleiwitz betragen etwa 50 Millionen Goldmark.

Güterumschlag im Hafen Gleiwitz.

Von einem Hafen Gleiwitz zwischen Gleiwitz und Sosnitza würden die nachstehenden Gruben weniger als 8 km entfernt liegen: Ludwigsglück, konf. Concordia, Königin Luise, Guido, Delbrück, Sosnitza, Oehringen, Gleiwitzer Consolidierte.

Diese Gruben haben bereits heute eine Förderung von mehr als 5 000 000 t im Jahr. Nach 15 – 20 Jahren wird man mit einer doppelten Fördermenge rechnen müssen. Die genannten Gruben können einen erheblichen Bruchteil ihrer Förderung mit privaten Zubringerbahnen ohne Inanspruchnahme der Reichsbahn zum Hafen Gleiwitz schaffen. Dadurch würde die Fracht der oberschlesischen Kohle nach Berlin und Stettin gegenüber dem gegenwärtigen Umschlag in Cosel um gut 30% verbilligt werden. Abgesehen von Kohle kämen für die Talfracht in Betracht noch Zink, Roheisen und Eisenwaren, für die Bergfracht vor allem Erz, das direkt von Stettin aus bis hart an die in nächster Nähe des Kanals anzulegenden Hochöfen geschafft werden müßte, außerdem Schrott, Kalkstein, Schlacken und andere Schmelzmaterialien für den Hochofenbetrieb. Jedenfalls würde der Verkehr im Hafen Gleiwitz in wenigen Jahren den größten Jahresumschlag im Hafen Cosel mit 3 Millionen Tonnen zu Tal und 1 Million Tonnen zu Berg übersteigen. Damit würde Gleiwitz unter den Binnenhäfen des östlichen Europas an erster Stelle zu stehen kommen.

Verlängerung über Gleiwitz hinaus.

Eine Verlängerung des Großschiffahrtsweges über Gleiwitz hinaus käme nur im Zuge des Beuthener Wassers in Frage. Bei einer Verlängerung bis Hindenburg müßte zunächst der Höhenunterschied von 16 m mit einem Hebewerk überwunden werden, außerdem müßte der nördlich vom Hafen Gleiwitz liegende Rangierbahnhof Gleiwitz mit mehr als 10 nebeneinander liegenden Gleisen unterführt werden.



Hebewerk und Unterführungsbauwerk würden sehr große Mittel erfordern; es bedarf daher noch einer eingehenden Untersuchung, ob die Verlängerung des Kanals über Gleiwitz hinaus wirtschaftlich vertretbar ist.

Aussichten für die Durchführung.

Die notwendige Vorbedingung für die Durchführung des Großschiffahrtsweges ist die Beschaffung des Speisewassers entweder durch Verbindung mit dem Donau-Oder-Kanal, nach dem Entwurf vom Jahre 1918, oder durch Herrichtung von Talsperren im Niederschlagsgebiet der Klodnitz. Ist das Speisewasser sichergestellt, so wird der Großschiffahrtsweg mit dem Hafen in Gleiwitz nach Klärung der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage zur Ausführung kommen. Vorher muß allerdings die Fahrtiefe auf der Oder unterhalb Breslau verbessert werden durch die Talsperre Ottmachau und durch andere Ausbaumaßnahmen.



Der Klodnitzkanal (Blickrichtung auf Schleuse 17, Petersdorf)



Die Wilhelmstraße, die Hauptgeschäftsstraße der Stadt

Die Gleiwitzer Kaufmannschaft

Von Dr. Ernst Kohn, Rechtsanwalt in Gleiwitz.

Seit dem Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat im oberschlesischen Industriebezirk jener gewaltige Aufschwung eingesetzt, der erst durch die Nachwirkungen des Weltkrieges — hoffentlich nicht mehr für lange Zeit — beeinträchtigt werden konnte. Im Zusammenhange mit dieser Entwicklung haben, wie in den anderen Wirtschaftszentren Oberschlesiens, auch in Gleiwitz die Inhaber der alteingesessenen Handelsunternehmungen unter der Führung weitblickender Männer frühzeitig die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses erkannt und verwirklicht. Schon am 26. April 1890 ist der Verein selbständiger Kaufleute e. V. zu Gleiwitz (urspüglich unter dem kürzeren Namen: „Verein der Kaufleute") begründet worden, der, aus kleinen Anfängen hervorgewachsen, heute nahezu die gesamte in das Gleiwitzer Handelsregister eingetragene Kaufmannschaft umfaßt.

Wer die Aufzeichnungen aus den Kinderjahren der Vereinigung durchblättert, dem wird die Klarheit auffallen, mit der von vornherein ihre Aufgaben und die Grenzen ihrer Wirksamkeit abgesteckt worden sind. Nur die allen Zweigen des Gleiwitzer Groß- und Einzelhandels gemeinsamen Angelegenheiten eigneten sich zur Einbeziehung in den Tätigkeitsbereich der Organisation; und so ist auch gegenüber der Ortsgruppenarbeit der über das Reich verzweigten Fachverbände von Anfang an die richtige Einstellung vorhanden gewesen, wie andererseits auch das Zusammenarbeiten mit den örtlich nicht gebundenen Zentralstellen des deutschen Handels sich von jeher in ersprießlicher Weise gestaltet hat.

Dreierlei Arten von Betätigung waren es, für deren Pflege gesorgt werden mußte: die Regelung der inneren Fragen des kaufmännischen Lebens, die Vertretung gegenüber den Staats- und Gemeindebehörden und die Geltendmachung der gemeinsamen Interessen gegenüber dem Publikum. Diese drei Gebiete sind großen Rahmen vergleichbar, in die sich auch heute noch die Arbeit der vereinigten Kaufmannschaft organisch eingliedert.

Zu den inneren Angelegenheiten gehört in erster Reihe die Stärkung des wahrhaft kaufmännischen Geistes und derjenigen Bestrebungen, die der laufenden Fortbildung und der Aufklärung der einheimischen Kaufleute über alle Dinge des öffentlichen und des Rechtslebens gewidmet sind. Der ungeheure Stoff, dessen geistige Verarbeitung für den selbständigen Kaufmann eine unbedingte Notwendigkeit darstellt, kann bei der Knappheit des Raumes nur stichwortweise angedeutet werden. Neben dem in seinem vielfachen Wechsel nahezu unübersehbaren Felde der gewerblichen Besteuerung, dessen Begehung durch zahlreiche Vorträge kundiger Führer aus der höheren Beamtenschaft der Handelskammer und der Finanzbehörden bis in die jüngste Gegenwart hinein erleichtert wurde, darf hier auf die in ähnlicher Weise behandelten Probleme der Gesetzgebung über die Preisbildung und auf die Mitarbeit an der Regelung des für Oberschlesien besonders wichtigen Ausfuhrhandels sowie an der Bekämpfung der sozialen Nöte hingewiesen werden. Hand in Hand mit diesen Aufgaben gehen die Angelegenheiten der Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, insbesondere also des Fachschulwesens, und die Mitwirkung bei der Gestaltung der Angestelltentarife; diese erfolgt in der Weise, daß der Verein selbständiger Kaufleute sich durch eine ständige Tarifkommission an den Verhandlungen des hierfür besonders errichteten und in Beuthen O.-S. ansässigen kaufmännischen Arbeitgeberverbandes beteiligt. Endlich fällt unter die kaufmännische Interna die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den oberschlesischen Schwesterorganisationen zum Zwecke gemeinsamer Beratung und Entschlußfassung in den geeigneten Fällen. Schon bei der Gründung des Gleiwitzer Vereins bestand das Bedürfnis einer solchen Verbindung in Anbetracht der besonderen Lage und der besonderen Anforderungen des oberschlesischen Wirtschaftskörpers. Der als Fachorganisation etwa gleichzeitig mit der Schaffung der Gleiwitzer Vereinigung begründete „Verband kaufmännischer Vereine Oberschlesiens" mit dem Sitz in Beuthen O.-S. ist vor kurzem aufgelöst worden; seine Funktionen sind in der Hauptsache auf den bei der Industrie- und Handelskammer zu Oppeln errichteten „Ausschuß kaufmännischer Vereine" übergegangen, der sich in allen Fragen, die das gemeinschaftliche Interesse der oberschlesischen Kaufmannschaft betreffen, der besonderen Unterstützung der Dezernenten der genannten Stelle zu erfreuen hat. Dieser Ausschuß tritt etwa allmonatlich in Oppeln zusammen; die Gleiwitzer Kaufmannschaft ist hierbei außer durch die ihr angehörigen zwei Mitglieder des Kammervorstandes (darunter den ersten Vorsitzenden des Gleiwitzer Vereins, Kaufmann Fritz Kareski) durch Delegierte vertreten, die je nach den Verhandlungsgegenständen von Fall zu Fall bestellt werden. Neuerdings hat sich übrigens die Notwendigkeit ergeben, daneben eine engere Zusammen-



fassung der kaufmännischen Vereinigungen des eigentlichen Industriebezirks zur Wahrung ihrer besonderen Handelsinteressen zu betreiben; die Erörterungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Die zweite Hauptgruppe der Geschäftstätigkeit umfaßt, wie erwähnt, die Vertretung der Interessen des Handelsstandes gegenüber den Behörden. Hier ist in erster Reihe des Zusammenarbeitens mit dem Gleiwitzer Magistrat zu gedenken, das sich von jeher, unbeschadet entgegenstrebender Auffassung im Einzelfalle, überaus befriedigend entwickelt hat. Schon an der Errichtung des Gleiwitzer Vereins hat der Magistrat lebhafte Anteilnahme bekundet; ein Gleiwitzer Magistratsmitglied, Bürgermeister Fritz, hat ihn ins Leben rufen helfen und ihm unmittelbar nach seiner Begründung die ersten Glückwünsche der Stadtgemeinde übermittelt. Dieses gute Verhältnis hat durch alle Stürme der seither verflossenen Zeit unverändert fortgedauert, und mit dem raschen Aufblühen der Stadtgemeinde, mit der Schaffung immer neuer Verwaltungszweige hat sich auch der Kreis derjenigen Angelegenheiten, für die eine Mitwirkung der organisierten Kaufmannschaft in Frage kam, dauernd vermehrt. Nicht nur die städtische Steuerstelle, die in regelmäßigen Abständen mit den Vertretern der Kaufmannschaft und der anderen Gewerbegruppen über die Regelung der gewerblichen und der sonstigen Besteuerungen berät, sondern z. B. auch das Wohlfahrtsamt, die Verkehrsabteilung und nicht zuletzt der städtische Pressedienst benützen in den einschlägigen Fragen mit besonderer Vorliebe die Einrichtungen des kaufmännischen Vereins, und nicht selten nehmen an den Vereinsversammlungen Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung teil. Solange der Verein besteht, sind auch die städtischen Körperschaften in seinem Vorstande vertreten gewesen; schon der älteste Vorsitzende des Vereins, Stadtrat Lohmeyer, und viele seiner Nachfolger haben gleichzeitig dem Magistratskollegium angehört.

Nicht weniger eng ist die Fühlung, die die Gleiwitzer Kaufmannschaft mit den staatlichen Verkehrsbehörden unterhält. War es doch vom Anbeginne des Zusammenschlusses her eine ihrer am meisten ins Auge fallenden Aufgaben, für den Ausbau und die Verbesserung der Verkehrswege von und nach Gleiwitz durch geeignete Anregungen und Vorstellungen einzutreten. Schon unter den ältesten Verhandlungsgegenständen des Vereins finden sich Entschließungen, die sich auf das Eisenbahn-, vor allem auf das Schnellzugs- und Güterwesen, beziehen, und bei den von der Oppelner Reichsbahndirektion veranstalteten regelmäßigen Fahrplanbesprechungen pflegen Vertreter der Gleiwitzer Kaufmannschaft stets mindestens mittelbar gehört zu werden. Ähnlich liegen die Dinge auf den Gebieten des Post-, Kraftwagen- und Wasserverkehrs, denen sich in allerletzter Zeit noch die beginnende Erschließung des Luftweges durch eine für den Verkehr mit Osteuropa bestimmte Hafenanlage zugesellt hat. Eine fernere Erweiterung dieses Aufgabenkreises ist dadurch bedingt, daß Gleiwitz (wie an anderer Stelle näher dargelegt ist) nicht mehr reine Binnenstadt, sondern Grenzplatz geworden und dadurch den Fragen des Aus- und Einfuhrverkehrs wesentlich näher gerückt ist, als dies früher der Fall war. Es darf in diesem Zusammenhange an die umfangreichen Bemühungen zur Belebung des Güteraustausches zwischen Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien erinnert werden, ebenso an die Verhandlungen über die Errichtung und die Beibehaltung des Gleiwitzer Bahnzollamtes. Die Durchführung der hiermit in Verbindung stehenden Außenhandelspläne hat in der Gleiwitzer Kaufmannschaft immer eine tatkräftige Förderung gefunden. Auch zur Vorbereitung der Unterlagen für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen sind auf Veranlassung der Oppelner Industrie- und Handelskammer Sachverständige aus den Kreisen der Gleiwitzer Interessenten herangezogen worden.

In Anknüpfung an die letzterwähnte Tatsache muß ganz besonders hervorgehoben werden,

wie nahe auch im übrigen der Gleiwitzer kaufmännische Verein mit der Industrie- und Handelskammer verbunden ist. Wenngleich diese Kammer die einzige für die ganze Provinz Oberschlesien ist (andere Landesteile mit weit schwächerem Wirtschaftsleben besitzen deren eine größere Zahl), so hat sie doch gerade wegen der hierdurch bewirkten Konzentrierung eine ganz besonders hohe Leistungsfähigkeit erreicht, die dem gesamten Handelsstande des Bezirks und ganz besonders den großen kaufmännischen Vereinen zugute kommt. Ein spezialistisch durchgebildeter Stab von Beamten und Angestellten sorgt dafür, daß alle die zahllosen Fragen und Wünsche, die die Kaufmannschaft gerade in der jetzigen Übergangszeit bewegen, in schneller und sachkundiger Weise behandelt und in den geeigneten Fällen an die übergeordneten Zentralinstanzen weitergeleitet werden. Ganz besonders nutzbringend war der rege Verkehr der Gleiwitzer Kaufmannschaft mit der Kammer auf den Gebieten der gewerblichen Besteuerung, der Aufklärung über wirtschaftliche und gesetzgeberische Neuerungen und der Abstellung von Mängeln auf dem Gebiete des Verkehrswesens im In- und Auslande. Nicht weniger bedeutsam gestaltete sich die Arbeit der mit der Kammer in Personalunion verbundenen Delegiertenstelle des Reichskommissars für Aus- und Einfuhr. Wegen der Einzelheiten darf auf den im vorigen Jahre nach zehnjähriger Pause erstmalig wieder im Druck erschienenen Geschäftsbericht der Industrie- und Handelskammer verwiesen werden.

Als letzte Hauptarbeitsgruppe der Vereinigung der Gleiwitzer Kaufleute ist noch derjenige Fragenkomplex zu erwähnen, der das Verhältnis des Handelsstandes gegenüber dem Publikum betrifft. Hier ist vor allem der durch Jahre unermüdlich geführte Kampf gegen das aus einer Verkennung des Wesens der Geldentwertung entsprungene Vorurteil hervorzuheben, als sei die Kaufmannschaft unterschiedslos auf „Preistreiberei" eingestellt. Erst im Jahre 1923 ist es bekanntlich gelungen, die Verbraucherschaft davon zu überzeugen, daß ein gewisser Ausgleich der fortdauernden rapiden Geldentwertung nicht nur nichts Rechtswidriges, sondern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit zur Vermeidung eines völligen Niederganges jeglichen, auch des alten und ehrbaren, Handels war. Ein erhebliches Verdienst daran, daß mit diesen und ähnlichen unbegründeten Vorurteilen aufgeräumt und auch für die gegenwärtige schwere Krise des Kaufmannsstandes einiges Verständnis geweckt wurde, dürfen die Handelorganisationen für sich in Anspruch nehmen. Dort, wo wirklich unlauteres Geschäftsgebahren festzustellen war, ist die Kaufmannschaft von sich aus durch geeignete Einrichtungen (in Gleiwitz z. B. durch die ständig mit der Behörde arbeitende Kommission zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs) zu Reinigungsmaßnahmen geschritten.

Das gewaltige Anwachsen des Aufgabenkreises, mit dem der Gleiwitzer Verein selbständiger Kaufleute sich zu befassen hat, hat in den letzten Jahren zwangsläufig zu einer fortschreitenden Arbeitsteilung geführt. Abgesehen von dem Syndikus und seinem Büro, sind für die hauptsächlichsten Berufszweige innerhalb des Vereins besondere Fachgruppen errichtet worden, und zwar nach den jetzt geltenden Satzungen deren acht, nämlich für die Lebensmittel und Kolonialwaren, für Textilien und Konfektion, für Schuhwaren und Leder, für Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte, für Drogen und Arzneiwaren, für Tabakwaren, für Papier- und Galanteriewaren und für die Handelshilfsgewerbe (Banken, Spediteure, Kommissionäre, Handlungsagenten usw.). Aufgabe der Fachgruppen ist es, im Rahmen des Vereins diejenigen Sonderangelegenheiten zu bearbeiten, die die einzelnen Handelszweige betreffen.

Wenn die vorliegenden Zeilen im Druck erscheinen, wird die Vereinigung ihren fünfunddreißigsten Geburtstag bereits hinter sich haben. Möge dieses Ereignis als ein lebendiges Zeichen für den Wert der Organisation und für die Güte ihrer Arbeit betrachtet werden dürfen!

Geld- und Bankwesen

Von Dr. jur. Paul Carthaser,
Direktor der Deutschen Bank, Filiale Gleiwitz.

Im Dezember 1924.

Die neue Reichsmark, eine Gabe des zur Rüste gehenden Jahres, nimmt zum Maßstab ihres Wertes das Gold. 1392 Reichsmark werden einem Pfunde Gold fein gleichgesetzt. Die Relation der Rechnungseinheit zum Golde ist also die gleiche wie im alten Bankgesetz von 1875. Die Banknoten müssen zu 40 % in Gold fein oder Devisen gedeckt sein, wobei zwischen Gold fein und Devisen mindestens das Verhältnis 3 : 1 zu wahren ist. Für restliche 60 % sind Wechsel oder Schecks als Deckung zu halten, hinsichtlich ihrer Sicherheit besonders qualifiziert. Die 40 %-Deckung in Gold und Devisen darf nur in Ausnahmefällen unterschritten werden, deren Vorliegen nahezu einstimmige Beschlüsse des Generalrats der Reichsbank, der Hüterin der neuen Währung, festzustellen haben. Die Einlösung der Noten erfolgt nach Wahl der Bank in Gold fein oder in Schecks oder Auszahlung in ausländischer Währung, den jeweiligen Marktwert in Gold umgerechnet. Für die vier deutschen Privatnotenbanken bestehen entsprechende Vorschriften. Die deutsche Währung ist damit wieder mit allen erdenklichen Garantien internationaler Wertbeständigkeit ausgestattet.

In den gleichen Bahnen bewegen sich die Bestimmungen des neuen Münzgesetzes.

Wir stehen somit im großen ganzen wieder auf dem Boden, den wir Anfang August 1914 notgedrungen verließen. Unabweisbares Gebot der wirtschaftlichen Selbsterhaltung war es, daß damals die Pflicht der Reichsbank, ihre Noten in Gold einzulösen, aufgehoben wurde. Ob es richtig war, weit über das Kriegsende hinaus die, wenigstens offizielle, Zahlung eines Aufgeldes für Gold zu verhindern, soll dahingestellt bleiben. Dieses Verbot, das die wirkliche Lage der Währung wohl auf gewisse Zeit verschleiern, ihre Katastrophe aber bestenfalls nur verlangsamen, nicht verhindern konnte, und seine viel zu lange Beibehaltung schuf ungewollt die Grundlage für die unglückselige Gleichung Mark = Mark, die den Angelpunkt für die inzwischen zu einem gewissen Abschluß gekommene nicht segensreiche Umschichtung in der Verteilung des Volksvermögens abgab.

Ein kurzer Rückblick ist notwendig, das Bild verständlich zu machen, das Geldwesen und Geldmarkt nunmehr bieten.

Am 2. Januar 1923 stellte eine Milliarde Papiermark den Gegenwert von ca. 500 000 Goldmark dar. Bei Eintritt der Stabilisierung (20. November 1923) war diese gleiche Milliarde noch 0,1 Goldpfennig wert.

Das Absterben der alten Papiermark spielte sich unter schweren Fiebererscheinungen ab. Daß Oberschlesien davon besonders stark betroffen wurde, sei nebenher erwähnt. Es kam bei den Auszahlungen der Löhne, zwischen deren auskömmlicher Festsetzung und effektiver Zahlung zuletzt stets einige Tage rapider Geldentwertung lagen, zu schwersten Friktionen. Verschärft wurde

die Lage noch, als sich technische Schwierigkeiten einstellten, die erforderlichen Geldzeichen zu drucken. Staat, Kommunen, Industriegesellschaften nahmen eine Aufgabe des Reiches auf sich, als sie, um dem Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen, zur Ausgabe von Notgeld schritten; ein Geschäft war das, da der Notgeldemission entsprechende Guthaben bei einer Reichsstelle gehalten werden mußten, nicht mehr. Das Reich erklärte schließlich seine Goldanleihe als Zahlungsmittel, das wertbeständige Notgeld nahm seinen Weg; die Vorboten der neuen Währung erschienen auf dem Plane.

Als Übergang zur neuen Reichsmark trat die Rentenmark in Erscheinung. Ihre Deckung in Goldmarkrentenbriefen, einen geringen Prozentsatz eines Teiles des Volksvermögens als Unterpfand heranziehend, entbehrte sowohl der binnenwirtschaftlichen wie der internationalen Mobilisierbarkeit, war unelastisch, konnte aber andrerseits, ohne die ziffernmäßige Sicherheit zu beeinträchtigen, verdoppelt oder verdreifacht werden, damit den Anstoß zu neuer Inflation gebend. Die Rentenmark bildete also ein überaus empfindliches und nur beschränkt verwendungsfähiges Instrument, dessen Gebrauch zur Gesundung der Währung und des Geldmarktes nur einer geschickten und energischen Hand gelingen konnte.

Die Reichsbank säuberte zunächst das Feld der Geldzeichen. Unerbittlich schob sie die Einlösung des Notgeldes den Emittenten zu. Sie schuf damit in über Erwarten kurzer Zeit Klarheit und bekam die Währung wieder in die Hand.

Dem Geld- und Kapitalmarkt stand eine schwere Krisis bevor. In kurzer Zeit waren die Kreditmöglichkeiten, die die neue Währung bot, ausgenutzt. Die rasche Verausgabung der Rentenmarkkredite läßt sich nur aus der Erwartung erklären, daß bald die Golddiskont- und die Goldnotenbank Wirklichkeit werden würde. Es kam anders. Schärfste Repartierungen am Devisenmarkte waren das untrügliche Anzeichen dafür, daß die Währung noch nicht gegen Angriffe und Mißtrauen gefeit war. Es folgte Mitte März 1924 das Verbot der Diskontierung der Bankakzepte, am 7. April die Kontingentierung der Diskontkredite bei der Reichsbank. Über Nacht wurde damit der Kreditmarkt zum Erstarren gebracht. Ein bisher nur um 15 % vergrößerter Raum steht zur Aufnahme aller Kreditbegehren, soweit sie zur Reichsbank kommen, zur Verfügung. Heftigste Erschütterungen des Wirtschaftslebens folgten. Die Zahl der Konkurse, im Jahre 1913 im Monatsdurchschnitt 815, stieg im Juli 1924 auf 1125; dazu traten 973 Geschäftsaufsichten. Seitdem sind diese Ziffern ganz erheblich herabgegangen. Die Kur, so hart sie war, ist gelungen. Die Rentenmark, energisch verteidigt, hielt ihre Position.

Mitten in die Inflationszeit fiel die Losreißung Ostoberschlesiens vom Deutschen Reiche. Eine Zeitlang bestanden die deutsche und die polnische Währung, beide unter rapider Entwertung leidend, in Ostoberschlesien nebeneinander. Im Grenzgebiet spielt ohnehin die Währung des Nachbarlandes eine bedeutende Rolle, um so mehr in Oberschlesien mit seinen festverflochtenen Interessen auf beiden Seiten der Grenze. Deutschoberschlesien machte so zwei Inflationen mit allen ihren Folgeerscheinungen nebeneinander durch.

Wenn man bedenkt, daß die deutschen Banken, insbesondere nach der scharfen Krisis des Jahres 1907, das Liquiditätsprinzip aufs strikteste befolgten, bei allen Geschäften also niemals das Ziel, einen hohen Prozentsatz ihrer Gesamtverbindlichkeiten in sofort greifbaren Mitteln zu halten, außer acht ließen, so kann man ermessen, welche katastrophale Einwirkung vom Geld- auf das Bankwesen bei der geschilderten Entwicklung ausgehen mußte. Die flüssigen Mittel, in erster Linie

Bargeld, Wechsel, Bankguthaben, Schatzanweisungen, waren schutzlos der Entwertung preisgegeben, sie betrugen meist das Mehrfache des Eigenvermögens der Banken.

Nicht anders stand es bei ihrem anderen Hauptaktivum: den Schuldnern. Das Festhalten an dem Grundsatze: Mark = Mark zeitigte die schlimmsten Folgen. Der Schuldner zahlte demgemäß seine Verpflichtungen, eingegangen in wertvollerer Mark, in der schließlich ins Bodenlose entwerteten Währung zurück. Eine doppelte Schädigung mußte dieser Zustand hervorrufen: das Hinschwinden sowohl der Einlagegelder der Bankgläubiger als auch der eigenen Mittel der Banken. Dem vorzubeugen, wurden erst tastende, schließlich energische Versuche gemacht; man erhöhte die Kreditgebühren — die eigentlichen Zinsen sanken zur Bagatelle herab und wurden schließlich ganz abgeschafft —, man führte Pauschalsätze für Geldentwertung ein, man schritt schließlich, leider viel zu spät, zur Valorisierung, alles das unter schärfstem Widerspruch eines großen Teiles der öffentlichen Meinung, die in dem Glauben lebte, die Banken erfreuten sich einer unerhörten Blüte, wollten also nur ihre ohnehin immensen Gewinne durch ungerechtfertigt scharfe Gebühren erhöhen.

Es drängt sich die Frage auf, ob das Festhalten an dem Liquiditätsprinzip richtig war. Ganz zweifellos! Die Erfahrungen des Jahres 1920 mit seinem langandauernden Käuferstreik und die Stabilisierungskrisis von 1924 reden eine deutliche Sprache.

Hätte es für die Banken nicht nahegelegen, die ihr anvertrauten Gelder wertbeständig anzulegen? Diese Brücke zu betreten, barg die schwersten Gefahren in sich. Es muß unabänderlicher Grundsatz des soliden Bankiers sein, eigenen Verpflichtungen Forderungen gleicher Art, zum mindesten in der gleichen Währung, gegenüberzusetzen. Man vergegenwärtige sich die Situation der Bank, die beispielsweise am 31. Januar 1923 bei einem Dollarstande von 49 000 ihre Markverpflichtungen in Dollar umgedeckt hätte. Sie konnte in der Zeit der vorübergehenden Stabilisierung, die am 16. Februar 1923 den niedrigsten Dollarkurs mit 18 900 brachte, in ärgste Schwierigkeiten kommen.

Die Blüte, deren sich das Bankwesen scheinbar die langen Jahre der Inflation hindurch erfreute, hat keine Früchte gebracht; ihre Farbenpracht wirkte, als der Nullenrausch verflogen war, noch lange nach, wie in den Kursen der Bankaktien in den ersten Monaten des Jahres 1924 zum Ausdruck kam. Die äußeren Zeichen des Gedeihens waren vorhanden. Zahlreiche neue Bankunternehmungen schossen auf. Bei den alten wuchsen die Räume, es dehnte sich das Haus; die köstliche Habe blieb aus. Krankhaft rasch entwickelten sich die einzelnen Zweige: das Devisengeschäft, die Aktienemission, das Dokumenteninkasso. Die Flucht aus der Mark nahm zum Teil ihren Weg zur Börse; man kaufte Aktien, ohne Wahl, nur um Sachwerte in die Hand zu bekommen. Die Aktie schien Seltenheitswert anzunehmen, obwohl die Produktion an solchen dem Umfange nach nichts zu wünschen übrig ließ. Der Umlauf des Geldes, das seinen Wert schließlich nur noch Stunden halten konnte, nahm eine rasende Geschwindigkeit an und vollzog sich großenteils auf telephonischem und telegraphischem Wege. Ein enormes Anwachsen des Angestellten-, nicht des Beamtenkörpers, war die Folge all dieser Erscheinungen. Die Entgelte, die die Banken erhielten, erschienen relativ hoch; sie entwerteten fast restlos. Eine entscheidend ins Gewicht fallende Anlage derselben in wertbeständiger Form hätte zu weitgehender Festlegung der verfügbaren Mittel geführt.

So stehen die Banken den mannigfachen Aufgaben, die ihnen die Wirtschaft stellt, mit verringerten Möglichkeiten gegenüber. Die eigenen Mittel haben eine scharfe Reduzierung durchgemacht. Die fremden Gelder, in ihrer Zusammensetzung einen ganz anderen Charakter aufweisend als in

Friedenszeiten, sind zusammengeschrumpft. Ganze Schichten, die die Banken früher mit ihren Einlagen speisten, fielen weg. Die Kapitalbildung, deren Tempo vor dem Kriege das Emissionsgeschäft in allen Formen, vorübergehende Investierungskredite und die Finanzierung der Bautätigkeit ermöglichte, geht nur ganz langsam vor sich. Die zeitweise Mobilisierung von Besitz an Grund und Boden oder Hypotheken im Kreditwege kommt nur in Ausnahmefällen in Frage. Zu Vorschüssen für Börsentransaktionen sind so gut wie keine Mittel vorhanden. Abgesehen von den Auftragsgeschäften muß heute die Haupttätigkeit der Banken in der Finanzierung des reinen Produktionsprozesses und des Warenumsatzes bestehen. Der Silberstreifen am Horizont zeigt sich wohl; aber noch ist kein Sonnenschein. Die Kreditkontingentierung, die das Zentralnoteninstitut noch immer aufrechterhält, ist eine deutliche Warnung vor vorzeitigem Optimismus. Sorgfältigst muß das Kreditgebäude abgemessen und in seinen einzelnen Teilen berechnet werden, das auf der verschmälerten Kapitalsbasis Halt finden soll. „Die Zukunft des deutschen Bankgewerbes ist sicherlich keine rosige. Das Bankgewerbe wird alle Tüchtigkeit und allen Fleiß aufbieten müssen, um der deutschen Wirtschaft auch nur einen Bruchteil der Dienste leisten zu können, die es in der Vergangenheit geleistet hat." Mit diesen Worten kennzeichnete vor wenigen Wochen Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Lage.

Das Bankwesen, überall aufs innigste mit allen Erwerbszweigen verknüpft, kann in Oberschlesien nicht unberührt bleiben von den grundlegenden Veränderungen, die sich seit 1922 vollzogen haben. Die, von ethischen und historischen Gesichtspunkten ganz abgesehen, sinnlose Zerreißung des Industriegebietes, das Polen auch als Ganzes nichts genutzt hätte, hat die Betätigungsmöglichkeiten empfindlich herabgemindert. Oberschlesien hat ja immer den zweifelhaften Vorzug doppelter Krisen. Stellte früher die immer mehr nachlassende Ergiebigkeit der Erzlager die heimische Industrie vor ungeahnte Schwierigkeiten, so zwingt jetzt die Grenzziehung ungezählte neue Probleme auf, ohne daß die früheren verschwunden sind. Es sei nur an die verkehrstechnische Erschließung des Kreises Tost-Gleiwitz, an den Ausbau des Klodnitzkanals, an die Gestaltung der Eisenbahnfrachten erinnert. An der raschen und erschöpfenden Lösung dieser lebenswichtigen Fragen haben die Banken das intensivste Interesse.

Gleiwitz, wo auch die vier D-Banken Filialen unterhalten, verfügt über eine Reihe von Geldinstituten, die alle Zweige des Bankgeschäftes pflegen. Ihr Geschäftsbereich erstreckt sich im allgemeinen auf die Stadt Gleiwitz und den Kreis Tost-Gleiwitz mit seiner bedeutenden Land- und Forstwirtschaft. Sie werden ihr Teil zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und insbesondere zu neuem Aufblühen Oberschlesiens beitragen, gestützt auf ihr Hauptaktivum, das keine Inflation entwerten konnte: das Vertrauen, das der deutschen Bankwelt im In- und Auslande entgegengebracht wird.

Ein Überblick über die Landwirtschaft des Kreises Tost-Gleiwitz

Von Direktor Hermann Sappok.

Daß zwischen der Landwirtschaft und der Industrie enge Wechselbeziehungen bestehen, ist allgemein bekannt. Auf der einen Seite fällt der Landwirtschaft die Aufgabe zu, die Lieferung von Lebensmitteln an die industrielle Bevölkerung zu übernehmen, während auf der anderen Seite die Industrie mit einer ganzen Anzahl ihrer Erzeugnisse die landwirtschaftliche Produktion unterstützen kann und muß. Bevor die Technik auch das Gebiet des Landwirtes erfaßte, begnügte er sich damit, die einfachsten Arbeitsgeräte, Pflug und Sense, wie sein Hausgerät und die Bekleidung vom Handwerker zu kaufen. Mit fortschreitender Technik aber stieg das Bedürfnis nach landwirtschaftlichen Maschinen, die eine Verbilligung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglichen.

Jahrzehntelang war die Dampfmaschine mit Dampfpflug und Lokomobile die einzige Kraftquelle, durch die menschliche oder tierische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ersetzt wurden. Mit der Erfindung des Explosionsmotors aber trat dieser vielfach an ihre Stelle. Es sei hier nur kurz erinnert an den Siegeslauf, den der Rohölmotor in der Landwirtschaft genommen hat, mit seinen Vertretern, dem Motorpflug, dem Raupenschlepper und dem Motordreschsatz. Heute versucht ein dritter Helfer, den die Industrie der Landwirtschaft als Kraftquelle zur Verfügung stellt, die Elektrizität, sich durchzusetzen. Hand in Hand mit den Fortschritten und den Erfindungen, die die Wissenschaft auf dem Gebiete der Chemie machte, erhöhte sich auch der Bedarf an chemischen Produkten, die die moderne Landwirtschaft benötigt. Gerade die Not der Kriegsjahre hat die Düngemittelindustrie zu glänzenden Fortschritten gezwungen. So liefert das Stickstoffsyndikat den für den Landwirt unentbehrlichen Stickstoff in jeder praktisch wertvollen Form, sei es in schwefelsaurem Ammoniak oder in Kalkstickstoff, sei es in Leuna-Salpeter oder in dem immer beliebteren Kaliammonsalpeter. Die gerade für Deutschland schwer zu beschaffende, dem Landwirt unentbehrliche Phosphorsäure wird ihm zur Verfügung gestellt in Form von Thomasmehl oder Superphosphat oder auch als Knochenmehl. Kalisalze können von der deutschen Kaliindustrie mit jeder Konzentration und in jeder Spezialform geliefert werden. Ich erinnere nur an das 20, 30, 40, 50-prozentige Kalisalz, das schwefelsaure Kali und die Kalimagnesia. Außerdem werden in der letzten Zeit gerade auch die Pflanzenschutzmittel wie Germisan, Uspulun und viele ähnliche zur Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten, z. B. des Weizensteinbrandes, viel angewandt. An Möglichkeiten, diesen ganzen technischen Fortschritt in seinem Betriebe anzuwenden, fehlt es dem Landwirt nicht. Den Städter dürfte jedoch die Frage interessieren, welche besonderen Anforderungen die Nähe des Industriezentrums an die ihr benachbarte Landwirtschaft stellt.

Die Produkte, die durch den landwirtschaftlichen Arbeitsprozeß anfallen, kann man scharf unterscheiden in leicht und schwer transportable, je nach dem Grade, in dem sie während des Transportes beschädigt werden können. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir die Forderung für die Landwirtschaft unseres Kreises aufstellen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe in der nächsten Umgebung des Industriegebietes gerade der Erzeugung der schwer transportablen Produkte ihr

besonderes Augenmerk zuwenden. Für die Versorgung der oberschlesischen Städte werden ganz besonders verlangt: große Lieferungen an frischer Milch, Gemüse und Kartoffeln. In welcher Form diese Forderungen von den Landwirten berücksichtigt werden, wird dem Laien erst verständlich, wenn er einen kleinen Einblick tut in die komplizierten Verhältnisse eines landwirtschaftlichen Betriebes. Jeder landwirtschaftliche Betrieb stellt an die Betriebsorganisation zunächst Forderungen allgemeiner Art. Die Bewältigung der Bestellungs- und Erntearbeiten muß zum größten Teil durch Gespanne erfolgen, für die das nötige Futter im eigenen Betriebe gewonnen werden muß. Um den Ackerboden in dem für die Pflanzen günstigen Zustand zu erhalten, ist eine ständige Zufuhr von Stallmist unbedingt notwendig. Um diesen zu erzeugen, muß wieder ein bestimmter Viehstapel gehalten werden. Dann sind die natürlichen Bodenverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung für die Organisation des Betriebes. Noch wichtiger als diese machen sich die klimatischen Einflüsse bemerkbar, die auf der Scholle lasten.

Dieser kurze Überblick über die Betriebsorganisation zeigt, daß eine einseitige Einstellung des Betriebes auf Herstellung eines Produktes unmöglich ist. Jeder landwirtschaftliche Betrieb ist vielmehr an eine gewisse Norm gebunden und nur innerhalb dieses Rahmens ist es möglich, den einen oder den anderen Betriebszweig stärker auszubauen. Beobachtet man die Verhältnssie des Kreises Tost-Gleiwitz nach diesen Gesichtspunkten, so kommt man zu folgenden Ergebnissen:

Der Boden an sich ist nicht durchweg ungünstig zu beurteilen. Wenn auch der größere Teil unseres Kreises nur befähigt ist, Kartoffeln, Hafer und Roggen anzubauen, so haben wir doch auch Gebiete, in denen der Anbau von Weizen und Zuckerrüben bei sorgfältigster Betriebsführung gelingen kann. Die Böden selbst sind sehr abwechselungsreich und wenig gleichmäßig. Neben schwerem lettigen Lehm liegt oft ohne Übergang trockener, unfruchtbarer Sandboden. Diese Bodenverteilung macht sich in vieler Beziehung sehr unangenehm bemerkbar, hat aber auch andererseits gewisse Vorzüge, indem sie eine Arbeitsteilung zwischen den leichten und schweren Schlägen gestattet. So ist es beispielsweise möglich, sowohl die Bestellung als auch die Erntearbeiten auf dem leichten Boden zu beginnen und auf den schweren Schlägen zu beendigen. Außer diesen Unterschieden in der Qualität des Ackerbodens macht sich ein Mangel im Kreise Gleiwitz bemerkbar an natürlichen Wiesen und Weiden, an Flächen, deren Grundwasserbedingungen so günstig sind, daß die Entwicklung der Grasnarbe das ganze Jahr hindurch sicher vor sich gehen kann. Dieser Mangel an natürlichen Futterflächen ist ein schwer zu überwindendes Hindernis für unsere einheimische Viehzucht. Wesentlich ungünstiger als die Bodenverhältnisse ist die Landwirtschaft des Kreises Tost-Gleiwitz gestellt bezüglich des Klimas, das hier herrscht. An sich fällt bei uns genug Regen, um normale Ernten zu erzielen. So hat beispielsweise Tost nach zehnjährigem Beobachten einen jährlichen Niederschlag von ca. 620 Millimeter. Aber die Gesamtsumme, die an Regen im Laufe eines Jahres fällt, ist lange nicht so ausschlaggebend, als vielmehr die Verteilung derselben auf das ganze Jahr hindurch. Die Niederschläge, die während der Wintermonate fallen, beeinflussen die Ernte nur wenig. Entscheidend ist der Regen, der während der Wachstumsperiode fällt, also in den Monaten April—September, und in dieser Richtung sind wir oberschlesischen Landwirte sehr ungünstig gestellt. Gerade in den Monaten Mai und Juni müssen wir das Eintreten von Trockenheitsperioden beobachten, die in manchen Jahren, beispielsweise im Jahre 1921, die Ernte an Sommergetreide auf den leichten Böden vollkommen vernichtet haben. Diese Dürren machen sich außerdem sehr unangenehm bemerkbar bei den künstlich angelegten



Grünlandsflächen, besonders bei den Dauerweiden, die wir zur Hebung der Viehwirtschaft und damit der Milchproduktion hier besonders dringend brauchen. Im Winter leidet die oberschlesische Landwirtschaft besonders unter den strengen Frösten und dem Schnee. Der Abschluß der Herbstvegetation tritt 14 Tage früher ein als in der Umgegend von Breslau, und der Beginn der Frühjahrsarbeit verzögert sich infolge unserer rauhen Lage gegenüber Mittel-Deutschland oft um 3 bis 4 Wochen.

Neben diesen natürlichen Voraussetzungen muß für die Produktivität der oberschlesischen Landwirtschaft noch ein Faktor berücksichtigt werden, nämlich die Besitzverteilung. Ganz allgemein muß festgestellt werden, daß für die Anlieferungen von Massenprodukten in der Hauptsache die Großbetriebe in Frage kommen. Die kleineren Wirtschaften verwerten von ihren Produkten den größten Teil für sich selbst und bringen nur geringere Mengen auf den Markt. Der landwirtschaftliche Besitz im Kreise Tost-Gleiwitz ist sehr eigenartig verteilt. Wir haben zunächst Großbetriebe, die mit Ausnahme eines Latifundienbesitzes in der Größe von 1000 bis 5000 Morgen sich ausdehnen. Diese Betriebe sind in allererster Linie befähigt, große Massen von landwirtschaftlichen Produkten auf den Markt zu bringen und so an der Versorgung des Industriegebietes mitzuarbeiten. Der bäuerliche Besitz überwiegt nur in wenigen Orten, wie z. B. in Schönwald. Bauernwirtschaften mit einem Areal von 200—300 Morgen, wie sie in Mittelschlesien stark vertreten sind, fehlen unserem Kreise fast völlig. Außer diesen beiden Gruppen von landwirtschaftlichen Besitzern hat sich hier noch eine besondere Zwischenform ausgebildet, die etwa als Stellenbesitzer zu bezeichnen ist. Der Mann aus solchen Familien ist in der Regel in der Industrie als Arbeiter beschäftigt, während die Frau mit den Kindern eine kleine Wirtschaft von einigen wenigen Morgen bewirtschaftet, die gerade ausreichen, die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen. Irgend welche nennenswerte Mitarbeit an der Versorgung des Industriegebietes kann diese letzte landwirtschaftliche Gruppe natürlich nicht leisten. In der Hauptsache ist also der landwirtschaftliche Großgrundbesitz des Kreises an der Belieferung des Industriezentrums, besonders auch von Gleiwitz, beteiligt. Es ist daher am Platze, hier einen kleinen Überblick zu geben über die wirtschaftlichen Maßnahmen, mit denen in unserem Kreise durch den Großgrundbesitz eine Produktionssteigerung herbeigeführt worden ist.

Eine der modernsten Ackerwirtschaften hat sich beispielsweise die Majoratsherrschaft Tost eingerichtet. In einer eigenen Versuchs- und Saatzuchtanstalt werden alle einschlägigen Fragen der Ackerkultur mit wissenschaftlicher Gründlichkeit geprüft, um eine Steigerung der Produktion herbeizuführen. Alljährlich werden Sortenfelder angelegt, auf denen nebeneinander die verschiedenen Sorten der Getreidearten, Rüben und Kartoffeln beobachtet werden. Durch genaue Versuche wird auch das Düngebedürfnis der einzelnen Kulturarten festgestellt, um eine möglichst rationelle Anwendung der künstlichen Düngemittel zu erreichen. Diejenigen Sorten, die sich im Versuchsfeld besonders gut bewährt haben, werden dann hier in Großanbau genommen und von da aus an Nachbarbesitz, und vor allem auch an den bäuerlichen Besitz abgegeben. In einer besonderen Getreidereinigungsanlage wird das Saatgut von allen Unkrautsamen zunächst befreit und dann nach Größe und Gewicht sorgfältig sortiert. Nach Beizung mit Germisan wird dieses Saatgut dann zur Saat verwandt.

Aus diesen Anfängen moderner Ackerkultur, für die Herr Majoratsbesitzer Kurt-Hubertus von Guradze die Grundlage geschaffen hat, ist eine Saatbaugesellschaft mit dem Sitze in Tost

entstanden, die sich die Aufgabe gestellt hat, durch die Anwendung von hochwertigem Saatgut eine rasche Ertragsfähigkeit auf den Feldern ihrer Mitglieder herbeizuführen, und die außerdem den bäuerlichen Besitz mit wertvollem Saatgut beliefern will.

Um die Milchversorgung des Industriegebietes sicherzustellen, wird der Viehzucht von seiten des Großgrundbesitzes große Aufmerksamkeit zugewandt. Eine ganze Anzahl von Gütern hält bereits Herdbuchherden, die von der Landwirtschaftskammer überwacht werden. Jede Herde obiger Art führt zunächst eine sorgfältige Tuberkulosebekämpfung in ihrem Rindviehbestand durch. Zwei bis dreimal im Jahre untersuchen Tierärzte der Landwirtschaftskammer sämtliche Tiere. Alle verdächtigen Stücke müssen auf Grund dieser Untersuchung ausgemerzt werden. Um außer der Gesundheit auch die Leistungsfähigkeit der Tiere zu erhöhen, wird obligatorisch das Probemelken durchgeführt. Alle 14 Tage wird mit der Wage festgestellt, wieviel Kilogramm Milch das einzelne Tier gibt, und aus dieser Feststellung wird der jährliche Milchertrag der einzelnen Tiere errechnet. Beste Milchkühe geben hier bei Stallhaltung Erträge bis zu 5000 Kilogramm Milch im Jahre. Der mittlere Ertrag schwankt zwischen 2400—2800 Kilogramm Milch pro Kuh im Jahr. Ein gut geleiteter Viehstall gibt beispielsweise pro Kuh und Tag 8—10 Liter. Um eine gute Milchproduktion zu erreichen, ist es hier bei uns notwendig, gute Futterflächen anzulegen, auf denen erstensmal das gesunde Jungvieh herangezogen werden kann und die andererseits den Sommer über für die Milchviehherden das nötige Futter liefern. Leider bieten unsere ungünstigen klimatischen Verhältnisse hier große Schwierigkeiten, an deren Überwindung jedoch fleißig gearbeitet wird. Ein gutes Beispiel bieten die von der Herrschaft Laband angelegten Rieselwiesen, die sich an der Klodnitz bis fast nach Laband hin erstrecken. Auf diesen Flächen werden durch Abwässer, die die Kläranlage der Stadt Gleiwitz liefert, ganz kolossale Futtermassen alljährlich wiedergewonnen. Auch die Regulierung der Dramawiesen bei Peiskretscham verspricht hier große Erfolge.

Die Belieferung der Industriestädte mit Frühkartoffeln und Gemüse bietet große Schwierigkeiten. Für den Gemüseanbau im Großbetrieb sind die Wasserverhältnisse bei uns zu ungünstig, so daß wir im Kreise Gleiwitz davon absehen müssen. Dafür übernimmt die Landwirtschaft im Kreise Ratibor, dessen klimatische Verhältnisse wesentlich günstiger liegen, zum großen Teil die Belieferung der oberschlesischen Städte mit Gemüse.

Aus diesen kurzen Ausführungen dürfte ein allgemeines Urteil möglich werden über die Schwierigkeiten und die Leistungen unserer einheimischen Landwirtschaft. Und auch der Fernstehende wird zugeben müssen, daß nicht nur Oberschlesiens Industrie mit energischem Schritt vorwärts strebt, sondern auch unsere oberschlesische Landwirtschaft gewillt und bemüht ist, die Verpflichtungen, die sie der städtischen Bevölkerung gegenüber hat, voll und ganz zu erfüllen.

Der Oberschlesische Produktenmarkt in Gleiwitz

Von Paul Bayer, Gleiwitz,
beeidigter Handelsmakler und Sachverständiger für den Landgerichtsbezirk Gleiwitz.

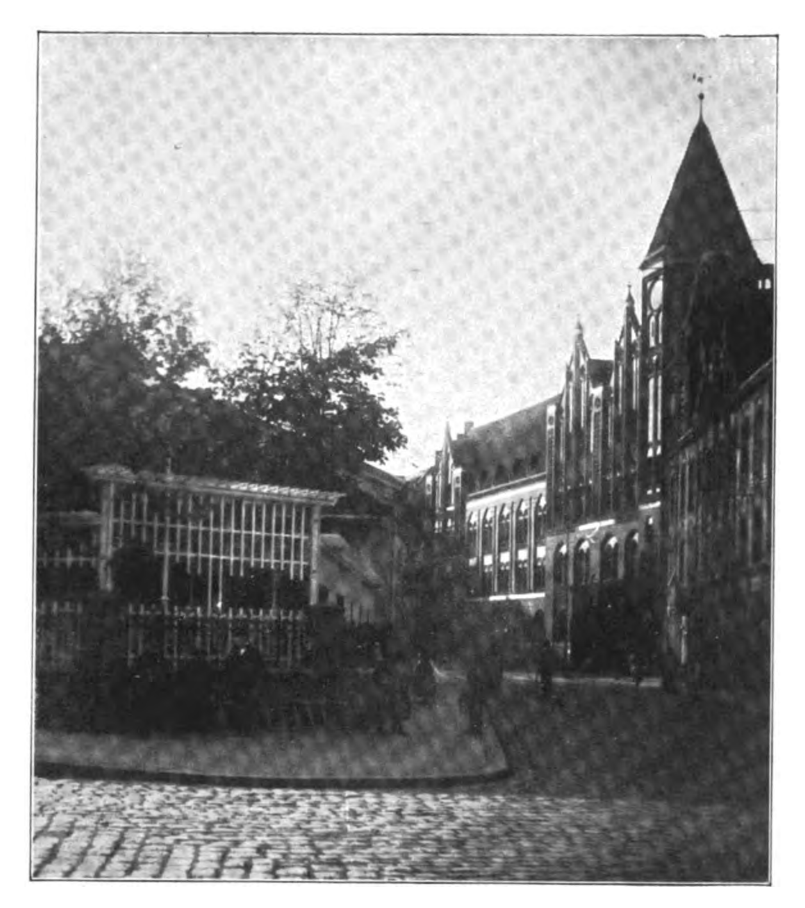
Bereits im Jahre 1881 ist in Gleiwitz eine Getreidebörse gegründet worden. Diese wurde im Jahre 1897 von der Staatsregierung suspendiert, da die Mitglieder nicht alle Bestimmungen nach dem neuen Börsengesetz vom 22. Juni 1896 erfüllen konnten. Auf Anraten und mit Genehmigung der Staatsregierung ist dann für diese Börse noch in demselben Jahre durch Beschluß der städtischen Körperschaften ein Spezialmarkt für Getreide, Ölsaaten, Hülsenfrüchte, Sämereien Futtermittel, Kartoffeln und Spiritus unter der Bezeichnung Oberschlesischer Produktenmarkt in Gleiwitz, errichtet worden.

Am Oberschlesischen Produktenmarkt, der jeden Dienstag in der Woche abgehalten wird, vollzieht sich der Handel mit Getreide, Mühlenfabrikaten, Saaten, Futtermitteln und Landesprodukten aller Art sowohl inländischer, als auch ausländischer Erzeugung, auch das Durchfuhrgeschäft, sowie ferner der Handel mit Kartoffeln, Heu und Stroh. Amtliche An- und Verkäufe, die erforderlich werden, sobald der Verkäufer mit der Lieferung, oder der Käufer mit der Abnahme der Waren in Verzug kommt, werden durch den beeidigten Handelsmakler ausgeführt. Das beim Oberschlesischen Produktenmarkt bestehende Schiedsgericht entscheidet bei Streitigkeiten, welche sich bei Geschäften ergeben, die am oberschlesischen Produktenmarkt oder im Anschluß daran abgeschlossen sind, nach Maßgabe von Satzungen, die den jeweilig veränderten Verhältnissen angepaßt werden.

Der Oberschlesische Produktenmarkt gewinnt immer mehr an Bedeutung, seitdem nach Beendigung der Zwangswirtschaft und nach Beendigung der Inflation der Handel wieder in normale Bahnen gelenkt ist. Er dürfte mit der Zeit auch wieder das internationale Gepräge erhalten, das er vor dem Kriege aufzuweisen hatte, als die Einfuhr von Rußland, Österreich-Ungarn und den Balkanländern im vollen Gange war. Damals sind hier gewaltige Posten Getreide, Saaten, Hülsenfrüchte, Kleie und Futtermittel aus dem Auslande nach allen Gebieten Deutschlands gehandelt worden, ferner Mühlenprodukte aller Art, sowie auch die bedeutenderen Artikel der Kolonialwarenbranche, wie Zucker, Reis, Schmalz, Heringe, schließlich Kartoffeln, Heu und Stroh. Die gute geographische Lage der Stadt Gleiwitz bietet die Gewähr dafür, daß der Produktenmarkt sich immer weiter entwickeln und die erwähnte internationale Bedeutung in vollem Umfange erlangen wird. Durch die Verbindung mit dem Meere durch die Wasserstraße der Oder und dem Klodnitzkanal, dessen bedeutender Ausbau mit der Anlage eines Großhafens in Gleiwitz projektiert ist, und durch die guten Eisenbahnverbindungen nach allen Richtungen ist die Stadt Gleiwitz berufen, eine Handelszentrale Ostdeutschlands zu werden. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, den Oberschlesischen Produktenmarkt in eine allgemeine Warenbörse umzugestalten.

Das eigentliche Börsengebäude, ein großer Bau, der in dem Gelände zwischen der jetzigen Markgrafenstraße, der Bahnhof- und Niederwallstraße sich befand, mußte dem Neubau des Haupt-

postamtes weichen. Die Stadt Gleiwitz hat es damals übernommen, für geeignete Räume zu sorgen. So wird zurzeit der Produktenmarkt in den Räumen des Oberschlesierhauses Am Adler Nr. 1 abgehalten. Ein neues eigenes Gebäude zu schaffen, war bisher noch nicht möglich. Die rasche Entwicklung, die die Stadt Gleiwitz nimmt, wird aber in nächster Zeit auch dem Oberschlesischen Produktenmarkt zu einem eigenen Gebäude wieder verhelfen.



Niederwallstraße mit Hauptpostamt

Das Gleiwitzer Handwerk

Von Tischlerobermeister Franz, Gleiwitz, Beauftragter der Handwerkskammer Oppeln.

Das Gleiwitzer Handwerk ist in 15 Innungen organisiert, welche in jüngster Zeit wieder eine rege Tätigkeit entfalten. Während früher insbesondere die älteren Meister sich um die Leitung der Innung bemühten, haben in den letzten Jahren die oberschlesischen Innungen und fast vorbildlich hierbei die Gleiwitzer Innungen tüchtige jüngere Meister, insbesondere Kriegsteilnehmer, zu Leitern der Innungen berufen, dabei aber die Verdienste der älteren Obermeister durch Ernennung zu Ehrenobermeistern durchaus anerkannt. Nach Berufen geordnet bestehen in Gleiwitz folgende Innungsorganisationen:

1. Freie Bäckerinnung,
2. Freie Friseurinnung,
3. Dachdeckerzwangsinnung,
4. Elektroinstallationszwangsinnung,
5. Freie Fleischerinnung,
6. Klempner- und Wasserleitungsinstallateurzwangsinnung,
7. Maler- und Lackiererzwangsinnung,
8. Freie Maurer- und Zimmerinnung,
9. Sattler-, Tapezierer- und Seilerzwangsinnung,
10. Freie Schlosserinnung,
11. Freie vereinigte Schmiede-, Stellmacher-, Feilenhauer- und Siebmacherinnung,
12. Schneiderzwangsinnung,
13. Schuhmacherzwangsinnung,
14. Freie Tischler- und Drechslerinnung,
15. Uhrmacher-, Goldarbeiter-, Juwelier-, Graveur- und Optikerzwangsinnung.

Zwei dieser Innungen verdanken ihre Errichtung oder vielmehr die Verlegung des Sitzes nach Gleiwitz den politischen Verhältnissen. Infolge der Abtretung Ostoberschlesiens mußten verschiedene größere Innungen geteilt oder ihr Sitz verlegt werden. Letzteres ist z. B. bei der Elektroinstallations-Zwangsinnung der Fall. Dieses Gewerbe ist in knapp zwei Jahrzehnten durch unermüdliches Zusammenarbeiten der Handwerkskammer, der oberschlesischen Elektrizitätswerke und der großen Werke (Gruben und Hütten) aus kleinen Anfängen mit sporadischer Vertretung zu einem tüchtigen, vorzüglich vorgebildeten und zahlreich vertretenen Gewerbe emporgeblüht. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung dieser Innung für den oberschlesischen Industriebezirk wurde ihr Sitz nach Gleiwitz verlegt.

Noch eine wichtige Organisation ist im Jahre 1923 entstanden: Der Kreishandwerkerverband. Der vom Reichswirtschaftsminister dem Reichskabinett vorgelegte Entwurf einer Reichshandwerkerordnung sieht Pflichtorganisation vor, und zwar die fachlichen Organisationen von der örtlichen

Fachinnung bis zum Reichsverband in vertikaler Gliederung und die interfachliche Zusammenfassung in den amtlichen Berufsvertretungen, den Handwerkskammern (künftig Handwerks- und Gewerbekammer) in horizontaler Gliederung. Es mußte also durch freiwillige Organisation die kreisweise interfachliche Zusammenfassung in den Kreishandwerkerverbänden geschaffen werden. Die Kreishandwerkerverbände bilden also in Zusammenarbeit mit dem Kreisbeauftragten der Kammer nicht nur den wünschenswerten Unterbau für die amtlichen Berufsvertretungen des Handwerks und Gewerbes, sondern sie bilden auch die Organisation, an welche sich Kreis und Kommune in allen das Kreishandwerk betreffenden Fragen wenden können. Die Haupttätigkeit der Kreishandwerkerverbände erstreckt sich vornehmlich auf die Ausfüllung einer Lücke im Bildungswesen des Handwerks, auf die politische Schulung und die Erziehung des Handwerks zu vermehrter politischer Betätigung, daneben auf alle wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen, das Handwerk des Kreises berührenden Fragen. Entsprechend seiner Hauptaufgabe beteiligt sich der Kreishandwerkerverband hervorragend bei den Kommunal- und Kreiswahlen, stellt Handwerkskandidaten auf und verhandelt mit den politischen Parteien. Er bildet also einen Faktor, mit dem die Kommunen und die politischen Parteien nunmehr rechnen müssen. Vorsitzender des Kreishandwerkerverbandes Gleiwitz ist der Bäckerobermeister Krautwurst, Beauftragter der Handwerkskammer der Tischlerobermeister Franz.

Die Ausbildung des Handwerks zerfällt in die Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses, die Lehrlingsausbildung, sowie die Fortbildung und Weiterbildung der Gesellen und Meister.

Die praktische und theoretische Lehrlingsausbildung erfolgt in der Werkstatt des Lehrmeisters, ist geregelt durch die von der Handwerkskammer erlassenen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens und durch das Lehrziel, welches die vom Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit der Kammer erlassene Gesellenprüfung vorschreibt. Der Lehrherr trägt die strafrechtliche und zivilrechtliche Haftung für die gewissenhafte Erfüllung der Ausbildungs- und Erziehungspflichten gegenüber seinem Lehrling. Die Gesellenprüfung vor Schluß der Lehrzeit ist also auch der Prüfstein, ob Lehrling und Lehrherr ihre Pflichten erfüllt haben. Wohl kamen auch im Jahre 1923 noch eine Reihe von Fällen vor, welche zeigen, daß immer noch manche Betriebsinhaber sich mit der durch Gesetze und Verordnungen geregelten Lehrlingsausbildung nicht befreunden wollten, indessen bleiben diese Fälle doch vereinzelt. Und es ist im Gegenteil jetzt festzustellen, daß Gesittung, Aufmerksamkeit, Folgsamkeit und Fleiß der Lehrlinge — Eigenschaften, an denen es in der Kriegszeit und ersten Nachkriegszeit mangelte — besser geworden sind und die Gesellenprüfungen recht erfreuliche Lehrerfolge aufweisen.

An Gesellenprüfungsorganen bestehen in Gleiwitz 15 Innungs- und 20 Kammerprüfungsausschüsse. Die Bezirke letzterer umfassen oft mehrere Kreise. Die Verlegung des Sitzes dieser Prüfungsorgane nach Gleiwitz trägt zur Hebung des Verkehrs und des Ansehens des Gleiwitzer Handwerks nicht unwesentlich bei.

Ergänzt wird die Handwerkslehre durch die Fortbildungsschule, jetzt Berufsschule. Leider sind andere oberschlesische Städte der Stadt Gleiwitz in dem Ausbau und der Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens vorausgeeilt. Indessen wurden vor kurzem die Bestrebungen zur Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens und zur Errichtung eines besonderen Schulgebäudes wieder aufgenommen. Ist erst letzteres vorhanden, so wird die Vermehrung des Lehrkörpers mit hauptamtlichen Lehrkräften, Heranziehung tüchtiger Praktiker, vor allem auch tüchtiger Handwerks-



meister als Fachlehrer, Vermehrung der Lehrmittelsammlung, ständiges Einvernehmen zwischen Schule und Handwerk (gemeinsame Konferenzen der Innungsleiter mit dem Lehrkörper, Besuche des Unterrichts und der Prüfungen durch den Obermeister) usw., kurz jedes Mittel zur Hebung der Gleiwitzer Berufsschule auf die erste Stufe der oberschlesischen Berufsschulen sicherlich nicht unversucht gelassen werden. —

Der Ausbildung und Weiterbildung der Meister und Gesellen dienen die Kurse zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung (die leider noch nicht so ausgestaltet sind wie die mustergültigen derartigen Kurse der Kammer in Oppeln oder die an der Berufsschule in Beuthen angegliederte oder die unter Oberaufsicht der Kammer von dem Berufsschullehrerverein in Hindenburg eingerichteten Kurse), sowie gewisse von der Handwerkskammer in Gleiwitz veranstaltete Fachkurse, insbesondere für das Herren- und Damenschneidergewerbe. Recht erfreulich und dankenswert ist, daß in Gleiwitz durch das verständnisvolle Entgegenkommen der Maschinenbau- und Hüttenschule die Handwerksgesellen und jungen Meister gewisser Berufe Gelegenheit haben, in den an der Anstalt abgehaltenen Abendkursen oder Tageskursen ihr Wissen und Können zu bereichern. Wenn in dem Jahre 1923 von dieser Gelegenheit zu wenig Gebrauch gemacht wurde, so ist der Grund hierfür die durch die Inflation hervorgerufene wirtschaftliche Lage; denn das Bildungsbedürfnis und der Bildungsdrang ist im Handwerk gleich geblieben. Deshalb ist auch mit Dank zu begrüßen, daß die Anfang 1923 erfolgten Verhandlungen verschiedener Behörden und Organisationen zu den Gleiwitzer Veranstaltungen geführt haben, welche die Einführung in die Kunst und das Kunsthandwerk auch dem strebsamen Meister ermöglichen. Daß in Gleiwitz 11 Meisterprüfungskommissionen ihren Sitz haben und eine Anzahl davon recht große Bezirke umfassen, soll gleichfalls nicht unerwähnt bleiben. Und daß in diesen Kommissionen Vertreter der Stadt den Vorsitz führen, festigt das Band, welches Handwerk und Kommune umschließt.

Weniger günstig als das Gebiet der Organisation und das Bildungswesen stellt sich die wirtschaftliche Lage des Gleiwitzer Handwerks in den letzten Jahren. Die immer fortschreitende Inflation brachte zwar Unmengen Scheine, also ganz große Scheinumsätze, aber damit auch nur Scheingewinne, die in Wirklichkeit Verluste waren. Der Handwerker war diesen Verhältnissen nicht gewachsen. Er mußte zumeist seine Rohstoffe auf Devisen- oder Goldbasis, berechnet am Tage der Abdeckung, kaufen, besaß aber weder das Devisenankaufsrecht noch das Recht, seine Waren auf Devisen- oder Goldbasis zu verkaufen, und war im Gegenteil noch durch die scharfen Preisbildungsbestimmungen nicht in der Lage, einen angemessenen Risikofaktor in seine Kalkulation einzusetzen oder den Wiederbeschaffungspreis zu fordern. So mußten viele Handwerker offenen Auges zusehen, wie ihr Betriebskapital, also ihre Substanz, sich Tag um Tag verringerte. Der Fleischer z. B. wußte, daß er für den Erlös des Rindes, dessen Fleisch er zu einem bestimmten Preis verkaufen mußte, nicht mehr ein Viertel-Rind kaufen konnte. Zu diesen durch die Inflation verursachten Verlusten trat der vom Gesetzgeber gewollte Eingriff in die Substanz durch die die mittleren und kleinen Betriebe belastende Lohnsummensteuer, ferner die völlige Entwertung aller für Alter und Krankheit zurückgelegten kleinen Ersparnisse, die Verluste der Einlagen bei Genossenschaften, die Verluste des Innungsvermögens und die hohe steuerliche Belastung. Und all das zu einer Zeit, in welcher es vielen Handwerkern noch nicht gelungen war, für das infolge der Abtretung Ostoberschlesiens verlorene Absatz- und Kundschaftsgebiet sich neue Absatzgebiete, neue Kundschaft zu sichern. Und als dann endlich durch die Einführung der Rentenmark wertbeständiges

Geld kam und eine Vermögensübersicht möglich wurde, sah das Gleiwitzer Handwerk erst, wie arm es geworden war. Für viele und leider soviele alte Handwerker hieß es: Noch einmal von vorn anfangen. Wenn sich daher bei Vergebung städtischer Arbeiten die Blicke des Gleiwitzer Handwerks auf die städtischen Behörden richteten und alle sicher hofften, daß diese Arbeiten restlos dem Gleiwitzer Handwerk vorbehalten bleiben werden, auch wenn es infolge seiner höheren Produktionskosten etwas höhere Preise als auswärtige Bewerber fordern mußte, so ist das selbstverständlich. Das Gleiwitzer Handwerk ist ja der Obhut der Gleiwitzer Stadtväter anvertraut und zahlt ja hier seine Steuern. Es ist anzuerkennen, daß die dieserhalb mit den städtischen Fachdezernenten angebahnten Verhandlungen zu der Zusage führten, die städtischen Arbeiten an das Gleiwitzer Handwerk je nach seiner Leistungsfähigkeit und seinem Arbeitsbedarf zu verteilen und zuvor zu versuchen, durch Verhandlungen ein Preisübereinkommen zu erzielen, ehe ein auswärtiges billigeres Angebot in Berücksichtigung gezogen wird, von dem der Fachdezernent (der die Verhältnisse der Gleiwitzer Handwerker und ihre Angebote bis ins kleinste nachprüfen kann) nicht weiß, ob es sich nicht um ein sogenanntes Notstandsangebot handelt, das über die Angemessenheit des Preises keinen Aufschluß gibt, und vielleicht nur dazu dienen soll, den Submittenten noch einige Zeit künstlich über Wasser zu halten.

So blickt das Gleiwitzer Handwerk mit Vertrauen in die Zukunft, namentlich das Baugewerbe und die Baunebengewerbe, die durch den langen strengen Winter 1923/24 ganz besonders gelitten haben. Sprechen doch alle Anzeichen dafür, daß der wirtschaftliche Aufschwung unserer Stadt gerade dem Baugewerbe ein reiches Arbeitsfeld bringen wird.

Der Steinkohlenbergbau in und um Gleiwitz

Von Dr.-Ing. K. Repetzki.

Seit anderthalb Jahrhunderten fast ist Gleiwitz als Industriestadt weithin bekannt. In der Königlichen Hütte gegossene Kugeln und Geschützrohre wurden in den Freiheitskriegen verwandt; ihr Kunstguß und Hausrat ist in manchem Hause zu finden. Schwerindustrie jeder Art ist in den letzten Jahrzehnten im Stadtkreise erstanden. Bergbau aber ging in ihrem Weichbilde bis vor kurzem nicht um, obwohl vor fast einem Jahrhundert Kohle im Untergrunde erbohrt wurde und seit langem die Rauchfahnen der großen oberschlesischen Zechen am östlichen Horizonte wehen. Im Jahre 1903 wurde das Bergrevieramt, die Aufsichtsbehörde für eine Anzahl von Bergwerken, von Hindenburg nach Gleiwitz verlegt und durch Teilung in ein Revier Süd-Gleiwitz und Nord-Gleiwitz erweitert, so daß jetzt von hier aus 2/3 der deutsch verbliebenen Gruben behördlich beaufsichtigt werden. Ein Aufblühen des Bergbaus in ihrem nächsten Umkreis aber muß für die Stadt fraglos größte wirtschaftliche und kommunalpolitische Folgen jeder Art nach sich ziehen. Hierbei kommt im wesentlichen Steinkohlenbergbau in Frage, wenn auch bei Petersdorf einige Bleierz- und bei Sosnitza mehrere Soolquellen-Bergwerke verliehen worden sind.

Für den bisher geringen Umfang des Bergbaus trotz der Lage am Rande des Industriebezirks gibt ein Einblick in die Geologie des Untergrundes sofort die Erklärung.

Oberschlesiens hochentwickelter Bergbau beruht auf den sog. „Sattelflözen", die sämtlich schwer oder nicht verkokbare Flammkohlen führen. Ihre außerordentliche Mächtigkeit von 5—10 und mehr Metern reiner Kohle bei flacher Lagerung, das Fehlen der sonst so gefürchteten schlagenden Wetter, die geringe Teufe und Wasserführung schaffen beispiellos günstige Abbauverhältnisse. Über den Sattelflözen lagern eine große Zahl gering mächtiger Flöze, die trotzdem in solcher Stärke und dichten Folge in anderen Gebieten kaum zu finden sind. Ihre Gesamtheit einschließlich der Sattelflöze wird als „Muldengruppe" bezeichnet. Der Name rührt daher, daß das ganze oberschlesische Steinkohlengebiet, soweit es bis in die achtziger Jahre bekannt war, eine gewaltige flache Mulde bildete, die von Hindenburg bis nach Russisch-Polen, von Deutsch-Piekar zunächst bis etwa Antonienhütte, später noch viel weiter südlich, aufgeschlossen war.

Unterlagert wird diese „Muldengruppe" von einem anders gearteten Kohlengebirge, der „Randgruppe". Woher der Name stammt, ist leicht einzusehen, wenn man zwei flache Schüsseln ineinandergestellt denkt: Von oben betrachtet ist die untere nur am Rande zu sehen, während ihre Mitte durch die kleinere aufliegende Schüssel verdeckt wird. So steigen auch die Flöze der Randgruppe nur am Saume der Muldengruppe zur Karbon-Oberfläche auf. Sie sind im Gegensatz zu denen der Muldengruppe viel geringmächtiger, gelegentlich schlagwetterführend und vielfach steil aufgefaltet. In der Randgruppe stehen auch marine Bänke an, die in der Muldengruppe gänzlich fehlen. Einen unschätzbaren Vorzug besitzt die Randgruppe aber dadurch, daß ihre Flöze ausschließlich gute Kokskohle führen. Einwandfreien Koks zu beschaffen ist für die Hüttenwerke eine Lebensfrage. Stets krankte die oberschlesische Eisenindustrie an dem Mangel guten eigenen Koksеs und war auf den Bezug fremden, durch die Bahnfracht stark verteuerten Heiz-

materials angewiesen. Die ausschlaggebende Wichtigkeit dieser Frage kann daran ermessen werden, wie Frankreich, das eisenreichste Land Europas, zur Sicherstellung seiner Koksversorgung unter Nichtachtung anderer außenpolitischer Bindungen mit allen Mitteln nach der wirtschaftlichen Beherrschung des Ruhrgebietes strebt. So stellt die ungleich kohlenärmere und bergtechnisch schwierigere Randgruppe doch den qualitativ wertvollsten Teil der oberschlesischen Kohle dar. Bisher bauten auf ihren Flözen nur die Rybniker und Plesser Gruben.

Nun zieht sich der Rand, der „Ausstrich" der mächtigen Sattelflöze in einem Bogen, der von der Schönwälder Kirche östlich Sosnitza über Dorotheendorf nach Mikultschütz führt (vgl. Fig. 1), in etwa 5 Kilometer Entfernung östlich um Gleiwitz herum. Unter der Stadt und in ihrem Westen lagert somit die Randgruppe, wie auch Fig. 2 darstellt. Früher wirkte hier auf den Bergbau abschreckend, daß an der Grenze zwischen Mulden- und Randgruppe in letzterer ein kilometerbreiter Streifen von Verwerfungen und Steilstellungen der Flöze, die sog. „Orlauer Störungszone", auftritt. In Wahrheit sind derartige Aufrichtungen der Flöze für den Bergbau recht günstig, da in einem kleinen Gebiet große Flözflächen zusammengedrängt sind. Ferner steigt in solchen Zonen die Zahl der bauwürdigen Flöze erheblich, weil hier geringmächtige Flöze bergtechnisch gewinnbar werden, die bei flacher Lagerung dem Abbau unzugänglich sind. Westlich der Stadt legen sich die Schichten flacher (vgl. Fig. 2). In einem Bogen Kieferstädtel – Tatischau – Patschin – Tarnowitz streichen sie gänzlich aus.

Durch die neue Grenze, die gewiß nicht zufällig dem Ausstrich der Muldengruppe parallel läuft (vgl. Fig. 1), ist also ein quantitativ sehr kleiner, qualitativ aber recht wertvoller Teil Deutschland erhalten geblieben. Der Bergbau hierin ist berufen, nicht nur die deutsch verbliebene, sondern zumindest auch die längs der Hauptstrecke nach Kattowitz gelegene Eisenindustrie mit Hüttenkoks zu versorgen, da die Kohle der Muldenflöze nur zu Heizzwecken geeignet ist.

Über dem Kohlengebirge liegt östlich der Stadt nur eine nach SO. hin anschwellende Decke miozänen kalkigen Tongesteins, als „Tegel" bezeichnet, westlich dagegen, an Mächtigkeit zunehmend, Buntsandstein und Muschelkalk.

Der stellenweise sehr starken Wasserführung des Muschelkalkes hat Gleiwitz neben den oben geschilderten Lagerungsverhältnissen in zweiter Linie die bisher geringe Entwicklung des Bergbaus zuzuschreiben. Bei Zawada und Tarnowitz wurden im Muschelkalk ergiebige Quellen erbohrt, die den Industriebezirk mit vorzüglichem Wasser versorgen, nachdem ihm durch den Bergbau das ohnehin spärliche Grundwasser entzogen war. Zum Schutze dieser lebenswichtigen Anlagen wurde im Jahre 1893 und 1902 ein Schutzbezirk errichtet, dessen Grenze von Tost über Ujest – Kieferstädtel – Gleiwitz – Gr. Zyglin nach Tost verläuft. Bergbau ist darin nur mit besonderem Vorbehalt gestattet, der bisher eine Eröffnung von Gruben verhinderte.

Erschien somit früher der Bergbau im Umkreise von Gleiwitz als weniger aussichtsreich im Vergleich zu dem mühelosen Abbau in der Hauptmulde, so hat sich die Sachlage seit dem Verlust unserer größten Steinkohlen-, zumal aber Kokskohlen-Bezirke wesentlich geändert. Der Verlust des Saargebiets, des Aachener Reviers, der linksrheinischen Gruben und für Oberschlesien natürlich besonders die Abtrennung unseres Hauptgebietes erfordern dringend eine Erfassung aller noch deutsch verbliebenen Vorkommen. Gleiwitz rückt dadurch sofort in den Brennpunkt des Interesses. Aber auch ohne diese Zwangslage muß es als Bergbaustadt allmählich genau in dem Maße an Bedeutung gewinnen, als einerseits die Eisenindustrie sich ausdehnt, andererseits das Hauptgebiet – zunächst wenigstens in einzelnen Gruben – der Erschöpfung entgegen geht. Der Wasserschutzbezirk

Fig. 1. Karte der Umgegend von Gleiwitz.

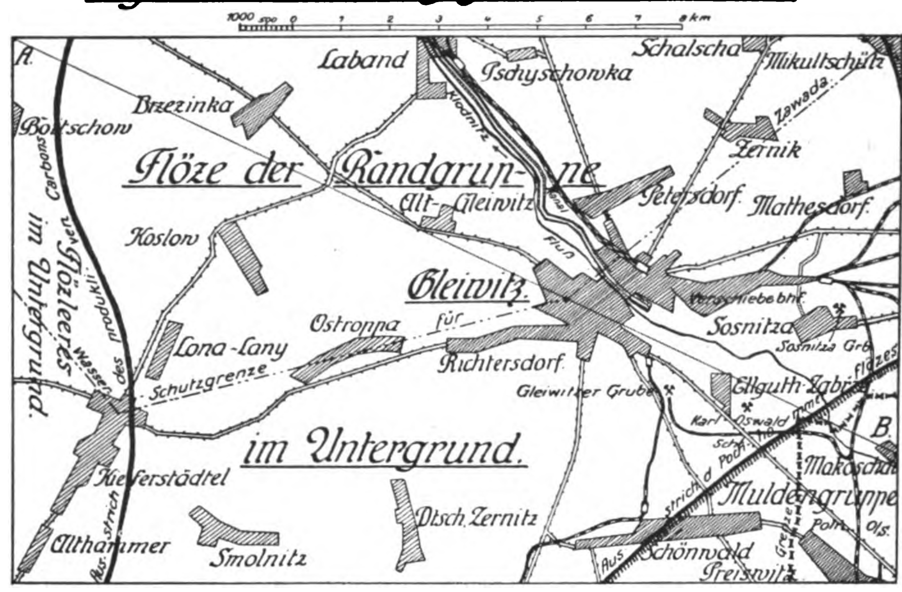
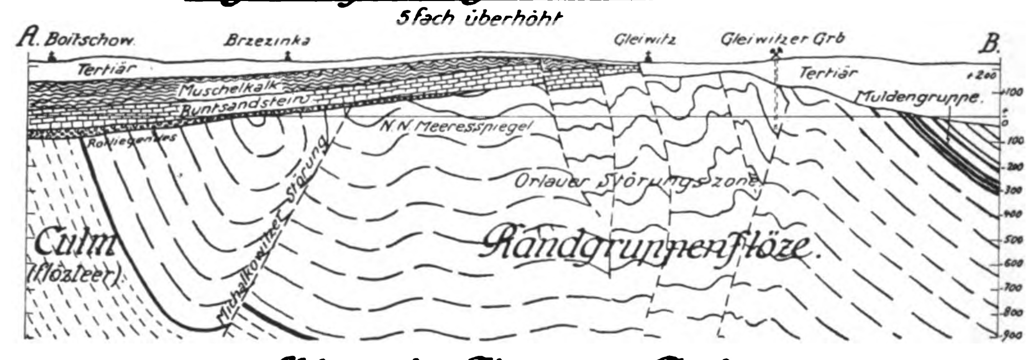


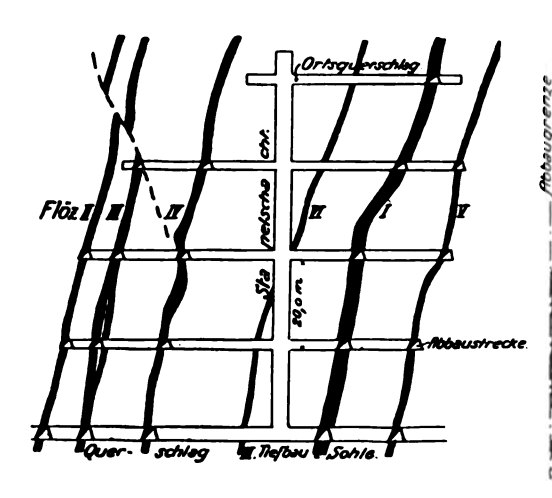
Fig. 2. Profil längs der Linie A-B.

5 fach überhöht

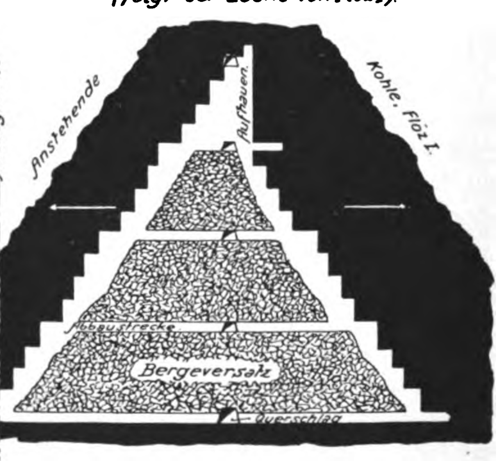


Abbau der Gleiwitzer-Grube.

Fig. 3. Stapelschacht (Saigerriss)



Abbau im Flöz selbst. **Fig. 4.**
(folgt der Ebene von Flöz I).



kann ein ausschlaggebendes Hindernis hiergegen nicht bleiben, wie ja auch die Bergbehörden sich nach der Abtretung bereit erklärt haben, Bergbau darin unter einigen Vorsichtsmaßregeln zuzulassen.

Aus dem Gesichtspunkt, daß allmählich der Bergbau sich auch auf die Kokskohlenflöze der Randgruppe ausdehnen müßte, sind schon in den letzten Friedensjahren und während des Krieges im Weichbilde der Stadt Schachtanlagen errichtet worden. Im Frühjahr 1910 begannen die Abteufarbeiten der Conf. Gleiwitzer Steinkohlen Grube; Anfang 1913 konnte die Förderung aufgenommen werden. Zu dieser Zeit begann die Oehringen Bergbau A.-G. in Hohenlohehütte mit dem Abteufen der Carl Oswald Grube, die 2 km östlich der Gleiwitzer Grube liegt. Erhebliche Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung während des Krieges zwangen zur Einstellung der langwierigen Arbeiten, nachdem der Christian-Kraft-Schacht 490 m Teufe erreicht hatte. Wenige Monate vor Ausbruch des Krieges nahm die gleiche Gesellschaft ihre Schachtanlage Sosnitza in Angriff und konnte dort Anfang 1918 die Förderung beginnen. Die Grube fördert z. Z. etwa 1000 t täglich und ist in stetem Wachstum begriffen. Der Feldesbesitz erstreckt sich bis hinter Schönwald, so daß eine lange Lebensdauer gesichert ist.

Da bei Schönwald wieder die begehrten Sattelflöze anstehen, wird dort von der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., dem ehem. Bergfiskus, der Bau einer Schachtanlage geplant. Für weitere Neuanlagen ist von privater Seite das Gelände westlich von Petersdorf und bei Alt-Gleiwitz in Aussicht genommen.

Auf Jahrzehnte hinaus wird aber als älteste Grube des Kreises die Conf. Gleiwitzer Steinkohlen Grube hinsichtlich ihrer Förderung führend bleiben. Durch die — nach einem Berliner Bankier benannten — Karl-Fürstenberg-Schächte I und II und einen Wetterschacht südlich von Richtersdorf ist der aus 16 Einzelfeldern konsolidierte Feldesbesitz von 24 087 691 qm Oberfläche erschlossen worden. Im O markscheidet das Feld mit Donnersmarckschem und Oehringenschem, im S mit fiskalischem, im W und N mit privatem Grubenbesitz verschiedener Eigentümer. Bisher haben sich die Aufschlußarbeiten vornehmlich im W, S und SO der Schachtanlage bewegt. Wie Fig. 2 zeigt, wurden zahlreiche Mulden und Sättel von SW — NO-Streichen angefahren und dadurch rund 150 Flöze aufgeschlossen, von denen ein gutes Drittel bauwürdig ist. Schlagende Wetter sind nirgends beobachtet worden, da die Auffaltung und das sandige, poröse Deckgebirge in früheren Zeitaltern der Erdgeschichte eine Entgasung bewirkt haben.

Der Abbau der Kohle geht auf der Conf. Gleiwitzer Steinkohlen Grube nach folgendem Plane vor sich: Ist ein Flöz bzw. eine Flözgruppe zum Abbau bestimmt, so wird vom „Querschlage" oder der „Richtstrecke" aus, die in dauerhaftem — vielfach Beton- — Ausbau stehen, ein „Stapelschacht" nach oben hochgebrochen. In gleichmäßigem Höhenabstand werden von ihm aus die Flöze angefahren (vgl. Fig. 3) und durch horizontale „Abbaustrecken" aufgeschlossen (vgl. Fig. 4, die rechtwinklig auf der Ebene von Fig. 3 steht). Mit der nächst höheren Abbaustrecke, die in 20 m Abstand angelegt ist, wird sie durch ein „Aufhauen" verbunden, von dem aus dann der Abbau in treppenähnlichen Absätzen beginnt. Der ausgeförderte Hohlraum wird mit „Bergen", taubem Gestein, versetzt, um Senkungen der Tagesoberfläche zu verhindern. Die gefüllten Förderwagen werden durch Benzollokomotiven zum Schachte befördert und dort durch zwei elektrische Fördermaschinen zu Tage gehoben. In dieser Weise fördert die Grube 800 — 1000 t Kokskohle täglich. Eine Kohlenwäsche scheidet mechanisch die tauben Verunreinigungen aus. Der Hauptteil der Förderung wandert nach der eigenen, aus 90 Öfen bestehenden Kokerei. Aus 180 000 t Kohle

wurden dort im Jahre 1922 110 000 t Koks, 1200 t schwefelsaures Ammoniak, 4000 t Teer und 1000 t Benzol gewonnen. — Da alle Bauten in neuzeitlicher, zweckentsprechender Industrie-Bauweise aufgeführt sind, gewähren die Tagesanlagen einen selten formschönen, eindrucksvollen Anblick, der das Weichbild weithin beherrscht.

Tatsächlich ist diese Grube, vor den Toren der Stadt gelegen, ebenso wie die Sosnitza- und Carl Oswald Grube, verkehrstechnisch und wirtschaftlich unlösbar mit Gleiwitz verbunden. Gleiches gilt von den geplanten Neuanlagen bei Schönwald und im W der Stadt.

Alle für Lastfuhrwerk geeigneten Straßen in der Nähe der Gruben weisen radial nach Gleiwitz. Die Gleiwitzer Grube wird von den Kunststraßen nach Orzesche und Nikolai eingeschlossen. Dicht an letzterer liegen die Schächte der Carl Oswald Grube. Zwischen ihr und der Hauptstraße nach Hindenburg ist die Sosnitza-Grube gelegen; an die Hindenburger Landstraße ist sie durch eine 1 km lange Verbindungsstraße, die bei Mathesdorf abzweigt, angeschlossen. Der neuen Zeche bei Schönwald wird die Kunststraße nach Orzesche zur Verfügung stehen, während als Zugang und Absatzweg der Anlagen westlich der Stadt die Straße nach Alt-Gleiwitz und die Provinzialchaussee nach Peiskretscham — Breslau dienen werden.

Wichtiger noch als diese Straßen sind die lebenswichtigen Eisenbahn-Anschlußmöglichkeiten. In dieser Hinsicht besitzt die Sosnitza-Grube die denkbar günstigste Lage am Ausgang des Gleiwitzer Verschiebebahnhofs (vgl. Fig. 1). Die Gleiwitzer Grube ist an die Strecke nach Orzesche und damit an den Gleiwitzer Güterbahnhof angeschlossen und weist so auch der neuen Schönwalder Grube den Weg. Nach der Stadt selbst wird der Verkehr durch die Tryneker Kleinbahn vermittelt. Die westlich geplanten Anlagen finden zum Anschluß die viergleisige Strecke Gleiwitz — Laband vor.

Einen Vorrang genießt aber Gleiwitz unter den oberschlesischen Städten durch die Möglichkeit von Wasserfrachten auf dem Klodnitz-Kanal. Neben der billigeren Massenfracht für Großabnehmer am Oderstromnetz ist dadurch umgekehrt die Anlieferung großer Werkstücke — Schachtringe, Maschinensätze, Schmiedestücke — erleichtert. Ein Ausbau dieser Wasserstraße würde den Verkehr in beiden Richtungen außerordentlich beleben. Den größten Teil ihres Materialbedarfs werden die Gruben freilich bei der ausgedehnten Gleiwitzer Industrie selbst decken können.

Schließlich sind auch die Gruben durch ihre Arbeiterschaft fest an Gleiwitz gebunden. Von den 1800 Arbeitern der Gleiwitzer Grube wandern täglich 800 aus unserer Stadt zur Arbeit, für eine randlich gelegene Grube ein sehr hoher Prozentsatz. Der Belegschaft der Sosnitza-Grube steht die vorzügliche Zugverbindung auf der von drei Richtungen her befahrenen Strecke nach Sosnitza zur Verfügung. Für die westlichen Gruben wird Gleiwitz die nächstgelegene Stadt sein.

Durch solches Aufleben eines deutschoberschlesischen Kokskohlenbergbaues wird den Hochofenwerken eine feste Grundlage und Ausdehnungsmöglichkeit geschaffen. Die Gleiwitzer Zechen werden ihnen Quellen des unentbehrlichen Heizmittels sein. Für etwaige Neuanlagen ist die Frage der Frachtkürzung durch Aufbau der Werke in nächster Nähe der Stadt, an den nach W. führenden Verkehrswegen, zu lösen.

So verspricht der Steinkohlenbergbau im ganzen Umkreise der Stadt einen erheblichen Bevölkerungszuwachs und rege Bau- und Siedlungstätigkeit, die von größtem Einfluß auf Handel und Verkehr sein müssen. Dank der gegen frühere Zeiten unvergleichlich verbesserten Bauart für Arbeiter-Siedlungen ist hiervon auch eine Verschönerung des Stadtbildes zu erhoffen. Der Abbau

selbst wird Straßen und Gebäude äußerst wenig beeinflussen. Im Gegensatz zum oberschlesischen Zentralrevier mit seiner Verunstaltung der Erdoberfläche und den erheblichen Bergschäden sind die Flöze geringmächtig, im Gegensatz zum westfälischen Revier, in welchem Städte wie Essen und Bochum ebenfalls stark mitgenommen werden, steil aufgerichtet und geringer an Zahl. Vor allem aber steht Sand für Spülversatzbau unter größeren Gebäuden zur Verfügung, so daß Schäden von vornherein verhindert werden können. Das ganze Weichbild der Stadt erscheint somit von bergbaulichen Gesichtspunkten aus unbedenklich zur Bebauung geeignet.

Die Oberschlesischen Elektrizitätswerke in Gleiwitz und die Elektrizitätsversorgung Oberschlesiens

Von Dipl.-Ing. Alfred Seiffert, Gleiwitz.

Das Zeitalter der Technik nennt man unsere Zeit, und will man sie näher kennzeichnen, das Zeitalter der Elektrizität. Sicher wird man keinen treffenderen Ausdruck ihres äußeren Gepräges finden. In überraschend kurzer Zeit ist die Elektrizität ein so gewichtiger Faktor in unserem gesamten Wirtschaftsleben geworden, daß die Frage der Elektrizitätsversorgung für den Wirtschaftler gleich wie für den Techniker eines der vornehmsten Probleme unserer Tage darstellt.

Im Dienste dieser Elektrizitätsversorgung stehen die Großkraftwerke. Jedem von ihnen gehört ein Versorgungsgebiet zu, wie auch der südöstliche Teil Oberschlesiens ein solches bildet. Seine Energiequellen sind die Elektrizitätswerke Zaborze und Chorzow der Oberschlesischen Elektricitäts-Werke (O. E. W.). Sie sind eines der ältesten Unternehmungen dieser Art in Europa überhaupt. Ständig sich den Fortschritten der Wissenschaft und Technik anpassend, wurden sie zu den gewaltigen modernen Werken, die weit über die Grenzen der Fachwelt hinaus bekannt sind und unter den Großkraftwerken Deutschlands mit an erster Stelle stehen.

Als man seinerzeit die beiden Zentralen Zaborze und Chorzow mitten im oberschlesischen Industriegebiet erbaute, war man sich der Schwierigkeiten wohl bewußt, die der Einführung der Elektrizität als Energiequelle entgegenstanden. Wenn aber irgendwo, so mußten hier die Vorbedingungen für die gedeihliche Entwicklung dieses jüngsten Zweiges der Technik gegeben sein. Mit Vorbedacht verlegte man den Sitz der Verwaltung nach Gleiwitz als dem Zentrum des Industrielebens, in der richtigen Erkenntnis, daß für ein solches Unternehmen die engste Fühlungnahme mit den Industriekreisen von größter Bedeutung sei.

Während die Industrie verhältnismäßig lange auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrte, fand die Elektrizität als Lichtspenderin rasch Anklang. Als sie bei den nach und nach vorgenommenen Anschlüssen von Elektro-Motoren ihre Eignung auch als Kraftquelle voll bewährte, mußte die Industrie im eigenen Interesse ihren Widerstand aufgeben. Unterstützt durch eine weitblickende Tarifpolitik begann die Elektrizität ihren raschen Siegeszug durch Gruben, Hütten und Fabriken. Damit aber beanspruchte das Leitungsnetz der O. E. W. eine erhöhte Aufmerksamkeit. War man bisher mit wenigen Kabeln ausgekommen, so mußte man nunmehr daran denken, das gesamte Industriegebiet mit einem Kabelnetz zu umspannen, und so nahm die Elektrizitätsversorgung die Gestalt eines Problems an, wie sie sich heute in erhöhtem Maße als solches darstellt. Man zog neue Kabel, verband sie mit den vorhandenen und bildete so Teilnetze, deren Ausdehnung immer größer wurde. Die einzelnen Teilnetze wuchsen zusammen, und heute ist der gesamte Industriebezirk von einem einzigen engmaschigen Kabelnetz durchzogen. In Deutsch-Oberschlesien reicht es bis zu der Linie Laband, Gleiwitz—Petersdorf, Ludwigsglück, Karf, Städtisch-Dombrowa, in Polnisch-Oberschlesien erstreckt es sich hinauf bis nach Tarnowitz und herunter bis nach Kattowitz und Myslowitz. Es versorgt die meisten Industriewerke und beliefert alle Städte, kaum, daß noch ein Dorf seiner Vorteile entbehrt.

Die Übertragungsspannung für dieses Kabelnetz beträgt 6000 Volt. Ihre Herabsetzung auf die verschiedenen Verbrauchsspannungen bis herunter auf 125 Volt beansprucht keine großen Anlagen, abgesehen davon, daß viele Industriewerke den elektrischen Strom direkt bei 6000 Volt abnehmen.

Anders lagen die Verhältnisse, als man daran ging, über den eigentlichen Industriebezirk hinaus die landwirtschaftlichen Gebiete Oberschlesiens der Stromlieferung zu erschließen. Mit der bisherigen Übertragungsspannung von 6000 Volt konnte man nicht mehr auskommen; denn mit der Länge der Leitungen wachsen die Leitungsverluste, die durch die Stromstärke bestimmt werden. Bei der gleichen übertragenen Leistung ist aber die Stromstärke um so geringer, je höher die Übertragungsspannung ist. So wählte man, als nach jahrelangen Verhandlungen die Elektrisierung des Landkreises Tost-Gleiwitz beschlossen wurde, die Übertragungsspannung zu 20 000 Volt. Man verließ nun auch die unterirdische Verlegungsart und spannte die Leitungen oberirdisch auf Freileitungsmasten. Als Speiseleitung wurde zunächst eine im Ring geschlossene Freileitungsstrecke gebaut, die ungefähr über die Orte Mikultschütz, Preschlebie, Peiskretscham, Beniowitz, Wieschowa nach Mikultschütz zurückführt. Die Energie wird dieser Speiseleitung in 6000 Volt-Kabeln zugeführt. Sie münden in das Schalthaus Mikultschütz, wo die Spannung auf 20 000 Volt heraufgesetzt wird. Vom Schalthaus Peiskretscham führt eine zweite Verbindungsleitung nach dem 6000 Volt-Netz. Stichleitungen zweigen von der Ringleitung ab und speisen die entfernteren Gebiete. Eine solche Stichleitung bildet die Strecke Peiskretscham, Groß-Patschin, Tost, die bereits dem Betrieb übergeben ist. Die Verlängerung dieser Strecke bis hinauf nach Langendorf ist bereits im Bau begriffen und geht in Kürze der Vollendung entgegen. Auch die Stichleitung Peiskretscham—Tworog befindet sich im Bau. Weitere derartige Strecken sind projektiert, sodaß in kurzer Zeit dieser ganze Landkreis mit elektrischer Energie versorgt werden wird. Die Arbeiten waren bis 1914 schon recht weit gediehen, mußten aber mit Kriegsausbruch eingestellt werden. Am 12. Januar 1923 wurden Teilstrecken erstmalig unter Spannung gesetzt. Dieses 20 000 Volt-Netz stellte natürlich an die Schalthäuser und Unterstationen, welche die Gebrauchsspannung liefern, erhöhte Ansprüche. Die Anlagen sind inzwischen recht umfangreich geworden.

Die Übertragungsspannung mußte man abermals steigern, als mit dem Überlandwerk Neiße ein Vertrag zwecks Stromlieferung seitens der O. E. W. getätigt wurde. Hier galt es, eine Strecke von 44 Kilometern zu überbrücken. 60 000 Volt wurden als die geeignetste Spannung gewählt. Man baute zunächst in Zaborze ein ausgedehntes Umspannwerk, das mit allen Neuerungen auf diesem Gebiete ausgestattet ist, und führte die 60 000 Volt-Freileitung nach dem Industrieort Zawadzki im Kreise Groß-Strehlitz. Im Zuge dieser Strecke können Malapane und weitere Werke versorgt werden. Das Umspannwerk des Überlandwerkes in Zawadzki stellt den Stromübergabepunkt dar. Das Zaborzer Werk wurde am 8. März 25 dem Betrieb übergeben, während die Stromlieferung bereits seit dem 7. August 1924 provisorisch durchgeführt wird.

Inzwischen wuchs der Energiebedarf des Gleiwitzer Bezirkes dauernd. An eine wirtschaftliche Übertragung dieser Energiemengen mittels Kabeln war nicht mehr zu denken. Da man nun ein Umspannwerk für 60 000 Volt in Zaborze hatte, behielt man diese Spannung für die Energieübertragung nach Gleiwitz bei. Es wurde sofort mit dem Bau eines Umspannwerkes in Gleiwitz neben dem Schlachthof begonnen, das nicht nur technisch, sondern auch architektonisch den höchsten Anforderungen entspricht. In diesem Werke, das Anfang April dieses Jahres betriebsfertig sein wird, wird der Strom auf 6000 Volt herabgespannt und dem Kabelnetz zugeführt

werden. Von hier aus führt auch eine Freileitung von 60 000 Volt nach der Stadt Cosel und den Industriewerken des dortigen Bezirkes. Es ist geplant, das Umspannwerk später um einen zweiten Flügel zu erweitern und von da aus das 20 000 Volt-Netz des Landkreises Tost-Gleiwitz zu speisen. Man wird dabei weitere Energie für die zu erwartende Industrie im westlichen Teil des Versorgungsgebietes zur Verfügung haben. So wird auch für diesen Bezirk Gleiwitz eine erhöhte Bedeutung gewinnen. Die 60 000 Volt-Leitung stellt zu gleicher Zeit eine außerordentlich wirksame Reserve für die zwischen Gleiwitz und Zaborze gelegene Industrie dar. Die Speisung wird nach Fertigstellung sowohl von Zaborze als auch von Gleiwitz möglich sein.

Ein derartig ausgedehntes Netz, wie es die O. E. W. besitzen, erfordert nicht nur in den Zentralen, sondern auch in den Netzstationen weitläufige Schaltanlagen, die an Ausdehnung die Kraftwerke übertreffen. In Anbetracht der Sicherheit der Stromlieferung, die besonders die Industriewerke für ihre Betriebe fordern müssen, ist das ganze Netz mit einem System leicht ansprechender Apparate geschützt, die bei Kurzschlüssen und Leitungsfehlern das Störungsgebiet auf das geringst mögliche Maß einschränken. Besonders die Maschinen und Transformatoren, von deren exaktem Arbeiten die Stromlieferung abhängt, besitzen gut durchdachte Schutzeinrichtungen, die das gefährdete Aggregat schon beim Entstehen des Fehlers abschalten, noch ehe ein Schaden eintritt.

Mit dem Anschluß des Überlandwerkes Neiße an das Netz der O. E. W. ist ein weiterer Schritt zu der Elektrisierung auch der übrigen Teile Oberschlesiens getan, die zu dem Versorgungsgebiet des Kommunalen Kraftwerkes Oppeln gehören. Hier sind noch weite Strecken zu erschließen, wie überhaupt die Frage der Elektrizitätsversorgung noch im Fluß ist. Aber die Zeit ist wohl nicht mehr fern, wo auch dieses Problem seine Lösung finden wird.

(Weiteres über die O. E. W. möge man im Anhang unter dem Titel: „Die Oberschlesischen Elektrizitätswerke" nachlesen.)



Die staatliche Hütte in Gleiwitz

Von Oberbergrat Weber, Gleiwitz.

Als gegen Ende des 18. Jahrhunderts der zunehmende Holzkohlenmangel die Entwicklung der oberschlesischen Eisenindustrie zu hemmen drohte, entschloß sich der um das schlesische Montanwesen hochverdiente Berghauptmann Graf Reden, der die Kokshochofen-Anlagen Englands eingehend studiert hatte, anstelle der bisher verwandten Holzkohlen Steinkohlenkoks beim Hochofenbetriebe einzuführen. Zunächst wurden Schmelzversuche bei einem Hochofen des fiskalischen Hüttenwerks in Malapane angestellt, bei denen sich der aus Zabrzer Stückkohlen hergestellte Koks bewährte. Man trat nunmehr der Gründung einer Eisenhütte näher, wobei neben der Verpflanzung des englischen Kokshochofenbetriebes nach Oberschlesien die Errichtung einer umfangreichen Gießerei und einer Gußwarenverfeinerungsstätte angestrebt wurde, deren Anlage man als eine unerläßliche Bedingung zur Hebung des Eisenhüttenwesens und der gesamten inländischen Industrie erkannt hatte.

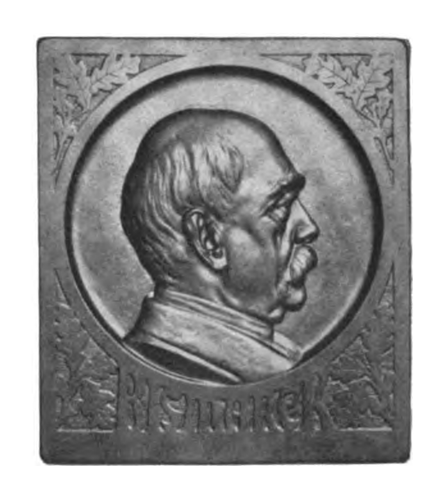
Da sich das Dampfmaschinenwesen zu jener Zeit erst in den Anfangsstadien der Entwicklung befand, so war neben der Nähe der Zabrzer Steinkohlengrube und der um Gleiwitz gelegenen Kalksteinlager die östlich der genannten Stadt vorhandene Wasserkraft dreier Mühlen bestimmend für die Wahl des Anlageplatzes der Hütte. Die Örtlichkeit erschien außerdem insofern günstig gewählt, als sie an dem Klodnitzkanal lag, der Gelegenheit bot, den Absatz an Roheisen und Gußwaren auf dem Wasserwege nach den Provinzen Schlesien, Brandenburg usw. bedeutend zu erleichtern.

Nachdem im Jahre 1793 die Pläne für den Bau fertiggestellt waren, wurden jene Mühlen, die Borower Mühle am Beuthener Wasser, die beiden Ellguther Mühlen an der Klodnitz und die Wüste Mühle bei Sosnitza, angekauft, um das erforderliche Betriebswasser für die Hütte zu erhalten. Im folgenden Jahre wurde der Bau der Wassergräben, des Hochofens und der Gießerei begonnen und 1796 vollendet.

Der Betriebsleitung war die Aufgabe gestellt, graues Roheisen zu erblasen, das zur Herstellung von Gußwaren und von Schmiedeeisen Verwendung finden konnte, sodann eine Gießerei









Eisen-Kunstgüsse der staatlichen Hütte

und Werkstätten zur Weiterverarbeitung der Gußwaren und zur Herstellung von Dampfmaschinen, insbesondere für Berg- und Hüttenwerke, zu errichten.

Am 21. September 1796 kam der Hochofen als erster Kokshochofen des Festlandes in Betrieb. Es gelang allerdings zunächst nicht, den Ofen in regelrechten Gang zu bringen. Am 10. November wurde der Ofen wiederum angeblasen und diesmal mit besserem Erfolge. Der







10. November 1796 gilt deshalb auch als der Tag, an welchem der Betrieb der Gleiwitzer Hütte eröffnet wurde. Trotz verschiedener Schwierigkeiten entwickelte sich der Betrieb im Laufe der ersten Jahrzehnte zu einer Höhe, die in der technischen Welt allgemeine Anerkennung fand.

Die ursprüngliche Absicht, zugleich mit dem Hochofen eine Kanonen- und Munitionsgießerei anzulegen, kam erst im Jahre 1804 zur Ausführung. Die ersten zwei Zwölfpfünder entsprachen den Anforderungen in so hohem Grade, daß König Friedrich Wilhelm III. auf den Bericht der Artilleriebehörde hin befahl, eiserne Geschütze fortan nur im Inlande zu beziehen. Damit war das Vorurteil beseitigt, welches gegen die Verwendung inländischer Fabrikate geherrscht hatte.

Während der Freiheitskriege steigerte sich der Bedarf an Kriegsmaterial außerordentlich. Tag

und Nacht mußten die Flamm- und Kupolöfen betrieben werden, selbst Sonntags wurde gearbeitet, um dem Munitionsmangel abzuhelfen. Auch der Guß metallener Geschütze wurde nach Gleiwitz verlegt.

Im Jahre 1813 wurden 79 eiserne und 38 metallene Geschütze im Gesamtgewicht von 64 Tonnen und außerdem 981 Tonnen Munition hergestellt.

Nach den Freiheitskriegen nahm der Geschützguß allmählich ab und hörte im Jahre 1817



ganz auf. Die Gesamtproduktion betrug 255 Geschütze. Die Fabrikation von Munitionsguß wurde erst im Jahre 1871 eingestellt.

Besondere Aufmerksamkeit widmete man sofort nach Errichtung der Gießhütte dem Gusse von Maschinenteilen, vornehmlich aber dem Lehmformverfahren zur Herstellung von großen Zylindern, insbesondere für Wasserhaltungsmaschinen, die bis dahin von England bezogen wurden.

Schon im Jahre 1800 war man imstande, den ersten großen Dampfmaschinen-Zylinder zu gießen und damit den Grund für die Maschinenfabrikation des Werkes zu legen.

Ein anderer Fabrikationszweig der Hütte war der Kunstguß, der bald nach Eröffnung des Gießereibetriebes aufgenommen wurde und im Laufe der Jahre zu einer hohen Vollkommenheit gelangte. Die zu jener Zeit verliehenen Kriegsdenkmünzen stammen sämtlich aus den Gleiwitzer Werkstätten. Bedeutende Künstler, wie Kiß und Kalide usw., waren hier als Modelleure tätig,

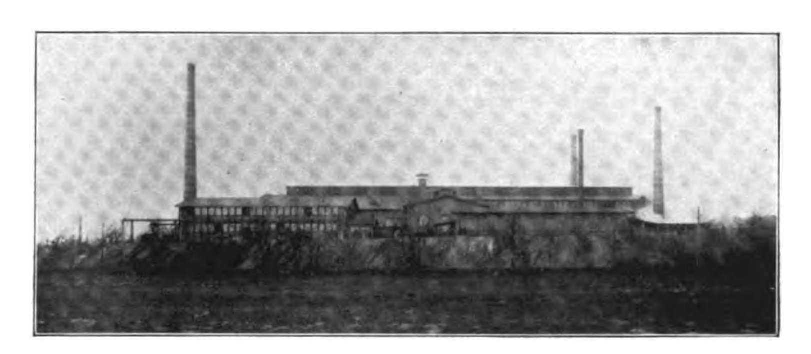
und was die Gleiwitzer Hütte in Medaillen, Büsten und allen anderen Zweigen des Kunstgusses geleistet hat, ist weit bekannt.

Zu den weiteren Erzeugnissen des Werkes gehörten seit dem Jahre 1804 eiserne Kochgeschirre. Die Erfindung einer guten haltbaren Emaille im Jahre 1812 und die Verbesserung derselben durch Beseitigung des gesundheitsschädlichen Bleies im Jahre 1823 waren die Veranlassung, daß die Gleiwitzer Hütte sich später zu der größten Fabrikationsstätte solcher Geschirre herausgebildet hat.

Nach 1857 wurde die Marktlage für Kochgeschirre so ungünstig, daß schließlich diese Fabrikation eingestellt werden mußte.

Neben der Pflege des Geschirrgusses wurde der Entwicklung des gröberen Handelsgusses die größte Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Flammöfen zum Abgießen großer Gegenstände wurden wiederholt vermehrt, insbesondere als im Jahre 1819 die Herstellung gußeiserner Brücken hinzukam. 1824 erfolgte die Bestellung der bekannten Weidendammer Brücke in Berlin.



Stahlgießerei der staatlichen Hütte

Der in den 50er Jahren eintretende gesteigerte Bedarf an Gas- und Wasserleitungsröhren gab Veranlassung, den Guß dieser Gegenstände zu betreiben. Den damaligen Erfahrungen entsprechend wurden die Röhren zuerst liegend gegossen, später wurde jedoch eine Röhrengießerei für stehenden Guß erbaut, die das Werk in den Stand setzte, den gestiegenen Anforderungen zu genügen. Dieser Röhrengießerei wurde eine Fassongießerei angegliedert, welche noch heute besteht, während die eigentliche Röhrengießerei während des Weltkrieges 1914 wegen Mangel an Aufträgen eingestellt wurde.

Graf Reden hatte erkannt, daß die industrielle Entwicklung des oberschlesischen Bergbaus nur mit Hilfe von Dampfmaschinen möglich sei, daher wurde auf seine Veranlassung im Jahre 1787 eine Dampfmaschine zur Wasserbewältigung für die fiskalische Friedrichsgrube bei Tarnowitz von England bezogen, dessen Maschinenfabrikation sich bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu ansehnlicher Höhe entwickelt hatte und das Festland mit Dampfmaschinen versorgte.

Aufgabe der Gleiwitzer Hütte war es nun, den im Aufblühen begriffenen oberschlesischen Bergbau von dieser Abhängigkeit frei zu machen. Sofort nach Inbetriebsetzung des Hochofens und der Gießerei wurde deshalb eine Maschinenmontierwerkstatt mit Dreherei, Schlosserei und Gelbgießerei und in Verbindung damit eine Kesselschmiede errichtet, die im Laufe der Zeit bahnbrechend wurden.

Bis zum Jahre 1912 versorgte die Gleiwitzer Maschinenbauanstalt die fiskalischen und privaten industriellen Werke Oberschlesiens mit ihren Erzeugnissen. Im Jahre 1912 wurde die Maschinenbauanstalt als unrentabel zeitweilig eingeschränkt.

Da man in dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts immer mehr dazu überging, Stahlformguß als Konstruktionsmaterial zu verwenden, wurde im Jahre 1893 auf der Hütte eine Stahlgießerei erbaut, die in den späteren Jahren, um der immer größer gewordenen Nachfrage nach Stahlformguß zu genügen, durch Erweiterungsbauten und neuzeitliche Betriebseinrichtungen einen großen Umfang erreicht hat und heute mit an erster Stelle in Oberschlesien steht (vergl. Abbildung).

Gegenwärtig besteht die Gleiwitzer Hütte aus folgenden Betrieben:

1. einer Eisengießerei,
2. einer Stahlgießerei,
3. einer Maschinenfabrik,
4. aus der im vorigen Jahre in Betrieb genommenen Schlackensteinfabrik.

In der Eisengießerei wird vorzugsweise Eisenbahnguß (Bremsklötze und Roststäbe, Achslager pp.), Ofen- und Handelsguß, Bau- und Kanalisationsguß, Röhren-Fassonguß, sowie Maschinenguß für Berg- und Hüttenwerke, Kokereien und Fabriken hergestellt.

Auch die Kunstgießerei ist weiterhin im Betriebe. Sie wird in neuerer Zeit zur Anfertigung von Gedenktafeln für die im Weltkriege Gefallenen viel in Anspruch genommen.

Die Stahlgießerei befaßt sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Gußstücken für Lokomotiv- und Waggonbau, für Dampfpflug- und sonstige Maschinenfabriken, sowie für Berg- und Hüttenwerke.

Die Maschinenfabrik stellt her:

Fördermaschinen, Förderhaspel für Dampf-, Druckluft- und elektrischen Antrieb, Säulenhaspel, Seilfördermaschinen und andere Bergwerksmaschinen, Zahnradfräserei.

Im Jahre 1923 wurde zur Förderung des Ausbaues der Hütte eine Schlackensteinfabrik mit modernsten Einrichtungen in Betrieb gesetzt, welche die alten Hochofenschlacken verarbeitet.

Wenn auch die Gleiwitzer Hütte im Verlaufe der langen Zeit nicht immer mit Erträgnissen und besonders in den letzten Jahren vor dem Weltkriege mit Zuschüssen gearbeitet hat, so ist vom Jahre 1917 ab wieder eine Besserung in den wirtschaftlichen Ergebnissen eingetreten.

Der jetzigen Verwaltung war es möglich, in den letzten Jahren größere Überschüsse an den Staat abliefern zu können, die zum Teil dazu beigetragen haben, daß für die Modernisierung des Werkes größere Aufwendungen gemacht wurden. Am 1. April 1924 ist das Werk in eine Aktien-Gesellschaft unter der Firma „Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Hüttenamt Gleiwitz" umgewandelt worden, und es ist zu hoffen, daß bei der nunmehr einsetzenden freieren Bewirtschaftung die Gleiwitzer Hütte ihre alte Blüte wieder erreichen wird.

Die Gleiwitzer Industrie

Von Dr. jur. A. Menzel, Gleiwitz.

Die Stadt Gleiwitz, am westlichen Eckpunkt des ehemaligen, vor der unglückseligen Teilung durch das Genfer Diktat einen einheitlichen Wirtschaftskörper bildenden oberschlesischen Industriedreiecks gelegen, hat von jeher wichtige Zweige der oberschlesischen Großindustrie teils unmittelbar in ihren Mauern, teils in ihrer nächsten Umgebung beherbergt. Im Laufe der Zeit wurden auf diesen, bis in die ersten Anfänge der oberschlesischen Montanindustrie zurückreichenden Grundlagen moderne Industrieriesen aufgebaut, die sich ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Umfange, und zwar sowohl ihrer Arbeiterzahl wie ihrer horizontalen und vertikalen Gliederung nach mit den größten Konzernen der Neuzeit messen können. Diese glänzende Entwicklung hemmte allerdings die Besetzung Oberschlesiens durch feindliche Militärmacht und seine schließliche, durch das Genfer Diktat uns von unseren Feinden aufgezwungene Zerreißung, die den lebendigen oberschlesischen Wirtschaftsorganismus ohne Rücksicht auf seine Lebensnotwendigkeit durchschnitt und den bei Deutschland verbleibenden Torso zwang, sich organisatorisch und produktionstechnisch auf die neue, verengerte Basis umzustellen, um überhaupt weiter lebensfähig zu bleiben. Hierbei hat die Stadt Gleiwitz, wie wir an anderer Stelle gesehen haben, eine besondere Rolle zugewiesen bekommen, was ohne Zweifel in erster Linie auf ihre seitherige Stellung als Industriezentrum zurückzuführen ist, andererseits wiederum nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der Industrie des Gleiwitzer Bezirkes bleiben kann.

Die natürlichen Vorbedingungen für jegliche Art von Industrie in Gleiwitz und seiner näheren Umgebung sind stets als die günstigsten zu bezeichnen gewesen. Die Klodnitz lieferte einerseits in älterer Zeit billige Antriebskraft, was u. a. bei der Gründung der Gleiwitzer Hütte ausschlaggebend für die Wahl ihres Standpunktes wurde, andererseits speiste sie den am Ende des 18. Jahrhunderts gebauten und in Gleiwitz endenden Kanal, der in damaliger Zeit als Transportweg eine weit größere Bedeutung hatte, als im Zeitalter der Eisenbahn und des Massengüterumschlags, für den der Kanal inzwischen unzulänglich geworden ist. Auch nachdem die Steinkohle für die Großindustrie eine ausschlaggebende Bedeutung erlangt hatte, schlug die Lage der Stadt Gleiwitz am Westrande des eigentlichen oberschlesischen Steinkohlenbeckens nicht zu Ungunsten der Weiterentwicklung der in Gleiwitz ansässigen Industrie aus, da in der unmittelbaren Nachbarschaft die leistungsfähigsten Kohlenschächte niedergebracht wurden. Andererseits hatten die Gleiwitzer Industriewerke in den rein landwirtschaftlichen, westlich an die Stadt grenzenden Bezirken ein unbegrenztes Rekrutierungsgebiet für einen gesunden Arbeiterstamm. Ein weiterer Vorteil der Randlage der Stadt Gleiwitz war stets, daß auch die Lebensbedingungen billiger als in dem reinen Industriegebiet blieben und die Unterbringung der Arbeitermassen in den benachbarten Landgemeinden gesünder und billiger zu ermöglichen war, als wenn sie sich im Weichbilde der Stadt zusammengeballt hätten.

Unter diesen günstigen Bedingungen konnte es nicht ausbleiben, daß die Entwicklung der mannigfaltigen Industriezweige nicht nur mit der in den anderen oberschlesischen Bezirken Schritt hielt, sondern sie noch überholte. Was den Bergbau anbetrifft, so harren allerdings die Gleiwitzer Kohlenfelder noch zum größten Teil der Erschließung. Nur am Südrande der Stadt ist die

Schachtanlage der cons. Gleiwitzer Grube im Betrieb, die ihrerseits zum Konzern der Oberschlesischen Kokswerke und chem. Fabriken A.-G. gehört. Sie fördert mit einer Belegschaft von durchschnittlich 2000 Arbeitern täglich ca. 1500 t Steinkohle, die für die oberschlesische Industrie dadurch besonderen Wert besitzt, daß sie im Gegensatz zu der wenig backfähigen Kohle der östlichen Kohlenbergwerke Oberschlesiens erstklassige Kokskohle ist. Sie wird auch an Ort und Stelle in einer Kokereianlage von 60 modernen Still'schen Regenerativöfen mit einem täglichen Durchschnittssatz von 700 t verkokt. Weitere 60 Öfen sind im Bau, so daß gegen Ende des laufenden Jahres etwa 1500 t täglich durchgesetzt werden können. Diese Erweiterung der Kokereianlage könnte für die Stadt Gleiwitz und die darin belegenen Industriewerke noch dadurch ein besonderes Interesse erlangen, wenn es gelingen würde, das wertvolle Koksofengas zu Heiz- und Energiezwecken mit Hilfe einer Anschlußrohrleitung zu verwenden.

Die benachbarte Schachtanlage Oehringen der Oehringen Bergbau-A.-G. in Ellguth Zabrze, deren Abteufung im Jahre 1912 in Angriff genommen, jedoch durch den Kriegsausbruch wieder unterbrochen werden mußte, ist zwar trotz der widrigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit und der schwierigen Bodenverhältnisse niedergebracht worden. Der Förderbetrieb wurde jedoch aus den vorstehenden Gründen noch nicht aufgenommen, zumal die Gesellschaft in der Schachtanlage Sosnitza eine sehr leistungsfähige Grube besitzt, die mit etwa 1600 Mann täglich 1400 t gute Kohle fördert.

Als Hauptverwaltungen bedeutender Bergwerksunternehmungen mit ihrem Sitz in Gleiwitz wären noch zu erwähnen die Gräflich Schaffgotschen Werke G. m. b. H., deren Verwaltungsgebäude zu einer Zierde des Gleiwitzer Ringbildes ausgebaut worden ist, und die Gräflich Ballestremsche Güterdirektion, die mit der Gewerkschaft Castellengo in dem neu erbauten monumentalen Verwaltungsgebäude an der Markgrafenstraße ihr Heim aufgeschlagen hat.

Älter als der Bergbau im Gleiwitzer Bezirk ist die Gleiwitzer Eisenhüttenindustrie, als deren älteste Vertreterin wiederum die Gleiwitzer Hütte zu nennen ist. Ihre geschichtliche Bedeutung für die Entwicklung der gesamten Oberschlesischen Eisenhüttenindustrie ist schon an anderer Stelle gewürdigt worden, so daß hier nur ganz kurz auf ihre gegenwärtige Bedeutung hingewiesen sei. Wenngleich sie in den letzten Jahrzehnten mit den schnell anwachsenden privaten Unternehmungen und Konzernen nicht Schritt zu halten vermochte, weist sie mit ihren Eisen- und Stahlgießereien sowie ihrer Maschinenfabrik auch heute noch ansehnliche Betriebe auf, die als Zweige der oberschlesischen Eisenverfeinerung und für die Belieferung der Hütten- und Bergwerke Oberschlesiens und darüber hinaus eine wichtige Rolle spielen. Eine neue Zukunft scheint dem in der Vergangenheit so berühmten Kunstguß beschieden zu sein, der in letzter Zeit mit guten Erfolgen wieder aufgenommen worden ist. Zurzeit werden etwa 500 Arbeiter beschäftigt, die zum großen Teil in werkseigenen Siedlungshäusern untergebracht sind. Bei der durch die Folgen des verlorenen Krieges bedingten Umstellung der staatlichen Betriebe in privatrechtliche Erwerbsgesellschaften wurde auch die ehem. Königliche, dann Staatliche Hütte in eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Preußische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Hüttenamt Gleiwitz", umgewandelt.

Eine gleichfalls hervorragende Bedeutung für die oberschlesische Eisenverfeinerung erlangten die im Jahre 1863 als erstes oberschlesisches Röhrenwerk gegründeten und zielbewußt immer weitere Verfeinerungszweige ergreifenden Huldschinskyschen Hüttenwerke, die im Jahre 1905 dem großen Konzern der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.-G. angegliedert wurden und nunmehr die

„Abteilung Stahlwerk" derselben bilden. Diese Fusion hatte sowohl für die beteiligten Industrieunternehmungen als auch für die Stadt Gleiwitz als Industriestadt eine hervorragende Bedeutung, da die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-A.-G. hierdurch veranlaßt wurde, ihre Hauptverwaltung nach Gleiwitz zu verlegen. Damit begann für die Gleiwitzer Anlagen eine Periode dauernder Entwicklung, in deren Verlauf für die Röhrenfabrikation ein besonderes Werk nach den modernsten Anforderungen der Technik am Stadtwald erbaut wurde. Diese Erweiterung wurde in der Hauptsache dadurch notwendig, daß in den am Bahnhof belegenen Werken die Munitionsherstellung in das Fabrikationsprogramm einbezogen wurde. Infolge des verlorenen Krieges und der Bestimmungen des Versailler Vertrages mußte jedoch eine gänzliche Umstellung des Werkes vorgenommen werden. Hunderte von Werkzeugmaschinen, die noch sehr wohl für Friedensarbeit zu gebrauchen waren, mußten auf Verlangen der Kontrollkommissionen der Feindbundmächte zerstört werden, so daß ganze Hallen verödet wurden, während Hunderte von Arbeitern wegen Arbeitslosigkeit entlassen werden mußten. Es galt neue Produktionszweige einzurichten, was natürlich Zeit und Geld erforderte. So wurde aus der früheren Zünderfabrik auf der Johannisstraße eine Blechwarenfabrik für Herstellung von Konservendosen und sonstigen Blechverpackungsmitteln, Eimern, Plakaten, kurz Blechwaren aller Art aus Weiß- und Schwarzblech eingerichtet, die zurzeit etwa 200 Arbeitern, meistens Frauen und Mädchen, Brot und Verdienst gibt. Wenn man noch die Zerreißung des Konzerns der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-A.-G. durch die allen wirtschaftlichen Erfordernissen hohnsprechende Teilung Oberschlesiens in Rücksicht zieht, die gerade diese Gesellschaft wie kein anderes Unternehmen in seinen innersten Lebensnerven traf, so kann man vor der Aufbauarbeit, die hier deutsches Organisationstalent und deutscher Lebenswille geleistet haben, nur größte Hochachtung empfinden. Ist es doch der Gesellschaft trotz der schweren Verluste der Nachkriegszeit gelungen, sich durch Angliederung der Donnersmarckhütte eine neue Rohstoffgrundlage zu schaffen, so daß zu hoffen ist, daß in Kürze an der Stelle der gewaltsam abgerissenen Zweige neue blühende Sprossen treiben werden.

Als weiteres großindustrielles Unternehmen von riesenhaftem Zuschnitt, das ebenfalls mit seiner Hauptverwaltung und ausgedehnten Werksanlagen in Gleiwitz seinen Sitz hat, ist die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb zu nennen. Die Betriebsanlagen, die sich zwischen dem Klodnitzkanal und der Eisenbahn bis in die Höhe des Schlachthofes hinziehen und aus den räumlich von einander getrennten drei Werken, dem Ober-, Unter- und Neuwerk, bestehen, sind aus der Verschmelzung der Drahtfabriken von Heinrich Kern & Co. und Wilhelm Hegenscheidt entstanden und bilden die eine Wurzel des heutigen, durch die Linke-Hoffmann-Lauchhammer A.-G. mit der A. E. G. in Interessengemeinschaft stehenden Großkonzerns. Die Drahtwerke stellen heute mit ihren annähernd 4000 Arbeitern und Beamten das einzige Unternehmen dieser Art im Osten Deutschlands dar. Außer Walzdraht und dessen Verfeinerung zu gezogenem Draht aller Stärken und Arten und zu Drahtseilen, Ketten und sonstigen Drahterzeugnissen stellen die Drahtwerke auch elektrisch geschweißte Ketten von der geringsten Stärke bis zu den stärksten Förderketten für Gruben her. Sämtliche Erzeugnisse genießen Weltruf. Auch in sozialer Hinsicht hat die Gesellschaft vorbildlich für ihre Arbeiter und Angestellten durch Neubau von Wohnhäusern, Angestellten-Siedlungen und Arbeiterkolonien sowie Einrichtung von Badeanstalten und sonstigen sanitären und Erholungsstätten gesorgt.

Um diese Industrieriesen gruppieren sich zahlreiche größere und kleinere Unternehmungen, die hauptsächlich der weiteren Verfeinerung der Eisen- und Stahlerzeugnisse zu Fertigfabrikaten

dienen und ihrerseits wieder die weitverzweigte Industrie mit ihren mannigfaltigen Bedarfsartikeln versorgen.

Ein altes und bekanntes Unternehmen ist die Firma Weinmann & Lange am Bahnhof, die schon im Jahre 1861 gegründet wurde und sich mit der Herstellung von Armaturen aller Art für Dampf, Wasser, Gas und Preßluft befaßt.

Ebenso sind die Oberschlesischen Kesselwerke B. Meyer, G. m. b. H., ein altes Gleiwitzer Unternehmen, das den bekannten deutschen Babcock- und Wilcox-Dampfkesselwerken A.-G. in Oberhausen angegliedert ist.

Weiterhin ist die im Jahre 1860 unter der Firma J. Stobrawa gegründete oberschlesische Gießerei-Gesellschaft m. b. H. zu erwähnen, die sich aus kleinen Anfängen zu einem recht beachtlichen Betrieb entwickelt hat.

Neueren Datums ist die Oberschlesische Meguin-A.-G. am Stadtwald, eine Zweigniederlassung der Meguin-A.-G. in Butzbach, die im Jahre 1913 die von der Firma Nöcker & Wolf, der späteren Nöcker A.-G., begründete Brückenbauanstalt käuflich erwarb und durch Neubauten und Erweiterung des Produktionsprogramms auf den heutigen Stand erweiterte. Es werden neben dem alten Programm: Eisenkonstruktionen aller Art, wie Brücken, Hallen, Gerüste pp. alle Arten Maschinen für Kohlen- und Koksaufbereitung hergestellt.

Wie aus vorstehenden Ausführungen ersichtlich ist, ist gerade die Gleiwitzer Eisenindustrie reich gegliedert und umfaßt alle Zweige derselben von der Eisen- und Stahlerzeugung an bis zur weitgehendsten Verfeinerung. Selbstverständlich war es bei dem beschränkten Raume nicht möglich, auch noch die zahlreichen kleineren Betriebe aufzuzählen, die aber in ihrer Gesamtheit ebenfalls breiten Bevölkerungskreisen lohnende Beschäftigung bieten.

Eine derartig weitverzweigte Industrie erfordert naturgemäß zahlreiche Hilfsindustrien. Auch hierin hat die Stadt Gleiwitz sehr beachtliche Vertreter. Es sei nur auf die Industrie der Steine und Erden hingewiesen, die ihren Hauptvertreter in der Oberschlesischen Schamottefabrik, früher Arbeitsstätte Didier, an der Lindenstraße hat. Dieses Werk deckt den großen Bedarf der Eisenhütten, Kokereien pp. an feuerfesten Schamotte- und Dinassteinen sowie -mörtel und führt den Bau von Gaserzeugungs- und sonstigen hüttentechnischen Öfen aus.

Besondere Erwähnung verdienen noch als Licht- und Energiespenderin nicht nur für die Stadt Gleiwitz und ihre Industrie, sondern für den größten Teil Oberschlesiens diesseits und jenseits der neuen Grenze die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke, die ebenfalls mit ihrer Hauptverwaltung in Gleiwitz beheimatet sind und neuerdings mit einem modernen Umspannwerke am Schlachthof ein Bauwerk geschaffen haben, das sowohl wegen seiner technischen Bedeutung als auch in architektonischer Beziehung eine Sehenswürdigkeit und eine Bereicherung des Gleiwitzer Stadtbildes ist.

Wie aus vorstehenden Zeilen zu ersehen ist, kann Gleiwitz sowohl der Mannigfaltigkeit wie der Bedeutung seiner Industrie nach würdig den Vergleich mit anderen modernen Industriestädten bestehen, obwohl es eigentlich erst am Anfang seiner Entwicklung steht. Es ist daher nur zu wünschen, daß die Stadt auch in Zukunft ihre Bedeutung als Industriezentrum Deutsch-Oberschlesiens zum Wohle ihrer Bevölkerung und zum Ruhme deutscher Arbeit erhalten und vermehren möge.

Oberschlesische Eisen-Industrie

Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb

Gleiwitz O.-S.

Die Oberschlesische Eisen-Industrie Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb wurde im Jahre 1887 von den bekannten Industriellen Kommerzienrat Wilhelm Hegenscheidt, Geheimen Kommerzienrat Oskar Caro und dessen Bruder Georg Caro gegründet. Die Gesellschaft umfaßte bei dieser Gründung das Hochofenwerk **Julienhütte**, Bobrek, das Eisenwerk **Herminenhütte**, Laband, und das Eisenwerk **Baildonhütte** bei Kattowitz.

Das **Hochofenwerk Julienhütte** wurde im Jahre 1883 von den Gebrüdern Caro aus der Friedlaenderschen Konkursmasse erworben; das **Eisenwerk Herminenhütte** bei Laband erwarb die Familie Caro im Jahre 1849 und baute es zu einem Walzwerk um. Das **Eisenwerk Baildonhütte** wurde im Jahre 1823 von dem bekannten Industriellen John Baildon erbaut, später an die Patrizierfamilie Doms in Ratibor verkauft, von der es Kommerzienrat Wilh. Hegenscheidt erwarb.

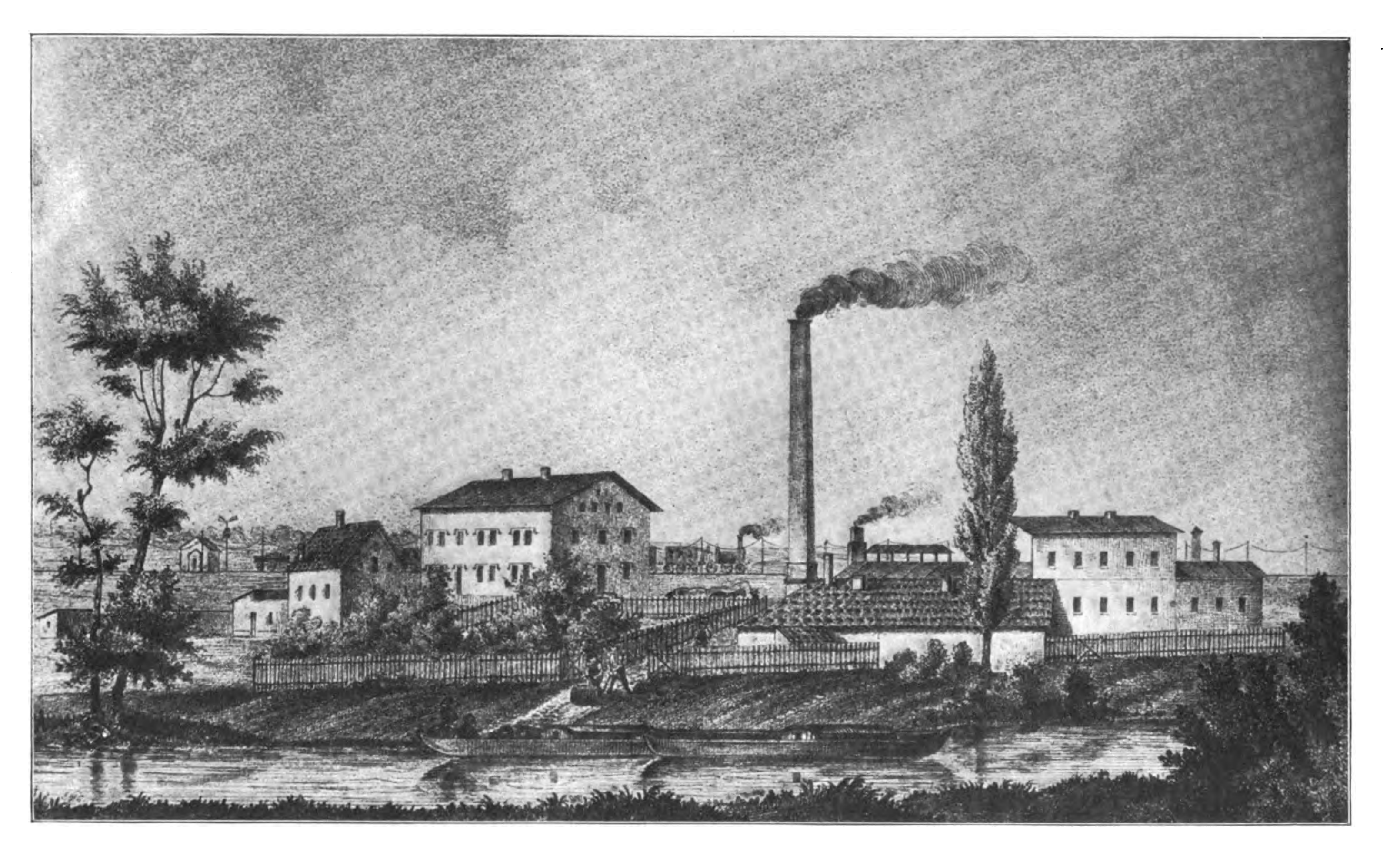
Im Jahre 1889 übernahm die Oberschlesische Eisen-Industrie Actien-Gesellschaft das gesamte Aktienkapital der ebenfalls im Jahre 1887 gegründeten Oberschlesische Drahtindustrie-Aktiengesellschaft, welche aus den **Draht- und Nägelfabriken** der früheren **Firmen Wilhelm Hegenscheidt und Heinrich Kern & Co., Gleiwitz**, gebildet worden war. Durch den Zusammenschluß dieser beiden Gesellschaften war die Möglichkeit gegeben, die oberschlesische Industrie in hervorragender Weise zur Blüte zu bringen. Nach und nach wurde der Ausbau sämtlicher Werke der fusionierten Gesellschaft in Angriff genommen, und dank des weitschauenden Blickes der leitenden Persönlichkeiten wurde die Gesellschaft eine der ersten Montanunternehmungen in Oberschlesien.

In **Julienhütte** wurde eine Kokerei mit Nebenproduktgewinnungsanlage nach System Dr. Otto erbaut, welche die erste Anlage dieser Art in Oberschlesien war, und die Hochofenanlage von zwei auf sieben Hochöfen erweitert; später wurde eine Benzolfabrik, im weiteren Verlauf ein modernes großes Stahlwerk mit sieben Martinöfen und im Anschluß daran ein elektrisch betriebenes Blockwalzwerk errichtet.

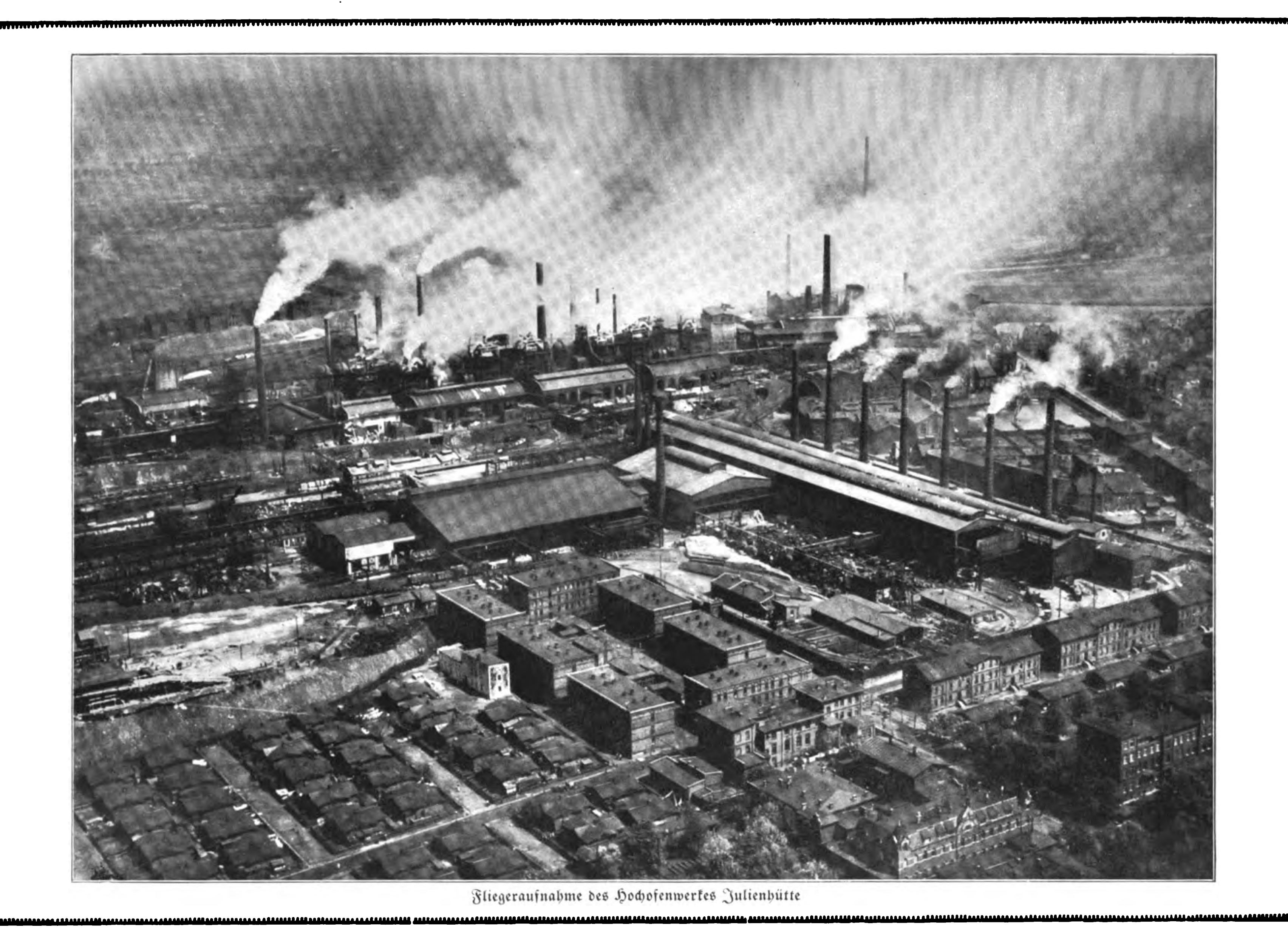
Die **Gleiwitzer Drahtwerke** wurden mit modernen Arbeitsmaschinen ausgestattet und bedeutend erweitert, u. a. durch den Bau eines modernen Drahtwalzwerks, so daß sie mit zu den größten Drahtwerken Deutschlands gehören.

In **Herminenhütte** erfolgte die Modernisierung des Walzwerks und der Zubau einer Walzenstrecke, eines Kaltwalzwerks und eines Feinblechwalzwerks, welch letzteres später an die Vereinigten Deutschen Nickelwerke Aktiengesellschaft abgetreten wurde, an deren Gründung sich die Oberschlesische Eisen-Industrie Actien-Gesellschaft beteiligte.

Auch auf der **Baildonhütte** erfolgte die Modernisierung des Walzwerks und der Bau eines Grobwalzwerks; ein Martinstahlwerk wurde bereits in den 80er Jahren errichtet, das indes durch den Bau des neuen modernen Stahlwerks in Julienhütte überflüssig wurde. Eine bedeutende Erweiterung erfuhr die Baildonhütte später durch den Bau eines Elektrostahlwerks, dessen Fabrikate sich im Laufe der Jahre Weltruf erworben haben.



Das Hegenscheidtsche Werk um das Jahr 1860



Fliegeraufnahme des Hochofenwerkes Julienhütte

Die Gesellschaft kaufte Ende der 80er Jahre von den Lachmannschen Erben das kleine Blechwalzwerk und Stanzwerk in Paruschowitz bei Rybnik und baute es in kurzer Zeit zu dem bedeutenden Blechwalzwerk und Emaillierwerk **Eisenhütte Silesia** aus. Die Fabrikate dieses Werkes sind ebenfalls in der ganzen Welt bekannt geworden.

Friedrich der Große erteilte im Jahre 1785 der Breslauer Kaufmannschaft das Privileg, in Königshuld, Kreis Oppeln, eine Stahl- und Eisenwarenfabrik zu errichten. Später wurde diese in die **Königshulder Stahl- und Eisenwarenfabrik Aktiengesellschaft** umgewandelt, deren Aktienmehrheit im Jahre 1908 von der Oberschlesischen Eisen-Industrie Actien-Gesellschaft erworben und welche 1912 mit der Gesellschaft vereinigt wurde. Auch diese Fabrik wurde im Laufe der Jahre modernisiert und erweitert.

Im Jahre 1909 kaufte die Gesellschaft von Herrn William Suermondt die Kuxe der Gewerkschaft Consolidierte Gleiwitzer Steinkohlengrube und errichtete die gleichnamige Grube, welche später an die Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken Aktien-Gesellschaft verkauft wurde.

Ferner wurden 1920 die Kuxe der Gewerkschaft Consolidierte Steinkohlengrube Nord, Gleiwitz, deren Felder noch im Fristen liegen, — 1920 außerdem die Mehrheit der Kuxe der Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhilf-Friedenshoffnung, Hermsdorf i. Schles., und 1922 die Aktienmehrheit der Preußengrube Aktien-Gesellschaft, Miechowitz, erworben.

Die Gesellschaft besitzt die Anteile des Emaillierwerks Germania G. m. b. H., Rosenthal bei Breslau, sowie Erzförderungen im Kreise Tarnowitz (poln. Ob.-Schl.), bei Brotterode (Thüringen) und bei Elbingerode (Harz).



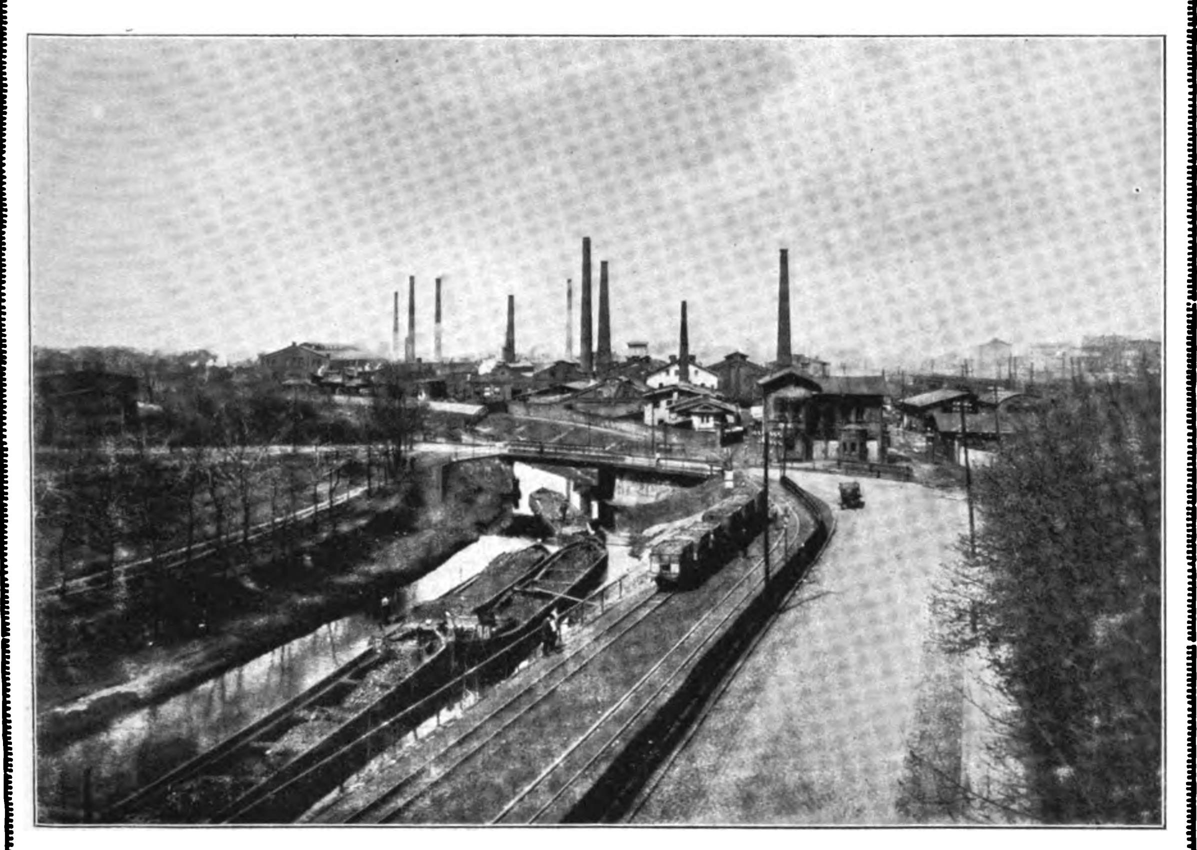
Abstich des Stahlwerkes Julienhütte aus dem Jahre 1922

Durch das Genfer Diktat wurde Oberschlesien geteilt, wobei die Baildonhütte in Domb bei Kattowitz und die Eisenhütte Silesia in Paruschowitz bei Rybnik zu Polen fielen; infolgedessen wurden beide Werke von der Muttergesellschaft abgetrennt und in besondere Aktiengesellschaften umgewandelt.

Auch zur Hebung der Eisenindustrie im ehemaligen Kaisertum Rußland hat die Gesellschaft wesentlich beigetragen; sie hatte 1899 den größten Teil des Aktienkapitals der Metallfabriken B. Hantke in Warschau erworben und ließ das Czenstochauer Werk dieser Gesellschaft durch Errichtung von Hochöfen, sowie eines Stahlwerks und Walzwerks ausbauen. Die der Hantke-Gesellschaft gehörigen Nägelfabriken in Warschau, Saratow und Nishnednjeprowsk, wurden ebenfalls erweitert, und kurz vor Ausbruch des Weltkrieges wurde in Nishnedjeprowsk ein großes modernes Röhrenwalzwerk errichtet; der Krieg und die Revolution setzten dieser Expansionstätigkeit der Oberschlesischen Eisenindustrie Actien-Gesellschaft ein Ziel.

Seit 1923 steht die Gesellschaft in Interessengemeinschaft mit der Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktien-Gesellschaft, Berlin.

Infolge des Ausbaues des Hochofenwerkes und der Errichtung eines modernen Stahlwerks mit Blockwalzwerk in Julienhütte, des Ausbaues der Herminenhütte und der Verfeinerungsanlagen der Gleiwitzer Drahtwerke, des Erwerbs der Kure der Glückhilf-Friedenshoffnungsgrube und der Aktienmehrheit der Preußengrube verfügt die Gesellschaft von der Kohle an über die erforderlichen Rohstoffe, so daß sie alle Erzeugnisse, vom Roheisen bezw. vom Rohstahl beginnend bis zum feinsten Verfeinerungsprodukt, mit eigenem Koks und größtenteils auch mit eigener Kohle herstellen kann.



Das Unterwerk der Gleiwitzer Drahtwerke aus dem Jahre 1922

Die Gesellschaft erzeugt hauptsächlich:

in Julienhütte: Koks, Kokereinebenprodukte, Roheisen, Rohstahl, Halbzeug verschiedener Qualität, Schlackensteine;

in Herminenhütte: Walzeisen (Feineisen), Kaltbandeisen;

auf den Gleiwitzer Drahtwerken: Walzdraht, gezogenen Draht, blank, verzinkt und verkupfert, Stacheldraht, Drahtseile, Drahtnägel, geschmiedete Nägel, Wellblechnägel, Schuhnägel, Nieten, Ketten aller Art, Springfedern, Stiefeleisen, Holzschrauben usw.

in Königshuld: Schaufeln, Spaten, Hacken, Rechen, Gabeln, Hämmer, Äxte, Beile, Brechstangen, Maishauen, Plättbolzen usw.

Die Abbildungen zeigen das Hegenscheidtsche Werk um das Jahr 1860, das Unterwerk der Gleiwitzer Drahtwerke aus dem Jahre 1922, eine Fliegeraufnahme des Hochofenwerks Julienhütte, einen Abstich des Stahlwerks Julienhütte aus dem Jahre 1922 und das Hauptverwaltungsgebäude der Gesellschaft in Gleiwitz (Rückansicht).



Das Hauptverwaltungsgebäude der Gesellschaft in Gleiwitz (Rückansicht)

Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaft Gleiwitz

*

Die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Gesellschaft, kurz auch „Oberbedarf" genannt, hat ihren Sitz in Gleiwitz. Das Hauptverwaltungsgebäude (Bild 1) befindet sich in der Niedtstraße 4. Bis zu der am 15. Juni 1922 erfolgten Abtrennung des östlichen Teiles des oberschlesischen Industriereviers gehörten nachstehend aufgeführte Werke mit ca. 22 000 Arbeitern und Angestellten und einer Leistungsfähigkeit von 500 000 t Rohstahl zum Oberbedarf-Konzern:

1. Hüttenwerke Friedenshütte,
2. Stahlwerk Gleiwitz
3. Stahlröhrenwerke Gleiwitz,
4. Hüttenverwaltung Zawadzki,
5. Eisengießerei Colonnowska,
6. Blechwarenfabrik Gleiwitz,
7. Steinkohlenbergwerk Friedensgrube,
8. Eisenerzförderungen Tarnowitz,
9. Eisenerzförderung Czerna (Galizien),
10. Eisenerzförderung Markusovce (Tschecho-Slowakei).

Hierzu kamen noch die Tochtergesellschaften

1. Ferrum-Aktiengesellschaft Bogutschütz,
2. Otto Jachmann, Berlin-Borsigwalde,
3. Friedenshütter Feld- und Kleinbahn-Bedarfs-Gesellschaft m. b. H., Berlin,
4. Oberschlesische Rohrbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Gleiwitz-Tarnowitz.

Dieser große Industriekonzern ostdeutscher Eisenhütten hat infolge der alle wirtschaftlichen Bindungen unbeachtet lassenden politischen Zerreißung der in unendlich vielseitigen Beziehungen stehenden Einzelunternehmungen eine schwere Beeinträchtigung seiner Grundlagen erfahren. Diese bestand in erster Linie darin, daß die auf Grund mühevoll gesammelter Arbeitsergebnisse in jahrzehntelangem Aufbau geschaffene Rohstoffgrundlage (Friedenshütte und Friedensgrube) von den bei Deutschland verbliebenen, weiterverarbeitenden Betrieben losgelöst wurde. Wenn auch zunächst entsprechend den Bestimmungen des Genfer Abkommens, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit der zerrissenen beiden oberschlesischen Gebietsteile noch eine bestimmte Zeit hindurch ermöglichen und sicherstellen sollten, der Versuch einer allerdings stark eingeschränkten einheitlichen Betriebsführung gemacht wurde, so ergab sich jedoch schon kurze Zeit nach der Trennung infolge grundlegender Veränderungen der beiderseitigen Arbeits- und Absatzverhältnisse die wirtschaftliche Loslösung. Demzufolge mußte für die deutschen Betriebe der Anfang einer neuen Rohstoffgrundlage geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurde Ende 1922 die Majorität der Aktien der in und bei Hindenburg belegenen Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G., erworben. Dadurch wurde diese Gesellschaft dem Oberbedarf-Konzern angegliedert.

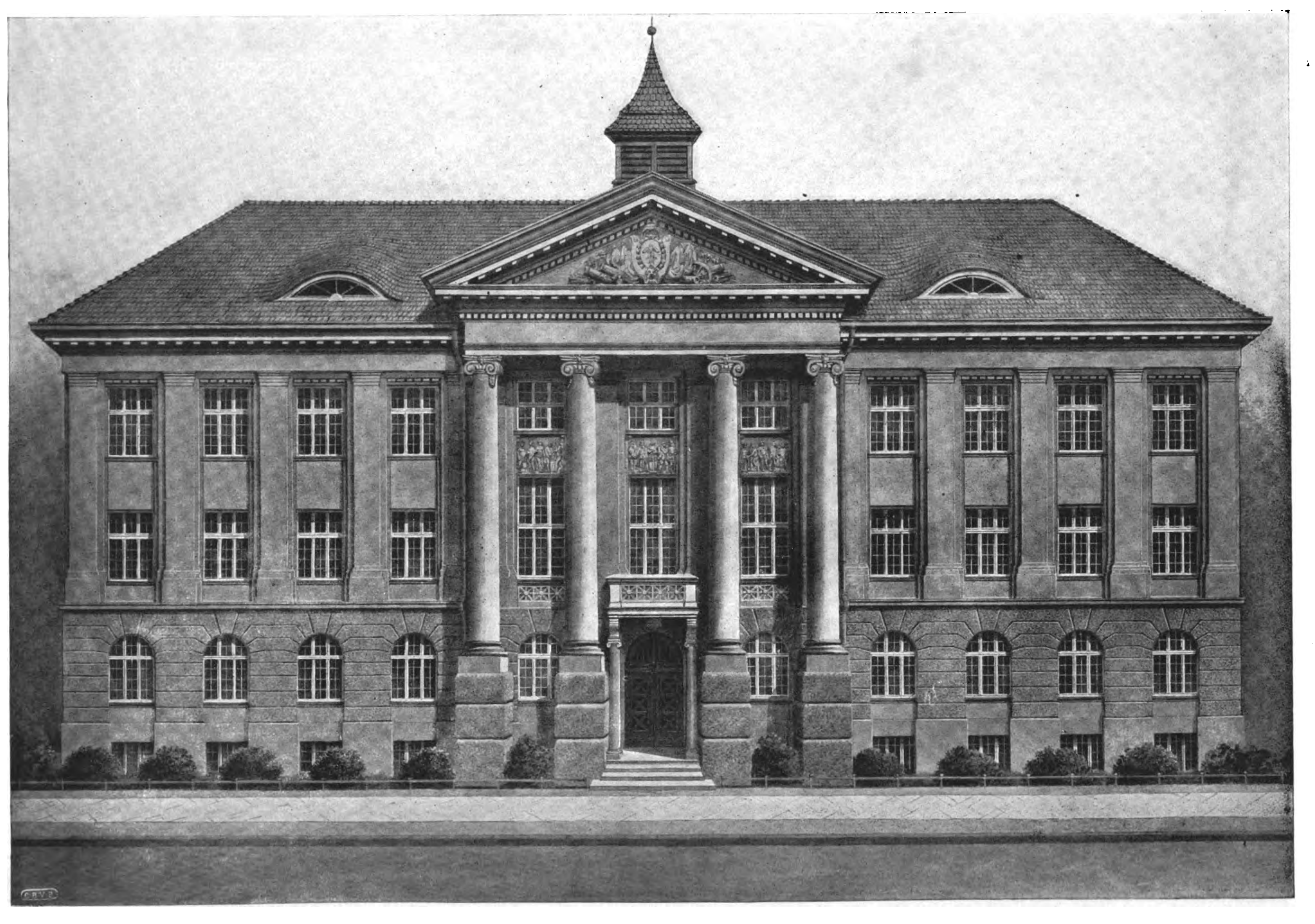


Bild 1 Hauptverwaltungsgebäude Gleiwitz — Niedstraße 4

Gesamtansicht des Stahlwerks in Gleiwitz

Auf polnisches Gebiet sind zu liegen gekommen:

1. Hüttenwerke Friedenshütte,
2. Steinkohlenbergwerk Friedensgrube,
3. Eisenerzförderungen Tarnowitz.

Diese Betriebe wurden in einer Tochtergesellschaft „Friedenshütte" Spolka Akcyjna in Nowy-Bytom (Friedenshütte) zusammengeschlossen, deren Aktien im Besitz der Oberbedarf sind. Ferner fielen an Polen die Aktiengesellschaft Ferrum, jetzt Ferrum Spolka Akcyjna in Bogucice, sowie die Betriebsstätte der Oberschlesischen Rohrbau G. m. b. H., die Hugohütte bei Tarnowitz, jetzt Tarnowskie-Gory.

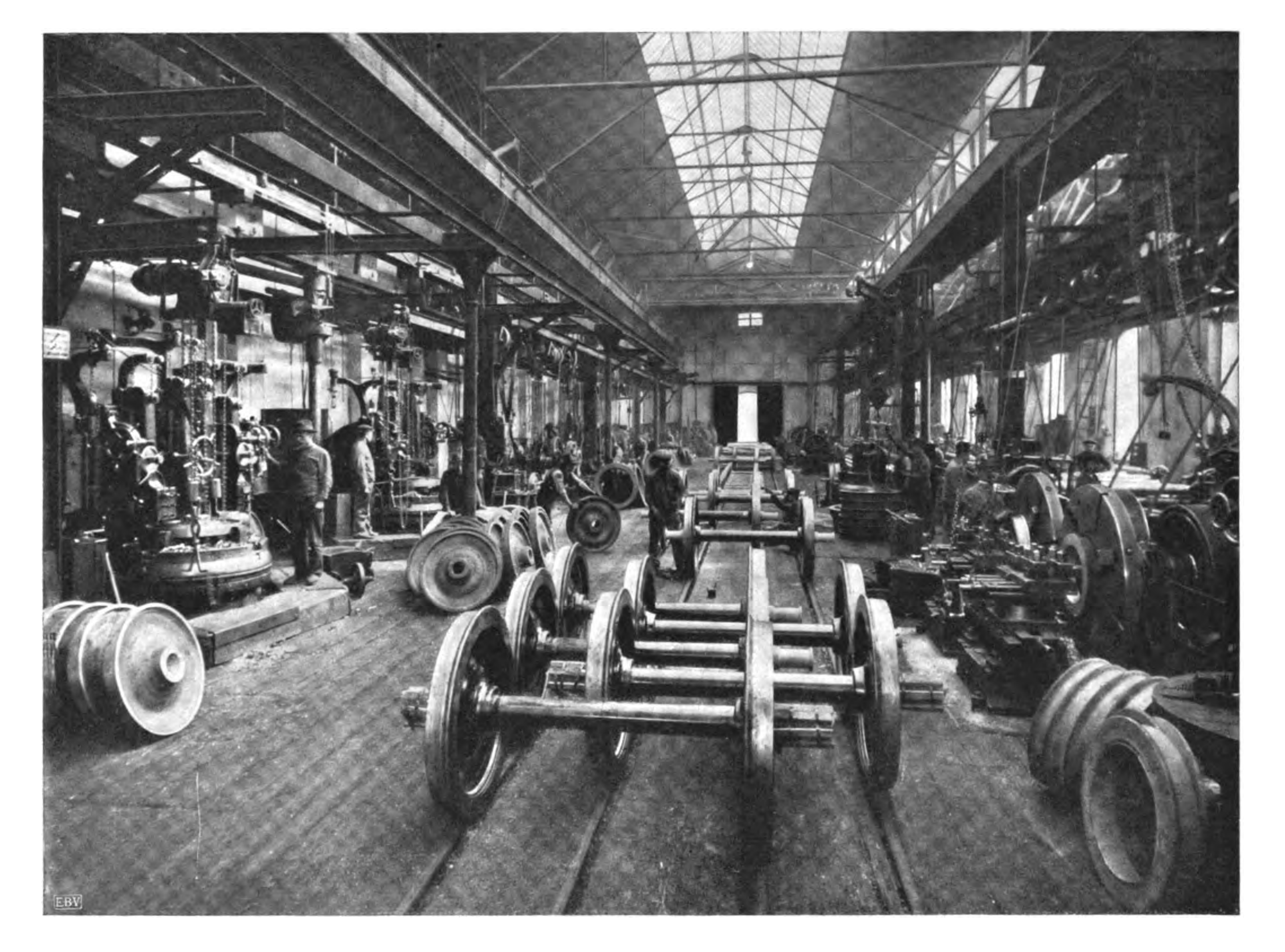
Trotz der wirtschaftlichen Lostrennung der polnischen Unternehmungen ist die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs A.-G. eine der führenden Montangruppen in der deutschen Eisen- und Kohlenindustrie, obgleich infolge der langen Unsicherheit über die Gestaltung der späteren Staatszugehörigkeit manche letzten technischen Erfahrungen nicht in dem Maße ausgenutzt werden konnten, wie es bei der mitteldeutschen und westdeutschen Industrie möglich war. Das durch die Politik Versäumte wird jetzt eifrig nachgeholt durch eine sehr weitgehende Modernisierung der deutschen Anlagen.

Von den deutschen Betrieben der Gesellschaft liegen folgende Werke, die im nachstehenden kurz beschrieben sind, im Stadtkreis Gleiwitz:

1. Die Anlagen der früheren Huldschinskyschen Hüttenwerke A.-G., jetzt „Stahlwerk" genannt, die zwischen Niedt-Rohrstraße, Eisenbahnlinie Gleiwitz – Hindenburg, Matthias-Kronprinzenstraße liegen (Bild 2–4),



Bild 3 Große Schmiedepresse des Stahlwerks



Räderdreherei — Stahlwerk Gleiwitz

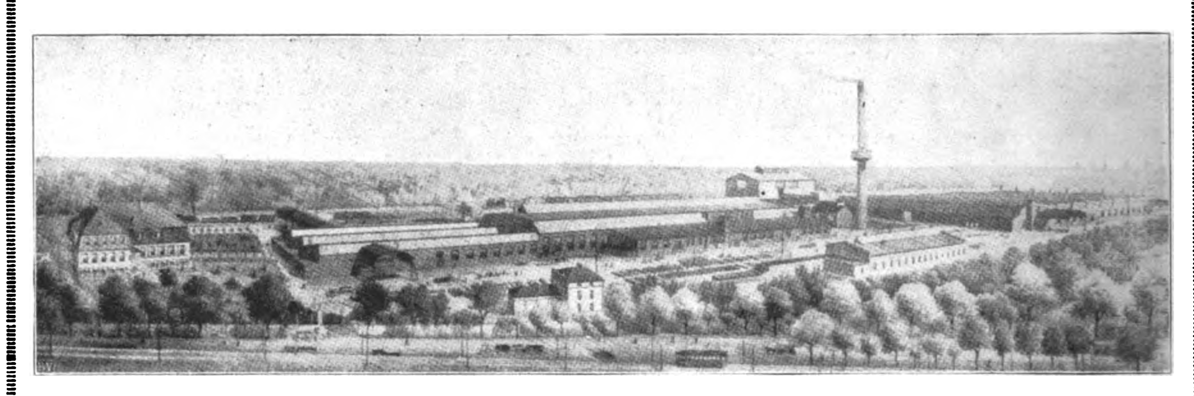


Bild 5 Gesamtansicht der Stahlröhrenwerke in Gleiwitz

2. die an der Kreuzung der Eisenbahnlinie Gleiwitz – Beuthen mit der Bergwerkstraße am Rande des „Stadtwaldes" belegenen Stahlröhrenwerke (Bild 5 – 7),
3. die an der Johannisstraße befindliche Blechwarenfabrik.

a) Das Stahlwerk Gleiwitz (die früheren Huldschinskyschen Hüttenwerke), für das mit dem Übergang auf die Oberbedarf eine Periode dauernder Entwicklung begonnen hatte, ist im Jahre 1867 als erstes Röhrenwerk Oberschlesiens gegründet worden. Zunächst mußte das Werk sein Rohmaterial (Rohrstreifen und Universaleisen) von anderen Werken kaufen, bis es 1889/90 dazu überging, ein Stahlwerk, bestehend aus 4 Siemens-Martinöfen nebst allem Zubehör und eine Universaleisenstrecke zu bauen, der in den folgenden Jahren eine Grob-, Mittel- und Feinstrecke angegliedert wurde. Gleichzeitig setzte mit der Stahlverfeinerung und der Herstellung von Qualitätsstahl in dem Arbeitsprogramm des Stahlwerks eine Erweiterung ein, die nicht nur für die Entwicklung des Werkes, sondern auch für die oberschlesische Eisenindustrie eine einschneidende Bedeutung erhielt. 1899 wurde ein dampfhydraulisches Preßwerk nebst Bandagenwerk und Räderfabrik errichtet und 1901 eine Anlage zur Herstellung nahtloser Rohre und anderer Hohlkörper. Der Ausbau sämtlicher Anlagen fand in großzügiger und durchgreifender Weise statt. Die Stahlgießerei gießt Stücke von 4½ kg bis zu 25 t, das Preßwerk liefert Schmiedestücke für Maschinen bis zu den größten Gewichten, vor allem vielfach gekröpfte Wellen für Motoren, Schiffswellen, Kupplungen und besonders auch hohlgebohrte Wellen. Ferner aus Stahlblechen: Rahmen für den Automobilbau, ein Produktionszweig, der infolge der überaus raschen Entwicklung der deutschen Automobilindustrie besonders schnell aufgeblüht ist. Außerdem werden aus Stahlblechen Waggonbeschlagteile aller Art angefertigt, in der Hauptsache Achshalter, Konsolen, Kappen usw. In der Fabrik für nahtlose Hohlkörper werden Behälter für hochgespannte Gase und Stahlzylinder hergestellt. Eisenbahnradreifen werden auf einem besonderen Bandagenwalzwerk ausgewalzt. Die Räderdreherei ist mit den modernsten Werkzeugmaschinen ausgerüstet. In der Fittingsfabrik werden schmiedeeiserne Flanschen, Muffen sowie Verbindungsstücke für Gas-, Wasser- und Dampfleitungen hergestellt.

b) Dicht bei Gleiwitz liegen die Stahlröhrenwerke, in denen Gas- und Wasserleitungsrohre, geschweißt und nahtlos, fabriziert werden, sowie nahtlose Siede-, Kessel- und Flanschrohre. Eine besonders eingerichtete Verzinkerei ermöglicht es, diese Rohre auch verzinkt zu liefern. Zur Kundschaft der Stahlröhrenwerke gehören: Gas- und Wasserwerke, Eisenbahnverwaltungen, Lokomotivbauanstalten, Eisenbahnkonstruktionswerkstätten, Kohlengruben, Bohrgesellschaften des In- und Auslandes und der Schiffbau.

c) In der Blechwarenfabrik auf der Johannisstraße werden Blechwaren aller Art hergestellt, wie z. B. Blechdosen, rund, viereckig und in Spezialformen, roh, fein lackiert und bedruckt, sowie auch feuerverzinkt, für alle Verwendungszwecke, ferner Konservendosen aller Gattungen, Marmeladen-

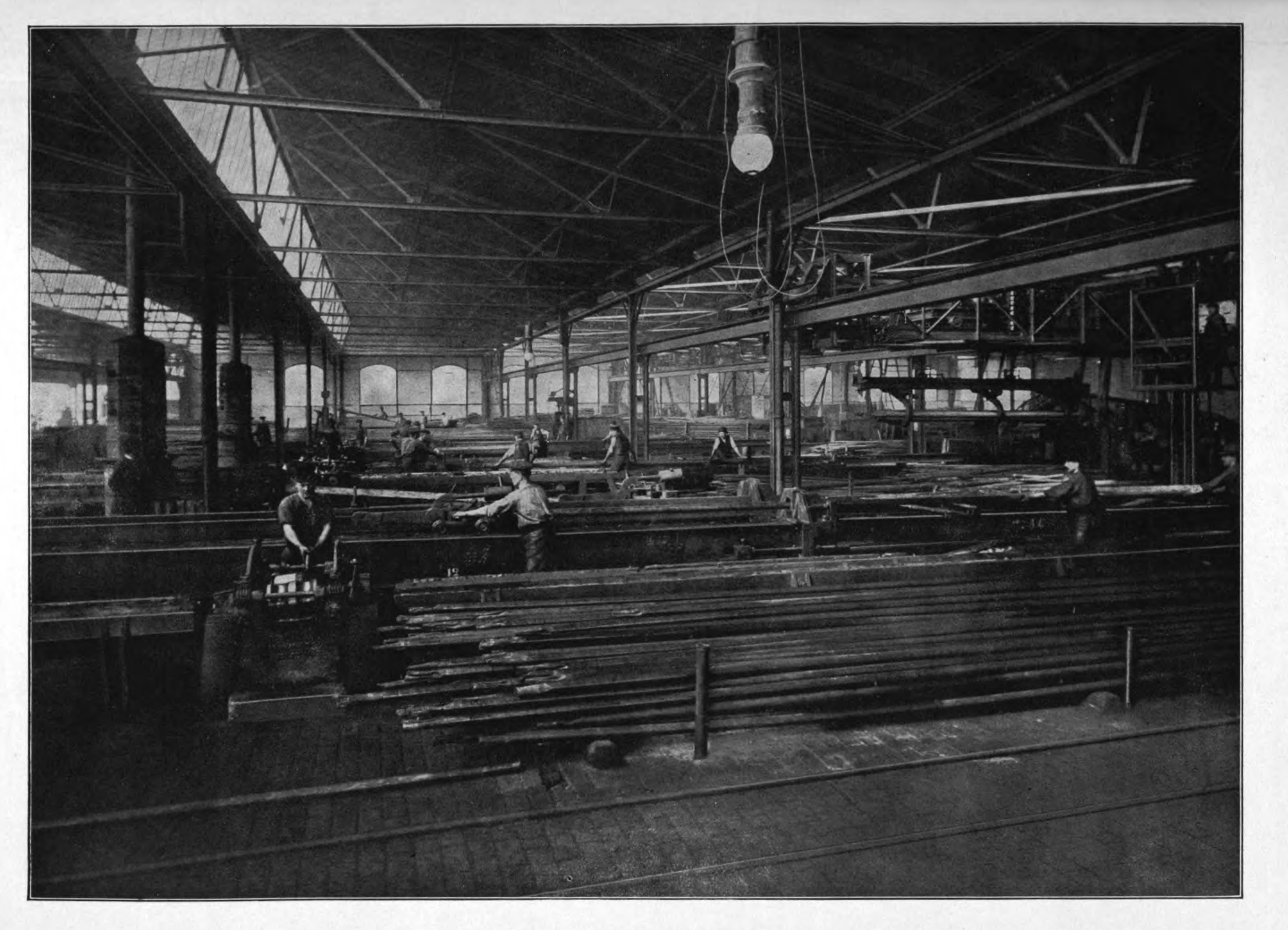


Bild 6 Kaltzieherei – Stahlröhrenwerke, Gleiwitz

eimer, runde und viereckige Flaschen, Kasten etc., Massenartikel aller Art, Blechplakate, sowie ferner Wirtschaftsgegenstände, wie verzinkte Eimer, Kochtöpfe, Wannen, Kessel, Gießkannen, Futtereimer, Samenstreuer, Asche- und Kohleneimer, Mörtelträger und industrielle Artikel, wie Wetterlutten, Trinkwassergefäße, Karbidbüchsen, Ölkannen etc. etc.

Auch in sozialer Hinsicht hat die Gesellschaft nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Mindesterfordernisse erfüllt, sondern war darüber hinaus darauf bedacht, eine große Anzahl von Wohlfahrtseinrichtungen zu schaffen und dieselben den Beamten und Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Es seien hier nur erwähnt die Arbeiter- und Pensionskassen, große Arbeiterkolonien, von denen die „Huldschinskykolonie" (Bild 8) nebenstehend abgebildet ist, die Beamtenwohnhäuser, Warenkaufhäuser, Konsumvereine, Fleischereien, Bäckereien, Badeanstalten, Kleinkinderschulen und Schwesterniederlassungen. Zum Schluß sei noch die gleichfalls abgebildete, von der Gesellschaft im altgotischen Stil errichtete Kapelle, der Schmuck der Gleiwitzer Kolonie, erwähnt.

Geleitet wird die Gesellschaft von einem Vorstand, an dessen Spitze Herr Generaldirektor Dr. ing. h. c. Rudolf Brennecke steht.



Bild 7 Blockplatz – Stahlröhrenwerke Gleiwitz

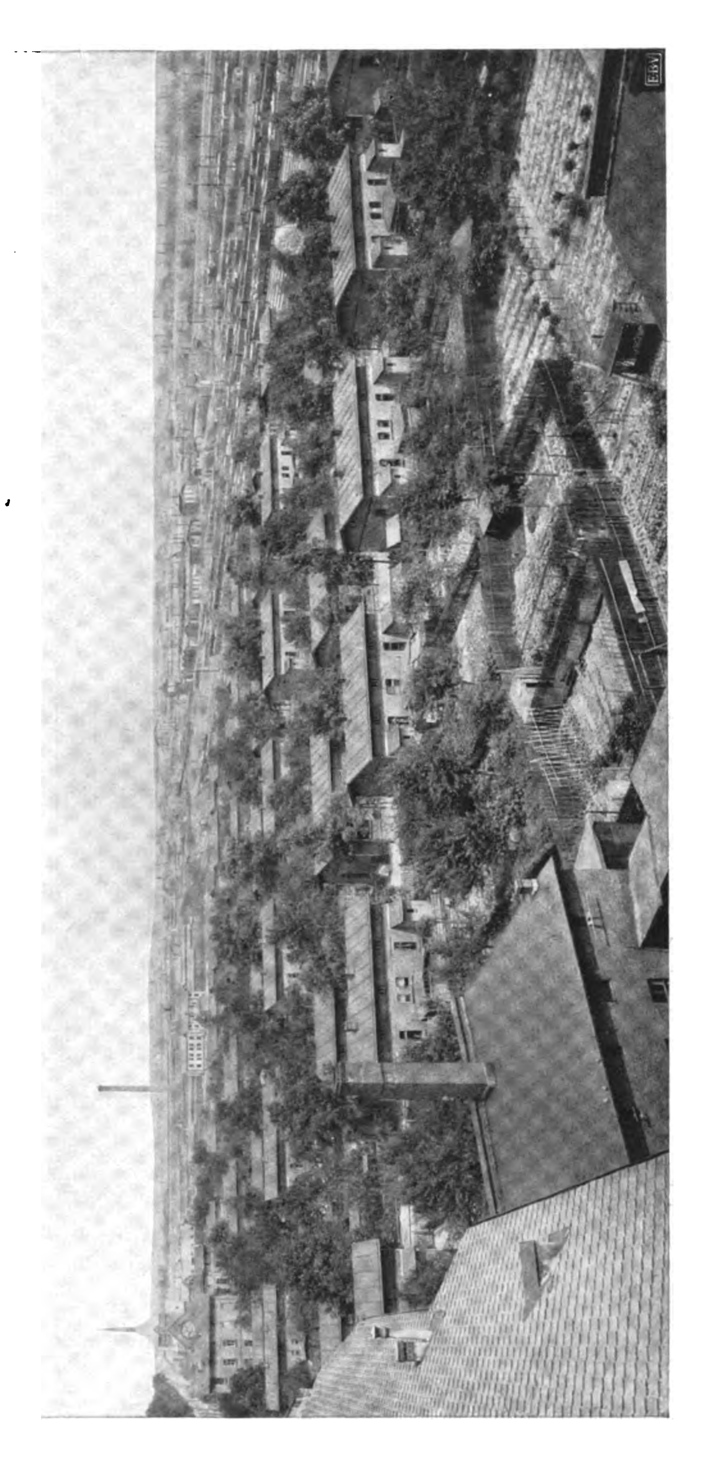


Bild 8 Arbeiterkolonie — Gleiwitz

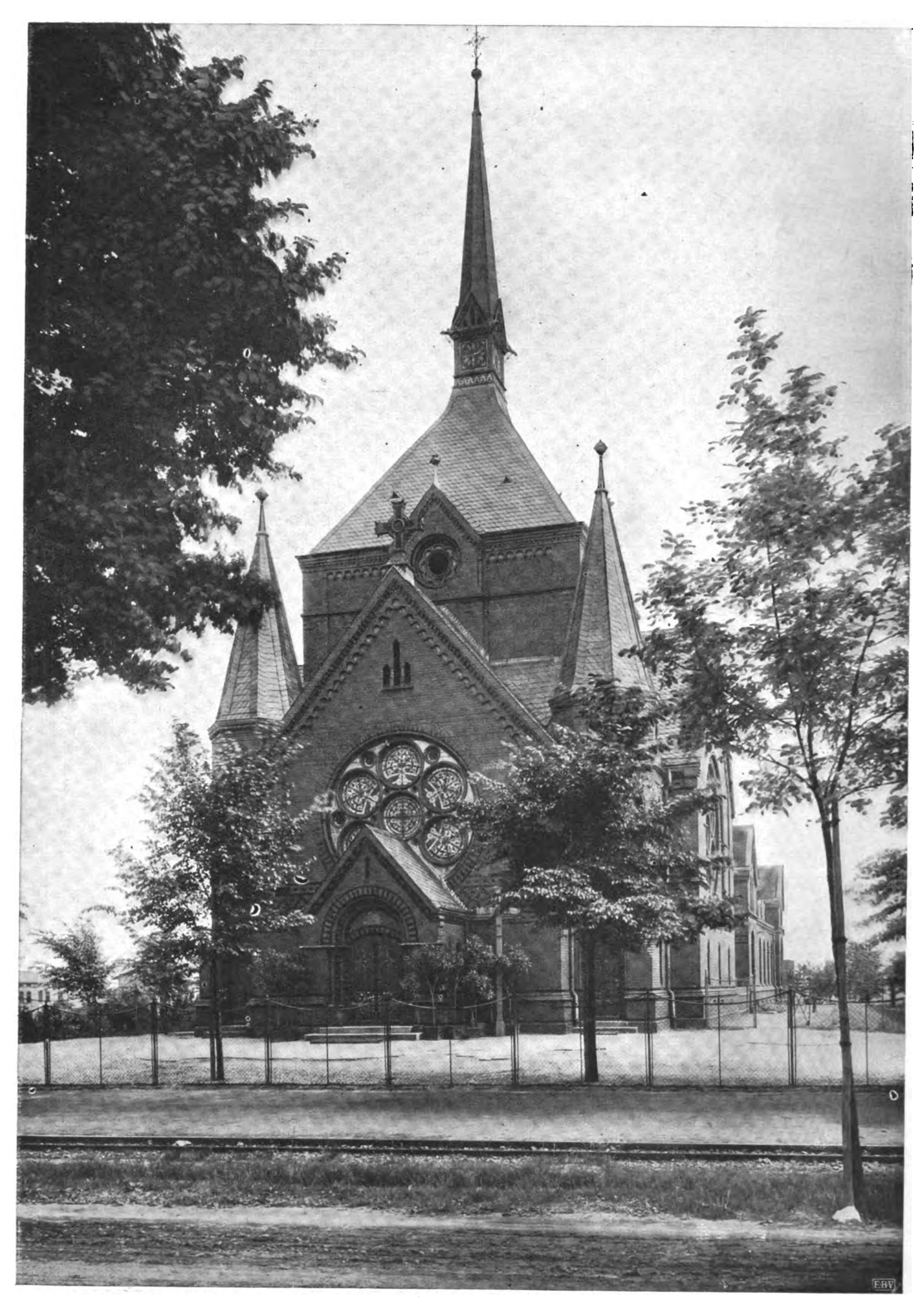
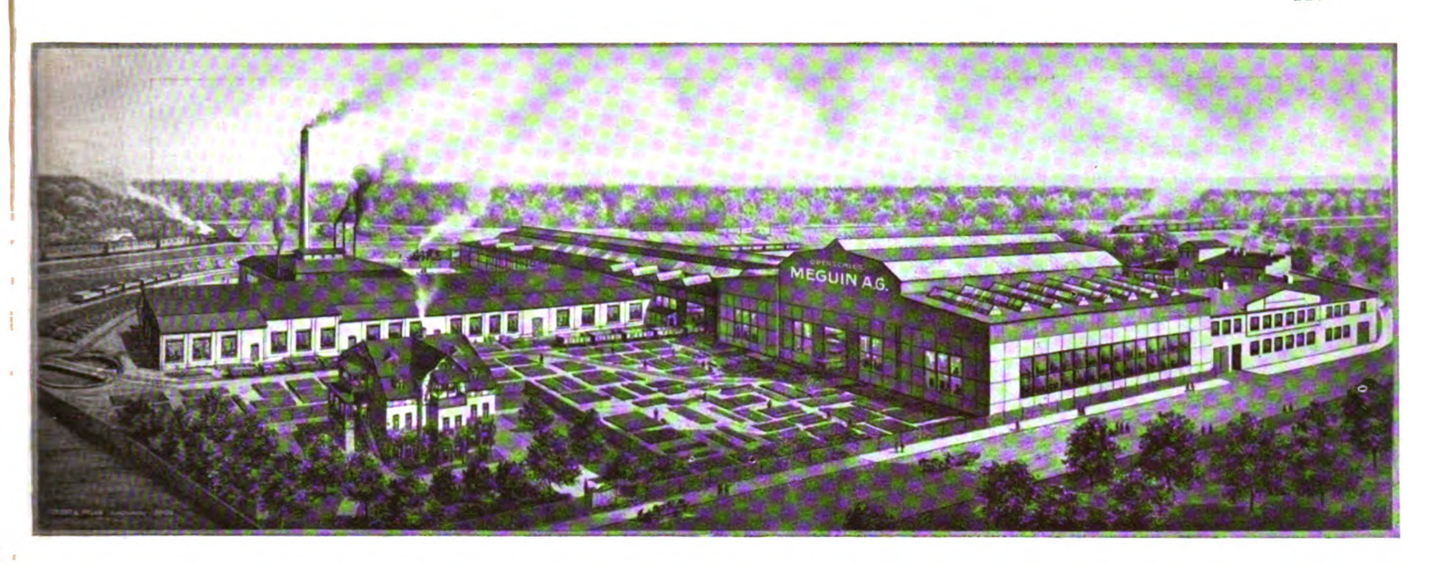


Bild 9 Huldschinsky-Kapelle — Gleiwitz



Im Stadtwaldviertel liegt die allseitig bestens bekannte Maschinenfabrik und Eisenkonstruktionswerkstätte

OBERSCHLESISCHE BAMAG-MEGUIN A.-G.

die im Jahre 1920 die Anlagen der damaligen Firma Nöcker & Wolff zunächst als Nöcker A.-G. übernahm. Die Firma Meguin stammt aus dem Saargebiet, wo sie vor ca. 30 Jahren von dem Kaufmann Franz Meguin zunächst als Spezialfabrik für gelochte Bleche gegründet wurde und sich dann im Laufe der Jahre mit zu einer der führenden Firmen der Kohlenaufbereitung entwickelte. Die Besitzungen im Saarland mußten jedoch aus politischen Gründen nach der Besatzung verkauft werden. Die Gesellschaft errichtete daraufhin neue Anlagen in Butzbach in Hessen und erwarb außerdem die Anlagen der Firma Nöcker & Wolff in unserer Stadt Gleiwitz.

Gleich nach der Übernahme errichtete die Firma auf ihrem neu erworbenen Gelände große, weite und helle Fabrikhallen, die mit den modernsten Maschinen reichlich ausgestattet wurden und die den verschiedenen Spezialkonstruktionen Rechnung trugen. Bereits bestehende Fabrikgebäude wurden modernisiert und den neu aufgenommenen Betrieben angegliedert, die Bürogebäude vergrößert. So wuchs die Firma in wenigen Jahren zu ihrer heutigen Bedeutung und Größe, die sich auch schon darin zeigt, daß 150 Angestellte und 900 Arbeiter beschäftigt werden konnten.

Bei der gesunden Grundlage und der regen Tätigkeit steht zu erwarten, daß auch bald noch neue Erweiterungen durchgeführt werden.

Das Spezialgebiet der Oberschlesischen Bamag-Meguin liegt in erster Linie in der Kohlenaufbereitung, wie Wäschen, Siebereien, Brikettfabriken etc., von denen sowohl im deutschen wie im polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens, im niederschlesischen Kohlenbezirk, in der Steiermark, in Italien und Jugoslavien mehrere komplette Anlagen für zum Teil allergrößte Leistungen mit modernsten Apparaten gebaut wurden. (Bild 1.) Neben diesen Anlagen werden natürlich auch alle Ersatzlieferungen ausgeführt, die in das Sondergebiet der Kohlenaufbereitung fallen.

Glei 22

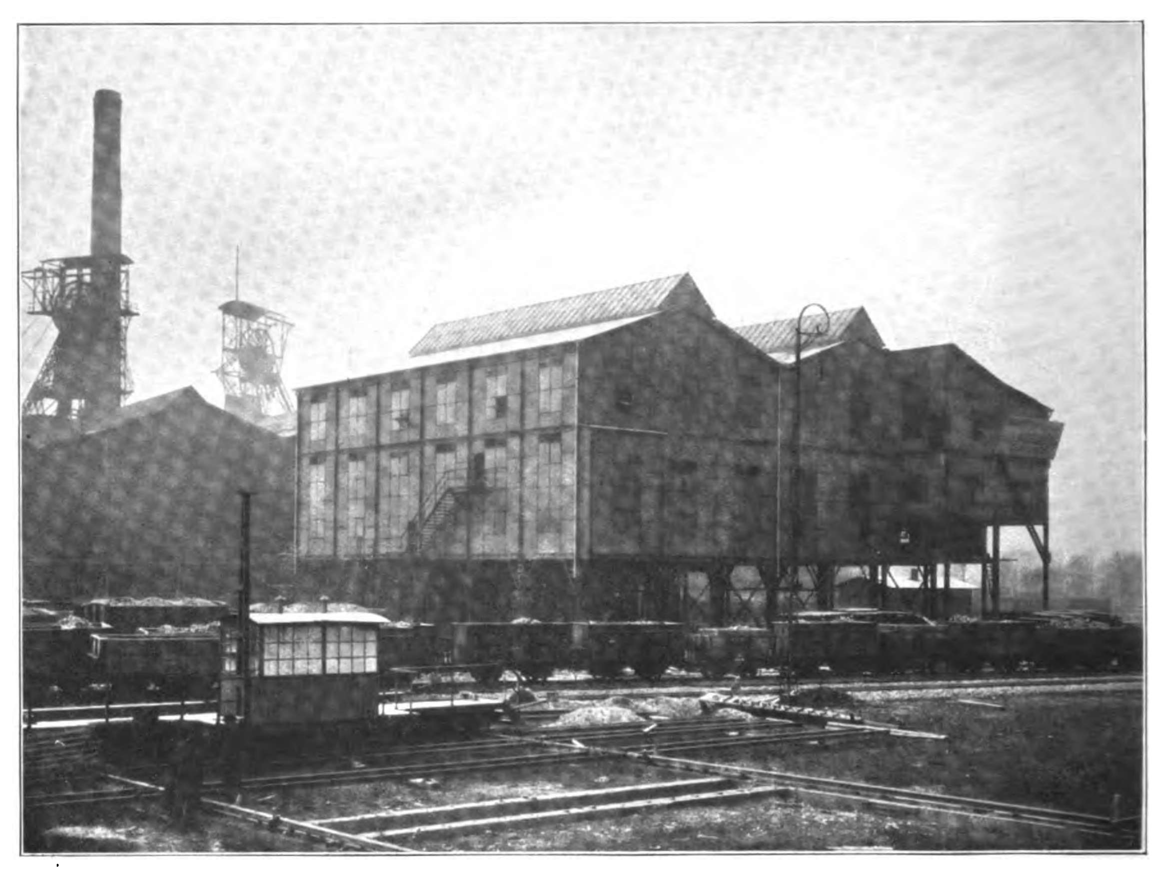


Bild 1 Separation und Schiebebühne Ludwigsglückgrube b. Borsigwerk

In einer weiteren Spezialabteilung baut man alle Maschinen und Apparate für die Gewinnung und Veredelung der Koksprodukte. Wir führen hier nur an Koksausdrückmaschinen mit Planiervorrichtung, kombinierte Stampfeinsetz- und Ausdrückmaschinen, Koksofenfüllwagen, Koksverlademaschinen, Kokssieb- und Transportanlagen, Kokskohlenstampfmaschinen.

Auch alle Arten Eisenkonstruktionen wie Brücken, Hallen, Dächer, Gerüste, Maste, werden von der Oberschlesischen Bamag-Meguin ausgeführt. Die im Osten Deutschlands belegenen Reichsbahndirektionen beziehen dauernd große und kleine Eisenbahnbauten von der Oberschlesischen Bamag-Meguin. Auch sonstige große Bauten mit 1000 t Gewicht und mehr werden ebenfalls geliefert. (Bild 2.) Für den Behälterbau ist die Oberschlesische Bamag-Meguin A.-G. bestens eingerichtet. Es können auch hier alle Typen und Größen wie Öl-, Teer-, Gas- und Wasserbehälter, Hochbehälter mit Standgerüst, Kowper, Windleitungen und dergleichen autogen geschweißt, gas- und wasserdicht genietet, ausgeführt werden.

Weitere Spezialgebiete liegen im Bau von Hebezeugen, Kranen, Drehscheiben und Schiebebühnen, die die Firma auf Grund neuester Erfahrungen und eigener Konstruktionen bis zu den größten Dimensionen für die Industrie ebenso wie für die Reichsbahnen liefert. (Bild 3.)

Auch die Hauptproduktion ihrer Vorgängerin, die Herstellung von Förderwagen, hat die Oberschlesische Bamag-Meguin mit übernommen. Ihre gute Beschäftigung in dieser Abteilung beweist, daß sie auch hierin leistungsfähig und wohl führend für Oberschlesien ist.

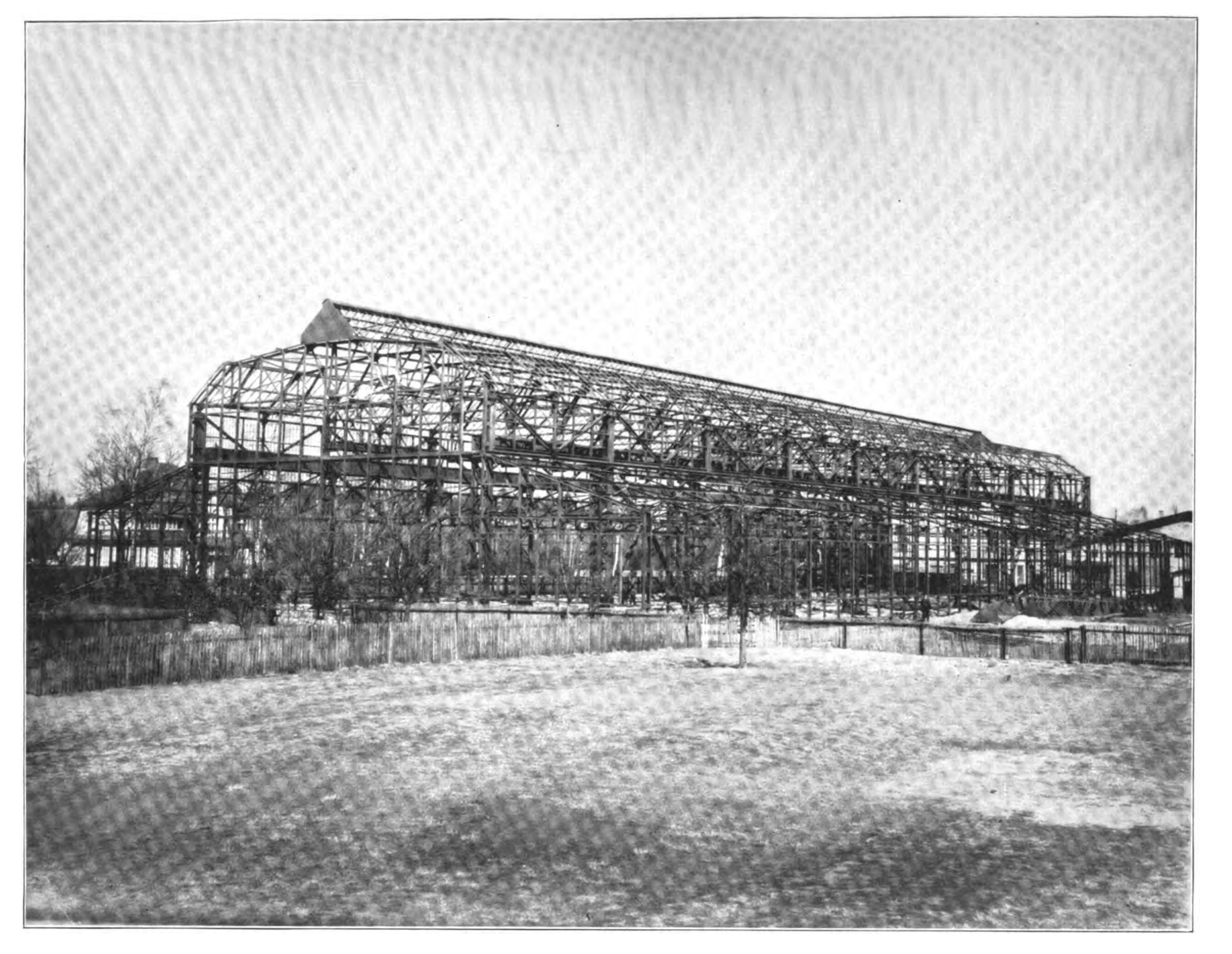


Bild 2 Montagehalle II — Zawadzki

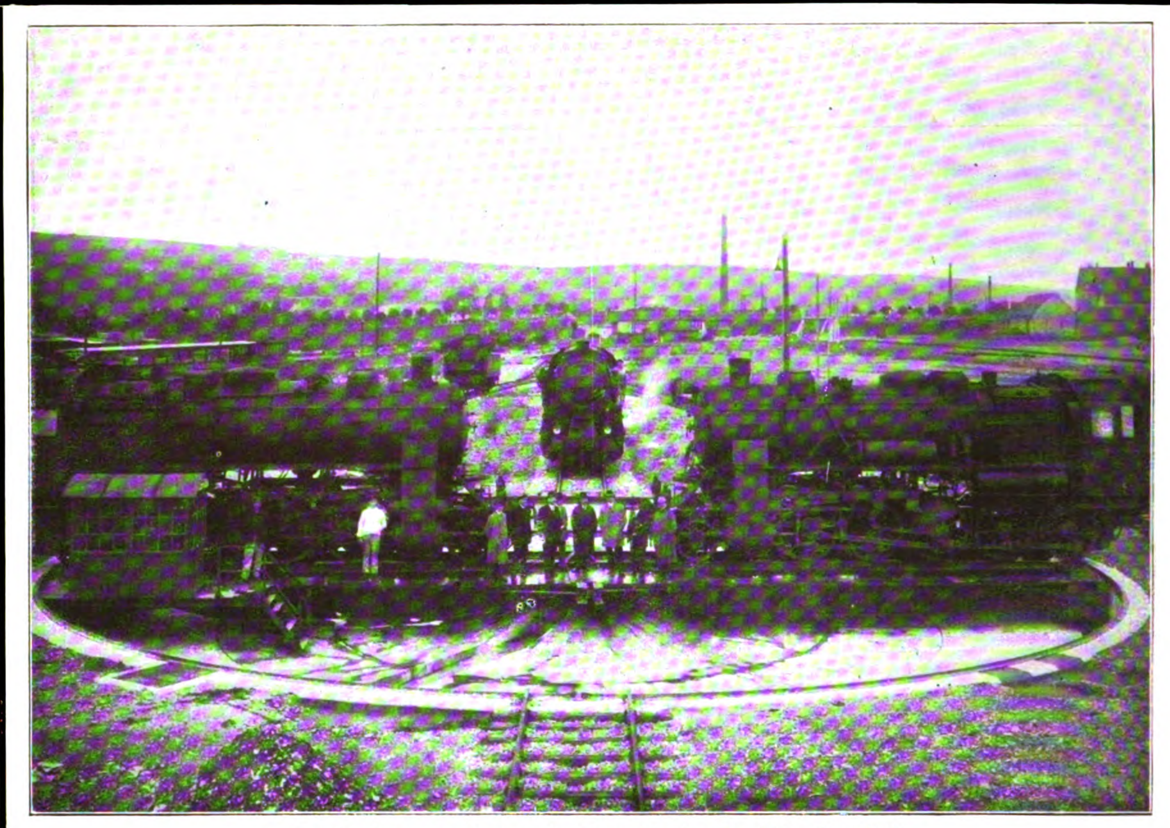


Bild 3 Lokomotiv-Drehscheibe, 23 m Durchmesser, 240 t Tragkraft

Die Anfertigung von gelochten Blechen als Ausgangsfabrikation der alten Firma Meguin hat man natürlich beibehalten. Neue moderne Perforiermaschinen, erstklassige Werkzeuge, 35jährige Erfahrungen, große Blechlager geben die Möglichkeit, allen Sonderwünschen der Verbraucher Rechnung zu tragen.

Wir haben hier nur die hauptsächlichsten Erzeugnisse der Oberschlesischen Bamag-Meguin angeführt. Da erste Spezialingenieure und gute Spezialarbeiter dem Werke zur Verfügung stehen, wird man auch etwaigen besonderen Wünschen sicherlich gern Rechnung tragen.

Auch in sozialer Hinsicht schafft die Firma an dauernden Verbesserungen. Neue Wohnhäuser sowohl für Angestellte als auch für Arbeiter sind in Gleiwitz und im Nachbarort Mathesdorf errichtet worden. Außerdem ist in unmittelbarer Nähe des Werkes ein Schlafhaus aufgestellt worden, das ledigen Arbeitern die Möglichkeit gibt, billig und gut zu wohnen. Für unverheiratete Angestellte ist in einem neuerbauten Hause ein Heim eingerichtet worden, das sowohl Unterkunft als auch Verpflegung gewährt.

Weitere Verbesserungen und Wohlfahrtseinrichtungen sind geplant und sollen den Werksangehörigen zugeführt werden.

Im Laufe des Jahres 1924 kam durch die Fusion der Meguin A.-G., Butzbach, mit der Bamag, Berlin der Konzern

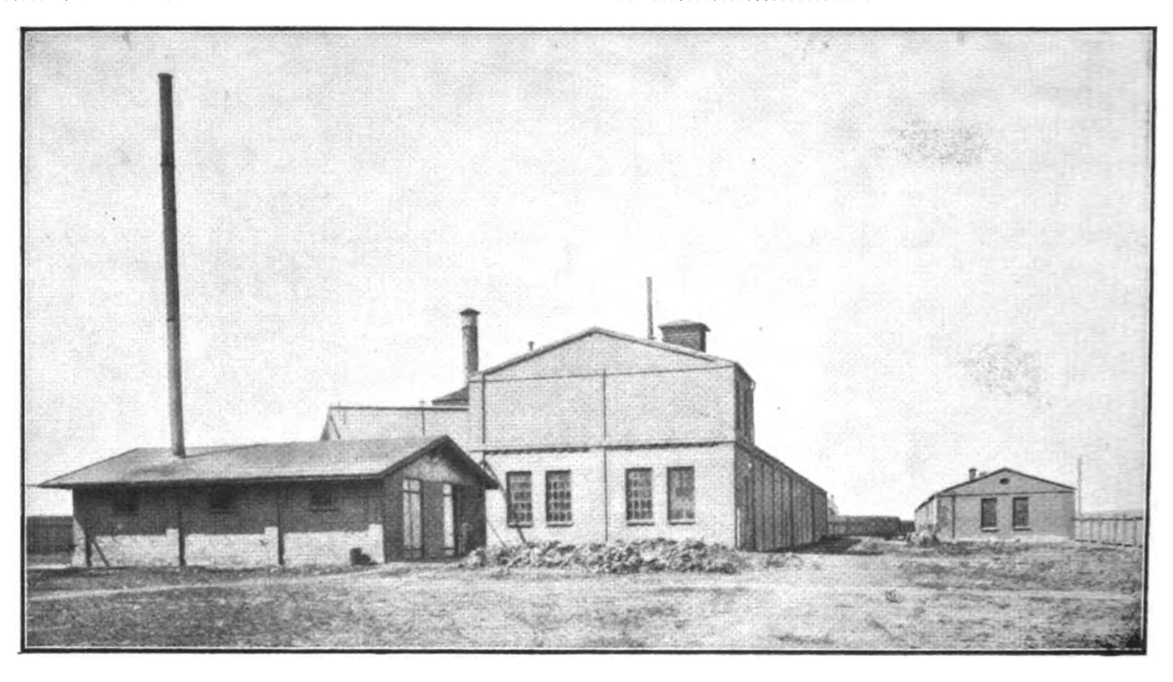
BAMAG-MEGUIN

zustande, der weiter bewirkte, daß der Name der hiesigen Firma Anfang des Jahres 1925 in

OBERSCHLESISCHE BAMAG-MEGUIN A.-G.

umgeändert wurde.


Schlesisches Draht- und Kabelwerk
Die Elektrizitäts-Industrie, die schon vor dem Kriege eine wichtige, von Jahr zu Jahr steigende Rolle im Wirtschaftsleben einnahm, erfuhr durch den Weltkrieg und dessen Folgen eine ganz außerordentliche Steigerung, die auch der für Deutschland ungünstige Ausgang des Krieges nicht unterbrach. Im Gegenteil war es gerade der Deutschland aufgezwungene Friedensvertrag, der mehr noch wie vor dem Kriege zur möglichst restlosen Ausnutzung und Verwendung elektrischer Energie zwang. Ein besonders wichtiger Zweig in der Elektrizitäts-Industrie ist die Herstellung und Fabrikation isolierter Leitungen für Kraft, Licht und andere Zwecke. Im Gegensatz zum Ruhr- und Rheingebiet, wo schon Jahrzehnte vor dem Kriege eine größere Anzahl bedeutender Werke für die Herstellung von isolierten Drähten und Kabeln entstanden war, blieb der oberschlesische Industrie-Bezirk und überhaupt das ganze östliche Deutschland ohne eigene Kabelfabriken und auf Bezug von Leitungsmaterial aus Mittel- und Westdeutschland angewiesen. Dieser Umstand und der außerordentliche Mangel in Leitungsmaterial aller Art nach Friedensschluß, veranlaßte Interessenten, Anfang 1920 in Oberschlesien, auf dem Gelände des ehemaligen Flugplatzes, unter der
Fa. Schlesisches Draht- und Kabelwerk, Porombka & Co., in Gleiwitz
eine Fabrik zur Herstellung von isolierten Drähten und Kabeln zu errichten. Das Werk wurde mit wertvollen Spezialmaschinen modernster Konstruktion ausgestattet und ist in der Lage, folgende Erzeugnisse herzustellen:
Gummiisolierte Leitungen N. G. A.
für Installationszwecke in den Querschnitten 1 bis 150 qmm
Gummiaderschnüre, Fassungsadern, Pendellitze
mit Baumwolle, Glanzgarn und Kunstseide beflochten
Gummischlauch- und Handlampenleitungen
für Heiz- und Kochapparate, Beleuchtungszwecke usw.
Rohrdrähte (Kuhlo-Leitungen)
Gummiisolierte Drähte mit Schutzmantel aus verbleitem Eisen-, Zink- oder Messingblech
Wetterfest und säurebeständig isolierte Freileitungen,
sogenannte Hackethal-Leitungen, in verschiedener Konstruktion und Ausführung
Glei 31



Wachs-, Asphalt- und gummiisolierte Schwachstromdrähte

für Telefon- und Klingel-Anlagen usw.

Dynamodrähte für Elektromotoren und Apparate

in den Dimensionen von 0,5 bis 6 mm rund und bis 20,0 mm flach mit einfacher und doppelter Baumwoll-Umspinnung oder Beflechtung.

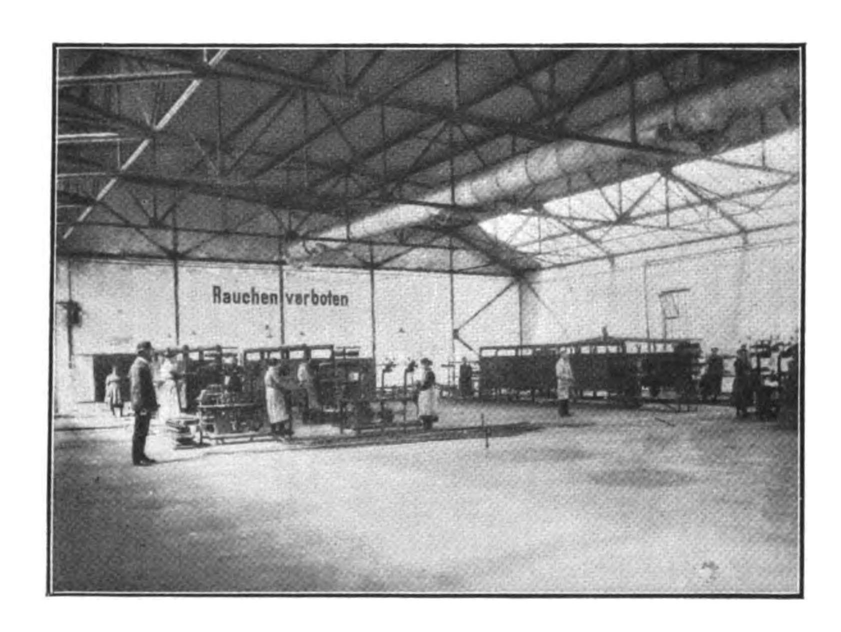
Emaille-Drähte (Lack-Drähte)

für Telefonspulen und Kleinmotoren in den Dimensionen von 0,10 – 1,5 mm.

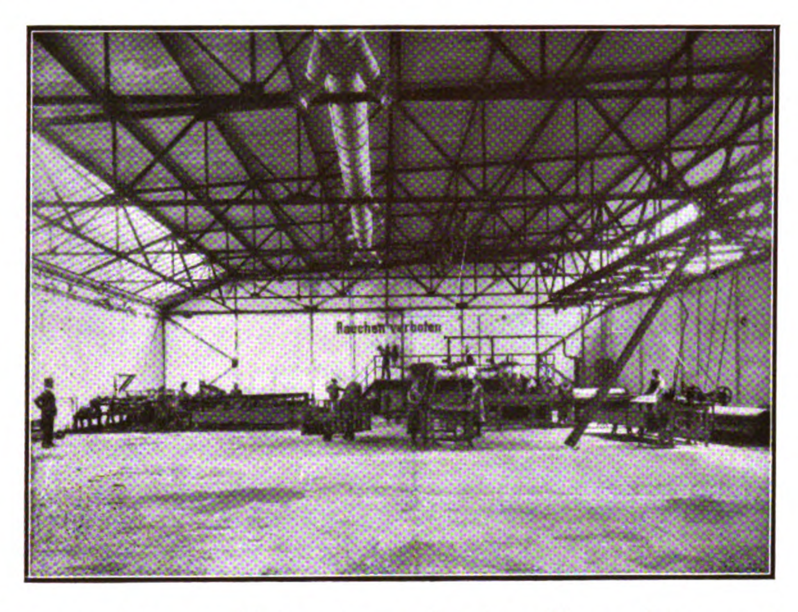
Für die Beheizung der Emaillieröfen ist eine eigene Generatoren-Gasanlage mit einer Stundenleistung von rund 500 cbm Generatorengas errichtet worden.

Verbleite Isolierrohre 9,0 bis 36 mm ∅

für Verlegung von Installationsleitungen.



Die von dem Werk hergestellten isolierten Leitungen sind von bester Beschaffenheit und jedem Konkurrenzfabrikat ebenbürtig. Die Prüfstelle des Vereins deutscher Elektrotechniker in Berlin, die für die Herstellung von isolierten Leitungen bestimmte Normen und Leitsätze aufgestellt hat u. das hergestellte Leitungsmaterial einer regelmäßigen Kontrolle unterzieht, hat nach Prüfung und Gutbefund der vom Schlesischen Draht- und Kabelwerk Gleiwitz hergestellten Leitungen diesem bereits im Jahre 1923 die Berechtigung zur Führung der vorgeschriebenen beiden Kennfäden zuerkannt. Der vom Schlesischen Draht- und Kabelwerk geführte Fabrikkennfaden ist ein grün-weiß gezwirnter Baumwollfaden, der neben dem Normalfaden nach den Vorschriften des V. d. E. in der Leitung angebracht wird.



Unter den besonders unglückseligen politischen Verhältnissen in Oberschlesien, der Inflationsperiode und der ganzen Zwangswirtschaft hat das Werk, das nur hochwertige Rohstoffe, wie Kupfer, Gummi, Baumwolle, Seide, verarbeitet, die ausschließlich aus dem Auslande eingeführt werden müssen, besonders zu leiden gehabt, und der Betrieb konnte nur mit starken Einschränkungen geführt werden. Die inzwischen erfolgte Stabilisierung der deutschen Währung, der Abbau der die Bautätigkeit hemmenden Zwangswirtschaft und die sichtbar erfolgte Besserung im deutschen Wirtschaftsleben lassen erwarten, daß das Werk bald zur vollen Ausnutzung der vorhandenen Fabrikationseinrichtungen gelangen wird.



Oberschlesien ist jedenfalls um einen neuartigen, zukunftsreichen Industriezweig bereichert.

KOHLENHOF GLEIWITZ ERNST REICHELT



Die Kohlengroßhandlung

Kohlenhof Gleiwitz

Ernst Reichelt

Bürohaus Kohlenhof Ecke Oberwall- und Schröterstraße zu Gleiwitz

ist im März 1919 begründet worden. Sie ist größter Abnehmer der Steinkohlengruben des früheren Bergfiskus in Oberschlesien, der an dem Konzern auch beteiligt ist.

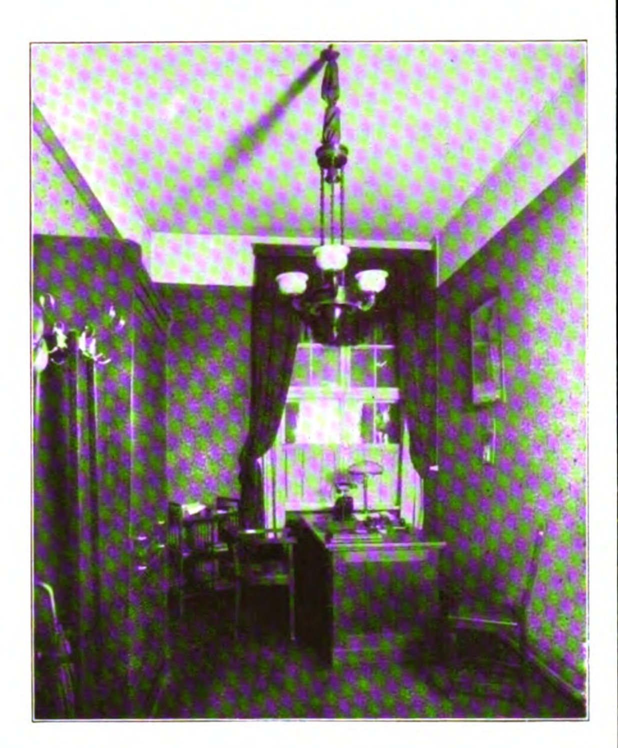
Die Firma unterhält neben einem recht regen, über das ganze Reich ausgedehnten Inlandsabsatz



Kohlenhof-Konferenzzimmer

auch umfangreiche Geschäftsbeziehungen in Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Rumänien und Serbien, führt u. a. auch Lieferungen nach der Schweiz und Italien aus und besitzt im übrigen sowohl im In- als auch im Ausland zahlreiche Vertretungen.

Das Geschäftshaus, im Jahre 1923/1924 errichtet und im August 1924 seiner Bestimmung übergeben, enthält im Erdgeschoß neben den Geschäftsräumen für den Kohlenvertrieb die Büroräume der angegliederten Firmen Stahl u. Eisen G. m. b. H., und Georg Reime & Co.





KOHLENHOF GLEIWITZ ERNST REICHELT







*

Die Firma Stahl u. Eisen G. m. b. H., die eine Zweigniederlassung in Breslau, Neue Taschenstraße 17, besitzt, führt sämtliche Artikel für Bergbau und Hüttenbedarf und ist Vertreterin namhafter Werke, wie z. B. der Gutehoffnungshütte, Oberhausen, samt ihren Konzernen (Sterkrade, Haniel & Lueg usw.), Berlin-Karlsruher Industrie-Werke (vorm. Waffen- und Munitionsfabriken), Berlin-Borsigwalde, Richard Weber & Co. Werkzeuge, Berlin, Wotanwerke Leipzig, u. a. m. Georg Reime & Co. Wärme- und Kälteschutz, eine Zweigniederlassung des Breslauer Stammhauses mit seinen Werken Leuben b. Dresden und Maltsch a. d. O., liefert sämtliche Isoliermaterialien für die Ausführung von Isolierungsarbeiten an Warm- und Kaltobjekten, führt diese Arbeiten auch selbst aus.

Das erste und zweite Stockwerk weist neben Kommissionszimmern geräumige Wohnungen für die Beamten genannter Firmen auf.

*

KOHLENHOF GLEIWITZ ERNST REICHELT



Die Kohlengroßhandlung Kohlenhof unterhält in Gleiwitz eine am Kanal belegene, an die oberschlesische Schmalspurbahn angeschlossene Kohlenniederlage, von der aus gemeinnützige Vereine, ferner die in und in der Nähe von Gleiwitz befindliche Industrie sowie Landwirtschaft, endlich auch der Kleinhandel preiswert mit Kohlen versorgt werden. Seit Jahren liegt der Niederlage die Versorgung eines großen Teiles der Arbeiter der oberschlesischen Großindustrie in Deputatkohlen ob. Es ist dies eine Einrichtung, die auch im volkswirtschaftlichen Interesse zu begrüßen ist. Der Umsatz beträgt mehrere tausend Tonnen im Monat.

Die in Zawadzki O/S. befindliche weitere Niederlage ist lediglich zur Abgabe von Deputatkohlen für Beamte und Arbeiter des Hüttenwerkes Zawadzki bestimmt.



Umspannwerk Gleiwitz

Die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke

Dezember 1922 konnten die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke auf 25 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Ihre Gründung fällt also in die Zeit der Entstehung der Elektrizitätswerke überhaupt. Sie haben sich aus kleinsten Anfängen zu modernen Großkraftwerken entwickelt.

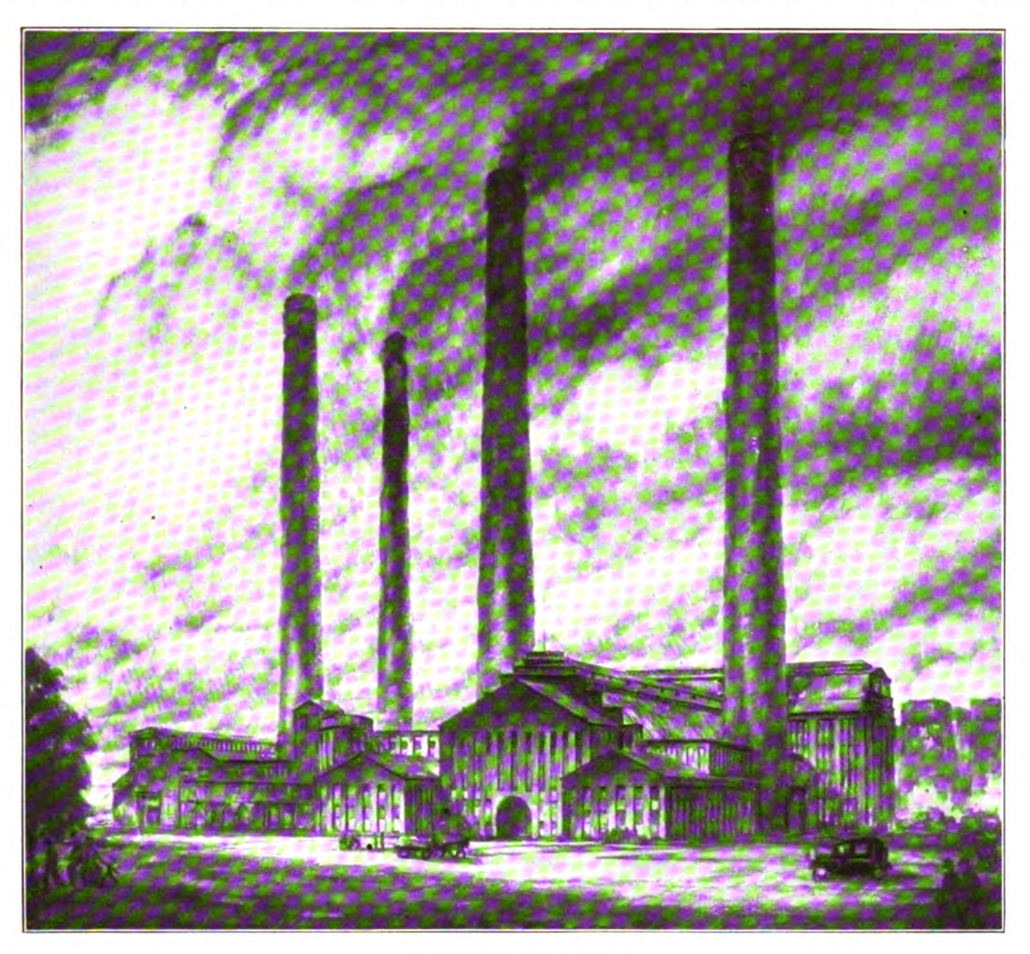
Als man erst einmal erkannt hatte, daß der elektrische Strom in einem großen Werke wesentlich wirtschaftlicher erzeugt werden kann als in kleinen Einzelanlagen, mußte auch der oberschlesische Industriebezirk für ein derartiges Unternehmen die besten Aussichten bieten. Seine Industrie, seine Bevölkerungsdichte, die Anhäufung von zahlreichen Städten und Ortschaften auf engem Raum boten Gewähr für eine starke Stromentnahme. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin übernahm es, zwei Elektrizitätswerke zu errichten, für den östlichen Teil das Werk Chorzow, für den Westen die Zentrale Zaborze. Vom Dezember 1897 bezw. Mai 1898 an konnte von den Zentralen Zaborze bezw. Chorzow die regelmäßige Stromlieferung mit je 3 Dampfdynamos von 280 KW erfolgen. Als Sitz für die Verwaltung der Werke wurde die Stadt Gleiwitz ausersehen, die durch ihre zentrale Lage und als Mittelpunkt der Industrie den Verkehr mit den Abnehmern erleichtern mußte.

Mit dem 1. Dezember 1900 nahm die Schlesische Elektrizitäts- und Gas-Aktien-Gesellschaft in Breslau die Werke in eigenen Betrieb. Die Maschinenleistung hatte sich bereits auf 2 440 KW in Zaborze und 3 240 KW in Chorzow vergrößert. Es war zwar das Ziel des Unternehmens, die Industrie im weitest gehenden Maße als Abnehmer zu gewinnen, doch mußte die Gesellschaft sich zunächst darauf beschränken, ihre Hauptabnehmer in den Verbraucherkreisen zu werben, die den elektrischen Strom für Beleuchtungszwecke beanspruchten. Die einzelnen Gemeinden schlossen sich in



rascher Folge dem Leitungsnetz an. Verträge mit den Eisenbahnverwaltungen führten zur Stromlieferung für die Beleuchtungsanlagen der einzelnen Bahnhöfe. Die Oberschlesischen Kleinbahnen erkannten gleichfalls ihren Vorteil und stellten ihre Straßenbahnen vom Dampfbetrieb auf elektrischen Antrieb um.

Bei der Industrie aber setzte eine rege Werbetätigkeit ein. Sie fand ihre beste Unterstützung in dem Stromtarif der Oberschlesischen Elektricitäts-Werke, der als O. E. W.-Tarif in Fachkreisen gut bekannt ist. Mit diesem Tarif, der anfangs stark angefeindet wurde und nachher allenthalben Anerkennung fand, gelang die Lösung der Aufgabe, die einzelnen Faktoren, welche die Stromkosten bestimmen und bei den einzelnen Abnehmern so verschieden sind, in gerechter Weise zu erfassen.



Elektrizitätswerk Zaborze

Bald wurde jede neue Industrieanlage mit elektrischem Antrieb ausgerüstet, und nach und nach wurden auch viele alte Betriebe für die neue Energiequelle gewonnen. Bereits 1906 überstieg die Stromentnahme für motorische Zwecke diejenige für Beleuchtung. Die Stromabgabe war inzwischen gegenüber dem Jahre 1898 auf den dreißigfachen Wert gestiegen. Dementsprechend mußten Jahr für Jahr neue Einheiten in den Zentralen aufgestellt werden, so daß bei Kriegsausbruch 1914 die Maschinenleistung in Zaborze 20 200 KW, in Chorzow 52 600 KW betrug. Die jährliche Stromabgabe beider Werke belief sich auf 153 000 000 KWh.

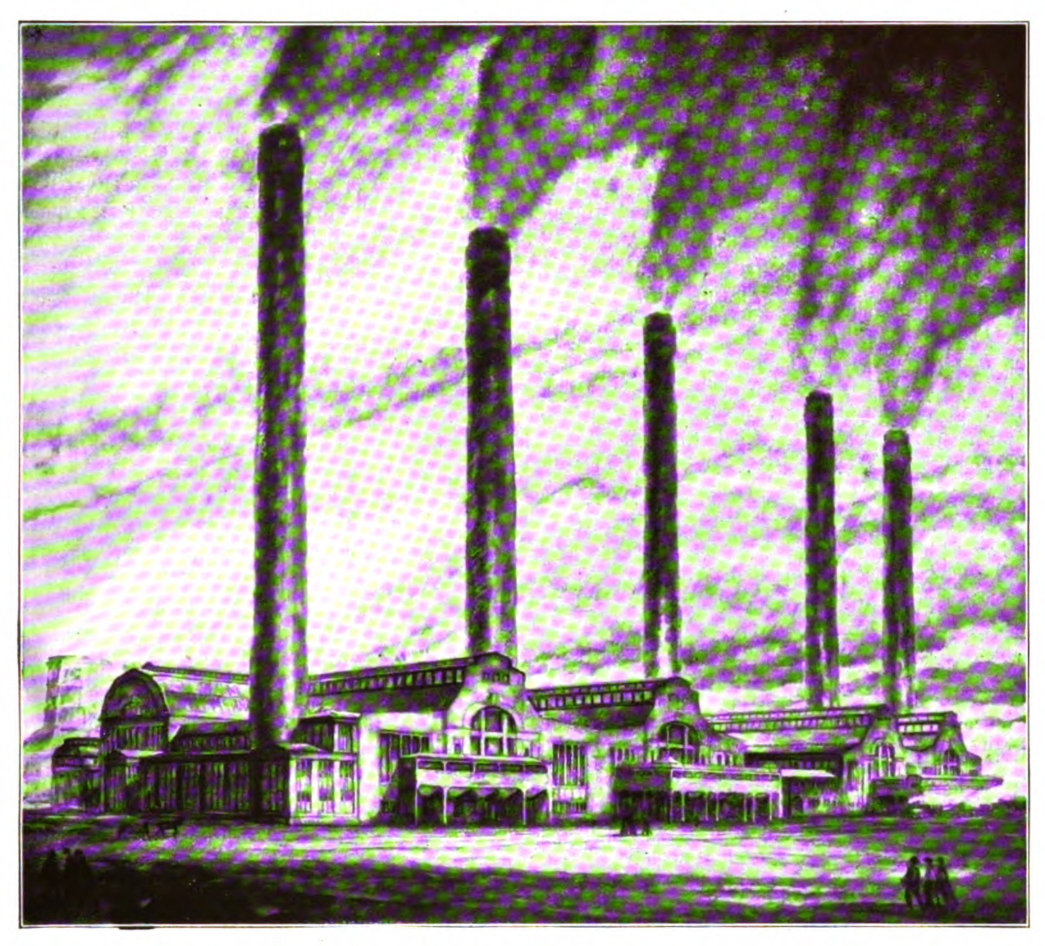
Während des Krieges zeigte es sich, welcher wichtige Faktor die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke im oberschlesischen Industrieleben bereits geworden waren. Die durch Kriegslieferungen bedingte äußerste Anspannung der Industriewerke machte Erweiterungen der E. W.-Zentralen in größtem Ausmaße notwendig, die unter den schwierigsten Verhältnissen durchgeführt werden mußten. Damals entstanden in Chorzow die Kalkstickstoffwerke, deren Stromentnahme sich bis zu

Elektrizitätswerk Zaborze. Moderne Kesselanlage



170 000 000 KWh im Jahr steigerte. Infolge des unglücklichen Kriegsausganges fiel das Werk Chorzow ins polnische Gebiet.

Nach dem Kriege stand die Gesellschaft vor neuen Aufgaben. Bereits im Jahre 1913 war das Projekt aufgetaucht, die landwirtschaftlichen Gebiete des Kreises Tost-Gleiwitz als Absatzgebiet für den elektrischen Strom zu erschließen. Die Arbeiten waren in vollem Gange, als sie mit Ausbruch des Weltkrieges eingestellt werden mußten. Erst 1922 konnte an ihre Weiterführung gedacht werden; sie gehen nunmehr ihrer Vollendung entgegen. Ein im Ring geschlossenes Freileitungsnetz für 20 000 Volt Spannung dient als Speiseleitung, Unterstationen transformieren den Strom auf die Gebrauchsspannung von 380 bezw. 220 Volt. Bei diesem Projekt gab sich die Gesellschaft



Elektrizitätswerk Chorzow

keinerlei Täuschung hin. Die Anlage konnte zunächst keinen Gewinn bringen, es mußten im Gegenteil erhebliche Verluste in Kauf genommen werden. Die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke brachten die Opfer und übernahmen die Ausführung im Hinblick auf die große wirtschaftliche Bedeutung der anzuschließenden Gebiete.

Damit hatte sich die Gesellschaft dem Gebiet der Energieübertragung mittels Freileitungen und hochgespannter Ströme zugewandt, das für die heutigen Elektrizitätswerke von so großer Bedeutung ist. Im Jahre 1923 wurde eine 40 000 Volt-Freileitung in Betrieb genommen, die von Chorzow nach Hillebrandschacht auf eine Länge von 9 km verlegt ist. Zwei große Umspannwerke in diesen Orten mit Transformatoreneinheiten von 15 000 und 3 000 KVA entstanden. Die Anlage wird noch weiter ausgebaut. Auch das deutsche Werk entwickelt sich in dieser Richtung. Ein großes, geräumiges Umspannwerk vermittelt mit einer 42 km langen 60 000 Volt-Freileitung, die vorläufig bis zum Industrieort Zawadzki im Kreise Groß-Strehlitz reicht, den Anschluß an das Über-

landwerk Oberschlesien in Neiße. Um dem steigenden Strombezug aus dem Gebiet der Stadt Gleiwitz, der mit den vorhandenen 6000 Volt-Kabeln nur schwer hätte bewältigt werden können, gerecht zu werden, und um gleichzeitig eine weitere Sicherheit für die Stromlieferung an die zwischen Zaborze und Gleiwitz liegenden Abnehmer zu schaffen, ist in Gleiwitz ein Umspannhaus im Bau begriffen, das von Zaborze aus mit zwei 60 000 Volt-Leitungen gespeist werden soll. Der architektonischen Gestaltung dieses Werkes wurde besondere Sorgfalt gewidmet, so daß die Stadt Gleiwitz dadurch eine schöne Bereicherung erfahren wird. Das Bild zeigt die Gesamtansicht der Anlage. Von diesem Werke wird gleichzeitig eine 60 000 Volt-Freileitung nach der 43 km entfernten Stadt Cosel gezogen. Weitere 20 000 Volt-Leitungen werden in Kürze herausgeführt werden. Anfang 1925 kann das Umspannwerk seiner Bestimmung übergeben werden.

Dem Beschauer bieten die Werke, deren Entwicklung noch in keiner Weise abgeschlossen ist, heute das folgende Bild:

Die Zentrale Zaborze wurde in letzter Zeit stark ausgebaut. Die kleinen Maschinen sind entfernt, die alten engen Kesselhäuser niedergerissen. In einem langgestreckten Maschinenhaus sind 7 Dampfturbinen mit einer Gesamtleistung von 47 600 KW aufgestellt, deren größte 16 000 KW leistet. Den Dampf erzeugen 20 Kessel, von denen 8 in einem neu errichteten geräumigen Kesselhause mit einem gewaltigen Kohlenbunker aus Eisenbeton Platz fanden. Das Bild zeigt diese neue, moderne Kesselanlage. Vier Schornsteine, einer davon mit 100 m Höhe und 6 m lichtem Durchmesser an der Krone, bilden das weithin sichtbare Wahrzeichen des Werkes. Die Schaltanlage ist gleichfalls neu nach modernen Gesichtspunkten ausgebaut. Die Stromerzeugung des Werkes betrug im Jahre 1922 104 000 000 KWh.

Das Werk Chorzow besitzt heute einen Maschinenpark von 81 000 KW Leistung in 11 Aggregaten. Die größte Dampfturbine leistet 18 000 KW. In 4 Kesselhäusern, ähnlich der Kesselanlage in Zaborze, die oben wiedergegeben ist, erzeugen 36 Hochleistungskessel den erforderlichen Dampf. Eine geräumige Schaltanlage, Büro- und Lagergebäude vervollständigen das Bild. Im Jahre 1922 wurden 280 000 000 KWh erzeugt.

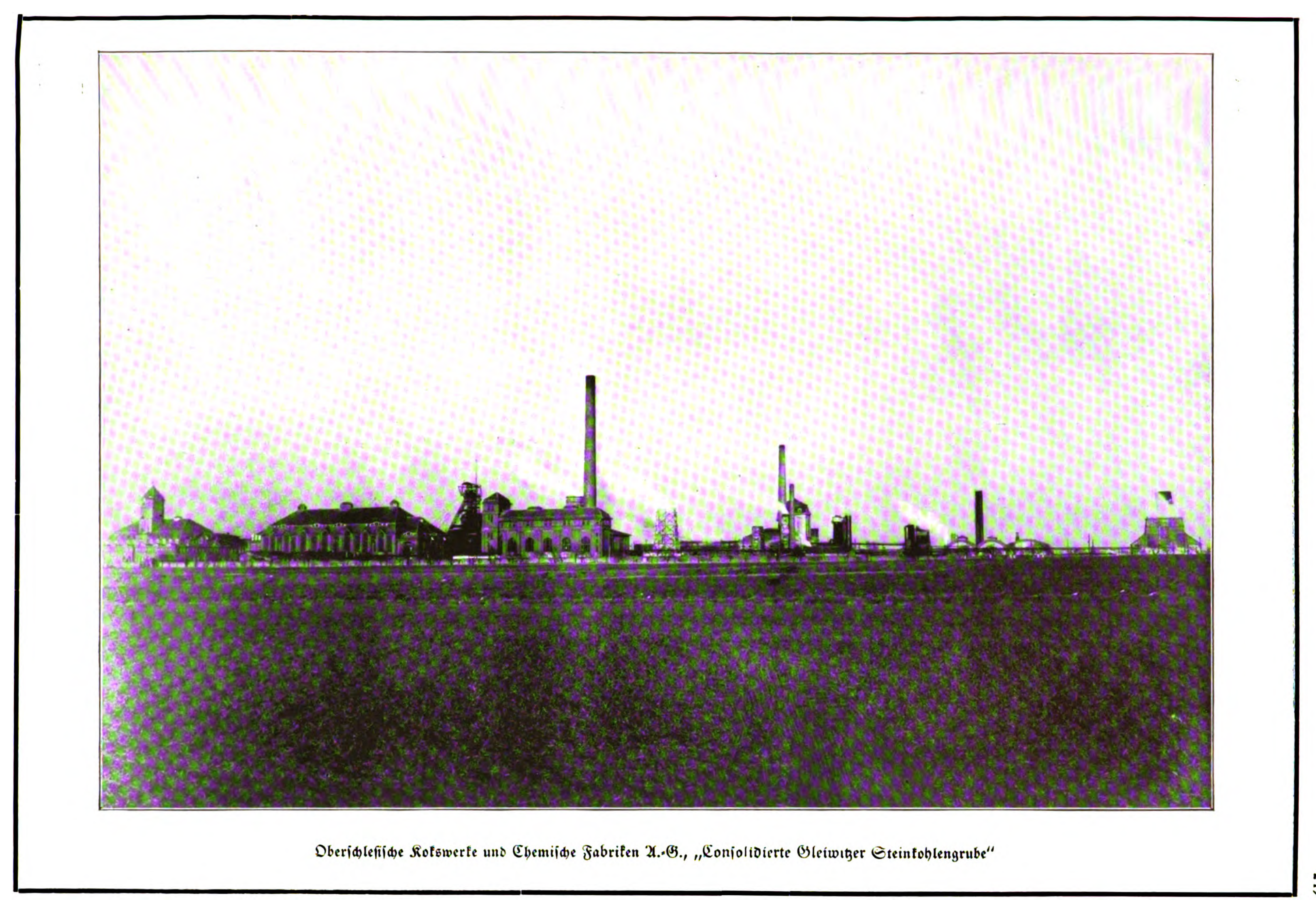
Charakteristisch für die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke sind die riesigen Rückkühlanlagen, eine Erscheinung, die durch den großen Wassermangel in Oberschlesien bedingt ist. In langen Reihen sind Kühltürme und Gradierwerke aufgestellt und bedecken einen großen Teil der Grundstücke der Zentralen.

Der Brennstoff wird den Werken mit Haupt- und Schmalspurbahn von einer großen Anzahl von Kohlengruben zugeführt. Die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, der Verwendung der Staubkohle bis zur feinsten Körnung, die sie ausschließlich verfeuern, die Wege geebnet zu haben. Vor 25 Jahren galt dieser Brennstoff in Oberschlesien als lästiges Abfallprodukt.

Nach der Statistik des Jahres 1922 liefern die Werke ihren Strom an 58 850 Abnehmer. Davon werden etwa 50 000 nach einem Pauschaltarif abgerechnet, der Rest nach Zählertarif. An die elektrochemische Industrie wurden abgegeben 131 000 000 KWh, an die übrigen Industriewerke 182 000 000 KWh, an die Straßenbahnen 7 000 000 KWh, für Beleuchtung und Kleingewerbe 33 000 000 KWh.

Im Jahre 1924 betrug die Stromabgabe im Werke Zaborze 106 000 000 KWh. Die Zentrale Chorzow gab in diesem Jahre 181 000 000 KWh ab. Der Rückgang in diesem Werke erklärt sich daraus, daß die Stickstoffwerke in Chorzow infolge Absatzschwierigkeiten gegenüber dem Jahre 1922 107 000 000 KWh weniger abnahmen. Bringt man diese Minderlieferung in Abzug, so ergibt sich eine Steigerung der Stromabgabe um 8 000 000 KWh, trotz der langen Streikzeit und des geringen Beschäftigungsgrades in der Industrie. Diese Mehrlieferung ist eine Folge der getätigten Neuanschlüsse.

Die Oberschlesischen Elektricitäts-Werke sind heute eines der wichtigsten industriellen Unternehmungen Oberschlesiens.



Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G., „Consolidierte Gleiwitzer Steinkohlengrube"

S. Chrzanowski

Gleiwitz

Im Jahre 1918 gegründet, begann die Firma unter den sattsam bekannten, unerfreulichen Maßnahmen der besonders in der Kohlenversorgung sehr strengen Zwangswirtschaft den Handel mit Brennstoffen, hauptsächlich oberschlesischer Herkunft. Neben der Versorgung mehrerer großer mitteldeutscher Industrie-Unternehmungen bemühte sich die Firma hauptsächlich um die Kundschaft von Kommunen, Kleinhandel und landwirtschaftlichen Verbrauchern und hier wieder auf Grund alter, kommerzieller Beziehungen hauptsächlich in Ost- und Westpreußen, welche Gebiete unter der Brennstoffnot am meisten litten.

Die immer größer werdende Ausdehnung des Geschäftes in den Ostprovinzen führte zu der Notwendigkeit, dort zur besseren Abwicklung Zweigniederlassungen zu errichten und ihnen aus Zweckmäßigkeitsgründen Platzgeschäfte anzugliedern. So entstand im Jahre 1920 die Zweigniederlassung Marienwerder, der in den folgenden Jahren 1920—1923 die Errichtung der Filialen Marienburg, Königsberg i. Pr., Allenstein, Landsberg a. d. Warthe folgte. Zur Wahrnehmung der Interessen auch in dem für den oberschlesischen Absatz an Bedeutung immer mehr zunehmenden nördlichen Küstengebiet wurde eine Vertretung in Hamburg geschaffen, während zum Zwecke der intensiveren Bearbeitung der Mark Brandenburg und besseren, schnelleren Fühlungnahme mit den Berliner Zentralbehörden auch dort ein Filialbüro errichtet wurde.





Schließlich wurde gegen Mitte des Jahres, um am süddeutschen Markt Fühlung zu erhalten, unter der Firma „Bayrischer Kohlenhandel G. m. b. H." in München eine Zweigniederlassung errichtet. Die Firma erfuhr durch die Behörden der Stadt Gleiwitz jederzeit jede gewünschte Unterstützung und Förderung, in der richtigen Einsicht, daß Blüte und Wohlstand der Stadt mit der des in ihr wohnenden Handels unlöslich verbunden sind.



Kuczora & Acker, Gleiwitz

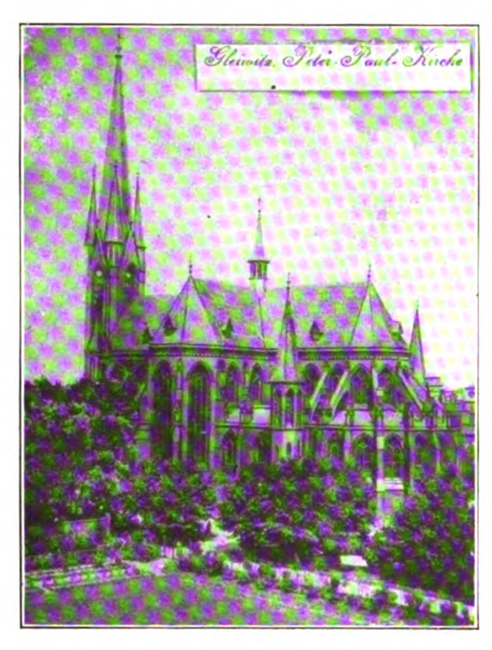
vorm. G. Kuczora

Telefon Nr. 555 **Wohnungs- und Industriebau** Nieberdingstraße 1

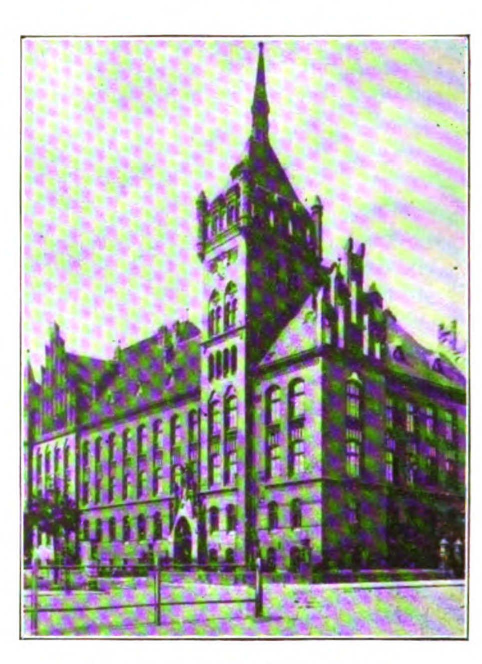
Inh.: Architekt Dipl.-Ing. G. Kuczora, Dipl.-Ing. Acker

*

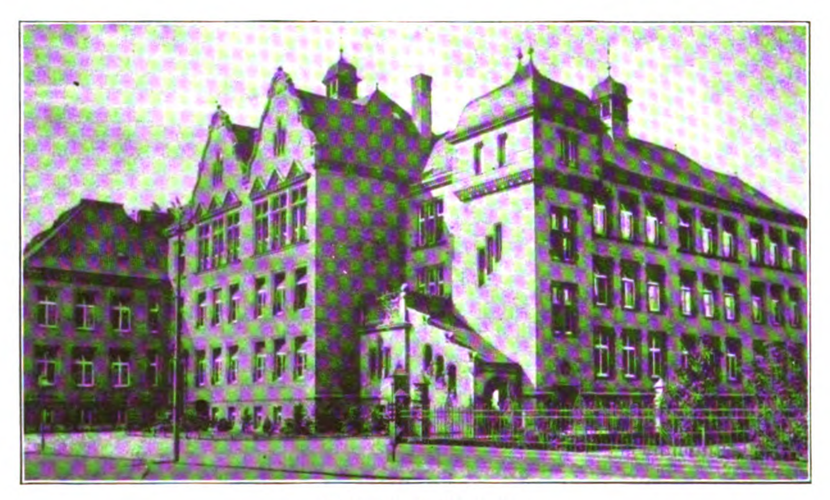
Im Jahre 1890 wurde die Fa. G. Kuczora vom Baumeister Georg Kuczora hierselbst in seiner Vaterstadt Gleiwitz gegründet. Der unermüdliche Fleiß, das alles umfassende Wissen und Können des Gründers, die anerkannte gute Ausführung der Bauten und Projekte durch sein Unternehmen, welches hierselbst das älteste ist, haben diesem zu einem schnellen Aufblühen verholfen und es zu einem der namhaftesten Baufirmen von Gleiwitz und Umgegend gemacht. Die Aufnahmen, welche diesen Zeilen beigefügt sind, stellen nur eine verschwindend kleine Auswahl von Bauten dar, welche unter der Leitung des Gründers nach eigenen und zum Teil auch fremden Entwürfen ausgeführt wurden. Vornehmlich legen die öffentlichen Bauwerke, die in großer Zahl vom Gründer ausgeführt wurden, Zeugnis von dem Vertrauen ab, das man in die Leistungsfähigkeit und das Können der Firma setzt.



Peter-Paul-Kirche



Maschinenbau- und Hüttenschule



Mittelschule Gleiwitz





Villa in der Friedrichstraße

Von den öffentlichen Bauwerken seien erwähnt: die katholische Peter-Paul-Kirche, die Maschinenbau- und Hüttenschule, die Mittelschule, die Deutsche Bank, das Eisenbahndienstgebäude, sämtlich in Gleiwitz, die katholische Pfarrkirche zu Schönwald und viele andere Bauwerke im Stadt- und Industriebau.

Nachdem am 25. 2. 24 der Gründer der Firma mitten aus seinem arbeitsreichen Leben abgerufen wurde, wird dieselbe von seinem Sohn und Schwiegersohn, nämlich dem Architekten Dipl.-Ing. G. Kuczora und Dipl.-Ing. F. Acker, weitergeführt. Auch die jetzigen Inhaber betrachten es als ihre erste Pflicht, im Sinne des Gründers weiterzuwirken und die Firma nach den letzten, für die gesamte Bauwelt so schweren Jahren, zur vollsten Entfaltung zu bringen. So sind auch nach dem Ableben des Gründers neue Bauwerke entstanden, die für die Leistungsfähigkeit der Firma das beste Zeugnis ablegen. Ausgerüstet mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit, ist die Firma jeder Zeit in der Lage, sämtlichen Anforderungen, die an sie auf dem Gebiete des Wohnungs- und Industriebaues, des Eisenbetonbaues und auf dem Gebiete der Architektur gestellt werden, gerecht zu werden. Vornehmlich bietet das Unternehmen seine Dienste an für Entwürfe und Ausführungen jeglicher Hoch- und Siedelungsbauten, sowie für sämtliche in das Gebiet des Industriebaues fallenden Planungen und Ausführungen.



Das Eisenbahndienstgebäude in Gleiwitz



Schlesischer Bankverein



Dresdner Bank Filiale Gleiwitz

Als erste der D-Banken faßte die Dresdner Bank in Schlesien im Jahre 1910 Fuß durch Übernahme der Geschäfte der 1872 gegründeten Breslauer Wechsler-Bank, deren Niederlassung Gleiwitz als

Dresdner Bank Filiale Gleiwitz

weitergeführt wurde.

*

Da das obige, an verkehrsreichster Stätte gelegene alte Bankgebäude einen Ausbau nicht gestattete, wurde nebenstehender Neubau aufgeführt. Bestimmend für den Entschluß, in schwerster Zeit einen solchen in Angriff zu nehmen, war jedoch nicht zum mindesten der Gedanke, durch Schaffung neuzeitlicher Bank- und Büroräume die Entwicklung der Stadt Gleiwitz günstig zu beeinflussen, welche infolge der Abtretung Ost-Oberschlesiens Grenzstadt und ein Geschäfts- und Verkehrszentrum geworden ist.

Glei 43

Gleiwitzer Papier- und Pappenfabrik

J. Kleczewski

gegr. 1872

*



Fabrikbesitzer Max Kleczewski
jetziger Inhaber



Fabrikbesitzer Joseph Kleczewski
Ehrenbürger der Stadt Gleiwitz
gest. 7. März 1922

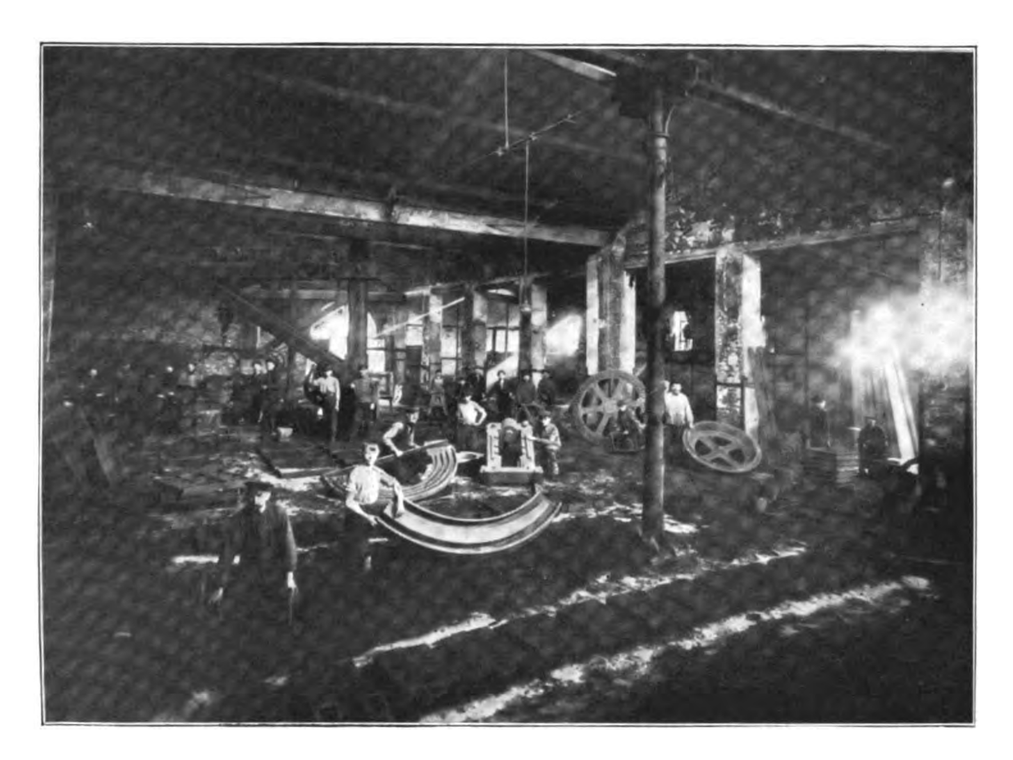
Zu den bekanntesten und leistungsfähigsten Unternehmen der Papierbranche gehört die Gleiwitzer Papier- u. Pappenfabrik J. Kleczewski, Gleiwitz O/S. Diese weit über Oberschlesien hinaus angesehene Firma fabriziert außer anderen Papieren als Spezialität Rohpappe für Dachpappe, Linoleumunterlagspappe, Packungen für Nägel u. Schrauben. Im Laufe der Jahre gewann neben den Beziehungen in Deutschland das Exportgeschäft große Bedeutung.

Oberschlesische Gießerei-Gesellschaft

m. b. H.

vorm. J. Stobrawa, Gleiwitz

Den Grundstein zu der Fabrik legte der 1904 verstorbene Mühlenbaumeister Josef Stobrawa im Jahre 1860. Zunächst wurden in einer kleinen Schlosserwerkstatt die für den Mühlenbau erforderlichen Arbeiten geleistet. Allmählich wurde die Werkstatt vergrößert und auch die Fabrikation von Pumpen, insonderheit von Saugwidderanlagen zur selbsttätigen Wasserversorgung für Gutshöfe, Villengrundstücke etc. aufgenommen. Hierbei ergab sich bald die Notwendigkeit, die für den Pumpenbau erforderlichen Gußteile selbst herzustellen und so wurde kurz darauf eine kleine Graugießerei dem Betriebe angegliedert. Jetzt ging man auch dazu über, die Herstellung von Rohguß aller Art und deren mechanische Verfeinerung in das Fabrikationsprogramm aufzunehmen.



Alte Gießhalle

Im Jahre 1898 wurde eine weitere Gießhalle ausgebaut, wodurch die Produktionsmöglichkeit erheblich gesteigert wurde. Dank dieser Vergrößerung war es der Firma möglich, bei der im Jahre 1907 einsetzenden Kanalisierung der Stadt Gleiwitz den ihr von der Kanalisationsverwaltung erteilten sehr umfangreichen Auftrag zur Lieferung der benötigten Schachtabdeckungen und Einlaufkästen zu übernehmen und ohne Stockung auszuführen.

Heute bildet die Herstellung von Kanalisationsguß neben der Erzeugung von Maschinenguß aller Art bis zu einem Stückgewicht von 2,5 Tonnen einen besonderen Erwerbszweig des Betriebes, und bis weit über den engeren Industriebezirk hinaus finden die Erzeugnisse Absatz.

Im April 1923 wurde die Firma J. Stobrawa in die Oberschlesische Gießerei-Gesellschaft m. b. H., vorm. J. Stobrawa umgewandelt, deren Anteile sich fast restlos im Familienbesitz befinden. Zwischenzeitlich wurde ständig an dem Weiterausbau und der Modernisierung der zum Teil veralteten Anlagen gearbeitet; eine neue Gießhalle für Kleinguß wurde gebaut und für Formmaschinenbetrieb eingerichtet. Die in ihren Auswirkungen immer noch anhaltende Wirtschaftskrisis, verbunden mit den geradezu erdrückenden Steuerlasten, hat die Verwirklichung der Ausbaupläne leider außerordentlich hemmend beeinflußt. Trotzdem werden keine Opfer gescheut, wenn es heißt, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu erhöhen und dadurch die Produktionsmöglichkeit zu steigern.





G. D. A.
Gleiwitz

Die Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken, die den größten und erfolgreichsten Automobilkonzern Deutschlands darstellt, vereinigt zu einer Verkaufsgemeinschaft
die Nationale Automobil-Gesellschaft Akt.-Ges. N. A. G. Oberschöneweide-Berlin,
Hansa-Lloyd-Werke Akt.-Ges., Bremen,
Hansa-Automobilwerke Akt.-Ges., Varel i. O.,
Brennaborwerke Gebr. Reichstein, Brandenburg a. d. Havel.

Die G. D. A. unterhält überall ihre Niederlassungen, die Generalvertretung für Oberschlesien liegt in Händen der Firma

Automobil und Zubehör G. m. b. H.
Gleiwitz, Wilhelmstraße 28

Diese Firma hat an der belebtesten und exponiertesten Ecke von Gleiwitz ein sehr großes und geschmackvolles Ausstellungslokal in demselben Grundstück, in dem sich das Theater, das größte Café der Stadt, die große städtische Badeanstalt, ein Musikkonservatorium und noch mehr wichtige Betriebe befinden.

In diesem Ausstellungslokal sind jederzeit Fahrzeuge von 6/20 bis 18/60 P. S. zu besichtigen. Man sieht dort Wagen in jeder Ausführung und jedem Geschmack Rechnung tragend, vom einfachen soliden Geschäftswagen bis zur elegantesten Luxus-Limousine. Ebenso sind meist Last- und Lieferungswagen von 750 Kilo Nutzlast bis zu 5000 Kilo Nutzlast vorrätig.

Besonders häufig wechselt der ausgestellte Hansa-Lloyd Schnell-Lastwagen mit Riesenluftbereifung seine Farbe, da gerade dieses Fahrzeug sich großer Beliebtheit erfreut und sehr oft an

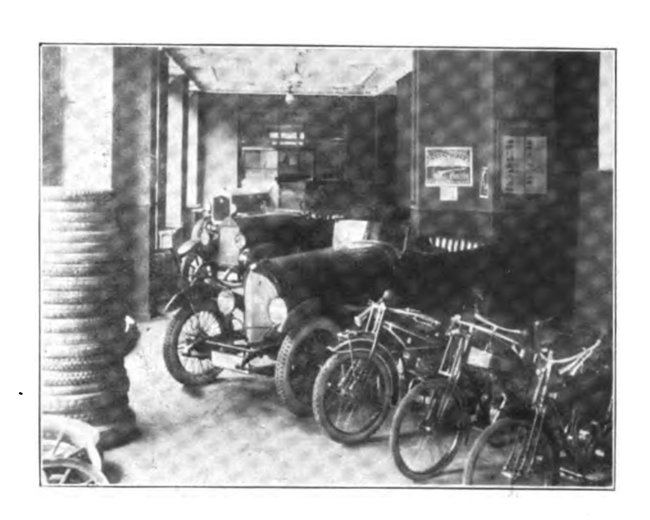
den Mann gebracht wird. Auch alle anderen Wagengattungen sieht man wechseln, die gediegene NAG-Limousine, wie den rassigen NAG.-Sportwagen. Von Zeit zu Zeit sind auch erfolgreiche Rennwagen mit wohlverdienten Lorbeerkränzen zur Schau gestellt.

In der momentanen geschäftlich so schwierigen Zeit dürften das Anziehendste in dieser Verkaufsstelle die außergewöhnlich billigen Brennaborwagen sein, die aus der Fabrik Gebr. Reichstein, Brandenburg a. d. Havel, stammen, die heute diejenige deutsche Automobilfabrik ist, die die größte Produktion hat. In bezug auf Produktion und Preise haben sich die Brennaborwerke absolut amerikanisiert, nicht aber auf Kosten von Material und Konstruktion. Neben der Billigkeit dieser Fahrzeuge muß von einer absoluten Vollwertigkeit gesprochen werden.

Weiterhin sieht man den ganz erstklassigen 8/36 P. S. Hansa-Wagen als offenen Viersitzer oder als elegante Innensteuer-Limousine und endlich als schweren Reisewagen den stabilen erfolgreichen 18/60 P. S. Hansa-Lloyd.

Auch auf dem Gebiet von Zubehör sind in der G.D.A. Gleiwitz stets die neuesten Artikel des Marktes zu besichtigen, ebenso wie ein großes Reifenlager unterhalten wird, neben den notwendigen Ersatzteilen für die verschiedenen Typen der einzelnen Fabriken, die zum G.D.A.-Konzern gehören.

Man darf wohl die G.D.A. Gleiwitz, vertreten durch die Automobil und Zubehör G. m. b. H., die auch eine eigene Reparaturwerkstatt unterhält, als das größte Automobilunternehmen Oberschlesiens bezeichnen.



Mechanische Seilerwaren-Fahrik Aug. Klein

Gegründet 1875 | **Gleiwitz** | Fernsprecher 1431

Abt. I. Seilerwaren

für Industrie, Schiffahrt, Bau, Land- und Forstwirtschaft wie Taue, Leinen, Schnüre für jede Tragfähigkeit in gedrehter und in geflochtener Form.

Abt. II. Spezialfabrikation

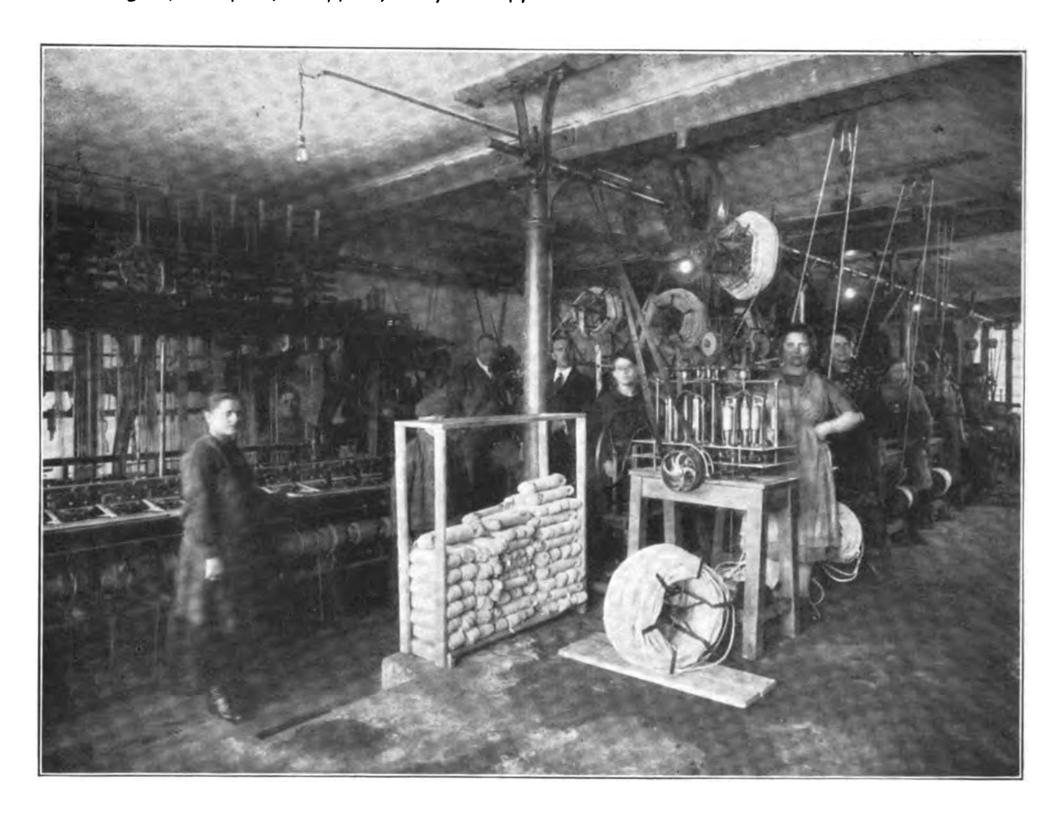
geflochtener Leinen, Kordel und Schnüre in Hanf, Baumwolle, Ramie und Flachs in Natur, weiß, bunt.

Abt. III. Gurtbandweberei

Jalousiebänder, Aufzugsgurten für Betriebszwecke

Lager

in Bindfäden, Garnen und Kordel jeder Stärke. Dichtungshanf, Dichtungsstricke in Hanf und Jute, Teerstrick, Weißstrick, Draht-Gerüststricke.



Die Firma wurde im Jahre 1872 in Gleiwitz von dem Vater des jetzigen Inhabers gegründet und entwickelte sich stetig bis zu einem mechanischen Betriebe. Das Seilerhandwerk ist leider ein im Aussterben begriffenes Handwerk, welches durch die Maschinen immer mehr und mehr verdrängt wird und wer gegenüber der großen Industrie nicht konkurrenzfähig ist, geht unter. Das ist der Lauf der Zeit. Die Seilerwaren-Fabriken (Großbetriebe) drängen das Seilerhandwerk immer mehr zurück, wozu auch die Eisenwirtschaft beigetragen hat (Drahtseile).

Durch die Trennung Oberschlesiens hat auch dieser Betrieb sehr zu leiden, da er für die oberschlesische Industrie gut eingestellt war und nun neue Abnehmer im Reiche suchen mußte. Durch Darbietung nur guter Waren ist es auch gelungen, einen Stamm Kunden zu erwerben.

Die Abteilung Flechterei ist ein sehr interessanter Betrieb, in diesem werden die von den Hausfrauen sehr beliebten, geflochtenen Wäscheleinen, weiß und grau in weißem Naturhanf, Baumwolle und Bindfaden hergestellt, ebenso Vorhangschnüre. Für Wiederverkäufer bietet dieser gesuchte Artikel einen lohnenden Gewinn. Der Ausstellungsstand unserer Firma ist wohl jedem Gleiwitzer bekannt. Der Preis für die Leistungen war die „Goldene Medaille“.





Das Seidenhaus Weichmann

Von Dr. Hermann Schildberger, Syndikus und Prokurist der Firma.

Auf allen Lebensgebieten erwachsen große Ereignisse und Umwälzungen nicht aus sich selbst heraus, sie sind vielmehr als das Produkt einer Anzahl von Umständen und Faktoren entstanden, die durch ihr teils gewolltes, teils ungewolltes Zusammenwirken der Umwelt eine neue äußere Erscheinungsform und eine veränderte innere Einstellung verschaffen.

Zu den Unternehmungen, welche den Aufstieg der Stadt Gleiwitz, ihre Entwicklung zur Großstadt gefördert haben, gehört auch das Seidenhaus Weichmann. Der weit vorausschauende Blick eines Kaufmanns, sein sicherer Instinkt haben es bewirkt, daß mit kühnem Unternehmersinn in einer ehemals kleinbürgerlichen Stadt, die neuerdings sehr rasch emporwächst, ein Warenkaufhaus entstand, das in seiner originalen, großzügigen Anlage und mit der starken Betonung des Qualitätsgedankens den bedeutendsten Kaufhäusern einer Großstadt den Rang streitig machen kann.

Das Wagnis hat sich nach dreijährigem Bestehen des Hauses als gelungen erwiesen. Heute ist dieser neuartige Zweckbau nicht nur ein markantes Wahrzeichen der Stadt Gleiwitz, ja der Provinz Oberschlesien, sondern er verkörpert geradezu den gesunden, geraden und hellsichtigen, die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge erfassenden Geschäftsgeist, der in ihm wohnt. Das Seidenhaus Weichmann, das nach dem Urteil Berufener zu den interessantesten Bauten Deutschlands zählt und jeden Beschauer zur eingehenden Betrachtung und zum Studium herausfordern muß, läßt ohne weiteres erkennen, daß etwas bewußt eigenartiges geschaffen worden ist. Schon der Bau, seine

Architektur soll kundtun, daß fernab vom Alltag und jeder verflachenden Gewohnheit ein Werk geschaffen wurde, und läßt eine geistige Höchstspannung verspüren, aus der sich wiederum hohe Werte in stetem Vorwärtsstreben zu entwickeln vermögen.

Im Brennpunkt der Hauptverkehrsader von Gleiwitz, der Wilhelmstraße, gegenüber dem Stadttheater, ist der Bau gelegen. Entwurf und Bau stammen von dem bekannten Architekten Erich Mendelsohn, Berlin, dem Schöpfer des Einstein-Turmes in Potsdam, des Mosse-Zeitungspalastes in Berlin und verschiedener großer Industriebauten. Mendelsohn hat sich besonders augenfällig von der bisherigen Bauweise losgelöst und einen neuen Baustil geschaffen, dessen zeitgemäßes Wesen durch die Begriffe Zweckmäßigkeit, Einheitlichkeit, Einfachheit umschrieben werden kann. Sein Bauprogramm entsprach dem Willen des Bauherrn, und so fand der Architekt eine Lösung, das durch die andere Artung unserer Zeitläufte bedingte Stilempfinden zu versinnbildlichen, zugleich einen ausdruckstarken, überall sichtbaren und spürbaren Appell an die Stadt damit zu richten.

Es galt, mit einfachsten Mitteln zweckmäßig und geschmackvoll zu bauen. So entstand dieser Bau. Seine klare, strenge Linienführung betont die leitende baukünstlerische Idee. Diese Klarheit und Strenge ist konsequent bis in die Einzelheiten, sie entwickelt aus einer Grundidee heraus organisch den ganzen Bau; nicht etwa, daß, wie bisher üblich, eine Fülle untergeordneter Einzelheiten durch das Band der Mauern zusammengefügt ist. Im Gegenteil: alles überflüssige Zierwerk, alles, was die Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Eindrucks stören könnte, mithin auch das Giebeldach, ist fortgelassen. Es ist reine Zweckkonstruktion. Nur die aus dem Material durch die Eisenbetonkonstruktion gegebenen Linien sind formbildend und werden, in dem ganzen Bau organisch geführt, als beherrschende Wagerechte das architektonische Leitmotiv.

Die Aufteilung und Ausnutzung der Innenräume ist in ökonomischer Weise geschehen. Jeder Kubikmeter Raum hat seine genau bedachte Funktion zu erfüllen. Schränke und Regale sind in die Wand eingelassen. Die langgestreckten, übersichtlichen Verkaufsräume – sie befinden sich im Parterre und 1. Stock – ermöglichen den Käufern eine schnelle Orientierung. Sechs große Schaufenster, mit unsichtbarer Soffitenbeleuchtung versehen, geben dem Bau das Gepräge des modernen Geschäftshauses und dienen zu einer reichhaltigen Ausstellung von Waren. Die Kellerräume sind derart gestaltet, daß sie volle Lichthelle besitzen und als vollwertige Arbeitsräume die Versand-, Export- und Engros-Abteilung sowie die Lagerräume aufnehmen. Auch die Personalräume, für Damen und Herren getrennt, sind dort untergebracht. Ebenda liegt die Wohnung und Dienststelle des Hausmeisters, an die sich unmittelbar der Heizraum für die Zentralheizung und eine Autogarage mit Werkstatt anschließen. Die Kontorräume befinden sich im hinteren Teil des Erdgeschosses. Der zweite Stock und der Turmbau dienen als Wohnung. Sämtliche Abteilungen und Büroräume sind durch eine weitmaschige Telefonanlage miteinander verbunden. Besondere Fernsprechkabinen stehen dem kaufenden Publikum zur Verfügung.

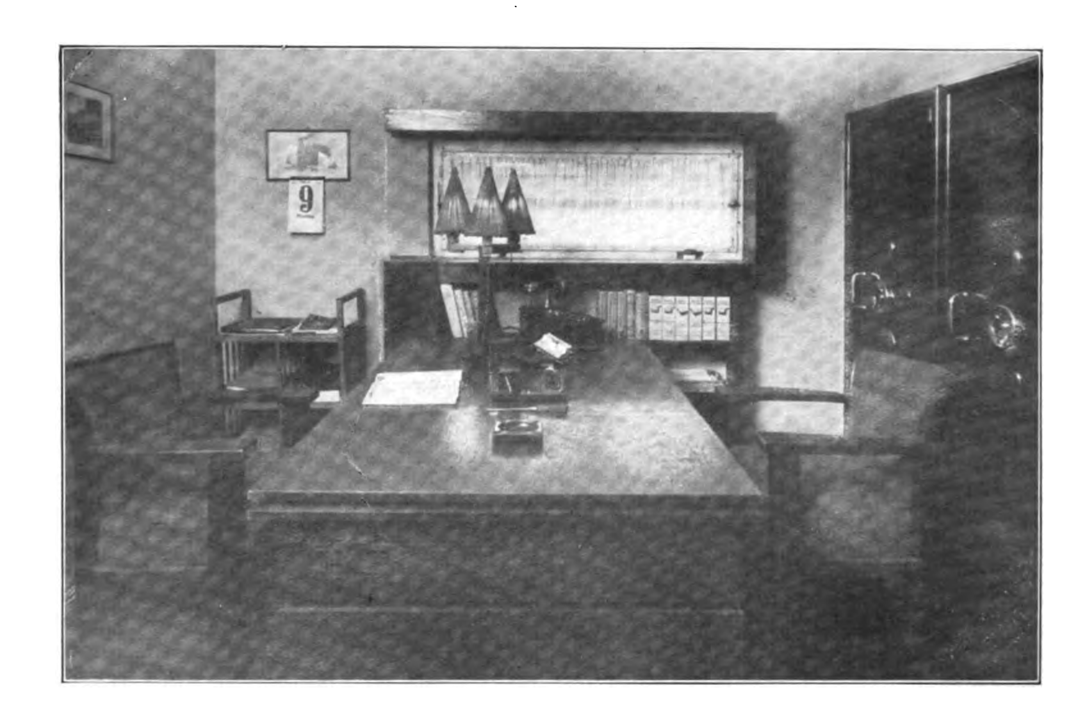




Durch ein atemloses Tempo, das alle Mitarbeiter vom Baumeister bis zum Handlanger beherrschte und mitriß, gelang es, das Haus in kürzester Zeit fertigzustellen. Am 22. Januar 1922 wurde es nach einer Feier eröffnet. Zum Festakt waren die repräsentativen Vertreter der Stadt und der Stände erschienen, und die verschiedenen Reden brachten die Ideen des Bauherrn und des Architekten zum Ausdruck. Der Inhaber der Firma, Herr Erwin Weichmann, entwickelte die Richtlinien, nach denen er das Geschäft zu leiten beabsichtigte; sie mögen an dieser Stelle Erwähnung finden, da sie einen knappen, charakteristischen Einblick in die Art und Weise der Geschäftsführung gewähren. Herr Weichmann wies darauf hin, daß das Gebäude bereits eine Verkörperung des Qualitätsgedankens sei, welcher der Ausgangspunkt aller geschäftlichen Unternehmungen bedeute. „Klarheit im Wollen, Zuverlässigkeit im Handeln, Reinheit in der Gesinnung sind die Vorzüge des deutschen Kaufmanns gewesen, und diese heiße es in Vollkommenheit wieder zu besitzen. Jeder muß an seiner Stelle darauf hinarbeiten, daß als höchstes Prinzip in den Handelsbeziehungen der Menschen Reellität herrscht. Nur auf diesem sicheren Grunde ist ein Gedeihen des einzelnen und die Gesundung des wirtschaftlichen Körpers möglich. Wer sich dieser wichtigen Aufgabe bewußt ist, wird auch sein gesamtes Tun darauf einstellen und beispielgebend wirken. Wie das Äußere des Baues und sein Inneres, soll auch der geschäftliche Geist, dessen architektonische Form er ja darstellt, einheitlich gewahrt sein: Klarheit, Reinheit, Zuverlässigkeit sollen unsere Leitideen sein und die Grundlage unseres geschäftlichen Werkes bilden. Treu und Glauben! — das seien die ungeschriebenen, überall spürbaren Gesetze, nach denen in diesem Hause gearbeitet werde."

Diesen Grundsätzen ist die Firma zielbewußt gefolgt. So war es die ständige Aufgabe des neuen Unternehmens, den Qualitätsgedanken in stets gleicher Stärke auch für die rein geschäftlichen Angelegenheiten durchzusetzen. Jeder Kunde hat ein Anrecht darauf, auf das beste bedient zu werden und soll stets mit dem Gefühl der Zufriedenheit das Haus verlassen. Das kann er nur, wenn ihm ausschließlich einwandfreie Waren angeboten werden. Grundsatz der Firma muß daher sein, nur Qualitätswaren zu führen; sie rechnet schon alle diejenigen Waren zu den schlechten, deren Kauf sie dem Kunden nicht unbedingt anraten kann. „Billig ist schlecht"; der Grundsatz des Hauses Weichmann aber lautet: preiswert zu sein und dabei Bestes zu liefern.

Ein reichhaltiges, übersichtliches Lager ermöglicht, allen Wünschen der Kundschaft gerecht zu werden und den Käufer aus einer Fülle des Guten das geeignete aussuchen zu lassen. Das Lager



enthält Stoffe aller nur erdenklichen Webarten in Seide, Wolle und Baumwolle und zwar in der größtmöglichen Anzahl von Qualitätsgraden und -Farben. Beispielsweise ist seit der Eröffnung des Hauses eine Spezialqualität Crêpe de chine in 150 Modefarben vertreten.

Eine knappe Aufzählung der Stoffarten, nach den Verkaufsabteilungen gegliedert, soll einen Überblick über den Umfang des Spezialhauses gewähren:

1. **Seiden-Abteilung**
   Atlas / Albatros / Bastseide / Brokat / Bengaline / Chiffon / Crepe Armure / Crepe de chine Crepe Marocain / Crepe romaine / Crepe Satin / Crepe Africain / Crepe Maroko / Crepe Taffetas / Crepe Georgette / Crepe Charmeuse / Crepe Charmant / Damassé halbs. / Damassé ganzs. / Duchesse / Eolienne / Epinglé / Fulgurante / Foulard/Faille francais/Gabardine Seide Honan (Bast) / Helvetia / Habutai / Haitienne / Japon Cachemire / Lamé / Liberty / Messaline Milanaise / Matlassé / Moiré / Ottomane / Popeline / Pailette / Rips / Rohseide / Shantung / Serge (halbs.) / Serge (ganzs.) / Satin glacé / Satin riche / Grenadine Tussah / Taffet Taffet radium / Trikot (Kunsts.) / Trikot Marocaine / Taffet écossais / Taffet quadrille / Voile ninon / Kravattenseiden.
2. **Samt-Abteilung**
   Astrachan / Duvetine / Hutsamte / Ledersamt / Waschsamt / Lindener Chiffon Samt / Englische Chiffon Velvet / Velour du nord / Velour Chiffon / Seal Plüsch / Zylinderplüsch.
3. **Pelzstoff-Abteilung**
   Bär / Bisam Ratte / Biberette / Biber / Eisbär /Fohlen / Lammfell / Lama / Maulwurf / Nutria / Persianer / Pony / Seal Bisam / Seal Kanin / Slinks / Wildkatze / Ziege.
4. **Herrenmaßstoff-Abteilung**
   Anzugstoffe: Foulé / Melton / Drapé / Kammgarntwill / Gabardine / Marengo / Shetland Burberry / Radio-Rips / Saxone / Donegal / Perl-Kammgarne.
   Für den Sport: Cordstoffe / Loden / Skitrikot.
5. **Damen-Kostüm- und Kleiderstoffe**
   Rips / Ottomane / Epinglé / Etamine / Rips Papillon / Rips Mouliné / Trikotine / Cotelé Cachemire / Cachemire double, faconné / Marocaine / Marocaine frisé / Wollcrepe / Kamm-



garnserge / Twill / Popeline / Burberry / Foulé / Tuch broché / Mohair double-faconné / Rips Velour / Marocaine / Marocaine Velour / Velour de laine composé.
Nouveautés: Moos-Matlassé / Chinchilla / Velour de laine / Matlassé / schottische Tuche und Kammgarne / Wiener und englische Flanelle / Wollmousseline / Wollcrepe.
Mantelstoffe: Velour de laine / Velour Cotelé / Velour Rips / Gabardine / Ottomane / Rips Burberry, imprägniert / Strichloden / Covercoat / Tuche / Flausche / Ratiné.
Morgenrockstoffe: Velour de laine / Welliné / Veloutine / Mousseline.
Futterstoffe: Zimbria / Wollserge / englische und deutsche Satinella / Wollatlas / Kamelhaar Roßhaar / Ärmelfutter / Köper / Jakonett / Doppeltuch / Poketing / Moleskine / Watteline Zwischenfutter / Eisengarn / Alpacca.

6. **Baumwoll-Abteilung**
Voile / Opal / Batist / Panama / Foulardine / Satin / Mousseline / Waschcrepe / Waschrips Frotté / Serge / Damassé / Zephir mit Seidenausrüstung.

7. **Wäsche-Abteilung**
Schlüpfer und Unterkleider auch in Garnituren in Milanaise / Kunstseide / Crepe de chine Jupons aus Taffet / Kunstseide / Rohseide / Jupons, handgemalt / Taschentücher aus Japon Crepe de chine / Kravatten aus eigener Werkstatt.

8. **Spitzen-Abteilung**
Metallspitzen / Metalleinsätze / Metallvolants / Tüllspitzen mit Metall / Tülleinsätze mit Metall Tüllvolants mit Metall / Tüllspitzen / Tülleinsätze / Tüllvolants / Seidenvolants / Klöppelspitzen und -Einsätze (Handarbeit) / Klöppelspitzen und -Einsätze (Maschinenarbeit) / Valenciennespitzen Einsätze / Filetspitzen und -Einsätze / Spachtelspitzen und -Einsätze / Wollbesätze / Besatzstoffe mit Wolle und Metall durchwirkt / Spitzenmotive (Filet) / Brautschleier, gestickt / Brüsseler Brautschleier / Tressen / Schnüre / Spachtelkragen / Metallkragen / Tüllkragen / Baumwoll-Tülle / Seiden-Tülle / Crepe de chine-Tücher mit Fransen / Seiden-Schals / Beduinen-Schals Kunstseiden-Schals / Crepe Marocaine-Tücher / Seidene Kopftücher für den Strand.

9. Bänder-Abteilung

Taffet-Bänder / Kunstseidene Bänder / Ottomane-Bänder / Liberty-Bänder für Wäsche / Crepe de chine-Bänder für Wäsche / Liberty broché-Bänder für Wäsche / Samtbänder / Duvetine-Bänder / Taffet-Bänder, gestreift / Taffet-Bänder, schottisch / Taffet-Bänder mit Liberty- und Ripsstreifen / Taffet-Bänder mit Metall / Brokat-Bänder / Rips-Bänder / Moiré-Bänder.

Die sachliche und sachgemäße Bedienung der Kundschaft ist nur eine weitere Folge der besonderen Beachtung des Qualitätsgedankens. Da der Käufer sich in einem Spezialhause befindet, so wird er von den Verkäufern als Fachleuten beraten und belehrt; bei dem Kunden muß sich das Vertrauen einstellen, daß er richtig beraten wird. Der Verkäufer soll auf Grund rein sachlicher Darlegungen den Käufer überzeugen, vermag er das nicht, so soll er dem Kunden den Entschluß zum Kauf in jeder Weise freistellen; ein Überreden des Käufers wird in diesem Hause nicht geduldet und schon den Schein von Aufdringlichkeit zu vermeiden, wird den Verkäufern zur strengsten Pflicht gemacht. Jeder Käufer, der das Haus betritt, ist Gast des Hauses und wird als solcher, gleichgültig, ob er kauft oder nicht, mit äußerster Zuvorkommenheit behandelt. Diese Grundsätze den Verkäufern — die in solcher Zahl vorhanden sind, daß ein glatter Verkehr der Kundschaft stets gewährleistet ist — immer aufs neue einzuschärfen, ist eine Hauptaufgabe der Geschäftsleitung; sie hat zu diesem Zwecke auch Vortrags- und Unterrichtsabende angesetzt.

Darüber hinaus unternimmt sie die Organisation des Betriebes, der nach amerikanischem Muster — der Chef des Hauses unternahm im Sommer 1924 eine mehrmonatige Studienreise nach Amerika — mit allen verfügbaren, modernen Hilfsmitteln ausgerüstet ist. Ferner bewirkt sie die Einkäufe nach besonderen Richtlinien. Der große Warenumsatz in Verbindung mit einer Engrosabteilung ermöglicht im Verein mit ausgezeichneten fachmännischen Kenntnissen, sicherem Geschmack und bedeutendem Verständnis für Modeneuheiten einen überaus günstigen Einkauf, wie er sonst nicht vorgenommen werden könnte. Um über alle Modeerscheinungen auf den für dieses Gebiet wichtigen Plätzen zuverlässig orientiert zu sein und auch zum Zwecke direkter Einkäufe unternimmt der Inhaber des Hauses alljährlich Reisen nach Paris, Lyon, Zürich, Wien. Die infolge solch günstiger Kaufabschlüsse erzielten Vorteile kommen in besonderem Maße der Kundschaft zugute.

Von erheblicher Bedeutung ist die umfangreiche Werbe-Abteilung, die vom Architekten Robert Krafft (dem Erbauer des Theaterkaffees in Gleiwitz und anderer oberschlesischer Bauten) geleitet wird. Alle Ankündigungen tragen einen wirkungsvollen und echt künstlerischen Charakter; sie erhalten dem Hause die besondere Note, die in jeglichem Stück, vom großen Plakat bis zum kleinsten Warenetikett, einheitlich zum Ausdruck kommt. Sie sind daher über Oberschlesien hinaus bekannt geworden. Nicht marktschreierisch, sondern sachlich, auf Grund von Tatsachen und darum mit größter Überzeugungskraft finden die Ankündigungen ihre Verbreitung. Im übrigen sorgt eine ebenso markante und auffallende wie stilvolle Reklame für die Verbreitung des Namens der Firma an maßgebenden öffentlichen Plätzen, in Zeitungen, Zeitschriften, auf Postwagen usw. So ist die Firma ein Muster für zugkräftige und zugleich vornehme Reklame geworden. Die stärkste Wirkung aber geht von der Schaufensterfront aus, die mit ihren sechs Fenstern alle Vorzüge des Hauses durch die Ausstellung der Waren aufs beste zur Geltung bringt. Die stets zu künstlerisch geschlossenen Kompositionen gestalteten Dekorationen verfolgen mit ihren reizvollen Farbenzusammenstellungen in erster Linie den Zweck, das Publikum auf die ausgestellten Waren aufmerksam zu machen; gleichzeitig wirken sie geschmackbildend und tragen ihren Teil zur Verschönerung des Stadtbildes bei. Welch hohe künstlerische Qualitäten die Schaufensterdekorationen haben, beweist der Umstand, daß während der oberschlesischen Werbewoche in Gleiwitz ein Kollegium bestberufener Preisrichter mit dem hervorragenden Baukünstler Professor Peter Behrens an der Spitze den Schaufenstern des Seidenhauses Weichmann den ersten Ehrenpreis zuerkannte.

Erwähnt sei auch eine Einrichtung des Hauses, die nicht in allen großen Geschäften zu finden ist. Der starke Verkehr mit den Fabrikanten und Firmen der verschiedensten Gegenden und Länder, der Abschluß und die genaue Beobachtung von Kauf- und Lieferungsverträgen haben es notwendig gemacht, eine besondere durch einen Juristen geleitete Rechtsabteilung anzugliedern.

Für ein stetes Aufwärtsstreben bürgt die Person des Inhabers der Firma, der es in der kurzen Zeit von 3 Jahren vermöge seiner kaufmännischen Fähigkeit und seiner zielbewußten Energie verstanden hat, sein Haus zu dem leistungsfähigsten und nunmehr führenden seiner Branche in Oberschlesien zu machen. So hat sich heute schon das alte, tausendfach bewährte Wort erfüllt, daß sich das Gute, und nur das Gute, schnell und sicher Bahn bricht.



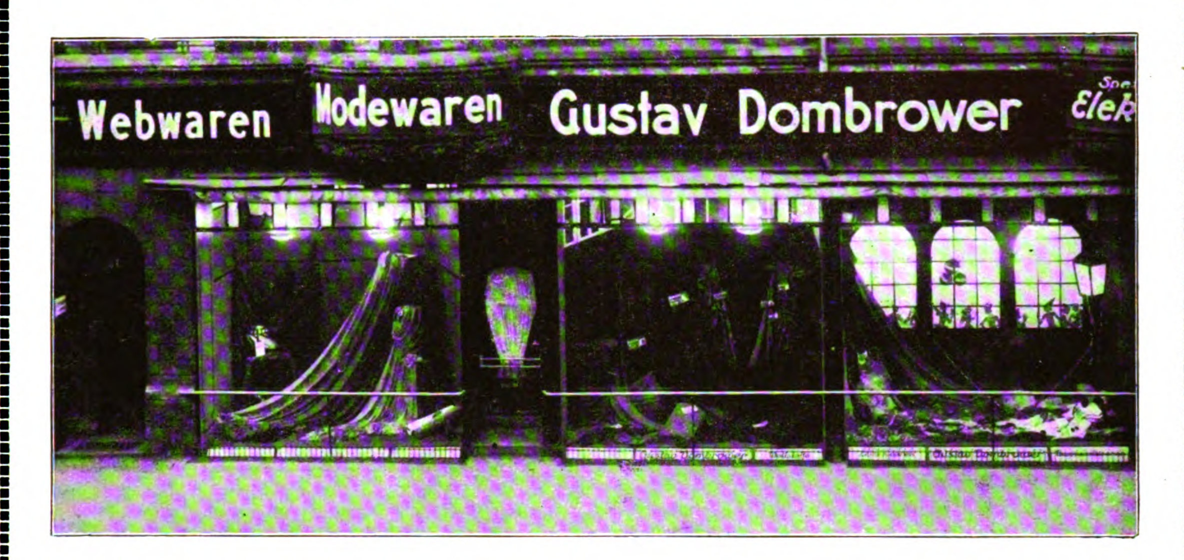
Gustav Dombrower

Manufaktur- und Modewaren

Fernsprecher 239
Postscheckkonto:
Amt Breslau Nr. 41895

Wilhelmstraße 7

Bank-Konto:
Dresdner Bank Filiale Gleiwitz
Stadtgirokasse Gleiwitz



Unmöglich ist es, daß die geringste Ware dieselben Eigenschaften und Vorzüge besitzt wie eine gute. Das ist eine Wahrheit, die jedem einleuchten müßte, und trotzdem ist häufig im Publikum der Irrtum verbreitet, daß die im Preise niedrigste Ware die billigste sei. Dabei wird nicht bedacht, daß diese in Kürze durch einen neuen Kauf ersetzt werden muß, so daß die augenblickliche Ersparnis zu einer zweiten Ausgabe führt; diese wäre aber unnötig gewesen, wenn der Käufer sofort eine möglichst gute Qualität gekauft hätte.

Einen Verdienst, diesem Irrtum mit allen Kräften entgegenzuarbeiten, haben nur ganz wenige Geschäfte, und zu diesen gehört in erster Linie die Firma Gustav Dombrower, eines der größten Manufaktur- und Modewaren-Häuser Oberschlesiens. Nach dem Prinzip, daß für die Kundschaft nur das Beste gut genug ist, hat die Firma von jeher nur hochwertige Qualitäten zum Verkauf gebracht und so dem Publikum Gelegenheit gegeben, Waren zu erstehen, welche nicht durch den Preis, wohl aber durch die Qualität die billigsten sind. So kommt es, daß sowohl die verwöhnte Weltdame, wie auch die einfache Bürgerfrau bei der Firma kauft, wenn sie den Wunsch hat, etwas wirklich Gediegenes zu erstehen. Dadurch, daß die Firma mehrere Spezial-Abteilungen hat, von welchen jede einzelne eine große Auswahl vom einfachsten bis zum elegantesten Genre aufweist, ist es möglich, jeden Bedarf in Manufaktur- und Modewaren hier zu decken.

Besondere Beachtung verdienen sowohl das Wollstoff-, wie auch das Sammet- und Seidenlager, an welchen zu jeder Zeit die letzten Neuheiten zu sehen sind. Gepflegt wird hierbei der Genre, der mit größter Solidität eine Eleganz verbindet, die ohne übertrieben zu sein, auch dem feinsten Geschmack genügt. Darauf folgen die Abteilungen für Waschstoff- und Baumwollwaren, die in Sommer- und Winter-Artikeln stets gleich gut sortiert sind. Ganz besonders aber zeichnet sich das Leinen- und Wäschestoff-Lager aus, an welchem die Braut ihre komplette Wäscheaussteuer vom kleinsten Taschentuch bis zum größten Gedeck erwerben kann. Durch eigene Näherinnen und Stickerinnen ist die Firma imstande, jede gewünschte Anfertigung in Kürze ausführen zu lassen. An dieses Lager schließen sich ergänzend an die Abteilungen für Gardinen, Dekorationsstoffe, Teppiche, Läufer und sonstige Artikel, welche für eine geschmackvolle Inneneinrichtung notwendig sind.

Nicht vergessen werden darf, daß auch der Herr, der Wert darauf legt, gut gekleidet zu sein, die Stoffe für seine Anzüge, Paletots, Oberhemden und Krawatten hier finden kann.

Eine Verkaufs-Abteilung der bekannten und beliebten Ullstein-Schnittmuster vervollkommnet diesen modernen Betrieb.

Dieses alles ist vereint und in übersichtlicher Weise angeordnet in einem über 8 m breiten und 30 m langen Raum, der so bequem eingerichtet ist, daß auch der stärkste Verkehr sich ohne jede Störung des Publikums abwickeln kann.





Die Firma Max Wachsmann wurde im Jahre 1897 durch den gleichnamigen im Jahre 1910 verstorbenen Inhaber in Kattowitz gegründet.

Das Geschäft entwickelte sich aus kleinen Anfängen zum bedeutendsten Textilunternehmen von Kattowitz.

Infolge der Abtrennung von Ost-Oberschlesien wurden in Gleiwitz und Beuthen neue Niederlassungen als Spezialteppich- und Gardinenhäuser mit dem Hauptsitz in Gleiwitz begründet.

Durch Reellität und ihren außerordentlichen Geschmack auf dem Gebiete der Innendekoration und des Teppichhandels gewann die Firma einen großen Kundenkreis.

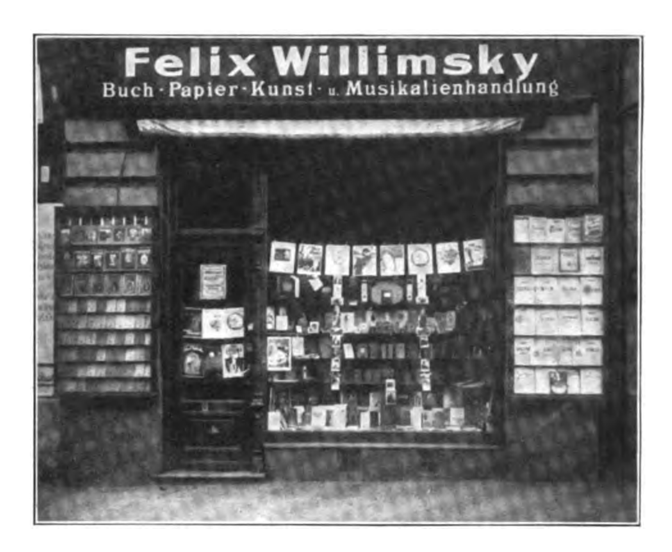
Sie ist anerkanntermaßen tonangebend in der Branche und nimmt unter den großen Spezialhäusern Deutschlands eine führende Stellung ein.





Felix Willimsky, Gleiwitz O.-S.

Buch-, Musikalien-, Papier- und Schreibwarenhandlung · Leihbücherei



Das im Jahre 1902 begründete Unternehmen wurde von dem jetzigen Inhaber, der aus dem abgetretenen Gebiet verdrängt worden ist, am 1. März 1922 erworben.

Nicht bestimmte Gebiete des Buchhandels bevorzugend, sondern von dem Bestreben geleitet,

dem guten Buch aller Wissensgebiete

Eingang in alle Bevölkerungsschichten zu verschaffen, wird eine reiche Auswahl guter Bücher aller Wissensgebiete am Lager gehalten. — Der katholischen Literatur wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

In der **Musikalienabteilung** wird der Vertrieb klassischer Musikalien nach Möglichkeit gefördert. **Moderne Musikalien** und **Musikalben** sind jedoch ebenfalls in großer Auswahl vorrätig.

Bei **Papier- und Schreibwaren** wird auf gute Auswahl solider Fabrikate in geschmackvoller Ausstattung Wert gelegt. — Die im vorigen Jahr angegliederte **Leihbücherei** ist das bedeutendste private Unternehmen seiner Art in Oberschlesien.



Glei 40



Oberschlesische Volksstimme G. m. b. H.

Bücher und Zeitungen haben ihre Schicksale, und Zeitungsschicksal ist Volksschicksal. Zu den ältesten Dienern des oberschlesischen Volkes gehört die „Oberschlesische Volksstimme". Gegründet in den Zeiten des Kulturkampfes als **erstes katholisches Organ in Oberschlesien,** kann sie in diesem Jahre auf ihr 50 jähriges Bestehen zurückblicken. Schon bald nach ihrer Gründung, die auf private Initiative zurückging, konnte sich die Zeitung rühmen, die stärkste Postauflage in Oberschlesien zu haben. Das zu 90% katholische Land bot ihr einen starken Resonanzboden. Insbesondere ihr mannhaftes Eintreten für die katholischen Belange während und nach der Kulturkampfzeit sicherten ihr einen treuen, sich ständig ausdehnenden Leserkreis. — Ein Jahr vor der Abstimmung ging die Oberschlesische Volksstimme in die Hände einer Gesellschaft über. Unter neuer Leitung begann ein neuer Aufschwung, der der Zeitung in ganz Oberschlesien von Myslowitz bis Neiße, von Oderberg bis Pietschen zahlreiche, neue Bezieher gewann, so daß sie heute eine gleichmäßig starke Verbreitung in allen Bezirken Oberschlesiens hat.

Für die **Deutscherhaltung Oberschlesiens** setzte die Oberschlesische Volksstimme während der Abstimmungs- und Putschtage ihren ganzen Einfluß ein. Sie war d a s deutsche Organ für die Abstimmung, dem die polnische Propaganda nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte und erfreute sich infolgedessen des besonderen Hasses der Polen und der mit ihnen verbündeten Franzosen, ein Haß, der soweit ging, daß man ihr nicht nur das Erscheinen verbot, sondern auch die Maschinen versiegelte. Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Gleiwitz haben damals in einer zu diesem Zweck einberufenen gemeinsamen Sitzung einstimmig gegen diese Mundtotmachung protestiert und die Freigabe der Zeitung verlangt.

Führend in politischen und kulturellen Fragen, umgeben von einem Mitarbeiterstab aus allen Kreisen des geistigen Deutschlands, ist die Zeitung in den letzten Jahren zu einem bedeutsamen Faktor des öffentlichen Lebens geworden. Ihre Stimme wird gehört weit über Oberschlesien hinaus.

Die **technische** Ausgestaltung der „Oberschlesischen Volksstimme" ging mit der redaktionellen Hand in Hand. Modernstes Maschinenmaterial und die Ausnutzung aller neuen buchdrucktechnischen Erfindungen geben der Zeitung auch nach außen ein repräsentatives Bild. Durch Angliederung einer Klischeefabrik wurde dem amerikanischen Zeitgeist Rechnung getragen, der **die tägliche aktuelle Bilderzeitung** gebieterisch verlangt. Mit dem Zeitungsbetrieb verbunden ist ein **graphischer Großbetrieb,** der Druckaufträge aller Art für Industrie, Behörden und Private in jeder gewünschten Ausführung liefert. — Dem ständigen Aufschwung des Unternehmens wurden die alten Verlags- und Druckereiräume am Kirchplatz zu eng. Es **mußte** gebaut werden. Das neue Heim am Königsplatz, das noch in diesem Jahre bezogen werden soll, ist ganz den **Erfordernissen des modernsten Zeitungs- und Druckereibetriebs** angepaßt und wird es dem Unternehmen gestatten, **neue Betriebszweige anzugliedern** und sich weiter auszudehnen. — Gestützt und getragen von dem Vertrauen des oberschlesischen Volkes wird die Oberschlesische Volksstimme, handelnd nach ihrem alten Wahlspruch „Tapfer und treu", stets ein **geistiger und kultureller Mittelpunkt Oberschlesiens** sein.



Neubau der Oberschlesischen Volksstimme G. m. b. H.



Neubau der Oberschlesischen Volksstimme G. m. b. H.

Oberschlesischer Luftverkehr

Von Bürgermeister Dr. Colditz, Gleiwitz

Im Februar d. J. wurde in Gleiwitz die Oberschlesische Luftverkehr A.-G. gegründet. Sie dient ausschließlich dem öffentlichen Verkehr, bezweckt die Errichtung und den Betrieb von Luftverkehrslinien mit fahrplanmäßig gehaltenem Verkehr und die Beförderung von Personen und Gütern mit Flugzeugen aller Art. Die Gesellschaft wurde in Betriebsgemeinschaft mit der bekannten Flugzeugfirma Junkers, Dessau, gegründet, die die Linien mit in ihr Luftverkehrsnetz gezogen hat. Bereits vor nahezu zwei Jahren war eine großzügige Einbeziehung des oberschlesischen Industriegebietes in den internationalen Luftverkehr in dem Junkers-Luftverkehr-Programm vorgesehen. Die damals gezogene Linie von London – Berlin über Breslau – Gleiwitz nach Lemberg – Odessa und weiter nach Batum und Teheran harrt noch der Verwirklichung. Jedenfalls wird sie aber stets ein anzustrebendes Ziel bleiben, da gerade eine solche Verbindung imstande ist, neuartige Wirtschaftsbeziehungen herzustellen bezw., richtiger gesprochen, alte Wirtschaftsbeziehungen über Oberschlesien zu leiten. Des weiteren sah das ganze Programm vor, daß eine Verbindung von Oberschlesien nach Prag führe. Sowohl die deutsche Flugzeugtechnik als auch der internationale in Gemeinsamkeit mit Deutschland betriebene Luftverkehr hat in den letzten zwei Jahren hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit und Ausdehnung bedeutende Fortschritte aufzuweisen. Das Junkers-Verkehrsflugzeug Type F 13 stellt einen Maschinentyp dar, welcher berufen ist, auf lange Zeit hinaus einen großzügigen Dienst im internationalen Luftverkehr zu erfüllen.



Hauptabmessungen:

Spannweite	17.75 m
Gesamtlänge	9.60 m
Gesamthöhe	4.10 m
Motorentyp	200 PS Junkers L 2
Leergewicht	1150 kg
Gesamtzuladung	700 „
Vollgewicht	1850 „
Höchstgeschwindigkeit	170 km pro Std.
Durchschnittsgeschwindigkeit	140 „ „ „

Aber wichtiger nahezu wie diese technischen Fortschritte sind die auf luftpolitischem Gebiete, wenigstens was die Verdichtung des innerdeutschen Flugnetzes betrifft, welche sich nur aufbauen konnte auf ein stets wachsendes Interesse aller deutschen Wirtschaftskreise.

Diese Verdichtung zeigt vor allem neuartige Verbindungen zwischen dem Ruhrgebiet und den übrigen Teilen Deutschlands einschließlich der damit verbundenen Anschlüsse nach dem Auslande. Diesem Fortschritt im Westen Deutschlands stehen im Osten begrüßenswerte Neueinführungen gegenüber, so vor allen Dingen eine direkte Verbindung von Berlin über Breslau — Gleiwitz und Gleiwitz über Breslau — Dresden — Leipzig — Erfurt nach dem Ruhrgebiet. An beiden Endpunkten sind Anschlüsse nach Holland und England bezw. Dänemark, Skandinavien und Randstaaten. Durch die Fortsetzung dieser genannten Verbindungen von Breslau nach Gleiwitz wird im kleinen Maßstab dem Programm entsprochen, wie es der Junkers-Konzern, wie eingangs erwähnt, schon vor Jahren öffentlich bekannt gegeben hat. Auskunft über Anschlüsse, Flugreise pp. erteilt jederzeit das oberschlesische Reisebüro der Hapag in Gleiwitz, Wilhelmstraße.

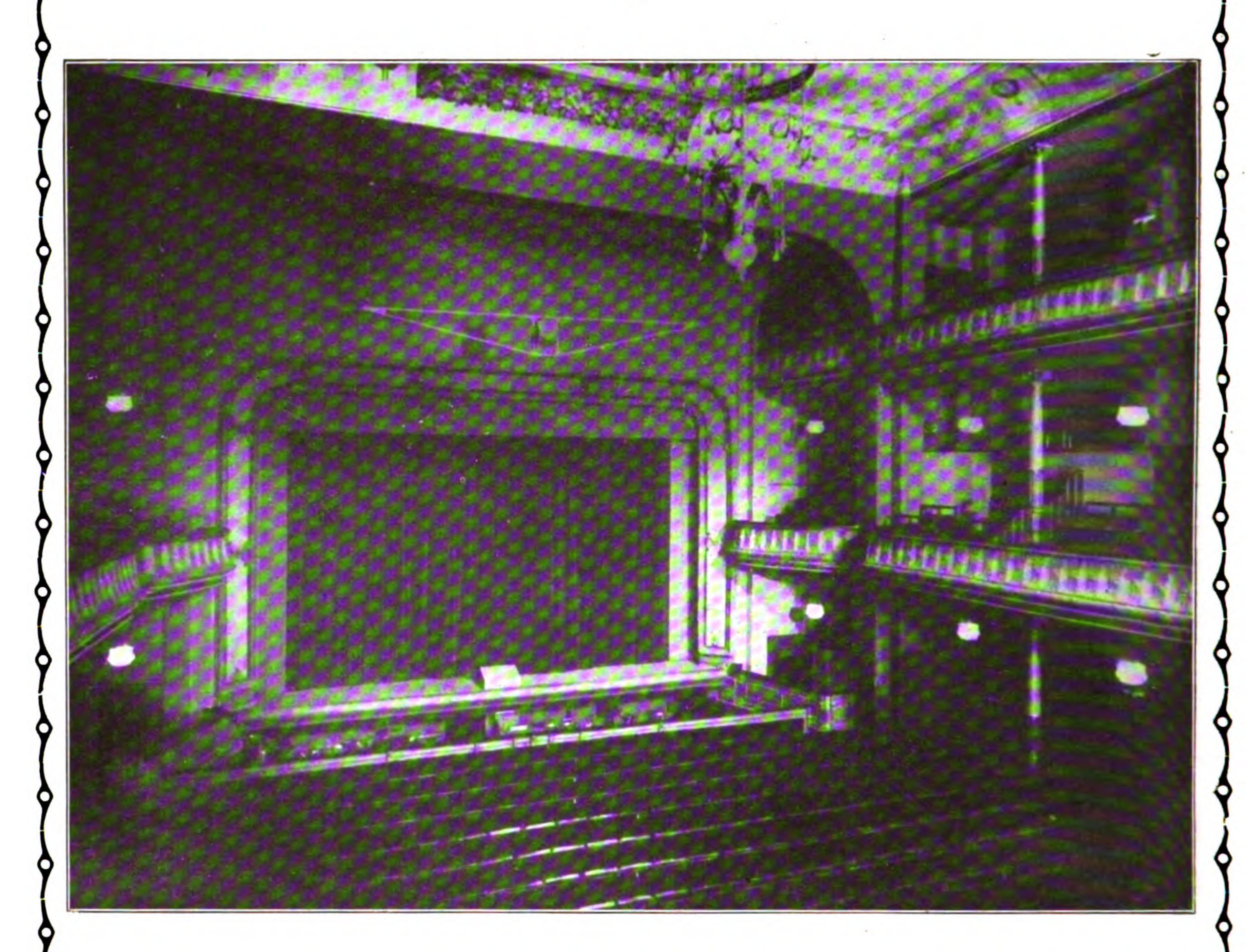
Wenn somit Gleiwitz über außerordentlich willkommene Verkehrsbeschleunigungen verfügt, so ist es sicher, daß der Gleiwitzer Flugplan 1925 nur ein hoffnungsvoller Anfang ist für die spätere Stellung Oberschlesiens im internationalen Luftverkehrsnetz. Immerhin zeigt es sich, daß der Luftverkehr der Welt seine Schwerpunkte in den Wirtschaftszentren der Staaten findet; und daß die Bedeutung Oberschlesiens noch einen außerordentlichen Fortschritt erringen wird, steht wohl außer Zweifel. Die Luftfahrt wird diese deutsche Entwicklung, so wie sie dies kann, um so mehr begünstigen, als die räumlichen Entfernungen der Grenzgebiete nach dem Mittelpunkt des Reiches hin aufzuheben eine ihrer stolzesten nationalen Ziele ist.



Stadttheater Gleiwitz

Wilhelmstraße 28

*



Das Theater wurde vor Beginn der Spielzeit 1924/25 von Grund aus instandgesetzt. Die Bühne wurde mit Stilbühne, Rundhorizont und moderner Beleuchtungsanlage versehen und für die Herstellung und Aufbewahrung der Dekorationen eine Werkstatt mit Magazin neu aufgebaut. Der Raum für das Orchester wurde vergrößert, die Garderobenverhältnisse verbessert.

Der Zwischenraum erhielt ein neues Gewand.

Das Theater, das größte Oberschlesiens, faßt rund 900 Besucher.

Der Spielplan umfaßt: Schauspiel, Oper und Operette.

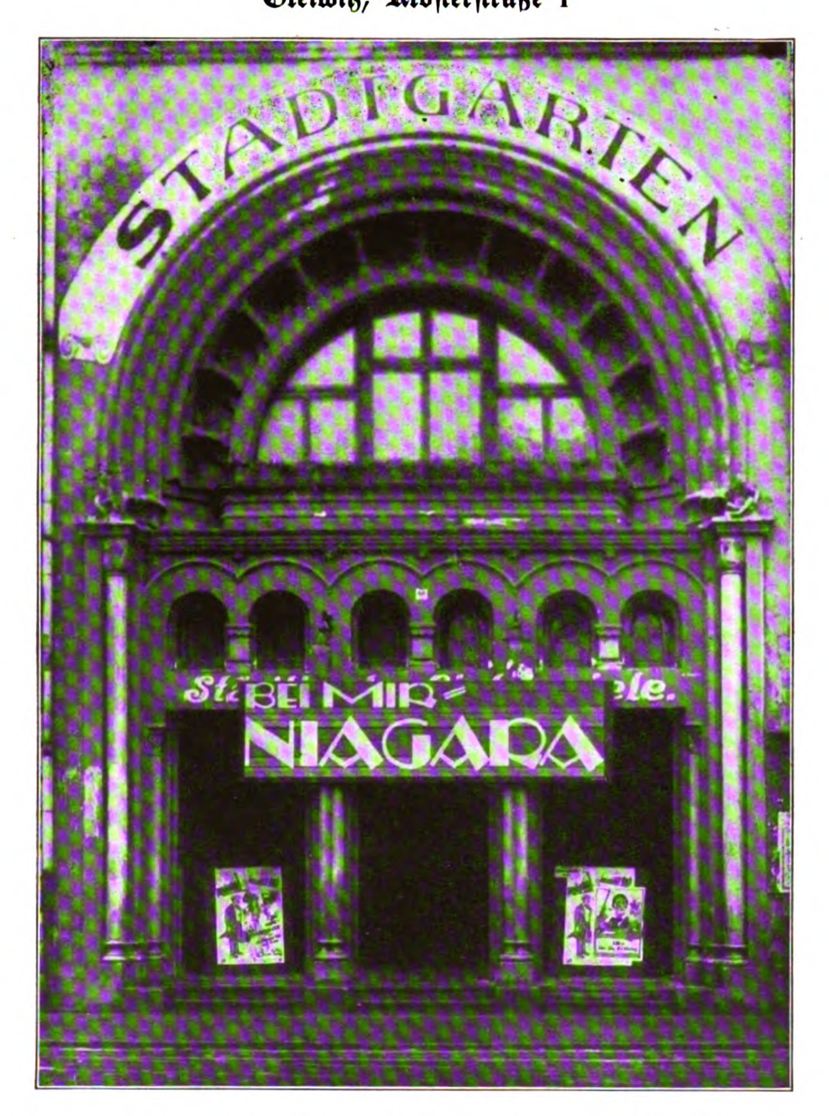
*

Siehe auch „Das Stadttheater" von A. Hellmann auf Seite 99.

Städtische Lichtspiele

im Stadtgarten

Gleiwitz, Klosterstraße 1



Vorführungen: an Wochentagen von 4 Uhr nachmittags ab, an Sonn- und Feiertagen von 3 Uhr nachmittags ab. Letzte Vorstellung $8^{1}/_{4}$ Uhr abends

Großfilme erster Firmen:

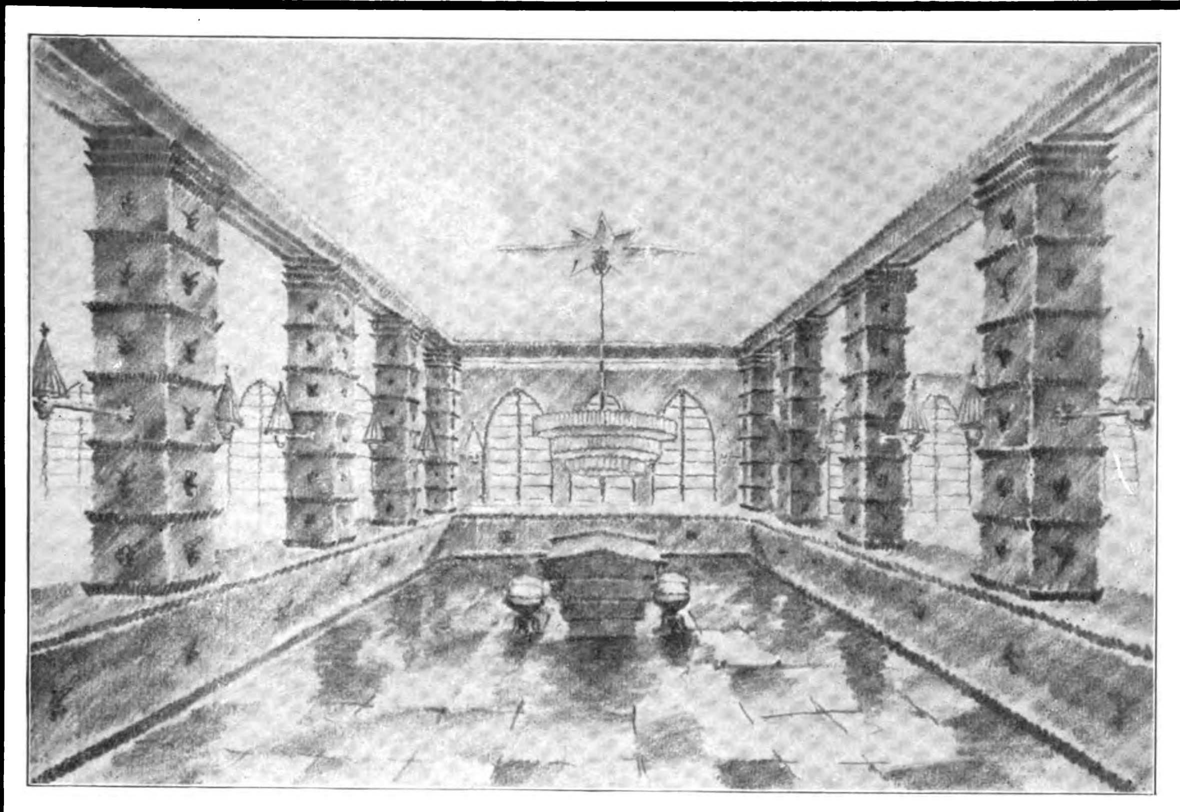
Die 10 Gebote, Der Glöckner von Notre Dame, Scaramouche, Rosenmontag, Zapfenstreich, Quo vadis, Waterloo, Garagan, Soll und Haben, Die Nacht des Inferno, Rosita, Karawane

unter Mitwirkung erster Filmsterne

Henny Porten, Lotte Neumann, Harry Piel, Stuart Webbs, Zellnik, Lya Mara, Lya de Putti, Albertini, Aldini, Asta Nielsen, Pola Negri, Mary Pickford, Baby Peggy usw.

Erstklassige Musik **Technisch mustergültige Vorführung**

Glei 32



Kassenraum des Sparkassenneubaues

Stadt-Spar- und Girokasse

Bankstraße 11

Annahme von Spareinlagen
und Depositen zu höchsten Zinssätzen, Kontokorrent-,
Scheck- und Giroverkehr · Gewährung von Darlehen gegen Wechsel und
im laufenden Rechnungsverkehr · An- und
Verkauf von Wertpapieren

*

Verhältnis der Sparkasse zur Stadt Gleiwitz

§ 3 der Satzung:

Die Sparkasse ist eine städtische Anstalt, welche einen besonderen, von anderen Kassen der städtischen Verwaltung getrennt zu haltenden Bestand bildet und der Städteordnung gemäß von den städtischen Behörden verwaltet und beaufsichtigt wird. Die Stadt haftet für die Sicherheit der Sparkasse und ihrer Verwaltung mit ihrem ganzen Vermögen und ihren gesamten Einkünften und vertritt alle Ausfälle, soweit das eigene Vermögen der Sparkasse zur Deckung nicht ausreicht.

Postscheck-Konto Nr. 904 Breslau **Fernsprecher 1042**

Glei 32 c

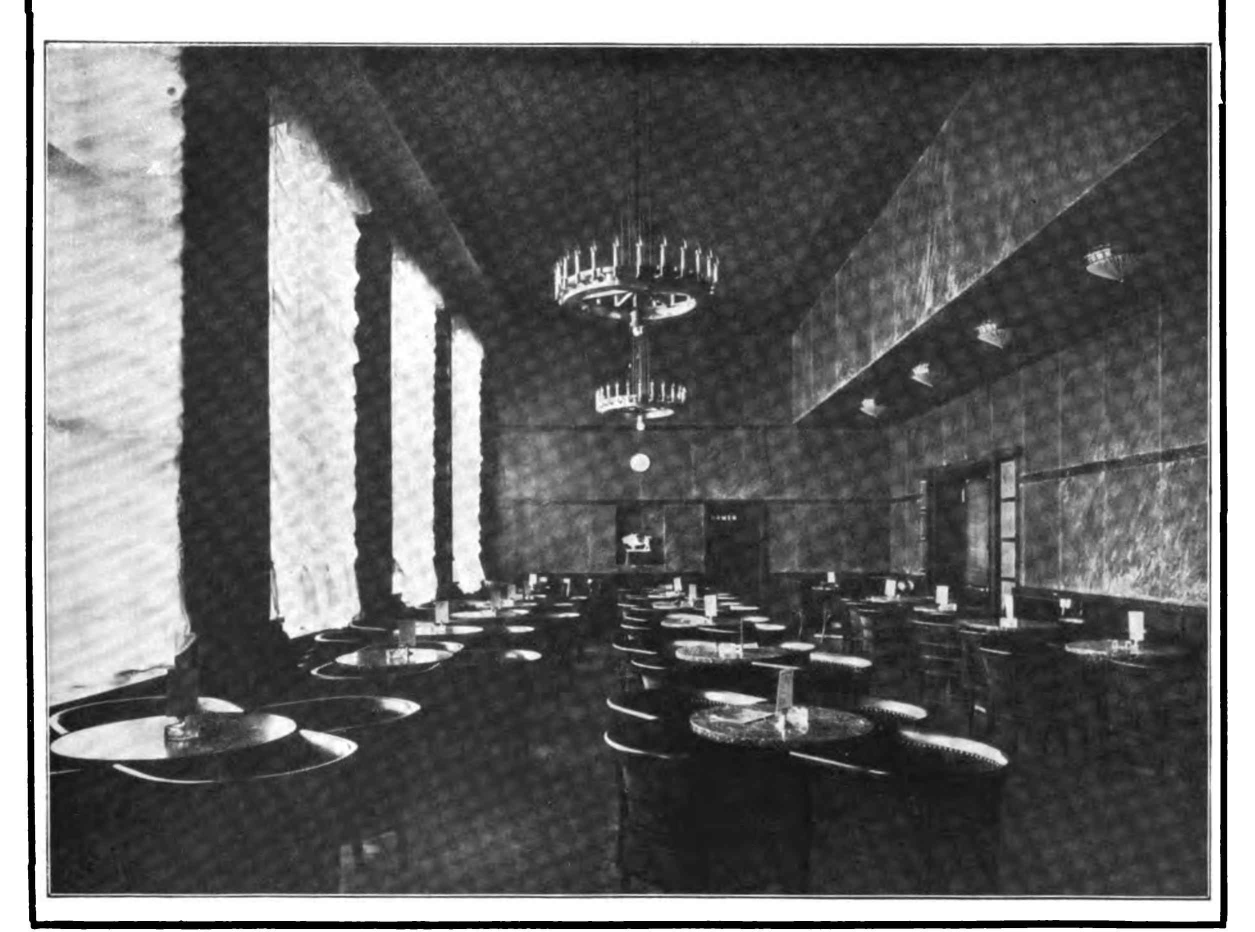


Gleiwitz
Das Theater-Kaffee

wurde im Juli 1924 eröffnet und befindet sich in den Räumen des Stadt-Theaters, in der verkehrsreichen **Wilhelmstraße** der Stadt. Es ist auf das eleganteste ausgestattet und bildet einen Anziehungspunkt für alle Gleiwitz besuchenden Fremden. Die Bewirtschaftung liegt in den Händen des Herrn **Artur Gutsmann**

Glei 50

◆



Hotel Schlesischer Hof · Gleiwitz

Besitzer Karl Gottschalk



Zu den Kulturstätten, die dem oberschlesischen Verkehrsleben ihren neuzeitlichen Stempel aufdrücken, zählt der „Schlesische Bahnhof" in Gleiwitz. Das weit über die Grenzen Oberschlesiens hinaus rühmlichst bekannte und beliebte Hotel nebst dem angegliederten Restaurant trägt den Grundzug vornehmer Behaglichkeit. Es wurde im Jahre 1896 erbaut und ging im Jahre 1908 in Besitz des jetzigen Eigentümers, Karl Gottschalk, über. Das prächtige, auch architektonisch stilreine Gebäude liegt im Zentralpunkt des Gleiwitzer Geschäftslebens und bildet ein wertvolles Glied im Schönheitsbilde der Stadt.

Unter dem Besitz des Herrn Gottschalk befindet sich der Schlesische Hof in ständiger, gesunder Aufwärtsbewegung. Das Haus enthält 40 Hotelzimmer, darunter Salons und Familienräume, mehrere Bäder, Ausstellungsräume, Fernsprechanlage in allen Zimmern, Personenaufzug, zuverlässiges Personal für Innen- und Außendienst. — Die Ausstattung sämtlicher Räume trägt herrschaftliches Gepräge. Neben stillen, geräuschlosen Zimmern gestattet die Mehrzahl der Hotelräume den Ausblick und die Beobachtung des gewaltig flutenden Menschenstromes auf der Hauptverkehrsstraße. Weit und breit rühmlichst bekannt ist die Küche des Schlesischen Hofes, die den hochgestellten Ansprüchen sowie den bürgerlichen Anforderungen vollauf Rechnung trägt. Auch stehen Autogaragen zur Verfügung.

Fernsprecher Amt Gleiwitz Nr. 145 und 146

Café u. Restaurant „Kaiserkrone“

Fernsprecher 1106 **Gleiwitz** **Wilhelmstraße**

Eigene Konditorei

Vor mehr als drei Jahrzehnten, als Gleiwitz noch das Gepräge einer kleinen Provinzstadt trug, erkannten wirtschaftlich orientierte Bürger die bald einsetzende rapide Aufwärtsentwicklung der Stadt Gleiwitz. Für die wachsende Industriestadt des Ostens einen gesellschaftlichen Mittelpunkt zu schaffen, war ein dringendes Erfordernis. Am 8. November 1893 kam der Bürger Karl Martschin um die Bauerlaubnis für einen für damalige und zum Teil auch für heutige Begriffe riesigen Bau eines modernen Cafés und Restaurants ein. Der in Kürze errichtete Bau wurde bereits im Jahre darauf eröffnet und stellte eine Sehenswürdigkeit Oberschlesiens dar, zumal Einrichtung und Bewirtschaftung den größten und schönsten Gaststätten Breslaus nicht nachstand. Die Wilhelmstraße war damals noch nicht ausgebaut, so daß man die strahlende Front der Riesenfenster schon vom Ringe aus sehen konnte. Die Bauausführung lag sämtlich in Händen heimischer Kräfte. Schnell wurde dieses prachtvolle Etablissement der moderne Treffpunkt aller geselligen und gesellschaftlichen Kreise. Noch heute ist das Café und Restaurant „Kaiserkrone“ das größte Etablissement der Stadt Gleiwitz, in dem Neuerungen stets Einkehr finden. Besondere Beachtung wird der Darbietung guter Musik geschenkt. So machen gediegene Ausstattung, aufmerksame Bedienung, ausgezeichnete Getränke u. Speisen den Aufenthalt zu einer wirklichen Erholung.

Besitzer: Georg Martschin

Glei 29

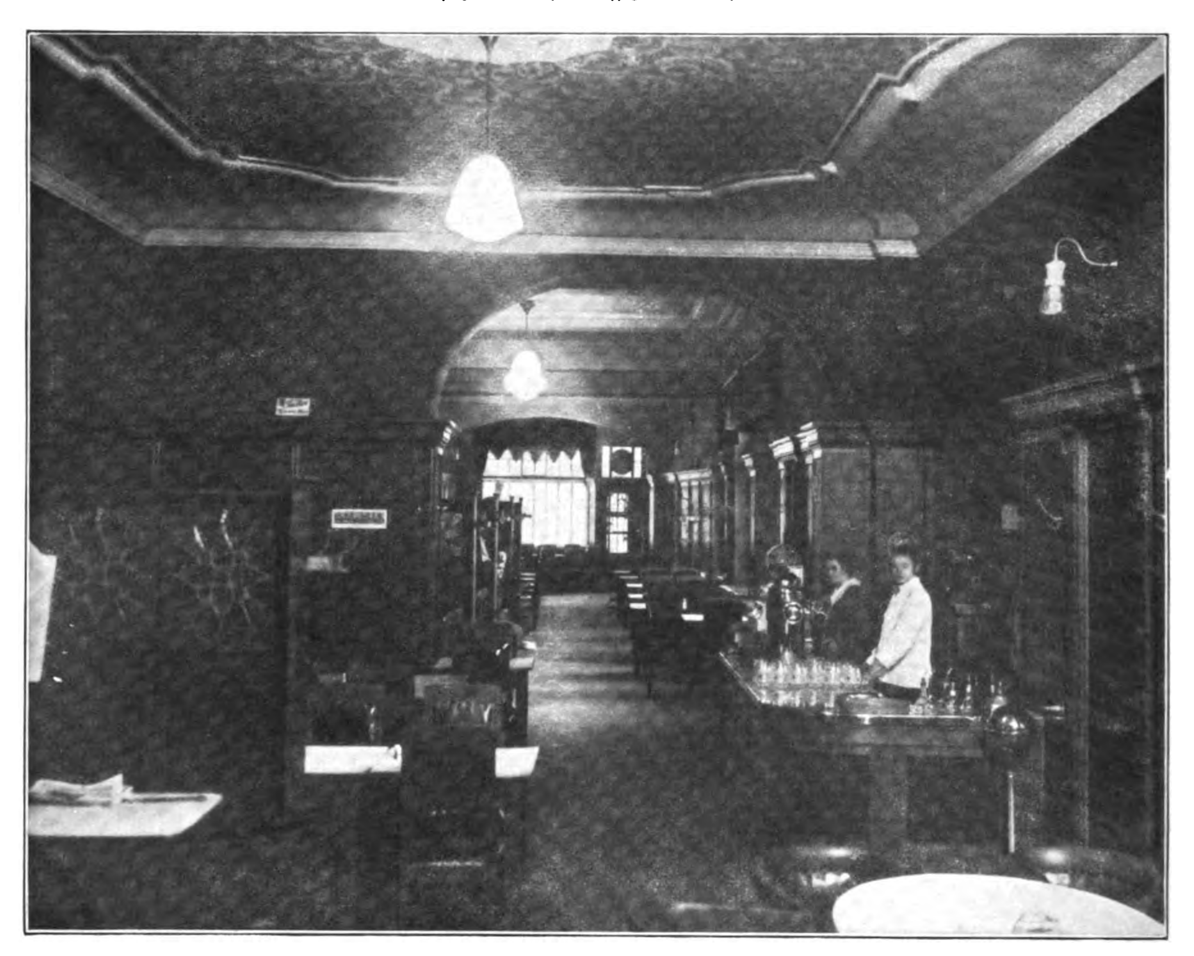
Alfons Weiner, Gleiwitz

Großdestillation und Weingroßkellerei

Wilhelmstraße 26

Hauptniederlage der Freiherrlich von Tucherschen Brauerei A.-G., Nürnberg.

Spezialausschank „Zum Tucher".



Die Firma Alfons Weiner wurde im Jahre 1910 von dem derzeitigen Inhaber gegründet und wuchs schnell zu einem Großbetrieb der Branche empor. Die Erzeugnisse der Großdestillation führten sich nicht nur in Oberschlesien sehr schnell ein und warben durch ihre Güte und Qualität selbst stets neue Kunden, sondern der Absatz erstreckte sich bald über die Grenzen des Bezirks, die sich die Firma gesteckt hatte, hinaus. Heute sind Weiners Liköre und Branntweine über die Grenzen Oberschlesiens hinaus bekannt und eingeführt.

Auch die Weingroßkellerei erwarb sich einen Ruf durch sorgfältigste Auswahl beim Einkauf und pfleglichste Behandlung der Weine im Keller.

Im Jahre 1925 unternahm die Firma in noch vorhandenen, großen Geschäftsräumen an der Wilhelmstraße 26 die Schaffung eines in seiner Art über den Rahmen des bisher Gebotenen hinausgehenden Familien-Bierlokales: des Tucherbräus. Alfons Weiner legte nicht nur auf die



bis in alle Einzelheiten durchdachte und durchgeführte solide Vornehmheit der Ausstattung des Lokals den größten Wert, sondern er schuf auch für Gleiwitz den neuen Typ des sogenannten **„Echten Bierhauses"**, wie er bisher in Gleiwitz noch nicht vorhanden war. Die gesamte Öffentlichkeit und Presse erkannte seinerzeit an, daß durch die Schaffung dieses Lokals der Stadt Gleiwitz ein Bierhaus von Rang und Bedeutung gegeben wurde, das in der Entwicklung der Stadt einen Fortschritt bedeutet.

Durch die Firma Alfons Weiner wurde auch das berühmte Nürnberger Tucherbier, dessen Qualität wohl unerreicht dasteht, in weiten Kreisen Oberschlesiens eingeführt. Die **Hauptniederlage** der Tucherschen Brauerei bei der Firma Alfons Weiner schaffte auch diesem Bier in Oberschlesien neue Freunde in großer Zahl und der Kreis ist noch fortwährend im Wachsen begriffen.

Die Firma Alfons Weiner hat sich in den 15 Jahren ihres Bestehens durch das Geschäftsprinzip strengster Reellität einen Namen geschaffen, der an die Seite der besten Namen von Klang in der Branche gestellt werden kann. Alle Zweige ihres Unternehmens, die sie ausbaute, blühen und gedeihen und zeugen von der Sachverständigkeit des Inhabers.



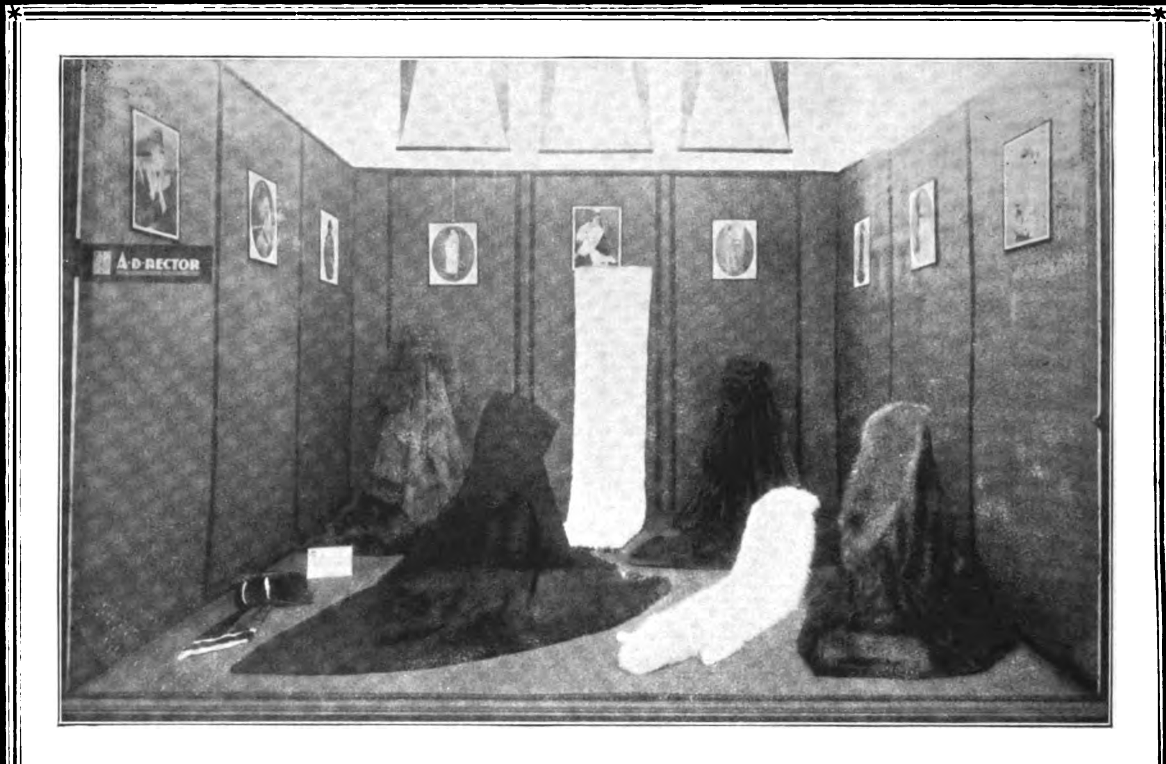
Die Handels- und Gewerbebank Gleiwitz

(Vorschuß-Verein) e. G. m. b. H.

besteht seit dem Jahre 1865. Aus kleinsten Mitteln gegründet, hat sie mit der aufstrebenden Entwicklung von Gleiwitz Schritt gehalten und ist wegen ihrer Struktur als Genossenschaft mit den Gleiwitzer Bürgern eng verwachsen. Sie hat es sich zur Aufgabe gestellt, dem kleinen Manne und dem Mittelstand eine Stütze zu sein. Unter strengster Einhaltung dieses hohen Zieles ist sie zu einem starken Wirtschaftsfaktor der Stadt Gleiwitz herangewachsen. Zahlreiche Unternehmungen und Geschäftsleute verdanken ihr die heutige Blüte. Vielen Mitgliedern wurde aus drückender Not geholfen und ihnen die Existenzmöglichkeit gegeben oder erhalten. Das Jahr 1924 mit seinen schweren wirtschaftlichen Erschütterungen gab besonders reichlich Gelegenheit, in dem erwähnten Sinne zu wirken.

Ernstes Bestreben des Institutes ist es seit jeher, seine bedeutsame volkswirtschaftliche Aufgabe als Stütze des schwer kämpfenden Mittelstandes in vollem Maße zu erfüllen.

Bemerkt sei, daß die Handels- und Gewerbebank bei aller Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben im Besitz von Geschäftseinrichtungen ist, welche den Ansprüchen erster Firmen Rechnung tragen. Das beweist die Anerkennung, welche der Bank allseitig aus solchen Kundenkreisen gezollt wird.





A. D. Rector

Ältestes Spezialhaus feiner Pelzwaren

Eigene Kürschner- und Schneider-Werkstätten

Gleiwitz, Ring 25

Gegründet 1846



Die Firma A. D. Rector wurde im Jahre 1846 von dem Kaufmann und Kürschnermeister A. D. Rector in Gleiwitz gegründet und ging im Jahre 1885 in den Besitz des Sohnes Simon Rector über. Im Jahre 1920 übernahmen wiederum dessen beide Söhne, die jetzigen Inhaber, Georg & Fritz Rector, das Geschäft, das sich nunmehr in der dritten Generation befindet und im kommenden Jahre auf sein 80jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Glei 11





Moderne Optik * Fachkundige Bedienung

Optische Industrie **BACHE & Co.**

Gleiwitz, Wilhelmstraße 21
a. d. Klodnitzbrücke
Fernsprecher 593

Photo-Apparate

und aller Zubehör

Nur erstklassige Fabrikate

Entwickeln, Kopieren etc.



PHOTO-ARTIKEL

Glei 14



Chirurgische Klinik Gleiwitz

Mentzelstr. 11 (an der Promenade)

Leitender Arzt: Dr. Cohn

1924 erbaut, mit allem Komfort ausgestattet · Zwei Operationssäle.
Großes Röntgen-Institut für Diagnostik u. Tiefentherapie

Glei 10

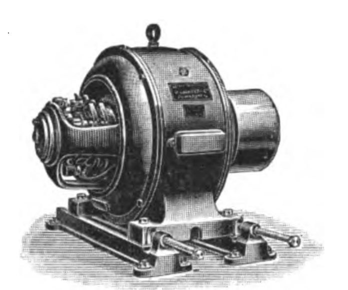
Installationsbüro

Fr. Polewka & Co., Gleiwitz

An der Klodnitz 10 Fernsprecher 1472

Elektrische Licht- und Kraftanlagen
Schwachstrom-Anlagen
Blitzableiter

Großes Lager von Beleuchtungskörpern, elektrischen Motoren, Koch- und Plättapparaten



Elektrische Kraftantriebe für Kirchenglocken und Orgelgebläse

Eigene Reparatur-Werkstatt

Glei 15



R. Schönwolff's Nachfolger, Inhaber Georg Rose

Fernsprecher 105 und 241 **Gleiwitz 2** Fabrikstraße 8



Größtes Lager von Konto- und Betriebsbüchern, sowie Sonderanfertigung nach gegebenen Vorschriften. – Dauerkontenbücher

---

Herstellung erstklassiger Drucksachen für Behörden, Handel, Industrie und Gewerbe, den höchsten Anforderungen entsprechend

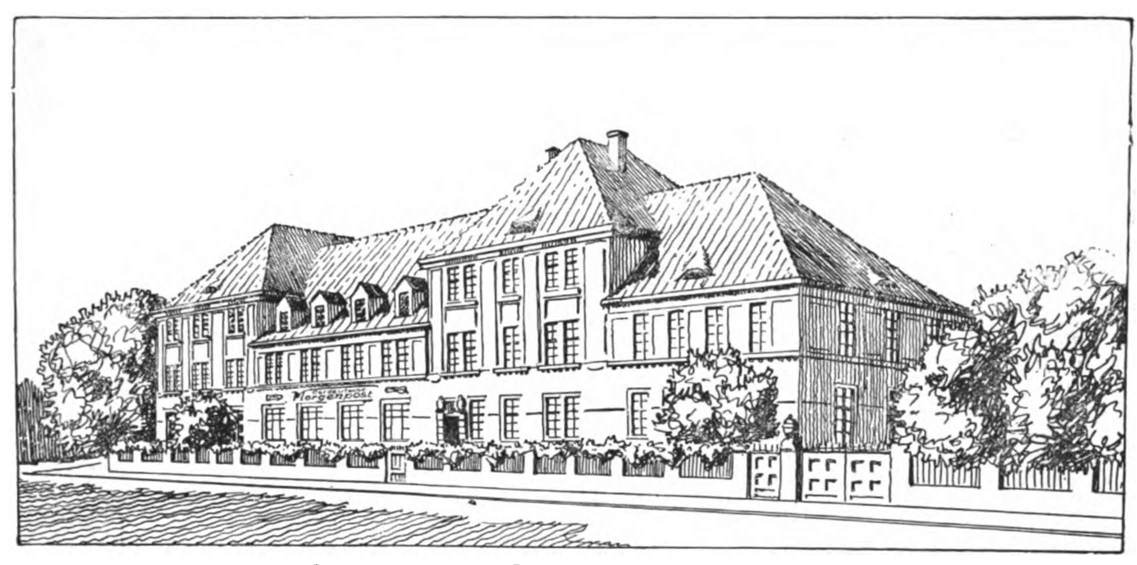
---

Zeitgemäßer Bürobedarf, Büromöbel, Büromaschinen

Verlangen Sie unverbindliche Angebote oder Vertreterbesuch

Glei 16





Verlagshaus der „Ostdeutschen Morgenpost" Beuthen OS. Erbaut 1924/25



Geschäftsstelle der „Ostdeutschen Morgenpost" Gleiwitz, Wilhelmstraße 38








MAX WOLFF · GLEIWITZ

Werkstätte für zeitgemäße Bildnis-Photographie für Industrie-, Heim-, Gruppen- und Sport-Aufnahmen

Vergrößerungen und Malereien

Sonderabteilung: Sämtliche Bedarfsartikel für Amateur- und Fachphotographie
Kino- und Photoapparate erster Firmen in großer Auswahl · Platten, Papiere
sowie alle Chemikalien stets frisch am Lager

BAHNHOFSTRASSE 4

Fernsprecher 1650



Glei 39





Felten & Guilleaume Carlswerk A.-G. Köln-Mülh.

Erzeugnisse der Abteilung Kupfer und Kabel

Starkstromkabel für elektrische Licht- und Kraftübertragung bis zu den höchsten Spannungen; **Bleikabel** für Telegraphie, Telephonie, Signalzwecke mit imprägnierter Faser-, Papier- und Luftraumisolation; **Gummikabel** für Telegraphie, Telephonie und elektrische Licht-, Krarup- und Pupin-Anlagen; Seekabel für Stark- und Schwachstrom; Minenkabel, Zündkabel für Bergwerke, Schießleitungen, Schachtkabel; Kabel für Schiffsinstallationen; Leitungsdrähte nach verschiedenster Art isoliert, umsponnen und umflochten; Gummischlauchleitungen, elektrische Lichtleitungen jeder Art, flammsicher und wasserdicht; **Manteldrähte;** säure- und wetterfeste Freileitungsdrähte, Dynamodrähte mit Baumwolle- und Seideisolation, gepreßte Dynamolitzen; Plombendraht; **Kabelausgußmassen**

Kabel-Zubehörteile, wie Muffen, Endverschlüsse, Hausanschlußkasten; ferner verzinkte Telegraphen- und Telephondrähte nach den verschiedensten Pflichtenheften, Kupfer-, Bronze-, Messing- und Aluminiumdraht für elektr. und andere Zwecke, emaill. Kupferdraht, Doppel-Bronzedraht, Bimetalldraht, Trolleydraht. Kupfer-, Messing- und Aluminiumrohre, Kupfer- und Messingstangen, Kupferlamellen, Schienenverbinder, Kupferband, Flachkupfer, Profilkupfer, Stehbolzenkupfer, Profilleisten aus Aluminium, Kupfer und Messing, Flachmessing, Profilmessing, Messing-Preßstücke, Blitzableiterseile aus Kupfer- und verzinktem Eisendraht. Kupfer- und Aluminiumseile für elektrische Leitungen. Aluminium-Schleifbügel, Antennenlitzen. Blanke, feindrähtige Kupferlitzen für Kohlenbürsten usw. Fahrdrahtklemmen aus Preßmessing für Bügel und Rollenbetrieb, für Straßen- und Grubenbahnen

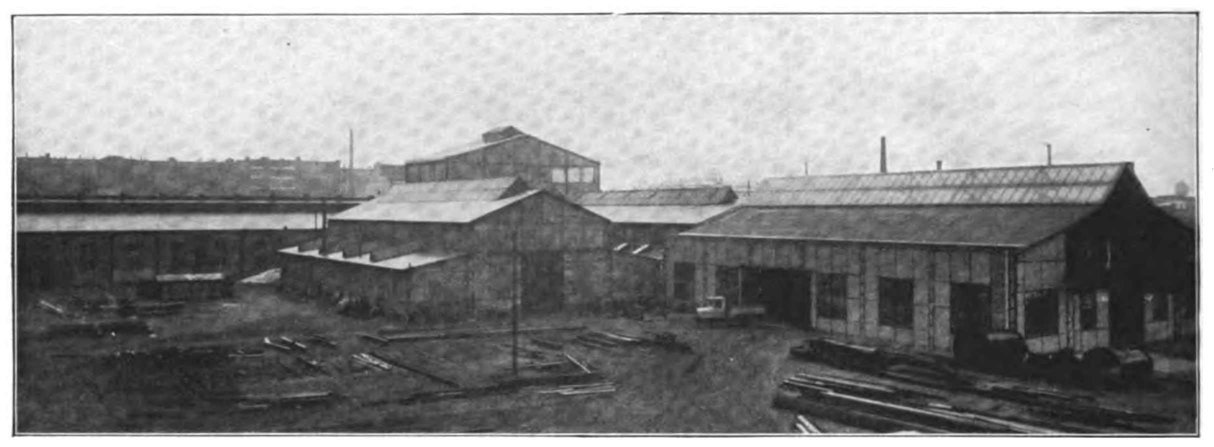
Vertreter

Licht Ges. m. b. H. Gleiwitz

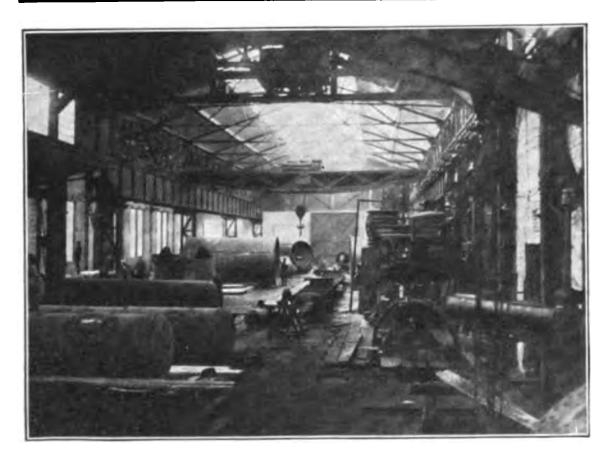
Großhandel mit sämtlichen elektrotechnischen Bedarfsartikeln

Großvertrieb von OSRAMLAMPEN

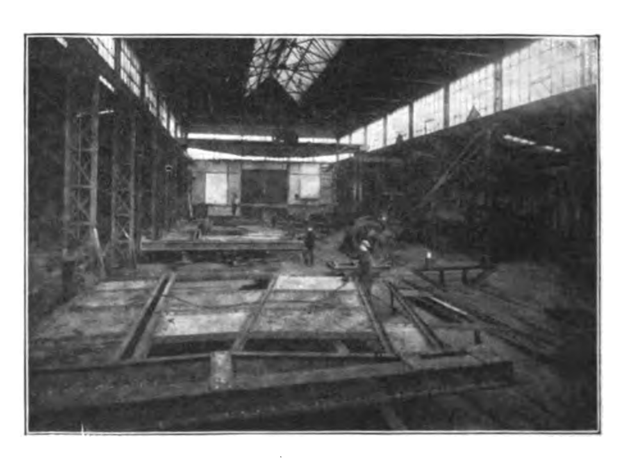
Glei 41a



Teilansicht des Werkes



Teilansicht: Abt. Kesselschmiede



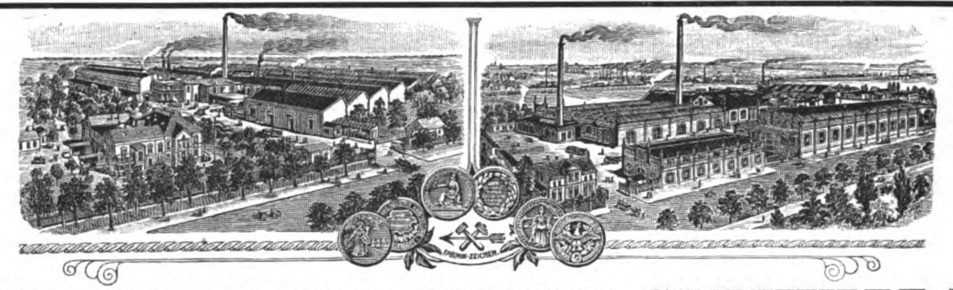
Teilansicht: Abt. Eisenkonstruktion




Das führende Fachblatt


DK
V





WEINMANN & LANGE, GLEIWITZ 2

Errichtet 1861 Inhaber Hermann Seidel Errichtet 1861

Maschinen- und Dampfkessel-Armaturen-Fabrik

Glei 6

Eigene Eisen- und Metallgießereien, Manometer-Bauanstalt · Kataloge auf Wunsch kostenlos



A. Schlesinger

Gleiwitz, Bahnhofstraße 16



Spedition · Möbeltransport

G e g r ü n d e t 1 8 4 0

Glei 5

Schlesische Triton

Gesellschaft

für Wasserreinigung und Wasserversorgung m. b. H.

Gleiwitz O.-S., Kloppetstr. 18

Fernsprecher 1312

*

Sanitäre Anlagen u. Heizungen

Gl. 8

Ferdinand

Baender

G. m. b. H.

Gleiwitz

Wilhelmstr. 42a · Telefon 1824

*

Spezialhaus für

Damen-Konfektion

Glei 19



Musikhaus Th. Cieplik

Filiale: **Gleiwitz** Ring 16.

Hauptgeschäft: Beuthen O.-S. – Filiale: Ratibor, Malzstraße 1

Das größte Piano- und Harmoniumlager Schlesiens

Generalvertreter in Oberschlesien für:

Blüthner — Grotrian Steinweg — Aug. Förster

Mannborg — Seiler (Liegnitz)

Steinway and Sons – Hupfeld A.-G. (Phonolas, Triphonolas, Orchestrions)

Vertreter in Oberschlesien für:

Bechstein — C. J. Quandt

Prof. Arthur Nikisch
urteilt über Welte-Mignon

. . . Man meint den betreffenden Künstler in Person vor sich zu haben und ihn spielen zu hören.

Musikalien jeder Art, insbesondere gute Musik

Mandolinen, Lauten, Gitarren





Electromophon

Odeon – Vox, Grammophon } Platten

Wir weisen empfehlend hin auf unsere als vorzüglich bekannten Klavierstimmer, Phonolatechniker, Orgelbauer.



